Lwowska Narodowa Naukowa Biblioteka Ukrainy im. W. Stefanyka.

Odział Rękopisów

Zespół (fond) 44

ARCHIWUM HERMANA DIAMANDA

18. Materiały w sprawie polityki ekonomicznej –1929 (241)

STRONY NIEZAPISANE NIE ZOSTAŁY ZDIGITALIZOWANE

ДІАМАНД.Г.
п.№18

06.

„Leitz"

Eingetragenes Warenzeichen

Vorrätig sind neun Farben:

Blau, Rot, Blassgelb (Chamois)
Grau, Grün, Orange,
Zitron, Violett, Braun.

Nr.

Name:

Wohnort:

Fach Nr.

3

Leitz-

Schnellhefter

18

Inhalt:

Konferencje ekonomiczne

Spirytus

publicystyka

różne kwestje ekon

angefangen am:

beendigt am:

Akta dot. różnych międzynar. Konferencyj Ekonomicznych; Memoriały o przesileniu gosp. 1924. – Referaty H. Diam. w sprawach monopolowych w austr. Radzie Wyżywienia 1917 r. – i i.

Leitz-Schnellhefter — Folioformat (Kanzleigröße) — Rot

Nr. | Name: | Wohnort:

Nr. | Name: Spirytus publicystyka | Wohnort:

Nr. | Name: Spirytus publicystyka | Wohnort:

Zusatzantrag zum Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Ausschuß für Lebensmittelindustrien des Ernährungsrates, betreffend das Sacharinmonopol.

Antrag V.

Zur Verhinderung des Hamsterns von Sacharin soll der Verbrauch durch Verbrauchskontrollkarten geregelt werden.

Diese Maßregel darf nicht zur Kürzung der dem Verbrauche zugewiesenen Zuckermenge führen.

1700:120 = 1600%

Diamant

4a

Referentenentwurf

zur

Kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916 und vom 16. März 1917.

Die durch die Kaiserliche Verordnung vom 28. August 1916, R. G. Bl. Nr. 280, eingeführten Kriegszuschläge zu den direkten Steuern werden vom Steuerjahre 1917 angefangen bis auf weiteres nach den folgenden Bestimmungen eingehoben. Von demselben Zeitpunkte angefangen werden auch einige andere Bestimmungen über die direkten Steuern abgeändert.

Grundsteuer.

Das Ausmaß der Grundsteuer wird einschließlich des durch die Kaiserliche Verordnung vom 16. März 1917, R. G. Bl. Nr. 124, eingeführten 2prozentigen Beitrages auf 24 Prozent des Reinertrages erhöht. Dieser Satz ist maßgebend sowohl für die Zuschläge als für die Überweisungen an die Länder.

Hierzu tritt ein Kriegszuschlag von 50 Prozent.

Dieser Kriegszuschlag erhöht sich für Teilbeträge des Reinertrages

über	10.000 K auf	. . . . .	60 Prozent
„	50.000 „ „	. . . . .	70 „
„	100.000 „ „	. . . . .	80 „

Wenn durch Elementarkatastrophen eine Zerstörung von Bodenfrüchten herbeigeführt wird, die über den Rahmen der gewöhnlichen, erfahrungsgemäß mit gewisser Regelmäßigkeit, wenn auch nicht jährlich wiederkehrenden Wetterschädigungen erheblich hinausgeht und der Schaden sich als eine wesentliche Beeinträchtigung des land- und forstwirtschaftlichen Naturalerträgnisses des betreffenden Wirtschaftskörpers darstellt, kann ein angemessener Nachlaß der Grundsteuer beansprucht werden. Über ein solches Begehren entscheidet nach sachkundigem Ermessen die Steuerbehörde und im Rekurswege endgültig die Finanzlandesbehörde.

Der Nachlaß bewirkt, sofern nicht die Landesgesetzgebung das Gegenteil verfügt, keine Abänderung der Bemessungsgrundlage für die Zuschläge der autonomen Körperschaften und für die Beiträge an diese.

Die näheren Bestimmungen über die Bewilligung der Nachlässe und über das Verfahren werden im Verordnungswege geregelt.

Die Gesetze vom 12. Juli 1896, R. G. Bl. Nr. 118, und vom 19. Juli 1902, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1903, betreffend die Abschreibung der Grundsteuer wegen Beschädigung des Naturalertrages durch Elementarereignisse, dann Art. I des Gesetzes vom 3. Oktober 1891, R. G. Bl. Nr. 150, und das Gesetz vom 26. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 139, werden außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle treten folgende Bestimmungen:

Zur Deckung dieser infolge von Nachlässen sich ergebenden Staatssteuerausfälle werden in jedem Lande aus den Staatssteuern von 24 Prozent 2 Prozent des Katastralertrages verwendet.

Wird in einem Jahre in einem Lande mehr an Nachlaß bewilligt als aus den in diesem Jahre im Lande erhobenen Beiträgen ersetzt werden kann, so ist der Abgang aus den Beiträgen des nächsten Jahres vorweg zu decken.

Die angesammelten Überschüsse werden nach später zu erlassenden Bestimmungen Zwecken der Landeskultur zugeführt.

Allgemeine Erwerbsteuer.

Unverändert.

Steuer der Gesellschaften.

Zur Erwerbsteuer des II. Hauptstückes des Personalsteuergesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 225, mit Ausnahme der Unternehmungen des Staates und der Österreichisch-ungarischen Bank tritt ein Zuschlag von 100 Prozent einschließlich der Zusatzsteuer.

Dazu kommt noch bei besonders hoch rentierenden Unternehmungen ein Rentabilitätszuschlag. Dieser beträgt bei einer Rentabilität

von 10 bis 20 Prozent	. . . .	20 Prozent,
„ 20 „ 50 „	. . . .	30 „
über 50 Prozent	. . . . .	50 „ der ordentlichen Steuer.

Die Rentabilität ist nach dem Verhältnisse des Reinertrags nach Ausscheidung von Darlehenszinsen und Erwerbsteuerbeträgen zu dem Gesellschaftskapital zu berechnen, insoweit das Kapital durch eigene Einzahlungen von Gesellschaftern aufgebracht worden ist, demnach mit Ausschluß der Reserven und der aus eigenen Mitteln der Gesellschafter geleisteten Zahlungen auf das Gesellschaftskapital.

Rentensteuer.

Zu der auf Grund von Bekenntnissen vom Rentenbezieher zu entrichtenden Rentensteuer tritt ein Zuschlag von 100 Prozent.

Befreit sind von der Rentensteuer Personen, deren Rentenbezüge weder für sich allein noch in Verbindung mit ihrem anderweitigen Einkommen den Betrag von 2000 K jährlich nicht übersteigen.

Der Abzug der Rentensteuer beim Schuldner ist auszuüben von den Kassen und Zahlstellen des Staates, der Länder, Bezirke, Gemeinden, der öffentlichen Fonds und den der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Unternehmungen rücksichtlich sämtlicher Zinsen.

Bei der durch Abzug beim Schuldner zu entrichtenden Rentensteuer beträgt der Kriegszuschlag das Dreifache der ordentlichen Steuern.

Dem Kriegszuschlage unterliegt nicht zehn- und mehrprozentige Rentensteuer.

Einkommensteuer.

Der Aufschlag für minderbelastete Haushalte wird für Einkommen über 20.000 K auf das Doppelte erhöht.

Die Kriegszuschläge werden für Einkommen bis 40.000 K nach den Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916, R. G. Bl. Nr. 280, erhoben. Für Einkommen

über	40.000	K	betragen sie	. . . .	75 Prozent,
„	76.000	„	„	„	100 „
„	100.000	„	„	„	125 „
„	500.000	„	„	„	150 „
„	1,000.000	„	„	„	200 „

Tantiemensteuer.

Der Kriegszuschlag beträgt bei einer von einer Gesellschaft auszuzahlenden Tantiemensumme

bis	20.000	K	das einfache,
„	100.000	„	„ doppelte,
„	500.000	„	„ dreifache,
„	1,000.000	„	„ vierfache,
über	1,000.000	„	„ fünffache der Abgabe.

Wien, am 17. Oktober 1917.

Dr. Steinwender.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

3

5b

Nachtragsbericht

der

Referenten an den Budgetausschuß

über

die unter Mitwirkung der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen.

In der am 14. Juli 1917 stattgehabten Sitzung des Budgetausschusses wurde beschlossen, die Vorlagen der von der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates an den Kaiser erstatteten Berichte zu verlangen, um diese in die Beratung einzubeziehen.

Die Staatsschuldenkontrollkommission hat der Kanzlei des Abgeordnetenhauses diese Berichte, welche teils gedruckt, teils handschriftlich hergestellt sind, übermittelt und wurden sie dann dem Berichterstatter des Budgetausschusses überlassen. Im allgemeinen sind sämtliche Finanzoperationen in ihrem Effekte im Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission vom 29. Mai 1917 enthalten. Die Einzeldarstellungen, die für den Staatsmann, für den Historiker und Finanzmann interessant wären, fehlen aber nunmehr in der allgemein zugänglichen chronologischen Reihenfolge der Veröffentlichungen der Staatsschuldenkontrollkommission und ist dies gewiß bedauerlich. Vielleicht genügt diese Anregung, um diese für die Finanzgeschichte Österreichs wertvollen Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Einige bemerkenswerte Auszüge aus den Berichten sollen hier dargestellt werden:

Die Angelegenheit der Erwerbung des Steinkohlenbergwerkes in Brzeszcye fand im Berichte über das Jahr 1913 eine scharfe Kritik, sie schreibt (Seite 31):

In Durchführung der ihr übertragenen Kontrolle über die Staatsschulden vermochte sich die Kontrollkommission, welcher überdies die Finanzoperation erst aus der genannten Regierungsvorlage zur Kenntnis kam, der Tatsache nicht zu verschließen, daß für die in der Erwerbung des genannten Steinkohlenbergwerkes gelegenen Verstaatlichung die reichsrätliche Ermächtigung und Genehmigung mangelt.

Die Kontrollkommission stellt sich hierbei auf den selbstverständlichen und richtigen Standpunkt, daß es nicht genügt, im Reichsrate die Bewilligung einer ersten Ratenzahlung anzusprechen, sondern daß vor allem die primäre und prinzipielle Frage der Verstaatlichung eines Unternehmens die Zustimmung des Reichsrates zu finden habe.

Der Referent hebt diese Angelegenheit mit ihrem unwesentlich scheinenden Aufwand von 11½ Millionen deshalb hervor, damit der Budgetausschuß in die Lage komme, vom Standpunkte einer strengen Haushaltsrechnung hierzu Stellung zu nehmen.

Der Vortrag der Staatsschuldenkontrollkommission vom 18. Februar 1915 (Seite 6 bis 9) erörtert eingehend die Motive für die Kontrasignierung der im April 1914 begebenen 396,600.000 K, welche den ersten Schritt vom verfassungsmäßigen Wege darstellt, gibt die Zusammensetzung der Kommission anläßlich der Beschlußfassung, das Resultat der Abstimmung und erörtert alle die schweren Gewissensbedenken, die hierbei auftauchten.

Schon in diesem Berichte wird gesagt, daß sich die beiderseitigen Regierungen und die Österreichisch-ungarische Bank der Einsicht nicht verschließen, daß durch die gesteigerte Inanspruchnahme des Notenkredites (durch Deckung mit Solowechseln) die Gefahr einer Inflation zunehme und wird auf den ungünstigen Einfluß auf die Öffentlichkeit verwiesen, wenn diese wahrnähme, daß in jedem Bedarfsfalle mit dem Drucke der Banknoten vorgegangen werde. Dies Drängen erst veranlaßte das Finanzministerium, die 5½prozentige Kriegsanleihe vom Jahre 1914 mit dem Fälligkeitstermine von 1920 durchzuführen.

In dem Berichte vom 26. Juni 1915 drückt die Kontrollkommission Seiner Majestät ihre schweren Bedenken gegen die Kontrasignierung der weiteren Kriegsschulden aus (Seite 9 und 10) und sagt es klar, daß die gesamten Anleihen und insbesondere dieselben zusammengenommen nur formell das Merkmal der schwebenden Schuld an sich tragen, daß aber eine dauernde Belastung des Staatsschatzes die unvermeidliche Konsequenz dieser Anleihen ist nud nur die patriotische Pflicht und die Gefahr des Rückschlages auf den Staatskredit sie zur Kontrasignierung veranlaßt hat. Sie wünscht die Änderung der Gesetze über die Staatsschuldenkontrolle und schlägt vor, dort nur jene schwebenden Schulden als Vorschußgeschäfte anzuerkennen, welche einen bestimmten Betrag nicht überschreiten und deren Rückzahlung voraussichtlich aus den laufenden Einnahmen erfolgen könne, sowie daß Anleihen zu Kriegszeiten bloß mit einer Gegenzeichnungsklausel zu versehen sind, welche die genaue Einhaltung des Umfanges dieser Anlehen zu sichern habe.

Im Berichte vom 11. September 1915 ist zum ersten Male die Rede von einem Darlehen bei der Österreichisch-ungarischen Bank per 954 Millionen, eine Summe, welche im Laufe der Zeit dann oft wiederkehrt und Anlaß zu weiteren Ausführungen des Referenten bietet. Diese Summe wurde bei der Österreichisch-ungarischen Bank auf Grund eines Übereinkommens vom 15. Juli 1915 aufgenommen. In diesem Übereinkommen soll festgesetzt worden sein, daß der Staat seine Kreditbedürfnisse nur mit Hilfe der Österreichisch-ungarischen Bank und durch anderweitige Finanzmaßregeln decken wird und insoweit dadurch der Bedarf bestritten werde, von der Ausgabe staatlichen Papiergeldes einvernehmlich und „endgültig" absehen werde. Hierzu schreibt die Kontrollkommission: „Da somit durch diese Erklärung aller Voraussicht nach die Ausgabe von Staatsnoten im Zusammenhang mit dem Kriegszustande vermieden sein wird, verdient diese Vereinbarung im Interesse unserer Währung sowie des Staatskredites besondere Beachtung und Hervorhebung."

Auch der Referent schließt sich dieser Meinung an, indem er gleichzeitig die Notwendigkeit hervorhebt, daß diese Vereinbarung der Österreichisch-ungarischen Bank mit den beiden Regierungen selbst ehestens dem Budgetausschusse vorzulegen wäre. Wenn auch die heutigen Banknoten fast aller Staaten ihrer Qualität nach sich den Staatsnoten nähern, so würde uns dennoch der Weg zu letzteren auf eine Stufe zurückweisen, die wir seit 25 Jahren erfolgreich verlassen haben.

Anerkennung muß hier der Referent der Haltung der Kontrollkommission zollen, daß sie der Krone eindeutig und klar die Schwierigkeit ihrer Stellung kennzeichnete und hervorhob, daß nur die Not der Zeit sie zur Kontrasignierung veranlasse. Auch der Umstand, daß sie glattweg erklärte, eine Gegenzeichnung von Anlehen verweigern zu müssen, bei denen eine Umwandlung in eine dauernde Rentenschuld ausdrücklich in Aussicht gestellt werde und daher dem Reichsrate vorgegriffen werde, sowie daß sie stets gegen die Erhöhung des Notenumlaufes und für die Erhöhung der finanziellen Mittel aus der Erhöhung laufender Einnahmen eintrat, muß mit Dank zur Kenntnis gebracht werden.

Die Beratung im Budgetausschuß hatte sich bisher vorwiegend mit der Frage der Verantwortung befaßt und besonders gegen die Art und Weise Stellung genommen, wie die Staatsschuldenkontrollkommission nach und nach unter dem Drucke von Zeit und Umständen sich dem Willen des Ministeriums Stürgkh gefügt hatte. Von den meisten Rednern wurde der Moment des Zwanges bestritten, wobei ein Redner wohl einen harten Druck, verstärkt durch alle Zeitumstände, zubilligte, aber den Zwang ausschloß.

Durch den Beschluß, gleichzeitig an die notwendige Beratung eines Gesetzes über die Kontrolle der Staatsschuld zu gehen und den Antrag Kraft als Grundlage zu nehmen, wird nunmehr eine kritische Beleuchtung der ganzen Materie stattfinden müssen. Einige Redner haben schon sachlich auf die verschiedenen Qualitäten der schwebenden bleibenden Staatsschulden hingewiesen und betont, daß das ganze Problem der Anleihebewertung und das des Geldwertes der Monarchie sich bei dieser Beratung aufrollen dürfte. Das ist auch die Meinung der Referenten. Der § 24 des Gesetzes über die Staatsschuldenkontrnllkommission zählt es zu deren Pflichten, alljährlich mindestens einmal über ihre Tätigkeit und Wahrnehmungen dem Hause Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen. Eine wesentliche Pflicht der Kommission ist daher auch die Kritik. Die Staatsschuldenkontrollkommission hat diese auch geübt und

darüber berichtet, insbesondere Seite 7 und 8 der Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission sind wertvolle Nachweise dieser unbedingt notwendigen Tätigkeit dieser Kommission. Der Budgetausschuß ist nunmehr Kritiker dieser Kritik und hat zu prüfen, ob der Einfluß der Kontrollkommission auf die Gebarung der Staatsschuldenkontrollkommission ein ausreichender war oder ob er, sowohl in der Kritik als auch in den Anträgen, weiterzugehen habe.

Der Referent ist dieser letzteren Meinung und weist besonders auf die Gefahr hin, welche dem Geldwerte der Monarchie durch die Verschuldungsform an die Österreichisch-ungarische Bank erwachsen. Alljährlich wurden bisher mindestens, auf Grund der sonst unbekannten Vereinbarung der Regierung mit der Bank vom 15. Juli 1915, zweimal als quotenmäßiger Anteil von der Österreichisch-ungarischen Bank 954 Millionen als Darlehen gegen Schuldschein aufgenommen und mit Ausnahme des ersten, im Jahre 1914 aufgenommenen Darlehens, das mit 1 Prozent verzinst war, mit ½ Prozent verzinst. In Summe bis zum 25. Mai 1917: 9.268,800.000 Kronen. Sie hat sich laut der am Schlusse beigehefteten Tabelle über den Stand der Staatsschuld vom 31. August 1917 um weitere 954 Millionen vermehrt und beträgt derzeit 10.240,800.000 K.

Dies sind sozusagen „verdächtige" Schulden, insofern als sie den Verdacht erwecken — der gewiß auch nur zu begründet ist —, daß diese Schulden ausschließlich durch den Neudruck der Banknoten ihre Deckung finden, die aber auch zu Rechenexperimenten über die Höhe der Banknotenmenge verleiten, die zumeist zu falschen Resultaten führen.

Um diese Neuausgabe hat sich unser Notenmaterial offenbar vermehrt, gemildert nur durch den Umstand, daß alljährlich zweimal durch Kriegsanleihen und durch Aufnahme von Kontokorrentgeschäften eine Absaugung des Notenmaterials stattfindet. Überblicken wir den Schuldenzuwachs seit 25. Mai 1917, so merken wir wieder eine solche Zunahme und wir ersehen daraus vor allem: daß wir aus den Kriegsanleihen und Steuern unsere Kriegslasten nicht decken können und weiterhin auf den Neudruck von Banknoten angewiesen sind.

Es ist aber für die Dauer vollständig ausgeschlossen, auf diesem Wege weiter zu wandern. Man spricht heute viel von unseren Valutasorgen, Wiederherstellung des Geldwertes, Abbau der Preise, Kampf gegen die Teuerung und ist sich dabei bewußt, daß die Krankheit der Geldentwertung am Volkskörper nagt, die bei gleichzeitigem Schwinden der Waren die Preissteigerung notwendigerweise und stetig erhöht. Will man die Krankheit heilen, so muß man Mittel anwenden, um ihr Fortschreiten zu verhindern. Dazu gehört vor allem die weitere Vermehrung der Banknoten einzudämmen, um später einmal, wenn darüber die Ansichten geklärt sind, an ihre zweckmäßige, planvolle und vorsichtige Verminderung zu schreiten.

Die Verzinsung dieser Bankdarlehen ist allerdings eine sehr niedere, dagegen der volkswirtschaftliche Nachteil aus der Banknotenvermehrung ein außerordentlich großer. Die in keinem Verhältnis zur Warenmenge stehenden und unaufhörlich steigenden Notenmengen verursachen vor allem andauernd steigende Preise, begünstigen die wilde Spekulation; das Kapital ist ununterbrochen auf der Suche nach „vernachlässigten Werten", welche es in den Bannkreis der sogenannten „Konjunktur" zieht. Auch unsere Valuta im Auslande, welche zwar in der Hauptsache noch von der Zahlungsbilanz abhängig ist, leidet außerdem unter der moralischen Unterbewertung. Gleichzeitig auch für die Zukunft wird das Heilungsbestreben der Wirtschaftskörper, bei sinkender Valuta den Export zu steigern, nahezu aufgehoben. Der Auslandsverkäufer, welcher um 1000 Franken kauft, erhält allerdings hier, statt wie im Frieden um zirka 950 K, jetzt Waren um 2500 K. Der Export kann sich aber doch nicht entsprechend entwickeln, die Exportprämie nicht zur Geltung kommen, wenn durch die Teuerung der Preis der betreffenden auszuführenden Waren im Inlande um 400 Prozent gestiegen ist. Ein schlechter Stand der Valuta wirkt allerdings als Exportprämie, auf die Hebung unserer Valuta im Auslande aber nur dann, wenn die Warenpreise im Ausfuhrlande sich in entsprechender Höhe halten.

Der Exporteur, welcher um 1000 Franken Waren kaufen will, mußte im Frieden 950 K anwenden; bei dem Stand unserer Valuta in der Schweiz hat er für 1000 Franken zirka 2500 K zur Verfügung, die Ware kostet aber im Inland schon 4000 K. Das erstickt den erwarteten Export und bei gesunkener Valuta, eine jener Heilungskräfte, welche eintreten müßten, um die Wirtschaft gesund zu machen.

Der Referent stellt daher am Schlusse den Antrag, die Regierung aufzufordern, keine Darlehen bei der Österreichisch-ungarischen Bank mehr aufzunehmen, die durch Ausgabe von neuen Noten aufgebracht werden müssen und diesbezüglich bestehende Verträge mit Ungarn zu lösen.

Dies führt zwanglos zu einer formellen Angelegenheit. Unlösbar mit der Prüfung der Berichte der Kontrollkommission sind gebunden:

a) die Kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914, betreffend die teilweise und zeitweilige Aufhebung des Bankstatuts;

b) die Kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914, betreffend die Vornahme von Kreditoperationen zur Bestreitung der Auslagen für außerordentliche militärische Vorkehrungen und teilweise

c) die Kaiserliche Verordnung bezüglich der Budgetprovisorien vom 26. Juni 1914 bis 28. Dezember 1916.

Diese Angelegenheiten sollten unter einem gelöst werden:

1. Weil ohne Bericht über die Anordnungen, Maßnahmen, Verträge der Regierung der Österreichisch-ungarischen Bank und Ungarn gegenüber, ohne genaue Kenntnis des Notenumlaufes ein sachgemäßer Überblick und gründliche Beurteilung nicht gefunden werden kann.

2. Weil die Kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914, welche die Regierung zur Vornahme von Kreditoperationen, ohne Beschränkung auf die Höhe der Schulden und ohne Beschränkung auf die Zeit ermächtigt — obwohl sie der Ansicht des Referenten nach vollkommen verfassungswidrig ist —, heute noch immer die Unterlage unserer ganzen Kriegsverschuldung bildet. Wird diese Verordnung aufgehoben, so müssen vorher die Kriegsdarlehen, um Kursstürze zu vermeiden, in ihrer Gesetzlichkeit gesichert werden, da nur mit gleichzeitiger Behandlung dieser Frage die Stellung der Staatsschuldenkontrollkommission beurteilt werden kann.

3. Weil auch in den Budgetprovisorien Bestimmungen enthalten sind, die in der Wirkung vollständig jener der Verordnung vom 4. August 1914 gleichen (28. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 200, Absatz 5), das heißt, die Regierung ermächtigen, auch für nichtmilitärische Ausgaben Kreditoperationen durchzuführen.

Von diesen angeführten Verordnungen sind nur die letzten (Budgetprovisorium) dem Budgetausschuß zugewiesen, die anderen dagegen dem Finanzausschuß zugeteilt, welcher sie wieder an zwei verschiedene Referenten weitergab. Die Verknüpfung dieser Materien nicht nur mit dem Staatshaushalt, sondern auch mit der Zahlungskraft der ganzen Wirtschaftskörper, die Rückwirkung auf die Preise, daher auf Produktion, Konsum, Export, ja auf die Lebenshaltung ganzer Schichten der Bevölkerung (Festbesoldeter, Pensionisten, Rentner), erfordern die zusammenfassende Behandlung im Budgetausschusse, weshalb vom Referenten auch ein dahinzielender Antrag gestellt wird.

Der Referent stellt daher noch folgende Anträge zu den in seinem Bericht vom 11. Juni 1917 gebrachten Anregungen:

Als Punkt 6. Der Budgetausschuß fordert die Regierung auf, keinerlei Darlehen bei der Österreichisch-ungarischen Bank aufzunehmen, durch welche der Notenumlauf oder die Notenmenge vermehrt werden könnte, sondern dahin zu wirken, daß durch kurzfristige Schatzscheine Kriegsanleihen, Steuern und Abgaben der volle Kriegsaufwand ohne weitere Erhöhung der Notenmenge gefunden werde.

7. Daß die Berichte der Österreichisch-ungarischen Bank veröffentlicht werden, wodurch auf einfachste und kürzeste Weise, in Form eines Resolutionsantrages, der Antrag Kraft vom 14. Juli 1917, betreffend die Ausweisleistung der Österreichisch-ungarischen Bank, erledigt werden kann.

8. Daß die Kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914, betreffend die teilweise Aufhebung des Bankstatuts, dann die Kaiserliche Verordnung vom gleichen Datum, betreffend die Vornahme von Kreditoperationen zur Bestreitung außerordentlicher militärischer Auslagen, gleichzeitig mit den Budgetprovisorien von 1914 bis 1916 im Budgetausschusse zur Verhandlung kommen, und zwar anschließend an die gegenwärtig in Behandlung stehende Materie.

Wien, 19. September 1917.

Kraft,
Berichterstatter.

Nachweisung über den Stand der Kriegsschulden bis einschließlich 31. August 1917.

Österreichisch-ungarische Bank			Kriegsanleihen			Österreichisches Konsortium				Ausländische Konsortien			
Art der Schuld	Kapital	Zinsen	Kapital	Zinsen		Art der Schuld	Kapital		Zinsen		Art der Schuld	Kapital	Zinsen	
	K	K	K	K	h		K	h	K	h		K	K	h
Stand mit 25. Mai 1917	9.286,800.000	91,968.000	18.059,367.900	993,265.234	50	Kontokorrente	5.743,709.957	24	244,107.673	18	Schatzwechsel per Mark	2.323,956.568	116,197.828	40
Darlehen gegen Schuldschein	954,000.000	4,770.000	VI.			Vorschüsse	440,316.668	16	18,713.458	40	63.600.000	74,793.600	3,739.680	.
			2.558,948.400	140,742.162	. .									
			2.534,641.000	139,405.255	.						127,200.000	149,587.200	7,479.360	.
											6,758.000	7,947.408	397.370	.
											Schatzscheine	8,332.800	416.640	.
											Schatzscheine	6,448.000	322.400	.
											Schatzscheine	1,388.800	69.440	.
	10.240,800.000	96,738.000	23.152,957.300	1.273,412.651	50		6.184,026.625	40	262,821.131	58		2.572,454.376	128.622.718	40

Kapital: 42.134,068.701 K 40 h

Zinsen: 1.760,786.021 „ 48 „

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

T a g e s o r d n u n g !

1.) Beschlussfassung über Abänderungsvorschläge der lokalen Preisprüfungsstellen bezüglich der Richtlinien für Kohlenrichtpreise

2.) Beschlussfassung über einen Einspruch der Landesstelle Krain gegen den von der Preisprüfungsstelle Rudolfswert für Holzkohle aufgestellten Richtpreis.

3.) Ueberprüfung der von den lokalen Preisprüfungsstellen bisher eingelangten gutachtlichen Aeusserungen über Kohlenrichtpreise über Kohlenrichtpreise insbesondere für den Sprengel der Preisprüfungsstelle Wien.

Wien, am 5. April 1918.

T a g e s o r d n u n g .

1.) Beschlussfassung über Abänderungsvorschläge der lokalen Preisprüfungsstellen bezüglich der Richtlinien für Kohlenrichtpreise.

2.) Beschlussfassung über einen Einspruch der Landesstelle Krain gegen den von der Preisprüfungsstelle Rudolfswert für Holzkohle aufgestellten Richtpreis.

3.) Ueberprüfung der von den lokalen Preisprüfungsstellen bisher eingelangten gutächtlichen Aeusserungen über Kohlenrichtpreise über Kohlenrichtpreise insbesondere für den Sprengel der Preisprüfungsstelle Wien.

Wien, am 5. April 1918.

Einleitender Bericht

über die

Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 278,

betreffend die

Zündmittelsteuer.

Dem Finanzausschusse vorgelegt vom Berichterstatter Mr. Gustav Hummer.

Die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 278, betreffend die Zündmittelsteuer, verfügt:

1. eine Verbrauchsabgabe von 2 Hellern:
   a) für je 90 Stück (oder Teilmengen bis zu 90 Stück) geschwefelter Zündhölzchen,
   b) für je 60 Stück (oder Teilmengen bis zu 60 Stück) anderer Zündhölzchen;
2. eine Verbrauchsabgabe für je 60 Stück (oder Teilmengen bis zu 60 Stück) Zündkerzchen;
3. eine einmalige Abgabe für den Gebrauch von Feuerzeugen im Betrage:
   a) von 50 Hellern für Taschenfeuerzeuge bis zu 25 Gramm Einzelgewicht,
   b) von 1 Krone für Taschenfeuerzeuge über 25 Gramm Einzelgewicht,
   c) von 3 Kronen für jedes einzelne Tisch- oder Wandfeuerzeug;
4. die notwendigen verwaltungsmäßigen Vorkehrungen für die Einhebung dieser Abgaben;
5. eine Ermächtigung des Finanzministers zur Erlassung von Zündholzhöchstpreisen;
6. das Verbot, neue Anlagen zur Erzeugung von Zündhölzchen zu errichten, insolange nach Ansicht des Handels- und des Finanzministers der Inlandsbedarf entsprechend versorgt ist;
7. Strafen für die Hinterziehung der Abgaben und für die Nichteinhaltung der Verfügungen;
8. Übergangsbestimmungen.

Der Gedanke, die für jedermann unentbehrlichen Zündmittel zur Quelle staatlicher Einkünfte zu machen, wurde in Frankreich (1871), Griechenland (1884), Rußland (1888), Rumänien, Bulgarien, Spanien (1892), Portugal (1892), Italien (1895) und im Deutschen Reiche (1909) verwirklicht. Auch in Österreich bestand schon seit langem die gleiche Absicht. Ihre Ausführung konnte durch die Schaffung eines staatlichen Monopols, durch die Einführung von Verbrauchsabgaben, oder durch Besteuerung der Erzeugung erfolgen. Letztere Möglichkeit scheint vom Anfang an nicht in Betracht

gezogen worden zu sein. Für eine Verbrauchssteuer kam die unmittelbare Entrichtung bei der Überführung in den Verkehr oder eine Banderollsteuer in Betracht. Im Falle der Einführung des Monopols war die Möglichkeit gegeben, den Monopolsgegenstand in eigener Regie zu erzeugen und zu vertreiben, beides, Erzeugung und Vertrieb, oder eines von beiden, durch private Unternehmungen für Rechnung des Staates besorgen zu lassen oder endlich die Ausbeutung des Monopols ganz oder teilweise an ein privates Unternehmen zu verpachten. Die Verpachtung der Monopolsrechte hätte sich nur durch den Mangel einer hinreichenden Verwaltungsorganisation rechtfertigen lassen und konnte somit nicht ins Werk gesetzt werden, wiewohl es eine Zeit lang schien, als würde daran gedacht. Außer Zweifel ist es dagegen, daß ursprünglich die Errichtung eines Staatsmonopols für Zündmittel beabsichtigt wurde, und zwar nicht unter Zuhilfenahme privater Unternehmungen, sondern in eigenen Staatsbetrieben. Tatsächlich wurden die einleitenden Schritte für die Monopolserrichtung bereits vor ungefähr 15 Jahren eingeleitet. Der Staat mußte trachten, zu diesem Ende die bestehenden Betriebe möglichst wohlfeil, jedoch freihändig zu erwerben, da eine zwangsweise Enteignung der bestehenden Zündholzfabriken oder ein zugunsten des Staates erlassenes Verbot der Fortführung des Betriebes der privaten Fabriken aus Billigkeitsgründen wohl nicht in Betracht kommen konnte.

Offenbar zur Vermeidung ungemessener Forderungen, die gerne gestellt zu werden pflegen, wenn der Staat als Kaufwerber auftritt, wurde die Vermittlung einer Großbank in Anspruch genommen, deren Aufgabe nur die Vereinigung der bestehenden Betriebe und ihre Überleitung in den Staatsbesitz sein konnte. Tatsächlich hat die Österreichische Länderbank schon im Jahre 1901 die Vereinigung der sechs größten Fabriken durch ein Ausfuhrübereinkommen angebahnt und 1903 durchgeführt. Durch die Bildung der „Solo"-Aktiengesellschaft, welche anfangs die Betriebe von Bernhard Fürth in Schüttenhofen, Florian Bojazzi & Comp. in Deutsch-Landsberg und Stainz, der Aktiengesellschaft „Union" in Linz, des Julius Krepsel in Graz, Adalbert Scheinost in Schüttenhofen, E. Lebherz in Görz, später auch einen des Julius Huch in Barzdorf und einen von Moritz Meissner's Söhnen in Triesch umfaßte, wurden 70 Prozent der österreichischen Zündhölzchenerzeugung zusammengefaßt. Die übrigen österreichischen Zündwarenfabriken, ungefähr 100 an der Zahl, mit einem Anteil von zusammen 30 Prozent der Erzeugung wurden vorläufig nicht einbezogen; wahrscheinlich, weil zu erwarten stand, daß sie in kurzer Zeit sehr billig dem geschaffenen Konzern zufallen würden, einerseits infolge ihrer geringeren kapitalistischen Widerstandsfähigkeit im Wettkampfe mit „Solo", andrerseits infolge des damals schon in absehbarer Zeit zu gewärtigenden Verbotes des gelben Phosphors, das eine Umgestaltung der Betriebe bedingen mußte, für welche den in Betracht kommenden Unternehmungen die nötigen Geldmittel fehlen würden. Die ins Auge gefaßte Auffaugung der kleineren Betriebe erfolgte jedoch in der nächsten Zeit nicht, sei es nun, daß die internationalen Abmachungen hinsichtlich des Phosphorverbotes nicht bald genug in Wirksamkeit traten und daher auch nicht die erhoffte Zwangslage für die kleineren Betriebe geschaffen wurde, sei es, weil die Länderbank und die an „Solo" mit Apports beteiligten früheren Unternehmer sich im monopolistischen Besitze von 70 Prozent der österreichischen Zündhölzchenfabrikation recht wohl befanden und daher kein großes Interesse daran hatten, das angeblich für den Staat besorgte Geschäft früher als unbedingt notwendig aufzugeben. Daß der Staat an der Umwandlung der größeren Fabriken in ein einziges Aktienunternehmen starkes Interesse an den Tag legte, geht schon daraus hervor, daß neue Konzessionen zur Zündhölzchenfabrikation überhaupt nicht mehr erteilt wurden, während die Übertragung schon bestehender auf die größten Schwierigkeiten stieß, was zur Stillegung von Betrieben führte. Dieses Vorgehen der Staatsverwaltung konnte naturgemäß nur dann die Rechtfertigung finden, wenn es in der Absicht geschah, die Einführung eines staatlichen Erzeugungsmonopols vorzubereiten.

Erst das Inkrafttreten des internationalen Phosphorabkommens vom Jahre 1912 nötigte etwa 10 Jahre nach der Errichtung der „Solo"-Aktiengesellschaft die Staatsverwaltung zu einem weiteren Schritte, der jedoch keineswegs darin bestand, nunmehr durch Übernahme der „Solo"-Aktiengesellschaft und der kleineren Betriebe unter allfälliger Stillegung einzelner ein staatliches Erzeugungsmonopol für Zündhölzchen zu errichten. Es wurde vielmehr eine Hilfsaktion für die außerhalb der „Solo"-Aktiengesellschaft stehenden Betriebe eingeleitet. Zum Anlaß wurden im Abgeordnetenhause geäußerte Wünsche genommen, die staatliche Hilfe für die Zündhölzchenfabriken begehrten, da ein großer Teil der in Betracht kommenden Unternehmungen nicht über jene Kapitalskräfte verfügte, die notwendig gewesen wären, zu einer Erzeugung mit Ausschluß des bisher verwendeten gelben Phosphors überzugehen.

So wurde im Jahre 1912 die „Helios"-Aktiengesellschaft gegründet. An dieser Gesellschaft beteiligten sich bereits mehrere Großbanken, ein Beweis, daß die Errichtung der „Solo"-Aktiengesellschaft reichen Ertrag abgeworfen hatte, worauf übrigens noch später zurückzukommen sein wird.

Die k. k. priv. österr. Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft, die Živnostenská banka und die Industrialbank für das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau und Lemberg erwarben nahezu sämtliche außerhalb „Solo" stehenden Zündhölzchenfabriken Österreichs gegen Aktien.

Es wurden folgende Fabriken (gegen Apports) übernommen:

Rudolf Kretschmer, Erste schlesische Zündwarenfabrik in Bielitz (77.200 K);

Erste Hanna Dampfzündwarenfabrik in Proßnitz: M. & T. Ries (125.600 K);

Jakob & Josef Kohn, Troppau (482.400 K);

Zündwarenfabriken von Friedrich Hochner und Niederle & Haschka, Aktiengesellschaft in Brünn, Fabriken: Saaz, Svratka, Müglitz (300.200 K);

k. k. priv. Zündwarenfabriken Jakob Taussig, Cintlovka (214.800 K);

Josef Stadler, Zündwarenerzeugung, Kaltenbach (77.600 K);

Brüder Löwy, Zündhölzerfabrik, Klattau (143.200 K), (Betrieb wurde 1913 eingestellt);

Jg. Singer, Kleinmünchen (56.600 K);

Erste Erzgeb. Zündwarenfabrik in Schmiedeberg, Heinrich Englert & Comp., Weipert (327.600 K);

M. Adlersberg, Zündhölzchenfabrik, Bolechow (103.000 K);

Josef Lipschütz (161.800 K);

k. k. Zündwarenfabrik Ch. H. Lipschütz, Skole (290.000 K);

Fabryka Zapalek „Regina" (Stabrowski) Sidzina bei Skawina (62.000 K);

„Vesta" Gal. Zündwarenfabriks-Gesellschaft m. b. H., Stanislau (94.200 K);

Saybuscher Zündwarenfabrik L. Unger, Zywiec (107.400 K);

J. Venel & Sohn, Nekor bei Geiersberg (K 60.000);

Böhm. Zündwarenfabriks-Gesellschaft in Budweis (K 475.400);

Kaufmännische Zündwarenfabrik-Aktiengesellschaft Leipnik-Prerau, Fabriken: Leipnik und Groß-Aujezd (222.800 K);

Böhm. Zündwarenfabrik Jan Svozil, Loschitz (119.400 K);

Sicherheitszündhölzerfabrik F. P. Hamberger, Gesellschaft m. b. H., Trient (113.000 K);

Erste Südböhmische Zündwaren-, Wichse- und chemische Produktenfabrik Brüder Scheinost Heilendorf. (403.400 K).

Zwischen „Helios" und „Solo" wurde eine Kartellvereinbarung abgeschlossen und für beide unter der Firma „Österreichische Zündhölzchen-Verkaufsgesellschaft m. b. H." für Inlands- und Auslandsabsatz ein gemeinsamer Verkauf eingerichtet. Hiermit war die Monopolsstellung beider Gesellschaften gesichert. Der Staat übernahm jedoch weder das Erzeugungs- noch das Vertriebsmonopol, ja es kam auch jetzt noch nicht zu irgendeiner Steuermaßnahme.

Dagegen nahmen „Solo" und „Helios" die Vorteile des ihnen geschaffenen Monopols so gut wahr, daß „Helios" schon in den Jahren 1913 und 1914 eine Dividende von 8 K (4 Prozent) verteilte, die 1915 auf 15 K (7½ Prozent) stieg, wiewohl „der Mangel an Rohmaterialien zur Verwendung von Surrogaten und zur Anpassung und teilweisen Neuanschaffung der maschinellen Einrichtungen zwang und den hierdurch hervorgerufenen größeren Abnutzungen durch erhöhte Abschreibungen Rechnung getragen wurde. Die galizischen Fabriken, deren Produktion während der Invasion für das Unternehmen verloren ging, wurden beim Abzuge des Feindes ausgeraubt und niedergebrannt! Indessen half man sich, indem der Produktionsausfall durch Arbeit in Tag- und Nachtschichten ausgeglichen wurde und indem die alten Vorräte besser verwertet wurden". Trotz alldem ergab sich ein „Fabrikationsgewinn" von 3,219.524 K für das Geschäftsjahr 1915. Hiervon wurden als Spesen nicht weniger als 456.590 K und auf „Abschreibungen" 996.233 K, also rund eine Million, und unter Zinsen (wofür, ist nicht angegeben) 137.803 K verrechnet.

Wieweit „sonstige" Effekten im Betrage von 474.532 K und die Vorräte im Betrage von 1,027.296 K (wahrscheinlich sehr bescheiden geschätzt) sowie der gegenüber dem Aktienkapital ausgewiesene Mehrwert der Maschinen und Immobilien im Betrage von mehr als 1½ Millionen Kronen aus dem laufenden Geschäftsjahre stammt, teilt der „Kompaß", der als Quelle für die vorstehenden Angaben diente, nicht mit. Unbedingt stammen diese Gewinne aus den drei letzten Geschäftsjahren (1913 bis 1915), welche zugleich die ersten sind.

Nicht weniger einträglich gestaltete sich der Betrieb der „Solo"-Aktiengesellschaft. Nach Angabe der obgenannten Quelle war „der Absatz der Fabrikate im Jahre 1915 ein sehr lebhafter. Die beträchtlichen Lagervorräte wurden sehr günstig abgesetzt und die geschaffenen lohnsparenden Investitionen voll ausgenützt." Zugegeben wird auch „der Verkauf zu sehr lukrativen Preisen". Die Dividenden betrugen

in den Jahren 1905 bis 1915 4, 5, 6, 8, 9, 9, 5, 5, 9, 4 und 12 Prozent. Der Rechnungsabschluß weist auch bei „Solo" im Jahre 1915 495.083 K für Spesen aus. Dazu kommen Zinsen im Betrage von 261.238 K (wofür, ist auch hier nicht angegeben), dazu die berühmten Abschreibungen im Betrage von 1,412.822 K. Sonach ergibt sich ein Reingewinn von 1,268.199 K. Vom Reingewinn entfallen auf die Dividende nur 780.000 K, während 311.892 K dem Reservefonds zugewiesen und 84.713 K in Vortrag gebracht wurden. Das heißt in praktische Prosa übersetzt: trotz der erheblichen Tantiemen und trotz der großen Beträge, die für die Abschreibungen aufgespart wurden und über die sich gewiß noch so manches sagen ließe, trotz „Zinsen" und „Spesen" hätte die Dividende 17 Prozent betragen, wenn der gesamte Gewinn zur Ausschüttung gekommen wäre. Die Immobilien und Maschinen übersteigen nach dem Buchwerte das Aktienkapital um mehr als 3 Millionen Kronen, dazu kommen Utensilien im Werte von 346.067 K, Effekten und Vorräte nebst Waldbesitz und Sägen im Betrage von rund $3^1/_2$ Millionen Kronen. Aus welchen Jahren diese gewiß auch als Gewinn anzusehenden Erwerbungen stammen, geht aus den Angaben des „Kompaß" nicht unmittelbar hervor. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Löwenanteil aus den drei letzten Jahren stammt.

Unter diesen Verhältnissen kann es nicht besonders wundernehmen, daß das Kursbuch für exotische Wertpapiere den Wert der Soloaktie bei einem Nominale von 200 K schon Mitte 1914, also in einem Geschäftsjahre, wo das Papier eine 4prozentige Dividende abwarf, mit 340 K Geld und 355 K Ware ausgewiesen hat. Ebenso einleuchtend ist es, daß die Helios-Aktie bei einem Nominale von 200 K zur selben Zeit in demselben Kursblatt (25. Juli 1914) mit 220 K Geld und 250 K Ware angegeben wurde, und zwar ebenfalls bei einer 4prozentigen Dividende. Zu welch fabelhaften Preisen Solo- und Helios-Aktien im Jahre 1915, über die vorläufig die Anschreibungen noch ausstehen, getrieben worden sein mögen, also in einem Jahre, in welchem selbst die gewaltsamsten Maßnahmen keine niedrigeren Dividenden als solche von 12 und 15 Prozent zuließen, wird nach den vorstehenden Darlegungen unschwer abzuleiten sein. Der Kurs der beiden Aktien im Laufe des Jahres 1916 wird unter Berücksichtigung der Konjunktur gewiß eine gewaltige Steigerung aufgewiesen haben. Daraus aber kann ohne weiteres gefolgert werden, daß es der Regierung gewiß nicht gut möglich war, unter Ablösung des Aktienbesitzes der beiden mit einem tatsächlichen Monopol ausgestatteten Aktiengesellschaften das Staatsmonopol für Zündhölzchen zu errichten. Zugleich aber muß sich die Frage aufdrängen, wieso es zugelassen werden konnte, daß die genannten Gesellschaften eine solche Monopolstellung erlangten, als deren Folge sich übermäßige Gewinne ergeben mußten, die ihrerseits eine Wertsteigerung der Aktie in dem Maße zur Folge hatten, daß ihre Erwerbung durch den Staat zum Kurswert als ganz ausgeschlossen bezeichnet werden muß. Noch verwunderlicher aber ist es, daß die Regierung zu einer Zeit, als sie sich der Banken zur Vorbereitung des Staatsmonopols für Zündmittel bediente, sich nicht durch angemessene Verträge gegen derartige leicht vorauszusehende Erscheinungen gesichert hat. Es muß also nicht allein die Frage gestellt werden, warum durch die Kaiserliche Verordnung vom 12. August 1916 nicht das Erzeugungsmonopol, ja nicht einmal das Vertriebsmonopol für Zündwaren dem Staate gesichert wurde, sondern es muß auch verlangt werden, daß die Regierung in klarer Weise das Verhältnis der österreichischen Staatsverwaltung zu den gründenden Banken der „Solo"- und „Helios"-Aktiengesellschaft dartue, daß sie insbesondere auch das Verhältnis der Staatsverwaltung zu diesen beiden Gesellschaften von ihrer Gründung bis zur Erlassung der Kaiserlichen Verordnung bloßlege und die derzeit zwischen dem Staate und den beiden Aktienunternehmungen bestehenden Abmachungen bekanntgebe; denn erst die vollkommene Einsicht in diese Verhältnisse wird eine richtige Beurteilung des durch die Kaiserliche Verordnung vorläufig geschaffenen Zustandes ermöglichen. Schon aus diesen Gründen erscheinen die vom Berichterstatter am Schlusse dieser Ausführung gestellten Anträge hinsichtlich der Einsetzung eines Subkomitees und des Verlangens nach Aufklärungen und Auskünften im Sinne des § 29, zweiter Absatz der Geschäftsordnung ebenso gerechtfertigt wie der Antrag, sachverständige Zeugen zur mündlichen Vernehmung auf Grund des § 30, erster Absatz der Geschäftsordnung, vor den Ausschuß zu laden.

Unbeschadet der allfälligen Ergebnisse des beantragten Verfahrens kann jedoch heute schon festgestellt werden, daß im Wege der Kaiserlichen Verordnung keine der eingangs dieser Ausführungen erwähnten Besteuerungsmöglichkeiten für Zündmittel gewählt wurde, sondern daß die Kaiserliche Verordnung ein kombiniertes System aufgestellt hat. Der Staat verzichtet auf die Errichtung eines Staatsmonopols, räumt jedoch via facti den beiden Gesellschaften ein tatsächliches Monopol ein und unterwirft die Zündhölzchen nicht einer Erzeugungs-, sondern einer Verbrauchsabgabe, die nicht im Wege einer Banderollesteuer, sondern einer unmittelbaren, vom Erzeuger zu entrichtenden Abgabe hereingebracht wird. Die Errichtung und Anerkennung des Privatmonopols grenzt also sehr nahe an die Monopolsverpachtung, das ist eine Form, die wohl nur in sehr zurückgebliebenen Staaten üblich ist.

Unter den gegebenen Verhältnissen wird eine richtige Beurteilung des durch die Kaiserliche Verordnung geschaffenen Zustandes aber erst dann möglich sein, wenn es feststeht, welche Verträge zwischen den beiden Aktiengesellschaften „Solo" und „Helios" einerseits und dem Staate andrerseits über ihr wechselseitiges Verhältnis in der Zukunft abgeschlossen wurden. Das Abgeordnetenhaus hat nämlich gewiß ein außerordentliches Interesse daran, zu erfahren, welche Gewinne die Alleinerzeugung der Zündhölzchen den beiden Aktiengesellschaften abwirft und welche Sicherungen für die Einhaltung angemessener Verkaufspreise geschaffen wurden, zumal ja das Recht des Finanzministers, Höchstpreise festzustellen, nur mit dem Rechte, eine Verkaufstaxe zu erlassen, gleichbedeutend ist. Nicht minder wichtig ist es zu wissen, welchen Einfluß sich der Staat auf die richtige Kontierung und Buchung sowie auf die sachgemäße Erstellung der Bilanzen gewahrt hat; welche Gewähr dafür gegeben ist, daß eine den Bedürfnissen entsprechende Erzeugung von Zündhölzchen und eine klaglose Belieferung der Verbraucher seitens der beiden Gesellschaften stattfinde; ob die Verkaufsbedingungen nicht der Monopolsstellung entsprechend harte sind und welche soziale Fürsorge diese Staatsbetriebe ersetzenden Unternehmungen für ihre Arbeiter, Beamten und sonstigen Angestellten getroffen haben. Erst wenn diese Fragen, die gemäß dem Antrage des Berichterstatters im Subkomitee an die Regierung und an Funktionäre der in Frage kommenden Gesellschaften zu stellen sein werden, eine befriedigende Antwort gefunden haben, wird der hohe Ausschuß in der Lage sein, über die Zweckmäßigkeit des in der Kaiserlichen Verordnung beschrittenen Weges der Besteuerung von Zündmittel über die Schaffung eines Monopols für die bestehenden Zündmittel erzeugenden Unternehmungen und die eigenartigen Bestimmungen des § 17 der Kaiserlichen Verordnung abschließend zu urteilen.

Hinsichtlich der legistischen Form der Kaiserlichen Verordnung kann der Berichterstatter nicht umhin, ausstellig zu bemerken, daß die gewählte Art der Definitionen nicht erschöpfend ist und daher mancherlei Zweideutigkeiten entstanden sind. So ist es zum Beispiel ungewiß, ob unter Feuerzeugen auch jene zu verstehen sind, die beispielsweise unter Verwendung einer ständig brennenden Gasflamme betrieben werden und ob auch die aus Platinmoor hergestellten, zur Entzündung von Gasflammen bestimmten Vorrichtungen als Feuerzeuge im Sinne der Kaiserlichen Verordnung anzusehen sind. Ebenso ungewiß ist es, ob zu den steuerpflichtigen Feuerzeugen auch die auf der Erzeugung von Reibungselektrizität oder auf dem Anschlusse an eine andere elektrische Kraftquelle beruhenden gehören. Vielleicht hätte darüber die Durchführungsverordnung, wie über manche andere Unklarheiten, Aufschluß geben können. Merkwürdigerweise wurde sie jedoch, trotzdem sie bereits längst erlassen ist, der Begründung der dem Hause vorgelegten Kaiserlichen Verordnung nicht beigegeben, ein Mangel, der übrigens allen übrigen Vorlagen, betreffend die Kaiserlichen Verordnungen, anhaftet. Daß die Vorlegung der Vollzugsvorschrift unterlassen wurde, ist aber um so mehr zu tadeln, als die Kaiserliche Verordnung selbst wiederholt auf sie verweist und viele Bestimmungen ohne Vollzugsverordnung ganz unverständlich bleiben. Entsprechend den Bedenken vom legistischen Standpunkte, aber auch entsprechend zahlreichen sachlichen Bedenken, namentlich hinsichtlich der Höchstpreisebestimmung und des möglichen Gewinnes für die mit Monopolsstellung ausgestatteten Aktiengesellschaften, endlich um den Schutz der Verbraucher gegen die Möglichkeit der Belieferung mit minderwertigen Zündmitteln sicherzustellen, beabsichtigt der Berichterstatter einige neue Fassungen vorzulegen. Hierbei geht er von der Annahme aus, daß es der Regierung gelingen wird, das Verhältnis der Staatsverwaltung zu den beiden Aktiengesellschaften aufzuklären und die sonstigen geltend gemachten Bedenken zu beheben, nimmt jedoch gleichzeitig an, daß aller Wahrscheinlichkeit nach vertragsmäßige Bindungen, die nicht ohne weiteres sofort rückgängig gemacht werden können, bestehen dürften, welche die von der Regierung eingeschlagene Art der Besteuerung beizubehalten zwingen. Der Berichterstatter ist sich darüber im klaren, daß die von ihm in Vorschlag gebrachten Erhebungen nicht zu einem völligen Umstoßen der Grundsätze der Kaiserlichen Verordnung aus Gründen, die ja bereits dargetan wurden, führen können. Diese Ermittlungen sind aber von großer Bedeutung für die Begründung, mit welcher die Kaiserliche Verordnung aufzuheben sein wird, da unter Umständen die Anführung mancher Gründe an und für sich mit Recht als Tadel oder Mißbilligung aufzufassen wäre. Auch wird das Ergebnis der in Antrag gebrachten Erhebungen für die künftige Regelung der Dinge auf dem Gebiete der Zündmittelbesteuerung von ziemlicher Bedeutung sein, da die den Aktiengesellschaften „Helios" und „Solo" vom Staate eingeräumten Vorteile doch kein ewiges Privileg werden dürfen und sonach in möglichst kurzer Frist die heutige Monopolsstellung von „Solo" und „Helios" durch eine andere Art der Bewirtschaftung dieser Steuerquelle des Staates abgelöst werden muß.

Die finanzielle Lage des Staates erlaubt es leider nicht, die Kaiserliche Verordnung zu beseitigen, ohne zugleich durch ein Gesetz die Besteuerung der Zündmittel zu verfügen. Einer Beweisführung für diese Behauptung bedarf es nicht; denn schon jener Teil der Kriegskosten, die der Volksvertretung als

„Kriegsschulden" bekannt geworden sind, erfordert zur Bedeckung der jährlichen Zinsensumme einen Betrag, der nur aufgebracht werden kann, wenn alle überhaupt möglichen Steuerquellen erschlossen und zu reichlichem Fließen gebracht werden. Man wird sich nicht leichten Herzens dazu verstehen, die Besteuerung der Zündmittel in jenem Maße zu verfügen, wie es in der Kaiserlichen Verordnung geschehen ist; denn ohne Zweifel ist diese Steuer nicht nur sehr unvolkstümlich, sondern in der Tat auch ungerecht. Trifft sie doch, soweit das unbedingte Lebenserfordernis in Betracht kommt, die Haushaltung mit den einfachsten Einrichtungen am schwersten, insofern diese beim Mangel einheitlicher Heizanlagen, elektrischen Lichtes usw. häufiger Zündmittel (in der Regel Zündhölzchen) verwenden müssen, als es in den Haushaltungen vermögender Leute notwendig ist, die über besser eingerichtete Wohnstätten verfügen. Die ziemlich große Belastung der Raucher, die dem Staate eine an und für sich sehr erhebliche Luxussteuer entrichten, sei nur nebenbei erwähnt, da die Höherbesteuerung im Hinblick auf die an sich hohen Kosten des Tabakgenusses vom Raucher nicht so drückend empfunden werden dürfte. Es darf jedoch eine Steuer nicht nur danach beurteilt werden, ob sich der Besteuerte seiner Leistung mehr weniger bewußt wird; denn, daß er sie „nicht empfinde", ist lediglich eine von Regierungsvertretern gern aufgestellte, aber ganz unrichtige und volkswirtschaftlich sehr bedenkliche Behauptung, die bei der Behandlung jeder mittelbaren (Verbrauchs-) Steuer vorgebracht wird. Die volkswirtschaftlichen Rückwirkungen der starken Besteuerung lebensnotwendiger Gegenstände oder Einrichtungen bleiben selbstverständlich nicht aus, auch wenn sich die Bevölkerung der Entrichtung der Abgabe nicht bewußt wird, wie es der Fall ist, wenn sich die Verbraucher an Preise gewöhnt haben, in denen die höheren Abgaben bereits inbegriffen sind. Daher werden Verbrauchssteuern wie jene auf Bier und andere alkoholische Getränke, Preissteigerungen für Monopolsgegenstände wie Salz und Tabak meist ziemlich ruhig hingenommen, zumal dem Einzelnen in der Regel unbekannt bleibt, wie sich der Preis stellen müßte, wenn der Verbrauchsgegenstand nicht besteuert wäre. So leichtfertig, wie es im allgemeinen der Verbraucher tut, darf aber der Volkswirt nicht rechnen. Er muß vielmehr in genauer Kenntnis der Erzeugungskosten und des Steuerbetrages die jährlich entrichtete Gesamtabgabe in Rechnung ziehen. Im vorliegenden Falle wird unschwer festzustellen sein, daß die Zündhölzchensteuer, die ja nahezu einer Kopfsteuer gleichkommt, jeden Haushalt mit mindestens 3 K belasten wird. Diese Annahme dürfte ziemlich richtig sein, da sie annähernd der Ertragschätzung entspricht, welche die Regierung gelegentlich einer früheren Vorlage, betreffend die Einführung einer Zündhölzchensteuer dem Abgeordnetenhause vorgelegt hat. Von diesem Standpunkt betrachtet, zeigt sich, daß die Zündhölzchensteuer, auch Schichten der Bevölkerung trifft, die bisher steuerrechtlich vielleicht überhaupt noch nicht erfaßt wurden, weil sie von einer Besteuerung mit Rücksicht auf ihre geringen Wirtschaftskräfte verschont geblieben sind. Für solche Bevölkerungsschichten ist natürlich eine jährliche Abgabe von drei Kronen schon als sehr erheblich anzusehen, insbesondere im Vergleich zur Besteuerung derselben Volksschichten in anderen Staaten. Endlich darf eine Verbrauchssteuer nicht für sich allein betrachtet werden, sondern in ihrem Zusammenwirken mit anderen Verbrauchssteuern. Geschieht dies, dann wird der Einfluß der Verbrauchssteuern auf die Lebenshaltung der Bevölkerung so klar in Erscheinung treten, daß es wohl niemand wagen könnte zu behaupten, die mittelbar entrichtete Steuer werde nicht empfunden. Durch eine richtige Schätzung der Leistungen des Einzelnen auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern für lebensnotwendige Gegenstände wird aber erst die Grundlage für ein Urteil darüber geschaffen, ob die Besteuerung anderer Gegenstände und Einrichtungen in einem richtigen Verhältnisse zur Höhe jener Abgaben steht, welche auch von den wirtschaftlich Schwächsten entrichtet werden müssen. Tatsächlich kann eine gerechte Verteilung so großer Lasten, wie sie die Bevölkerung Österreichs zu tragen haben wird, nur erfolgen, wenn ein System gegenseitig ausgewogener, alle Schichten im richtigen Verhältnisse erfassender Steuern aufgestellt wird, das auch den bestehenden Steuereinrichtungen angepaßt sein soll, insofern es auf den Ausgleich vorhandener Härten einzurichten ist. Kurz gesagt: Steuern, wie jene für Zündmittel, können richtigerweise nur als Teile eines großangelegten Finanzplanes zur Einführung gelangen. Einen umfassenden Finanzplan hat jedoch bis jetzt keine österreichische Regierung aufzustellen den Mut und die Kraft gefunden, weder vor dem Kriege noch jetzt! Auch bei Erlassung der Steuerverfügungen durch Kaiserliche Verordnungen hat die Regierung nicht die Gelegenheit zu einer großzügigen Steuerreform wahrgenommen. Die dem Abgeordnetenhause vorgelegten, mittels Kaiserlicher Verordnungen erlassenen Steuerverfügungen rufen tatsächlich den Eindruck hervor, daß sie mit wenig Überlegung, wahllos und ohne Zugrundelegung eines Finanzplanes aufgegriffen wurden. Keinesfalls gibt diese Art der Regierungstätigkeit Zeugnis von dem Walten oder Vorhandensein eines großen, schöpferischen und gedankenreichen Finanzgenies, ohne das wir aus dem Wirrsal der Finanznöte des Staates nicht herauszukommen vermögen. Nur weil derzeit keine Aussicht besteht, den allerdringendsten Geldbedarf des Staates durch eine großzügige Steuerreform zu befriedigen, bleibt nichts übrig, als sich mit Notbehelfen zu begnügen,

zu denen für sich allein und ohne entsprechende Steuermaßnahmen auf anderen Gebieten auch die Besteuerung der Zündmittel gehört.

Wie wenig auf die richtige Verteilung der Lasten bei Erlassung der Kaiserlichen Verordnung, betreffend die Besteuerung der Zündmittel, Rücksicht genommen wurde, geht vielleicht am deutlichsten daraus hervor, daß sogenannte Schweden ebenso einer Steuer von 2 Hellern für eine Schachtel unterworfen wurden wie gewöhnliche Schwefelhölzchen. Nur die Zulässigkeit einer größeren Inhaltszahl — 90 anstatt 60 Stück — schafft einen Steuerunterschied von 50 Prozent zum Vorteile der geschwefelten Zündhölzchen, der jedoch mehr als reichlich durch die Nachteile wettgemacht wird, welche sich beim Gebrauche von Schwefelhölzchen ergeben. Ihre schlechte Verpackung und Beschaffenheit bedingen nämlich an und für sich schon einen Mehrverbrauch von mindestens 30 Prozent. Da geschwefelte Zünder in der Regel nur von den weniger wohlhabenden Schichten der Bevölkerung verwendet zu werden pflegen, werden also die wirtschaftlich Schwächeren steuerrechtlich, trotz der Verwendung schlechterer Ware, mindestens ebenso getroffen wie die Geldkräftigeren, wenn nicht noch härter. Ob hierin Wandel zu schaffen möglich sein wird, hängt im wesentlichen davon ab, welche Abmachungen zwischen den zündhölzchenerzeugenden Aktiengesellschaften und dem Staate bestehen. Diese müssen genauest bekannt sein, um abändernde Bestimmungen in dieser Richtung vorschlagen zu können.

Gestützt auf die vorstehenden Darlegungen stellt der Berichterstatter den Antrag:

I.

Der hohe Ausschuß wolle beschließen: ein Subkomitee zur Klärung der im vorliegenden „einleitenden Berichte" vorgebrachten Bedenken mit dem Auftrage einzusetzen

1. im Sinne des § 29, 2. Absatz der Geschäftsordnung Aufklärungen von der Regierung zu verlangen,

2. im Sinne des § 30, 1. Absatz der Geschäftsordnung Erhebungen zu pflegen, die sich namentlich auf die Einvernahme von Funktionären der beiden Aktiengesellschaften „Solo" und „Helios" und der gelegentlich der Errichtung dieser Gesellschaften und seit dieser Zeit bis zur Erlassung der Kaiserlichen Verordnung vom 12. August 1916 im Amte gewesenen Finanzminister und deren mit dem Gegenstande befaßten Organe zu erstrecken hätten.

II.

Der hohe Ausschuß wolle beschließen, von der Regierung die unverzügliche Vorlage der Durchführungsverordnung zur Kaiserlichen Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 278, betreffend die Zündmittelsteuer, zu verlangen.

Wien, am 6. August 1917.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Einleitender Bericht

an den

Finanzausschuß

über

die dem Abgeordnetenhause vorgelegte Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 282, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (Nr. 151 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses XXII. Session 1917).

Vorgelegt vom Berichterstatter Mr. Gustav Hummer.

Die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 282, verfügt:

1. Die Beibehaltung der bisherigen fünfprozentigen Gebühr vom Gesamtbetrage der Wetteinsätze beim Totalisateur.

2. Die Einführung einer Stempelgebühr von den Einsätzen bei Abschluß von Buchmacherwetten.

3. Die Einführung einer Gebühr von Gewinnen aus Totalisateur- und aus Buchmacherwetten, einschließlich jener Gewinne die der Buchmacher selbst erzielt.

4. Kontroll- und Strafbestimmungen zur Verhinderung der Umgehung der Gebührenpflicht.

5. Bestimmungen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens.

Der von der Regierung eingeschlagene Weg, die vorgenannten Verfügungen mittels Kaiserlicher Verordnung zu treffen, ist zu tadeln, wiewohl das Ziel, Totalisateur- und Buchmacherwetten einer höheren Besteuerung zuzuführen, an sich löblich wäre.

Durch die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916 wurden nicht alle Möglichkeiten einer ausreichenden Besteuerung des Wettwesens erschöpft. Sowohl die Stempel- als auch die Totalisateur- und Gewinstgebühren müssen vielmehr als unzulänglich bezeichnet werden. Jedenfalls bleiben die Gebührensätze der Kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1916 hinter jenen zurück, welche das Abgeordnetenhaus schon im Oktober 1913, also noch im Frieden, beschlossen hat, dagegen stimmen sie mit dem Gewinstgebührentarif eines abändernden Beschlusses des Herrenhauses vom Dezember 1913 überein, der jedoch einer Behandlung durch das Abgeordnetenhaus nicht mehr unterzogen wurde. In der souveränen Nichtbeachtung der Absichten und Beschlüsse der Volksvertretung zeigt sich, daß auch diese „Notverordnung" in Hinsicht der Bedenklichkeit vom Standpunkte der Volksrechte keine Ausnahme macht, denn auch sie beweist deutlich, wozu es führt, wenn Verfügungen erlassen werden, von denen die Autoren annehmen, daß sie einer kritischen Bearbeitung durch die Volksvertretung nicht unterzogen würden.

Nicht nur aus Gründen der Verfassungsmäßigkeit, sondern auch aus rein sachlichen Erwägungen empfiehlt es sich daher, die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 282, mit einem aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Gesetze zu vertauschen. Wenn unter

diesen Umständen gleichwohl empfohlen wird, die Aufhebung der genannten Kaiserlichen Verordnung bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes über die Besteuerung der Totalisateur- und Buchmacherwetten zu verschieben, so geschieht dies darum, weil vermieden werden soll, daß in der Zwischenzeit jene Bestimmungen wieder in Geltung treten, welche vor Erlassung der Kaiserlichen Verordnung bestanden haben und die noch ungenügender waren als die Anordnungen dieser.

Von den im vorstehenden dargelegten Erwägungen geleitet legt der Berichterstatter den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten, sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens und die Aufhebung der Kaiserlichen Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 282, vor.

Der Entwurf entlehnt der Kaiserlichen Verordnung vom 29. August 1916: 1. Die Kontroll- und Strafbestimmungen zur Verhinderung der Umgehung der Gebührenpflicht sowie 2. die Bestimmungen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens und schlägt abändernd vor:

1. Eine für Totalisateur- und Buchmacherwetten gleichmäßige Stempelgebühr von 10 Prozent des Wetteinsatzes, wobei jedoch die fünfprozentige Gebühr, welche der Totalisateur bislang auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 31. März 1890, R. G. Bl. Nr. 53, zu entrichten hat, fortzufallen hätte.

2. Eine für Gewinne aus Totalisateur- und Buchmacherwetten gleichmäßige Gewinstgebühr von 20 Prozent des dem Gewinner nach Abrechnung des Wetteinsatzes zufallenden Betrages.

3. Die Außerkraftsetzung der Kaiserlichen Verordnung vom August 1916 gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des zu beschließenden Gesetzes.

4. Eine gewisse Änderung im Aufbau des Gesetzentwurfes gegenüber der Kaiserlichen Verordnung, bedingt durch die Vereinheitlichung der Stempelgebühren und Gewinstgebühren für Totalisateur- und Buchmacherwetten; vom Standpunkte der Legistik ein Gewinn, da es sich um Vereinfachungen zugunsten der Übersichtlichkeit handelt.

Zur Begründung der vorgeschlagenen Änderung sei zunächst darauf verwiesen, daß keinerlei Veranlassung vorliegt, die früher bestandene und von der Kaiserlichen Verordnung wenigstens teilweise achtungsvoll geschonte gebührenrechtliche Besserstellung der Buchmacherwetten gegenüber den Totalisateurwetten beizubehalten. Eher wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht die Buchmacherwetten höher zu besteuern wären, da der Abschluß solcher Wetten gegenüber der Wettbeteiligung beim Totalisateur nicht nur Annehmlichkeiten sondern auch Vorteile bietet und da überdies durch die Gebührenerhöhung für Buchmacherwetten vermögendere Kreise getroffen würden.

Nun ist es gewiß nicht einzusehen, warum bei dieser Sachlage nach den geltenden Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung ein Wetteinsatz von 50 K beim Buchmacher einer Stempelgebühr von nur 20 h unterliegt, wohingegen vom gleichen Wetteinsatze beim Totalisateur eine Gebühr von 2 K 50 h zu entrichten ist. Ebenso unangemessen ist es, daß die mit Kaiserlicher Verordnung für die Totalisateurwetten eingeführte perzentuelle Gebührenskala nicht auch der Stempelgebühr für Buchmacherwetten zugrunde gelegt wurde. Wie ungerecht das ist möge, folgendes Beispiel zeigen:

Hundert Personen tun sich nach Art eines Sparvereines zusammen, um auf gemeinsamer Rechnung zu wetten. Sie entrichten an Gebühren:

	Für die Totalisateurwette:	Für die Buchmacherwette:
Bei einem Einsatze von	50 K	2 K 50 h	— K 20 h
„ „ „ „	150 „	7 „ 50 „	1 „ — „
„ „ „ „	300 „	15 „ — „	2 „ — „
„ „ „ „	500 „	25 „ — „	4 „ — „
„ „ „ „	1.000 „	50 „ — „	10 „ — „
„ „ „ „	10.000 „	500 „ — „	20 „ — „
„ „ „ „	100.000 „	5.000 „ — „	20 „ — „

Dabei ist es gewiß für die Beurteilung des als Beispiel angeführten Falles gleichgültig, daß der Höchsteinsatz beim Totalisateur beschränkt ist und somit größere Beträge nur entsprechend geteilt eingezahlt werden können.

Die im Entwurfe vorgeschlagene gebührenrechtliche Gleichstellung der Totalisateur- und Buchmacherwetten ist also wohl begründet. Gegen die beantragte Erhöhung der Gebühr auf 10 Prozent des Wetteinsatzes wird wohl kaum ein stichhaltiger Einwand vorgebracht werden können, wenn die Höhe anderer Gebühren und Abgaben in Vergleich gezogen und berücksichtigt wird, daß den dadurch getroffenen

Dingen ganz bestimmt eine unendlich höhere Bedeutung für die Lebensfallung der Allgemeinheit zukommt, als irgendwelchen Sportwetten.

Die folgende Zusammenstellung mag an einem Beispiele zeigen, wieviel der Staat bisher den Spielern geschenkt hat und um wieviel sie in Hinkunft gerechterweise mehr zahlen sollen:

Mehrleistung der Spieler unter Zugrundelegung der zehnprozentigen Stempelgebühr:

	Bei Totalisateurwetten:	Bei Buchmacherwetten:
Für einen Einsatz von	50 K	2 K 50 h	4 K 80 h
„ „ „ „	150 „	7 „ 50 „	14 „ — „
„ „ „ „	300 „	15 „ — „	28 „ — „
„ „ „ „	500 „	25 „ — „	46 „ — „
„ „ „ „	1.000 „	50 „ — „	90 „ — „
„ „ „ „	10.000 „	500 „ — „	980 „ — „
„ „ „ „	100.000 „	5.000 „ — „	9.980 „ — „ usw.

Durch die Beibehaltung und Erhöhung der sogenannten Totalisateursteuer und die Neueinführung der Stempelgebühr von Buchmacherwetten wird jedoch nur die Befriedigung des Spieltriebes, der Genuß eines Vergnügens, also eine Form des Luxus besteuert, nicht aber auch der müheloſe Zufallsgewinn desjenigen, zu dessen Gunsten die Wette entschieden wird. Da nun derartige Gewinne in Österreich grundsätzlich einer Abgabe unterliegen, wie zum Beispiel Lotteriegewinne, war es vollkommen richtig, auch die Wettgewinne einer angemessenen Abgabe zu unterwerfen. Es ist demnach auch in diesem Falle nicht einzusehen, warum die Kaiserliche Verordnung vom August 1916 auch bei der viel zu spät eingeführten Gewinstgebühr eine Bevorzugung der Wettgewinner gegenüber den Lotteriegewinnern eintreten läßt. Diese besteht zunächst darin, daß die Wettgewinstgebühr in jedem Falle weniger als die Hälfte der 20 Prozent Lotteriegewinststeuer ausmacht und daß ihre Einhebung nur erfolgt, wenn der Gewinn abzüglich des Wetteinsatzes das Doppelte des Einsatzes übersteigt. Ganz unbegründet ist es jedenfalls auch, daß die Wettgewinstgebühr nicht in Prozenten des Gewinnes vorgeschrieben wird, sondern auf Grund eines eigenen Tarifs der eine anfänglich steil ansteigende, dann aber kaum merkliche Progression aufweist, die jedoch nicht nach dem absoluten Betrage des Gewinnes abgestuft ist, sondern danach um wie viel Mal der Gewinn größer als der Einsatz ist. Die Berechnung der Gewinstgebühr vom Einsatze trägt jedenfalls nicht dazu bei, die wahren Verhältnisse der Abgabe übersichtlicher zu gestalten Nur nebenbei sei bemerkt, daß innerhalb jeder Reihe die Höchstbeträge geringer besteuert erscheinen als die Mindestbeträge, daß also innerhalb jeder Tarifstufe eine Progression im verkehrten Verhältnisse der Hauptprogression des Tarifes wirkt.

Die Unsinnigkeit und Ungerechtigkeit des Tarifs der Kaiserlichen Verordnung geht übrigens auch für den Laien mit aller nur wünschenswerten Klarheit aus folgender Zusammenstellung hervor:

Postnummer des Tarifs	Verhältnis der auszuzahlenden Quote (Gewinst zuzüglich des Wetteinsatzes) zum Wetteinsatz	Betrag der Gewinstgebühr für je 1 Krone des Einsatzes, ausgedrückt in Kronen	Prozente des Einsatzes	Die Gewinstgebühr beträgt in Prozenten der Quote	Jede Wettgewinstkrone ist also gegenüber einer Lotteriegewinstkrone gebührenrechtlich besser gestellt um Heller
1	mehr als das 3fache bis zum 4fachen	0·10	10	3·3 bis 2·5	16·7 bis 17·5
2	4 bis 5fache	0·20	20	5 „ 4	15 „ 16
3	5 „ 7 „	0·40	40	8 „ 5·7	12 „ 14·29
4	7 „ 9 „	0·60	60	8·57 „ 6·66	11·43 „ 13·34
5	9 „ 11 „	0·80	80	8·88 „ 7·27	11·12 „ 12·73
6	11 „ 13 „	1·—	100	9·09 „ 7·69	10·91 „ 12·31
7	13 „ 15 „	1·20	120	9·23 „ 8	10·77 „ 12
8	15 „ 17 „	1·40	140	9·33 „ 8·23	10·67 „ 11·77
9	17 „ 19 „	1·60	160	9·41 „ 8·42	10·59 „ 11·58
10	19 „ 21 „	1·80	180	9·47 „ 8·57	10·53 „ 11·43
11	21 „ 23 „	2·—	200	9·52 „ 8·69	10·48 „ 11·31
12	23 „ 25 „	2·20	220	9·56 „ 8·8	10·44 „ 11·20
13	25 „ 50 „	2·40	240	9·60 „ 4·8	10·40 „ 15·20

Ganz unerhört ist jedenfalls das Mißverhältnis, wenn die „Quote" das Dreifache des Wetteinsatzes nicht erreicht. Zwei Beispiele mögen das zeigen! Eine Person kauft ein Los der Staatswohltätigkeitslotterie zu 4 K. Das Los wird mit dem niedrigsten Gewinne von 10 K gezogen. Dem Gewinner werden 2 K Lotteriegewinnsteuer in Abzug gebracht. Eine andere Person setzt 4 K beim Totalisateur ein. Die Quote beträgt das 2·99fache. Der Gewinner erhält also 11 K 96 h und zahlt keinen Heller Steuer. Noch krasser tritt die Ungerechtigkeit der Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung zutage, wenn man erwägt, daß der oben angeführte Lotteriegewinn von 10 K mit 2 K besteuert wird, während beispielsweise ein Gewinn von 150.000 K aus einer Buchmacherwette, weil das Dreifache des Wetteinsatzes nicht erreicht wurde, steuerfrei bleibt. Ein Lotteriegewinn in gleicher Höhe wird mit 30.000 K zu versteuern sein.

Nach diesen Darlegungen kann wohl die Angemessenheit einer 20prozentigen Wettgewinnsteuer nicht bestritten werden, um so weniger wenn der zurückgewonnene Wetteinsatz steuerfrei bleibt, was schon als sehr weitgehendes Zugeständnis an die Spieler betrachtet werden muß und nur im Hinblick auf die Erhöhung der Gebühren für den Abschluß der Wetten einigermaßen gerechtfertigt werden kann.

Selbstverständlich besteht auch nicht die geringste Veranlassung, den Spielern Gewinstgebühren unter 50 h oder Restbeträge, die bei der Teilung durch 50 verbleiben, zu schenken, da ein solches Geschenk dem Spieler nicht einmal zu Bewußtsein kommt, den Staatssäckel aber empfindlich schädigt. Die Ersetzung der dahingehenden Bestimmungen durch eine für den Staat günstigere war daher im Entwurfe durchzuführen. Sie wurde in der Art vorgenommen, daß alle prozentuell berechneten Gebühren tatsächlich zur Einhebung gelangen, und daß zur Vereinfachung des Verfahrens eine Aufrundung der Gebühren auf ganze Zahlen des dekadischen Systems vorgeschrieben wird. Hieraus ergibt sich als selbstverständlich die Einhebung einer Mindestgebühr von 10 h für den Fall, als die berechnete Gebühr unter diesem Betrage bleiben sollte.

Es ist anzunehmen, daß die Bestimmungen des vom Berichterstatter vorgelegten Entwurfes auf den heftigsten Widerstand der Spielerkreise stoßen werden. Ebenso sicher ist es, daß von seiten der Spieler dieselben Einwendungen vorgebracht werden, die bei der Beratung des Wettsteuergesetzes im Jahre 1913 geltend gemacht wurden, leider nicht ohne Erfolg. Daher dürfte es nicht unangebracht sein, in einer kurzen Darlegung jene Behauptungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, die durch ihre scheinbare Berechtigung Eindruck gemacht haben.

Das Hauptinterresse aller Wettenden dreht sich natürlich um die Pferderennen. Jede Wettgebühr wird als schwere Schädigung des Rennwesens überhaupt hingestellt, woraus dann große angebliche Nachteile für Staat und Gesellschaft abgeleitet zu werden pflegen, weil der Staat ein hohes Interesse an der Pferdezucht hat, diese aber vom Blühen des Rennwesens abhängig sei, und weil mit dem Gedeihen des Rennbetriebes, Bestand und Wohlergehen zahlreicher gewerblicher und industrieller Unternehmungen verknüpft sei, namentlich jener, die vom Fremdenverkehre gewinnen.

Demgegenüber stellt der Berichterstatter folgende Ausführungen zur Erwägung anheim:

Es ist richtig, daß der Staat ein unbestrittenes Interesse an der Pferdezucht hat, ein unmittelbares, soweit der Bedarf der Armee an Reit- und Zuchtpferden in Betracht kommt, ein mittelbares, insoferne die Arbeitskraft des Pferdes in landwirtschaftlichen und anderen Betrieben benötigt wird, sie einträglicher und somit steuerkräftiger macht. Die Unersetzlichkeit des Pferdes für gewisse militärische Zwecke, die Notwendigkeit, daß eine bestimmte Anzahl von Pferden jederzeit für das Heer verfügbar sei, wird das Interesse des Staates an der Pferdezucht auch dann wach erhalten, wenn maschinielle Kraftquellen die tierischen, wie es vorauszusehen ist, immer mehr verdrängen werden. Der Staat muß daher jetzt und in Zukunft darauf achten, daß die Züchter Pferde in genügender Menge und von solcher Art hervorbringen, wie sie die Heeresverwaltung und die bürgerlichen Betriebe als Arbeitsquellen benötigen. Die militärischen Anforderungen an das Pferd erstrecken sich auf die größtmögliche Genügsamkeit hinsichtlich Fütterung und Wartung bei größter Leistungsfähigkeit und Ausdauer. Besondere Schnelligkeit spielt heute schon eine sehr nebensächliche Rolle, da andere Mittel zur Verfügung stehen, sobald es auf die Entwicklung größerer Geschwindigkeit ankommt. Ganz dieselben Anforderungen stellt der bürgerliche Betrieb an das Pferd als Nutztier. Daß es auch als Luxustier gehalten wird, ist für den Staat, soweit Zuchtziele in Betracht kommen, vollkommen gleichgültig. Um diese zu erreichen, wird der Staat also noch mehr als bisher für die Erlangung entsprechender Deckhengste sorgen müssen, er muß aber auch, was bisher nur sehr mangelhaft geschehen ist, durch die Errichtung und Unterstützung von Zuchtanstalten das Stutenmaterial verbessern. Daß in beiden Fällen ganz überflüssiger Luxus in der Tierhaltung entfallen und die Erzielung von Luxustieren überhaupt ausgeschlossen werden muß, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Nicht zuletzt wäre die Errichtung gesunder Stallungen durch staatliche Geldhilfe, jedoch unter Auferlegung einer Zuchtverpflichtung, namentlich in Anschluß an landwirtschaftliche

Betriebe kleineren und mittleren Umfangs zu fördern und durch Prämierungen ein Anreiz für die Beschäftigung mit der Pferdezucht zu schaffen.

Zahlreiche Prüfungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit, für die angemessene Staatspreise auszusetzen wären, käme der Hebung des Pferdematerials sehr zugute, vorausgesetzt, daß bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit vor allem dauernde Arbeitsleistungen und Widerstandsfähigkeit gegen Strapazen aller Art neben guter Form (Aussehen) bei Futtergenügsamkeit in Betracht kommen. Rekordgeschwindigkeiten, die sportliches Interesse erwecken, sind ganz belanglos. Hieraus ergibt sich, daß das Prüfungsverfahren auf längere Zeit ausgedehnt werden muß und daß somit in den Pferderennen, wie sie jetzt abgehalten werden und die sich gewiß weitgehender staatlicher Unterstützung erfreuen, kein geeignetes Mittel zur Hebung der Pferdezucht erblickt werden kann.

Wenn also behauptet wird, eine höhere Besteuerung der Rennwetten schädige den Wettbetrieb und demnach auch die Pferdezucht und damit ein staatliches Interesse von besonderer Wichtigkeit, so entbehrt dies völlig der Begründung, da Rennen sportliche Veranstaltungen sind, die mit der Förderung der wahren Zuchtziele des Staates nach den vorstehenden Darlegungen nichts zu tun haben. Übrigens ist unschwer einzusehen, daß eine stärkere Besteuerung weder die Zahl der Wetten noch ihren Umfang einschränken wird; denn für vermögliche Wetter spielt der sportliche Reiz in Verbindung mit der Gewinnstmöglichkeit eine solche Rolle, daß demgegenüber die Wettkosten, zu denen auch die Wettgebühren gehören, kaum in Betracht kommen. Für weniger Wohlhabende aber verbietet sich das Auswandern nach minder hoch besteuerten Plätzen im Auslande durch die damit verbundenen Auslagen und vor allem anderen durch den Zeitverlust. Der Abschluß von sogenannten Distanzwetten kann aber auf die Dauer gewiß nicht gefährlich werden, da der Wetter hierbei um das Vergnügen kommt, dem Rennen, also der Austragung seiner Wette, persönlich beizuwohnen. Selbst wenn es also wahr wäre, daß Pferderennen, die vom Staat anzustrebenden Zuchtziele fördern und wenn es weiterhin richtig wäre, daß die Rennen von Zahl und Umfang der Wetten sozusagen allein abhängen, ist es doch klar, daß nach dem Gesagten keinerlei Schädigung durch die Erhöhung der Wettsteuern zu befürchten ist. Damit fällt aber auch der so oft gehörte Einwand, daß Wettsteuern vom wirtschaftlichen Standpunkte an und für sich und vor allem andern von jenem der Orte, an welchen derartige Veranstaltungen stattfinden, zu bekämpfen seien; denn wie dargetan, stellt eine Höherbelastung der Wetten den Rennbetrieb durchaus nicht in Frage und bleibt auf die Zahl der Besucher aus dem In- oder Auslande ohne jeden Einfluß, vorausgesetzt, daß das sportliche Interesse nicht vermindert wird. So lange also die Sportunternehmungen die Rennen sportlich interessant gestalten, so lange ist mit einer ungeminderten Teilnahme des interessierten Publikums und damit natürlich auch der Wetter und Spieler zu rechnen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Staat das Wohlwollen, daß er bisher den Wettrennen entgegengebracht hat, in Hinkunft mindern wird, schon aus dem Grunde, weil er ja an dem Abschluß der Wetten durch die Entrichtung der Gebühren stark beteiligt sein wird, also in den Rennveranstaltungen eine Gelegenheit zum Verdienste für sich selbst erblicken kann. Daraus folgt, daß die angeblichen Gefahren für Handel und Gewerbe, mit denen gegen Wettsteuern zu Felde gezogen zu werden pflegt, in keiner Weise am Platze sind. Das geht auch daraus hervor, daß im Deutschen Reiche nach der Einführung einer 20prozentigen Wettsteuer (effektiv 16⅔ Prozent) und nach Erlassnng von Bestimmungen zur Einschränkung des Winkelwettwesens der gesamte Betrag der Einsätze innerhalb fünf Jahren (1905 bis 1910) von 6 auf 37 Millionen Mark gestiegen ist. Die höhere Besteuerung hatte keinerlei nachteilige Folgen für die Pferdezucht oder andere volkswirtschaftliche Interessen zur Folge.

Was hinsichtlich der Einträglichkeit der Wettrennen für den Staat und den Rennort, dessen Handel und Gewerbe gesagt wurde, gilt im vollen Umfange auch von allen sportlichen Veranstaltungen, die den Anlaß zum gewerbemäßigen Abschluß von Wetten bieten.

Zum Schlusse sei es gestattet, eine Ertragschätzung anzustellen, die natürlich nur den Anspruch auf annähernde Richtigkeit machen kann, da ja für eine Bestimmung der Erträgnisse der Gebühren von Buchmacherwetten alle Grundlagen fehlen. Man wird jedoch kaum allzusehr irregehen, wenn man annimmt, daß die Gesamtsumme der Wetteinsätze beim Buchmacher ungefähr die gleiche Höhe erreicht, wie die Summe der Wetteinsätze beim Totalisateur. Der Ertrag der Totalisateurwetten auf Grund der fünfprozentigen Gebühr und bei Anwendung der sehr liberalen Einhebungsbestimmungen wird von der Regierung für die Jahre 1898 bis 1910 von einer Million steigend bis nahezu zwei Millionen Kronen angegeben. Die zehnprozentige Stempelgebühr müßte also unter der Annahme des Gleichbleibens der Totalisateurumsätze einen Ertrag von etwa vier Millionen Kronen liefern. Hierzu käme die 20prozentige Gewinstgebühr, die bekanntlich nicht vom ganzen zur Auszahlung kommenden Betrage zu entrichten ist, und daher vorsichtig mit mindestens 10 Millionen Kronen in Anschlag zu bringen wäre, zumal ja in Hinkunft auch das Gebührenverfahren etwas strenger gehandhabt werden soll, indem, um nur ein Beispiel anzuführen, Beträge unter 50 h ebenfalls zur Einhebung gelangen sollen. Die Regierung selbst hat den

künftigen Ertrag der Besteuerung von Buchmacherwetten nach den Ansätzen der Kaiserlichen Verordnung etwa in gleicher Höhe mit dem Ertrage der Totalisateurgebühren angenommen. Selbst wenn man sehr vorsichtig sein und den Ertrag nur mit der Hälfte in Anschlag bringen will, ergibt sich die Summe von 8 Millionen Kronen. Der Gesamterfolg würde sonach mit 24 Millionen Kronen sehr niedrig eingeschätzt sein. Will man noch ein übriges tun und annehmen, daß anfänglich vielleicht mit Rücksicht auf die höhere Besteuerung weniger Wetten abgeschlossen oder vermittelt würden, so wird man doch einen 30prozentigen Rückgang als den höchstmöglichen betrachten dürfen. Selbst wenn mit diesem gerechnet wird, bliebe ein Erfolg von 16 Millionen Kronen, das heißt also ein Mehrertrag von rund 12 Millionen Kronen gegenüber dem bisherigen Zustande. Auch diese pessimistische Schätzung zeigt, daß selbst nach den heutigen Zinsfußverhältnissen auf die vorgeschlagene Weise die Zinsenbedeckung für 200 Millionen Kronen gefunden werden kann. Das ist gegenüber den Riesensummen, die der Staat in Zukunft zu verzinsen haben wird, gewiß kein sehr großer Betrag. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß ein starker Steuerstrom nur geschaffen werden kann, wenn es abgesehen von der Erhöhung der bestehenden Steuern gelingt, neue Steuerquellen zu erschließen. Was ihnen allenfalls an Ergiebigkeit abgeht, wird durch Mannigfaltigkeit zu ersetzen sein. Im Übrigen wird auch für Steuern das alte Sprüchlein gelten: „Kleine Fische — gute Fische". Dazu gesellt sich im vorliegenden Falle die Erwägung, daß die Hereinbringung jeder Krone, die dem Staatsschatze durch die Wettgebühren zugeführt wird, den Steuerträgern erspart werden kann. In dieser Hinsicht ist auch der geringste Betrag nicht zu verachten: denn groß sind die Lasten, die der Krieg den Steuerträgern aufbürdet.

Unter Berufung auf die im Vorstehenden angeführten Tatsachen stellt der Berichterstatter den Antrag:

„Der hohe Ausschuß wolle beschließen, dem beiliegenden Gesetzentwurf, betreffend die Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zuzustimmen und als Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 151 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses XXII. Session 1917 dem hohen Hause vorzulegen.

Wien, 30. Juli 1917.

Mr. Gustav Hummer.

Entwurf.

Gesetz

vom . . . . . ,

betreffend

Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Die gewerbemäßige Vermittlung und der gewerbemäßige Abschluß von Wetten aus Anlaß sportlicher Veranstaltungen (Rennen, Regatten usw.) ist nur mit Bewilligung der politischen Landesbehörde zulässig.

Zur gewerbemäßigen Vermittlung von Wetten der im ersten Absatze bezeichneten Art dürfen nur die im Anschlusse an sportliche Veranstaltungen bestehenden besonderen Unternehmungen (Totalisateur) zugelassen werden.

Die Bewilligung zum gewerbemäßigen Abschlusse der im ersten Absatze angeführten Wetten darf nur Personen erteilt werden, welche nach den im Verordnungswege festzusetzenden Voraussetzungen die Gewähr voller Vertrauenswürdigkeit bieten. Personen, denen diese Bewilligung erteilt wurde, werden in diesem Gesetze als Buchmacher bezeichnet.

Die politische Landesbehörde kann die Bewilligung jederzeit von Bedingungen abhängig machen oder einschränken; sie kann die Bewilligung zurücknehmen, wenn die gesetzliche Voraussetzung derselben nicht mehr zutrifft, oder eine von ihr vorgeschriebene Bedingung nicht eingehalten wird.

Die Totalisateurunternehmung darf nur mit Zustimmung der politischen Landesbehörde Abzüge von den Wetteinsätzen vornehmen oder den Wettenden sonstige Leistungen auferlegen; die Höhe dieser Abzüge oder Leistungen wird von der politischen Landesbehörde festgesetzt.

§ 2.

Wer ohne Bewilligung der politischen Landesbehörde Wetten aus Anlaß sportlicher Veranstaltungen gewerbemäßig abschließt oder vermittelt oder die ihm erteilte Bewilligung überschreitet, wird an Geld von 200 K bis 20.000 K oder mit Arrest von drei Tagen bis zu sechs Monaten bestraft. Mit der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu 20.000 K verbunden werden.

Derselben Strafe unterliegt:

1. wer bei dem gewerbemäßigen Abschlusse oder der gewerbemäßigen Vermittlung der im vorhergehenden Absatze angeführten Wetten mitwirkt;

2. wer in einem zur Ausübung seiner Erwerbstätigkeit bestimmten, allgemein zugänglichen Betriebsraume (Gast- und Schankgewerbelokalität, Vergnügungsetablissement usw.) die gewerbemäßige Vermittlung oder den gewerbemäßigen Abschluß der im ersten Absatze bezeichneten Wetten duldet.

Mit der Bestrafung nach dem ersten Absatze und nach Z. 1 des zweiten Absatzes kann der Verfall der bei Ergreifung auf frischer Tat vorgefundenen, zur strafbaren Handlung verwendeten Betriebsmittel, Wetteinsätze und Gewinste des Übertreters verbunden werden.

Zur Bestrafung ist die politische Bezirksbehörde und, wo sich eine landesfürstliche Sicherheitsbehörde befindet, diese berufen.

Wird eine Geldstrafe verhängt, so ist gleichzeitig für den Fall ihrer Uneinbringlichkeit eine Arreststrafe zu bemessen.

§ 3.

Die aus Anlaß einer sportlichen Veranstaltung vom Totalisateur vermittelten oder vom Buchmacher abgeschlossenen Wetten unterliegen einer Gebühr (Stempelgebühr), welche in jedem Einzelfalle 10 Prozent des Wetteinsatzes, mindestens aber 10 Heller zu betragen hat.

Durch diese Bestimmung werden die Vorschriften der §§ 6 und 7 des Gesetzes vom 31. März 1890, R. G. Bl. Nr. 53, hinsichtlich der Totalisateur- und Buchmacherwetten außer Kraft gesetzt.

§ 4.

Der Gewinst, der bei einer Wette erzielt wird, welche aus Anlaß einer sportlichen Ver-

anstaltung vom Totalisateur vermittelt oder vom Buchmacher abgeschlossen wurde, unterliegt einer Gebühr (Gewinstgebühr), welche 20 Prozent des nach Abrechnung des Wetteinsatzes dem Gewinner auszuzahlenden Betrages, mindestens aber 10 Heller zu betragen hat.

§ 5.

Sollte der ermittelte Betrag einer Stempel- oder Gewinstgebühr (§§ 3 und 4) in Hellern ausgedrückt durch zehn ohne Rest nicht teilbar sein, so ist der nächsthöhere durch zehn ohne Rest teilbare Betrag einzuheben.

§ 6.

Die in diesem Gesetze vorgesehenen Gebühren sind sowohl vom Totalisateur als auch vom Buchmacher unmittelbar an die Staatskassa abzuführen. Die Stempelgebühr ist durch den Totalisateur zugleich mit der Entgegennahme des Wetteinsatzes einzuheben.

Zur Entrichtung der Stempelgebühr von Wetten, welche der Buchmacher abschließt, ist in erster Linie dieser verpflichtet. Der andere Wettkontrahent haftet für die Gebühr zur ungeteilten Hand mit dem Buchmacher.

Für Wetten, bei deren Abschluß der Einsatz nicht bar eingezahlt wird (Buchwetten), ist die Gebühr nur nach Maßgabe des tatsächlich geleisteten Wetteinsatzes zu entrichten. Bei nachträglichen Einzahlungen auf Rechnung des ursprünglich nicht voll eingezahlten Einsatzes ist die Gebühr jeweils auf denjenigen Betrag zu ergänzen, der dem Gesamtbetrage des für die betreffende Wette tatsächlich geleisteten Einsatzes entspricht. Gutgeschriebene Einsatzbeträge sind den tatsächlich eingezahlten gleichzuhalten.

Wenn die Wette vor Abhaltung der sportlichen Veranstaltung rückgängig gemacht wurde, kann die Rückvergütung der entrichteten Stempelgebühr verlangt werden.

Wetten, die ein Buchmacher (§ 1, Absatz 3) abschließt, unterliegen der Gebühr ohne Unterschied, ob sich die Wette auf eine im Inlande oder im Auslande abzuhaltende sportliche Veranstaltung bezieht. Totalisateur und Buchmacher können bei Auszahlung oder Gutschrift des Gewinstes die Gewinstgebühr in Abzug bringen.

§ 7.

Die Verpflichtung zur Zahlung der in diesem Gesetze vorgesehenen Gebühren ist von der Errichtung einer Urkunde über die Wette oder über die Auszahlung des Wettgewinstes unabhängig.

Die Bestimmungen über den Zeitpunkt und die Art der Entrichtung dieser Gebühren werden durch Verordnung getroffen.

§ 8.

Auf den Totalisateur und den Buchmacher finden hinsichtlich der in diesem Gesetze vorgesehenen Gebühren die Bestimmungen der §§ 5 und 12 des Gesetzes vom 13. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 89, Anwendung. Im Verordnungswege können auch sonstige Verfügungen getroffen werden, durch welche die Entrichtung der Stempel- und Gewinstgebühren überwacht oder gesichert wird.

Insbesondere kann die Finanzbehörde für alle von den Buchmachern abgeschlossenen Wetten oder für einzelne Gattungen derselben anordnen, daß über die Wette eine Urkunde (Wettschein), bei Buchwetten eine Bestätigung über den bezahlten Wetteinsatz oder eine Rechnung von dem Buchmacher dem anderen Wettkontrahenten ausgehändigt werde, oder daß die Wetten in bestimmter anderer Form abgeschlossen werden. Das Finanzministerium kann auch die Form des Wettscheines und der Bestätigung über den bezahlten Wetteinsatz oder der Rechnung vorschreiben.

Die Finanzbehörde kann ferner bei Buchmachern jederzeit Untersuchungen (Revisionen) vornehmen, um die Beobachtung dieses Gesetzes zu überwachen.

Auch kann sie die Führung eines amtlich zu beglaubigenden Wettbuches (Wettregisters) anordnen und die innere Einrichtung desselben festsetzen.

§ 9.

Die Buchmacher sind verpflichtet, der Finanzbehörde und ihren Organen auf Verlangen ihre Geschäftsaufschreibungen jederzeit vorzulegen und ihr die uneingeschränkte Einsichtnahme in dieselben zu gewähren. Sie sind weiters gehalten, der Finanzbehörde alle von ihr verlangten Auskünfte über die mit ihrem Wettbetriebe in Zusammenhang stehenden Umstände zu erteilen.

§ 10.

Buchmacher, die bei einer sportlichen Veranstaltung Wetten abzuschließen beabsichtigen, haben hiervon spätestens 48 Stunden vor der Veranstaltung der leitenden Finanzbehörde erster Instanz die Anzeige zu erstatten.

Unternehmer von sportlichen Veranstaltungen dürfen den Zutritt zu dem Sportraume nur solchen Buchmachern gestatten, die nachweisen, daß sie dieser Anzeigepflicht nachgekommen sind.

§ 11.

Werden die in diesem Gesetze vorgesehenen Gebühren nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht auf vorschriftsmäßige Art entrichtet, so ist ohne Einleitung eines Strafverfahrens von der Totalisateurunternehmung oder von dem Buchmacher eine erhöhte Gebühr einzuheben. Dieselbe beträgt mit Einschluß der ordentlichen Gebühr:

1. wenn sich die Übertretung auf die Stempelgebühr bezieht, das Fünfzigfache,

2. wenn sich die Übertretung auf die Gewinstgebühr bezieht, das Dreifache des nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht vorschriftsmäßig entrichteten Gebührenbetrages.

Für die nach Z. 1 und 2 vom Buchmacher einzuhebende Gebührenerhöhung haftet der andere Wettkontrahent zur ungeteilten Hand mit dem Buchmacher.

Für die nach Z. 1 und 2 von der Totalisateurunternehmung einzuhebenden Gebührenerhöhungen haften auch die Veranstalter jener sportlichen Unternehmung, an welche angeschlossen der Totalisateur besteht, zur ungeteilten Hand mit den Totalisateurunternehmern.

§ 12.

Werden Wetten aus Anlaß sportlicher Veranstaltungen gewerbemäßig von Personen abgeschlossen, denen die im § 1 vorgesehene Bewilligung nicht zusteht, oder wird bei dem Abschlusse solcher Wetten die behördliche Bewilligung überschritten, so finden auf diese Wetten die Bestimmungen der §§ 3 bis 11 sinngemäße Anwendung.

§ 13.

Die von der Finanzbehörde zur Kontrolle des Totalisateurs und der Buchmacher entsendeten Organe haben den ungehinderten Zutritt zu den Sporträumen.

§ 14.

Jede Übertretung der in den §§ 3 bis 13 enthaltenen Vorschriften oder der zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen und behördlichen Aufträge kann von der Finanzbehörde mit Ordnungsstrafen bis 5000 K geahndet werden. Für jeden Wiederholungsfall und bei fortgesetzter Außerachtlassung, für jede fruchtlose Mahnung kann eine weitere Ordnungsstrafe bis zum genannten Höchstbetrage verhängt werden.

§ 15.

Die in diesem Gesetze vorgesehen Gebühren unterliegen nicht dem im § 2 des Gesetzes vom

13. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 89, festgesetzten Zuschlage.

Insoweit in diesem Gesetze nichts Abweichendes verfügt wird, haben auf die nach demselben zu entrichtenden Gebühren die allgemeinen Vorschriften über Stempel- und unmittelbare Gebühren Anwendung zu finden.

§ 16.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, R. G. Bl. Nr. 282, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens außer Wirksamkeit gesetzt.

§ 17.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches am ersten Tage des auf den Tag der Kundmachung folgenden Monates in Wirksamkeit tritt und mit der Erlassung von Übergangsbestimmungen, sind Meine Minister der Finanzen und des Innern beauftragt.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Fachausschuß V für Lebensmittelindustrien, betreffend die Erzeugung und den Handel mit Branntwein.

Entwicklung des Spirituskartells.

Die Entwicklung der Organisation der Branntweinerzeuger und -verarbeiter und der Einfluß dieser Organisation auf Verkehr, Preisbildung und Konsumbedingungen bildet ein Schulbeispiel für die moderne Umgestaltung und Beherrschung eines Industriezweiges durch eine Interessentengruppe. Den Ausgangspunkt bildet die Ausscheidung des die Erzeugung ebenso wie den Verbrauch ausbeutenden Zwischenhandels und das Ergebnis ein lückenlos ausgebauter Schutz der Erzeugerinteressen und eine gänzliche Auslieferung des Verbrauchers, Unternehmergewinne, die den parasitären Zwischenhandel im Lichte unschuldigen Kinderspiels erscheinen lassen.

Das Spiritussyndikat ist aus kleinen Anfängen aus Teilorganisationen organisch gewachsen, bis es sich zu einer die Industrie voll beherrschenden Macht entwickelt hat. Die Anfänge sind in den landwirtschaftlichen Brennereien zu suchen, die Vollendung haben den Organisationen die industriellen Brenner und Raffineure, die mit dem Bankkapital verwoben sind, gegeben. Die Kreditanstalt für Handel und Gewerbe bildet die Kristallisationsachse der Organisation der Spiritusindustrie. Die Vorarbeiten wurden vor dem Kriege geleistet, das freie öffentliche Leben, der Einfluß des Parlamentes hinderte die Einsetzung des Schlußsteines in die das Gebäude dieses Wirtschaftszweiges überdachende Wölbung.

Staatlicher Konzessionszwang als privatkapitalistisches Kampfmittel.

Während die großkapitalistischen Organisationen wirtschaftlich hoch entwickelter Staaten in der Macht ihrer eigenen Mittel ihr Auslangen im Kampfe um die Monopolstellung finden müssen und auch wirklich finden, lehnen sich die österreichischen Kartelle und Trusts an die Gesetzgebung und Verwaltung. Im Auslande wird die Einigkeit in einem Industriezweige durch Niederkonkurrierung der Schwachen und Unbotmäßigen erreicht, bei uns mußte die Zuckerindustrie diesen Dornenweg gehen, die Spiritusindustrie hat es abgelehnt, auf diesem etwas kostspieligen Wege ihre Kraft zu versuchen, sie hat es von allem Anfang an darauf abgesehen, die Staatsgewalt für sich einspringen zu lassen, sie suchte das Konzessionssystem in ihren Dienst zu stellen und von der Behörde den Ring der industriellen Unternehmungen ihrer Branche schließen zu lassen. Das Konzessionssystem gibt Garantien für ein Privatmonopol von absoluter Sicherheit, es schläfert zwar die Energie der Industriellen ein, lähmt ihre Tatkraft, hemmt ihren Fortschritt, es erspart aber den Mächtigen sorgenvolle Nächte. Die Spiritusindustrie ist nicht die einzige, welche diese speziell öster-

reichischen Sicherungen anstrebte, sie hat Vorläufer in der Petroleumraffinerie, in den Rohölpipelines und anderen.

Einfluß des Kartells auf Börsenkurse.

Der einfache Zusammenschluß der Industriellen brachte außerordentliche Erfolge. Die Aktien der Jungbunzlauer Spiritusfabrik und Raffinerie notierten 600 Kronen vor Errichtung des Kartells im Jahre 1911, im Mai 1912 stieg der Kurs auf 1300 bis 1400 Kronen.

Jungbunzlau.

Brosche.

Die bekannte Spiritusfabrik und Raffinerie Brosche wurde von der Kreditanstalt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, das Aktienkapital mit 4 Millionen Kronen in Aktien im Nominalwerte von 200 Kronen angesetzt. Selbstredend übersteigt gewöhnlich das Aktienkapital den wahren Anlagewert, es umfaßt bedeutende Kosten, Provisionen usw. Am 12. Juli 1912 gelangten die Brosche-Aktien zur Einführung auf der Wiener Börse und der Kurs schnellte auf 922 Kronen für die Aktie empor. An demselben Tage mußte die Streichung der Kursnotizen wegen unlimitierter Kaufordres erfolgen.

Das geschah vor dem Kriege, als es noch möglich war, theoretisch wenigstens, neue gewerbliche Brennereien und Raffinerien zu errichten. Bei der von Tag zu Tag steigenden Lukrativität konnten Neugründungen nur durch bedeutende Opfer und einen großen Aufwand von Rücksichtslosigkeit hintangehalten werden. Die Versuche, die Regierung zur Einführung des Konzessionszwanges in der Spiritusindustrie zu drängen, waren zahllos, ein rechtzeitig im Parlament eingebrachter und beschlossener Antrag, der sich sehr entschieden dagegen aussprach, bildete ein vorläufig unüberwindliches Hindernis. Zu den interessantesten Bestrebungen in dieser Richtung gehörte ein während der böhmischen Obstruktion unter dreihundert anderen eingebrachter Antrag, der die Einführung des Konzessionszwanges forderte; beim Ausgleiche mit den Obstruktionisten stellten diese die Forderung, daß zu ihrer Genugtuung alle Obstruktionsanträge angenommen werden sollten. Der im Interesse des Kartells gestellte Antrag wurde rechtzeitig entdeckt und die Annahme verhindert.

Die Obstruktion im Dienste des Kartells.

Die Regierung hielt sich standhaft und besonders war es der gewesene Handelsminister Dr. Schuster, der sich hinter dem erwähnten Parlamentsbeschluß verschanzt, allem Drängen widerstandsfähig erwies.

Verordnung vom 30. Juni 1915.

Der Krieg brachte auch hier Umwälzungen. Am 30. Juni 1915 erschien eine Regierungsverordnung, welche die Errichtung neuer gewerblicher Brennereien, neuer Raffinerien, die Erweiterung bestehender Unternehmungen, dann „Vorrichtungen, mittels welcher aus Maische unmittelbar gereinigter Spiritus erzeugt wird", ferner Anlagen zur Raffinierung von Spiritus in landwirtschaftlichen Brennereien verbietet. Ferner wird der Genuß von nicht raffiniertem Branntwein verboten.

Das Kartell gelangt zu ungeahnter Blüte. Keine neue Raffinerie darf errichtet, keine bestehende erweitert werden, der Ring ist somit behördlich geschlossen und überdies darf kein unraffinierter Branntwein getrunken werden, den Rohspirituserzeugern ist es aber gleichzeitig verboten, ihren eigenen Spiritus zu veredeln.

Bedeutung der Verordnung für die Kartellentwicklung.

Triumph des Kartells.

Die Freude der Syndikatsleute kennt keine Grenze, sie steigt bis zur Ekstase, die es möglich macht, Millionen zu spenden. Die Kartelleitung sagt mit dem Wortlaute des Sitzungsprotokolles:

„Einen Markstein in der Geschichte der Spiritusindustrie bildet die kaiserl. Verordnung vom 30. Juni 1915, welche der weiteren großen Gefahr der Entstehung zahlreicher neuer industrieller Brennereien und Raffinerien ein Ende gemacht hat und ohne welche ein Fortbestehen unserer Organisation nicht denkbar gewesen wäre. Die unvergänglichen Verdienste, die sich unser Herr Syndikatspräsident Doktor Kranz um das Zustandekommen dieses Gesetzes durch seine beispiellose Energie, Geschicklichkeit und Zähigkeit erworben hat, werden in der Geschichte des Syndikates stets mit goldenen Lettern verzeichnet sein."

Ehrenhonorar für Dr. Kranz.

Und das Syndikat läßt sich diese goldenen Lettern etwas kosten. Über Antrag des Dr. Mlahusky von der Živnostenska banka in Prag, „zu Lasten des Erlöses dem Präsidenten ein Ehrenhonorar von 500.000 Kronen zu geben", wurde in derselben Sitzung, in der das erwähnte Lob der Verordnung vom 30. Juni 1915 gesungen wurde, beschlossen, Dr. Kranz mit einer halben Million zu honorieren.

Dr. Kranz kommt aber zur Erkenntnis, daß die ihm gereichten Lorbeeren ihm nicht zur Gänze zukommen und das Spiritussyndikat beschloß auf Antrag des Vorsitzenden Dr. Kranz in seiner 22. Sitzung am 15. Oktober 1915: Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten und Seiner Exzellenz dem Herrn Finanzminister sei der Dank der gesamten Spiritusindustrie für den ihr durch die Verordnung vom 30. Juni 1915 gewährten Schutz in besonderen Adressen zum Ausdruck zu bringen.

Dank an Exz. Graf Stürgkh und Minister Engel.

Dieser Dank seitens des Spiritussyndikates gebührt der Regierung für die Erlaubnis, mit Beginn des Krieges Spiritus unter Aufrechterhaltung der staatlichen Exportprämie in die Schweiz zu exportieren, wie behauptet wird im Interesse unserer Währung. Nachträglich wurde, wie später ausgeführt werden soll, die Erlaubnis erteilt, Spiritus aus Rumänien zu importieren, was selbstredend auf unsere Währung einen mindergünstigen Einfluß ausübte; überdies wurde für den rumänischen Spiritus Zoll entrichtet, der quotenmäßig teilweise Ungarn zufiel.

Rumänischer Import.

Bei der Reduktion des der Spiritus-erzeugung infolge des Krieges zur Verfügung stehenden Rohmaterials und dem außerordentlich gesteigerten Erzeugungsnutzen war das Syndikat krampfhaft bestrebt, Rohmaterial zu erlangen und der Spiritus-Syndikatsbericht ziert mit Stolz das Haupt seines Führers mit Lorbeer, indem er wörtlich sagt, daß: trotz des Widerstandes maßgebender Behörden, dank der langwierigen und müheseligen Intervention des Präsidenten Dr. Kranz im Betriebsjahre 1914/15 200.000 q Rohzucker zu Spiritus verarbeitet wurden. Es geschah dies in demselben Jahre, in welchem gegen staatliche Exportprämie 83.000 hl Spiritus in das Ausland exportiert wurden.

Zucker als Rohmaterial für Spiritus-erzeugung.

Spirituserport.

Die Regierungsmaßregeln übten auf die Preisgestaltung entscheidenden Einfluß, der sich

Entwicklung des Spirituspreises.

in der Festsetzung von Maximalpreisen kristallisierte und zwar umso schärfer, als zwar für den denaturierten Spiritus Engros- und Detailpreise festgesetzt wurden, für Trinkspiritus hingegen bloß Engrospreise. Der die Erzeugung bei weitem übersteigende Bedarf brachte es zu Wege, daß im freien Verkehr und besonders im Handel der Preis den Maximalpreis um das Fünffache überstieg.

Es erschienen in der Zeit des Krieges eine Reihe von Verordnungen, die den Konsum regelten und die Steuer mit Rücksicht auf den verkleinerten Konsum und auf die erhöhten Bedürfnisse des Staates erhöhten. Vor der Errichtung des Kartells 1911 betrug der Preis von raffiniertem Spiritus 58 Kronen für den Hektoliter, die Steuer hingegen 90 Kronen, zusammen 148 Kronen. Mit Beginn des Krieges betrug der Preis des Spiritus 66 Kronen, die Steuer 140 Kronen, zusammen 206 Kronen für den Hektoliter raffinierten Spiritus. Nach der letzten Verordnung beträgt der festgesetzte Preis für Rohspiritus 92 Kronen, für raffinierten 210 Kronen, die Steuer 240 Kronen, somit kostet ein Hektoliter raffinierten Spiritus 450 Kronen.

Im Laufe des Krieges war die Steuer von 140 Kronen auf 240 Kronen für den Hektoliter, der Preis von raffiniertem, unversteuertem Spiritus von 66 Kronen auf 210 Kronen für den Hektoliter gestiegen. Nach dem in der Regierungsverordnung festgesetzten Höchstpreis hat für Rohspiritus eine Preissteigerung seit dem Kriege um 30 Prozent stattgefunden, der Preis für raffinierten, unversteuerten Spiritus ist aber um mehr als 300 Prozent gestiegen.

Dieser exorbitante Preis war ein Durchschnittspreis, denn das Kartell war genötigt, gewisse Quantitäten Spiritus, deren Höhe nicht zur öffentlichen Kenntnis gelangt ist, aus Rumänien zu beziehen, und bezahlt hiefür außer der Konsumsteuer noch einen Einfuhrzoll von 110 Kronen für den Hektoliter. Zum Zwecke der Erlangung eines Einheitspreises wurden die Kosten des Zolles auf das ganze zu konsumierende Quantum zerlegt.

Vor der letzten Spiritussteuererhöhung betrug der Preis für raffinierten, versteuerten Spiritus, je nach dem Konsumort, zwischen 341 und 347 Kronen, die Steuererhöhung vom Februar 1916 40 Kronen, der Preis sollte somit 381 bis 387 Kronen betragen, macht aber 450 Kronen aus. Die Durchschnittserhöhung des Preises, die angeblich durch den rumänischen Import hervorgerufen wurde, beträgt 64 Kronen für den Hektoliter in Österreich konsumierten Spiritus, woraus der durchaus irrige Schluß gezogen werden könnte, daß wir überwiegend importierten Spiritus konsumieren. Das ist durchaus ausgeschlossen, weil der Konsum im Verordnungswege auf weniger als die Hälfte des normalen herabgesetzt wurde, weil andererseits die Spiritusfabrikanten von der Staatsverwaltung in der Erreichung von Rohmaterial unterstützt wurden. So erzählt der Spiritus-Syndikatsbericht, daß, „trotz des Widerstandes maßgebender Behörden, dank den langwierigen und mühseligen Interventionen im Betriebs-

jahr 1914/15 200.000 q Rohzucker zu Spiritus verarbeitet wurden.

Der zugleich mit der letzten Steuerhöhung bedeutend gesteigerte Nutzen des Kartells läßt sich infolge der Komplizierung mit dem Auslandsimport bloß andeuten; versuchen wir es aber, auf Grund der vorhergehenden Preisperiode eine Berechnung anzustellen.

Der jetzt verpflichtende Höchstpreis für Rohspiritus beträgt 92 Kronen, vor der letzten Steuererhöhung war er niedriger; da ich aber den damaligen Rohspirituspreis nicht ermitteln konnte, nehme ich zur Grundlage der Berechnung den jetzigen höheren Preis. Der Rohspiritus kostet somit 92 Kronen, der unter Anbetracht der erhöhten Kohlenpreise und des gesteigerten Arbeitslohnes sehr hoch gerechnete Raffinierlohn 5 Kronen, die Steuer betrug 200 Kronen. Der raffinierte, versteuerte Spirituspreis hätte somit 296 Kronen betragen. der Engrospreis belief sich aber auf 344 Kronen, Außer dem Nutzen an dem zu hoch angesetzten Rohspirituspreis und an dem Raffinierlohn bezog das Kartell einen Mehrgewinn von 48 Kronen für den Hektoliter raffinierten Spiritus. Im Jahre 1914/15 betrug der Absatz des Syndikates 600.000 Hektoliter versteuerten Spiritus.

Raffinierlohn.

Bei der Kartellenquete wurde die Berechnung des Raffinierlohnes vom Syndikat mit einem leicht erklärbaren mystischen Dunkel umgeben. Dr. Kranz bestimmte die Höhe der effektiven Raffinationskosten einschließlich der Amortisation des Anlagekapitals mit 4 Kronen 50 Heller. Nun hatte ich eine von einem Raffineriefachmann angefertigte Aufstellung vor mir, laut welcher bei einer Jahresproduktion von 43.000 Hektoliter die Gesamtauslagen samt Amortisation, Anlagezinsen, Administration 3 Kronen 31 Heller für den Hektoliter betrugen. Dabei sind die bei der Raffination erhaltenen 180 q Fuselöl, die im Jahre 1912 mit 350 Kronen für den Meterzentner bezahlt werden, nicht eingerechnet.

Als Gesamtraffineriekosten bezeichnet Dr. Kranz 7 Kronen 65 Heller, wobei heute sogar nach seiner Rechnung 1 Krone 20 Heller Spesen der Verkaufsbüros und Gesamtkontrolle, 50 Heller Abstandsgelder, 15 Heller Delcredere und 1 Krone 15 Heller Zinsverlust bei der Kundschaft entfallen, da bei der jetzigen Gestaltung der Dinge Kredite nicht gewährt werden, Kontrolle der Abstandsgelder usw. durch Bestimmungen der Verordnungen entbehrlich gemacht werden.

Wenn wir annehmen, daß die Auslagen für Kohle und Arbeitslohn auf das Doppelte gestiegen sind, dann kämen zu den Raffineriekosten nach meiner Aufstellung 81 Heller für den Hektoliter hinzu. Die Raffineriekosten betrügen 4 Kronen 12 Heller, wovon 1 Krone 32 Heller als Erlös für Fusel beim Hektoliter Spiritus in Abzug zu bringen wären.

Welche Raffineriekosten man immer als Basis annimmt, sie stehen mit dem Preisunterschied zwischen Roh- und raffiniertem Spiritus in einem unaufgeklärten Gegensatz. Dabei ist das Raffinieren zum Monopol der bestehenden Raffinerieen geworden.

Spirituszentrale.

Die Verordnung vom November 1915 führt in Österreich ein Handelsmonopol ein, das merkwürdigerweise trotz seines öffentlichen

Charakters privater Verwaltung überlassen wurde. Merkwürdig, weil sich keine Industrie und kein Produkt so sehr wie der Branntwein dazu eignet, ohne weitgehende Maßregeln, ohne Veränderungen in den Produktionsnormen, einfach durch einen behördlichen Erlaß und Anschaffung einiger einfacher Drucksorten in ein wohlgeordnetes, bis ins Detail ausgebautes Staatsmonopol umgewandelt zu werden.

Staatsmonopol.

Einem ganzen Beamtenkorps ist die strenge Aufsicht über Brennereien, Raffinerieen und Freilager (Magazine, in denen vorläufig unversteuerter Spiritus eingelagert ist) überwiesen. Die Finanzwache hat in jedem solchen Unternehmen ihre Büros, ihre Aufsichtsbeamten, ihre Kontrolle der Aus- und Einfuhr, ihre Kontroll- und Meßapparate, kurz kein Gläschen Schnaps darf durch die Staatsbehörde unkontrolliert und unverzeichnet den Erzeugungsort verlassen. Will die Staatsverwaltung den Spiritushandel monopolisieren, dann gibt sie der Finanzwache den Auftrag, niemanden Spiritus ausfolgen zu lassen, der sich nicht durch eine staatliche Ausweisung legitimiert. Den Steuerbehörden wird die Ausstellung dieser Anweisungen anvertraut, in einer der bisherigen privaten Abnahme entsprechenden Quantität, unter Bezeichnung der nächstgelegenen Raffinerie. Dem Spiritusbrenner zahlt der Staat den von der Staatsverwaltung bestimmten Preis, dem Raffineur einen zu bestimmenden Raffinierlohn; erweisen sich Schwierigkeiten, dann wird ihnen das Raffinieren verboten und die Spiritusbrennereien erzeugen direkt raffinierten Spiritus. Der Staat gestaltet das Monopol aus, schützt dadurch den Konsumenten vor Überpreisen und Unterqualitäten, sichert sich seine volle Steuer und steigert seine Einnahmen ohne Belastung des Konsumenten.

Die Spirituszentrale ist wie viele neugeschaffene Zentralstellen ein Zwitter zwischen einem Privatunternehmen und einer staatlichen Behörde; nur sind die Privatinteressen tiefer eingreifend in die der Zentrale, als es bei anderen derartigen Instituten der Fall sein kann. Die Brennereien sind verpflichtet, landwirtschaftliche wie gewerbliche, wie auch die Spiritusraffinerien, die von ihnen erzeugten Spiritusmengen der Zentrale anzuzeigen, Behelfe und Ausweise dieser vorzulegen, ihre Ware der Zentrale zur Verfügung zu halten, ihnen zugewiesene zu verarbeiten, gesetzte Termine einzuhalten usw. Die Unternehmungen können gegen Anordnungen, Beschwerden an das Ministerium ergreifen, ohne daß diese eine aufschiebende Wirkung hätten. Die Zentrale kann von ihr festgesetzte Gebühren zur Deckung ihres Betriebsaufwandes einheben und den Eisenbahn- oder Schiffstransport von Spiritus verbieten. Übertretungen der Verordnung werden von den politischen Behörden mit Geld bis zu 5000 Kronen oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

An der Spitze steht ein vom Handelsminister ernanntes Direktorium unter der Leitung eines vom Minister ernannten Präsidenten, dessen Amt von der Verordnung als ein Ehrenamt bezeichnet wird. Mit demselben Namen bezeichnet das Spiritus-Syndikat seinen Präsidenten und Ehrengabe wird

die demselben gewidmete halbe Million Kronen genannt. Nun schien Dr. Kranz für Ehrenämter prädestiniert zu sein, denn er bekleidete beide Ehrenstellen, trotzdem auf oberflächliche Betrachtung hin eine gewisse Gegensätzlichkeit der Interessen und Pflichten zwischen beiden Aufgaben zu herrschen scheint. Bei näherer Betrachtung kam man zu der Überzeugung, daß beide Ämter, in einer Person vereint, die Gegensätze schwinden machte. Diese Meinung äußerten unumwunden die Mitgtieder des Syndikates; es schien auch die Meinung der Behörde zu sein.

Nachdem Dr. Kranz diese Stelle verlassen hatte, wurde in das Direktoriat eine ihm in Sachen des Spiritusverkehres nahestehende Persönlichkeiten berufen. Es ist aber trotz des Kranzprozesses nichts bekannt geworden, was Sicherheit gewähren würde, daß die Spirituszentrale nicht als Ergänzung des Spiritus-Syndikates zu betrachten sei.

Schädlichkeit der Privatmonopole.

Unter dem Schutze der Verordnung vom 30. Juni 1915 trieb der Spiritushandel ungestört, ja man kann sagen unter behördlichem Schutze, Blüte, die wohl zu den charakteristischesten Erscheinungen des Kriegswuchers gehören. Sie geben einen schlagenden Beweis für den Mißbrauch, den kapitalistische Organisationen mit dem Verzerren wirtschaftlicher Losungen treiben können, hier: mit dem Drang zur Ausschaltung des Zwischenhandels. Sollen Beweise für die Schädlichkeit und das antisoziale Wirken von Privatmonopolen gesucht werden, das Spiritus-Syndikat und seine Aufsichtsbehörde, die Spirituszentrale, bieten sie in Hülle und Fülle.

Unterschied zwischen Maximalpreis und dem Preis im freien Verkehr.

Bei einem Höchstpreise von 450 Kronen für den Hektoliter Spiritus, der von der Zentrale den Verarbeitern und Verschleißern — nach einem zu untersuchenden System — überlassen wurde, kostete ein Hektoliter Spiritus im nichtunterdrückten freien Verkehr 2500 Kronen. Diese selbe Menge verwässert oder im kalten oder warmen Wege mit aromatischen Essenzen versetzt 3000 bis 4000 Kronen. Das ist wohl das Höchste, was bei Massenartikeln an Wucher geleistet werden kann. Spiritus war im Kleinhandel nicht erhältlich, wenn man nicht für ungarischen im freien Handel 2500 Kronen zahlen wollte.

Ausschluß des ungarischen Spiritus aus dem Verkehr in Österreich.

Mit Verordnung vom Februar l. J. hat das Ernährungsamt den Wucher mit ungarischem Spiritus unterbunden, indem es anordnete, daß aller importierte Spiritus an die Spirituszentrale abgeliefert wenden mußte zum festgesetzten Preise von 450 Kronen per Hektoliter. Auf diese Weise wurde zwar der ungarische Wucher, wenn man diese Manipulation so der Kürze halber nennen kann, verhindert, aber die Abhängigkeit vom österreichischen Wucher — 3000 bis 4000 Kronen für verwässerten Spiritus für eine Menge, die unverwässert 450 Kronen kostet, alles inklusive Steuer — desto drückender und lästiger. Es erregt lebhaftes Interesse, daß die zur Bevorrechtung des Spiritussyndikates erlassenen Maßregeln regelmäßig mit Steuererhöhungen verknüpft waren.

Zusammenhang zwischen Steuererhöhung und Kartellgewinn.

Man gewinnt den Eindruck, als wäre der Staat dem Kartell botmäßig und müßte bei jeder Erhöhung seiner Einnahme aus dieser Steuerquelle auch dem Kartell erhöhte

Zeile 5 statt dem Worte „erhöht“ einzuschalten „bei Abnahme von 1 bis 25 Liter bestimmt.“ Vom Worte „dabei“ bis zum Schlusse des Absatzes ist zu streichen.

Zeile 20 zwischen den Silben „zenten“ und dem Worte „Wenn“ ist einzuschalten „dabei aber für die Berechnung 94 Volumprozente angenommen. Die fehlenden 6 Volumprozente betreffen versteuerten Spiritus, vertreten also einen Wert von 36 Kronen 50 Heller. Der Preis beträgt somit 766 Kronen 50 Heller, eine Preissteigerung, die sich sehen lassen kann.“

Zeile 20 statt der Worte „das fehlende“ ist das Wort „ein“ zu setzen.

Zeile 22 statt „12“ zu setzen „17·8“, nach dem Worte Prozent einzuschalten „bei Annahme des Engrospreises von 590 Kronen pro Hektoliter 23 Prozent“.

Gewinn bei Rumerzeugung.

Gewinn bei Schankbranntwein.

Einnahmen zubilligen. Nun erfolgt im April eine neue Erhöhung der Spiritussteuer um 140 Kronen für den Hektoliter und der Höchstpreis wird inklusive Steuererhöhung auf 650 Kronen ~~erhöht, dabei aber für die Berechnung 95 Volumprozente (Gradgehalt) angenommen.~~*) Die fehlenden 5 Volumprozente betreffen versteuerten Spiritus, vertreten also einen Wert von 32 Kronen 50 Heller. Der Preis beträgt somit 682 Kronen 50 Heller, eine Preissteigerung gegen den bisherigen ~~Preis, die sich sehen lassen kann~~.

Diese Steigerung hat aber mit wenigen Ausnahmen bloß für die Glieder des Spiritusringes Geltung, für den Verschleißer wird hauptsächlich der Preis für die Menge von unter 25 Liter in Rechnung kommen, denn er erhält keine Menge über 25 Liter und diese kostet 730 Kronen bei 94 Volumprozenten. Wenn wir ~~ein fehlende~~ Volumprozent für Schwindung zubilligen, beträgt der Gewinn des Händlers 12·8 Prozent, vom Warenwert wie auch von der Steuer berechnet. Auch dieser Gewinn wird zum großen Teile den kartellierten Raffineuren zufließen, die Spirituosenbereitung und Detailhandel treiben.

Bevor der Spiritus in die Hand des Konsumenten gelangt — es ist dies eine theoretische Annahme, denn wie wir später sehen werden, wird Spiritus im Kleinverschleiß niemals zu erhalten sein — steigt sein Preis um weitere 2 Kronen pro Liter. Es ist das gegen den Engrospreis eine Erhöhung von 43 Prozent.

Der wahre Gewinn, man kann in Ruhe sagen, der potenzierte Wuchergewinn, beginnt mit dem Vorkauf von Spirituosen. Vor allem der jetzt für den Konsum wichtigste Rum kostet bei 40 Volumprozent Alkohol in Gefäßen über 25 Liter, 6 Kronen 20 Heller, $^1/_2$ bis 25 Liter 7 Kronen 80 Heller und weniger als $^1/_2$ Liter 9 Kronen 40 Heller. Auf absoluten Spiritus umgerechnet erlöst man beim Engroshandel für einen zu Rum verwässerten und mit Essenz versetzten Hektoliter Spiritus 1550 Kronen, im Detailhandel 2100 Kronen.

Beim Schankbranntwein (nach Definition der Verordnung: „unversüßter oder in ortsüblicher Weise schwachversüßter aus Spiritus auf kaltem oder warmem Wege mit oder ohne Beimengung aromatischer Essenzen hergestellter Branntwein“) beträgt der Engrospreis 3 Kronen 20 Heller, beim Zwischenpreis 4 Kronen 20 Heller, beim Detailpreis 5 Kronen 50 Heller pro Liter.

Der Gradgehalt des Branntweins ist behördlich mit 25 Volumprozent als Minimum festgesetzt, ein höher prozentiger wird infolgedessen wohl nicht erzeugt werden. Ein Hektoliter Spiritus nach der behördlichen Definition

*) In den beiden zugleich erlassenen Verordnungen Nr. 162 und 163 ist ein Widerspruch bezüglich der Volumprozente des in Mengen von über 25 Liter gehandelten Spiritus, in Nummer 162 heißt es „in Mengen von mehr als 25 Liter mit 95 Volumprozenten“, in Nummer 163 hingegen heißt es „bei der Menge von über 25 Liter. Dieser Preis versteht sich für 1 Liter absoluten Alkohols“. Diese Divergenz macht die folgenden Erwägungen an dieser Stelle überflüssig, wenn die Verordnung Nr. 163 recht hat; sie beziehen sich dann auf den Verkauf von Mengen unter 25 Liter.

dreifach verwässert, parfümiert oder unparfümiert, bringt en gros 1280 Kronen, en detail 2160 Kronen.

Ausschluß der kleinen Erzeuger vom Likörwucher.

Der Ausbeutung ist damit für die kapitalistisch stärkeren Spirituosenerzeuger noch keine Grenze gesetzt. Diejenigen, die unter 30 Meterzentner Zucker jährlich zum Versüßen verarbeiteten, dürfen ein Viertel des ihnen zugewiesenen Spiritus zu Schnäpsen verarbeiten, die weder bezüglich des Preises noch des Gradgehaltes durch die Verordnung gebunden sind. Die Kleinen freilich finden das Tor in das Wucherparadies verschlossen. Ganz sinngemäß wird hier das Wort der heiligen Schrift in seinen Gegensatz verwandelt.

Schänkergewinn.

Wahrscheinlich wird der Schänker seinen Gewinn außerhalb dieser Preise suchen müssen und es ist Raum hiezu geschaffen. Vor allem wird kein Verkaufszwang nach Maß festgestellt. Der Schänker kann sich auf den Glasverschleiß beschränken. Die Verordnung bestimmt weder das Maß, noch den Preis des Stamperls. Wenn die behördlichen Preissprünge eine solche Höhe erreichen, wie wird der Schänker den Preis in die Höhe schnellen lassen, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit der strikten Unterscheidung zwischen Schankschnaps, Rosolien und Likören. Nun kommen noch die Mischungen von Likören und Schnäpsen im Glas. In den Tagesblättern wird strenge Kontrolle zwecks Einhaltung der komplizierten Bestimmungen versprochen. Der hiezu notwendige Apparat wäre äußerst kostspielig und der Erfolg mehr als zweifelhaft.

Kontrolle.

Diese Verordnung ist wie die vorhergehende eine Halbheit, sie trägt die Sicherheit des Mißerfolges in sich. Der einzige Weg, der zum Ziele führt, ist das staatliche

Handelsmonopol.

Handelsmonopol.

Antrag.

Der Ernährungsrat empfiehlt der Regierung die Einführung eines Staatsmonopols für den Handel mit Spiritus und mit den aus demselben hergestellten Erzeugnissen.

Grundsätze.

Die Erzeugung des Rohspiritus bleibt den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien überlassen. Die von denselben abzuliefernde Menge wird von amtswegen bestimmt. Die Brennereien können in einem festzustellenden Verhältnisse Rohspiritus und Raffinade liefern. Der Preis ist nach genauer, gewissenhafter Prüfung der Erzeugungskosten bei Außerachtlassung rückständiger, unwirtschaftlicher Methoden, nicht zweckgemäßer Einrichtungen oder anderer zweckwidriger Umstände zu bestimmen. Das Raffinieren von Rohspiritus wird gewerblichen Raffineuren überlassen unter den oben gemachten Vorbehalten. Der Raffinierlohn ist derart zu berechnen, daß die Überkapitalisierung der Betriebe bei der Verzinsung des Anlagekapitals in Abzug zu bringen ist.

Auf die bestehenden kleinen Betriebe ist billige, aber nicht sinnwidrige Rücksicht zu nehmen.

Das Monopol hat nicht nur den Zweck, der Staatskasse vernünftig abgestuften Gewinn zu bringen, es hat auch die Aufgabe, den

Verkehr zu ordnen, die Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen, den gesundheitlichen Anforderungen volle Rechnung zu tragen.

Durch bereits erprobte und bekannte Maßregeln, wie Bestimmung des Gradgehaltes, Identität des Inhaltes mit der Bezeichnung des Gefäßes, Festsetzung des Mengeninhaltes der Trinkgefäße usw. ist ebenso der Staatsschatz wie auch die Verbraucher zu schützen.

Die Monopolverwaltung hat die Aufgabe, den Sinn der Bevölkerung für Gemeinwirtschaft zu heben und der Bevölkerung die Wohltaten derselben zuzuführen. Der fiskalische Zweck des Monopols läßt sich neben der gesellschaftlichen Aufgabe erreichen.

Zusatzantrag zum Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Ausschuß für Lebensmittelindustrien des Ernährungsrates, betreffend das Sacharinmonopol.

Antrag V.

Zur Verhinderung des Hamsterns von Sacharin soll der Verbrauch durch Verbrauchskontrollkarten geregelt werden.

Diese Maßregel darf nicht zur Kürzung der dem Verbrauche zugewiesenen Zuckermenge führen.

Zusatzantrag zum Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Ausschuß für Lebensmittelindustrien des Ernährungsrates, betreffend das Sacharinmonopol.

Antrag V.

Zur Verhinderung des Hamsterns von Sacharin soll der Verbrauch durch Verbrauchskontrollkarten geregelt werden.

Diese Maßregel darf nicht zur Kürzung der dem Verbrauche zugewiesenen Zuckermenge führen.

Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Ausschuß für Lebensmittel-Industrien des Ernährungsrates, betreffend das Sacharin-Monopol.

Die Einschränkung der Zuckererzeugung und dessen vielseitige über den menschlichen Verbrauch hinausgehende Verwendung hat die Staatsverwaltung veranlaßt, einen bisher vorenthaltenen Süßstoff, das Sacharin, dem Lebensmittelverkehr freizugeben. Das Sacharin bildet einen sehr minderwertigen Ersatz, da es im Gegensatze zu Zucker, der das Höchstmaß an Kohlenhydraten dem menschlichen Körper zuführt, gar kein Nahrungsmittel enthält. Das Sacharin verläßt den menschlichen Körper in demselben Zustande, in dem es ihm zugeführt wurde, sein einziger Zweck ist die Beeinflussung des Geschmackes menschlicher Nahrungs-, beziehungsweise Genußmittel, es macht dieselben süß. Bei der Angewöhnung der Bevölkerung, sehr viele Speisen versüßt zu genießen, ist bei ungenügender Zuweisung von Zucker für den menschlichen Verbrauch die Freigabe von Sacharin anerkennend zu begrüßen.

Die Minderwertigkeit des Sacharins als Nahrungsmittel wird durch die niedrigen Gestehungskosten ausgeglichen, die bei staatlicher Verwaltung ungeschmälert dem Verbraucher zugute kommen können. Bei der ungeahnten Steigerung der Lebensmittelpreise und den weit dahinter zurückbleibenden Einnahmen einer weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist der Verbilligung gewisser Genußmittel eine große Bedeutung beizulegen. Das Sacharin ist wie erfunden für die wirtschaftliche Kriegsnot, einerseits um die durch ungenügende landwirtschaftliche Erzeugung entstandenen Mängel der Gemeinwirtschaft, wenn auch teilweise, zu ersetzen, andererseits um der Privatwirtschaft des Einzelnen gewisse finanzielle Erleichterung zu gewähren.

Im Gegensatz zu diesen, dem Sacharin zukommenden Aufgaben, steht die fiskalische Gewohnheit der Staatsverwaltung, im Süßstoff eine der ergiebigsten Steuerquellen zu sehen. Der durch den aufgenötigten verminderten Zuckerverbrauch entstandene Steuerentgang soll durch das Sacharin-Monopol hereingebracht werden. Sollte dieser Gedankengang als richtig anerkannt werden, dann müßten alle diejenigen Getränke, die von der Bevölkerung als Ersatz für Bier und Schnaps benützt werden, als Sodawasser, Fruchtsäfte u. dgl. zur ausgiebigen Besteuerung herangezogen und die Weinsteuer um ein Vielfaches erhöht werden. Ein solcher Vorgang widerspricht aber dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung, ist bei Getränken leichter erkennbar und darum undurchführbar. Die Gleichstellung nicht gleichwertiger Waren, sei es in Bezug auf die zu leistenden Abgaben, sei es in Bezug auf den Preis, verletzt das Rechtsgefühl. Mangelt es der Staatsverwaltung an Steuerobjekten, dann muß sie neue suchen, sie müssen aber auf anderen Gebieten und nicht auf dem Gebiete menschlicher Ernährung gesucht werden. Der Umstand, daß die Staatsverwaltung sich veranlaßt gesehen hat, hunderte von Millionen zu opfern, um die Kaufkraft der Minderbemittelten zu heben, spricht sehr gegen neue Verbrauchssteuern oder Erhöhung alter, auf Gegenständen

allgemeinen Bedarfes. Will aber die Staatsverwaltung durchaus den Entgang an Zuckersteuern durch Sacharinbesteuerung hereinbringen, dann darf diese Abgabe die Höhe der Zuckersteuer auf Süßwert umgerechnet nicht übersteigen, der Sacharinpreis soll höchstens aus den Gestehungskosten des Sacharins und der dem Süßwerte entsprechenden Zuckersteuer bestehen. Für die Berechnung der Gestehungskosten des Sacharins, welches für die Staatsverwaltung erzeugt wird, fehlt jeder Anhaltspunkt. Aus den Preisen der Monopolverwaltung aber ist das Bestreben ersichtlich, den Sacharinpreis dem Zuckerpreise gleichzuhalten. Beim Kaufe von 25 Tabletten Sacharin kostet der Süßwert, 1 Kilo Zucker entsprechend, Kr. 1·34, bei 300 Tabletten bloß Kr. 1·05 und in wohl für Industrie bestimmter Packung Kr. 1·09. In der kleinsten Packung wird der Süßwert mit 22 Prozent über den Zuckerpreis überzahlt. Bei der Industriepackung um 13·6 Prozent unter dem Zuckerpreis herabgegangen. Der Unterschied in dem Preise beider Packungsarten beträgt 40 Prozent.

Die Preisbestimmung dieser Art widerspricht der im Kriege zur Geltung gekommenen Tendenz, die den Preis der Kaufkraft des Verbrauchers anzupassen sucht. Nun ist der weniger Kaufkräftige auf Tag- oder Wochenlohn angewiesen und deshalb auf den Einkauf in kleinsten Quantitäten und er überzahlt den Zuckerpreis um 22 Prozent. Der Industrielle hingegen erhält den Sacharinsüßstoff billiger, obwohl bisher keine Maßregel bekannt wurde, die ihn zwingen sollte, diese Preisdifferenz dem Verbraucher zugute kommen zu lassen.

Antrag I.

A. Der Sacharinpreis soll für den Privatverbrauch die Gestehungskosten mit Hinzufügung der höchstens dem Süßwerte entsprechenden Zuckersteuer nicht übersteigen.

B. Die Sacharin verwendende Lebensmittelindustrie ist zu zwingen, die aus dem Sacharinverbrauche entstehende Verminderung der Produktionskosten ihrer Artikel ungeschmälert dem Verbraucher zukommen zu lassen. Sollten der Monopolverwaltung nicht entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, dann sind für die Industrie volle, dem Zuckersüßwerte entsprechende Preise zu bestimmen.

Zwischenhandel.

Der Zwischenhandel mit dem freigegebenen Sacharin ist bei der außerordentlichen Handlichkeit dieser Ware, bei der Leichtigkeit des Transportes und der Aufbewahrung, beim Mangel jeden Risikos und beim Monopolcharakter, der auch dem Handel zugute kommt, wohl der Bequemste. Mit diesem verglichen, enthält der Zuckerhandel eine Menge von Mühe, Leistung und Gefahren. Nun schiebt die Monopolverwaltung zwischen sich und dem Zwischenhändler ein Zwischenglied, dessen Aufgabe wirtschaftlich kaum zu rechtfertigen ist. Der Zwischengewinn beträgt 20, 28, 30 oder 31 Prozent des Verkaufspreises, wobei der Engroshändler ein Fünftel bis ein Drittel des Gewinnes einsteckt. Man vergleiche damit unter Rücksichtnahme der Spesen und Gefahren den von den Gerichten den Kaufleuten als berechtigt zuerkannten Gewinn.

Antrag II.

Der Zwischenhandelgewinn ist entsprechend kaufmännischem Gebrauch unter Berücksichtigung der Leistung und Betriebskosten festzusetzen und die hiedurch erreichte Ersparnis dem Verbraucher zuzuwenden.

Vor der Freigabe des Sacharins gehörte es zu den der Apotheke vorbehaltenen Waren, dieser Vorbehalt ist, trotzdem das Sacharin den Charakter der Apothekerware verloren hat, nicht aufgehoben

worden. Nach Aufhebung dieser jetzt sinnlosen Beschränkung und Freigabe für den Konsumwarenhandel könnte die Staatsverwaltung die Kontrolle über den Zuckerverbrauch mit der über den Sacharinverbrauch vereinen, das Hamstern von Sacharin verhindern und die unnötige Mühe des Einkaufens an verschiedenen Stellen den Verbrauchern ersparen.

Antrag III.

Das Sacharin ist aus dem Verzeichnisse der Apothekerwaren zu streichen und der Detailhandel dem Lebensmittelhandel freizugeben.

Antrag IV.

Für den Detailhandel ist eine zweckgemäße billige Packung zu wählen.

Diese Anträge werden dem Ernährungsrate zur Annahme und zur Überweisung an das Ernährungsamt empfohlen.

Referentenbericht des Mitgliedes Dr. Hermann Diamand an den Ausschuß für Lebensmittel-Industrien des Ernährungsrates, betreffend das Sacharin-Monopol.

Die Einschränkung der Zuckererzeugung und dessen vielseitige über den menschlichen Verbrauch hinausgehende Verwendung hat die Staatsverwaltung veranlaßt, einen bisher vorenthaltenen Süßstoff, das Sacharin, dem Lebensmittelverkehr freizugeben. Das Sacharin bildet einen sehr minderwertigen Ersatz, da es im Gegensatze zu Zucker, der das Höchstmaß an Kohlenhydraten dem menschlichen Körper zuführt, gar kein Nahrungsmittel enthält. Das Sacharin verläßt den menschlichen Körper in demselben Zustande, in dem es ihm zugeführt wurde, sein einziger Zweck ist die Beeinflussung des Geschmackes menschlicher Nahrungs-, beziehungsweise Genußmittel, es macht dieselben süß. Bei der Angewöhnung der Bevölkerung, sehr viele Speisen versüßt zu genießen, ist bei ungenügender Zuweisung von Zucker für den menschlichen Verbrauch die Freigabe von Sacharin anerkennend zu begrüßen.

Die Minderwertigkeit des Sacharins als Nahrungsmittel wird durch die niedrigen Gestehungskosten ausgeglichen, die bei staatlicher Verwaltung ungeschmälert dem Verbraucher zugute kommen können. Bei der ungeahnten Steigerung der Lebensmittelpreise und den weit dahinter zurückbleibenden Einnahmen einer weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist der Verbilligung gewisser Genußmittel eine große Bedeutung beizulegen. Das Sacharin ist wie erfunden für die wirtschaftliche Kriegsnot, einerseits um die durch ungenügende landwirtschaftliche Erzeugung entstandenen Mängel der Gemeinwirtschaft, wenn auch teilweise, zu ersetzen, andererseits um der Privatwirtschaft des Einzelnen gewisse finanzielle Erleichterung zu gewähren.

Im Gegensatz zu diesen, dem Sacharin zukommenden Aufgaben, steht die fiskalische Gewohnheit der Staatsverwaltung, im Süßstoff eine der ergiebigsten Steuerquellen zu sehen. Der durch den aufgenötigten verminderten Zuckerverbrauch entstandene Steuerentgang soll durch das Sacharin-Monopol hereingebracht werden. Sollte dieser Gedankengang als richtig anerkannt werden, dann müßten alle diejenigen Getränke, die von der Bevölkerung als Ersatz für Bier und Schnaps benützt werden, als Sodawasser, Fruchtsäfte u. dgl. zur ausgiebigen Besteuerung herangezogen und die Weinsteuer um ein Vielfaches erhöht werden. Ein solcher Vorgang widerspricht aber dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung, ist bei Getränken leichter erkennbar und darum undurchführbar. Die Gleichstellung nicht gleichwertiger Waren, sei es in Bezug auf die zu leistenden Abgaben, sei es in Bezug auf den Preis, verletzt das Rechtsgefühl. Mangelt es der Staatsverwaltung an Steuerobjekten, dann muß sie neue suchen, sie müssen aber auf anderen Gebieten und nicht auf dem Gebiete menschlicher Ernährung gesucht werden. Der Umstand, daß die Staatsverwaltung sich veranlaßt gesehen hat, hunderte von Millionen zu opfern, um die Kaufkraft der Minderbemittelten zu heben, spricht sehr gegen neue Verbrauchssteuern oder Erhöhung alter, auf Gegenständen

allgemeinen Bedarfes. Will aber die Staatsverwaltung durchaus den Entgang an Zuckersteuern durch Sacharinbesteuerung hereinbringen, dann darf diese Abgabe die Höhe der Zuckersteuer auf Süßwert umgerechnet nicht übersteigen, der Sacharinpreis soll höchstens aus den Gestehungskosten des Sacharins und der dem Süßwerte entsprechenden Zuckersteuer bestehen. Für die Berechnung der Gestehungskosten des Sacharins, welches für die Staatsverwaltung erzeugt wird, fehlt jeder Anhaltspunkt. Aus den Preisen der Monopolverwaltung aber ist das Bestreben ersichtlich, den Sacharinpreis dem Zuckerpreise gleichzuhalten. Beim Kaufe von 25 Tabletten Sacharin kostet der Süßwert, 1 Kilo Zucker entsprechend, Kr. 1·34, bei 300 Tabletten bloß Kr. 1·05 und in wohl für Industrie bestimmter Packung Kr. 1·09. In der kleinsten Packung wird der Süßwert mit 22 Prozent über den Zuckerpreis überzahlt. Bei der Industriepackung um 13·6 Prozent unter dem Zuckerpreis herabgegangen. Der Unterschied in dem Preise beider Packungsarten beträgt 40 Prozent.

Die Preisbestimmung dieser Art widerspricht der im Kriege zur Geltung gekommenen Tendenz, die den Preis der Kaufkraft des Verbrauchers anzupassen sucht. Nun ist der weniger Kaufkräftige auf Tag- oder Wochenlohn angewiesen und deshalb auf den Einkauf in kleinsten Quantitäten und er überzahlt den Zuckerpreis um 22 Prozent. Der Industrielle hingegen erhält den Sacharinsüßstoff billiger, obwohl bisher keine Maßregel bekannt wurde, die ihn zwingen sollte, diese Preisdifferenz dem Verbraucher zugute kommen zu lassen.

Antrag I.

A. Der Sacharinpreis soll für den Privatverbrauch die Gestehungskosten mit Hinzufügung der höchstens dem Süßwerte entsprechenden Zuckersteuer nicht übersteigen.

B. Die Sacharin verwendende Lebensmittelindustrie ist zu zwingen, die aus dem Sacharinverbrauche entstehende Verminderung der Produktionskosten ihrer Artikel ungeschmälert dem Verbraucher zukommen zu lassen. Sollten der Monopolverwaltung nicht entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, dann sind für die Industrie volle, dem Zuckersüßwerte entsprechende Preise zu bestimmen.

Zwischenhandel.

Der Zwischenhandel mit dem freigegebenen Sacharin ist bei der außerordentlichen Handlichkeit dieser Ware, bei der Leichtigkeit des Transportes und der Aufbewahrung, beim Mangel jeden Risikos und beim Monopolcharakter, der auch dem Handel zugute kommt, wohl der Bequemste. Mit diesem verglichen, enthält der Zuckerhandel eine Menge von Mühe, Leistung und Gefahren. Nun schiebt die Monopolverwaltung zwischen sich und dem Zwischenhändler ein Zwischenglied, dessen Aufgabe wirtschaftlich kaum zu rechtfertigen ist. Der Zwischengewinn beträgt 20, 28, 30 oder 31 Prozent des Verkaufspreises, wobei der Engroshändler ein Fünftel bis ein Drittel des Gewinnes einsteckt. Man vergleiche damit unter Rücksichtnahme der Spesen und Gefahren den von den Gerichten den Kaufleuten als berechtigt zuerkannten Gewinn.

Antrag II.

Der Zwischenhandelgewinn ist entsprechend kaufmännischem Gebrauch unter Berücksichtigung der Leistung und Betriebskosten festzusetzen und die hiedurch erreichte Ersparnis dem Verbraucher zuzuwenden.

Vor der Freigabe des Sacharins gehörte es zu den der Apotheke vorbehaltenen Waren, dieser Vorbehalt ist, trotzdem das Sacharin den Charakter der Apothekerware verloren hat, nicht aufgehoben

worden. Nach Aufhebung dieser jetzt sinnlosen Beschränkung und Freigabe für den Konsumwarenhandel könnte die Staatsverwaltung die Kontrolle über den Zuckerverbrauch mit der über den Sacharinverbrauch vereinen, das Hamstern von Sacharin verhindern und die unnötige Mühe des Einkaufens an verschiedenen Stellen den Verbrauchern ersparen.

Antrag III.

Das Sacharin ist aus dem Verzeichnisse der Apothekerwaren zu streichen und der Detailhandel dem Lebensmittelhandel freizugeben.

Antrag IV.

Für den Detailhandel ist eine zweckgemäße billige Packung zu wählen.

Diese Anträge werden dem Ernährungsrate zur Annahme und zur Überweisung an das Ernährungsamt empfohlen.

30

1)

OESTERREICHISCHE

W a s s e r s t r a s s e n - Aktien-Gesellschaft.

Bezugnehmend auf das im österreichischen Parlamente votierte Gesetz vom 11. Jänner 1901 betreffend das Projekt über die Wasserstrassen und insbesondere den Teil derselben zwischen Wien und der Galizischen Grenze, schlagen hiemit die Unterzeichneten vor, eine private Aktiengesellschaft auf Grund des österreichischen Gesetzes und auf folgender Basis zu gründen:

1) Die österreichische Wasserstrassen Aktien Gesellschaft soll auf Grund eines speziellen Statuts unter Sanction des österreichischen Gesetzes gegründet werden zu dem Zwecke des Baues und des Betriebes jenes Teiles der Wasserstrassen, welcher von Wien nach der galizischen Grenze führt und zwar auf Grund von Plänen und Voranschlägen des Wasserstrassen-Ausschusses in Wien und nach jenen Grundsätzen, welche in dem Berichte von Mai 1910 „Ueber den Stand der Wasserstrassen-Frage" festgestellt worden sind.

2) Das Kapital der Gesellschaft soll aus 24 000 000 K. d.i. £.: 1,000.000 Aktien und für den Rest des erforderlichen Bau und Betriebs-Kapitals aus 4,5% Obligationen bestehen.

3) Die österreichische Wasserstrassen A.G. soll von der österreichischen Regierung die ausschliessliche, auf 90 Jahre sich erstreckende Konzession für den Bau und den Betrieb der oben bezeichneten Sektion der Wasserstrassen sammt allen zugehörigen Anlagen in das Eigentum der österreichischen Staatsverwaltung, ohne jede Entschädigung für die Gesellschaft, übergehen. Es wird dabei vorgesehen, dass der Bau der Wasserstrassen innerhalb von 10 Jahren, (vom Tage der Gründung der Gesellschaft an gerechnet) beendet und dem Betriebe übergeben werden soll.

4) Der Gesellschaft soll das erforderliche Recht der Enteigung, wie es nach dem österreichischen Gesetze Unternehmungen von öffentlichen Interesse zusteht, zugesichert werden. Die Vornahme der nötigen Flussregulierungen, welche nach den genehmigten Plänen im Zusammenhange mit den Wasserstrassen vorgenommen werden muss, obliegt der Regierung. Sollte diesbezüglich sei es durch eine Versäumnis der Regierung, sei es durch höhere Gewalt eine Verspätung eintreten, so soll der daraus sich ergebende Zeitverlust in die 10-jährige Periode, innerhalb welcher der Bau beendet werden muss, nicht eingerechnet werden. Alle jene Begünstigungen, an Stempel- und Uebertragungsgebühren, welche nach österreichischen Gesetze den öffentlichen Arbeiten zustehen, sollen auch der in Rede stehenden Gesellschaft zugesichert werden.

5) Die Gesellschaft hat als gegründet zu gelten, sobald das Uebereinkommen derselben mit der österreichischen Regierung in allen Punkten endgiltig vereinbart die Hälfte des Aktien-Kapitals eingezahlt und bei einem vom österreichischen Finanz-Ministerium genehmigten Finanz-Institute für die Zwecke der Gesellschaft erlegt worden ist.

6) Die Gesellschaft hat das Recht der Emission von 4,5%-ig in 80 Jahren (nach Ablauf der zehn-jährigen Bauperiode) amortisierbaren Obligationen zu erhalten. Die Emmission dieser Obligationen soll unter staatlicher Aufsicht erfolgen und sollen dieselbe die volle und unbedingte Garantie der kais. königl Regierung sowohl im Bezug auf Zinsen, als auf Kapitalsrückzahl- und erhalten. Der Netto- Erlös, welcher der Gesellschaft aus dieser Emission zufliessen wird, soll nicht geringer sein als 6% über die durchschnittliche Notierung der 4%-igen österreichischen Kronen-Rente, sowie dieselbe an der Wiener Börse während der 6-monatlichen, der Emission vorangehenden Periode sich

2)

ergeben wird. Die Zinsen sind halbjährlich in Wien und bei der Emissionsstelle zahlbar. Das Coupon der ausländischen Inhaber der Obligationen soll von allen gegenwärtigen und zukünftigen Staatsgebühren befreit sein. Ziehungen zum Zwecke derAmortisation haben jährlich zu erfolgen und zwar beginnend mit dem Ablauf der 10-jährigen von der Gründung der Gesellschaft und dem emmittierenden Institute vereinbart und von der österreichischen Regierung genehmigt werden.

7) Mit Rücksicht auf die ständig wachsenden Löhne und Material-Kosten soll das für den Bau erforderliche Kapital in 10 gleiche Teile geteilt werden und nach den ersten Jahre soll diese jährliche Betrag und je 1% jährlich erhöht werden. Zum Gesammtkapitale, welches für den Grunderwerb und den Bau nötig erscheint, soll noch ein genügenden Kapital für Einrichtung der elektrischen Traktion, den Erwerb von Booten und den Betrieb vorgesehen werden und zwar:

11,000 000 für elektrische Traktion
5,000 000 " Boote
1,000 000 " elektrische Motoren
5,000 000 Betriebskapital.

8) Das gesammte Aktienkapital soll vor oder bei der Gründung der Gesellschaft unterzeichnet sein, wobeci die Hälfte desselben bis zum Tage der Emission und die zweite Hälfte nach der Emission der ersten K. 10,000 000 Obligationen eingezahlt werden muss. Die Aktien werden während der 10-jährigen Bauperiode eine 4%-ige Verzinsung erhalten, welcher Betrag dem Kapital der Gesellschaft zugeschlagen wird.

9) Die Emission der 4%-igen Obligationen wird mit Genehmigung der österreichischen Regierung und nach Massgabe des Fortschrittes der Arbeiten erfolgen. Die Verzinsung der Obligationen während der Bauperiode soll ebenfalls auf Kapitals-

Konto gestellt, d.i. dem Kapital zugeschlagen werden. Diese Bestimmung tangiert aber selbstverständlich die über die Verzinsung und Kapitalsrückzahlung vorgesehenen Bestimmungen nicht, welche vom Tage der Emission an, die unbedingte Garantie des Staates geniessen sollen.

10) Das Nettoeinkommen der Gesellschaft nach Vollendung des Baues soll in erster Linie zum Zwecke der Annuitäten für das Obligations-Kapital verwendet und der eventuelle Ueberschuss, welcher dann verbleibt, soll nach Abzug eines Sechstels an Reserven- als Dividende an die Aktionäre abgeführt werden. Es ist selbstverständlich, dass ein genügenden Betrag für die Erhaltung der Wasserstrassen und ihres Parks jederzeit vorgesehen werden muss. Sollte in irgend einem Jahre der Reinertrag und die Reserven der Gesellschaft nicht genügen und die Verzinsung und Amortisation des Obligationskapitals zu decken, dann hat die kais.Königl. Regierung unbedingt für die Deckung des fehlenden Betrages aufzukommen. Diese von Seiten der österreichischen Regierung erfolgenden Zahlungen sollen ihrem Wesen nach als eine, der Gesellschaft erteilte Anleihe behandelt und mit 4%-iger Verzinsung von der Gesellschaft dem Staate aus dem Reingewinne der folgenden Jahre rückgezahlt werden, jedoch erst nach Berücksichtigung einer 6%-igen Dividende für die Aktionäre. Die Gesellschaft ist verpflichtet der Regierung ihre Bilanzen innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines jeden Jahres zu unterbreiten. Sollte sich in einem Jahre die Notwendigkeit einer staatlichen Zuzahlung für die Annuitäten herausstellen, so ist dieser Betrag von der Regierung im Laufe der nächsten zwei Monate nach Vorlegung der Bilanz zu beschaffen.

Unabhängig vom definitiven Rechnungsabschlusse eröffnet die Staatsverwaltung der Gesellschaft jederzeit einen Kre-

dit bis zur Höhe der halbjährigen Annuität. Es versteht sich von selbst, dass die vom Staate der Gesellschaft vor, geschlossenen Beträge keiner Einkommen-Steuer unterliegen.

11) Innerhalb der auf 90 Jahre festgesetzten Konzessions-Periode steht der österreichischen Regierung jederzeit das Recht zu, die Aktien der Gesellschaft unter folgenden Bedingungen zu erwerben: Innerhalb der ersten zehn, der Bedingung des Baues folgenden Jahre soll der Erlöspreis mit 120% des Nominalwertes fixiert werden; nach dieser Periode soll der Reingewinn der besten fünf von den letzten sieben Jahren, unter Berücksichtigung einer 4,5%-igen Verzinsung, als Basis der Wertbestimmung gelten, jedoch nicht unter pari. Dem Staate steht das Recht zugegen eine einjährige Notifikazierung alle Aktien der Gesellschaft zu erwerben: Im Falle eines statliehen Erwerbs der Aktien übernimmt der Staat alle Verpflichtungen den Obligationen gegenüber.

12) Die Mehrheit des Verwaltungsrates der Gesellschaft hat aus österr. Untertanen zu bestehen und soll ein spezieller staatlicher Kommisär als Vertreter der Regierung inden Verwaltungsrat entsendet werden.

13) Der Bau der Wasserstrassen hat spätestens drei Monate nach Gründung der Gesellschaft zu beginnen. Diese letztere hat spätestens einen Monat nach ihrer Gründung von der Regierung alle allgemeinen und detaillierten Pläne der ganzen Wasserstrasse von Wien bis zur galizischen Grenze zu erhalten, ebenso wie die Kostenvoranschläge der Regierung, welche die Basis des Unternehmens zu bilden haben. Falls im Laufe der Bauperiode irgendwelche Aenderungen der Pläne sich notwendig erweisen sollten, dann hat die Frage durch ein besonderes Komitee entschieden zu werden, in welchem sowohl die Regierung als die Gesellschaft durch ihre Bevollmächtigten vertreten wird. Soll-

ten die geplanten Aenderungen eine Erhöhung der Ausgaben nach sich ziehen, so wird die Gesellschaft ermächtigt sein ihr Obligations-Kapital entsprechend zu erhöhen. Die Gesellschaft hat der österreichischen Regierung alle auf die Vorarbeiten (laut Parlamentsprotokoll No. 1087 vom 21. September 1911 im Appendix Seite 41) bis zum Betrage von K. 1,800.546.88 für Nieder-Oesterreich und K. 4,404.901.55 für Mähren verwendeten, sowie alle vom Tage dieser Veröffentlichung aufgelaufenen Spesen zu ersetzen.

14) Die Enteigung der erforderlichen Grundstücke hat von der Gesellschaft selbst oder auf deren Verlangen von der Regierung und auf Rechnung der Gesellschaft vorgenommen zu werden.

15) Die Gesellschaft hat den Bau nach den von der Regierung verfertigten und der Gesellschaft eingehändigten Plänen und unter Aufsicht von staatlichen Ingenieuren durchzuführen. Dabei versteht es sich, dass von den beim Baue verwendeten Arbeiten mindestens 85% österreichischen Untertanen sein, ferner, dass die Mehrheit der Ingenieure der Gesellschaft und alle eventuelle After-unternehmer das österreichische Staatbürgertum besitzen müssen. Ebenso wird vorgesehen, dass bei den Arbeiten ausschliesslich inländischen Material verwendet werden darf, sofern dasselbe in Oesterreich in gleichwertiger Qualität und nicht teuerer als 10% über dem Preise des ausländischen Materiale erhältlich ist.

16) Der Transport auf den Wasserstrassen steht unter staatlicher Aufsicht; die Tarifsätze sind von Staate zu genehmigen und in üblicher Weise zu veröffentlichen. Alle zwei Jahre sollen die Frachtsätze einer vollständigen Revision unterliegen. Jede spezielle Begünstigung einzelner Frächter soll der Regierung bekanntgegeben werden. Als Regel gilt, dass alle österreichischen Frächter derselben Tarifklasse an einer eventuellen Begünstigung in demselben Masse zu partizipieren haben. Sollte

die Gesellschaft irgend einem Frächter eine derartige Begünstigung verweigern, so steht demselben die Berufung an staatliche Organe zu.

17) In Kriegszeiten bleibt es der Regierung vorbehalten die Wasserstrasse ausschliesslich für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen und zwar gegen eine Entlohnung, deren Höhe das Kriegsministerium genehmigt. Eine besondere Vereinbarung, betreffend die Beförderung von Staatstransporten wird nach endgiltiger Erteilung der Konzession getroffen.

18) Nachdem die österreichische Regierung gegenwärtig im Zuge ist, eine Fertsetzung der in Rede stehenden Wasserlinie über Galizien zu bauen, so wird auch ein spezielles Uebereinkommen betreffend durchlaufende Frachtsätze von den galizischen nach den westlichen Punkten der Wasserstrasse erfolgten und zwar auf Grundlage einer gleichmässigen Beteilung im Verhältnisse der beiderseitigen Frachtgebühren.

19) Der Gesellschaft wird das Recht zustehen, mit Genehmigung der Regierung Seitenlienien ihrer Wasserstrasse nach bedeutenden Industrie und Montangebieten zu bauen. Dabei wird als selbstverständlich an: genommen, dass keine andere Gesellschaft das Recht haben soll, Wasserlinien zu bauen, welche mit den der „Oesterreichischen Wasserstrassen A.G." - konkurieren könnten. Anderseits soll aber die Regierung das volle Recht auf den Bau der neuen Wasserstrassen behalten, welche sich an die Linien der Gesellschaft anschliessen würden.

OESTERREICHISCHE

W A S S E R S T R A S S E N - AKTIEN-GESELLSCHAFT

Bezugnehmend auf das im österreichischen Parlamente votierte Gesetz vom 11. Jänner 1901 betreffend das Projekt über die Wasserstrassen und insbesondere den Teil derselben zwischen Wien und der Galizischen Grenze, schlagen hiemit die Unterzeichneten vor, eine private Aktiengesellschaft auf Grund des österreichischen Gesetzes und auf folgender Basis zu gründen:

1/ Die Österreische Wasserstrassen Aktien Gesellschaft soll auf Grund eines speziellen Statuts unter Sanction des österreichischen Gesetzes gegründet werden zu dem Zwecke des Baues und des Betriebes jenes Teiles der Wasserstrassen, welcher von Wien nach der galizischen Grenze führt und zwar auf Grund von Plänen und Voranschlägen des Wasserstrassen-Ausschusses in Wien und nach jenen Grundsätzen, welche in dem Berichte von Mai 1910 „Ueber den Stand der Wasserstrassen-Frage" festgestellt worden sind.

2/ Das Kapital der Gesellschaft soll aus K.24.000 000 d.i. £: 1.000 000 Aktien und für den Rest des erforderlichen Bau und Betriebs-Kapitals aus 4,5% Obligationen bestehen.

3/ Die österreichische Wasserstrassen A.G. soll von der österreichischen Regierung die ausschliessliche, auf 90 Jahre [illegible] den Bau und den Betrieb der [illegible] sammt allen zu- [illegible] österreichischen Staats

4/ Der Gesellschaft soll das erforderliche Recht der Enteignung, wie es nach dem österreichischem Gesetze Unternehmungen von öffentlichen Interessen zusteht, zugesichert werden. Die Vornahme der nötigen Flussregulierung, welche nach den genehmigten Plänen im Zusammenhange mit den Wasserstrassen vorgenommen werden muss, obliegt der Regierung. Sollte diesbezüglich sei es durch eine Versäumnis der Regierung, sei es durch höhere Gewalt eine Verspätung eintreten, so soll daraus sich ergebende Zeitverlust in die 10-jährige Periode, innerhalb welcher der Bau beendet werden muss, nicht eingerechnet werden. Alle jene Begünstigungen an Stempel- und Uebertragungsgebühren, welche nach österreichischen Gesetzen den öffentlichen Arbeiten zustehen, sollen auch der in Rede stehenden Gesellschaft zugesichert werden.

5/. Die Gesellschaft hat als gegründet zu gelten, sobald das Uebereinkommen derselben mit der österreichischen Regierung in allen Punkten endgiltig vereinbart, die Hälfte des Aktien-Kapitals eingezahlt und bei einem vom österreichischen Finanz Ministerium genehmigten Finanzinstitute für die Zwecke der Gesellschaft erlegt worden ist.

6/. Die Gesellschaft hat das Recht der Emission von 4,5% igen in 80 Jahren (nach Ablauf der zehn-jährigen Bauperiode) amortisierbaren Obligationen zu erhalten. Die Emmission dieser Obligationen soll unt[illegible] und sollendieselbe die [illegible]

Regierung so[illegible]

ergeben wird. Die Zinsen sind halbjährlich in Wien und bei der Emissionstelle zahlbar. Das Coupon der ausländischen Inhaber der Obligationen soll von allen gegenwärtigen und zukünftigen Staatsgebühren befreit werden. Ziehungen zum Zwecke der Amortisation haben jährlich zu erfolgen und zwar beginnend mit dem Ablauf der 10-jährigen von der Gründung der Gesellschaft an zu laufenden Bauperiode. Der detailierte Amortisationsplan soll zwischen der Gesellschaft und dem emmittierenden Institute vereinbart und von der österreichischen Regierung genehmigt werden.

7/. Mit Rücksicht auf die ständig wachsenden Löhne und Material-Kosten soll das für den Bau erforderliche Kapital in 10 gleiche Teile geteilt werden und nach dem ersten Jahre soll dieser jährliche Betrag um je 1% jährlich erhöht werden.

Zum Gesammtkapitale, welches für den Grunderwerb und den Bau nötig erscheint, soll noch ein genügendes Kapital für Einrichtung der elektrischen Traktion, den Erwerb von Booten und den Betrieb vorgesehen werden und zwar:

11.000 000 für elektrische Traktion
5.000 000 " Boote
1.000 000 " elektrische Motoren
5.000 000 " Betriebskapital

8/ Das gesammte Aktienkapital soll vor oder bei der Gründung der Ge[illegible]hnet sein, wobei die Hälfte [illegible] und die zweite Hälfte [illegible] Obligationen einge[illegible] 10 jähri[illegible]

Konto gestellt, d.i. dem Kapital zugeschlagen werden. Diese Bestimmung tangiert aber selbstverständlich die über die Verzinsung und Kapitalsrückzahlung vorgesehenen Bestimmungen nicht, welche vom Tage der Emission an, die unbedingte Garantie des Staates geniessen sollen.

10/ Das Nettoeinkommen der Gesellschaft nach Vollendung des Baues soll in erster Linie zum Zwecke der Annuitäten für das Obligations-Kapital verwendet und der eventuelle Ueberschuss welcher dann verbleibt, soll nach Abzug eines Sechstels an Reserven- als Dividende an die Antionäre abgeführt werden. Es ist selbstverständlich, dass ein genügender Betrag für die Erhaltung der Wasserstrassen und ihres Parks jederzeit vorgesehen werden muss. Sollte in irgend einem Jahre der Reinertrag und die Reserven der Gesellschaft nicht genügen und die Verzinsung und Amortisation des Obligationskapitals zu decken, dann hat die kais. Regierung unbedingt für die Deckung des fehlenden Betrages aufzukommen. Diese von Seiten der österreichisch Regierung erfolgenden Zahlungen sollen ihrem Wesen nach als eine, der Gesellschaft erteilte Anleihe behandelt und mit 4%iger Verzinsung vonder Gesellschaft dem Staate aus dem Reingewinne der folgenden Jahre rückgezahlt werden, jedoch erst nach Berücksichtigung einer 6%ogen Dividende für die Aktionäre. Die Gesellschaft ist verpflichtet der Regierung ihre Bilanzen innerhalb von drei[illegible] jeden Jahres zu unterbreiten. So[illegible]

einer staatl[illegible]

so i[illegible]

selbst, dass die vom Staate der Gesellschaft vorgeschossenen Beträge keiner Einkommensteuer unterliegen.

11/ Innerhalb der auf 90 Jahre festgesetzten Konzessionsperiode steht der österreichischen Regierung jederzeit das Recht zu, die Aktien der Gesellschaft unter folgenden Bedingungen zu erwerben. Innerhalb der ersten zehn, der Bedingung des Baues folgenden Jahre soll der Erlöspreis mit 120% des Nominalwertes fixiert werden; nach dieser Periode soll der Reingewinn der besten fünf von den letzten sieben Jahren, unter Berücksichtigung einer 4,5%igen Verzinsung, als Basis der Wertbestimmung gelten, jedoch nicht unter pari. Dem Staate steht das Recht zu gegen eine einjährige Notifizierung alle Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Im Falle eines staatlichen Erwerbs der Aktien übernimmt der Staat alle Verpflichtungen den Obligationen gegenüber.

12/ Die Mehrheit des Verwaltungsrates der Gesellschaft hat aus österr. Untertanen zu bestehen und soll eine spezieller staatlicher Kommisär als Vertreter der Regierung in dem Verwaltungsrat entsendet werden.

13/ Der Bau der Wasserstrassen hat spätestens drei Monate nach Gründung der Gesellschaft zu beginnen. Diese letztere hat spätestens einen Monat nach ihrer Gründung vonder Regierung alle allgemeinen und detaillierten Pläne der ganzen Wasserstrasse von Wien bis [illegible] Grenze zu erhalten, ebenso wie [illegible], welche die Basis des [illegible] der Bauperiode [illegible] erweisen [illegible].

(laut Parlamentsprotokoll Nr.1087 vom 21. September 1911 im Appendix Seite 41) bis zum Betrage von K.1.800.546.88 für Nieder-Oesterreich und K.4.404.901.55 für Mähren verwendeten sowie alle vom Tage dieser Veröffentlichung aufgelaufenen Spesen zu ersetzen.

14/ Die Enteignung der erforderlichen Grundstücke hat von der Gesellschaft selbst oder auf deren Verlangen von der Regierung und auf Rechnung der Gesellschaft vorgenommen zu werden.

15. Die Gesellschaft hat den Bau nach den von der Regierung verfertigten und der Gesellschaft eingehändigten Plänen und unter Aufsicht von staatlichen Ingenieuren durchzuführen. Dabei versteht es sich, dass von den beim Baue verwendeten Arbeitern mindestens 85% österreichische Untertanen sein müssen, ferner dass die Mehrheit der Ingenieure der Gesllschaft und alle eventuelle After-Unternehmer das österreichische Staatbürgertum besitzen müssen. Ebenso wir vorgesehen, dass bei den Arbeiten ausschliesslich inländisches Material verwendet werden darf, sofern dasselbe in Oesterreich in gleichwertiger Qualität und nich teuer als 10% über dem Preise des ausländischen Materiale erhältlich ist.

16/ Der Transport auf den Wasserstrassen steht unter staatlicher Aufsicht: die Tarifsätze sind von dem Staate zu genehmigen und in üblicher Weise zu veröffentlichen. Alle zwei Jahre sollen die Frachtsätze einer [illegible] Revision unter liegen. Jede spezi[illegible] der Regier[illegible] österre[illegible]

17/ In Kriegszeiten bleibt es der Regierung vorbehalten die Wasserstrasse ausschliesslich für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen und zwar gegen eine Entlohnung, deren Höhe das Kriegsministerium genehmigt. Eine besondere Vereinbahrung, betreffend die Beförderung von Staatstransporten wird nach endgiltiger Erteilung der Konzession getroffen.

18/ Nachdem die österreichische Regierung gegenwärtig im Zuge ist, einer Fortsetzung der in Rede stehenden Wasserlinie über Galizien zu bauen, so wird auch ein sepzielles Ueberein kommen betreffend durchlaufenden Frachsätzen von den galizischen nach den westlichen Punkten der Wasserstrassen erfolgen und zwar auf Grundlage einer gleichmässigen Betielung im Verhältnisse der beiderseitigen Frachtgebühren.

19/ Der Gesellschaft wird das Recht zustehen, mitGenehmigung der Regierung Seitenlienien ihrer Wasserstrassen nach bedeutenden Industrie und Montangebieten zu bauen. Dabei wird als selbstverständlich angenommen, dass keine andere Gesellschaft das Recht haben soll, Wasserlienien zu bauen, welche mit dem der „Oesterreichischen Wasserstrasse A.G." konkurieren könnten. Anderseits soll aber die Regierung das volle Recht auf den Bau der neuen Wasserstrassen behalten, welche sich an die Linien der Gesellschaft anschliessen würden.

17/ In Kriegszeiten bleibt es der Regierung vorbehalten die Wasserstrasse ausschliesslich für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen und zwar gegen eine Entlohnung, deren Höhe das Kriegsministerium genehmigt. Eine besondere Vereinbahrung, betreffend die Beförderung von Staatstransporten wird nach endgiltiger Erteilung der Konzession getroffen.

18/ Nachdem die österreichische Regierung gegenwärtig im Zuge ist, einer Fortsetzung der in Rede stehenden Wasserlinie über Galizien zu bauen, so wird auch ein sepzielles Uebereinkommen betreffend durchlaufenden Frachsätzen von den galizischen nach den westlichen Punkten der Wasserstrassen erfolgen und zwar auf Grundlage einer gleichmässigen Bettelung im Verhältnisse der beiderseitigen Frachtgebühren.

19/ Der Gesellschaft wird das Recht zustehen, mit Genehmigung der Regierung Seitenlinien ihrer Wasserstrassen nach bedeutenden Industrie und Montangebieten zu bauen. Dabei wird als selbstverständlich angenommen, dass keine andere Gesellschaft das Recht haben soll, Wasserlinien zu bauen, welche mit dem der „Oesterreichischen Wasserstrasse A.G." konkurieren könnten. Anderseits soll aber die Regierung das volle Recht auf den Bau der neuen Wasserstrassen behalten, welche sich an die Linien der Gesellschaft anschliessen würden.

X.A

SEKRETARJAT KOMITETU EKONOMICZNEGO MINISTRÓW.
L. 1093/22/XE.

Tablica X-a. Rozwój cen węgla na rynkach wszechświatowych.

Rozwój cen sprzedaży węgla niemieckiego od 1914 za tonnę.

	I.1914	I.1919	IV.1921	IX.1921	XII.1921.
Pospółka	12.00 mk.	107.00 mk.	227.00 mk.	255,60 mk.	405.00 mk.
Orzech	14.50 "	118.00 "	273.00 "	340.00 "	545.00 "
Antracyt	21.00 "	126.00 "	301.00 "	372.00 "	396.00 "
Koks	16.00 "	155.00 "	331.00 "	370.00 "	590.00 "
Brykiety	13.00 "	149.00 "	378.00 "	366.00 "	585.00 "

Tabela cen węgla na rynkach światowych ostatnich lat w zestwieniu z cenami 1913 r.

19	Ameryka	Anglja	Niemcy	Francja
	w tonnach			
	Dolary	Sh. i d.	Mk.n.	Fr.fr.
1913	0;70	20/1	13;-	16,55
1916	2;25	40/0	15;50	38.-
1917	2;95	34/3	19,50	52;-
1918	2;97	41/5	27;-	61;75
1919	2;65	80/0	79;40	77,50
1920 stycz.	2,80	69/10	108;40	122.-
1920 lipiec		87/6	215;40	-
1921 stycz.		64/6	215;40	124.-
1921 lipiec		37/6	254,90	-
1921 grudz.	4,62	23/2	455.-	82.-

Ceny frachtów węglowych angielskich w pierwszej połowie 1922 r. w sh. za t.

	Cardiff Genua	Cardiff le Havre	Tyne Rotterdam	Tyne Hamburg	Tyne Stockholm
Styczeń	12/2	6/6	6/5	6/6	4/7
Luty	13/½	6/8	6/5	6/10	-
Marzec	13/9½	6/6	6/1	6/6	9.-
Kwiecień/7/	-	5/10½	5/4	5.-	8/9
Lipiec	7/2½	3/11	3/2	3/5	-

Przeciętne ceny węgli angielskich wywiezionych do różnych kraji podczas 4 pierwszych miesięcy 1922 r.

Kraj przeznaczenia	4 pierwsze miesiące 1914 r.	4 pierwsze miesiące 1922 r.
Belgja pro tonna	11 sh 1 d	21 sh. 3 d
Holandja "	12 sh 1 d	20 sh 11 d
Niemcy "	11 sh11 d	19 sh 6 d
Włochy "	14 sh 6 d	25 sh 8 d
Hiszpanja "	14 sh 6 d	23 sh 7 d
Szwecja "	12 sh11d	23 sh 0 d
Norwegja "	12 sh	21 sh 1 d
Danja "	12 sh10 d	22 sh 11 d
Rosja "	13 sh 7 d	23 sh 3 d
Francja "	12 sh 6 d	22 sh 5 d

Węgiel niemiecki i frachty jego rosną, dążąc do poziomu cen na rynkach międzynarodowych. Ponieważ na zasadzie Traktatu Wersalskiego są Niemcy zobowiązani do wywozu 12 miljonów tonn węgla rocznie po cenach wewnętrznych. Dla uzupełnienia pokrycia potrzeb wewnętrznego rynku, po odłączeniu Górnego Śląska, zostały zniesione cła przywozowe na maj, czerwiec i lipiec 1922 r., to ułatwiło znacznie import węgla angielskiego.

Ceny węgla angielskiego przechodzą odwrotną ewolucję. Ceny jego podczas wojny wzrosły olbrzymi szczególniej dla przyjaciół, którzy gdzieindziej zaopatrywać się nie mogli, w stosunku: cena wewnętrzna za węgiel 43, dla przyjaciół 107, koks cena wewnętrzna 100, dla przyjaciół 280. Te ceny eksportowe nie dały się utrzymać, co łącznie z fatalną polityką finansową wywołało powolnie kryzys węglowy, ten zaś z kolei spowodował wejście węgla amerykańskiego na rynki europejskie /w czerwcu 1921 - 3.811.000 tonn, w lutym 1922 jeszcze 1.548.000 tonn/. Obecnie ten nienasycony apetyt angielski został zahamowany, ceny węgla angielskiego, jego frachtów malejąą Rozwija się eksport do Kłajpedy i Gdańska, import węgla amerykańskiego zmniejsza się. -

X.

SEKRETARJAT KOMITETU EKONOMICZNEGO MINISTRÓW.

L. 1092/22/A 2.

Tablica Nr. 10.

ROZWOJ CEN WĘGLA.

w r. 1922.

Kraj	Artykuł	Pochodzenie	Przybliżona dolna i górna granica wartości cieplikowej/Kg.Kal./	Miara	Waluta	Styczeń	Luty	Marzec	Kwiecień	Maj	Czerwiec	Lipiec	Sierpień	Cena średnia pomiędzy ceną gatunku A./i ceną gatunku B./
Polska	pro wagon kopalnia Węgiel kamienny	Zagłębie dąbrowskie	5500 - 7000	Tonna	mk.p.	8174	8174	8174	8174	8174	9400	11700	11700	A./miał bez grysiku B./węgiel gruby, kostka
		Zagłębie krakowskie	5500-7000	Tonna	mk.p.	9358	9358	9358	9358	9358	10300	12850	12850	A./miał bez grysiku B./węgiel gruby kostka
		Górny Sląsk	6000-7800	Tonna	mk.p.	ceny łącznie z podatkiem węgl.i obrotow.	526	526,2	846,6		846,6	1345	1756,7	A./miał B./orzech I myty gaz.
	Koks	Gazownia warszawska	6800-7000	Tonna	mk.p.	25000	25000	25000	25000	25000	25000	25000	40000	loco Warszawa
		Górny Sląsk												
	Brykiety górnośląskie													
Belgja Ceny wewnętrzne	Węgiel loco kopalnia			Tonna	fr.bl.	99,80	99,80	99,80	99,80	-	-	92,25 x/	-	A./drobne ziarno 0,7c B./bryły 30/50 cm.
	Koks			Tonna	fr.bl.	100	100	100	100	-	-	97,5	-	A./śrut koksowy B./koks łamany
	Brykiety			Tonna	fr.bl.	101,5	101,5	101,5	101,5	-	-	80,75 xx/	-	A./typ I B./typ okrętowy
Uwagi: x/W handlu zagranicznym bryły 30/50 cm. były w lipcu sprzedawane za 145 - 150 fr. tonna, t.j. do 15 fr. drożej, jak wewnątrz kraju.														
Niemcy	węgiel	Reńsko-Westf. i dolno-sas.	ca. 7100-7975 xx/	Tonna	mk.n.	488,70	558,05	563,30 x/	563,30 x/	1113,10 x/	1113,10 x/	1483.- x/	1859,50 x/	A./miał orzeszkowy B./orzech antracen.
	koks	" "	ca. 7750 xx/	Tonna	mk.n.	609,20	741,60	749,20 x/	749,20 x/	1421,10 x/	1421,10 x/	1944,50 x/	2434,50 x/	
	brykiety	" "	ca. 7000-xx/	Tonna	mk.n.	559,10	689,92	683,85 x/	683,85 L/ x/	1837,- LL/x/	1837,- x/	1837.- x/	2296,50 x/	A./ I gatunek B./ II gatunek
Uwagi: x/ Tylko Reńsko-Westfalski. xx/ Przeciętne wartości dla dobrych gatunków. L/ Do 20/IV.1922 r. LL/ Od 20/IV.1922 r.														
Stany Zjednocz. fob Hampton Roads		Pool 1.		g. tonna	dolar	4,77 x/	4,70	4,58	-	7,12 xx/	6,05 xxx/	-	-	
		Pool 2.		g. tonna	dolar	4,62 x/	4,56	4,52	-	6,87 xx/	5,70 xxx/	-	-	
		Pool 5 i 7.		g. tonna	dolar	4,37 x/	4,37	4,27	-	7,12 xx/	5,90 xxx/	-	-	
Uwagi: x/ Notowane 7/I/22. xx/ Notowane 25/V/22. xxx/ Notowane 10/VI/22														
Anglja	Węgiel loco porty			g. tonna	s.i d. s	28/8	28/1	27/3	24/11	-	25/5	26/8	28/7	A./ Antracyt okruchy B./ " orzech myty
	Koks loco porty			"	s.i d.	32/7	33/4	33/5	32/5	-	29/11	29/1	32/2	A./ kuźniczy B./ gazowy
	Brykiety loco porty			"	s.i d.	25/1	26/7	26/7	24/5	-	26/8	25/5	27.	

40

Drukarnia

Memorjał

o

przesileniu gospodarczem 1924 r.

i o środkach do jego usunięcia.

opracowany przez

Dra. Herberta Strencioch.

na zlecenie

Zjednoczenia Gospodarczego

dla Polskiego Śląska

w Katowicach

W s t ę p.

Życie gospodarcze Rzeczypospolitej stoi obecnie pod wpływem jednego z największych przesileń jakie Państwo Polskie od chwili powstania na polu gospodarki przeżywało. Główne gałęzie przemysłu kraju walczą z największemi trudnościami zbytu. Sąsiedzi na zachodzie należą przeważnie do bardzo rozwiniętych Państw przemysłowych, którym konkurencja polskich wyrobów z powodu daleko wyższych cen nie może dorównać; nadto z głównym kontrahentem, Niemcami, które przeszło 50% do Polski wywożą i jeszcze więcej wywieśćby mógły, nie zawarto jeszcze układu handlowego. Największy sąsiad na wschodzie Polski, Rosja, jest z powodu niewyjaśnionych jeszcze wewnętrznych stosunków dla Polski, jako rynek zbytu niedostępny. Nadzieja potanienia produkcji, która możliwiłaby skuteczną konkurencję na rynku światowym, na razie się nie ziściła, przeciwnie sprawa wzięła inny obrót. Trwała podwyżka kosztów utrzymania, mimo obniżenia w lecie robocizny w przeważnej części gałęzi przemysłu, łącznie z zastanowieniem całego szeregu przedsiębiórstw, które wywołało na Górnym Śląsku silne bezrobocie,- spowodowała w silnym stopniu emigrację, która ze stanowiska gospodarczego przedstawia się bardzo poważnie. Musi bowiem ogarnąć nas troską specjalnie wyjazd robotników fachowych do Niemiec i robotników górniczych do Francji. Czyni się wprawdzie starania, by zbiórkami i datkami złagodzić panującą nędzę, tego rodzaju jednak środki mogą być uznane jako przejściowe. Przesilenie ma po większej części swoje naturalne przyczy-

ny. Jeszcze wybija swoje piętno na gospodarce Państw europejskich wojna światowa, która zniszczyła tyle wartości i wywołała w całym organiznie liczne zaburzenia, jeszcze jesteśmy pod wpływem skutków za nami będącej inflacji, która wywołała tyle ujemnych następstw a w której żyliśmy nie z dochodu tylko z substancji majątkowej. A obecnie cierpimy z powodu stabilizacji naszej waluty, wywołującej przesilenie, które wprawdzie ze względu na ostateczne uzdrowienie organizmu państwowego i gospodarczego jest nie do uniknienia, w związku jednak z wymienionemi czynnikami ciąży ono dotkliwie na Państwie, gospodarce i na każdej jednostce.

W takich czasach jest obowiązkiem wszystkich zająć jedno stanowisko i wspólnie działać, by to co nie da się zmienić, ułatwić i to, na co z utęsknieniem czekamy: ostateczne uzdrowienie, przyspieszyć. Z tych rozważań wpływa niniejszy memorjał, który nie ma pretensji do tego, że jest wyczerpujący a ma tylko na celu zwrócić uwagę Rządu i zastępcom narodu na najważniejsze objawy życia gospodarczego i ustawodawstwa, które wymagają koniecznej zmiany, jeżeli chce się skutecznie pokonać obecne przesilenie, przedewszystkiem zaś wymagają szczególnej uwagi ustępy omawiające podatek i cło.

Jeżeli nowy budżet na rok 1925, który Sejmowi w tych dniach przedłożony zostaje, przewiduje dochody z ceł, podatku i monopoli państwowych znacznie wyższe w porównaniu budżetem z roku 1924,

to należy tylko baczną zwrócić uwagę na to, by te źródła podatkowe nie przeciążyć. Już w bieżącym roku gospodarka, przynajmniej na Górnym Śląsku, na skutek ciężarów podatkowych prawie że złamaną została a zbytnie naciągnięcie poszczególnych pozycji celnych stało się jednym z głównych powodów drożyzny. Że doszło do tego, leży to w pierwszej linji w różnicy pojmowania gospodarczych problemów w byłych trzech zaborach. Objaw ten pochodzi stąd, że Polska jako Państwo powojenne nie posiada gospodarczej tradycji w modnem znaczeniu i tejże posiadać nie może. Brak takich gospodarczych tradycji, powoduje znowu brak gospodarczo- psychologicznego usposobienia, względnie psychologicznej grawitacji ku jednemu narodowo- gospodarczemu organizmowi. Przeto wywołuje się stuczny ferment pewnego rodzaju naprężenia między szczególnemi częściami, którego korzenie wydają się być nieznane, a który jednak po rozważeniu gospodarczo- psychologicznem należy odszukać w właśnie tym braku gospodarczej tradycji, w inny bowiem sposób nie dadzą się wyjaśnić sprzeczności między Królestwem, Galicją a Prusami, a które nie istniały w dawnej Polsce. Zwalczenie tych szkodliwych objawów winno być jednem z najważniejszych zadań Rządu i przewódców gospodarczych z różnych dzielnic a czulszy kontakt między ostatnimi byłby wielkim postępem przy wyrównaniu istniejących kontrastów.

I.

Podatkowość.

-o-o-O-o-o-

Ogólnie.

Ta różnica w pojmowaniu gospodarczych problemów i w traktowaniu tychże jak to na wstępie zaznaczyliśmy, wystąpiła szczególnie jaskrawo na polu podatkowości. Polski ustrój podatkowy jest jeszcze mimo istnienia 6-letniego Rzeczypospolitej, zaborowym. Wśród czterech niżej naprowadzonych kierunków zdobył sobie zdaje się pierwszy przewagę. Przedewszystkiem usiłuje Warszawa, jako centrala ujednostajnić system podatkowy wedle rosyjskiego wzoru. Z drugiej strony zaś starają się starzy kwalifikowani z Galicji pochodzący urzędnicy austryjaccy, system podatkowy zabarwić austryjackiem kolorem. Tertio, wskazują politycy z Prus na technicznie wysoko rozwinięty system podatkowy niemiecki, który należałoby wedle nich w całej Polsce wprowadzić. Wszystkie te trzy jednak kierunki zapominają o tem, że ten system, który był odpowiedni dla jednej z powyższych gospodarek, nie może być rozciągnięty na cały obszar Rzeczypospolitej, która dziś jeszcze dla każdego polityka gospodarczego przedstawia się pod względem gospodarczym jako sfinks. Obok tych lokalnie różnych kierunków, istnieje jeszcze jeden, że się tak wyrazić można, nad powyższemi stojący kierunek, który pomija w zupełności dotychczasowy system podatkowy i chce stworzyć nowy, na modnych zasadach podatkowych zbudowany system podatkowy.

Ten ostatni kierunek nie zdobył sobie dotychczas wielkiego oznaczenia, gdyż szkody dotychczasowego systemu podatkowego z powodu inflacji nie wystąpiły jeszcze dość wyraźnie. Im bardziej jednak stosunki się ustabilizują, tembardziej będzie Rząd zmuszony, uznać, że dalsze kroczenie po dotychczasowych podatkowo- politycznych torach prowadzić musi do gospodarczych niedorzeczności.

Wykazanem zostało dotychczas, że pod względem lokalnym nie może być jeszcze mowy o jednolitym polskim systemie podatkowym. W tem leży jedna wielka ujemna strona naszego systemu podatkowego. Biorąc pod uwagę schemat systemu podatkowego a mianowicie ze stanowiska przedmiotu podatkowego musimy przyjść do przekonania, że dotychczasowy system podatkowy w Polsce jest zupełnie przedawniony i nie wytrzymuje krytyki modnego systemu podatkowego.

Jeżeli odróżnia się z jednej strony z punktu widzenia przedmiotu podatkowego, podatki z dochodu i majątku a z drugiej strony podatki z dóbr i świadczeń, to widocznem jest przy bliższem rozrozważaniu pierwszej grupy rozszczepienie fiskalne, jakoteż schematyczne przyjęte jeszcze z lat 70 przeszłego stulecia.

P o d a t k i
z dochodu.

Co się tyczy podatków z dochodu, to mamy z jednej strony w Polsce system podatku dochodowego pochodzący nawet po części z 17 stulecia, z drugiej strony zaś, że tak można się wyrazić, modnie tylko owiany ogólny podatek dochodowy, który z powodu swej małoobmyślanej budowy, pod względem fiskalnym, jest zupełnie niewystarczający. Takie rozszczepienie w schematycznej budowie wymaga olbrzymiego aparatu urzędnicego, który pochłania poważny procent.

Ideałem każdej polityki podatku dochodowego jest i pozostaje ogólny podatek dochodowy z samoszacowaniem płatnika podatkowego, którego taryfa uregulowana jest progresywnie wedle przestawkowania, jako taryfa stawkowo- podatkowa. Dodać musimy, by jasno się wypowiedzieć, że nasz kraj nie jest jeszcze dojrzałym do tak zasadniczej modernizacji systemu podatkowego i do zrezygnowania z dotychczasowych zysków dochodowych. Jeżeli Państwo chce czerpać podatki z jednego źródła podatkowego i chce mniej- albo więcej zdać się na samooszacowanie płatnika podatkowego, to musi ono opierać się na ludności stojącej na bardzo wysokim poziomie moralnym i państwowo- obywatelskim. Takiej ludności o tak wysoko państwowo obywatelskiem samopoczuciu brak Polsce, co wynika stąd, że specjalnie ludność z Kongresówki nie okazywała dużo chęci i nie była przyzwyczajona płacić podatków rosyjskiemu "gnębicielowi". Jest rzeczą naturalnie wykluczoną wychować ludność

w tak krótkim czasie od powstania Polski w tak państwowo przychylnem poczuciu i potrzeba do tego dłuższego okresu czasu. Ponieważ jednak Państwo do spełnienia swoich zadań potrzebuje środki a te nie dają się osiągnąć jedynie w drodze ogólnego modnego podatku dochodowego, to musi Państwo starać się o dochody przy pomocy dawnych dochodów podatkowych.

Podatek gruntowo-przychodowy.

Nie można tutaj bliżej rozwodzić się, jak niedorzeczną z punktu widzenia podatkowo- teorytycznego i podatkowo politycznego jest progresja przy podatku gruntowo przychodowem. Niesprawiedliwości, które są połączone z katastrem szacunkowym Kongresówki, oraz z katastrem porcelowym sporządzonym w drodze tryanguacji Galicji i Prus uznane bez zarzutu przez nowoczesnych polityków skarbowych, będą potęgowane właśnie przez taką progresję. Jest zupełnie niezrozumiałem jak taką progresję na zupełnie przestarzałym systemie budować można. Jeżeliby się już chciało, by ominąć dawne krzywdy, przychód gruntowy opodatkować progresywnie to, za jedyny miernik mógłby uchodzić dochód z własności gruntowej.

Szczególnie nadaje się do tego, by spowodować wielkie zniszczenie gospodarcze, podatek przemysłowo patentowy zbudowany na francuskim wzorze i dostósowany do rosyjskich stosunków, który to podatek ze stanowiska podatkowo- teorycznego w sposób niedoprzebaczenia połączony

jest z czysto konsumcyjnym, t. j. bezpośrednim podatkiem a mianowicie podatkiem obrotowym.

Podatek patentowy.

Co się tyczy podatku patentowego należy podnieść, że w podziale na kategorje mają wyraz gospodarcze stosunki głębokiej Rosji, z powodu też czego podział na kategorje szczególnie do Górnego Śląska wcale się nie nadaje. Jeżeli sama ta okoliczność, że ktoś sprzedaje pewień gatunek towarów np. zagraniczne towary tekstylne, bieliznę z jedwabiu albo z dobrego płótna, ma wystarczać do tego, by patent kategorji handlowej II wykupić, bez względu na swój dochód z przemysłu, to oznacza to ruinę dla całego szeregu mniejszych górnośląskich kupców branży konfekcyjnej. Jeżeli piekarz, który na Górnym Śląsku, obok swoich wyrobów, ze względu na wygodę dla publiczności sprzedaje także kiełbasę albo drożdże i z tego powodu, że jego piekarnia oddzieloną jest od miejsca sprzedaży, musi wykupować dwa patenty, to staje się taki podatkowy środek dla ludności górnośląskiej całkiem niezrozumiały.

Jeżeli polska ustawa przemysłowo- obrotowa domaga się, by zeznania obrotowe były podzielone wedle poszczególnych zakładów przemysłowych, podlegających obowiązkom patentowym, to jest to równoznaczenm z buchalterją prawie ze labryryntową. Piekarz albo rzeźnik nie jest w stanie stwierdzić, ile pieczywa względnie mięsa dostawił ze swojego zakładu przemysłowego

do miejsca sprzedaży względnie sklepu. Fabryka likierów, która sprzedaje swoje likiery w fabryce i w restauracji nie jest w stanie oddzielne obroty deklarować, by bardziej jeszcze nie została książkowość komplikowana. Cały górnośląski handel jest ściśnięty w trzy kategorje, które są w sposób okropny stopniowane. Ani branża, ani wysokość kapitału zakładowego ani roczny obrót, ani zakres produkcji, ani ilość zajętych osób, nie mogą stopniowania ceny patentu uchodzić, za miarodajny miernik. Fryzjer, który w myśl 3 ustępu, uchodzi za osobę trudniącą się specjalnie sprzedażą, perfumy musi tensam patent detalicznego handlu wykupić, jak wielki dom towarowy z wielką liczbą pracowników z wielkiemi zyskami. Wysokość kapitału zakładowego w banku nie mówi jeszcze nic o jego zdolności podatkowej, gdyż właśnie mniejsze banki, które poparte są przez szeroką klientelę oszczędnościową osiągają swoim pojedyńczym aparatem administracyjnym stosunkowo wysokie zyski. Zakupuje bydło, który przy obrocie rocznym około 300 000 Zł, wykupuje patent I kategorji i osięga przeciętnie około 10 - 15% czystego zysku z obrotu , - nie może być porównanym z wielkiem kupcem węglowym, który wprawdzie ma ten sam obrót ale pracuje ze zyskiem 2 - 3%. Sama wielkość produkcji bez uwzględnienia innych gospodarczych

czynników /koszta produkcji, jakość surowców/ nie może być miarodajną przy stopniowaniu patentów przy przedsiębiórstwie kopalnianem i fabrykacji likierów i gorzelni. To samo dotyczy stopniowania wedle ilości zajętych osób. Przedsiębiórstwo modne, pracujące głównie maszynami nie można postawić na równi z przedsiębiórstwem opartem głównie na pracy ręcznej.

Na podstawie powyższych wywodów zostało stwierdzone, że dotychczasowy podatek patentowy nie liczy się z zasadą polityczno- skarbową zdolności świadczenia. Jest przeto koniecznością, by podatek patentowy w obecnej formie uległ zupełnej zmianie.

odatek przemysłowy. Podatek przemysłowy nie powinień na żaden sposób być połączonym z podatkiem obrotowym, który wedle pojęcia podatkowego należy do całkiem innego działu. Jedynie i wyłącznie miarodajnym powinień być dla wysokości podatku przemysłowego, książkowo wykazany czysty zysk z przedsiębiórstwa przemysłowo- handlowego. Główny błąd gminnego podatku przemysłowego pruskiego, zbudowanego w podobny sposób leży w tem, że osoby te są zanadto wystawione na samowolę gmin. Nowy podatek przemysłowy musiałby przeto być podatkiem państwowym, który byłby płatnym w ratach /może kwartalnych/, kupiec byłby przeto w stanie z początkiem każdego kwartału, dokonać obliczenia swoich długów podatkowych, by podatek przemysłowy wkalkulować do cen,

gdyż nie odpowiada to sprawiedliwości podatkowej, by handel i przemysł podlegał obok podatku dochodowego osobnemu jeszcze obciążeniu podatkowemu.

Podatek od kapitałów i rent.

Ostatnim podatkiem w polskim systemie podatków przychodowych byłby podatek od kapitałów i rent. W słusznem uznaniu wątpliwości co do racjonalności tego podatku, zniosły Niemcy 10% podatek od kapitałów i rent, gdyż tenże podatek nadaje się do tego, by skrępować pomału się ożywiający zmysł oszczędnościowy a ze stanowiska gospodarczego można się też dziwić, że nasz Rząd dotychczas nie zniósł tego podatku na Górnym Śląsku. Obecnie, gdy gospodarka przez gromadzenie kapitału na nowo się buduje, gdy społeczeństwo na nowo przyzwyczaiło się do oszczędności, musi ten podatek pod względem gospodarczym działać ujemnie. Należy przeto bezwarunkowo żądać zniesienia podatku od kapitałów i rent.

Podatek dochodowy.

Jak już wskazaliśmy, stanowi u nas niestety ogólny podatek dochodowy uzupełniający podatek do zupełnie wybudowanego systemu podatków przychodowych. Jak długo ludność polska nie stanęła na takim państwowo- obywatelskim poziomie, jaki wymaganym jest do przeprowadzenia ogólnego podatku dochodowego, przez samooszacowanie płatnika podatkowego,- nie można, jak już wspomniano, przejść do powyższej radykalnej reformy jedynego ogólnego tylko dochód

podciągającego podatku. Poniższy projekt więc musi z konieczności ograniczyć się do reformy istniejącego podatku dochodowego.

Przedewszystkiem musi się podnieść, że nie udało się dotychczas Rządowi uchwycić dochodów służbowych w kraju zamieszkałych a zagranicą zajętych osób. Jeżeli w obrębie Ministerstwa Skarbu trwają spory o to, czy należy w tym wypadku zastósować taryfę od uposażeń służbowych, czy też ogólną taryfę, przy której wymiar jest przewidziany, jest to spór daremny. Naturalnie nie powinień w kraju zamieszkała i zagranicą zajęta osoba być poszkodowana przez zagranicą zajętego i pobory pobierającego, przez zastósowanie ogólnej taryfy podatkowej. Postępowanie przy wymiarze musi jednak w takim wypadku być zachowane, gdyż potrącenie wynagrodzenia nie dałoby się praktycznie przeprowadzić. Przy dalszem bliższem rozważaniu nad budową naszego ogólnego podatku dochodowego, napotyka się mimowoli na następujące wątpliwości, które bezwarunkowo muszą być usunięte.

Przedewszystkiem ustalono minimum egzystencji przy uposażeniu służbowem zbyt wysoko tak, że przy dzisiejszych stosunkach uposażeń w przybliżeniu 70% wszystkich uspożażonych nie dotyczy ten podatek. Czy jest stosownem czynić taką różnicę między dochodem od uposażeń służbowych a innym dochodem, należy wątpić, jeżeli się uwzględni że rozchodzi się o ogólny podatek dochodowy, który ma równomiernie ująć dochód u wszystkich źródeł. Większe zapotrzebowanie sił

administracyjnych, spowodowane takiem rozdzielonem traktowaniem dochodu, nie może być usprawiedliwionem z punktu widzenia fiskalnego, albowiem przez taką konstrukcję stwarza się dwa specjalne podatki dochodowe tak, że o jednym ogólnym podatku dochodowym nie może być mowy. Należy więc bezwzględnie żądać, by dotychczasowy system dwurodzajnego podatku dochodowego został porzuconym.-

Dalszy błąd, który musi wpaść każdemu modnemu politykowi skarbowemu przy rozważaniu polskiego ogólnego podatku dochodowego, leży w konstrukcji samej taryfy. Zachowaliśmy jeszcze taryfę obliczeniową dawno już porzuconą przez modne Państwa. Do tego przyczynia się fakt, że ta taryfa przy ogólnej skali podatku dochodowego jest taryfą kwotowo- podatkową, która w żaden sposób nie jest regulowaną przez postępowanie prostujące granicę./Grenzberechtigungsverfahren/. Jeżeli ktoś dochodem swoim przekroczył granicę skali podatkowej o 1 Złoty, to w praktyce musi zapłacić kwotę podatkową za ten stopień ustanowioną, która powiedzmy jest o 40 Zł. wyższa, aniżeli kwota podatkowa na niższym stopniu. W ten sposób jest dochód takiego płatnika podatkowego o 39 Zł. mniejszy, aniżeli dochód płatnika podatkowego z dochodem o 1 Zł. mniejszym. Pomijając wskazaną szkodę i niesłuszności taryfy kwotowo- podatkowej, nie może taryfa stawkowo- podatkowa, zastósowana przy

skali od uposażeń służbowych również być usprawiedliwioną, z punktu widzenia podatkowo- politycz.-go, albowiem i ta taryfa jest zbudowana na postępowaniu obliczeniowym, dziś przestarzałem. Według tego postępowania zostaje cała masa dochodowa podzielona na stopnie, przyczem dochód zostaje progresywnie w ten sposób ujęty, że ogólna suma zostaje pociągniętą do podatkowania przez zastósowanie stawki procentowej, przewidzianej dla odpowiedniego stopnia, jakkolwiek przy bliższem rozpatrzeniu, zdolność do świadczenia nie wzrosła progresywnie w taki sposób. Prawie wszystkie modne Państwa porzuciły ze stanowiska skarbowo- politycznego tę taryfę obliczeniową. Jedyną słuszną skalą podatkową, którą wprowadziły przeważnie wszystkie modne Państwa, jest taryfa przestawkowana. I tutaj zostaje cała masa dochodowa podzielona na stopnie i tutaj także jest dla każdego stopnia przewidziana stawka podatkowa. Podczas gdy jednak, jak wykazano przy postępowaniu przeliczeniowym, podpadająca pod to masa dochodu opodatkowanego zostaje ujęta przez tę jedną stawkę podatkową, powstaje kwota podatkowa przy przestawkowaniu przez dodanie kwot podatkowych obliczeniowych w poszczególnych stopniach przy pomocy odpowiednich stawek procentowych. Powyższe wyjaśnia się na bliżej na przykładzie.

1. Postępowanie przeliczeniowe:

1. Stopień dochodu od 1000 - 2000 Zł.....2%
2. Stopień dochodu od 2000 - 3000 Zł.....3%
3. Stopień dochodu od 3000 - 4000 Zł.....4%

Podatek od dochodu 3500 Zł. wynosi wedle tego według postępowania przeliczeniowego 4% od 3500 Zł.

= 140 "

2. Przestwkowanie.

1. Stopień dochodu od 1000 do 2000 Zł....2%
2. " " " 2000 do 3000 Zł....3%
3. " " " 3000 do 4000 Zł....4%

Podatek od dochodu 3500 Zł. oblicza się według przestawkowania następująco:

1. Stopień z 2000 Zł.2%.....40 Zł.
2. " " 2000 " - 3000 Zł. 3%
z 1000 Zł. 30
3. " " 3000 - 4000 Zł. 4% 20
z 500 ----------

razem 90 Zł.

W ten sposób zostajo uwzględnionom, że progresywna zdolność podatkowa pierwszych 2000 Zł. wynosi 2%, następnych 100 Zł. 3% a następnych 1000 4%.

Gdyby z punktu czystego fiskalnego chciano odpowiedzieć, że przezto z jednej strony coraz mniejsze kwoty powstają, a z drugiej strony, że urzędnik podatkowy ma o wiele większą pracę rachunkową, to można na pierwszy zarzut odpowiedzieć, że przy wyższych stopniach z jednej strony wynik jest odwrotny a z drugiej strony przecież zawsze jest dana Państwu możli-

wość odpowiedniego ukształtowania taryf względnie stawki, stosownie do swoich wymagań. Gdyby nawet z tem była połączona zwiększona praca dla urzędników podatkowych, nie trzeba pominąć gospodarczych korzyści, gdyż tylko na drodze przestawkowania może być zasada zdolności świadczenia najlepiej przeprowadzona. Z punktu widzenia więc sprawiedliwości podatkowej i zasady zdolności świadczenia, koniecznem jest wprowadzenie przestawkowania przy podatku dochodowym.

datek majątkowy. Jeżeli dotychczas zastanowiliśmy się nad podatkami ze względu na dochód, to należy również podnieść szereg podatkowo- politycznych wątpliwości co do schematu naszego dzisiejszego systemu podatku majątkowego. Należy pominąć to, jak w miesięcznym wykazie butżetowym, poszczególne podatki majątkowe całkiem fałszywie zostały przesunięte, gdyż jest to rzeczą więcej czysto- formalną. Modny teoretyk skarbowy bowiem musi pracować bezwarunkowo określonemi pojęciami teoretycznemi. I tutaj przyjąć należy przedmiot podatkowy jako cechę charakterystyczną. Stosownie do tego odróżnia się z jednej strony podatek od substancji majątkowej, podatek od przyrostu wartości i podatek od przychodu majątkowego.

odatek od substancji majątkowej. Charakterystyczna cecha każdego podatku od substancji majątkowej leży w wysokości tego podatku. Podatek ten ma być jednorazową daniną gospodarki na rzecz Państwa. Należy przeto z rozwagą zastanowić się, czy w ogólności tego rodzaju podatek należy na gospodarkę nałożyć. Jeżeli się tego

podatkowe tkwiące w systemie podatków przychodowych, potęgują się w nieskończoność przez na-

rodzaju podatek zaprowadza, musi tenże bezwarunkowo być nałożonym wedle wysokości majątku płatnika podatkowego i musi być zbudowany progresywnie. Jeżeli jednak przy naszej danie miarodajnym był przy obu zaliczkach, stary schemat podatkowy przychodowego /wysokość podatku gruntowego, wysokość obrotu w rzemiosłach itd./, to jest to z punktu widzenia gospodarczego polityka rabunkowa, gdyż niesłuszności podatkowe tkwiące w systemie podatków przychodowych, potęgują się w nieskończoność przez nałożenie podatku od substancji majątkowej. Musi się wprawdzie uznać, że natychmiastowe uchwycenie majątku wedle jego wysokości w progresywnym kierunku nie było możliwem, gdyż prace przygotowawcze dla oszacowania majątku nie były jeszcze do czasu zapłaty daniny absolutnie gotowe a po części wcale nie zaczęte. Wątpliwości wynikające tymczasowo odpodjętego wymiaru, nie były w gruncie rzeczy tak jaskrawe, gdyby obie przedpłaty pozostały w ramach zaliczki a nie nałożono je w szalonej wysokości, jak to miało miejsce w przeważnej ilości wypadkach, przyczem zarządzono kwoty przewyższając ogólną sumę podatku majątkowego. Jeżeli ustawa wyraźnie przewiduje, że danina złota ma być podzielona na 6 równych rat, płatnych w 3 latach, to muszą obydwa zarządzenia Ministerstwa Skarbu odnośnie policzenia względnie zaliczenie zaliczek

być całkiem niezrozumiałe. Jeżeli jedno rozporządzenie opiewa, że pierwsze jednak rata ma być zapłacona, o ile obie zaliczki na podatek majątkowy nie dochodzą do 70% ogólnej sumy podatku majątkowego, to nie można takiego zarządzenia, które nadaje się do tego, by panujące teraz przesilenie gospodarcze zaostrzyć tem usprawiedliwić, że Państwu właśnie w obecnej chwili zależy na tem, by wycisnąć jak najwyższe podatki. Jeżeli w drugiem rozporządzeniu Ministerstwo Skarbu wyraźnie jest zaznaczonem, że o ile zapłacone 70% podatku, to jako druga rata ma być zapłacona różnica do ogólnej kwoty podatkowej, to pozostaje postanowienie ustawodawcze przewidujące możność ratalnej spłaty tego podatku illuzoryczne, gdyż w takim wypadku żąda się już w drugiej racie całą kwotę podatku majątkowego.

Całkiem niezrozumiałem jest natomiast 3-cie rozporządzenie Ministra Skarbu z dnia 3 sierpnia 1924, wedle którego przepłacone kwoty podatku majątkowego tj. kwoty zapłacone ponad 100% będą policzone na poczet innych podatków dopiero w roku 1926 przyczem Państwo nie będzie zobowiązane do przyznania procentów. Wobec zagrożonego położenia gospodarczego należy bezwarunkowo żądać, by ostateczny wymiar został natychmiast przeprowadzony, by sprostować liczne oszacowania, które zostały przeprowadzone przy pierwszych zaliczkach, i by rozporządzenia ministerjalne, stojące w sprzeczności z tendencją ustawy ustawy o podatku majątkowym wyszły z mocy i by podatek stosownie do tego jak w ustawie wyraźnie jest zaznaczonem, podzielonym został na 6 rat, przyczem świadczone zaliczki należy bezwarunkowo natychmiast zaliczyć.

Dalsza kwestja mająca być rozważaną leży w w podwójnem opodatkowaniu, które wynika z tej okoliczności, że obcokrajowcy posiadają w Polsce i zagranicą majątki . Wprowadzone niedawno postępowanie reklamacyjne do Ministra Skarbu, który naprzykład chciałby usunąć podwójnie opodatkowanie w odniesieniu do polskich poddanych, w drodze układów z niemieckimi władzami podatkowemi, należy uznać za bardzo uciążliwe. Należy koniecznie z powodu takiego obciążenia, doprowadzić do skutku układ, oparty na wzajemności, jak to miało miejsce przy układzie drezdeńskim, odnośnie do podatku dochodowego, celem pominięcia takiego podwójnego opodatkowania także przy podatku majątkowym.

Podatek od przyrostu wartości.

Co się tyczy podatku od przyrostu wartości,- przyczem byłyby do nadmienienia podatek od spadków i darowizn,- należy zauważyć, że na tem polu nie zostało przedewszystkiem przeprowadzone ujednostajnienie pod względem prawnym a to za każdem razem prowadzi do długich sporów kompetecyjnych między władzami podatkowemi w poszczególnych zaborach. Należałoby przeto wprowadzić w całej Polsce jednolitą ustawę o podatku spadkowym. Nie należy również zapominać o tem, że w naszej ustawie o podatku spadkowym trzymamy się również taryfy przeliczeniowej, o której wątpliwej wartości wskazaliśmy przy rozważaniu nad podatkiem dochodowym. I tutaj musi się wprowadzić przestawkowanie a/to tembardziej, ponieważ rozchodzi się tutaj, jako przy podatku majątkowym

o całkiem poważne kwoty podatkowe i że w taki sposób potęgują się jeszcze szkody podatkowo-polityczne połączone taryfą przeliczeniową.

tek od przychodu majątkowego.

Ogólnego podatku od przychodu majątkowego w miejsce daniny złotej nie ma w ogólności w Polsce.

Przyglądając się z bliska podatkom z dochodu i majątku, musimy dojść do przekonania, że one nie przedstawiają się dla państwa z powodu swych wysokich kosztów połączonych ze ściąganiem podatku, jako wystarczające źródła podatkowe, jak to ma miejsce w innych państwach z bezpośrednimi podatkami. Dlatego są podatki z przedmiotów i świadczeń daleko uciążliwsze.

atki z przedmio- i świadczeń

datek obrotowy.

W pierwszej linji należy tutaj wymienić ogólny podatek obrotowy. Z punktu widzenia gospodarczego należy ogólny podatek obrotowy odrzucić w czasach niepomyślnej konjunktury w ogólności, nie można jednak myśleć o uzdrowieniu gospodarki, jeżeli towary krajowe wskutek całego łańcuchu podatków obrotowych są o wiele droższe, aniżeli towary zagraniczne, które podatków takich wcale nie znają. /Anglia./ Wprawdzie należy przyznać, że nie można zrzec się dochodów z podatku obrotowego, które stanowią dziś około 35% wszystkich państwowych dochodów, to jednak pewna zniżka tego podatku musi koniecznie nastąpić, jeżeli polski przemysł eksportowy nie ma na dłuższy czas być usunięty z rynku światowego.

Nie dość na tem, że podatek [illegible] ten zniósł dotychczasowe zwolnienie podatkowe na Górnym Śląsku /handel pośredniczący § 7 tak

zwana lista wolna od podatku obrotowego la i lb/, nie dość na tem, że uznaje tylko w całkiem surowych zaczątkach politykę fazowo- ryczałtującą /Phasenpauschalierungspolitik/ kontruje tenże podatek obrotowy tak zwane obroty przesuwawcze w obrębie prywatno- gospodarczego przedsiębiórstwa.

Piekarz, który swoje bułki i chleb wypieka w piekarni, oddzielonej od swego sklepu,- musi wykupić dwa patenty i dwa razy uiszczać podatek obrotowy i musiałby odpowiednio do tego wprowadzić dwie buchalterje dla podatku obrotowego. Jak to wpływa na ukształtowanie się cen, nie trzeba wcale udawadniać. Najważniejszy pustulat gospodarczy musiałby iść w tym kierunku, by przy nowelizacji zerwać pojęciowy splot podatku przemysłowo- patentowego z podatkiem obrotowym. To samo znaczenie posiada także kwestja podatkowego obciążenia poszczególnych towarów przez podatek obrotowy. Podatek w wysokości 2½% i opodatkowanie każde o obrotu towarowego, od surowca począwszy do gotowego fabrykatu mianowicie w obrębie prywatno- gospodarczego przedsiębiórstwa a nadto w obrocie, sprawia, że przeważna część towarów konsumcyjnych drożeje przynajmniej od 10%, a przy poszczególnych gatunkach towarów nawet do 20% na cenie. Tem tylko należy w pierwszej linji uzasadnić wysokość kosztów utrzymania i podwyżkę kosztów produkcji, które to znowu okoliczności powodują dalsze podrożenie towarów. Wynika stąd linia łańcuchowa: nadmierne podrożenie towarów wskutek wysokości podatku obrotowego wzrastają-

cego z powiększeniem się liczby dokonanych obrotów, przeto wywołanie podrożenia kosztów utrzymania, zwyżka robocizny i innych z każdym towarem połączonych kosztów i w dalszym ciągu znowu obciążenie przez opodatkowanie obrotowe i tak dalej. Tebszkodliwe skutki podatku obrotowego muszą stanowczo jaknajprędzej być usunięte, jeżeli się dąży do pozytywnych rezultatów ze względu na obniżenie kosztów utrzymania i do polepszenia ogólno- gospodarczego położenia. Do tego koniecznem jest, by podatek obrotowy przynajmniej o 1% był zniżony i by albo skonstruowane zostały tak zwane obroty fazami, które obejmują całość produkcji,bez względu na to, czy takowe są zjednoczone w jednem ogólnem przedsiębiórstwie, albo też nie, tak, że ilość podlegających podatkowi obrototów zmniejszy się przynajmniej o połowę, albo by podatek obrotowy był w czasie procesu produkcji i podziału tylko jeden raz ściągnięty z każdego towaru i w jednem miejscu. Gdzie podatek ten obrotowy,- o ile byśmy się na tę ostatnią zasadę zgodzili,- ma być ściągnięty, należy dokładnie rozważyć a w to nie możemy się wdawać w ramach niniejszego memorjału, który ma tylko za zadanie wskazać wytyczne. Wreszcie oznaczyłoby to istotny postęp, gdyby ze względu na dalsze potanienie najniezbędniejszych środków żywnościowych zaprowadzono tzw. taryfę wyjątkową ze szczególnie niską stawką podatkową około ½% na węgiel, mąkę, ziemniaki i kilka innych artykułów tego rodzaju, jakoteż, gdyby po zniesieniu podatku

od przedmiotów zbytku zaprowadzono taryfę z podwyższoną stawką podatkową od około 3 - 5% a to dla pewnych artykułów, które faktycznie przyjąć można za luksusowe.

Powyższe krótkie wywody powinny wystarczać do wykazania, jak ciężkim do rozwiązania jest problem ogólnego podatku obrotowego i w jakie konflikta i gospodarcze sprzeczności uśdlić się można przez jednolity ogólny podatek obrotowy od sprzedażyNależy to przeto pozostawić późniejszej dokładnej rozwadze a tutaj wskazać tylko linje wytyczne po rozważaniu ogólnych wymogów gospodarczego organizmu, jakoteż po uwzględnieniu prywatno- gospodarczych interesów.

Specjalne podatki konsumcyjne. Monopol tytoniowy i spiritusowy.

Jeżeli się przyglądniemy naszemu systemowi podatków konsumcyjnych jakoteż monopolowi tytoniowemu i spiritusowemu, to stwierdzić można, że dziś jeszcze pod względem ustawodawczym panuje pomieszanie, że mianowicie część podatków, które obowiązywały w niemieckim zaborze, rozciągnięte zostały na Kongresówkę i Galicję i przeciwnie, stare rosyjskie podatki akcyzowe rozciągnięto na Górny Śląsk i że przez ostateczne wprowadzenie monopolu tytoniowego, zniszczono cały przemysł a państwo nie jest w stanie w tym kierunku jakościowo tosamo świadczyć. Innemi słowy, mamy za dużo tego dobrego; brakowało w jednej części pewnego rodzaju podatku, to zapożyczono względnie przyjęto tenże z drugiej części. Znajdujemy w Kongresówce i w Galicji podatek od wina i win musujących, znajdujemy galicyjski podatek naftowy, który absolutnie nie odpowiada w dzielnicy pruskiej i mamy rosyjski podatek akcyzowy we wszyst-

kich trzech częściach.

Najlepiej wskazuje na to, jakie panuje pomieszanie w podatkach pośrednich następujący schemat.

Podatki na dobra i świadczenia.

I. Podatki od przedmiotów zbytku.

A. Podatek obrotowy.

1. Podatek towarowo- obrotowy wedle ustawy przemysłowej w całej Polsce /mieszanina wedle wzorów niemiecko- rosyjskich/.

2. Polski podatek od spadków i kwitów w Kongresówce, i Galicji wedle wzorú austryjacko rosyjskiego.

3. Podatek od przedmiotów zbytku w całej Polsce wedle rosyjsko- austryjackiego wzoru.

B. Podatki konsumcyjne:

1. Na środki żywnościowe

a/ podatek od cukru w całej Polsce wedle wzoru rosyjskiego.
b/ Podatek od soli w Poznańskiem wedle wzoru niemieckiego.
c/ Podatek od octu w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego.

2. Artykuły codziennej potrzeby.

a/ Podatek od win w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego
b/ Podatek od win musujących w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego.
c/ Podatek od piwa w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego i rosyjskiego.
d/ Podatek od drożdży prasowanych wedle wzoru austryjackiego

3. Artykuły opałowe i zapalne.

a/ podatek od nafty w całej Polsce wedle wzoru austryjackiego
b/ Podatek od zapałek w całej Polsce wedle wzoru rosyjskiego.
c/ Podatek od węgla w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego.

C. Monopole.

1. Monopol tytoniowy w całej Polsce wedle wzoru austryjackiego.

2. Ustawa spiritusowa częściowo z dnia 4 października i z 1. 1. 1925 w całej Polsce wedle wzoru niemieckiego.

3. Monopol solny wedle wzoru rosyjskiego.

4. Nowe polskie uregulowanie wyrobów sacharyny w.niemieckiego wzoru.

II. Podatek od obrotu przedmiotami majątkowemi.

A. Podatek od nabycia nieruchomości, zaborowy .

B. Podatek od obrotu kapitałami.

1. Podatek bieżący w Kongresówce i Galicji wedle wzoru rosyjskiego /on call-Steuer/

2. Podatek emisyjny, zaborowy w pruskiej części podatek talonowo kuponowy; w Kongresówce podatek akcyjny.

3. Podatek giełdowy w całej Polsce według wzoru niemieckiego.

4. Podatek wekslowy w całej Polsce według wzoru rosyjskiego.

5. Podatek od polis w całej Polsce według wzoru rosyjskiego.

III. Podatki transportowe /podatek od listów przewozowych w Galicji, według rosyjskiego wzoru/

Brakuje zaś podatek od biletów kolejowych.

Powyższy schemat wskazuje w jak kurczowy sposób usiłowano wprowadzić w całej Polsce podatek konsumcyjny, uzasadniony tylko dla pewnych obszarów . To co zostało wyrwanem z jednego obszaru i jest pod względem polityczno- podatkowym uzasadnionem, dla tegóż, nie może być rozciągniętem na dwie inne dzielnice. Zaprowadziłoby to zbyt daleko, gdybyśmy chcieli na podstawie powyższego schematu analizować szkody stąd powstałe pod względem gospodarczym. Ograniczymy się

tylko do wyjęcia jednej ustawy a szczególna nadaje się do tego ustawa o monopolu spirytusowym po części już wprowadzona, a po części dopiero z dniem 1 stycznia 1925 w życie wejść mająca.

nopol spirytusowy.

Nie może być naszem zadaniem wdawać się w krytykę któraby omawiała cały problem ze strony technicznej. Powierzchowne jednak już rozpatrzenie projektu monopolowego wystarczy w zupełności do wykazania tego, że autorowi tego projektu ustawy brak technologicznej znajomości tej branży. Zdaje się, że projektodawcy ustawy o monopolu spirytusowym nie byli praktycznymi fachowcami tego zakresu. Nie możemy się tutaj wdawać, w to, by wykazać jak dalece projektowana regulacja produkcji, przewidziana przez tę ustawę musi okazać się pod względem technicznym dla gorzelni niedokładną. O wiele ważniejszą jest kwestja monopolu flaszkowego. Projektodawcy zdaje się nie pracowali w Zarządzie monopolu, gdyż w przeciwnym razie wiedzieliby o tem, że niemiecki monopol wódczanny rozbił się właśnie o tę kwestję. Jeżeli przedwojenna Rosja zrobiła świetny interes na monopolu spirytusowym, to należy to w tem, że zrezygnowała ze ścisłego przeprowadzenia monopolu flaszkowego. Jeżeli Niemcom pod względem technicznym o wiele więcej rozwiniętym nie udało się przeprowadzić monopolu flaszkowego, to wątpić należy w to, by kraj nasz temu zadaniu dorósł. Nie można wprawdzie pominąć korzyści wynikających u monopolu flaszkowego. /ścisła kontrola jakości ilości i ceny/ ale korzyści te są zbyt

drogo okupione. Jeżeli ustawa monopolowa ustala minimalną ilość wódki na 1/5 litra, to nie myślimy się, jeżeli twierdzimy, że opakowanie kosztuje 2 razy drożej, aniżeli zawartość. Nabywca wódki monopolowej w ilości 1/5 litra, skonsumuje zawartość i odrzuca flaszkę. Nie jest to nic innego jak tylko zniszczenie majątku narodowego. Wątpimy, czy leży to w interesie kraju naszego, tak biednego w kapitał. Nie może być naszem zadaniem wykazania dalszych wątpliwości wynikających z technicznej strony ustawy o monopolu spirytusowym. Co się tyczy podatkowo- politycznej strony ustawy monopolowej, musimy się ograniczyć do omówienia problemu tego w odniesieniu do jego skutków na fabrykację likierów i handel spiritusu. Nie może leżeć w ramach obecnego rozważania kwestja również bardzo ważna a mianowicie opodatkowanie rolniczych i przemysłowych gorzelń.

Przedewszystkiem musi nas dziwić jednolite ustalenie wysokości opłaty patentu akcyzowego dla destylatorów, która wynosi 7,500 Zł. Z tem połączone widoczne zamiary Państwa, zmierzają w tym kierunku, by zniszczyć małe i średnie przedsiębiórstwa. Korzyści, które przyrzeka sobie Państwo ze zniknięcia małych przedsiębiórstw /lepszy przegląd i łżejsza kontrola/ nie mogą dorównać narodowo gospodarczym szkodom. Przez tego rodzaju środki ułatwia się w całkiem widoczny sposób skartelowanie, jeżeli nie nawet strustowanie przemysłu likierów, nie zastanowiąc się na tem, że tego rodzaju polityka może wyjść na szkodę narządu monopolów. Kartel przemysłu likierów może

w krótszym lub dłuższym czasie dojść do takiej gospodarczej potęgi, że możesparalizować zarząd monopolów, który nie posiada dziś jeszcze technicznego aparatu dla monopolu flaszkowego np. Niemcy. Z drugiej strony może wielki przemysł likierów w czasach przesilenia gospodarczego, które dziś przeżywamy, wywołać przez zastanowienie pewnej części przedsiębiórstw jeszcze silniejsze wstrząśnięcia, aniżeli małe przedsiębiórstwa, gdyż wielki przemysł likierniczy ogarnia daleko głębsze korzenie życia gospodarczego. Bezrobocie we wielkim przemyśle i w przedsiębiórstwach przemysłowych od niego zależnych oraz w przemyśle ubocznym.

Do tego przyczynia się to, że środki skierowane na zanik małych przedsiębiórstw sprzeczne są ze zdrową polityką średniego stanu. Nie można zapominać o tem, że właśnie mały człowiek jest najlepszym płatnikiem podatkowym, /porównaj dochody z daniny pochodzące z wielkiego przemysłu najwyżej 1/10, z małych zaś przedsiębiórstw dochody przewyższały należytości/. Ostatecznie nie można ominąć tego, że przez zniszczenie małych fabryk branży likierników kapitał obrotowy, inwestowany w maszynach itd., które są przeznaczone dla małego obrotu staną się wprost bezwartościowemi, gdyż ani zarząd monopolów, który z fabrykacją likierów nie chce mieć nic wspólnego, ani wielkie przedsiębiórstwa, nie mogą przejąć maszynowego urządzenia małych przedsiębiórstw. Zupełnie jasnem jest, że przez tego rodzaju zniszczenie kapitału zaostrzy się tylko nadzwyczaj obecne przesilenie stabilizacyjne. Ponadto zby-

tecznem jest udowadniać, że przez zwinięcie małych przedsiębiórstw powiększy się bezrobocie np. dnia 1. 8. 1924 powiększyła się liczba bezrobotnych o 3000 wskutek zwinięcia małych fabryk tytoniowych na samym Polskim Śląsku. Wobec wyżej naprowadzonych narodowo- gospodarczych wątpliwości, należy z naciskiem żądać, by wprowadzono możliwie progresję przy wpłacie patentu akcyzowego wedle kontingentu zużycia spiritusu celem fabrykacji likierów. Zdajemy sobie dokładnie sprawę z tego, że będzie to zmiana ustawy z dnia 31 lipca 1924, która nie da się przeprowadzić w drodze ministerjalnego rozporządzenia. Ponieważ jednak zapłata nowego patentu akcyzowego płatna jest już dnia 20 grudnia, to musi przynajmniej być przeprowadzoną ratalna zapłata patentu. Ta ratalne spłata podatku akcyzowego powinna leżeć w interesie fiskalnym, gdyż natychmiastowa całkowita zapłata patentu akcyzowego, wynoszącego 7,500Zł. jest absolutnie dla wielkiej części fabryk likierów niemożliwą. Jeżeli dotychczas wykazano, że jednolite ustalenie wysokości podatku akcyzowego na 7,500 Zł. jest niemożliwością pod względem narodowo- gospodarczym, to wyżej naprowadzone wątpliwości potęgowane są jeszcze przez ustalenie 100 - 200% dodatku komunalnego. Dwie rzeczy można tutaj naprowadzić. Przedewszystkiem należy wskazać na to, że wysokość dodatku komunalnego jest zupełnie niezrozumiałą. Nie wymaga bliższych wyjaśnień, co oznacza dzisiaj pozbawienie przedsiębiórstwa roczne o 15 - 22,500 Zł., tytułem podatku akcyzowego. Przyznać trzeba, że gminy potrzebują pieniądze musimy jednak przytoczyć to drastyczne porównanie z kurą, która składa jaja i sama je pożera. Jest bowiem rzeczą jasną dla każ-

dego, że tak wysokiego podatku akcyzowego nie wytrzyma żadna fabryka likierów dłużej, aniżeli rok. Czy przez to gminy coś skorzystają, jeżeli źródła podatkowe raz na zawsze zostaną zasypane, jest kwestją wątpliwą. Nie trzeba również zapomnieć, o tem, że podatek akcyzowy jest z natury swej konstrukcji specjalnym podatkiem od przychodu, który powinien być o ile nie progresywnie, to proporcjonalnie taryfowany.

Podatek akcyzowy jest specjalnym podatkiem spożywczym i jako taki musi zachodzić możliwość przerzucenia tegóż na konsumentów. Nie można tutaj bliżej rozwodzić się na tem, dlaczego Rosja przyjęła formę podatków bezpośrednich, przy podatkach konsumcyjnych. Podatek akcyzowy płatny z początkiem roku produkcyjnego winiępodobnie jak podatek przemysłowo- patentowy nie być nadzwyczajnie wysoko wymierzony. Jeżeli jednak patent akcyzowy włącznie z podatkiem komunalnem przewiduje jednolitą stawkę w wysokości 15,000 Zł., to nie mamy tutaj więcej do czynienia z podatkiem konsumcyjnym, mogącym być przerzuconym, tylko z podatkiem substancji majątkowej, która w swoich skutkach jest bardziej katastrofalną, aniżeli danina złota, przymusowa pożyczka i innego rodzaju opodatkowanie substancji majątkowej, gdyż przy tych podatkach przewidziana jest progresja, podczss gdy nowy patent akcyzowy zmierza do tego, by zniszczyć 95% przemysłu likierów. Albo nazywa się podatek jego rzeczywistym nazwiskiem i wstawia się go między opodatkowaniem substancji majątkowej albo wprowadza się go przed daniną złotą, do podatków konsumcyjnych, do której istoty należy możność przerzucania. Że nałożono patent akcyzowy

o jednolitej stawce na fabryki likierów, to nie wynika jeszcze z tego, by z punktu widzenia podatkowo- teorytycznego scharakteryzować go jako podatek konsumcyjny. Jeżeli jak już wskazano zmiana ustawą przewidzianego patentu akcyzowego z powodu prawno- podatkowego postępowania nie da się naraz przeprowadzić to musi się przynajmniej z całą stanowczością żądać, by Ministerstwo Skarbu na podstawie ustawy o pełnomocnictwach w drodze rozporządzenia ustaliło z jednej strony dodatek komunalny we wysokości 50% a z drugiej strony, by zezwoliło na ratalną spłatę tegóż, jak to już zażądano przy państwowym patencie akcyzowym.

Drugą kwestją, która nasuwa wątpliwości z punktuwidzenia polityczno- podatkowego jest miejscowo- klasowy podział względnie dowolne ustanowienie wysokości dodatku komunalnego przez zastępstwa gminne.

Stopniowanie dodatku komunalnego według klas miejscowych oznacza nietylko podatkową niesprawiedliwość lecz jest nawet dziwaczne. Tego rodzaju progresja podatków wedle miejsc klasowych byłaby jedynie i tylko w głębokiej Rosji odpowiednią, gdzie przeciwieństwo między wielkiem miastem /Moskwa, Piotrograd, Odessa/ i miastem prowinjonalnem /Kaługa, Kazan, Tomsk, Irkuck itd./ z powodu nadzwyczajnych odległości wyraznie się zaznacza. Całkiem przeciwnie przedstawia się progresja w takim obszarze przemysłowym, jak na Górnym Śląsku, gdzie odległość nie odgrywa żadnej roli i gdzie stosunki komunikacyjnie są wysoko rozwinięte. Tutaj byłaby tego rodzaju progresja widocznem

poszkodowaniem przedsiębiórstw Katowickich i Królewskiej Huty w stosunku do przedsiębiórstw w miasteczkach i płaski-m kraju. Jeżeli więc z jednej strony nastąpiła progresja patentu akcyzowego we formie, że się tak wyrazić można taryfowo- konstytuowanej, to z punktu widzenia podatkowo politycznego należy jak najenergiczniej odstąpić od progresji pod względem lokalnym. W tym kierunku musi zmierzać pastulat, skierowany do zniesienia miejscowo- klasowego stopniowania handlowego patentu akcyzowego. Jeżeli mianowicie ponadto podatki komunalne przez gminy są wymierzone dowolnie, to wynika stąd, taryfowe pomieszanie. Graficzne przedstawienie wymiaru podatkowego przedstawiałoby się jako dziko przerwana linja zygzakowa.

Z powyższych wywodów należy zarówno w prywatno- jakoteż w narodowo- gospodarczym interesie, jakoteż w interesie finansów państwowych postawić następujące żądania:

1./ Usunięcie monopolu flaszkowego

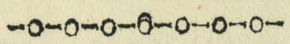
2/. zniżka niedorzecznie wysokiego podatku akcyzowego, jakoteż dodatku komunalnego i rozpoczęcie progresji przy kontygencie 10 000 litrów.

3./ Usunięcie opodatkowania wedle klas miejscowych.

4./ Ratalna spłata patentu akcyzowego.

II.

C ł o .





Ogólne.

Te same przyczyny wymienione na wstępie, które tak niekorzystnie wpływają na politykę podatkową, stępują także jaskrawo w polityce celnej. Na tym polu stoją na przeciwko sobie, oprócz rozmaitego pojmowania problemu systemu celnego przez interesowanie czynniki gospodarcze, także rozmaite zwyczaje życiowe i bardzo zróżniczkowany poziom utrzymania życiowego w trzech zaborach. Nic więc dziwnego, że polski system cłowy, który w pierwszej linji zbudowany jest na stosunkach Kongresówki, sprzeczny ze znaczeniem gospodarstwa i ludności polskiego Górnego Śląska. Pogląd zaś tutaj panujący, który z powodu przynależności do wysoko rozwiniętego pod względem przemysłu Państwa, oparty jest na wieloletniem doświadczeniu a któremu to przeglądowi daliśmy wyraz w sprawozdaniu naszego Zjednoczenia za pierwszy kwartał b. r., przedstawia się następująco:

Jest bez wątpienia słuszną rzeczą, zabezpieczyć cłami ochronnemi przemysł młody, stojący jeszcze w zaczątkach rozwoju. Jeżeli jednak doprowadza do tego, że przemysł zostaje pozbawiony bodźca do racjonalnego wydoskonalenia się przedsiębiorstwa, podwyższenia produkcji przy równoczesnem podwyższeniu jakości produktów, ba jeżeli prowadzi to nawet tak daleko, że cło ochroni w sposób niesprawiedliwy wysokie ceny jakościowo nisko stojących towarów, to jest to nadzwyczajna szkoda, która powstaje dla ogółu i dla własnej gospodarki i z powodu tego na żaden sposób nie może być usprawiedliwiona. Niestety doświadczyliśmy, że to ma niejednokrotnie u nas miejsce.

Zamiast wykorzystać wszelkie środki modnej techniki w przedsiębiórstwie czas pracy przedłużyć, /choć tylko przejściowo/ podnieść zdolność robocz jakoteż [illegible]konkurencyjnej zagranicą zadawalnia się umiarkowanym zyskiem, wreszcie i obsłużyć zagranicznego odbiórcę w sposób najbardziej uprzejm chocby nawet od wypadku do wypadku ponieść ofiarę, korzysta specjalnie przemysł Kongresówki w zupełności z ochrony prohibycyjnie działających ceł. Tego rodzaju celną politykę ochronną należy nietylko traktować z punktu widzenia kolosalnego obciążenia ogółu, lecz także jest rzeczą konieczną, zdawać sobie sprawę z tego, jakie niebezpieczeństwa dla przemysłu tkwią w takim systemie. Przemysł który utrzymuje się tylko przy pomocy surowych ceł, nie posiada żywotnej zdolności; jest stucznie utrzymywaną rośliną, która musi paść ofiarą najbliższej niespodziewanie nadeszłej burzy. Z tego powodu stoimy na tym stanowisku, że celną politykę ochronną szczególnie w młodej polskiej gospodarce nie należy porzucić, lecz z największą ostróżnością zastósować. Granica leży między innemi tam, gdzie wysokość cła udziela wprawdzie ochrony, z drugiej strony jednak zagraniczna konkurencja, na to jeszcze pozwala, że potrzebna zachęta do rozwoju i wzmocnienia przemysłu powstaje z własnej siły.

Niestety rewizja taryfy celnej, która została przeprowadzoną w tym roku nie wykazała żadnej istotnej poprawy. Wprawdzie niektóre pozycje celne zostały zniżone, wielkość jednak zniżki nie jest wystarczającą, by zasada umiarkowanej ochro-

ny celnej mógła się uwidocznić. Niestety decydujące znaczenie miała mieć ta okoliczność, że te cła mają być równocześnie cłami skarbowemi. To przypuszczenie potwierdza na nowo budżet z roku 1925, który przewiduje dochody z ceł na 205,000,000 Zł. Musimy sobie dokładnie zdać sprawę tego, że ta ogromna kwota zostanie wyciśniętą od ogółu a więc także od pracującej ludności a wtedy ocenimy, jakie stąd obciążenie kosztów produkcji urośnie na krajowym przemyśle na skutek wywołanego przez to podrożenia kosztów utrzymania a to spowoduje także niezdolność konkurencyjną produkcji krajowej na rynku światowym. Do żądania bezwarunkowego zniesienia wysokiego cła ochronnego i wprowadzenia miarkowanego systemu cła ochronnego, należy dołączyć dalszy postulat: porzucenia ceł skarbowych.

Cła

Jest ogólnie za mało znanem, jak silnie cła obciążają ceny towarów, przeto nie można się wcale dziwić, że wszechstronne skargi z powodu znacznie wyższych cen towarów w kraju, w porównaniu z cenami zagranicą, skierowane są przeto bez wyjątku pod adresem handlu, który najmniej w tym kierunku ponosi winy. Właściwie przyczyny tak wysokiego poziomu cen należy szukać w poniższem zestawieniu.

Z tego zestawienia kilku najważniejszych artykułów żywnościowych i odzieży, bez których sprowadzenia z zagranicy nie możemy się obejść, gdyż w kraju wcale nie są wyrabiane, względnie są niewystarczającej ilości, wynika następujący stan rzeczy:

Śledzie solone i pieczone należą do najważniejszych środków żywnościowych, konsumowanych szczególnie przez ubogie warsztwy ludu górnośląskiego. Konsumcja tychże dochodzi obecnie do kilkuset wagonów rocznie. Podrożenie takiego ważnego środka żywnościowego o 35% jest zupełnie nieuzasadnione. Również całkiem nieuzasadniona jest stawka celna przy śledziach pieczonych, która powoduje podrożenie 350%. Oba te artykuły muszą bezwarunkowo być wolne od cła, albo stawka celna musi być zniżona do tego stopnia, by oznaczyła tylko 5%-towe obciążenie.

Także obciążenie kawy 25%tami i obciążenie ekstraktu maggi 90%tami musi być uważanem, jako stanowczo za wysokie. Całkiem niezrozumiałe jest cło na konserwy warzywne, konserwy ryb, które to artykuły są silnie na Górnym Śląsku konsumowane a w kraju nie są wyrabiane a które to cło podraża te towary o 250% względnie o 125%. Z reszty w zestawieniu naprowadzonych towarów omówimy krótko następujące:

Ubiory męskie są wprawdzie wedle nowej taryfy celnej zniżone o jedną trzecią taryfy celnej, podrożenie jednak wynosi 50% towaru. Z ceny naprowadzonej w ostatniej rubryce odnośnie do towarów krajowych, jest widocznem, za takowa zbudowana jest na poprzednim wysokim cle ochronnem. Podobnie

rzeczisię przedstawia z męskimi bucikami. Nie do pojęcia i prawie niedorzecznym jest fakt, że bucik dziecinny, bucik filcowy i pantofle domowe z najzwyczajniejszego gatunku podrażają się z powodu szalonej stawki celnej od 95%, co wynika stąd, że te fabrykaty są stosunkowo lekkie i cło za lekkie buciki ze względu na przeważnie pod to podpadające, lekkie towary luksusowe wyższem jest, aniżeli cło za ciężkie buty męskie.

Nadzwyczajnie wysokim obciążeniom podlega gotowa konfekcja damska. Cztery naprowadzone towary, jakoteż reszta w zestawieniu naprowadzonych towarów zwyczajnej jakości obciążona jest od 115 do 280%. Niestosunkowość między cenami w kraju a zagranicą, leży tylko w ogromnych cłach, które listę towarów w ten sposób obciążonych, jeszcze bardziej rozszerzają. Należy jeszcze na tem miejscu zwrócić uwagę na gotową bieliznę, specjalnie na bieliznę damską, która wedle szczególnego rozporządzenia Ministra Skarbu ma być oclona jako haft choćby na niej była nawet najmniejsza ozdoba w formie, borty /taśmy/ albo małego brzegu koronkowego, co ma miejsce każdej przy bieliznie damskiej. Z powodu tego oclenia drożeje damska bielizna o przeciętnie 120% ceny zakupu.

Nie trzeba wcale wykazywać, że leży w interesie konsumcji oraz w interesie obniżenia kosztów utrzymania oraz zmierza do obniżenia kosztów produkcji w kraju wyrabianych fabrykatów, by bezwarunkowo z e r w a ć z p o l i t y k ą c e l n ą w d o t y c h c z a s o w e j f o r m i e i b y d l a t o w a r ó w c o d z i e n n e g o u ż y t k u, o i l e n i e s ą w y k o n y w a n e w k r a j u, b e z-

warunkowo wprowadzić zwolnienie od cła a dla artykułów codziennej potrzeby, które są w kraju wyrabiane wprawdzie ale w niedostatecznej ilości i jakości, wprowadzić zniżone cło, które w żadnem wypadku nie powinno przekraczać 10% ceny zakupna. Dochody cłowe wprawdzie zmniejszyłyby się, zostałyby jednak wielokrotnie wyrównane przez osiągnięcie zdolności konkurencyjnej krajowego przemysłu na rynku światowym i przez to umożliwionoby poważny eksport.

Możliwem jest, że wewnątrz kraju nie dają się odczuć tak silnie zgubne skutki takich różnic w cenie towarów między krajem a zagranicą, gdyż możliwość porównania usuwa się z powodu odległości w przestrzeni. Górny Śląsk znajduje się przeto w położeniu w razie utrzymania którego nastąpi bezsprzecznie dalsze trwale postępujące osłabienie handlu, który niegdyś kwitł i obfitował w podatki a to odbije się katastrofalnie na całej gospodarce przez istotne zmniejszenie się dochodów podatkowych i przez wzrost bezrobocia z powodu zwolnienia pracowników, utrzymywanych dotychczas przez wielki handel.

To szczególnie ciężkie położenie górnośląskiego handlu spowodowane jest przez konkurencję ościennego granicznego obszaru. Jest faktem stwierdzonym,

że z powodu opisanego wyżej olbrzymiego podrożenia towarów cła, większość konsumentów na polskim Śląsku zakupuje towary swoje na niemieckim Górnym Śląsku i w czeskim Cieszynie. Przeważna część tych towarów zagranicą od 30 do 50% tańszych, przedostaje się do nas w sposób nielegalny. Skuteczne zwalczenie takiego szmuglu przy olbrzymim ruchu granicznym, który panuje między częściami niegdyś w połączeniu będącemi, jest przy najlepiej woli niemożliwem.

Zaprowadziłoby to zbyt daleko by wskazać, jakimi rozmaitemi metodami posługują się konsumenci w tym celu. Wystarcza stwierdzenie tej znanej okoliczności, że codziennie wielkie ilości towarów dostają się do wnętrza kraju przez granicę bez uiszczenia cła. Wobec tego objawu stoi górnośląski handel bezsilny, cierpi jednak na tem tenże tak poważnie, że musi walczyć z trudnościami bytu. Najgorzej działa ten szmugel w dziale odzieży. Podczas gdy szmugel innych towarów, jak nieprzerobionych towarów tekstylnych, środków żywnościowych itp. spotyka na wielkie trudności i z tego powodu jest na tem polu mniejszy, to jest szmugel ten w zakresie odzieży znacznie silniejszy, gdyż towary tego rodzaju zakupione tamże ubiera się w sposób całkiem zwyczajny i bez trudu przedostają się przez granicę- a abjawia się to tak silnie, że podczas gdy sklepy na polskim Górnym Śląsku i na czeskim Śląsku są prawie puste, to interesa w sąsiednich miastach niemiecko- śląskich i na terenie czeskim są stale przepełnione specjal-

nie kupcami Województwa Śląskiego, Kongresówki i Małopolski.

Pod tym względem brak handlowi polskiego Śląska pomocy Rządu, który w ogólności dotychczas z bardzo małemi wyjątkami przyszedł z pomocą temuż handlowi. /Patrz kredyty dla przemysłu, rolnictwa, ale nie dla handlu./ Czujemy się upoważnieni do przestrzeżenia przed przedsięwzięciem w tym kierunku takich środków, które nie prowadzą do żadnego wyniku, np. tłumienie ruchu między granicznemi obszarami. Tego rodzaju środki ukazały się bezskutecznemi i szkodliwemi znów dla handlu .C

Celno- polityczne uprzywilejowanie tych granicznych obwodów należy uważać także za nieodpowiedni środek. Wprawdzie spowodowałoby to dla odnośnych obwodów istotnie ułatwienie i odciążenie gospodarczego położenia, wątpliwości jednak, które wynikają z punktu widzenia konieczności jednolitej polityki celnej, jakoteż z powodu kontroli obrotu towarowego z tego powodu koniecznej między temi uprzywilejowanemi celno- politycznemi częściami a resztą kraju, wraz z trudnościami i połączonemi z tem kosztami, są tak poważne, że te możliwości należy ze względu na ogół gospodarki porzucić. Tylko jeden środek może być ze skutkiem zastósowany, jeżeli się chce zapobiedź ruinie niegdyś kwitnącego w granicznych okręgach handlu i jeżeli chce się zapobiedz codziennej ucieczce olbrzymich sum pieniężnych zagranicą a tym środkiem jest obniżenie olbrzymiego cła specjalnie na artykuły codziennej potrzeby.

Postępowanie celne:

Interpretacja taryfy celnej.

Interpretacja taryfy celnej potęguje jeszcze bardziej niszczące skutki cła ochronnego na

życie gospodarcze i pociąga za sobą szkody spowodane codziennie przez niższe organy celne przy interpretacji taryf celnych i przy przeprowadzeniu postępowania celnego.

Pomijając to, że obecna taryfa celna w wielu punktach odnośnie do zastósowania właściwych pozycji celnych okazuje istotnie wątpliwości, brakuje stanowi urzędniczemu wielokrotnie z jednej strony zdolności interpretowania taryfy celnej w duchu tejże taryfy, z drugiej strony nie posiadają urzędnicy dostatecznego wykształcenia przedwstępnego potrzebnego do towaroznawstwa. Wystarcza tutaj naprowadzić 2 najjaskrawsze przykłady. Obydwa odnoszą się do pozycji 183 i 209 względnie do ogólnych uwag należących do powyższych pozycji, które w 90%-tach wszystkich wypadków są fałszywie zrozumiane i niewłaściwie zastósowane. Podczas gdy uwaga 7 odróżnia tkaninę z domieszką nici jedwabnych stosownie do ilości, niższe organy celne trzymają się po większej części zasady „ co ma błysk jest jedwabiem, i musi być jako jedwab oclone." W ten sposób zostaje tkanina wełniana z małą domieszką nici jedwabnych prawie zawsze jako czysty jedwab wedle pozycji 191 punkt I oclona. Jeszcze większe niedorzeczności wykazuje zastósowanie pozycji 207 dotycznie koronek i haftów. Suknia i bielizna, która wykazuje najmniejszą ozdobę w formie haftu albo ozdoby, choćby to było nawet tylko w formie pojedyńczej haftowanej linji brzegowej, podlega ocleniu zasadniczo tylko wedle pozycji 207 dotycznie koronek i haftów z olbrzymią stawką celną 1 względnie 12,000 Złotych za 100 kg. Wedle zdania

organów celnych na pozycja 209 punkt Ic względnie 3b tylko wtedy zastósowanie, jeżeli rozchodzi się o hafty, koronki i ozdoby, któremi „przydobiona" jest tkanina a nie bezpośrednio z tą tkaniną połączona, jakkolwiek brzmienie taryfy celnej odnośnie do rodzaju sposobu zaopatrzchia tkaniny w takie hafty, względnie ozdoby nie zna żadnej różnicy i jakkolwiek nie jest zrozumiałem co należy rozumieć pod „ przyozdobione" hafty wedle pojęcia niższych organów celnych przy bieliznie i sukniach.

To postępowanie powoduje, że cło samo przez się wysokie, podwyższonem zostaje przy zwykłej sukni wełnianej ośmiokrotnie. Nie należy się przeto wcale dziwić, że specjalnie ubiory damskie i bieliznę zakupuje górnośląska ludność o ile posiada karty cyrkulacyjne,- prawie wyłącznie na niemieckim Górnym Śląsku. Szkoda jaką gospodarka i Państwo stąd ponosi, jest nie do ocenienia. Istnieją organy celne, które wzięły wprost sobie za zadanie samowolną interpretację taryfy celnej a które wmawiają sobie, że muszą wprowadzić własną politykę celną, która polegać ma na tem, by przywóz towarów z zagranicy wszelkimi siłami utrudnić a powstaje stąd stan, którego skutki są coraz bardziej nie do wytrzymania.

Formalności celne. To samo cośmy naprowadzili przy fałszywem ocleniu, można zastósować również przy przeprowadzeniu postępowania celnego i reklamacyjnego. Istnieje przepis, że faktura, która przy ocleniu zostaje przedłożona, ma zawierać pewne dane, jak

rodzaj i oznaczenie towaru, waga brutto, waga netto i.t.d. Brakuje jedno z tych znamion, to ściąga się należytościakcidencyjne 10% cła. Zarządzenie ministerjalne /Nr. 1496/II/22 z dnia 25 maja 1922/ opiewa, że ajentury celne są zobowiązane zawiadomić odbiórców o niezupełności faktury i zażądać od niego uzupełnienia względnie sprostowania. To rozporządzenie ministerjalne jest zupełnie ignerowane i należytość akcidencyjną ściąga się w tych wypadkach, w których faktury wykazują wszystkie dane. Niezliczone zażalenia do tutejszych władz celnych nie doprowadziły do żadnego wyniku.

Szczególnie godnem zwrócenia uwagi jest fakt, który się wydarzył w jednym Urzędzie Celnym Górnego Śląska, a który to fakt będzie zresztą przedmiotem odrębnego zażalenia. Jak już wspomnieliśmy, musi faktura posiadać wskazanie pozycji celnej, wedle której należy towar oclić i rozumie się samo przez się, że nie są przytem wykluczone pomyłki.

W jednym z takich wypadków został towar ze strony Urzędu Celnego górnośląskiego całkiem zwyczajnie zajęty a na odbiórcę nałożono wysokie kary. Ten wypadek graniczy już ze stosunkami, które panowały w średniowieczu, gdyż pomijając już to, że graniczny dostawca nie jest obeznany polską taryfą celną, to przecież zachodzą codziennie bardzo sprzeczne zapatrywania między samemi organami celnemi w przedmiocie zastósowania pozycji taryfy celnej i nie mówiąc już o tem, że wymienione wyżej zarządzenie ministerjalne nakł

da na organy celne obowiązek zawezwania odbiórcy, by uzupełniał fałszywe albo brakujące zapodania oraz dokonał sprostowania.

Naprowadzony przykład jest jednym z bardziej jaskrawszych, mniej jaskrawsze wypadki zdarzają się codziennie tuzinami. Że tego rodzaju postępowanie organów celnych nie odpowiada interesom państwowym, zbytecznem jest udowodniać.

Jest przeto jednomyślnem żądaniem wszystkich czynników gospodarczych Górnego Śląska, by możliwie jaknajprędzej położyć kres tej samowolnej interpretacji taryfy celnej i tym szykanom oraz by bezwarunkowo położono kres tego rodzajowi przeprowadzeniu postępowania celnego, szkodzącego w wysokim stopniu handlowi i gospodarce.

Niższe organy celne nie są od tego, by na własną rękę uprawiać politykę gospodarczą tylko, by zastósować taryfę celną oraz przepisy formalne w obrocie handlowym.

Rozstrzygnięcie taryfy celnej.

W związku z tem należy wspomnieć o urządzeniu, które dotychczas okazało się szczególnie korzystnem, a mimo to- widocznie w związku z oszczupleniem aparatu urzędniczego ze strony Ministerstwa Skarbu, zostało skasowanem dnia 1. sierpnia b. r. Rozchodzi się tutaj o Inspektorat dla spraw taryfowo- celnych przy Dyrekcji Celnej w Mysłowicach ze siedzibą w Katowicach. Instytucja ta, która została wprowadzona na szczególne życzenie górnośląskich kół gospodarczych z końcem roku 1922, była uprawnioną rozstrzygać w wypadkach wątpliwego zastósowania taryfy celnej tak, że w znacznej ilości wypadkach ominięto niedogodną

i przewlekłą drogę do Ministerstwa Skarbu. Nie przesadzamy, jeżeli powiemy, że z powodu tego urządzenia w czasie istnienia tejże Dyrekcji celnej zapobiegnięto 80/-tom fałszywych ocleń obecnie zachodzących, przez co odciążono w wysokim stopniu Ministerstwo Skarbu. Ze względu na wyżej opisany stan nie dający się dłużej utrzymać, ze względu na mylną interpretację taryfy celnej oraz ze względu na rozległy import Górnego Śląska, jest to urządzenie niezbędne. Reaktywowane inspektoratu celnego w Katowicach z istotnem rozszerzeniem jego kompetencji a mianowicie z przeniesieniem na tenże Inspektorat daleko idącej kontroli orzeczeń w odniesieniu do przeprowadzenia postępowania celnego przez organy celne Województwa Śląskiego, uważa ogólna gospodarka Górnego Śląska jako istotne ułatwienie ruchu handlowego z zagranicą.

Termin do oclenia.

Także ze względu na przeprowadzenie oclenia, istnieje dążność do wprowadzenia ułatwienia w obecnych stosunkach gospodarczych. Z powodu ciągłej zwyżki, doszły cła do takiej wysokości, że przy obecnie panującym braku gotówki i kapitału, okazuje się niemożliwem szybkie wykupienie przesyłek towarowych, zwłaszcza przy większych przesyłkach. Z powodu krótkiego terminu do oclenia wynoszącego 6 dni, zachodzi obawa dla odbiórców towarów, że z powodu niezachowania tego terminu przesyłka zostanie sprzedana w drodze publicznej licytacji. Ta ostrość, która odbija się tak niekorzystnie na ruch handlowy z zagranicą, da się usunąć przez przejściowe

przedłużenia czasokresu oclenia na 10 do 14 dni a przedłużenie tego czasokresu jest wymaganem.

Należytości uboczne:

Należytości manipulacyjne dodatek akcidencyjny i należytosc za oclenie pobierane przez ajencję celną.

Powodem nadzwyczaj ciężkiego i na dłuższy okres czasu nie dającego się utrzymać obciążenia cen towarów, są należytości manipulacyjne, dodatki akcidencyjne i należytości celne. Przy przesyłkach kolejowych wynosi należytość manipulacyjno- cłowa 5%, przy przesyłkach pocztowych aż do 15% cłaę najmniej jednak 50 gr. za każdą paczkę. Ponieważ cło, jak wyżej wykazaliśmy dochodzi czasem także przy artykułach niezbędnej potrzeby do 350% ceny nabycia towaru, wynika stąd dalsze obciążenie cen towaru na skutek należytości manipulacyjnej o przynajmniej 10 - 70%. Przy przesyłkach towarowych, które muszą nastąpić przy większej ilości paczkach i przy których waga towaru i wartość towaru jest stosunkowo małą, przewyższają nawet należytości manipulacyjne cło.

Do należytości manipulacyjnej dochodzi dalsze obciążenie w postaci dodatku akcidencyjnego, ściąganego w 90% wszystkich wypadków a w końcu dalsze obciążenie w postaci należytości za oclenie dla ajencji celnej a wynoszące 5%. Powyższe obciążenie towaru przez należytości manipulacyjne podwaja się wskutek dalszych należytości ubocznych. Zupełnie jasnem jest, że gospodarka tytułem kosztów zdolności konkurencyjnej z zagranicą musi wziąść na siebie olbrzymie i nieproduktywne poboczne obciążenia, wygląda to jadnak nie do pojęcia, że w obecnym krytycznym czasie nie zdajemy sobie dokładnej z tego sprawy.

Nie jest wytłómaczonem, dlaczego należytości manipulacyjne przy paczkach pocztowych wynoszą trzy razy więcej, aniżeli należytości manipulacyjne przy przesyłkach kolejowych, nie jest dalej do pojęcia, dlaczego tylko z powodu pewnych przepisów formalnych nakłada się przez należytość akcidencyjną na gospodarkę tak bezcelowe i szkodliwe obciążenie.

W związku z wyżej opisanem szczególnie trudnem położeniem górnośląskiego handlu jest szczególnie interesującem stwierdzenie, że konsument, który swoje zapotrzebowanie pokrywa w ościennym granicznym pasie, lepiej wychodzi na tem nawet wtedy, gdy towaru nie szmugluje, tylko przepisowo przy przekroczeniu granicy poddaje ocleniu. Pochodzi to stąd, że osoba prywatna przy ocleniu poszczególnych zagranicą nabytych towarów, nie przedkłada żadnych rachunków i nie płaci należytości dla ajencji celnej. Poniżej podany przykład wykaże to dobitnie.

Przyjmujemy, że kupiec bytomski na niemieckim Górnym Śląsku i kupiec w Katowicach kupują towar u tego samego niemieckiego dostawcy za tąsamą cenę, obliczoną w walucie polskiej za 100 Złotych, włączając w to wszelkie koszta z wyjątkiem cła i że sprzedają towar ten w tym samym 20% zarobkiem. Kupiec w Bytomiu sprzedaje towar ten nabywcy polskiemu za 120 Zł. Mające być uiszczone cło wynosi włącznie z należytościami manipulacyjnemi 60 Zł., towar więc kosztuje włącznie 180 Złotych. Dla polskiego kupca przedstawia się kalkulacja następująco:

Towar włącznie z kosztami jak wyżej	100Z.
Cło łącznie z manipulacją jak wyżej	60"
Należytość akcidencyjna gdyż rachunek fabrykanta nie uznaje władza celna równa się 10% cła	6"
Należytości dla ajencji celnej 15%	3"
razem	169Z.
Do tego 20% zarobku 33,80	33,80
razem	202,80

Ponieważ koszta jazdy wynoszą 1 - 2 Zł. przeto przedstawia się towar ten dla konsumenta na Polskim Górnym Śląsku, jeżeli nabywa tenże w Bytomiu o 20 Zł. taniej, aniżeliby towar ten kupił u kupca na Polskim Górnym Śląsku. W ten sposób ułatwia Państwo pokrywanie prywatnego zapotrzebowania zagranicą, szkodzi własnemu handlowi i powoduje, że nawet w wypadkach, gdy nie zachodzi szmugel uciekają wielkie ilości gotówki zagranicą. Tego rodzaju polityka celna może wywołać wielkie zdziwienie. Handel i przemysł jednak dla których egzystencja jest zagrożona domaga się:

1/ Koniecznej zniżki należytości manipulacyjnej tak przy przesyłkach pocztowych jak i kolejowych na 5% od sumy celnej.

2/. Zupełnego usunięcia dodatku akcidencyjnego oraz usunięcie oclenia przez ajencję celną z równoczesnem zaprowadzeniem tak zwanego samooclenia szczególnie przy przesyłkach pocztowych.

Nowe instytucje zmierzające do odciążenia gospodarki.

Wysokie cła i koszta uboczne odbijają się także w następujący sposób pośrednio na cenach towarowych. Przewlekła stagnacja w ruchu handlowym i wywołany stąd nadzwyczajnie silny brak gotówki przyczyniają się do tego, że nie zawsze można się wystarać o konieczną gotówkę, potrzebną do oclenia importowanych towarów. Firmy są przeto zmuszone podejmować kredyta bankowe albo prywatne na bardzo ciężkich warunkach. Ta okoliczność oznacza znów podrożenie importowanych towarów. By zapobiedz tym skutkom możliwe są 2 środki, drogi w których mimo licznych wniosków dotychczas nie zastósowano.

Składy tranzytowe i wolnocłowe.

Pierwszy środek polega na urządzeniu składów tranzytowych i wolnych od cła. Przyjmujemy, że cel i istota tych urządzeń jest dobrze znaną. Nie ulega zaś wątpliwości, że zwłaszcza polski Górny Śląsk nie może się obejść dłużej bez tego rodzaju urządzeń, gdyż właśnie polski Górny Śląsk inportuje bardzo wiele zagranicznych towarów. Zawieranie korzystnych umów było często z tego powodu niemożliwem, że nie jest się w stanie zebrać naraz potrzebnych kwot a częściowe oclenie jest tylko możliwem przy składzie wolnym od cła. Szczególnie ważnemi są dla Polskiego Śląska Górnego z powodu jego geograficznego położenia i rozmaitych przejściowych dróg, urządzenia składów tranzytowych. Podczas gdy składy wolne od cła odciążają handel wewnętrzny i ceny towarów, przyczyniają się składy tranzytowe do rozwoju handlu tranzytowego. Niestety musimy konstatować, że ze strony

strony miarodajnych czynników nie przywiązuje się widocznie takim instytucjom znaczenia należytego, czego dowodem ta okoliczność, że jeszcze na wiosnę w tym kierunku wniesione podania nie zostały dotychczas załatwione. Właśnie polski Górny Śląsk jako kraj graniczny i obszar ważny kraj dla przejścia towarów, nie może dłużej czekać urządzenie tychże.

Najsilniej zainteresowane urządzenie wolnych składów są wielkie przedsiębiórstwa towarów kolonjalnych i artykułów żywnościowych, jakoteż wielki handel żelaza i metali. Dla pierwszej grupy byłoby najodpowiedniejszem urządzenie wspólnego składu tranzytowego i wolnego od cła. Spółka akcyjna albo też Ska. z ogr. por. utworzona przez firmy Wielkiego Handlu artykułami żywnościowemi mógłaby urządzenie takiego przedsiębiórstwa najlepiej przeprowadzić.

Co się tyczy Wielkiego Handlu Żelaza i Metali, któ y na Górnym Śląsku szczególnie ważną rolę odgrywa, to w przeciwieństwie do urządzenia wspólnego składu tranzytowego oraz składu wolnego od cła przez wielki handel towarów kolonjalnych, jest tego rodzaju wspólne urządzenie składu dla Wielkiego Handlu Żelaza z powodu rozmaitych technicznych trudności niemożliwem. Nie można również tutaj ominąć urządzenia odpowiednich składów dla poszczególnych firm, cotez już przedtem miało miejsce, zwłaszcza, że firmy Wielkiego Handlu Żelaza i Metali posiadają własne rozległe place składowe z łącznikiem towarowym tak, że odgraniczenie części tychże pod zamknięciem celnym da się łatwo uskutecz-

nić. Nadto pożądanem jest, by większym firmom udzielono zezwolenia na częściowe przerobienie towarów nadchodzących i następnie zagranicę wychodzących w mieszanych składach tranzytowych i celnych. Rozchodzi się tutaj specjalnie o przeróbkę starego żelaza i śrutu żelaznego. Ponieważ wielki handel żelaza i metali z powodu ciężkiego przesilenia krajowego przemysłu, zdany jest w wysokim stopniu na stosunki z zagranicą a takowe z powodu skrępowania handlu tranzytowego i z powodu konieczności złożenia cła przy czynnym uszlachetnianiu napotykają na ogromne trudności, to ustępstwa w postaci tego rodzaju koncesji przyczyniłyby się z jednej strony w większej mierze do nawiązania stosunków handlowych i zarobkowych a z drugiej strony przyniosłoby to krajowej gospodarce dochody zarobkowe, wynikające z rozległego procesu uszlachetnienia. Miałoby to więc także ze względu na bezrobocie korzystne następstwa.

W interesie więc śląskiej gospodarki okazuje się koniecznem:

1./ By Rząd w najkrótszym czasie udzielił zezwolenia na urządzenie jednego wspólnego składu tranzytowego i wolnego od cła dla Wielkiego Handlu towarów kolonjalnych i środków żywnościowych, prowadzonego przez Towarzystwo Akcyjne albo Spółki z ogr. odp. oraz by Rząd

zezwolił dla Wielkiego Handlu Żelaza i Metali na urządzenie takich odrębnych składów dla pojedyńczych firm z użyciem dotego celu istniejących placów składowych.

2/ By Rząd zezwolił względnie udzielił koncesji na proces uszlachetniający, podjęty w tych składach tranzytowych.

Odroczenie cła i należytości za przesyłkę.

Drugą możliwością daleko idącego odciążenia handlu importowego na korzyść zniżki towarów, jest wprowadzenie postępowania, mającego na celu odroczenie cła i należytości za przesyłkę. Olbrzymie kwoty, które uiszcza się codziennie za cło i przesyłki we wszelkich grupach przemysłu i handlu, powodują olbrzymie obciążenie rynku pieniężnego i przyczyniały się nadzwyczajnie zaostrzająco na obecne przesilenie kredytowe. Także nieznaczne odciążenie na tym polu, działałoby natychmiast korzystnie i usunęłoby w pewnej mierze nędzę kredytową.

Przeprowadzenie takiego postępowania jest całkiem łatwe. Polega ono w pierwszej linji na utworzeniu związku poręki, podlegającego na wzajemności, któryby członkom udzielał zabezpieczenia za odroczenie ceł. Warunkiem tego jest naturalnie pozytywne rozstrzygnięcie kwestji generalnego odroczenia cła i przesyłek oraz w ogólności bliżej jeszcze ustalić się mających warunków. Postępowanie polegałoby na tem, że dla firm,

któreby odpowiadały postawionym warunkom, utworzonoby w odnośnych Urzędach Celnych konta odroczenia, któreby podlegały miesięcznym obliczeniom. Dla każdej firmy ustalonoby w stosunku do rozległości zabezpieczeń pewną oznaczoną, a o to ma się starać firma przez uiszczone na czasie częściowe spłaty. Za odroczenie udzielone odnośnej firmie ręczyłoby obok tejże, stowarzyszenie poręczeniowe dla którego o odpowiednią byłaby firma Towarzystwa akcyjnego lub Towarzystwa z ogr. poręką. Poręka przyjęta przez powyższy związek, byłaby dostatecznie zabezpieczona przez porękę wzajemną wszelkich członków, względnie akcjonarjuszy. Każdy członek takiego związku dałby zabezpieczenie przez złożenie 10% udzielonej sumy odroczeniowej. W wypadku zapłaty przez związek sumy za którą przyjęła porękę, stałyby temuż następujące środki do dyspozycji:

1. Zabezpieczenia, złożone przez akcjonarjuszy którzy popadli zwłokę.

2. Majątek Spółki.

3. Zabezpieczenia, złożone przez resztę akcjonarjuszy w stosunku do wysokości w tym dniu w którym nastąpiło zawezwanie do zapłaty we związku.

Jeżeli odroczenie ceł nastąpiło dotąd tylko w odniesieniu do wielkich firm ciężkiego przemysłu, to stało się to w pierwszej linji z powodu nierozwiązanej kwestji co do zabezpieczenia. Projekt przez nas przedłożony umożliwia rozszerzenie odroczeń celnych także na firmy mniejsze z zakresu przemysłu i handlu, gdyż daje gwarancję w najwyższym stopniu, a oto w tym wypadku głównie chodzi. Ponieważ skutki tych urządzeń na ogólną gospodarkę nie dają się wprost ocenić, należy bezwarunkowo zaprowadzić tego rodzaju urządzenie.

Uprasza się przeto Rząd o zezwolenie na wprowadzenie postępowania odroczenia celnego i o udzielenie w tym kierunku wskazówek Urzędom Celnym.

Do obu projektów i do urządzenia wspólnego składu tranzytowego oraz składu wolno- cłowego dla towarów kolonjalnych i dla wielkiego handlu towarami żywnościowemi oraz do zaprowadzenia postępowania, umożliwiającego odroczenie cła, zauważa się, że podpisany Związek oświadcza gotowość utworzenia Towarzystwa Akcyjnego albo Sp. z ogr. por., celem urządzenia składu tranzytowego i składu wolnego od cła i na utworzenie związku dla poręki opartej na wzajemności, celem odroczenia cła i przesyłek.

III.

K o m u n i k a c j a.

We wieku gospodarki światowej odgrywa komunikacja i polityka komunikacyjna w życiu gospodarczym każdego kraju główną rolę. Celem każdej takiej polityki, liczącej na powodzenie, powinno być ,obniżenie kosztów przesyłki towarów do minimum, rozumie się z uwzględnieniem kosztów utrzymania przedsiębiórstw komunikacyjnych, rozbudowanie najtańszej sieci transportowej i ze względu na stosunki z zagranicą,wprowadzenie wszelkich udogodnień, które zmierzają do tego, by ułatwić wymianę towaru, jakoteż ułatwić wymianę technicznych postępów. Nie może być zadaniem tego memorjału, omawianie dróg prowadzących do urzeczywistnienia tych zasad ze strony technicznej, do tego są powołane inne czynniki. Stojąc na stanowisku ogólnego przesilenia gospodarczego, może w tym ustępie być mowa o ujęciu tych środków, które są koniecznemi, by przyczynić się do złagodzenia przesilenia.

Taryfa kolejowa za przewóz towarów.

Przedewszystkiem należy skonstatować, że ruch kolejowy w ostatnim czasie doznał znacznej poprawy.

Co się tyczy stawek taryfowych, to należy przedewszystkiem stwierdzić, że takowe są w stosunku stawek przedwojennych znacznie wyższe. Rozumie się samo przez się, że nie należy tego pominąć, że koszta ruchu kolejowego są znacznie wyższe z powodu wyższych kosztów utrzymania, co powoduje, że przywrócenie taryf do stanu przedwojennego nie da się przeprowadzić. Stojąc na stanowisku rozwiązania obecnego przesilenia gospodarczego, musi nastąpić zniżenie stawek taryfowych dla całego szeregu najważniejszych produktów a w szczególności artykułów

żywnościowych. W ten sposób powstałe zmieńszone dochody, mógłyby być więcej aniżeli wyrównane skutkami, w razie zastósowania proponowanych przez nas środków.

Poniżej przedkładamy zestawienie najważniejszych artykułów pierwszej potrzeby oraz materjałów przemysłowych, które uwidoczniają stawki taryfowe przedwojenne i obecne.

Oznaczenie towarów	1924			1913/14			
	Taryfa normalna		Taryfa wyjątkowa				
	Taryfa klasowa	za 100 kg. i za 100 km. gr.	Taryfa klasowa względnie procent zwyżki.	za 100 kg. 100 km.	Klasa taryfowa	za 100 kg. i za 100 km. Cł. gr.	dzisiejsza należyta za przesyłkę jest w stosunku wyższa o
Zboże na zasiew	VI	85	25%	63,75	Sp.T.III	34 42.5	50%
mąka	V	105	VI	85		54 68	25%
ziemniaki	VII	65	IX–25% /45–25%/	33,75		29 36	- 6,2%
mrożone mięso	V	105	–	–		72 90	16,6%
ryby świeże, solone ryby	III	160	–	–	c	72 90	16,6
żywe	V	105					b 77,7%
śledzie solone	V II	65	–	–	Sp.T.I	54 67,5	55,5%
" opiekane	V	105	–	–	dto.		
smalec	V	105	–	–		72 90	16,6%
sól	IX	45	–	–	Sp.T. III.	34 42,5	5.8%
ryż	V	105	–	–	Sp.T.I	54 67,5	55,5%
cukier	III	180	–	–	b.Aus-fuhr	72 90	100%
					Sp.T.I.	54 67,5	181,4%
skóra	IV	140	–	–		72 90	15,5%
towary bawełniane	III	160 w razie zamk. plus 50% razem 240	–	–		72 90	77,7%

Oznaczenie towarów	1924 Taryfa klasowa	1924 Taryfa normalna za 100 kg i za 100km gr.	1913/14 Taryfa klasowa względnie procentowe zwyżki.	1913/14 Taryfa wyjątkowa za 100 kg. i za 100 km. gr.	klasa taryfowa	za 100 kg. i za 100 km. Pf. gr.	dzisiejsze należytości i zaprzewóz w stosunku do roku 1913/14 wyższe o %
azot	VIII	55	C	40			
węgiel	VII	65	C	55		34 43	27,9%
drzewo nieobrobione i kopalniane.			R obrobione E nieobrob.	60 drzewo kopaln. 50 drzewo surowe A.F.II.		29 36,25	62,7 do 37,3
drzewo opałowe	IX	45	F	45			
żelazo w bryłach	VIII	55	20	44	sp.T III	34 42,5	3,5%
nafta	IV	140	25%	105	" "II	44 55	92,7%
żelazo blaszane	VI	85	20%	68 nieobrob." "II obrobion." " I		44 55 54 67,5	23,8%
buraki cukrowne	VIII	55	G	40			

Uwaga:

1. Zapodania powyższe obejmują ładunki wagonowe za 100 kg. i 100 km.
2. Należytości i przesyłki kolejowe odpowiadają taryfom, które obowiązywały na Górnym Śląsku na pruskich kolejach państwowych.

Ze zestawienia tego wynika, że należytości za przesyłki kolejowe ważnych środków żywnościowych jak: zamrożone mięso, żywe ryby i smalec są o 16.6% wyższe jak w roku 1913 i 1914, za mąkę od 25% a za materjał zasadniczy wszelkiej przemysłowej działalności t.j. za węgiel od 27,9%. Ważne artykuły koniecznej potrzeby: jak wędzone śledzie, ryż i skóra są o 55,5% więcej obciążone, solone ryby i towary bawełnianne nawet o 77,7%, nafta

o 92,7%, a co najdziwniejszem cukier o 100%, cukier zagraniczny o 18,4%. Tylko przy jednym produkcie a mianowicie ziemniakach jest należytość o 6.2% niższe, aniżeli w roku 1913 i 1914, przyczem nie należy zapomnieć o tem, że dla całego szeregu podanych towarów istnieją taryfy wyjątkowe, z których przytoczymy tylko mąkę, węgiel i naftę. Dziwnem się wydaje, że taryfa wyjątkowa 24 dotyczy żelaza, półfabrykatów stalowych, jakoteż wyrobów z żelaza wtedy, jeżeli nadawcą jest huta t.j. w wypadkach w których zakłady dostarczają do wielkiego handlu na skład, albo wprost do konsumenta, choćby on sam był przedsiębiórstwem albo konsumentem. Jak wiadomo spoczywa wielki handel nowem żelazem po większej części w rękach Wielkiego Handlu, dla którego jedynie częścią jest interes składowy, podczas gdy wi kszą część stanowią bezpośrednie dostawy z miejsca produkcji i z powodu tego nie ma faktycznie zastósowania dla wielkiej części produkcji zniżka należytości kolejowej, przezco ani przemysł hutniczy na Górnym Śląsku ani konsument, ani też wreszcie Wielki Handel nie ma żadnych korzyści.

Celem skutecznego zwalczenia przesilenia gospodarczego uważamy za niezbędne by:

1. dla wszelkich w zestawieniu naprowadzonych produktów w szczególności dla wymienionych artykułów żywnościowych, skóry i towarów bawełnianych wprowadzono taryfę wyjątkową.

2. by taryfy wyjątkowe miały zastósowanie nie tylko w wypadku, gdy nadawca jest sam producentem, tylko także wtedy, gdy

wysyłającym jest także do tego powołany i niezbędny wielki handel.

3. by taryfy wyjątkowe zostały zniżone do stawek przedwojennych.

Czas trwania transportów kolejowych.

Tenże pozostawia również wiele do życzenia, jakkolwiek musi się przyznać, że w tym kierunku nastąpiła w ostatnich miesiącach poprawa. Pozostaje jednak niezrozumiałem, dlaczego w czasie przesilenia, wktórym produkcja zeszła do minimum i stosownie do tego koleje nie są przeciążane, przesyłki mimo to są tygodniami w drodze. To tyczy się szczególnie ruchu między Polskim Górnym Śląskiem a obszarem wolnego miasta Gdańska, na co się szczególnie skarży przemysł ołowiany Polskiego Górnego Śląska. Stwierdzono również liczne wypadki, w których przesyłki do wymienionych miejscowości trwały do 4 tygodni. Pomijając już olbrzymią utratę czasu, daje się oprócz tego szczególnie z tego powodu niekorzystnie odczuć spóźniony wpływ wypłat, spowodowany długim okresem trwania transportu. Ze strony ogólnego przemysłu podnosi się ponadto, że zawieranie interesów z Gdańskiem samo przez się jest uciążliwem i że długi czas trwania transportu potęgują jeszcze te trudności. Podobnie jak w gospodarstwie poszczególnej jednostki, także w gospodarstwie narodowem należy liczyć z każdym groszem, by zapobiedz utracie nawet poszczególnego interesu.

Okazuje się przeto konieczną rzeczą, by zarząd koleji państwowych zajął się kwestją trwania transportu i by zażądał od Województwa względnie od Izby Handlowej i gospodarczych organizacji ma-

terjału o trwaniu transportu przy przesyłkach towarowych i by usunął przyczyny opóźnień transportowych. Zadanie, które popierać mają również utworzyć się mające rady dyrekcyjne kolejowe.

Postojowe i składowe na kolejach żelaznych.

Przy komunikacji kolejowej odgrywają, podobnie jak przy cłach, istotną rolę należytości uboczne. Że odnośne środki zarządu państwowego nie zawsze zmierzają do poparcia gospodarki, wynika to z następującego stanu rzeczy.

Podczas gdy składowe przy przesyłkach pospiesznych dotychczas wynosiło 0,10 Zł. za 100 kg. i dopiero od 3-ciego dnia wynosiło 0,30 Zł. za 100 kg. za dzień-zostało ono podwyższone od 1. listopada 1924 na 2 Zł. za dzień. Że tego rodzaju zarządzenie nie da się utrzymać przewidziano, gdyż w kilka dni później zniżono opłatę na 0,75 Zł. Mimo to musi się tego rodzaju środek ze względu na ogólne położenie uznać za niezrozumiały. W rozdziale o cle wskazaliśmy już na to, że wielkie przesyłki z powodu wysokich ceł i z braku gotówki nie zawsze były podjęte z pożądaną szybkością w ciągu 6-ciodniowego dopuszczalnego czasokresu. Tkwiący w zwyżce składowego zamiar, idący w tym kierunku, by spowodować szybsze opróżnienie magazynów kolejowych, zbyt szczupłych dla silnego ruchu granicznego, nie zostaje osiągnięty, przeciwnie, działa w kierunku podrożenia cen towarów i powoduje znany już bieg, objawiający się w zwyżce robocizny i w dalszym ciągu kosztów produkcji. Nieuzasadnionem jest, dlaczego składowe za zwykłe przesyłki, o ile rozchodzi się przesyłki celne jest w Katowicach, w Chorzowie i Lublińcu są 5-cio krotnie wyższe, aniżeli zwyczajnie powinno wynosić. Chociaż kwoty te są

małe w stosunku do wartości przedmiotów, to jednak suma tych licznych ubocznych należytości podrażaje jeszcze bardziej towary obciążone już dosyć przez cło. Jest zresztą niezrozumiałem, dlaczego zarząd koleji żelaznych podraża jeszcze towary wskutek niewystarczających urządzeń, za które sam tylko jest odpowiedzialny. To samo powiedzieliśmy dotycznie podwyższonego składowego dla przesyłek pośpiesznych, odnosi się także do postojowego przy ładunkach wagonowych. Zupełny opust tegóż na czas obecnego przesilenia gospodarczego wpłynąłby bardzo korzystnie na ukształcenie cen, w połączeniu z innemi przez nas proponowanemi urządzeniami przynajmniej jednak jest koniecznie pożądanem, by wprowadzić przedłużenie czasokresu wolnego od postojowego. Tenże jest ze względu na niewystarczające urządzenia z powodu olbrzymiego ruchu stanowczo za krótki zarówno przy przesyłkach zwykłych przy których wynosi bzwykłych 6 względnie 8 godzin jakoteż przy przesyłkach celnych 48 godzin, zwłaszcza że przy przesyłkach celnych nie jest to winą odbiórcy, że wagon nie może być we właściwym czasokresie 48 godzinnym wyładowanym. Zdarza się, że trwałaałemi dniami, zanim przesyłka zostanie oclona i może być wyładowaną co leży w pierwszej linji w niewystarczającej obsadzie urzędników granicznych. Braki na tem polu przedstawimy w odrębnem wyczerpującym podaniu. Ponieważ przeto przy przesyłach celnych zwłoka przy wyładowaniu leży głównie w długiem trwaniu oclenia, jest więc uzasadnionem żądanie, by czas wolny od postojowego liczyć dopiero od uskończenia oclenia i wydania celem wyładowania.

Reasumujemy wywody tego ustępu w ten sposób, że środki celem odciążenia gospodarki i usunięcia kryzysu gospodarczego zmierzać mając w tym kierunku:

1. by postojowe i składowe na kolejach zniżone do minimum

2. by za czas trwania oclenia dla przesyłek kolejowych nie pobierano postojowego, licząc czas trwania zwolnienia od postojowego od czasu oclenia i wydania do wyładowania.

Drogi wodne

Nie potrzeba wcale udowodniać, jak niezbędnie potrzebną jest budowa dróg wodnych a w szczególności co się tyczy Górnego Śląska, budowa kanału, łączącego ujścia Wisły z morzem bałtyckiem a to dla osiągnięcia zdolności konkurencyjnej krajowych fabrykatów na rynku światowym. Ponieważ szybkie przeprowadzenie tych planów w połączeniu z olbrzymiemi kosztami jest w czasie obecnego przesilenia gospodarczego jest bez znaczenia, przeto naprowadzamy postulat ten w krótkości.

IV.

H a n d e l i k o m u n i k a c j a
z a g r a n i c ą.

-o-o-o-o-o-o-o-

-o-

Traktaty handlowe.

Polska zawarła już z całym szeregiem państw traktaty handlowe. Ponieważ takowe dla handlu Polski z zagranicą odgrywają małą rolę, musimy je traktować jako drugorzędne. Z najważniejszemi kontrahentami handlowemi Niemcami, Czechosłowacją i Rosją nie zawarto jeszcze kontraktów względnie są one w przygotowiu a ich szybkie zawarcie ma wielkie znaczenie, dla ukończenia obecnego przesilenia gospodarczego. Z tego też powodu należy w tym memorjale zająć pod tym względem stanowisko.

Nie możemy tutaj rozstrząsać kwestji, który z tych dwóch kontrahentów, Polska czy Niemcy, jest bardziej zainteresowany w zawarciu kontraktu handlowego a omawiać sprawę tę z punktu widzenia własnego państwa w sposób przeciwnika najbardziej przekonywujący, jest tylko kwestją taktyki i zręczności układów. Wywody te mogą tylko za zadanie ustalić z punktu widzenia obecnego przesilenia gospodarczego najważniejsze zasady tych układów.

Polityka celna.

Wiadomą jest rzeczą, że przy zawieraniu traktatów handlowych odgrywają pierwszorzędną rolę cła, w połączeniu z zakazami wywozu i przywozu. W dziwny sposób ocenia się postawione postulaty względnie wzajemne świadczenia wedle ich bezpośrędnich skutków w odniesieniu do zainteresowanych kontrahentów, przyczem ze względu na dążność do uzyskania możliwie korzystnego bilansu czyni się wysiłki, by uzyskać możliwie najdalej idące koncesje przy możliwie najmniejszych ustępstwac-h ze swej strony. Pomija się przytem to, że **rzeczą rozstrzygającą dla własnego bilansu handlowego** jest, nie większa albo mniejsza ilość daleko idących ułatwień celnych uzyskanych od spółkontrahenta, tylko w pierwszej linji osiągnięcia zdolności konkurencyjnej na skutek bardzo dogodnych warunków

Z powodu tego fałszywego jednostronnego stanowiska zmierzają projekta wychodzące z kół gospodarczych własnego kraju przeważnie w pozytywnym kierunku do uzyskania od strony przeciwnej udogodnień celnych a w negatywnym kierunku usiłują utrzymać cła na pewne w kraju wykonywane towary, gdyż projekty te wychodzą przeważnie od grupy fabrykantów chciwych zysku bez względu na to, czy produkcja kwantytatywnie, czy kwalitatywnie jest wystarczającą, względnie czy ceny podwyższone są na skutek cła są z punktu widzenia narodowo- gospodarczego uzasadnione.

Powyższa okoliczność, jakoteż w różnych odstępach czasu zawarte kontrakty handlowe powodują, że nie można mówić o jednolitym systemie umów handlowych, któreby z punktu widzenia własnej gospodarki wzajemnie się uzupełniały.

Ułożenie jednolitego systemu polityki handlowej i kontraktów handlowych jest przeto głównym warunkiem skutecznej polityki handlowej.

Główną zasadą w tym systemie musi być osiągnięcie względnie zapewnienie na rynku światowym zdolności konkurencyjnej w kraju wykonanych towarów. Ta zdolność konkurencyjna nie jest jeszcze w żaden sposób uzasadnione uzyskaniem odpowiednich zniżek celnych od pojedyńchych kontrahentów, tylko zależną jest w pierwszej linji od obniżenia własnych kosztów produkcji. Twierdzi się, że temu należy poświęcić główną uwagę i rozumie się, że należy się przy tem wyłączyć wszelkie fiskalne rozważania i wpływy. Odpowiednio do tego, należy przyznać kontrahentowi i wtedy istotne ułatwienia celne dla towarów i środków produkcji o ile one umożliwiają własnemi produktami eksportowemi zdobyć i utrzymać się na innych rynkach. Z tego wynika, że można czynić kon-

trahentowi ustępstwa nawet takie, które przewyższają odpowiednie świadczenie z drugiej strony, o ile te ustępstwa przyczyniają się pośrednio do potanienia produkcji, która umożliwia głównym gałęziom przemysłu zdolność konkurencyjną na innych rynkach i możność utrzymania się na tychże.

Przy ułożeniu takiego systemu musi się przeto zadać następujące pytania:

Które środki krajowej produkcji względnie fabrykaty wchodzą w rachubę dla eksportu przy uwzględnieniu zabezpieczenia krajowego zapotrzebowania?

Następnie, jakie są najlepsze widoki rynków zbytu dla ustalonych artykułów eksportowych ?

Odpowiedź na to zależna jest od stosunku naturalnego położenia obszaru produkcji do ościennych rynków i od stosunku siedziby zagranicznej konkurencji przemysłowej i rolnictwa do tychże rynków zbytu, przyczem stosunki transportowe odgrywają główną rolę. Wynik tego badania będzie równocześnie podstawą postulatów, jakie należy stawiać wobec Państw z któremi traktaty handlowe zamierza się zawrzeć.

Trzecia najważniejsza kwestja dotyczy zabezpieczenia sobie możliwości z-bytu do poprzednio ustalonych rynków zbytu a brzmi ona: jakie warunki postawione przypuszczalnie przez pojedyńczych kontrahentów dotycznie zniżek celnych należy,bezwarunkowo a to z punktu widzenia potanienia własnych kosztów produkcji należy wypełnić a rozumie się pod warunkiem wywiązania

się z wzajemnych świadczeń.

W tym systemie znajduje również naturalną odpowiedź, stara kwestja sporna, handel wolny, czy cła ochronne. Konieczna i skuteczna ochrona przemysłu nie opiera się przy tem na szrankach celnych, przekraczających naturalne granice, tylko ona polepszeniu warunków produkcji i na obniżeniu kosztów produkcji a to przez stósowanie całkiem przeciwnych środków celnych. Zbytnie napięcie tendencji ochrony celnej odbiło się nie tylko na gospodarce narodowej bezrobociu, osłabieniu siły podatkowej, lecz także przedewszystkiem na utracie ważnych rynków zbytu. Te straty były nieuniknione, jeżeli na korzyść pewnych gałęzi przemysłu, które obejmowały jeden albo dwa zakłady a które zaledwie były w stanie pokryć zapotrzebowanie jednego tylko miasta nałożono na towary przez nich sporządzone cła ochronne, które koszta produkcji całej reszty innych gałęzi przemysłu rzeczywiście zdolnych do eksportu przez podrożenie kosztów utrzymania w takim stopniu podwyższały,- że nawet te wielkie gałęzie przemysłu potraciły z powodu za wysokich cen jeden rynek zbytu za drugiem. Wynikiem tego rodzaju fałszywego stanowiska jest obecne przesilenie gospodarcze.

Właściwym celem sanacji gospodarczej i polityki handlowej powinno przeto być, zniżenie kosztów produkcji tak, dla własnych gałęzi przemysłu, jakoteż dla gospodarstwa rolnego.

Praktyczne zastósowanie, tych teoretycznych wniosków prowadzi do następujących projektów.

Co się tyczy w pierwszej kwestji, tj. wywozu dóbr wychodzących tutaj w rachubę, to przedłożyły odnośne Rządowi gałęzie przemysłu i gospodarstwa wyczerpujące dane. Rozchodzi się tutaj w pierwszej linji o węgiel, cynk, żelazo i wyroby żelazne, drzewo, naftę, ziemniaki, zboże i inne rolnicze produkta, bydło wszelkiego rodzaju, wyroby tekstylne i cukier. Stały się one z powodu zbyt wysokich kosztów produkcji w połączeniu z niekorzystnymi stosunkami transportowemi na przeważnej ilości rynkach niezdolnymi do konkurencji, względnie usunięte. Jeżeli skieruje się drugie pytanie na produkta eksportowe, to dochodzi się do tego, że np. węgiel nawet po zawarciu układu handlowego nie będzie miał na niemieckich rynkach żadnych albo małowiększych widoków, ponieważ Niemcy są krajem, w którym jest nadmiar węgla i ponadto panuje w północnowschodnich częściach niemieckiego rynku zbytu angielska konkurencja wchodziłaby natomiast w rachubę dla rynku niemieckiego drzewo, naftę, rolnicze produkta i bydło, jakoteż cynk. Dla węgla wchodziłby w rachubę jako główny odbiórca przy odpowiedniem ukształtowaniu się cen Bałkan łącznie z Rumunją, Austrja i Węgry. Z braku własnego przemysłu przetwórczego możnaby jako rynek zbytu dla nieobrobionych wyrobów tekstylnych uzyskać Czecho- Słowację, i Niemcy pod warunkiem jednak istotnej zniżki cen i dostasowania się do wymogów zachodniego smaku. Dla innych produktów a także dla cukru jest Rosja bardzo

ważnym rynkiem zbytu. Dla węgla, wyrobów tekstylnych i cukru wymaganą jest w tym celu silna redukcja cen. Ta zaś może być wtedy tylko osiągniętą, jeżeli pytanie trzecie poddamy objektywnej kontroli, bez zastrzeżeń i bez uwzględnienia pewnych gałęzi przemysłu, sztucznie hodowanych za pośrednictwem wygórowanych ceł ochronnych.

Najważniejsza część składowa kosztów produkcji, mianowicie robocizna w przemyśle i w rolnictwie,- ustalona przez koszta utrzymania i ceny towarów,- może tylko wtedy być skutecznie zredukowaną, jeżeli przeważna część towarów spożywczych potanieje. Do tych należą przedewszystkiem środki żywności, odzież w formie gotowej konfekcji i buciki, oraz mieszkanie. Środki żywności pochodzą głównie z zagranicy a ich potanienie nastąpi z tą chwilą, gdy tylko nastąpi zniżenie kosztów reszty głównych środków spożywczych, jakoteż rolniczych narzędzi. Część środków żywnościowych, zwłaszcza towary kolonjalne, jakoteż najrozmaitsze konserwy, które w głównej mierze są proweniencji zagranicznej, wymagają zupełnego zwolnienia od cła, czy to ogólnego czy też na podstawie porozumień z odnośnymi krajami. Najważniejsze artykuły tego rodzaju naprowadzone są w rozdz. 2 o cle, w zestawieniu na str. 38., które to zestawienie wymaga jeszcze pewnych uzupełnień, które jednak nie możemy się tutaj wdawać. Bezsprzecznie odgrywa odzież, między artykułami pierwszej potrzeby pierwszorzędną rolę, gdyż dla masy pracującej ludności wchodzi w rachubę przedewszystkiem gotowa konfekcja, dla której Polska nie posiada żadnego przemysłu

albo w nieznacznym stopniu i z tego powodu należy kako kompenzatę za własne postulaty w zawrzeć się mających kontraktach handlowych zezwolić w pierwszej linji na zupełną wolność cłową, albo przynajmniej zniżyć stawki celne do 10% obecnego cła. Dla tego rodzaju towarów posiada wprawdzie Polska silniejszą własną produkcję, która pomijając to, że ilościowo wcale nie wystarcza, to przedewszystkiem obejmuje ona tylko wykonanie lekkiego obuwia i specjalnie towarów luksusowych, podczas gdy silniejszy materjał pochodzi wyłącznie z zagranicy. Za porównanie może znowu służyć zestawienie w ustępie. o cle na str. 38. Nie ulega wątpliwości, że jeżeli osiągnie się dla tego najważniejszego artykułu ulgi celne w projektowanym rozmiarze a to w przyszłych traktatach handlowych, to wtedy koszta utrzymania doznają zniżki przynajmniej o 30 - 40%.

Przyznaje się, że tego rodzaju daleko idące środki w polityce celnej wpłyną niekorzystnie na bilans handlowy. Pomijając to, że będzie to tylko natury przejściowej, musimy zauważyć, że bilans handlowy czynny nie jest jeszcze dostatecznym miernikiem świadczącym o dobrobycie kraju. To samo odnosi się do bilansu płatniczego. Jeżeli osięga się czynny bilans handlowy np. kosztem dochodu narodowego, to nie oznacza to nic innego, jak tylko rozdawanie majątku narodowego na rzecz zagranicy, co ma wyraz w tem, że przypływowi kapitału z czynnego bilansu przeciwstawia się stałe ściśnienie się majątku narodowego. Jeżeli okaże się bierny bilans płatniczy, mimo osiągnięcia czynnego bilansu handlowego kosztem dochodu i majątku narodowego, to skutki tego

tego stają się jeszcze gorsze. Niestety zważa się zbyt małoana to, że towary konsumcyjne uchodzą tylko wobec konsumentów faktycznie jako takie, podczas gdy w rękach producentów i handlu przedstawiają się jako część kapitału. Jeżeli zaopatrzenie ludności nie pogorszy się, to ta część kapitału nietylko się nie utrzyma w sposób normalny, lecz także w swoim naturalnym zapasie tj. w postaci towarów będzie musiała się znowu ciągle odnawiać. Powiększenie tych zapasów handlowych, które polegają na zdolności konsumcji należy przeto niewątpliwie uważać za powiększenie ogólnego kapitału krajowego.

Uważa się przeto za bezwzględnie koniecznem, by polityka celna w połączeniu z zawarciem traktatów handlowych głównie na to zwróciła uwagę, by zniżyć do minimum cła na wszystkie w kraju jakościowo w niedostatecznej ilości wykonane towary codziennego użytku, na maszyny, części składowe tychże i wszelkie dla produkcji konieczne materjały, a to celem podniesienia zdolności konkurencyjnej własnego przemysłu na rynku światowym i celem podniesienia zdolności konsumcji ludności.

P a s z p o r t y.

Jednem z najważniejszych zadań postępowej polityki gospodarczej jest przewrócenie wolności podróżowania. Pod tym względem stoi Rzeczypospolita bardzo w tyle. Polska miała do niedawna najostrzejsze przepisy w powyższym kierunku i najwyższe należytości za wiza. Przewlekłe formalności i wysokie należytości paszportowe, które do niedawna wynosiły 500 Zł. i od 1. listopada br. zostały zniżone na 250 Zł., uniemożliwiały wprost obywatelom polskim

wyjazd zagranicę. Pomijając już to, że leży w tem silne zwierzchnicze zaopiekowanie się obywatelem, które odpowiadało dla średniowiecznego niegdyś Państwa policyjnego, - to leży w tem także silne ściśnięcie gospodarczej wolności poruszania się, która cormoże tylko wywrzeć szkodliwe skutki dla własnego państwa. Jest to absolutnie mylny pogląd, z którym niestety spotkamy się często i to nie tylko u Władz niższych, a mianowicie, że wyjazdy za granicę nie są konieczne- a mianowicie dla tego, że Państwo wystarcza sobie samo pod każdym względem. Nie należy zapomnieć o tem, że takie odgraniczenie od reszty Europy zaszkodziło tak silnie, pod względem gospodarczym dawnej Rosji. Coś podobnego grozi Polsce, jeżeli będzie się trzymała tego stanowiska w odniesieniu na światową gospodarkę i na ruch światowy. Jest stanowczo mylnem oceniać konieczność podróży dla celów handlowych tylko wtedy, jeżeli się rozchodzi o efektywnie dokonane zakupy albo sprzedaże albo w wypadku zachodzących trudności przy zawarciu tychże, jak to często praktykują Władze administracyjne. Przemysłowiec albo kupiec udaje się za granicę nie zawsze, aby zakupić albo sprzedać, lecz także i to jest między innemi najważniejszem dla niego, by informować się na zagranicznym rynku, by zapoznać się z technicznemi nowościami, by gromadzić doświadczenie itp. Czyni on to nietylko we własnym interesie, lecz także równocześnie w interesie gospodarstwa narodowego i własnego Państwa. Nie trzeba wcale dowodzić jak krótkowzrocznem było i jest niestety dalej postępowania Władz administracyjnych.

Tutaj tylko należy postawić jeden postulat, a to imieniem ogólnej gospodarki Państwa, a mianowicie usunięcie naturalnych przeszkód paszportowych, przywrócenie wolności podróżowania przez podpadnięcie wszelkich należytości paszportowych i wszelkich ograniczeń przy-jazdu i wyjazdu.

Podwójne opodatkowanie. Oprócz omawianych punktów zasługuje przy zawarciu traktatów handlowych na szczególną uwagę usunięcie podwójnego opodatkowania. Co się tyczy najważniejszych kontrahentów handlowych Polski,- Niemiec istnieje obecnie tylko tymczasowe uregulowanie po stronie niemieckiej przez 1/ okólnik ministra finansów Rzeszy z dnia 27 marca 23.III. B.K.1438, celem tymczasowego usunięcia podwójnego opodatkowania przy podatku dochodowym i korporacyjnym i 2/ z dnia 23 czerwca 24. III. B.K. 6987 celem tymczasowego usunięcia i opodatkowania przy podatku majątkowym. Obydwa te zarządzenia mają moc wiążącą w razie zachowania wzajemności. Przy podatku dochodowym istnieje wzajemność. Co się tyczy przedewszystkiem podatkumaj. to opiewa art. 2 o podatku majątkowym wyraźnie, że zagranicą znajdujący się majątek pozostaje wolny od podatku, jeżeli w drugim Państwie jest pociągnięty pod podatek tego-samego rodzaju, jeżeli drugie Państwo w odniesieniu do przedmiotów majątkowych znajdujących się w Polsce postępuje wedle zasad wzajemności. Jakkolwiek spełniają się obydwa warunki naprowadzone w okólnikach w odniesieniu do znajdującego się w Niemczech majątku i stosownie do tego należałoby tylko ustalić moż-

ność zastósowania art. 2 na znajdujący się w Niemczech majątek wprowadziło Ministerstwo Skarbu postępowanie, które jest nadzwyczaj uciążliwe i połączone z utratą czasu. Polega ono na tem, że wszystkie osoby, które chcą uniknąć podwójnego opodatkowania swego majątku znajdującego się w Niemczech , muszą wnieść podanie o usunięcie podwójnego opodatkowania do Ministra Skarbu w Warszawie i kopję tego podania przesłać z niemieckim tłómaczeniem i pismem krótkiem do Ministra Finansów w Berlinie, na skutek czego w drodze międzypaństwowych układów, które odbywają się w pewnych odstępach czasu, orzeka się o usunięciu podwójnego opodatkowania dla każdego poszczególnego wypadku.

Uznajemy w interesie gospodarki za koniecznem, by w układzie handlowym z Niemcami zawrzeć się mającym, przyszło do porozumienia, na podstawie którego usuniętoby wszelkiego rodzaju podwójne opodatkowanie, przyczem zasadniczo należałoby opodatkować majątek w tym Państwie, w którym on się znajduje, a dochody i przychody przemysłowców, wolnych zawodów itp. winne być opodatkowane tam, gdzie są wykonywane.

Międzynarodowe stronnictwo rozjemcze.

Handlowe sądownictwo rozjemcze jest rzeczą konieczną dla należytego zamierania i prowadzenia światowych stosunków handlowych. Wywołanie szybkich rozstrzygnięć musi przytem stanowić główną zasadę. Protokół związku narodów o klausuli sądu rozjemczego z dnia 24. września 1923, który został już przez niektóre państwa ratyfikowany okazuje się jako podstawa do przeprowadzenia tego pomysłu. Byłoby do życzenia, by także Polska przyłączyła się

do tego protokołu, i gdyby analogicznie skłoniła do tego także swoich spółkontrahentów zwłaszcza Niemcy, Czechosłowację i Austrję. Najlepiej nadają się do tego rozpoczęte układy handlowe, podczas których możnaby porozumieć się równocześnie co do bliższych postanowień dotycznie przeprowadzenia protokołu genewskiego.

IV.

P r z e s i l e n i e g o s p o d a r c z e

ze strony społeczno- politycznej.

-o-o-o-O-o-o-o-

-o-

Zbadanie przyczyń obecnego przesilenia gospodarczego i znalezenia środków do zwalczenia tychże, bez roz/patrzenia socjalno- politycznej strony tego problemu, byłoby niezupełne. Że objawy społeczno-polityczne były częściowo- pośrednio- częściowo- bezpośrednio pod wpływem omawianych już czynników, wynika to z następującego stanu rzeczy.

Wynagrodzenie i wydajność robocza.

Jak już podkreśliliśmy przedstawia się obecne przesilenie jako bardzo ostre przesilenie zbytu, przyczem odgrywa problem kosztów produkcji pierwszorzędną rolę a w kosztach produkcji zajmują wynagrodzenie i wydajność robocza pierwsze miejsce. Co się tyczy specjalnie Górnego Śląska, to tenże już w czasach przedwojennych z powodu swego niekorzystnego naturalnego położenia tylko dlatego utrzymał się na rynku światowym, że miał tanią siłę roboczą. Pod tym względem zaszły po wojnie zwłaszcza na Polskim Górnym Śląsku istotne zmiany, siła robocza przy wszelkiego rodzaju produkcji na Polskim Śląsku podskoczyła w cenie w porównaniu z takową na rynku światowym. Dla wyjaśnienia takiego stanu niech służy następujące zestawienie porównawcze obu części niegdyś całość stanowiącego, górnośląskiego okręgu przemysłowego.

Wynagrodzenie i wydajność robocza w górnictwie 1913 roku i obecnie.

				Polski G.Śl.	Niem. G, śl.
A.ogólna suma wydobytego węgla.	1913:			32 079 348 t.	11 090 908 t.
	1923:			26 385 050 "	8 744 679 "
	spadek			5 694 298 "	2 346 229 "
		średnia		17 7%	
	od stycz-	przecięt-		2 055 607 "	811 303 "
	nia do	na mie-	lipiec	1 720 441 "	Maj 122 937 "
	lipca 24	sięczna	maj	2 342 624 "	styczeń 999 625 "
		najmniej-			
B.ogólna załoga	1913:	sza naj-		89 581 t	31 739 "
	1923:	większa		148 647 "	49 026 "
	powięk-			59 066 "	17 287 "
	szenie			65,9% "	54,4% "
	od stycz-	średnio		142 431 "	40 146 "
	nia do	przeciętna	lipiec	126 270 "	maj 9 548 "
	lipca 24	najmniej-	styczeń	149 331 "	styczeń 47 519 "
		sza najwięk-			
		sza			
C.wydajność na głowę załogi	1913:			1,202 "	1,39 "
	1923:			0,606 "	0,625 "
	spadek			0,596 "	0,514 "
	-			49,5% "	45,1% "
	od stycz-	średnia		0,633 "	0,831 "
	nia do	przecięt-	marzec	0,557 "	Maj 0,474 "
	lipca 24	na miesiąc	lipiec	0,719 "	lipiec 0,936 "
D.Dzienny zarobek robotnika kopalni	1913:				
				Hajer / Paczkarz	Hajer / Paczkarz
	październik 1924.			5,74 Zł. / 4,91 Zł.	6,74 Zł. / 4,91 Zł.
				6,72 " / 4,59 "	7,40 " / 4,99 "
E.stosunek wynagrodzenia do ceny tony węgla	1913/14			31%	?
	1924			32%	?

Uwaga: *) Wynagrodzenie z roku 1913 i dzisiejsze wynagrodzenie na niemieckim Górnym Śląsku są przeliczone na Zł. wedle kursu 1,25 = 1 Rtmk.

Z tej tabeli okazuje się przedewszystkiem , że obecna produkcja jest w stosunku do produkcji przedwojennej na niemieckim Górnym Śląsku o 21,1%, a na obecnem Polskim Górnym Śląsku o 17,7% mniejsza. Ta różnica wyjaśnia się, przez porównanie ogólnej liczby załogi. Takowa zwiększyła się na Polskim Górnym Śląsku o 659%, podczas, gdy na niemieckim Górnym Śląsku

o 54,4%. Ten dziwny objaw, że cyfry wydajności w obu częściach mimo tak silnego zwiększenia się załogi, spadły o 50% wyjaśni się przez porównanie wydajności z poszczególnego robotnika. Ostatnia spadła z 1022t. na Polskim Górnym Śląsku względnie z 1139 na niemieckim Górnym Śląsku z roku 1913 na 0,606 względnie 0,625 t. w roku 1923 tak, że procentualna/zmniejszona wydajność wynosi 49,5 względnie 45,5%. W każdym razie należy się zauważyć, że rok 1923 wykazuje w obu częściach największy spadek z powodu inflacji, tak w Polsce jak i w Niemczech i z tego powodu wzięliśmy za podstawę porównania liczby z/pierwszych 7 miesięcy z roku 1924. Właśnie te liczby są dla naszego rozważania najważniejsze, gdyż one dają nam obraz rozwoju objawów, badanych tutaj w pierwszym czasie po nastąpionej stabilizacji obu walut. Podczas gdy na niemieckim Górnym Śląsku daje się zaznaczyć, najsilniejsza wydajność w dziwny sposób w miesiącu styczniu, to ma to miejsce na Polskim Śląsku w miesiącu maju. Pierwsze polega na zupełnem zamknięciu okręgu węglowego zagłębia Ruhry od reszty Niemiec, które trwało do miesiąca stycznia 1924. Ostatnie zaś polega na tem, że jak to wynika z liczb A,B, i C panował na niemieckim Górnym Śląsku strajk także w miesiącu maju tak, że miesiąc maj okazuje na niemieckim Górnym Śląsku najmniejszą liczbę wydajności, najmniejszą załogę /zaledwie 20% reszty miesięcy/ i najmniejszą wydajność. Że na Polskim Górnym Śląsku okazuje miesiąc lipiec najmniejszą wydajność i najmniejszą załogę polega na tem, że miesiącu czerwcu uwidoczniały się w całej pełni skutki przesilenia stabilizacjnego oraz skutki odpadnięcia rynku niemieckiego na skutek otwarcia zagłębia węglowego Ruhry.

Liczby odnoszące się do następnych miesięcy, któreby mogły być cenną wskazówką dla dalszego rozwoju w tym kierunku, nie istnieją jeszcze i wobec tego nie mogą być uwzględnione. Mimo najrozmaitszych momentów, które wpłynęłyby odmiennie na rozwój w obu częściach, zauważyć się da w obu częściach jednaki objaw a mianowicie zwiększenie się wydajności w miesiącu lipcu 1924 w stosunku do stanu z roku 1923 i miesiąca stycznia 1924. W obu częściach jest wydajność w lipcu 1924 najsilniejsze. Oznacza to pierwszy korzystny zwrot wynikający z usunięcia inflacji. Przygniatająca troska o chleb codzienny, wpłynęła w czasie inflacji tak niekorzystnie na chęć i gorliwość do pracy, że mimo ścieśnienia czasu pracy, nastąpił taki spadek wydajności roboczej.

Obserwując dalej wydajność dochodzimy do tego, że niem. Górny Śląsk z 0,936 to. w stosunku do Polskiego Śląska z 0,719 to. okazuje nadwyżkę o 23,1%. Wedle niewiążących informacji miała wydajność w miesiącu październiku na niem. Górnym Śląsku dojść do stanu przedwojennego, podczas gdy Polski Górny Śląsk okazuje jeszcze istotną różnicę. Badając przyczyny tego objawu dochodzi się do następucych wyników. Nie może być to wyjaśnionem tem, że na niemieckim Górnym Śląsku czas pracy był dłuższy, gdyż tenże w górnictwie wynosi zaledwie 5% więcej. Mniejsza wydajność może polegać jedynie na mniejszych świadczeniach. Należy to tłómaczyć po części wyjazdem wielkiej ilości wyszkolonych górników do Francji i Niemiec, a przyczyny tego wyjaśnimy poniżej. W głównej mierze tłómaczymsię mniejsza zdolność wydajności tem, że stopień życiowy robotnika na Polskim Górnym Śląsku spadł niżej minimum egzystencji. Należy tu porównać zarobek na kopalniach na niemieckim Górnym Śląsku i Polskim Górnym Śląsku

i Polskim Górnym Śląsku z roku 1913 i października 1924. Jest rzeczą zupełnie jasną, że pracodawcy niechętnie to przyznają, gdyż jest również faktem niezachwianym, że podwyżka robocizny może tylko jeszcze powiększyć istniejącą niezdolność konkurencyjną krajowych produktów na rynku światowym. Jest wreszcie na czasie zaglądnąć sprawie tej w oczy i uderzyć w ten punkt, który to wywołał. Jak z wyżej naprowadzonego stanu wynika a zwłaszcza z porównania świadczenia, zależy zdolność konkurencyjna na rynku światowym w pierwszej linji o wysokości świadczenia. Rozwiązanie tej kwestji bez podwyższenia nominalnego wynagrodzenia jest tylko wtedy możliwem, jeżeli wywoła się podwyższenie, realnego dochodu robotnika przezto, że nastąpi odpowiednia zniżka stopy życiowej w całej Polsce. Że tego rodzaju obniżenie nie da się przeprowadzić przy pomocy powszechnie przyjętych środków jak komisje dla badania i kontroli cen, sądy i urzędy dla zwalczenia lichwy okazało się to na podstawie długoletniego doświadczenia. Jeżeli się uwzględni dowody naprowadzone wmpoprzednich rozdziałach, to musi się dojść do tego wyniku, że tylko jedno może doprowadzić do trwałej poprawy tj. <u>podniesienie wydajności pracy przez podniesienie realnego dochodu ludności roboczej za pośrednictwem zwolnienia towarów od nienaturalnie wysokich ceł i przez usunięcie obciążenia podatkowego, przekraczającego granicę możności.</u>

C z a s p r a c y.

Że przedłużenie naszej pracy nadaje się do poprawy obecnego przesilenia, to odpowiada to naszemu pojęciu jako pracodawcy i powinno naszem zdaniem

być uznanem także ze strony pracowników o ile kwestja realnego dochodu robotnika w opisany wyżej sposób ma być rozwiązaną ku zadowoleniu pracującej ludności. Skoro minęły psychologicznie niekorzystne skutki wojny i inflacji na roboczą ludność, będzie się każdy porządny robotnik starał o to, by oprócz pokrycia potrzeb życiowych, robić także oszczędności, czy to celem pokrycia kulturalnych potrzeb, czy to dla potomstwa, swego, czy to na starość, co jest rzeczywiście w obecnych stosunkach wykluczonem. Robotnik zaś osiągnie to tylko przez odpowiednią zwiększoną pracę a tą podejmie on, ponieważ jest ona połączona dla niego z korzyścią. Podobnie jak musimy przyznać za niebezpieczne, swego czasu generalne ustalenie czasu na 8 godzin, byłoby teraz fałszywem w konsekwencji tych rozważań, ustawowo ustalić dłuższy czas pracy. Naszem zdaniem może doprowadzić do pożądanego wyniku tylko zasada dobrowolnych układów i porozumienia się między pracodawcami a pracobiorcami zwłaszcza dlatego, że czas pracy należy ocenić rozmaicie wedle ciężkości tejże np. powinna praca w tkz. „przodku „ Vorort" w górnictwie, praca przy wysokich piecach stalowych itd. jaka najcięższa praca obejmować 8 godzin., natomiast może bez szkody dla robotnika trwać dłużej, aniżeli 8 godzin w tartaku i w przetwórczym przemyśle metalowym, przemyśle tekstylnem itd.

W interesie gospodarki i Państwa uważamy za niezbędne, by ustawodawcze uregulowanie czasu pracy szło w tym kierunku, że czas w przemyśle

i handlu zostawia się dobrowolnym umowom taryfowym z tem, że czas pracy nie może przekraczać 10 godzin a przy najcięższej pracy 9 godzin. W wypadkach spornych ma rozstrzygać Minister pracy.

Ciężary społeczne.

Przy omawianiu społeczno-politycznych objawów, należy również poddać kontroli obciążenia produkcji przez rozmaitego rodzaju urządzenia dla ochrony robotników i ubezpieczenia tychże. Poniższa tabela podaje dokładny obraz tego:

	razem		Pracodawca		Pracobierca	
Ubezpieczenie inwalizkie.	1914	1924	1914	1924	1914	1924
	2%	4,6%	1%	2,3%	1%	2,3%
Kasa Chorych.	3,9%	7%	1,3%	4,7%	2,6%	2,3%
Ubezpieczenie od wypadków	2%	3%	2%	3%	-	-
Ubezpieczenie bezrobotne	-	2%	-	1,5%	-	0,5%
	7,9%	16,6%	4,3%	11,5%	3,6%	5,1%

Z tego zestawienia jest widocznem, że ogólne obciążenie produkcji w roku 1924 jest o 100% wyższe, aniżeli w roku 1914. W handlu wynosi obciążenie w stosunku do obrotu, przez Kasy Chorych 0,2%, przez zabezpieczenie inwalizkie i ubezpieczenie od wypadków również 0,2% przez ubezpieczenie pracowników 0,1% tak, że obrót w handlu na skutek wszystkich tych dodatków obciążany jest łącznie 0,5%. Szczególnem jest stwierdzenie, że wyższe obciążenie spadło po większej części na barki pracodawcy i tak wynosi podwyżka ciężarów w stosunku do roku 1914 u pracodawcy 16,4% u pracobiercy natomiast 41,7%. Że te objawy nie pozostają bez wpływu na koszta produkcji jest jasnem, zwłaszcza, jeżeli się uwzględni że podwyższone obciążenie rozdzielonem zostaje na mniejszą o 31% ogólną wydajność. Z drugiej strony należy stwierdzić niestety ten fakt, że podwyżka obciążenia, nie spowodowała żadnej podwyżki świadczeń ze strony

odnośnych społecznych urządzeń. To tyczy się szczególnie Kasy Chorych, na rzecz których świadczenia są prawie o 100% wyższe, podczas gdy świadczenia z strony tychże Kas Chorych wcale się nie podwyższyły. W tym kierunku okazuje się, koniecznie potrzebą rewizja. Powinna zwłaszcza być przedsięwzięta większa ze strony Państwa akcja oszczędnościowa, które jednak nie powinna wpłynąć na zmniejszenie się świadczeń ze strony Kasy Chorych. Ze strony pracodawców nie można na żaden wypadek zalecać w obecnych stosunkach, by jak to często ma miejsce, kasy chorych gromadziły majątki albo przedsiębrały daleko idące projekta budowy itd. Pracodawcy więc żądają:

przeprowadzenia jednolitej reorganizacji społecznego ubezpieczenia przedsięwzięcie środków oszczędnościowych celem usunięcia nieproduktywnych wydatków, i rozciągnięcia ze strony Państwa skutecznej kontroli nad urządzeniami ubezpieczeń społecznych.

VI.

R o z w a ż a n i a
k o ń c o w e.

-o-o-O-o-o-

-o-

Podczas wypracowania niniejszego memorjału zaszły rozmaite objawy, które nie mogą być ominięte. W pierwszej linji, należy tu wspomnieć przedłożenie budżetu na rok 1925 i w łączności z tem pozostające stanowisko, zajęte przez partje sejmowe i Rząd wobec powyższego budżetu.

Budżet państwowy nasuwa wątpliwości o tyle, że nie uwidocznia się w nim zmiana polityki gospodarczej w kierunku wyczerpującej sanacji gospodarczej. Z wywodów Prezydenta Ministrów godnąm jest uwagi wzmianka, że w Polsce na głowę przypada mniej podatku, aniżeli gdzieindziej, przyczem przytacza się cyfry znane już z prasy. Minister Skarbu ma bezsprzecznie słusznie; nie można jednak tej okoliczności w żaden sposób naprowadzić jako dowód, że Polska posiada najkorzystniejsze stosunki podatkowe i że obciążenie podatkowe mógłoby ewentualnie zostać podwyższonem; czemu resztą sam Minister Skarbu w innym miejscu swoich wywodów zaprzeczył. Że dochody podatkowe w Polsce są tak szczupłe, podlega to jedynie i wyłącznie na znanym fakcie, że większość obywateli zwłaszcza, że ludność rolnicza wnętrza Polski bardzo mało podatków płacić prawie, że uprawia bojkot podatkowy tak, że ściąga się mniej podatku wedle stanu obecnego ustawodawstwa podatkowego a wysokości taryf podatkowych aniżeliby ściągać można. Z drugiej strony są płatnicy podatkowi zwłaszcza wielkie miasta, centra przemysłowe i były zabór pruski tak strasznie obniżenie podatkami, że żadne inne Państwo nie dorównieje Polsce pod tym względem, nawet Niemcy ze swojemi ciężarami reparacyjnemi. Jeżeli się jednak uwzględni obciążenie podatkowe w stosunku do części ludności płacącej rzeczywiście podatki polskiej, to Polska bezsprzecznie wykaze największe obciążenie.

W pierwszych przeszłych miesiącach b.r. wynosiły dochody z podatku obrotowego 62,9 z ceł 79,9 z innych danin 86,9 z monopolu tytoniowego 50,1milj. podczas gdy z podatku gruntowego i z podatku dochodowego 16,3 milj. Niestosunkowość między podatkami pośredniemi a niepośredniemi jasno tutaj występuje. Największe dochody pochodzą z podatku dochodowego z ceł i innych danin, do których przedewszystkiem należą dochody stemplowe i inne należytości uboczne, które naprowadziliśmy szczegółowo w rozdziale o cle a które towary tak ogromnie podrażają. Interesującem jest, że ostatnie dwa źródła dochodowe w lipcu zwiększyły się jeszcze a mianowicie z dochodów wynoszących 18,7 milj. podniosły się w czerwcu na 21,5 milj. a cła z 14,8 milj. w czerwcu, na 23,3 milj. w lipcu, że podatek obrotowy w miesiącu lipcu spadł w stosunku do miesiąca czerwca, to jest to tylko wynikiem zupełnej stagnacji w życiu gospodarczym.

Jeżeli Prezydent Ministrów naprowadza w swoich wywodach, że polityka celna była owocna i najwięcej przyczyniła się do utrzymania złotego i że polityka celna jest najlepszym narządzeniem, by zapobiedź dalszej zwyżce cen, że twierdzenie pierwsze o co do sanacji gospodarczej zgadza się, ostatnie jednak twierdzenie nie odpowiada rzeczywistości, gdyż polityka celna która zmierza zapobiedz dalszej zwyżce cen, nie może zasadzać się na postępującej zwyżce taryfy celnej. Prezydent Ministrów przyznał,to sam na innem miejscu podając, że Rząd popełniłby wielki błąd, gdyby stawki celne podwyższył, i że w obecnym czasie nie należy myśleć więcej o zniżeniu tejże. Niestety stoi Minister Prezydentów tymczasem na tem stanowisku, że w interesie waluty polskiej i równowagi budżetowej nie byłoby pożądanem zniżyć stawki celne. Stojąc

na stanowisku jako praktycznej w polityki gospodarczej musimy być innego zdania. Jeżeli w czasie, w którym ludność ciężko cierpi z powodu drożyzny możliwem jest, na pewień ważny środek żywnościowy jak np. śledzie pieczone na podstawie wniosku jednej fabryki, która zajmuje się sporządzeniem tychże zostaje cło podwyższonem 12-krotnie tak, że śledź pieczony, dotychczas kosztował 5 - 10 gr., kosztuje teraz 80 gr.,- to są to celno- polityczne drogi, które w żaden sposób nie mogą być usprawiedliwione budżetem i stabilizacją waluty.

Skutki tego rodzaju polityki gospodarczej już się okazały. Mimo stałej waluty, mimo olbrzymich stawek celnych i mimo zwiększonych dochodów z ceł i pośrednich podatków, nie udało się doprowadzić do równowagi budżetowej i do czynnego bilnasu handlowego. Pierwsza okazała wydatki w wysokości 693,3 miljony i dochody w kwocie 581,7 milj. a więc w pierwszym półroczu deficyt 111,6 milj. a ostatni spadł z 20% nadwyżki wywozu na 83% wywozu z przywozu. Bezrobocie i nędza ludności roboczej, upadek handlu i przemysłu są skutkami, które muszą w dalszym ciągu wywrzeć skutek na dochody państwowe i walutę, jeżeli w ostatniej godzinie nie zmieni się steru polityki gospodarczej. To zaś-jak to w niniejszym memorjale usiłowaliśmy wykazać:,może stać się jeżeli:

1./ nastąpi gruntowa rewizja polityki podatkowej w tym kierunku, że przedewszystkiem nastąpi zniżka pośrednich podatków zwłaszcza podatku obrotowego, który towary wielokrotnie podraża.

2/ jeżeli zniży się bezwzględnie cła, wyłączając wypadki niezbędnej potrzeby ochrony celnej, z zastosowanej w umiarkowanej wysokości:

3/ jeżeli Państwo przyjdzie z pomocą handlowi i przemysłowi, - zwłaszcza zupełnie poszkodowanemu handlowi, - wyczerpującym kredytem, udzielonym dotychczas tylko rolnictwu i i ciężkiemu przemysłowi.

4/ jeżeli z najważniejszymi handlowo-politycznymi sąsiadami Polski zawarte zostaną traktaty handlowe, które umożliwiłyby zniżkę kosztów krajowej produkcji oraz zapewniły rynek zbytu krajowych fabrykatów na rynku światowym.

Magistrat król.stoł.
miasta L w o w a.-

L.M.52.884/926.
II.

We Lwowie, dnia 12. kwietnia 1926.

D o

J a ś n i e W i e l m o ż n e g o P a n a

Dr.H e r m a n a D i a m a n d a

Posła Na Sejm Rzeczypospolitej Polskiej.

W załączeniu /. mam zaszczyt przesłać JWPanu odpis memorjału Gminy miasta Lwowa wystosowanego do Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Ministerstwa Skarbu w sprawie przedłużenia prawa poboru miejskiego podatku spożywczego /akcyzy/ w dotychczasowej formie, względnie zezwolenie na pobór osobnego podatku spożywczego od bydła, mięsa, ryb i skorupiaków, owoców zagranicznych, owoców krajowych w wielokrotnem opakowaniu, owoców suszonych, soków, kompotów i konfitur, serów luksusowych oraz mydełek, kosmetyków i perfumerji i upraszam JWPana o łaskawe wzięcie pod światłą rozwagę naprowadzonych w tym memorjale okoliczności i poparcie słusznych postulatów Gminy miasta Lwowa oraz użycie swego możnego wpływu w kierunku ich zrealizowania.-

Nadmieniam, że ustawa o tymczasowem uregulowaniu finansów komunalnych z 11.sierpnia 1923. Dz.ust.Rzp.P. Nr 94.poz.747. nie tylko nie sprzeciwia się poborowi przez Gminy miejskie samoistnych podatków obciążających inne źródła niewymienione w tej ustawie, lecz nawet wyraźnie przyznaje gminom miejskim w art.20. i 10.ustęp 6.prawo poboru samoistnych podatków od artykułów , które nie są

./. ./.

obciążone państwowym podatkiem od spożycia, zużycia względnie produkcji.-

Przytem mam zaszczyt zwrócić uwagę JWPana na okoliczność że utrzymanie równowagi budżetowej i zdolności finansowej Gminy miasta Lwowa leży w interesie Państwa i jest zasadniczym warunkiem sharmonizowania życia samorządowego z życiem i interesami Państwa, co ma doniosłe znaczenie zwłaszcza w chwili obecnej, gdy Gmina podejmuje skuteczną akcję w kierunku załagodzenia na terenie miasta Lwowa klęski bezrobocia będącej najdotkliwszą bolączką przeżywanego obecnie przez Państwo przesilenia gospodarczego.-

O ileby Rząd ze swej strony nie chciał wystąpić z inicjatywą w tej sprawie upraszam o zgłoszenie do uchwały Sejmu odpowiedniego wniosku nagłego.-

Przy tej sposobności mam zaszczyt przesłać JWPanu wyrazy głębokiego szacunku i poważania



Magistrat
król.stoł.miasta
L w o w a.-

L.M.52.884/926. We Lwowie, dnia 12. kwietnia 1926.
II.

Do

W y s o k i e g o M i n i s t e r s t w a

Spraw Wewnętrznych - i Skarbu.-

---&&&&&§§§§§&&&&&---

Ustawą z dnia 6. lutego 1926. Dz.Ust.Rzp.P.Nr 20.poz.123. przedłużone zostało prawo Gminy miasta Lwowa do poboru samoistnego podatku spożywczego od tych artykułów, które w dniu 1.lipca 1923. były obłożone w mieście Krakowie miejskim podatkiem linjowym, a nie są obciążone państwowym podatkiem od spożycia, zużycia względnie produkcji, ani miejskim podatkiem ładunkowym - do dnia 30. czerwca 1926.-

W myśl tej ustawy ma przeto z dniem 1.lipca 1926.wygasnąć prawo poboru tego podatku, a Gmina miasta Lwowa ma być pozbawioną jednego z najistotniejszych źródeł swego dochodu.-

Obecna jednak chwila stanowczo nie dojrzała jeszcze do pozbawienia Gminy dochodów z tego podatku, nieuciążliwego zresztą dla płatników i zredukowanego na wzór taryfy krakowskiej do 13.pozycji, z drugiej zaś strony zasilającego finanse Gminy w sposób wydatny i stanowiącego 1/4 ogółu jej wpływów podatkowych.-

Położenie finansowe Gminy jest tego rodzaju, że pomimo ostatecznego ustalenia i wypróbowania wszystkich pozostawionych Gminie do dyspozycji dochodów oraz mimo wydatnego zasilania finansów miejskich podatkiem spożywczym nie może Gmina podołać wydatkom.-

W przewidywaniu utrzymania podatku spożywczego uwzględni ny został spodziewany dochód z tego źródła przy układaniu budżetu na rok 1926. i preliminowany w kwocie 1,300.000 złotych.- Mimo iż budżet na rok 1926. układany był z wyeliminowaniem najkonieczniejszych wydatków na niezbędne wprost cele i został zmniejszony w porównaniu z rokiem 1925. o kwotę 1,434.619 złotych nie można przypuszczać wobec ogólnej stagnacji życia gospodarczego i siły podatkowej mieszkańców, żeby Gmina mogła obejść się bez dochodów z podatku spożywczego. Przeciwnie stwierdzonem zostało na podstawie zamknięć rachunkowych, że dochody Gminy z dodatków gminnych do państwowego podatku dochodowego, przemysłowego, patentów akcyzowych oraz gminnych opłat od podań spadają

z miesiąca na miesiąc.- Najlepszą ilustracją spadania dochodów Gminy będzie porównanie zamknięć rachunkowych z budżetem, z którego pokazuje się, że osiągano co miesiąca mniej niż było preliminowane. I tak za I.półrocze 1925. był wynik zamknięcia rachunkowego mniej pomyślny o kwotę 1,512.346 zł., zaś w II.półroczu za czas od 1. lipca do końca listopada 1925. o kwotę 1,573.391 złot.- Okazuje się przeto, że mimo pobierania przez Gminę miejskiego podatku spożywczego powstają niedobory z powodu niedopisywania dochodów.- Również projekt noweli do ustawy o finansach komunalnych przewiduje zmniejszenie udziału Gminy w państwowym podatku dochodowym z 30% na 15% czyli o połowę, tak, że ubytek z tego tytułu wynosiłby 450.000 złotych rocznie, oraz zmniejszenie podatku lokatorskiego z 5% na 4% co spowodowałoby obniżenie wpływów z tego źródła o 300.000 złotych w stosunku rocznym.- Podobnie projektowana zmiana podatku od spożycia, zużycia i produkcji spowodowałaby zmniejszenie odnośnych dodatków komunalnych.-

Dla lepszego zorjentowania się do jakiego stopnia zmuszoną była Gmina ograniczyć budżet licząc się z położeniem gospodarczem Państwa i siłą podatkową mieszkańców - przytoczyć wypada fakt, że mimo iż przez cały czasokres wojny nie mogło być mowy nawet o normalnej konserwacji dróg i bruków, wskutek czego uległy one zupełnemu zniszczeniu, w budżecie na rok 1926. preliminowano kwotę, która aniw 1/5 części nie wyczerpuje najniezbędniejszych wydatków na ten cel w obecnym sezonie.-

Z drugiej strony znamiennym jest fakt, że opodatkowanie mieszkańców podatkami bezpośredniemi na głowę wynosiło przed wojną 16.koron , zaś w roku 1925. zaledwie 1.złotych., - co z uwagi na mniejszą bez porównania siłę kupna złotego stanowi znacznie mniejsze obciążenie aniżeli przed wojną.-

Za dalszem utrzymaniem prawa poboru podatku spożywczego przemawia wybitnie jeszcze i ta okoliczność, że w myśl uchwały Rady miejskiej z 28.I.1926. której odpis przedkładam w załączeniu - przeznaczono 25% netto wpływów z tego podatku na specjalny fundusz dla dostarczenia pracy bezrobotnym. Gdy zaś kwestja zaradzenia klęsce bezrobocia wysuwa się dziś na pierwszy plan jako najżywotniejsze hasło obecnej doby - zatrzymanie zatem prawa poboru miejskiego podatku spożywczego zasilającego fundusz bezrobocia jest uzasadniony względami publicznymi.-

W tym stanie rzeczy ubytek dochodu z miejskiego podatku spożywczego miałby następstwa wprost katastrofalne, groziłby bowiem zahamowaniem i tak ograniczonej wskutek niedoborów do minimum działalności Gminy i wstrzymaniem robót, co w konsekwencji pogłębiłoby klęskę bezrobocia zagrażając spokojowi i ładoo-

./. ./.

wi publicznemu. - Tu wypada również nadmienić, że Gmina zmuszoną była wobec zniesienia akcyzy wypowiedzieć posadę na razie 61.pracownikom niestałym z tego 37. żonatym i obarczonym rodzinami.-

Podnieść należy również fakt, zresztą niejednokrotnie w memorjałach o przedłużenie prawa poboru akcyzy wykazywany, że podatek ten pobierany jest w stawkach tak minimalnych iż to niema wpływu na ceny artykułów tym podatkiem obciążonych.-

Dowodem tego okoliczność, że ceny artykułów objętych podatkiem linjowym nie są we Lwowie wyższe niż w innych miastach w których się nie pobiera podatku konsumcyjnego. Jeszcze wymowniej świadczy o tem fakt, że ceny artykułów zwolnionych z dniem 1.lutego br. od podatku spożywczego nie uległy żadnej zmianie.-

Nie ulega zatem żadnej wątpliwości, że zniesienie akcyzy nie wpłynęłoby zupełnie na zniżkę cen odnośnych artykułów a przypadająca opłata akcyzowa pozostałaby w rękach producentów i odsprzedawców.-

Nie można przemilczeć również niejednokrotnie podnoszonego faktu, że Gmina miasta Lwowa ma ustawowo powierzony sobie zakres działania państwowej władzy administracyjnej I.instancji, którego spełnianie obciąża budżet Gminy w wysokiej mierze za co nie otrzymuje jednak żadnej rekompensaty ze strony Skarbu Państwa.-

Z wyżej przytoczonych względów upraszam imieniem Gminy miasta Lwowa o wyjednanie w drodze ustawodawczej prolongaty prawa poboru miejskiego podatku spożywczego aż do uchwalenia nowych ustawy samorządowych, któreby zabezpieczały Gminie możność spełniania ciążących na niej zadań publicznych.-

O ileby jednak Ministerstwo nie raczyło przychylić się do powyższej prośby względnie o ile spotkałoby się z nieprzychylnem stanowiskiem Sejmu, który liczy w swem łonie silnych przeciwników podatku liniowego - u p r a s z a m ze względu na wykazaną konieczność utrzymania równowagi budżetowej, o zezwolenie Gminie miasta Lwowa na pobieranie podatku spożywczego w gruntownie zmienionej formie według przyległego projektu statutu tego podatku.-

Przytem zauważam, że ustawa z dnia 11. sierpnia 1923. Dz.ust.Rz.p.P.Nr 94. poz.747 - zasadniczo nie sprzeciwia się poborowi takiego podatku. W art.20. oraz 10. ustęp 6. przyznaje bowiem powyższa ustawa gminom miejskim prawo poboru samoistnych podatków od artykułów, które nie są obciążone państwowym podatkiem od spożycia, zużycia i produkcji.-W szczególności ma być w myśl tego projektu zmieniony charakter pobieranego podatku spożywczego tak pod względem formy jego poboru jak też pod względem jakości artykułów mających ulec opodatkowaniu przy zupełnem wyeliminowaniu reszty przedmiotów wprowadzanych przez gos-

./. ./.

podarzy wiejskich.-

Zmieniony w ten sposób podatek nie będzie pobierany w przyszłości na linji przy wjeździe do miasta na rogatkach miejskich lecz w obrębie miasta i zamiast 13.pozycji będzie obejmował tylko 6.pozycji t.j.

1/. bydło rzeźne, 2/.mięso, 3/.ryby i skorupiaki, 4/.owoce zagraniczne, owoce krajowe w wielokrotnem opakowaniu, owoce suszone, soki, kompoty i konfitury, 5/.sery luksusowe, 6/.mydełka, kosmetyka, perfumerja. Odpadną zaś drób, dziczyzna, dziczyzna rozrąbana, dzikie ptactwo, owoce krajowe bez opakowania, tłuszcze i oleje, mydło,świece, owies, siano i słoma.-

Z powyższego zestawienia wynika, że podatek spożywczy opłacać będą w przyszłości rzeźnicy względnie handlujący artykułami wymienionymi ad 1-6., nie będą go zaś opłacać producenci i włościanie skoro przedmioty przez nich wprowadzone nie będą podatkowi podlegały.-

Pobór zaś tego podatku odbywać się będzie w odniesieniu do bydła i mięsa w rzeźni miejskiej przed biciem zwierząt względnie przed oględzinami mięsa, zaś od reszty wymienionych artykułów nie na rogatkach przy wjeździe do miasta lecz tylko na dworcach kolejowych położonych w obrębie miasta Lwowa o ile te artykuły sprowadzane będą koleją.-

Wysokość tego podatku oznaczona będzie w procentach do ceny targowej i ma wynosić wedle projektu Prezydjum 5% cen targowych. Na tej podstawie będzie Magistrat jako organ poborowy w miarę zmieniającej się ceny targowej oznaczać stawki tego podatku w złotych.-

Ta 5% stopa podatkowa ma być maksymalną, na razie jednak miasto niema zamiaru sięgnąć do maksymalnej granicy i chce na razie podatek ten pobierać w wysokości 4% ceny targowej zwierząt rzeźnych,mięsa, owoców i serów luksusowych, zaś w wysokości 5% ceny targowej ryb, i skorupiaków oraz mydełek, kosmetyków i perfumerji.-

Przy tej stopie procentowej przyniósłby podatek spożywczy od wymienionych artykułów 1,018.800 złotych rocznie co pokryłoby częściowo ubytek powstały przez zniesienie podatku liniowego.-

Ponieważ wymienione przedmioty nie są obciążone państwowym podatkiem od spożycia, zużycia i produkcji, przeto wprowadzenie od nich samoistnego podatku spożywczego jest dopuszczalne po myśli art.10. ustęp 6. i art.20. ustawy z dnia 11. sierpnia 1923. Dz.ust.Rzp.P.Nr 94.poz.747.-

Na podstawie przedstawionego stanu rzeczy reasumując wszystkie powyższe wywody upraszam imieniem Gminy miasta Lwowa

Wysokie Ministerstwo

raczy : 1/. wyjednać w drodze ustawodawczej prolongatę prawa poboru miejskiego

./. ./. ./

podatku spożywczego w dotychczasowej formie aż do uchwalenia nowych ustaw samorządowych, któreby zabezpieczały Gminie możność spełniania ciążących na niej zadań publicznych;

2/. na wypadek nie przychylenia się do prośby o dalsze przedłużenie prawa poboru miejskiego podatku spożywczego w dotychczasowej formie - zezwolić Magistratowi na zasadzie art.1,20. i 36. ustawy z dnia 11. sierpnia 1925. Nr 94. Dz.ust.Rzp.P.poz.747. na pobór podatku spożywczego od 1/. bydła, 2/.mięsa, 3/. ryb i skorupiaków, 4/.owoców zagranicznych,owoców krajowych w wielokrotnem opakowaniu, owoców suszonych, soków, kompotów i konfitur, 5/.serów luksusowych, 6/. mydełek, kosmetyków i perfumerji według projektu statutu poboru tego podatku, który w 2. egzemplarzach przedkłada się.-

Na poparcie powyższych próśb dołącza Magistrat po myśli art.4. ustęp 6. rozporządzenia Ministerstwa Spraw Wewnętrznych z 16. grudnia 1925. Dz.ust. Rzp.P.Nr 131. poz.939. następujące materjały finansowe:

a/.obliczenie przewidywanych wpływów;
b/.budżet Gminy miasta Lwowa na rok 1926;
c/.zamknięcie kasowe według dzienników kasowych za czas od 1.stycznia 1925. do końca listopada 1926;
d/.wykaz majątku komunalnego;
e/.wykaz długów Gminy miasta Lwowa;
f/. obrót kasowy z funduszu niestałych dochodów za styczeń i luty roku 1926.-

---

Józef N e u m a n n mp.-

R u b r u m.

D o

Wysokiego Ministerstwa

Spraw Wewnętrznych - Skarbu

w W a r s z a w i e.

Gmina król. stoł.miasta L w o w a

uprasza o przedłużenie prawa poboru miejskiego podatku spożywczego w dotychczasowej formie względnie zezwolenie na pobór osobnego podatku spożywczego od bydła, mięsa, ryb, owoców etć.-

vvvvvvvvvvvvvvvvvvvvvvvvvv
vvvvvvvvvvvvvvvvvvvv
vvvvvvvvvvvvvv
vvvvvvvvvv
vvvvvv
vvv
v

P r o j e k t

S t a t u t

o poborze przez Gminę miasta Lwowa samoistnego podatku spożywczego od bydła rzeźnego, mięsa, ryb i skorupiaków, owoców krajowych w wielokrotnem opakowaniu, owoców zagranicznych, owoców suszonych, soków, kompotów i konfitur, serów luksusowych, mydełek, perfumerji i kosmetyków.-

P a r g : 1.

Gminie miasta Lwowa przysługuje na mocy artykułu 10. ustęp 6. i artykułu 20. ustawy z dnia 11. sierpnia 1923. Dz.U.Rz.P.Nr:94. poz.747. prawo poboru na obszarze miasta podatku spożywczego od następujących przedmiotów do wysokości 5% każdoczesnej ceny targowej, a mianowicie od:

1/. bydła rzeźnego,
2/. mięsa,
3/. ryb i skorupiaków,
4/. owoców krajowych w wielokrotnem opakowaniu i zagranicznych dalej od owoców suszonych, wreszcie od soków, kompotów i konfitur,
5/. serów luksusowych,
6/. mydełek, perfumerji i kosmetyków.

Na podstawie powyższej stawki procentowej będzie Magistrat oznaczać wysokość podatku spożywczego w złotych stosownie do każdoczesnych zmian cen targowych ~.~.~.~.~. wykazanych przez Urząd targowy miejski, nie częściej jednak niż raz na miesiąc.-

P a r g : 2.

Poborem podatku spożywczego z ramienia Gminy zajmuje się Magistrat król. stoł. miasta Lwowa względnie tegoż organa wykonawcze.-

Do uiszczenia podatku od zwierząt rzeźnych i mięsa obowiązani są rzeźnicy względnie handlujący tymi artykułami, a pobór dokonuje się w Rzeźni miejskiej przed biciem zwierząt, względnie przed oględzinami mięsa, przeznaczonego do spożycia w obrębie miasta.-

Pobór podatku od ryb i skorupiaków, od owoców, serów luksusowych oraz mydełek, perfumerji i kosmetyków i t.p. sprowadzanych koleją do stacji położonych w obrębie miasta Lwowa dokonują organa Magistratu urzędujące na dworcach dla poboru podatku ładunkowego.-

P a r g : 3.

Sposób poboru i kontroli tego podatku określi Magistrat w formie przepisu wykonawczego do niniejszego statutu.-

P a r g : 4.

Od opłaty miejskiego podatku spożywczego wolne są przedmioty wprowadzone w tak małej ilości, że łączny podatek od nich nie wynosi 5. groszy

./.

tudzież corpora delicti tj: artykuły, będące przedmiotem postępowania sądowego lub politycznego, wreszcie przedmioty przeznaczone i zgłoszone do przewozu poza obręb miasta, te ostatnie po warunkami, które określą przepisy wykonawcze.=

§ 5.

Właściciele opodatkowanych zwierząt rzeźnych, które po zabiciu uznane zostały za niezdatne do użycia i wskutek tego przeznaczone zostały na zniszczenie, tudzież właściciele bydła rogatego, które przed zabiciem padło mogą uzyskać zwrot uiszczonego podatku.=

§ 6.

Przedmioty od których pobrano powyższy podatek spożywczy wolne są od miejskiego podatku od towarów /: ładunkowego :/.=

§ 7.

Niezapłacenie w terminie podatków pociąga za sobą doliczenie odsetek i kar za zwłokę oraz kosztów egzekucyjnych według postanowień art. 57. ustawy z 11. sierpnia 1923. Dz.U.Rz.P.Nr:94. poz.747.=

§ 8.

Stronie interesowanej przysługuje prawo wniesienia przedstawienia do Magistratu przeciwko poborowi podatku w przeciągu dni 14.tu.=

W dalszym toku instancji przysługuje płatnikom prawo odwołania się przeciwko wymiarowi tego podatku do władz nadzorczych po myśli art.48. ustawy z 11. sierpnia 1923. Dz.U.Rz.P.Nr:94. poz.747.=

Wniesienie odwołania nie wstrzymuje obowiązku terminowego uiszczenia należytości podatkowej.=

§ 9.

Za przekroczenia porządkowe przeciwko przepisom niniejszego statutu karać będzie Magistrat grzywną 345. złotych po myśli art.67. ustawy z dnia 11. sierpnia 1923. Dz.U.Rz.P.Nr:94. poz.747.=

Winni przekroczenia przeciwko przepisom niniejszego statutu, przez które Gminę miasta Lwowa o należny jej podatek ukrócono lub ukrócić usiłowano karać będzie Magistrat z mocy art.62. do 66. ustawy z 11. sierpnia 1923. Dz.U.Rz.P.Nr:94.poz.747.=

O b l i c z e n i e

przewidywanych wpływów z projektowanego podatku spożywczego od bydła, mięsa, ryb, niektórych owoców, serów luksusowych, mydełek, perfumerji i kosmetyków uzasadniające wysokość proponowanej stawki tego podatku:

I. Zwierzęta rzeźne

przy opodatkowaniu 4% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 564.000 Złotych

II. M i ę s o

przy opodatkowaniu 4% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 113.000 "

III. Ryby i skorupiaki

przy opodatkowaniu 5% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 58.000 "

IV. O w o c e

przy opodatkowaniu 4% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 250.000 "

V. Sery luksusowe

przy opodatkowaniu 4% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 15.800 "

VI. Mydełka, perfumerja, kosmetyka

przy opodatkowaniu 5% od przeciętnych cen targowych rocznie około ..... 18.000 "

R a z e m 1,018.800 Złotych

słownie: jeden miljon ośmnaście tysięcy ośmset Złotych.-

102

OFFICE DE LÉGISLATION COMMERCIALE

DE L'

Institut International du Commerce

Sous le Haut Patronage de S. M. le Roi des Belges
et la Présidence d'Honneur de S. A. R. le Prince Léopold

Commission de Législation Commerciale et des Ratifications

instituée par
la Conférence parlementaire internationale du Commerce

Dossier relatif à l'Unification des dispositions législatives concernant la Lettre de Change et le Billet à Ordre

par

M Cesare TUMEDEI

Conseiller technique de la Commission de Législation Commerciale et des Ratifications instituée par la Conférence parlementaire internationale du Commerce

---

SOMMAIRE

HISTORIQUE DE LA QUESTION.

Annexes :

1. Projet de convention sur l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre, approuvé par la Conférence de La Haye (Juin, Juillet, 1912).
2. Unification de la lettre de change et du chèque proposée par la Chambre de commerce internationale.
3. Délibérations du Comité d'experts juristes de la Société des Nations en matière de lettres de change et de chèques. — Rapport au Comité économique.
4. Observations présentées sur le rapport du Comité des juristes de la Société des Nations par l'Institut international de Rome pour l'unification du droit privé (Session Février 1929).
5. Délibérations de l'Institut international de Rome pour l'unification du droit privé.

Institut international du Commerce

PALAIS D'EGMONT
BRUXELLES

103

Office de Législation commerciale

DE L'

INSTITUT INTERNATIONAL DU COMMERCE

Dossier relatif à

l'Unification des Dispositions législatives

concernant la Lettre de Change et le Billet à Ordre

PAR

M. Cesare TUMEDEI

Conseiller technique
de la Commission de Législation Commerciale et des Ratifications
instituée par la Conférence parlementaire internationale du Commerce

---

Institut international du Commerce
PALAIS D'EGMONT
BRUXELLES

La Commission permanente de législation commerciale, instituée par la Conférence parlementaire internationale du commerce, décida, dans sa session inaugurale, qui eut lieu le 18 juin, au Palais du Petit-Luxembourg, à Paris, en présence de M. Paul Doumer, Président du Sénat, sous la présidence de M. Adolphe Landry, député, ancien ministre, que l'unification des dispositions législatives sur la lettre de change et le billet à ordre ferait l'objet d'une étude spéciale. M. Cesare Tumedei, l'un des conseillers techniques du nouveau collège, chargé d'établir la liaison entre la Commission et l'Institut international de Rome pour l'unification du droit privé, fut prié de résumer tous les éléments de documentation relatifs aux nombreuses épreuves d'examen et de discussion que cette importante question a subies.

C'est le travail de M. Cesare Tumedei qu'on trouvera d'autre part.

Historique

Les travaux pour l'unification des lois sur la lettre de change et le billet à ordre, interrompus pendant la guerre, ont été résumés au fur et à mesure que les pays européens reprenaient leurs relations commerciales et recommençaient à ressentir la nécessité toujours grandissante d'ententes réciproques dans le champ du droit commercial.

Le problème de l'unification du droit en matière de lettre de change et de chèques a été l'objet d'attention et d'étude de la part de tous les pays intéressés au mouvement commercial, et a donné lieu à de nombreux essais de règlements uniformes depuis la seconde moitié du siècle dernier. La nature même des instruments négociables qui, sans s'arrêter aux frontières des nations, sont l'instrument d'innombrables échanges commerciaux, a déterminé la nécessité d'envisager les moyens pour en rendre plus aisée la circulation.

On a donc étudié le problème, soit au point de vue du droit international privé, soit sous l'aspect du rapprochement des lois constituant le droit positif de chaque Etat afin de réaliser, dans les limites du possible, une sorte d'unification des règles s'y référant. Ce travail d'unification, qui peut d'abord paraître aisé en considérant l'origine et les sources premières des lois en cette matière — c'est-à-dire le droit coutumier dont jaillit le droit commercial en Europe — devient fort difficile à la suite des nombreuses dispositions qui ont été introduites dans les législations modernes, soit dans les pays du droit codifié, soit dans les pays de « common law ». Même dans ces derniers on a réalisé la nécessité d'ordonner et de recueillir, dans des règles de loi écrites, toutes les dispositions se référant à la matière des titres négociables, au moyen de projets (Bills) et de lois uniformes qui offrent un exemple typique d'unification du droit privé. Il faut noter à ce propos, les travaux de la Commission pour l'unification des lois d'Etat aux Etats-Unis, qui ont abouti à la création d'un projet de loi uniforme sur les titres négociables, adopté par presque tous les Etats de l'Union (1).

En Europe, rappelons aussi l'ordonnance générale allemande qui a été, au début, un travail d'unification, et les lois uniformes sur la lettre de change et le chèque adoptées par les Etats Scandinaves, le Danemark, la Suède et la Norvège, mises en vigueur en 1881. Enfin, la loi anglaise de 1882, qui a été le modèle des lois promulguées dans les Dominions et aux Etats-Unis.

Les essais d'unification partielle ou totale du droit de la lettre de change, au point de vue international, n'ont cependant pas manqué. Tout en laissant de côté les premières études et projets d'unification qui ont

(1) Voir « La Commission Américaine d'uniformité des lois d'Etats » (Charles Rey), 1927.

été le produit de la science juridique du XIXe siècle, il faut rappeler tout d'abord les travaux de l'*Institut de droit international* et de l'*Association internationale pour le progrès des sciences sociales*, et ceux de l'*International Law Association* qui ont abouti à des conférences tenues à Gand en 1863, à Anvers et à Bruxelles en 1885 et 1888, ces dernières sur l'initiative de la Belgique; dans ces conférences on a posé le problème au point de vue du droit international en ouvrant le cours à des conférences et pourparlers qui se sont déroulés jusqu'à nos jours.

La première et la plus importante des conférences internationales d'avant-guerre, a été celle tenue en 1910 et 1912 à La Haye, convoquée par le Gouvernement des Pays-Bas à la suite d'une démarche faite par l'Allemagne et l'Italie.

Deux conférences se sont suivies à La Haye, la première en 1910 et la seconde en 1912. La très grande majorité des Etats des deux mondes y ont participé, y envoyant des délégués qui représentaient aussi bien les grandes organisations financières que les grands intérêts commerciaux.

Ces conférences ont examiné, sous toutes ses faces, la question de l'unification; les résultats de la première conférence ont été soumis à un nouvel examen dans la seconde conférence qui a abouti à une convention, signée par vingt-sept Etats; par cette convention, ceux-ci s'engageaient à mettre en vigueur, dans leurs territoires respectifs, un règlement uniforme de quatre-vingts articles, annexé à la Convention (Document n° 1). La représentation des Etats du monde a été, pratiquement parlant, complète; les principaux Instituts de crédit des différents pays représentés, avaient envoyé leurs délégués à cette Conférence. Entre autres, la Banque de France, la Banque d'Angleterre et l'Association des Banquiers Anglais, la Banque Nationale et la Société Générale de Belgique, la Banque Internationale de Luxembourg, la Maison Mendelsohn & Co. de Berlin et d'autres Banques importantes de l'est de l'Europe.

Au début de la Conférence de La Haye, une tendance se manifesta aussitôt dans la situation respective des pays du continent et des Etats anglo-saxons. Aux premières séances, la délégation britannique, présidée par sir Georges Buchanan, alors Ministre de Grande-Bretagne à La Haye, exposa son point de vue dans la question de l'unification des lois sur la lettre de change et le billet à ordre. Il suffit, pour montrer la disposition de la délégation britannique à l'égard de ce problème, de citer le préambule prononcé par Sir Georges Buchanan :

Nous avons suivi avec le plus vif intérêt les progrès des travaux de la Conférence; les discussions, auxquelles il nous a été donné de prendre part, nous ont fait comprendre mieux que par le passé, le jeu des lois qui régissent les lettres de change dans les différents pays du monde, ainsi que les motifs qui ont conduit à l'adoption et au maintien de ces lois. Nous ne manquerons pas de soumettre à notre Gouvernement un rapport détaillé sur l'ensemble des travaux de la Conférence et de lui signaler en même temps les points sur lesquels il y aurait, à notre avis, possibilité de modifier la législation anglaise. Lorsque les autorités compétentes auront examiné ce rapport, le Gouvernement de Sa Majesté décidera s'il y a lieu de modifier, conformément aux résolutions adoptées par la Conférence, certaines dispositions de la loi anglaise.

Toutefois, il est de notre devoir d'affirmer une fois de plus, qu'il est impossible à notre Gouvernement de s'engager plus avant, ou de s'écarter

de la position prise par lui au début de cette Conférence. Notre attitude ne nous est dictée ni par orgueil national, ni par obstination, mais uniquement par la nécessité de sauvegarder les intérêts du monde commercial britannique. Un régime législatif qui s'applique à un peuple de plus de 120 millions d'âmes, en y comprenant le Royaume-Uni, les colonies britanniques et la plupart des Etats des Etats-Unis d'Amérique, sans tenir compte de l'immense population de l'Empire de l'Inde, ne peut être modifié sans qu'il en résulte des troubles dans les relations commerciales établies depuis longtemps et sans qu'il se produise des divergences de législation entre les différents membres de la famille anglo-saxonne.

Il se peut que, parmi les prescriptions du droit anglais, il s'en trouve de surannées et d'incommodes, mais dans ces principes généraux, notre droit ne fait qu'enregistrer les us et coutumes de notre commerce. Ce n'est pas un droit arbitraire imposé aux usages de notre commerce intérieur et extérieur. Modifier ce régime juridique aurait pour résultat de bouleverser des us et coutumes depuis longtemps établis. Il existe d'autres questions d'ordre juridique qui soulèvent des difficultés également importantes. Nous ne possédons pas un *droit de change* distinct des autres droits. Nous n'avons pas de tribunaux de commerce. Nous n'établissons aucune distinction entre commerçant et non-commerçant. Notre droit commercial constitue une partie intégrante de notre droit commun, et ce sont les tribunaux civils ordinaires qui en appliquent les dispositions, tout comme ils assurent l'exécution de dettes et d'obligations de droit commun.

Après ce que je viens de dire, il est aisé de comprendre pourquoi la délégation britannique ne peut participer officiellement à la rédaction d'un projet de loi uniforme, puisque les instructions de son Gouvernemnet lui interdisent d'envisager aucune initiative de ce genre.

Les Etats-Unis ont adopté une attitude presque identique, ainsi qu'il ressort de la déclaration faite par M. Conant, délégué technique américain.

Il se manifestait donc, au commencement de cette première Conférence plénière des Etats du monde, une profonde divergence entre les lois du type continental et les lois du type anglo-américain. Les travaux d'unification devaient donc se borner, pour le moment, à la création d'un projet de loi uniforme, pour les pays du continent, qui aurait abouti à une réglementation dans cette matière commune à tous les pays. Si l'œuvre de La Haye était continuée et menée à bonne fin, même sans l'adhésion des Etats du monde anglo-américain et sans modification aucune de leur loi, un résultat qui n'est pas à dédaigner serait atteint : il n'y aurait plus que deux groupes de lois et chacune des lois comprises dans l'un et l'autre de ces groupes serait devenue semblable, à quelques exceptions près, aux autres lois du même groupe. Il y aurait donc d'une part un ensemble presque uniforme de règles du groupement continental, et d'autre part le système du droit anglo-américain aboutissant aux deux lois principales : le *Bill of Exchange Act.* de 1882 pour l'Angleterre et l'*Uniform Negotiable Instruments Law* de 1896 pour les Etats-Unis. La comparaison deviendrait plus facile qu'elle ne l'est actuellement, la jurisprudence des Tribunaux d'un groupe aurait, pour les Etats membres de ce groupe, une valeur considérable. Cette tendance à la bifurcation des travaux sur la lettre de change, considérée avec faveur par l'Angleterre, a prévalu dans la Conférence de La Haye.

Le protocole de clôture de la Conférence de 1912 fait d'abord mention d'une « Convention sur l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre » puis d'un « Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre ».

La Convention des 31 articles contient les règles pour l'application du projet dans les différents pays, et les formes pour la ratification du protocole.

Le rapport entre la Convention et le règlement est indiqué par l'article 1er de la Convention est ainsi conçu :

Les Etats contractants s'engagent à introduire dans leur territoire respectif, soit dans le texte original, soit dans leur langue nationale, le règlement ci-annexé concernant la lettre de change et le billet à ordre, qui devra entrer en vigueur en même temps que la présente Convention.

Les articles 2 à 22 de la Convention donnent aux Etats la faculté de déroger à un assez grand nombre d'articles du Règlement.

Les articles 23 à 29 de la Convention, contiennent des obligations accessoires et des dispositions de droit administratif international.

L'article 30 prévoit une nouvelle conférence qui délibérerait sur la question des additions ou des modifications à introduire dans le Règlement ou dans la Convention.

Le dernier article a trait à la signature de la Convention.

Le règlement uniforme qui comprend quatre-vingts articles s'applique uniquement aux lettres de change et au billet à ordre, payables à une personne dénommée, ou à son ordre. Il ne concerne pas les effets au porteur et les autres titres de crédit (par exemple les Bons du Trésor) et les autres nombreuses valeurs au porteur, qui sont analogues au billet à ordre et qui circulent sur les marchés financiers du monde commercial.

Le règlement uniforme est divisé en deux titres dont le premier traite des lettres de change et le second des billets à ordre.

Le titre relatif aux lettres de change est divisé en 13 chapitres qui contiennent 76 articles; le titre relatif au billet à ordre contient 4 articles.

Le chapitre 1er du titre 1er énumère les conditions que doit réunir une lettre de change, sans viser toutefois à une définition complète; le chapitre 2 traite de l'endossement et des conditions relatives à ce dernier; le chapitre 3 donne les règles de l'acceptation et de ces conséquences. Les chapitres 4, 5, 6 s'occupent de l'aval, de l'échéance, du paiement. Le droit de recours, faute d'acceptation et faute de paiement, forme l'objet du chapitre 7. Les chapitres 8 à 12 traitent respectivement de l'intervention, de la pluralité d'exemplaires et des copies, du faux et des altérations, de la prescription de l'action, résultant de la lettre de change. Les chapitres 12 et 13, enfin, contiennent les dispositions générales et les règles pour les conflits de lois.

Le titre II énumère dans l'article 77 les éléments que doit contenir le billet à ordre, et se borne, dans les articles 79 et 80, à rappeler les articles du règlement qui disciplinent la lettre de change.

L'unification du droit de la lettre de change, tant au point de vue géographique que pour ce qui est du fond du droit, est allée à La Haye aussi loin qu'il était possible en 1912. Dans l'ensemble, le règlement uniforme, dans sa rédaction définitive, est plus près du système anglo-américain qu'aucun des codes actuels du continent ou de l'Amérique du Sud.

106

Diverses circonstances, dont la principale est la guerre, ont empêché la ratification de la Convention.

Après la guerre, la question de l'unification du droit de la lettre de change s'est posée de nouveau. Les gouvernements des Etats européens avaient, pendant ce temps, considéré les inconvénients et les difficultés qui pouvait naître de l'application du règlement de La Haye dans les législations de leurs pays. On reconnaissait que le règlement uniforme de la lettre de change n'était, en effet — comme observe M. le Docteur H. von Flotow dans un article paru en 1927 dans la Revue de l'Institut de Droit International privé et de Droit étranger de Berlin (1) — qu'une unification de façade, qui ne produisait pas l'unification de l'esprit des différents systèmes sur la lettre de change, rendait très difficile l'introduction des articles du règlement dans le système du droit positif des Etats signataires. Le gouvernement italien, par exemple, refusait d'introduire dans sa législation nationale le règlement uniforme de la lettre de change.

Mais en même temps, on avisait la nécessité de résoudre le problème de l'unification des lois en matière de titres négociables pour éviter les innombrables obstacles qui surgissaient à chaque instant dans le champ des relations commerciales internationales.

La Conférence financière de Bruxelles a fixé l'attention de la Société des Nations sur la question. Le Comité Economique de la Société des Nations s'est mis en rapport, en 1922, avec le gouvernement des Pays-Bas qu'il a trouvé disposé à faire un nouvel effort. Le Comité Economique, d'accord avec le Conseil et l'Assemblée, a chargé quatre personnes de rédiger un rapport exprimant leur opinion personnelle sur la question de l'unification et, tout particulièrement, de rechercher quel accueil a été fait dans le monde aux travaux de La Haye. Ces quatre personnes sont, dans l'ordre alphabétique :

Sir Mackenzie D. Chalmers (Grande-Bretagne):

M. le Professeur D. Josephus Jitta (Pays-Bas);

M. le Professeur Franz Klein (Autriche);

M. le Professeur Ch. Lyon-Caen (France).

Les quatre experts se sont acquittés de leur mandat en présentant au Comité Economique des rapports individuels y exposant leur point de vue personnel et le résultat de leurs observations sur le projet de La Haye (2).

M. Chalmers confirma le point de vue britannique qu'il avait déjà exprimé à l'occasion de la première Conférence de La Haye, c'est-à-dire l'attitude de simple observation qui ne comportait pas une intervention directe du Gouvernement anglais dans les travaux d'unification. Cette attitude était également celle des Etats-Unis.

M. Lyon-Caen exposa les obstacles que la ratification de la Convention de La Haye a rencontrés particulièrement en France, le projet de La Haye étant profondément contraire aux principes généraux du droit civil français, ce qui engendrait des difficultés innombrables dans une éventuelle discussion parlementaire du projet. Même les rapports de MM. Jitta et

(1) Cf. « Der heutige Stand der Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts ». — Dr H. von Flotow. — *Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht*, 1927, page 68.

(2) Cf. Unification de la législation sur la lettre de change et le billet à ordre, Rapport général et rapports individuels présentés par J. Jitta, Chalmers, Lyon-Caen et Klein.

Klein, qui étaient au fond favorables au règlement de La Haye, laissaient entrevoir des réserves sur l'opportunité de l'introduction, en général, du règlement uniforme sur la lettre de change.

Ces rapports individuels étaient annexés au Rapport général qui exprimait l'opinion commune des quatre experts. Dans ces travaux, après avoir constaté que l'application du règlement uniforme n'aurait pu que très difficilement rallier les législations du groupe anglo-saxon, on n'en jugeait pas moins possible un rapprochement des différentes législations du système continental. Mais on arrivait à la conclusion que l'on ne pouvait pas compter sur l'acceptation intégrale par tous les Etats des nombreuses prescriptions contenues dans le règlement uniforme.

Les conclusions de ces travaux préliminaires ont été soumises à une critique très claire dans un article publié par M. le Prof. Wieland au printemps de 1925 (1). M. Wieland, après avoir examiné le problème, en tirait la conclusion que les temps n'étaient pas encore mûrs pour une unification complète du droit sur la lettre de change et que cependant il valait mieux se proposer des questions particulières dont la révélation aurait été plus utile.

A la suite des considérations — peu encourageantes — de ses experts, le Comité Economique de la Société des Nations décida, néanmoins, de tenter de nouveaux pas dans la voie de l'unification de la lettre de change. Vers la moitié de 1925, les travaux d'unification furent résumés, d'une part, dans une délibération du Congrès de la Chambre de Commerce Internationale, relativement à cette question, et, d'autre part, dans une autre délibération de la Société des Nations, de confier l'examen du problème à deux rapporteurs.

Mais l'initiative de ces deux institutions ne procédait pas du même point de vue.

La Chambre de Commerce Internationale, inspirée par un sens pratique d'optimisme et ne relevant pas les difficultés matérielles que présentait la question, décidée à trouver une solution quelconque du problème, proposait l'adoption d'un règlement sur la lettre de change, basé principalement sur les règles du projet de La Haye. Le Comité Economique de la Société des Nations, de son côté, plus au courant des questions politiques et des difficultés réelles qui s'opposaient à cette aspiration d'unification du droit sur la lettre de change, concluait, tout au contraire, que l'on doit envisager la question du rapprochement des deux systèmes juridiques, continental et anglo-américain, ce qui n'aurait pas été possible, si l'on se bornait à réaliser l'unification du seul système continental. C'est dans ce sens que le Comité exprimait ses vœux (2).

Ces deux conceptions, diamétralement opposées, conduisirent à une bifurcation dans les travaux des deux groupes.

Les travaux préliminaires de la Chambre de Commerce Internationale visèrent à une réalisation immédiate de l'unification et furent renfermés dans un champ purement théorique.

La Commission convoquée pour étudier la définition du problème par la Chambre de Commerce Internationale, comprenait des représentants de la

---

(1) Cf. Prof. Wieland « Die gegenwärtigen Aussichten eines Weltwechselrechts ». Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht.

(2) Décision du Comité Economique du 6 mars 1926, S. D .N. (communiqué au Conseil et aux membres de la Société).

107

Belgique, du Danemark, de l'Allemagne, de la France, de l'Italie, de l'Indo-Chine, du Japon, du Luxembourg, de la Norvège, de l'Autriche, de la Roumanie, de la Suède, de la Suisse, de la Tchécoslovaquie et de la Hongrie, tandis que les représentants de la Grande-Bretagne et des Etats-Unis se bornèrent au rôle d'observateurs.

La Commission exposa ses conclusions dans la forme d'un projet d'unification de la loi sur la lettre de change, qui coïncidait, dans la plus grande partie, avec le texte du projet de La Haye (1). Seulement, on ne put s'accorder sur quatre points, c'est-à-dire au sujet du terme pour la présentation de la lettre de change, l'acceptation du paiement partiel, la forme du protêt et de la notification de l'avis (art. 7, 8, 10, 11 du projet de La Haye). Les modifications du texte du règlement de La Haye étaient en général de très petite importance. On exprimait le désir — interprétant les observations du représentant de la France — de reproduire plus clairement les prescriptions se référant aux effets de l'endossement et au passage de la propriété de la lettre de change. On donnait une considération spéciale à l'aval qui devait être appliqué seulement sur la lettre de change ou sur une allonge; on proposait de fixer un terme de deux jours pour la notification de l'avis faute de paiement, terme qui devait être prolongé dans le cas où le possesseur de la lettre de change serait empêché par force majeure de présenter la lettre, ou d'envoyer l'avis.

Le Comité Economique de la Société des Nations, suivant son point de vue, avait réuni, en décembre 1926, à Genève, une Conférence plénière des experts à laquelle assistaient les Etats-Unis, la Belgique, le Danemark, l'Allemagne, l'Angleterre, les Pays-Bas, l'Italie, le Japon, la Suisse et la Tchécoslovaquie (le représentant de la France étant empêché).

A cette Conférence, on étudia la possibilité d'un rapprochement du système législatif anglo-américain et de ceux du continent. Les experts avaient à rechercher et à indiquer les difficultés qui s'opposent pratiquement à la circulation de la lettre de change, à cause de la différence des systèmes de loi. L'importance d'établir une liaison entre les deux grands systèmes juridiques fut mise pleinement en valeur par les experts, et on en conclut qu'un rapprochement était possible, même sans modifier les principes substantiels des différentes législations, d'autant que, suivant les déclarations du représentant de l'Angleterre, des cercles très influents de la haute banque anglaise se seraient montrés favorables à un changement du point de vue jusqu'alors adopté par l'Angleterre et pour l'acceptation, à certains égards, des principes contenus dans le projet pour les systèmes continentaux. La Conférence n'en crut pas moins que la liaison préconisée serait beaucoup plus facile si l'on pouvait unifier d'abord les droits continentaux, afin de placer le système anglo-américain devant un système continental, au lieu de plusieurs règlements différents sur la lettre de change.

Après ces résultats, les travaux de la Chambre de Commerce Internationale et du Comité Economique de la Société des Nations continuèrent, se rapprochant dans leur but, et suivant une voie presque unique.

La Chambre de Commerce Internationale, dans son Congrès de Stockholm en 1927, examina un nouveau rapport de la Commission de la

---

(1) Cf. « Die Arbeiten der internationalen Handelskammer auf dem Gebiet der Vereinheitlichung des Wechsel- und Scheckrechts ». Dr Gerhard Frentzel. — *Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht.* — 1927, p. 550.

lettre de change et du chèque (présidée par M. W. Westerman), portant sur deux règlements uniformes, dont l'un est relatif à la lettre de change et le billet à ordre et l'autre au chèque (Document n° 2). La Commission prit pour base de ces règlements, les travaux faits par la Conférence de La Haye en 1912. Elle modifia ces textes dans le sens des résolutions du Congrès de Rome de la Chambre de Commerce Internationale, et dans le sens des résolutions qu'elle avait elle-même déjà adoptées avant le Congrès de Bruxelles en ce qui concerne le chèque. Le règlement uniforme comprend 80 articles sur la lettre de change, reproduisant en partie le texte de La Haye et 45 articles sur le chèque comprenant aussi les dispositions générales pour les conflits de lois.

Ce projet a été soumis au Comité Economique de la Société des Nations. Ce dernier, après le Congrès de Rome, proposa au Conseil de la Société des Nations de convoquer un Comité de juristes-experts, en matière de lettres de change et de chèque, pour résumer, dans un texte définitif, les différents projets et les résultats de tous les travaux précédents.

Le Comité des juristes fut convoqué à Genève le 21 novembre 1927 et le 23 janvier 1928. Il tint trente séances; il était composé de MM. le Prof. J. Percerou (Président); Dr Hans von Flotow; Prof. Karel Hermann-Otavsky; Prof. Xavier Janne; Prof. Joseph Sulkowski; Av. Max Vischer; Dr Edouard L. Vivot; Av. Auguste Weiller; C. Smets (Secrétaire).

Avant d'aborder dans les détails les problèmes qu'ils étaient appelés à résoudre en vertu du mandat conféré par le Conseil de la Société des Nations, les experts se préoccupèrent de la méthode qu'il convenait de suivre : ils s'accordèrent sur la nécessité de convoquer aussitôt que possible une Conférence Internationale, tout en observant que, dans une matière aussi complexe et délicate, il convenait de s'en tenir à la méthode, dont une longue pratique avait démontré l'utilité, et qui consistait à ne réunir les représentants des Etats qu'au moment où une base solide de discussion, résultant de minutieux travaux préparatoires, pût leur être présentée et seulement après que ces propositions auraient formé l'objet d'un examen préalable de la part des divers gouvernements invités à participer à la Conférence.

Sur la question de la conduite des travaux d'unification, le Comité décida de rechercher tout d'abord les bases sur lesquelles, à leur avis, pourrait être établi un projet tendant à réduire les divergences du droit de la lettre de change et du chèque dans les législations du groupe continental, y compris celles de l'Amérique latine. Cette opinion des experts était conforme à la résolution du Congrès de la Chambre de Commerce Internationale, tenu à Stockholm, dont nous avons déjà parlé.

Le projet de règlement formulé par les experts comprend 77 articles sur la lettre de change et 29 articles sur le chèque. Chacun des deux règlements est suivi d'un projet d'articles de convention destiné à rendre la validité et les effets des engagements pris en matière de lettre de change, de billet à ordre, et de chèque, et à établir des règles de conflit de lois en cette matière (document n° 3).

Les experts ont pris, comme point de départ de leurs études, les résultats des travaux de la Conférence de La Haye de 1912, et tenu compte des observations et résolutions formulées par la Chambre de Commerce Internationale.

Le projet du Comité des experts a donc été créé en associant des dispositions du texte de La Haye avec les résolutions adoptées sur certains points

108

par la Chambre de Commerce Internationale, en ajoutant des règles nouvelles pour les conflits de lois.

Ce projet a été soumis par le Conseil de la Société des Nations à l'exament de l'Institut International de Rome pour l'unification du droit privé, qui a été créé en 1927 et inauguré en 1928, à la suite de la munificence du Chef du Gouvernement italien, Son Exc. W. Benito Mussolini, qui fixa le siège de cet Institut dans l'ancienne Villa Aldobrandini, à Rome.

Le Président de l'Institut, Son Exc. V. Scialoja, convoquait aussitôt une Commission de juristes pour lui soumettre l'étude du règlement de Genève.

Dans le rapport présenté au Conseil de Direction de l'Institut, dans une session du mois de février 1929 (document nº 4) par le Secrétaire Général, M. le Prof. De Francisci, on expose les observations de la dite Commission sur le projet même. Le rapport, après avoir considéré les difficultés qui s'opposent à une fusion entre les législations du groupe continental et celle à type anglo-saxon, observe « qu'il convient toujours de s'inspirer d'une tendance fermement décidée à parvenir, même lentement et au moyen de rapprochements successifs, à des règles uniformes. Le Conseil de Direction de l'Institut, dans sa séance du 31 mai 1928, traitant du thème de l'unification en général, a relevé que la création d'un système continental rigide, nettement opposé au système anglo-saxon, risque de rendre ensuite plus difficile la découverte de points de contact entre les deux systèmes.

» Le système, adopté par le Comité d'experts, ne paraît pas éviter ce danger, puisqu'il se réduit à un projet de règlement uniforme (dans lequel les tendances continentales ont une prévalence absolue) et à une convention destinée, d'un côté à rendre la validité et les effets des obligations de la lettre de change indépendante de l'observation des dispositions sur le timbre, et d'un autre côté à établir des principes uniformes de droit international privé. Or, en dehors du premier point (dispositions sur le timbre) sur lequel on reviendra ensuite, l'avis de l'Institut est le suivant :

1º Que le but du règlement uniforme doit être de fixer les règles pour un type de lettre de change commun aux divers Etats et spécialement destiné à la circulation internationale, sans vouloir rejeter d'autres types de titres à ordre qui pourront momentanément rester en usage dans les divers Etats.

2º Que, en tous cas, dans une convention adjointe au règlement uniforme, soient indiqués les points sur lesquels est réservée aux Etats contractants et acceptant le Règlement Uniforme, la faculté d'introduire des normes en dérogation des principes du dit règlement.

3º Que, pour éviter des incertitudes dans la pratique, les Etats contractants s'engagent dans la convention, pour le cas où ils feraient usage de ces réserves, à communiquer aux autres Etats contractants, le texte des règles qui s'éloignent du Règlement Uniforme.

principes du droit anglo-saxon qui, sans changer les lignes essentielles

4º Que, dans le projet du règlement uniforme, on peut accepter certains du règlement, pourraient diminuer la divergence entre ce droit et le système continental.

L'Institut est d'avis que si, grâce aux réserves, on peut surmonter les obstacles qui pourraient conduire certains Etats à ne pas adhérer au

règlement uniforme, on pourrait aussi — avec la communication aux autres Etats des dérogations à ce règlement — réaliser rapidement une connaissance sûre et large surtout du côté des Instituts de Crédit, des principes qui régissent la matière des lettres de change dans les différents Etats. Et il faut ajouter que les études qui seront nécessaires pour introduire des dérogations à la réglementation uniforme, pourront amener plusieurs Etats à renoncer à ces dérogations qui, sans une grande utilité pratique pour les lettres de change circulant à l'intérieur, pourraient créer des obstacles ou constituer une cause d'infériorité dans le commerce international.

Le rapport a été examiné par le Conseil de Direction de l'Institut dans les séances du 20 et 21 février 1929 et sur le thème ont exprimé leurs opinions : MM. Rocco (Italie), Colin (France), Buero (Société des Nations), Rabel (Allemagne), Rundstein (Pologne), Paulucci di Calboli Barone (Société des Nations), Giannini (Pays-Bas), Poullet (Belgique), Barrington Hurst (Empire Britannique), Da Fonseca Hermes (Brésil), Garrigues (Espagne), Sjöborg (Suède), Antoniade (Roumanie), Matsuda (Japon), (Document n° 5).

Il est particulièrement remarquable que le représentant de la Grande-Bretagne ait déclaré sa satisfaction pour les retouches faites aux projets de la Société des Nations, qui lui semblent très sages « surtout parce qu'elles montrent que les pays continentaux peuvent se rapprocher du droit anglais ». Cette adhésion laisse entrevoir la possibilité d'un rapprochement des deux systèmes de législation en matière de lettre de change, ce qui était dans les buts de l'Institut International de Rome, et exposés dans le rapport que nous venons de citer.

Ce rapport a été envoyé au Conseil de la Société des Nations qui doit décider sur l'opportunité d'études et de recherches ultérieures et sur la convocation éventuelle d'une Conférence internationale pour l'adoption du projet définitif.

(N° 5 Annexes.) CESARE TUMEDEI.

ANNEXE N° 1

I. — Projet de convention sur l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre approuvé par la Conférence de La Haye

(Juin-Juillet 1912.)

ARTICLE PREMIER. — Les Etats contractants s'engagent à introduire dans leurs territoires respectifs, soit dans le texte original, soit dans leurs langues nationales, le règlement ci-annexé concernant la lettre de change et le billet à ordre, qui devra entrer en vigueur en même temps que la présente convention.

Cet engagement s'étend, à moins d'une réserve générale ou spéciale, aux colonies, possessions ou protectorats et aux circonscriptions consulaires judiciaires des Etats contractants, dans la mesure où leurs lois métropolitaines s'y appliquent.

ART. 2. — Par dérogation à l'article premier, 1° du Règlement, chaque Etat contractant peut prescrire que des lettres de change créées sur son territoire, qui ne contiennent pas la dénomination de *lettre de change*, sont valables, pourvu qu'elles contiennent l'indication expresse qu'elles sont *à ordre*.

ART. 3. — Chaque Etat contractant a, pour les engagements pris en matière de lettre de change sur son territoire, la faculté de déterminer de quelle manière il peut être suppléé à la signature elle-même, pourvu qu'une déclaration authentique inscrite sur la lettre de change constate la volonté de celui qui aurait dû signer.

ART. 4. — Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire, par dérogation à l'article 18 du Règlement, que, pour un endossement fait sur son territoire, la mention impliquant un nantissement sera réputée non écrite.

Dans ce cas, la mention sera également considérée comme non écrite par les autres Etats.

ART. 5. — Par dérogation à l'article 30, alinéa 1, du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté de prescrire qu'un aval pourra être donné sur son territoire par un acte séparé indiquant le lieu où il est intervenu.

ART. 6. — Par dérogation à l'article 32 du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté d'admettre des lettres payables en foire sur son territoire et de fixer la date de leur échéance.

Ces lettres seront reconnues valables par les autres Etats.

ART. 7. — Chaque Etat contractant peut compléter l'article 37 du Règlement en ce sens que, pour une lettre de change payable sur son territoire, le porteur sera obligé de la présenter le jour même de l'échéance; l'inobservation de cette obligation ne devra donner lieu qu'à des dommages-intérêts.

Les autres Etats auront la faculté de déterminer les conditions sous lesquelles ils reconnaîtront une telle obligation.

ART. 8. — Par dérogation à l'article 38, alinéa 2, du Règlement, chaque Etat contractant peut, pour les titres payables sur son territoire, autoriser le porteur à refuser un paiement partiel.

Le droit ainsi accordé au porteur doit être reconnu par les autres Etats.

ART. 9. — Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire qu'avec l'assentiment du porteur, les protêts à dresser sur son territoire peuvent être remplacés par une déclaration datée et écrite sur la lettre de change elle-même, signé par le tiré et transcrite sur un registre public dans le délai fixé pour les protêts.

Une telle déclaration sera reconnue par les autres Etats.

ART. 10. — Par dérogation à l'article 43, alinéa 2, du Règlement, chaque Etat contractant a la faculté de prescrire, soit que le protêt faute de paiement doit être dressé le premier jour ouvrable qui suit celui où le paiement peut être exigé, soit qu'il doit être dressé dans les deux jours ouvrables qui suivent.

ART. 11. — Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que l'avis du non paiement, prévu par l'article 44, alinéa 1, du Règlement, pourra être donné par l'officier public chargé de dresser le protêt.

ART. 12. — Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que les intérêts dont il est question à l'article 47, alinéa 1, 2°, et à l'article 48, 2°, du Règlement, seront de six pour cent pour les lettres de change qui sont à la fois émises et payables sur son territoire. Cette disposition sera reconnue par les autres Etats.

Le taux de l'intérêt à courir à partir d'une action en justice est déterminé librement par la législation de l'Etat où l'action est intentée. Toutefois, le défendeur ne peut réclamer le remboursement des intérêts qu'il a payés que jusqu'à concurrence du taux ordinaire de cinq ou de six pour cent.

ART. 13. — Chaque Etat contractant est libre de décider que, dans le cas de déchéance ou de prescription, il subsistera sur son territoire une action contre le tireur qui n'a pas fait provision ou contre un tireur ou un endosseur qui se seraient enrichis injustement. La même faculté existe, en cas de prescription, en ce qui concerne l'accepteur qui a reçu provision ou se serait enrichi injustement.

ART. 14. — La question de savoir si le tireur est obligé de fournir provision à l'échéance et si le porteur a des droits spéciaux sur cette provision reste en dehors du Règlement et de la présente Convention.

ART. 15. — Chaque Etat contractant peut, pour le cas d'une lettre de change payable sur son territoire, régler les conséquences de la perte de cette lettre, notamment au point de vue de l'émission d'une nouvelle lettre, du droit d'obtenir le paiement ou de faire ouvrir une procédure d'annulation.

Les autres Etats ont la faculté de déterminer les conditions sous lesquelles ils reconnaîtront les décisions judiciaires rendues en conformité de l'alinéa précédent.

ART. 16. — C'est à la législation de chaque Etat qu'il appartient de déterminer les causes d'interruption et de suspension de la prescription des actions résultant d'une lettre de change dont ses tribunaux ont à connaître.

Les autres Etats ont la faculté de déterminer les conditions auxquelles ils reconnaîtront de pareilles causes. Il en est de même de l'effet d'une action comme moyen de faire courir le délai de prescription prévu par l'article 70, alinéa 3, du Règlement.

ART. 17. — Chaque Etat contractant a la faculté de prescrire que certains jours ouvrables seront assimilés aux jours fériés légaux en ce qui concerne la présentation à l'acceptation ou au paiement et tous autres actes relatifs à la lettre de change.

ART. 18. — Chaque Etat contractant a la faculté de ne pas reconnaître la validité de l'engagement pris en matière de lettre de change par l'un de ses ressortissants et qui ne serait tenu pour valable dans le territoire des autres Etats contractants que par application de l'article 74, alinéa 2, du Règlement.

ART. 19. — Les Etats contractants ne peuvent subordonner à l'observation des dispositions sur le timbre la validité des engagements pris en matière de lettre de change ou l'exercice des droits qui en découlent.

Ils peuvent, toutefois, suspendre l'exercice de ces droits jusqu'à l'acquittement des droits de timbre qu'ils ont prescrits. Ils peuvent également décider que la qualité et les effets de titre immédiatement exécutoire qui, d'après leurs législations, seraient attribués à la lettre de change, seront subordonnés à la condition que le droit de timbre ait été, dès la création du titre, dûment acquitté conformément aux dispositions de leurs lois.

ART. 20. — Les Etats contractants se réservent la faculté de ne pas appliquer les principes de droit international privé consacrés par la présente Convention ou par le Règlement en tant qu'il s'agit :

1° d'un engagement pris hors des territoires des Etats contractants;

2° d'une loi qui serait applicable d'après ces principes et qui ne serait pas celle d'un des Etats contractants.

ART. 21. — Les dispositions des articles 2 à 13 et 15 à 20, relatives à la lettre de change, s'appliquent également au billet à ordre.

ART. 22. — Chaque Etat contractant se réserve la faculté de restreindre l'engagement mentionné dans l'article premier aux seules dispositions sur la lettre de change et de ne pas introduire sur son territoire les dispositions sur le billet à ordre contenues dans le titre II du Règlement. Dans ce cas, l'Etat qui a profité de cette réserve, ne sera considéré comme Etat contractant que pour ce qui concerne la lettre de change.

Chaque Etat se réserve également la faculté de faire des dispositions concernant le billet à ordre un Règlement spécial qui sera entièrement conforme aux stipulations du titre II du Règlement et qui reproduira les règles sur la lettre de change auxquelles il est renvoyé, sous les seules modifications résultant des articles 77, 78, 79 et 80 du Règlement et de l'article 21 de la présente Convention.

ART. 23. — Les Etats contractant s'obligent à ne pas changer l'ordre des articles du Règlement par l'introduction des modifications ou additions auxquelles ils sont autorisés.

ART. 24. — Les Etats contractants communiqueront au Gouvernement des Pays-Bas toutes les dispositions qu'ils édicteront en vertu de la présente Convention ou en exécution du Règlement.

De même, les Etats communiqueront au dit Gouvernement les termes qui, dans les langues reconnues sur leur territoire, correspondent à la dénomination de *lettre de change* et de *billet à ordre*. Lorsqu'il s'agit d'une même langue, les Etats intéressés s'entendront entre eux, autant que possible sur le choix d'un seul et même terme.

Les Etats notifieront, en outre, au dit Gouvernement, la liste des jours fériés et des autres jours où le paiement ne peut être exigé dans leur pays respectifs.

Les Etats où une loi autre que la loi nationale est déclarée compétente pour déterminer la capacité de leurs ressortissants de s'engager par lettre de change, auront également soin d'en informer le Gouvernement des Pays-Bas.

Le Gouvernement des Pays-Bas fera connaître immédiatement à tous les autres Etats contractants les indications qui lui auront été données en vertu des alinéas précédents.

ART. 25. — La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à la Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les Représentants des Etats qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifié conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification qui les accompagnent, sera immédiatement, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, remise aux Etats qui ont signé la présente Convention ou qui y auront adhéré. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

ART. 26. — Les Etats non signataires pourront adhérer à la présente Convention, qu'ils aient été ou non représentés aux Conférences internationales de la Haye pour l'unification du droit relatif à la Lettre de change et au Billet à ordre.

L'Etat qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les Archives dudit Gouvernement.

Le Gouvernement des Pays-Bas transmettra immédiatement à tous les Etats qui ont signé la présente Convention ou qui y ont adhéré, copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

ART. 27. — La présente Convention produira effet, pour les Etats qui auront participé au premier dépôt de ratifications, six mois après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Etats qui la ratifieront ultérieurement ou qui y adhéreront, six mois après que les notifications prévues dans l'article 25, alinéa 4, et dans l'article 26, alinéa 2, auront été reçues par le Gouvernement des Pays-Bas.

ART. 28. — S'il arrivait qu'un des Etats contractants voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée, par écrit, au Gouvernement des Pays-Bas qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à tous les autres Etats en leur faisant connaître la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation, qui ne pourra se faire qu'après un délai de trois ans à partir de la date du premier dépôt des ratifications, produira ses effets à l'égard de l'Etat seul qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

ART. 29. — L'Etat qui désire profiter d'une des réserves mentionnées dans l'article premier, alinéa 2, ou dans l'article 22, alinéa 1, doit l'insérer dans l'acte de ratification ou d'adhésion. S'il désire ultérieurement renoncer à cette réserve, il notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas; en ce cas, les dispositions de l'article 26, alinéa 3, et de l'article 27 sont applicables.

L'Etat contractant qui, postérieurement, désire profiter d'une des réserves ci-dessus mentionnées, notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas; sont applicables à cette notification les dispositions de l'article 28.

ART. 30. — Après un délai de deux ans à partir du premier dépôt des ratifications, cinq Etats contractants peuvent adresser une demande motivée au Gouvernement des Pays-Bas à l'effet de provoquer la réunion d'une Conférence qui délibérerait sur la question de savoir s'il y a lieu d'introduire des additions ou des modifications dans le Règlement de la présente Convention.

En l'absence d'une telle demande, le Gouvernement des Pays-Bas prendra soin de convoquer une Conférence dans le but indiqué après l'expiration d'un délai de cinq ans à partir du premier dépôt des ratifications.

ART. 31. — La présente Convention qui portera la date du 23 juillet 1912, pourra être signée à la Haye, jusqu'au 31 juillet 1913, par les Plénipotentiaires des Puissances représentées à la première ou à la deuxième Conférence internationale pour l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures et y ont apposés leurs cachets.

Fait à la Haye le 23 juillet 1912, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas, et dont une copie certifiée conforme sera remise, par la voie diplomatique, à chacun des Gouvernements représentés à la Conférence.

II. — Règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre.

TITRE PREMIER

De la lettre de change.

CHAPITRE PREMIER.

De la création et de la forme de la lettre de change.

ARTICLE PREMIER. — La lettre de change contient :

1° la dénomination de lettre de change insérée dans le texte même du titre et exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre;

2° le mandat pur et simple de payer une somme déterminée;

3° le nom de celui qui doit payer *(tiré)*;

4° l'indication de l'échéance;

5° celle du lieu où le paiement doit s'effectuer;

6° le nom de celui auquel ou à l'ordre duquel le paiement doit être fait;

7° l'indication de la date et du lieu où la lettre est créée;

8° la signature de celui qui émet la lettre *(tireur)*.

ART. 2. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme lettre de change, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants.

La lettre de change dont l'échéance n'est pas indiquée, est considérée comme payable à vue.

A défaut d'indication spéciale, le lieu désigné à côté du nom du tiré est reputé être le lieu de paiement et, en même temps, le lieu du domicile du tiré.

La lettre de change n'indiquant pas le lieu de sa création est considérée comme souscrite dans le lieu désigné à côté du nom du tireur.

ART. 3. — La lettre de change peut être à l'ordre du tireur lui-même.

Elle peut être tirée sur le tireur lui-même.

Elle peut être tirée pour le compte d'un tiers.

ART. 4. — Une lettre de change peut être payable au domicile d'un tiers, soit dans le lieu du domicile du tiré, soit dans un autre lieu *(lettre de change domiciliée)*.

ART. 5. — Dans une lettre de change payable à vue ou à un certain délai de vue, il peut être stipulé par le tireur que la somme sera productive d'intérêts. Dans toute autre lettre de change, cette stipulation est réputée non écrite.

Le taux des intérêts doit être indiqué dans la lettre; à défaut de cette indication, il est de cinq pour cent.

Les intérêts courent à partir de la date de la lettre de change, si une autre date n'est indiquée.

112

ART. 6. — La lettre de change dont le montant est écrit à la fois en toutes lettres et en chiffres, vaut, en cas de différence, pour la somme écrite en toutes lettres.

La lettre de change dont le montant est écrit plusieurs fois, soit en toutes lettres, soit en chiffres, ne vaut, en cas de différence, que pour la moindre somme.

ART. 7. — Si une lettre de change porte la signature de personnes incapables de s'obliger, les obligations des autres signataires n'en sont pas moins valables.

ART. 8. — Quiconque appose sa signature sur une lettre de change, comme représentant d'une personne pour laquelle il n'avait pas le pouvoir d'agir, est obligé lui-même en vertu de la lettre. Il en est ainsi du représentant qui a dépassé ses pouvoirs.

ART. 9. — Le tireur est garant de l'acceptation et du paiement.

Il peut s'exonérer de la garantie de l'acceptation; toute clause par laquelle il s'exonère de la garantie du paiement est réputée non écrite.

CHAPITRE II.

De l'endossement.

ART. 10. — Toute lettre de change, même non expressément tirée à ordre, est transmissible par la voie de l'endossement.

Lorsque le tireur a inséré dans la lettre de change les mots « non à ordre » ou une expression équivalente, le titre n'est transmissible que dans la forme et avec les effets d'une cession ordinaire.

L'endossement peut être fait même au profit du tiré, accepteur ou non, du tireur ou de tout autre obligé. Ces personnes peuvent endosser la lettre à nouveau.

ART. 11. — L'endossement doit être pur et simple. Toute condition à laquelle il est subordonné est réputée non écrite.

L'endossement partiel est nul.

Est également nul l'endossement » au porteur ».

ART. 12. — L'endossement doit être écrit sur la lettre de change ou sur une feuille qui y est rattachée *(allonge)*. Il doit être signé par l'endosseur.

L'endossement est valable alors même que le bénéficiaire n'y serait pas désigné ou que l'endosseur se serait borné à apposer sa signature au dos de la lettre de change ou d'une allonge (*endossement en blanc*).

ART. 13. — L'endossement transmet tous les droits résultant de la lettre de change.

Si l'endossement est en blanc, le porteur peut :

1° remplir le blanc, soit de son nom, soit du nom d'une autre personne;

2° endosser la lettre de nouveau en blanc ou à une autre personne;

3° remettre la lettre à un tiers, sans remplir le blanc et sans l'endosser.

ART. 14. — L'endosseur est, sauf clause contraire, garant de l'acceptation et du paiement.

Il peut interdire un nouvel endossement; dans ce cas, il n'est pas tenu à la garantie envers les personnes auxquelles la lettre est ultérieurement endossée.

ART. 15. — Le détenteur d'une lettre de change est considéré comme porteur légitime s'il justifie de son droit par une suite ininterrompue d'endossements, même si le dernier endossement est en blanc. Quand un endossement en blanc est suivi d'un autre endossement, le signataire de celui-ci est réputé avoir acquis la lettre par l'endossement en blanc. Les endossements biffés sont réputés non avenus.

Si une personne a été dépossédée d'une lettre de change pour quelque événement que ce soit, le porteur justifiant de son droit de la manière indiquée à l'alinéa précédent, n'est tenu de se dessaisir de la lettre que s'il l'a acquise de mauvaise foi ou si, en l'acquérant, il a commis une faute lourde.

ART. 16. — Les personnes actionnées en vertu de la lettre de change ne peuvent pas opposer au porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec le tireur ou avec les porteurs antérieurs, à moins que la transmission n'ait eu lieu à la suite d'*une entente frauduleuse.*

ART. 17. — Lorsque l'endossement contient la mention « valeur en recouvrement », « pour encaissement », « par procuration » ou toute autre mention impliquant un simple mandat, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais il ne peut endosser celle-ci qu'à titre de procuration.

Les obligés ne peuvent, dans ce cas, invoquer contre le porteur que les exceptions qui seraient opposables à l'endosseur.

ART. 18. — Lorsqu'un endossement contient la mention « valeur en garantie », « valeur en gage », ou toute autre mention impliquant un nantissement, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais un endossement fait par lui ne vaut que comme endossement à titre de procuration.

Les obligés ne peuvent invoquer contre le porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec l'endosseur, à moins que l'endossement n'ait eu lieu à la suite d'une entente frauduleuse.

ART. 19. — L'endossement postérieur à l'échéance produit les mêmes effets qu'un endossement antérieur. Toutefois, l'endossement postérieur au protêt faute de paiement ou fait après l'expiration du délai fixé pour le dresser, ne produit que les effets d'une cession ordinaire.

CHAPITRE III.

De l'acceptation.

ART. 20. — La lettre de change peut être, jusqu'à l'échéance, présentée à l'acceptation du tiré, au lieu de son domicile, par le porteur ou même par un simple détenteur.

ART. 21. — Dans toute lettre de change, le tireur peut stipuler qu'elle devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai.

Il peut interdire dans la lettre la présentation à l'acceptation, à moins qu'il ne s'agisse d'une lettre de change domiciliée ou tirée à un certain délai de vue.

Il peut aussi stipuler que la présentation à l'acceptation ne pourra avoir lieu avant une certaine date.

Tout endosseur peut stipuler que la lettre devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai, à moins qu'elle n'ait été déclarée non acceptable par le tireur.

ART. 22. — Les lettres de change à un certain délai de vue doivent être présentées à l'acceptation dans les six mois de leur date.

Le tireur peut abréger ce dernier délai ou en stipuler un plus long.

Ces délais peuvent être abrégés par les endosseurs.

ART. 23. — Le porteur n'est pas obligé de se dessaisir, entre les mains du tiré, de la lettre présentée à l'acceptation.

Le tiré peut demander qu'une seconde présentation lui soit faite le lendemain de la première. Les intéressés ne sont admis à prétendre qu'il n'a pas été fait droit à cette demande que si celle-ci est mentionnée dans le protêt.

ART. 24. — L'acceptation est écrite sur la lettre de change. Elle est exprimée par le mot « accepte » ou tout autre mot équivalent; elle est signée du tiré. La simple signature du tiré apposée au recto de la lettre vaut acceptation.

Quand la lettre est payable à un certain délai de vue ou lorsqu'elle doit être présentée à l'acceptation dans un délai déterminé en vertu d'une stipulation spéciale, l'acceptation doit être datée du jour où elle a été donnée à moins que le porteur n'exige qu'elle soit datée du jour de la présentation. A défaut de date, le porteur, pour conserver ses droits de recours contre les endosseurs et contre le tireur, fait constater cette omission par un protêt dressé en temps utile.

ART. 25. — L'acceptation est pure et simple; mais elle peut être restreinte à une partie de la somme.

Toute autre modification apportée par l'acceptation aux énonciations de la lettre de change équivaut à un refus d'acceptation. Toutefois, l'accepteur est tenu dans les termes de son acceptation.

ART. 26. — Quand le tireur a indiqué dans la lettre de change un lieu de paiement autre que celui du domicile du tiré, sans désigner le domiciliataire, l'acceptation indique la personne qui doit effectuer le paiement. A défaut de cette indication, l'accepteur est réputé s'être obligé à payer lui-même au lieu du paiement.

Si la lettre est payable au domicile du tiré, celui-ci peut, dans l'acceptation, indiquer une adresse du même lieu où le paiement doit être effectué.

ART. 27. — Par l'acceptation, le tiré s'oblige à payer la lettre de change à l'échéance.

A défaut de paiement, le porteur même s'il est le tireur, a contre l'accepteur une action directe résultant de la lettre de change pour tout ce qui peut être exigé en vertu des articles 47 et 48.

ART. 28. — Si le tiré, qui a revêtu la lettre de change de son acceptation, a biffé celle-ci avant de s'être dessaisi du titre, l'acceptation est censée refusée; toutefois, le tiré est tenu dans les termes de son acceptation, s'il l'a biffée après avoir fait connaître par écrit au porteur ou à un signataire quelconque qu'il avait accepté.

CHAPITRE IV.

De l'aval.

ART. 29. — Le paiement d'une lettre de change peut être garanti par un aval.

Cette garantie est fournie par un tiers ou même par un signataire de la lettre.

ART. 30. — L'aval est donné sur la lettre de change ou sur une allonge.

Il est exprimé par les mots « bon pour aval » ou par toute autre formule équivalente; il est signé par le donneur d'aval.

Il est considéré comme résultant de la seule signature du donneur d'aval, apposée au recto de la lettre de change, sauf quand il s'agit de la signature du tiré ou de celle d'un tireur.

L'aval doit indiquer pour le compte de qui il est donné. A défaut de cette indication, il est réputé donné pour le tireur.

ART. 31. — Le donneur d'aval est tenu de la même manière que celui dont il s'est porté garant.

Son engagement est valable, alors même que l'obligation qu'il a garantie serait nulle pour toute cause autre qu'un vice de forme.

Il a, quand il paye la lettre de change, le droit de recourir contre le garanti et contre les garants de celui-ci.

CHAPITRE V.

De l'échéance.

ART. 32. — Une lettre de change peut être tirée :

à jour fixe;

à un certain délai de date;

à vue;

à un certain délai de vue.

Les lettres de change, soit à d'autres échéances, soit à échéance successives, sont nulles.

ART. 33. — La lettre de change à vue est payable à sa présentation. Elle doit être présentée au paiement dans les délais légaux ou conventionnels fixés pour la présentation à l'acceptation, des lettres payables à un certain délai de vue.

ART. 34. — L'échéance d'une lettre de change à un certain délai de vue est déterminée, soit par la date de l'acceptation, soit par celle du protêt.

En l'absence du protêt, l'acceptation non datée est réputée, à l'égard de l'accepteur, avoir été donnée le dernier jour du délai de présentation, légal ou conventionnel.

ART. 35. — L'échéance d'une lettre de change tirée à un ou plusieurs mois de date ou de vue a lieu à la date correspondante du mois où le paiement doit être effectué.

A défaut de date correspondante, l'échéance a lieu le dernier jour de ce mois.

Quand une lettre de change est tirée à un ou à plusieurs mois et demi de date ou de vue, on compte d'abord les mois entiers.

Si l'échéance est fixée au commencement, au milieu (mi-janvier, mi-février, etc.) ou à la fin du mois, on entend par ces termes le premier, le quinze ou le dernier jour du mois.

Les expressions « huit jours » ou « quinze jours » s'entendent, non d'une ou deux semaines, mais d'un délai de huit ou de quinze jours effectifs.

L'expression « demi-mois » indique un délai de quinze jours.

ART. 36. — Quand une lettre de change est payable à jour fixe dans un lieu ou le calendrier est différent de celui du lieu de l'émission, la date de

l'échéance est considérée comme fixée d'après le calendrier du lieu du paiement.

Quand une lettre de change tirée entre deux places ayant des calendriers différents, est payable à un certain délai de date, le jour de l'émission est ramené au jour correspondant du calendrier du lieu de paiement et l'échéance est fixée en conséquence.

Les délais de présentation des lettres de change sont calculés conformément aux règles de l'alinéa précédent.

Ces règles ne sont pas applicables si une clause de la lettre de change, ou même les simples énonciations du titre, indiquent que l'intention a été d'adopter des règles différentes.

CHAPITRE VI.

Du paiement.

ART. 37. — Le porteur doit présenter la lettre de change au paiement, soit le jour où elle est payable, soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent.

La présentation à une chambre de compensation équivaut à une présentation au paiement.

ART. 38. — Le tiré peut exiger, en payant la lettre de change, qu'elle lui soit remise acquittée par le porteur.

Le porteur ne peut refuser un paiement partiel.

En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur la lettre et que quittance lui en soit donnée.

ART. 39. — Le porteur d'une lettre de change ne peut être contraint d'en recevoir le paiement avant l'échéance.

Le tiré qui paie avant l'échéance le fait à ses risques et périls.

Celui qui paie à l'échéance est valablement libéré, à moins qu'il n'y ait de sa part une fraude ou une faute lourde. Il est obligé de vérifier la régularité de la suite des endossements, mais non la signature des endosseurs.

ART. 40. — Lorsqu'une lettre de change est stipulée payable en une monnaie n'ayant pas cours au lieu du paiement, le montant peut en être payé, d'après sa valeur au jour où le paiement est exigible, dans la monnaie du pays, à moins que le tireur n'ait stipulé que le paiement devra être fait dans la monnaie indiquée (clause de paiement effectif en une monnaie étrangère). Les usages du lieu du paiement servent à déterminer la valeur de la monnaie étrangère. Toutefois, le tireur peut stipuler que la somme à payer sera calculée d'après un cours déterminé dans la lettre ou à déterminer par un endosseur; dans ce cas, cette somme doit être payée dans la monnaie du pays.

Si le montant de la lettre de change est indiqué dans une monnaie ayant la même dénomination, mais une valeur différente, dans le pays d'émission et dans celui du paiement, on est présumé s'être référé à la monnaie du lieu du paiement.

ART. 41. — A défaut de présentation de la lettre de change au paiement dans le délai fixé par l'article 37, tout débiteur a la faculté d'en remettre le montant en dépôt à l'autorité compétente, aux frais, risques et périls du porteur.

CHAPITRE VII.

Des recours faute d'acceptation et faute de paiement.

ART. 42. — Le porteur peut exercer ses recours contre les endosseurs, le tireur et les autres obligés :

à l'échéance,

si le paiement n'a pas eu lieu;

même avant l'échéance,

1° s'il y a eu refus d'acceptation;

2° dans le cas de faillite du tiré, accepteur ou non, de cessation de ses paiements même non constatée par un jugement, ou de saisie de ses biens demeurée infructueuse;

3° dans le cas de faillite du tireur d'une lettre non acceptable.

ART. 43. — Le refus d'acceptation ou de paiement doit être constaté par un acte authentique *(protêt faute d'acceptation* ou *faute de paiement).*

Le protêt faute de paiement doit être fait, soit le jour où la lettre de change est payable, soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent.

Le protêt faute d'acceptation doit être fait dans les délais fixés pour la présentation de l'acceptation. Si, dans le cas prévu par l'article 23, alinéa 2, la première présentation a eu lieu le dernier jour du délai, le protêt peut encore être dressé le lendemain.

Le protêt faute d'acceptation dispense de la présentation au paiement et du protêt faute de paiement.

Dans les cas prévus par l'article 42, 2°, le porteur ne peut exercer ses recours qu'après présentation de la lettre au tiré pour le paiement et après confection d'un protêt.

Dans les cas prévus par l'article 42, 3°, la production du jugement déclaratif de la faillite du tireur suffit pour permettre au porteur d'exercer ses recours.

ART. 44. — Le porteur doit donner avis du défaut d'acceptation ou de paiement à son endosseur et au tireur, dans les quatre jours ouvrables qui suivent le jour du protêt ou celui de la présentation en cas de clause de retour sans frais.

Chaque endosseur doit, dans le délai de deux jours, faire connaître à son endosseur l'avis qu'il a reçu, en indiquant les noms et les adresses de ceux qui ont donné les avis précédents, et ainsi de suite, en remontant jusqu'au tireur. Le délai ci-dessus indiqué court de la réception de l'avis précédent.

Dans le cas où un endosseur n'a pas indiqué son adresse ou l'a indiquée d'une façon illisible, il suffit que l'avis soit donné à l'endosseur qui le précède.

Celui qui a un avis à donner peut le faire sous une forme quelconque même par un simple renvoi de la lettre de change. Il doit prouver qu'il l'a fait dans le délai prescrit.

Ce délai sera considéré comme observé, si une lettre missive donnant l'avis a été mise à la poste dans ledit délai.

Celui qui ne donne pas l'avis dans le délai ci-dessus indiqué, n'encourt pas de déchéance, il est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé par sa négligence, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant de la lettre de change.

ART. 45. — Le tireur ou un endosseur peut, par la clause de « retour sans frais », « sans protêt », ou toute autre clause équivalente, dispenser le

115

porteur de faire dresser, pour exercer ses recours, un protêt faute d'acceptation ou faute de paiement.

Cette clause ne dispense le porteur ni de la présentation de la lettre de change dans les délais prescrits ni des avis à donner à un endosseur précédent et au tireur. La preuve de l'inobservation des délais incombe à celui qui s'en prévaut contre le porteur.

La clause émanant du tireur produit ses effets à l'égard de tous les signataires. Si, malgré cette clause, le porteur fait dresser le protêt, les frais en restent à sa charge. Quand la clause émane d'un endosseur, les frais du protêt, s'il en est dressé un, peuvent être recouvrés contre tous les signataires.

ART. 46. — Tous ceux qui ont tiré, accepté, endossé ou avalisé une lettre de change sont tenus à la garantie solidaire envers le porteur.

Le porteur a le droit d'agir contre toutes ces personnes, individuellement ou collectivement, sans être astreint à observer l'ordre dans lequel elles se sont obligées.

Le même droit appartient à tout signataire d'une lettre de change qui a remboursé celle-ci.

L'action intentée contre un des obligés n'empêche pas d'agir contre les autres, même postérieurs à celui qui a été d'abord poursuivi.

ART. 47. — Le porteur peut réclamer à celui contre lequel il exerce son recours :

1° Le montant de la lettre de change non acceptée ou non payée avec les intérêts, s'il en a été stipulé;

2° Les intérêts au taux de 5 p. c. à partir de l'échéance;

3° Les frais du protêt, ceux des avis donnés par le porteur à l'endosseur précédent et au tireur, ainsi que les autres frais;

4° Un droit de commission qui, à défaut de convention, sera d'un sixième p. c. du principal de la lettre de change, et ne pourra en aucun cas dépasser ce taux.

Si le recours est exercé avant l'échéance, déduction sera faite d'un escompte sur le montant de la lettre. Cet escompte sera calculé, au choix du porteur, d'après le taux de l'escompte officiel (taux de Banque) ou d'après le taux du marché, tel qu'il existe à la date du recours au lieu du domicile du porteur.

ART. 48. — Celui qui a remboursé la lettre de change peut réclamer à ses garants:

1° La somme intégrale qu'il a payée;

2° Les intérêts de la dite somme, calculés aux taux de 5 p. c., à partir du jour où il l'a déboursée;

3° Les frais qu'il a faits;

4° Un droit de commission sur le principal de la lettre de change, fixé conformément à l'art. 47, 4°.

ART. 49. — Tout obligé contre lequel un recours est exercé ou qui est exposé à un recours, peut exiger, contre remboursement, la remise de la lettre de change avec le protêt et un compte acquitté.

Tout endosseur qui a remboursé la lettre de change peut biffer son endossement et ceux des endosseurs subséquents.

ART. 50. — En cas d'exercice d'un recours après une acceptation par-

tielle, celui qui rembourse la somme pour laquelle la lettre a été acceptée peut exiger que ce remboursement soit mentionné sur la lettre et qu'il lui en soit donné quittance. Le porteur doit, en outre, lui remettre une copie certifiée conforme de la lettre et le protêt pour permettre l'exercice des recours ultérieurs.

ART. 51. — Toute personne ayant le droit d'exercer un recours peut, sauf stipulation contraire, se rembourser au moyen d'une nouvelle lettre *(retraite)* non domiciliée et tirée à vue sur l'un de ses garants.

La retraite comprend, outre les sommes indiquées dans les articles 47 et 48, un droit de courtage et le droit de timbre de la retraite.

Si la retraite est tirée par le porteur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre de change à vue, tirée du lieu où la lettre primitive était payable sur le lieu du domicile du garant. Si la retraite est tirée par un endosseur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre à vue tirée du lieu où le tireur de la retraite a son domicile sur le lieu du domicile du garant.

ART. 52. — Après l'expiration des délais fixés:

pour la présentation d'une lettre de change à vue ou à un certain délai de vue;

pour la confection du protêt faute d'acceptation ou faute de paiement;

pour la présentation au paiement en cas de clause de retour sans frais;

le porteur est déchu de ses droits contre les endosseurs, contre le tireur et contre les autres obligés, à l'exception de l'accepteur.

A défaut de présentation à l'acceptation dans le délai stipulé par le tireur, le porteur est déchu de ses droits de recours, tant pour défaut de paiement que pour défaut d'acceptation, à moins qu'il ne résulte des termes de la stipulation que le tireur n'a entendu s'exonérer que de la garantie de l'acceptation.

Si la stipulation d'un délai pour la présentation est contenue dans un endossement, l'endosseur seul peut s'en prévaloir.

ART. 53. — Quand la présentation de la lettre de change ou la confection du protêt dans les délais prescrits est empêchée par un obstacle insurmontable (cas de force majeure), ces délais sont prolongés.

Le porteur est tenu de donner, sans retard, avis du cas de force majeure à son endosseur et de mentionner cet avis, daté et signé de lui sur la lettre de change ou sur une allonge; pour le surplus, les dispositions de l'art. 44 sont applicables.

Après la cessation de la force majeure, le porteur doit, sans retard, présenter la lettre à l'acceptation ou paiement et, s'il y a lieu, faire dresser le protêt.

Si la force majeure persiste au delà de trente jours à partir de l'échéance, les recours peuvent être exercés, sans que ni la présentation ni la confection d'un protêt ne soit nécessaire.

Pour les lettres de change à vue ou à un certain délai de vue, le délai de trente jours court de la date à laquelle le porteur a, même avant l'expiration des délais de présentation, donné avis de la force majeure à son endosseur.

Ne sont point considérés comme constituant des cas de force majeure les faits purement personnels au porteur ou à celui qu'il a chargé de la présentation de la lettre ou de la confection du protêt.

116

CHAPITRE VIII.

De l'intervention.

ART. 54. — Le tireur ou un endosseur peut indiquer une personne pour accepter ou payer au besoin.

La lettre de change peut être, sous les conditions déterminées ci-après, acceptée ou payée par une personne intervenant pour un signataire quelconque.

L'intervenant peut être un tiers, même le tiré, ou une personne déjà obligée en vertu de la lettre de change, sauf l'accepteur.

L'intervenant est tenu de donner, sans retard, avis de son intervention à celui pour qui il est intervenu.

I. *Acceptation par intervention*

ART. 55. — L'acceptation par intervention peut avoir lieu dans tous les cas où des recours sont ouverts avant l'échéance au porteur d'une lettre de change acceptable.

Le porteur peut refuser l'acceptation par intervention, alors même qu'elle est offerte par une personne désignée pour accepter ou payer au besoin.

S'il admet l'acceptation, il perd contre ses *garants les recours* qui lui appartiennent avant l'échéance.

Art. 56. — L'acceptation par intervention est mentionnée sur la lettre de change; elle est signée par l'intervenant. Elle indique pour le compte de qui elle a lieu, à défaut de cette indication, l'acceptation est réputée donnée pour le tireur.

ART. 57. — L'accepteur par intervention est obligé envers le porteur et envers les endosseurs postérieurs à celui pour le compte duquel il est intervenu, de la même manière que celui-ci.

Malgré l'acceptation par intervention, celui pour lequel elle a été faite et ses garants peuvent exiger du porteur, contre remboursement de la somme indiquée à l'art. 47, la remise de la lettre de change et du protêt, s'il y a lieu.

II. *Paiement par intervention*

ART. 58. — Le paiement par intervention peut avoir lieu dans tous les cas où, soit à l'échéance, soit avant l'échéance, des recours sont ouverts au porteur.

Il doit être fait au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt faute de paiement.

ART. 59. — Si la lettre a été acceptée par intervention ou si des personnes ont été indiquées pour payer au besoin, le porteur doit, au lieu du paiement, présenter la lettre à toutes ces personnes et faire dresser, s'il y a lieu, un protêt faute de paiement au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt.

A défaut de protêt dans ce délai, celui qui a désigné le besoin ou pour le compte de qui la lettre a été acceptée et les endosseurs postérieurs cessent d'être obligés.

ART. 60. — Le paiement par intervention doit comprendre toute la

somme qu'aurait à acquitter celui pour lequel il a lieu, à l'exception du droit de commission prévu par l'art. 47, 4°.

Le porteur qui refuse ce paiement perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

ART. 61. — Le paiement par intervention doit être constaté par un acquit donné sur la lettre de change avec indication de celui pour qui il est fait. A défaut de cette indication, le paiement est considéré comme fait pour le tireur.

La lettre de change et le protêt, s'il en a été dressé un, doivent être remis au payeur par intervention.

ART. 62. — Le payeur par intervention est subrogé aux droits du porteur contre celui pour lequel il a payé et contre les garants de celui-ci. Toutefois, il ne peut endosser la lettre de change à nouveau.

Les endosseurs postérieurs au signataire pour qui le paiement a eu lieu, sont libérés.

En cas de concurrence pour le paiement par intervention, celui qui opère le plus de libérations est préféré. Si cette règle n'est pas observée, l'intervenant qui en a connaissance, perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

CHAPITRE IX.

De la pluralité des exemplaires et des copies.

I. *Pluralité d'exemplaires*

ART. 63. — La lettre de change peut être tirée en plusieurs exemplaires identiques.

Ces exemplaires doivent être numérotés dans le texte même du titre faute de quoi chacun d'eux est considéré comme une lettre de change distincte.

Tout porteur d'une lettre n'indiquant pas qu'elle a été tirée en un exemplaire unique peut exiger à ses frais la délivrance de plusieurs exemplaires.

A cet effet, il doit s'adresser à son endosseur immédiat qui est tenu de lui prêter ses soins pour agir contre son propre endosseur et ainsi de suite en remontant jusqu'au tireur. Les endosseurs sont tenus de reproduire leurs endossements sur les nouveaux exemplaires.

ART. 64. — Le paiement fait sur un des exemplaires est libératoire alors même qu'il n'est pas stipulé que ce paiement annule l'effet des autres exemplaires. Toutefois, le tiré reste tenu à raison de chaque exemplaire accepté dont il n'a pas obtenu la restitution.

L'endosseur qui a transféré les exemplaires à différentes personnes ainsi que les endosseurs subséquents sont tenus à raison de tous les exemplaires portant leur signature et qui n'ont pas été restitués.

ART. 65. — Celui qui a envoyé un des exemplaires à l'acceptation doit indiquer sur les autres exemplaires le nom de la personne entre les mains de laquelle cet exemplaire se trouve. Celle-ci est tenue de le remettre au porteur légitime d'un autre exemplaire.

Si elle s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours qu'après avoir fait constater par un protêt :

1° Que l'exemplaire envoyé à l'acceptation ne lui pas été remis sur sa demande;

117

2° Que l'acceptation ou le paiement n'a pu être obtenu sur un autre exemplaire.

II. *Copies.*

ART. 66. — Tout porteur d'une lettre de change a le droit d'en faire des copies.

La copie doit reproduire exactement l'original avec les endossements et toutes les autres mentions qui y figurent. Elle doit indiquer où elle s'arrête.

Elle peut être endossée et avalisée de la même manière et avec les mêmes effets que l'original.

ART. 67. — La copie doit désigner le détenteur du titre original. Celui-ci est tenu de remettre le dit titre au porteur légitime de la copie.

S'il s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours contre les personnes qui ont endossé la copie qu'après avoir fait constater par un protêt que l'original ne lui a pas été remis sur sa demande.

CHAPITRE X.

Du faux et des altérations.

ART. 68. — La falsification d'une signature, même de celle du tireur ou de l'accepteur, ne porte en rien atteinte à la validité des autres signatures.

ART. 69. — En cas d'altération du texte d'une lettre de change, les signataires postérieurs à cette altération sont tenus dans les termes du texte altéré; les signataires antérieurs le sont dans les termes du texte originaire.

CHAPITRE XI.

De la prescription.

ART. 70. — Toutes actions, résultant de la lettre de change contre l'accepteur, se prescrivent par trois ans à compter de la date de l'échéance.

Les actions du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par un an à partir de la date du protêt dressé en temps utile ou de celle de l'échéance en cas de clause de retour sans frais.

Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé la lettre ou du jour où il a été lui-même actionné.

ART. 71. — L'interruption de la prescription n'a d'effet que contre celui à l'égard duquel l'acte interruptif a été fait.

CHAPITRE XII.

Dispositions générales.

ART. 72. — Le paiement d'une lettre de change dont l'échéance est à un jour férié légal ne peut être exigé que le premier jour ouvrable qui suit. De même, tous autres actes relatifs à la lettre de change, notamment la présentation à l'acceptation et le protêt, ne peuvent être faits qu'un jour ouvrable.

Lorsque un de ces actes doit être accompli dans un certain délai dont le dernier jour est un jour férié légal, ce délai est prorogé jusqu'au premier jour ouvrable qui en suit l'expiration. Les jours fériés intermédiaires sont compris dans la computation du délai.

ART. 73. — Les délais légaux ou conventionnels ne comprennent pas le jour qui leur sert de point de départ.

Aucun jour de grâce, ni légal, ni judiciaire, n'est admis.

CHAPITRE XIII.

Des conflits de lois.

ART. 74. — La capacité d'une personne pour s'engager par lettre de change est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée.

La personne qui serait incapable, d'après la loi indiquée par l'alinéa précédent, est, néanmoins, valablement tenue, si elle s'est obligée sur le territoire d'un Etat d'après la législation duquel elle aurait été capable.

ART. 75. — La forme d'un engagement pris en matière de lettre de change est réglée par les lois de l'Etat sur le territoire duquel cet engagement a été souscrit.

ART. 76. — La forme et les délais du protêt ainsi que la forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits en matière de lettre de change, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

TITRE SECOND

Du billet à ordre.

ART. 77. — Le billet à ordre contient:

1° La dénomination du titre insérée dans le texte même et exprimé dans la langue employée pour la rédaction de ce titre;

2° La promesse pure et simple de payer une somme déterminée;

3° L'indication de l'échéance;

4° Celle du lieu où le paiement doit s'effectuer;

5° Le nom de celui auquel ou à l'ordre duquel le paiement doit être fait;

6° L'indication de la date et du lieu où le billet est souscrit;

7° La signature de celui qui émet le titre (souscripteur).

ART. 78. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme billet à ordre, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants.

Le billet à ordre dont l'échéance n'est pas indiquée est considéré comme payable à vue.

A défaut d'indication spéciale, le lieu de création du titre est réputé être le lieu du paiement et, en même temps, le lieu du domicile du souscripteur.

118

Le billet à ordre n'indiquant pas le lieu de sa création est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du souscripteur.

ART. 79. — Sont applicables au billet à ordre, en tant qu'elles ne sont pas incompatibles avec la nature de ce titre les dispositions relatives à la lettre de change et concernant:

l'endossement (articles 10-19);

l'aval (articles 29-31);

l'échéance (articles 32-36);

le paiement (articles 37-41);

le recours faute de paiement (articles 42-49, 51-53);

le paiement par intervention (articles 54, 58-62);

les copies (articles 66 et 67);

les falsifications et altérations (articles 68 et 69);

la prescription (articles 70 et 71);

les jours fériés, la computation des délais et l'interdiction des jours de grâce (articles 72 et 73);

les conflits de lois (articles 74-75);

Sont aussi applicables au billet à ordre les dispositions concernant la domiciliation (articles 4 et 26), la stipulation d'intérêts (article 5), les différences d'énonciations relatives à la somme à payer (article 6), les conséquences de la signature d'une personne incapable (article 7) ou d'une personne qui agit sans pouvoirs ou en dépassant ses pouvoirs (article 8).

ART. 80. — Le souscripteur d'un billet à ordre est obligé de la même manière que l'accepteur d'une lettre de change.

Les billets à ordre payables à un certain délai de vue doivent être présentés au visa du souscripteur dans les délais fixés à l'article 22. Le délai de vue court de la date du visa signé du souscripteur sur le billet. Le refus du souscripteur de donner son visa daté est constaté par un protêt (article 24) dont la date sert de point de départ au délai de vue.

ANNEXE N° 2

UNIFICATION

de la

LETTRE DE CHANGE ET DU CHEQUE

proposée par la Chambre de Commerce Internationale.

La Commission de la Lettre de Change et du Chèque, que préside M. W. Westerman (Pays-Bas) a, conformément aux décisions du Congrès de Bruxelles et du Conseil, consacré plusieurs mois à l'élaboration de deux règlements uniformes, dont l'un porte sur la Lettre de Change et le Billet à ordre, et l'autre sur le Chèque. Elle a pris pour base de ces règlements les travaux faits par la Conférence qui s'est réunie à La Haye en 1912. Ces textes, elle les a modifiés dans le sens des résolutions du Congrès de Rome de la Chambre de Commerce Internationale en ce qui concerne la Lettre de Change et, en ce qui concerne le Chèque, dans le sens des résolutions qu'elle avait elle-même déjà adoptées avant le Congrès de Bruxelles (voir Brochure n° 35); à ces différents travaux elle a également apporté les améliorations que dictait l'expérience pratique de ses membres et des Comités Nationaux.

La Commission a été guidée dans ses efforts par le désir de répondre aux besoins actuels du monde des affaires. Tout en tenant compte du fait que l'unification tant souhaitée dans les milieux d'affaires implique nécessairement des concessions et des modifications importantes de part et d'autre, la Commission a cependant pris soin de ne toucher à aucun principe essentiel des législations existantes.

Il est à noter que c'est vers l'unification des systèmes de législation germanique et latine que la Chambre de Commerce Internationale s'efforce en premier lieu. En effet, en Grande-Bretagne l'on se montre très attaché aux traditions et aux coutumes nationales qui ont fait leurs preuves, tandis qu'aux Etats-Unis, modifier les législations de 48 Etats différents serait chose presque impossible quand même le besoin d'une modification s'y ferait sentir. Dans ces conditions, l'effort actuel de la Chambre de Commerce Internationale consiste a obtenir qu'il n'y ait plus que deux grands systèmes dans le monde : d'une part le système anglo-saxon, d'autre part un système que l'on pourrait qualifier de « continental ».

Les deux règlements uniformes, que la Commission a l'honneur de soumettre à l'approbation du Congrès de Stockholm, pourront servir de modèle à l'unification progressive des différentes législations nationales ou bien être présentés à une Conférence Internationale dont la Chambre de Commerce Internationale a, dans ses différents Congrès, demandé la convocation sous les auspices de la Société des Nations.

119

LISTE DES MEMBRES DE LA COMMISSION DE LA LETTRE DE CHANGE ET DU CHEQUE

Président. — W. Westerman, Vice-Président de la Chambre de Commerce Internationale.

Allemagne. — Geh. Kommerzienrat R. Schmidt, Président de la Chambre de Commerce de Leipzig.

Amérique (E. U. d'). — Judge Thomas B. Paton, General Counsel of the American Bankers' Association.

Autriche. — Dr. Paul Hammerschlag, Directeur de la Créditanstalt für Handel und Gewerbe.

Belgique. — Paul van Zeeland, Docteur en droit et en sciences politiques et diplomatiques; Directeur de la Banque Nationale de Belgique.

Danemark. — Consul Christian Cloos, Président de la Provins handelskammeret.

France. — Albert Troullier, Ancien Président du Tribunal de Commerce de la Seine;

Jacques Bouteron, Docteur en droit, assistés de :

Jean Duchenois, Docteur en droit, Secrétaire-Général Adjoint du Comité National Français.

Hongrie. — Louis Manheim, Docteur en droit; de Messrs. Nevile Foster & Co. Ltd, de Londres; Commissaire administratif pour la Hongrie.

Indochine. — Henri Sambuc, Avocat-défenseur honoraire près la Cour d'Appel de l'Indochine.

Italie. — Giovanni Morandi, Direttore dell'Ufficio di Rappresentanza del Credito Italiano a Parigi.

Japon. — Teisaburo Kuga, Directeur de la Mitsubishi Shoji Kaisha Ltd. à Paris.

Luxembourg. — Albert Calmes, Professeur d'université honoraire, Secrétaire du Comité National Luxembourgeois.

Norvège. — Peter Hougen, Directeur de l'Union des Banques de Norvège.

Roumanie. — Georges Assan, Attaché Commercial de Roumanie à Paris, Commissaire administratif pour la Roumanie.

Suède. — Charles Dickson, Directeur-Gérant du Syndicat des Banques Privées de Suède.

Suisse. — Max Vischer, Docteur en droit, Avocat et Notaire; Premier Secrétaire de l'Association suisse des Banquiers.

Tchécoslovaquie. — Jaroslav Zlatnicek, Docteur en droit, fondé de pouvoirs de la Zivnostenska Banka à Prague.

Un sous-comité de rédaction, comprenant les membres suivants, a été constitué :

M. Westerman, Président; MM. Bouteron, Duchenois, Manheim, Morandi, Troullier, van Zeeland;

Otakar Flanderka, Avocat International, Conseiller Juridique Tchécoslovaque à Paris;

Dr. Jur. Georg. Hirschland, Essen;

Jacques de Pury, Docteur en droit, Avocat Conseil de la Légation de Suisse;

Roger Picard, Professeur agrégé des Facultés de Droit, comme expert financier.

REGLEMENT UNIFORME
SUR LA LETTRE DE CHANGE ET LE BILLET A ORDRE

(présenté au Conseil le 20 octobre 1926)

(Nous ne reproduisons que les articles de la Convention de La Haye qui furent l'objet d'amendements.)

TITRE PREMIER
De la lettre de change.

CHAPITRE PREMIER.

De la création et de la forme de la lettre de change.

Art. 5. — Dans une lettre de change payable à vue ou à un certain délai de vue, il peut être stipulé par le tireur que la somme sera productive d'intérêts. Dans toute autre lettre de change, cette stipulation est réputée non écrite.

Le taux des intérêts doit être indiqué dans la lettre; à défaut de cette indication, le taux des intérêts sera calculé au choix du porteur, d'après le taux officiel (taux de la Banque d'Emission) ou d'après le taux du marché, au lieu du domicile du porteur.

Les intérêts courent à partir de la date de la lettre de change, si une autre date n'est indiquée.

CHAPITRE II.

De l'endossement.

Art. 12. — La signature de tout endosseur doit être conforme au nom du bénéficiaire qui serait indiqué par le tireur ou par l'endosseur précédent, à moins qu'il ne puisse y avoir aucun doute sur l'identité du signataire.

L'endossement doit être écrit sur la lettre de change ou sur une feuille qui y est rattachée (allonge). Il doit être signé par l'endosseur.

L'endossement est valable alors même que le bénéficiaire n'y serait pas désigné ou que l'endosseur se serait borné à apposer sa signature au dos de la lettre de change ou d'une allonge (endossement en blanc).

Art. 13. — La propriété d'une lettre de change se transmet par la voie de l'endossement.

L'endossement n'a besoin en la forme que de la signature de l'endosseur.

L'endossement opère le transport; il n'est une procuration que si telle a été la volonté clairement exprimée des Parties contractantes.

Il est défendu d'antidater les ordres, à peine de faux.

120

CHAPITRE IV.

De l'aval.

Art. 30. — L'aval est donné sur la lettre de change, sur une allonge ou sur un acte séparé.

Il est exprimé par les mots « bon pour aval » ou par toute autre formule équivalente; il est signé par le donneur d'aval.

Il est considéré comme résultant de la seule signature du donneur d'aval, apposée au recto de la lettre de change, sauf quand il s'agit de la signature du tiré ou de celle du tireur.

L'aval doit indiquer pour le compte de qui il est donné. A défaut de cette indication, il est réputé donné pour le tireur.

CHAPITRE VI.

Du paiement.

Art. 37. — Le porteur doit présenter la lettre de change au paiement et le paiement doit être effectué à l'échéance. Toutefois, le délai de rigueur pour la présentation et le paiement des lettres de change sera fixé par la loi du pays où la lettre de change est payable.

La présentation à une chambre de compensation équivaut à une présentation au paiement.

Art. 38. — Le tiré peut exiger, en payant la lettre de change, qu'elle lui soit remise acquittée par le porteur.

Le porteur ne peut refuser un paiement partiel.

En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur la lettre et que quittance lui en soit donnée.

Toutefois, chaque Etat, sur son territoire, aura la faculté de limiter au paiement portable l'obligation de recevoir le paiement partiel.

CHAPITRE VII.

Des recours faute d'acceptation et faute de paiement.

Art. 43. — Le refus d'acceptation ou de paiement doit être constaté par un protêt (faute d'acceptation ou faute de paiement).

La forme des protêts, ainsi que toute question de forme ou de procédure, doit être réservée au droit interne.

Art. 44. — Le porteur doit donner avis du défaut d'acceptation ou de paiement à son endosseur et au tireur dans les deux jours ouvrables qui suivent le jour du protêt ou celui de la présentation en cas de clause de retour sans frais.

Chaque endosseur doit, dans le délai de deux jours, faire connaître à son endosseur l'avis qu'il a reçu, en indiquant les noms et les adresses de ceux qui ont donné les avis précédents, et ainsi de suite, en remontant jusqu'au tireur. Le délai ci-dessus indiqué court de la réception de l'avis précédent.

Dans le cas où un endosseur n'a pas indiqué son adresse ou l'a indiquée d'une façon illisible, il suffit que l'avis soit donné à l'endosseur qui le précède.

Celui qui a un avis à donner peut le faire sous une forme quelconque,

même par un simple renvoi de la lettre de change. Il doit prouver qu'il l'a fait dans le délai prescrit.

Ce délai sera considéré comme observé si une lettre missive donnant l'avis a été mise à la poste dans ledit délai.

Celui qui ne donne pas l'avis dans le délai ci-dessus indiqué n'encourt pas de déchéance; il est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé par sa négligence, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant de la lettre de change.

Toutefois, chaque Etat aura la faculté de prescire à l'officier public chargé de dresser le protêt de donner avis de non-paiement au tireur de la lettre de change, lorsque l'effet indiquera les noms et domicile de celui-ci.

Art. 47. — Le porteur peut réclamer à celui contre lequel il exerce son recours :

1° Le montant de la lettre de change non acceptée ou non payée avec les intérêts, s'il en a été stipulé;

2° Les intérêts du jour de l'échéance et, dans le cas d'effets à vue, du jour de la présentation. Ces intérêts, fixés au taux minimum de 5 p. c., seront calculés, au choix du porteur, d'après le taux de l'escompte officiel (taux de la Banque), ou d'après le taux du marché, tel qu'il existe au domicile du porteur, avec une majoration de 1 p. c. applicable dans les deux cas;

3° Les frais du protêt, ceux des avis donnés par le porteur à l'endosseur précédent et au tireur, ainsi que les autres frais;

4° Un droit de commission qui, à défaut de convention, sera d'un sixième pour cent (1/6 p. c.) du principal de la lettre de change, et ne pourra en aucun cas dépasser ce taux.

Si le recours est exercé avant l'échéance, déduction sera faite d'un escompte sur le montant de la lettre. Cet escompte sera calculé, au choix du porteur, d'après le taux de l'escompte officiel (taux de la Banque) ou d'après le taux du marché, tel qu'il existe à la date du recours au lieu du domicile du porteur.

Art. 48. — Celui qui a remboursé la lettre de change peut réclamer a ses garants :

1° La somme intégrale qu'il a payée;

2° Les intérêts de ladite somme, à partir du jour où il l'a payée. Ces intérêts, fixés au taux minimum de 5 p. c., seront calculés, au choix du porteur, d'après le taux de l'escompte officiel (taux de la Banque), ou d'après le taux du marché, tel qu'il existe au domicile du porteur, avec une majoration de 1 p. c. applicable dans les deux cas;

3° Les frais qu'il a faits;

4° Un droit de commission sur le principal de la lettre de change, fixé conformément à l'article 47, 4°.

Art. 53. — Quant un acte nécessaire pour l'exercice et la conservation des droits découlant d'une lettre de change n'a pu être accompli dans les délais prescrits à la suite d'une disposition légale édictée à l'étranger ou d'un cas de force majeure, les droits ne sont pas affectés par l'inobservation du délai si l'acte est accompli postérieurement dans l'espace d'un mois après la disparition de l'obstacle.

De l'intervention.

II. — *Paiement par Intervention.*

Art. 62. — Le payeur par intervention est subrogé aux droits du porteur contre celui pour lequel il a payé et contre les garants de celui-ci. Toutefois, il ne peut endosser la lettre de change à nouveau.

Les endosseurs postérieurs au signataire pour qui le paiement a eu lieu sont libérés.

En cas de concurrence pour le paiement par intervention, celui qui intervient nonobstant cette règle prend ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

CHAPITRE XI.

De la prescription.

Art. 70. — Toutes actions, résultant de la lettre de change contre l'accepteur se prescrivent par trois ans à compter de la date de l'échéance.

Les actions du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par un an à partir de la date du protêt dressé en temps utile ou de celle de l'échéance en cas de clause de retour sans frais.

Les actions en recours des endossements les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé la lettre; toutefois, si une action ou une poursuite a été dirigée contre ce dernier, le point de départ de la prescription sera le jour de la signification de la citation ou le jour du premier acte de poursuite.

CHAPITRE XII.

Dispositions générales.

Art. 73. — Les délais légaux ou conventionnels ne comprennent pas le jour qui leur sert de point de départ.

Aucun délai de paiement, ni légal, ni judiciaire, n'est admis.

CHAPITRE XIII.

Des conflits de lois.

Art. 74. — La capacité d'une personne pour s'engager par lettre de change est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée.

Toute signature engage son auteur en tous lieux quand elle l'engage dans le pays où il l'a donnée.

TITRE SECOND

Du billet à ordre.

Art. 77. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut, ne vaut pas comme billet à ordre, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants.

Le billet à ordre dont l'échéance n'est pas indiquée est considéré comme payable à vue.

A défaut d'indication spéciale, le lieu de création du titre est réputé être le lieu du paiement et, en même temps, le lieu du domicile du souscripteur.

Le billet à ordre n'indiquant pas le lieu de sa création est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du souscripteur, et, à défaut de désignation du lieu, au domicile du souscripteur.

REGLEMENT UNIFORME POUR LE CHEQUE

(présenté au Conseil le 25 février 1927)

(Nous ne reproduisons que les articles qui furent l'objet d'amendements.)

De la création et de la forme du chèque.

Article premier. — Le chèque contient obligatoirement :
1° Le mot « chèque » inséré dans le texte même du titre;
2° L'ordre pur et simple de payer une somme déterminée;
3° Le nom de celui qui doit payer (tiré);
4° L'indication du lieu où le paiement doit s'effectuer;
5° L'indication du lieu et de la date ou le chèque est créé;
6° La signature de celui qui émet le chèque (tireur).

Art. 2. — Le chèque ne doit être tiré que sur une personne ayant des fonds à la disposition du tireur et conformément à une convention expresse ou tacite, d'après laquelle le tiré est obligé de payer le chèque.

Est réservée aux Etats contractants la faculté de régler les conséquences, civiles, pénales et fiscales de l'émission du titre, en cas d'inobservation des conditions générales indiquées à l'alinéa précédent et à l'article premier ou de l'émission d'un titre postdaté.

Art. 3. — Le chèque peut être stipulé payable au profit d'une personne dénommée ou à l'ordre de celle-ci.

Il peut être stipulé payable au porteur.

Le chèque au profit d'une personne dénommée avec la mention « ou au porteur » ou un terme équivalent est réputé payable au porteur.

Le chèque sans indication du bénéficiaire est payable au porteur.

Le chèque peut être à l'ordre du tireur lui-même.

Le chèque au porteur tiré sur le tireur lui-même est nul comme chèque.

Art. 4. — La capacité passive en matière de chèque, c'est-à-dire la qualité du tiré, est limitée à ceux qui, par profession ou en raison de leurs fonctions, reçoivent habituellement des dépôts d'argent susceptibles d'être retirés par chèque.

Art. 5. — Le tireur est garant du paiement. Toute clause par laquelle le tireur s'exonère de cette garantie est réputée non écrite.

Toutefois, le tireur n'est pas responsable d'un chèque présenté après

122

le délai fixé par l'article 19, et non payé par suite de faits survenus postérieurement à ce délai et indépendants de la volonté du tireur.

Art. 6. — Le chèque dont le montant est écrit à la fois en toutes lettres et en chiffres, vaut, en cas de différence, pour la somme écrite en toutes lettres.

Si le montant du chèque est écrit plusieurs fois, soit en toutes lettres, soit en chiffres, il vaudra pour la somme la plus faible.

Art. 7. — Lorsque le chèque est créé par un incapable en conformité des dispositions de l'article premier et de l'article 2, le tiré ne peut se prévaloir de l'incapacité du tireur. Il en est de même des autres signataires du titre les uns à l'égard des autres.

Si un chèque régulièrement créé porte la signature de personnes incapables de s'obliger, les obligations des signataires postérieurs à la signature de l'incapable n'en sont pas moins valables.

Art. 8. — Quiconque appose sa signature sur un chèque, comme représentant d'une personne pour laquelle il n'avait pas le pouvoir d'agir, est obligé lui-même en vertu du chèque. Il en est de même du mandataire qui a dépassé ses pouvoirs.

De l'endossement.

Art. 9. — Le chèque, même non expressément tiré à ordre, est transmissible en toute propriété par la voie de l'endossement. Si l'endossement est opéré à titre de simple recouvrement, mention expresse doit en être faite.

Art. 10. — L'endossement partiel est nul.

L'endossement au tiré vaut quittance, sauf dans le cas où le tiré a plusieurs établissements et où l'endossement est fait au bénéfice d'un établissement situé dans un autre lieu que celui sur lequel le chèque est tiré.

Art. 11. — L'endossement doit être écrit sur le chèque ou sur une feuille qui y est attachée (allonge). Il doit être signé par l'endosseur.

L'endossement est valable alors même que le bénéficiaire n'y serait pas désigné ou que l'endosseur se serait borné à apposer sa signature au dos du chèque ou d'une allonge (endossement en blanc).

Art. 12. — L'endossement transmet tous les droits résultant du chèque.

Si l'endossement est en blanc, le porteur peut :

1° Remplir le blanc, soit de son nom, soit du nom d'une autre personne;

2° Endosser le chèque de nouveau en blanc ou à une autre personne;

3° Remettre le chèque à un tiers, sans remplir le blanc et sans l'endosser.

Art. 13. — L'endosseur est, sauf clause contraire, garant du paiement.

Il peut interdire un nouvel endossement; dans ce cas, il n'est pas tenu à la garantie envers les personnes auxquelles le chèque est ultérieurement endossé.

Art. 14. — Le détenteur d'un chèque est considéré comme porteur légitime s'il justifie de son droit par une suite ininterrompue d'endosse-

ments, même si le dernier endossement est en blanc. Quand un endossement en blanc est suivi d'un autre endossement, le signataire de celui-ci est réputé avoir acquis par l'endossement en blanc. Les endossements biffés sont réputés non avenus.

Si une personne a été dépossédée d'un chèque par quelque événement que ce soit, le porteur justifiant de son droit de la manière indiquée à l'alinéa précédent, n'est tenu de se dessaisir du chèque que s'il l'a acquis de mauvaise foi ou si, en l'acquérant, il a commis une faute lourde.

Art. 15. — Les personnes actionnées en vertu du chèque ne peuvent pas opposer au porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec le tireur ou avec les porteurs antérieurs, à moins que la transmission n'ait eu lieu à la suite d'une entente frauduleuse.

De la garantie et du paiement.

Art. 16. — Le chèque ne peut pas être accepté. Une mention d'acceptation portée sur le chèque est réputée non écrite.

Est réservée aux Etats contractants la faculté d'admettre la certification ou le visa d'un chèque et d'en régler les modalités et les effets.

Art. 17. — Le paiement d'un chèque ne peut être garanti par un aval.

Art. 18. — Le chèque est payable à vue. Toute mention contraire est réputée non écrite.

Art. 19. — Le chèque doit être présenté au paiement dans un délai à fixer par la loi du lieu de paiement.

Ce délai sera de huit jours au moins; passé ce délai le porteur perd ses recours contre les endosseurs, et l'obligation du tireur est limitée conformément à l'article 5.

Est réservée aux Etats contractants, la faculté d'augmenter ce délai, qu'il s'agisse de chèques émis dans leurs pays ou dans un autre pays.

La présentation à une chambre de compensation équivaut à la présentation au paiement.

Il appartient aux Etats contractants de désigner les institutions qui sont considérées comme chambres de compensation.

Art. 22. — Il n'est admis d'opposition au paiement d'un chèque qu'en cas de perte du titre ou de faillite du porteur.

Art. 23. — Le tiré peut exiger, en payant le chèque, qu'il lui soit remis acquitté par le porteur.

Le porteur ne peut pas refuser un paiement partiel.

En cas de paiement partiel, le tiré doit exiger que mention de ce paiement soit faite sur le chèque et qu'une quittance lui en soit donnée.

Art. 25. — Le tireur, ainsi que tout porteur d'un chèque, peuvent défendre qu'on paie le chèque en espèces, en insérant, au recto, la mention transversale : « à porter en comptes » (nur zur Verrechnung) ou une expression équivalente.

Dans ce cas, le chèque ne peut donner lieu qu'à un règlement par écritures (crédits en compte, virement ou compensation). Le règlement par écriture vaut paiement. La mention « à porter en compte » ne peut pas être révoquée.

123

La violation de cette mention rend le tiré responsable du préjudice causé, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant du chèque.

Est réservée aux Etats contractants, pour les chèques payables sur leurs territoires, la faculté de régler les effets de cette clause dans le cas d'insolvabilité du tiré, ainsi que d'exclure le système des chèques avec mention « à porter en compte ».

Art. 26. — La question de savoir si le porteur d'un chèque a des droits spéciaux sur la provision et le droit d'agir en justice contre le tiré reste en dehors de la réglementation internationale. Il en est de même de l'action susceptible d'être exercée tant contre le tiré que contre les endosseurs à titre d'enrichissement sans cause.

Du faux et des altérations.

Art. 27. — La falsification d'une signature, même de celle du tireur, ne porte en rien atteinte aux obligations contractées par les autres signataires.

Art. 38. — En cas d'altération du texte d'un chèque, les signataires postérieurs à cette altération sont tenus dans les termes du texte altéré; les signataires antérieurs le sont dans les termes du texte originaire.

De la prescription.

Art. 39. — Les actions en recours du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir de l'expiration du délai de présentation.

Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé le chèque ou du jour où il a été lui-même actionné.

L'interruption de la prescription n'a d'effet que contre celui à l'égard duquel l'acte interruptif a été fait.

Dispositions générales.

Art. 40. — Le paiement d'un chèque dont l'échéance est à jour férié légal ne peut être exigé que le premier jour ouvrable qui suit. De même, tous autres actes relatifs au chèque, notamment la présentation et le protêt, ne peuvent être faits qu'un jour ouvrable.

Lorsqu'un de ces actes doit être accompli dans un certain délai dont le dernier jour est un jour férié légal, ce délai est prorogé jusqu'au premier jour ouvrable qui en suit l'expiration. Les jours fériés intermédiaires sont compris dans la computation du délai.

Art. 41. — Les délais légaux ou conventionnels ne comprennent pas le jour qui leur sert de point de départ.

Aucun jour de grâce, ni légal, ni judiciaire, n'est admis.

Des conflits de lois.

Art. 43. — La capacité d'une personne pour s'engager par chèque est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée.

Toute signature engage son auteur en tous lieux quand elle l'engage dans le pays où il l'a donnée.

La validité du chèque, dans la mesure où elle dépend de certaines conditions à remplir par le tiré, est réglée par le droit du lieu où le paiement doit s'effectuer.

Art. 44. — La forme d'un engagement pris en matière de chèque est réglée par les lois de l'Etat sur le territoire duquel cet engagement a été souscrit.

Toutefois, un chèque valable d'après les lois de l'Etat sur le territoire duquel il est payable, demeure valable encore qu'il ne le soit pas d'après les lois de l'Etat où il a été créé. Il en est de même des signatures apposées sur ce chèque dans d'autres Etats que celui où il est payable.

Art. 45. — La forme et les délais du protêt, ainsi que la forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits nés du chèque, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

ANNEXE N° 3

DELIBERATIONS
du
COMITE D'EXPERTS JURISTES EN MATIERE DE LETTRES DE CHANGE ET DE CHEQUES
de la Société des Nations.

RAPPORT DU COMITE ECONOMIQUE

Le Comité de juristes, experts en matière de lettres de change et de chèques, convoqué par le Conseil de la Société des Nations à la demande du Comité économique, s'est réuni à Genève, du 21 au 26 novembre 1927, du 23 au 29 janvier 1928 et du 11 au 13 avril 1928.

Il a été tenu trente séances.

Il était composé de:

M. J. Percerou (président), professeur à la Faculté de droit de l'Université de Paris;

M. le Dr Hans v. Flotow, Conseiller supérieur intime de régence, Berlin;

M. Karel Hermann-Otavsky, professeur à l'Université de Prague;

M. Xavier Janne, avocat, professeur à la Faculté de droit de l'Université de Liége;

M. Joseph Sulkowski, professeur à la Faculté de droit de l'Université de Posen;

M. Max Vischer, avocat et notaire, premier secrétaire de l'Association suisse des Banquiers, Bâle;

M. Edouard L. Vivot, Dr ès-siences juridiques de la Faculté de Buenos-Ayres (1);

M. Auguste Weiller, avocat, délégué de la Fédération générale fasciste bancaire, Milan.

Secrétaire: M. C. Smets.

Le Comité a en outre pu bénéficier, au cours de sa deuxième session, dans ses travaux relatifs à la législation sur le chèque, de la collaboration de M. E. H. Barchard, Sollicitor, chef du Département juridique de la Lloyds Bank.

I. *Généralités.*

Avant d'aborder dans le détail les problèmes qu'ils ont été appelés à résoudre, en vertu du mandat qui leur a été conféré par le Conseil de la Société des Nations, les experts se sont préoccupés de la méthode qu'il convenait de suivre, celle-ci devant nécessairement avoir une répercussion sur les solutions à proposer.

(1 M. Vivot n'a pas assisté à la dernière session.

L'utilité de convoquer aussitôt que possible une conférence internationale ne leur paraît pas douteuse. Ils sont de même convaincus qu'un accord, dont les effets seraient d'atténuer dans une notable mesure les inconvénients qui résultent des divergences existant entre les diverses législations du type dit « continental », peut être réalisé au cours d'une pareille conférence. Cette opinion des experts est conforme à la résolution du Congrès de la Chambre de commerce internationale, tenu à Stockholm en juin-juillet 1927.

Par ailleurs, les experts sont persuadés que, dans une matière aussi complexe et délicate, il convient de s'en tenir à la méthode dont une longue pratique a démontré l'utilité et qui consiste à ne réunir les représentants des Etats qu'au moment où une base solide de discussion, résultant de minutieux travaux préparatoires, peut leur être présentée et seulement après que ces propositions ont fait l'objet d'un examen préalable de la part des divers gouvernements invités à participer à la Conférence.

La première tâche que les experts se sont, en conséquence, assignée est de rechercher les bases sur lesquelles, à leur avis, pourrait être établi un projet tendant à réduire les divergences du droit de la lettre de change et du chèque dans les législations du *groupe continental,* y compris celles de l'Amérique latine.

L'attention des experts s'est particulièrement portée sur le résultat des travaux des experts réunis par les soins du Comité économique au mois de décembre 1926. Ils ont pris comme point de départ de leurs études les résultats des travaux de la Conférence de La Haye de 1912, et tenu compte des observations et résolutions formulées par la Chambre de commerce internationale.

Les experts considèrent que la solution idéale à apporter aux problèmes difficiles posés par la divergence des législations nationales en matière de lettres de change, de billets à ordre et de chèques, consisterait à faire adopter par l'ensemble des Etats du groupe continental, un Règlement uniforme, que chacun d'eux s'obligerait par convention à introduire dans sa propre législation.

Les experts ne se dissimulent pas, cependant, les difficultés que présente l'adoption, par les Parlements des divers pays intéressés, d'un texte identique, accepté par convention internationale, sur les lettres de change, billets à ordre et chèques — texte que ces divers Parlements seraient en conséquence tenus de voter, sans avoir la possibilité d'y apporter aucune modification, et qu'ils seraient même contraints, une fois voté, de maintenir tel quel pendant tout le délai fixé par la Convention, comme le prévoyait l'alinéa 2 de l'article 28 de la Convention de La Haye de 1912, dont l'article 1er portait l'obligation d'introduire le Règlement uniforme dans la législation nationale des Etats contractants.

Ils ont ainsi arrêté les textes qu'ils proposent comme base de discussion dans la recherche des règles que pourraient accepter en commun tous les Etats participant à la future Conférence. Mais ils ont pensé que le seul engagement, que les gouvernements de ces Etats pourraient être invités à prendre, serait celui de soumettre dans un délai déterminé à l'acceptation de leurs Parlements un projet de loi qui consacrait, comme dispositions de la loi nationale, les solutions acceptées.

Les experts considèrent qu'à tout le moins, pour réaliser un progrès réel et dont les répercussions bienfaisantes se fassent sentir dans la pra-

125

tique, un accord devrait se produire entre le plus grand nombre d'Etats possible sur certaines questions essentielles; l'importance en est démontrée par les difficultés journalières que soulève la divergence des législations sur ces points particuliers, ainsi que le savent les personnes que leur profession amène à manier journellement les lettres de change et les chèques.

Ces questions essentielles concernent la forme de la *lettre de change*, de l'acceptation, de l'endossement, l'échéance, les déchéances, la force majeure, enfin la sanction des prescriptions fiscales en matière de timbre.

II. *La lettre de change et le billet à ordre.*

Les propositions, que les experts ont l'honneur de soumettre au Comité économique s'inspirent en cette matière très largement des travaux des Conférences de La Haye de 1910 et 1912, et, sur certains points, des résolutions de la Chambre de commerce internationale. Elles ne tardent d'ailleurs pas à résoudre toutes les questions; car les experts ont pensé que, pour certaines d'entr'elles, il serait, de par la nature même des choses, bien difficile, actuellement tout au moins, de réaliser l'uniformité. Il en résulte que leurs propositions laissent subsister sur divers points, dont il est à souhaiter que le nombre ne s'accroisse pas, des divergences de législations. Il convient d'en atténuer les inconvénients en posant des règles précises de conflits de lois.

C'est pourquoi les experts ont ajouté à leurs propositions, relatives à la lettre de change et au billet à ordre, une série de règles destinées à résoudre ces conflits.

Quel que soit le sort réservé aux propositions des experts relatives à l'unification, tout au moins partielle, des législations en matière de lettre de change et de billet à ordre, il apparaît ainsi que les règles, présentées par eux comme solutions possibles et uniformes des conflits de lois en cette matière, pourraient en tout cas être acceptées afin de porter remède à la situation actuelle où, en l'absence de ces règles, les tribunaux de chaque pays arrivent souvent à rendre des décisions contradictoires. Il semble même que des Etats qui resteraient en dehors de l'accord espéré, en vue de l'unification législative, pourraient cependant souscrire à cette Convention.

III. *Le chèque*

En ce qui concerne le chèque, les experts ont cherché à suivre une méthode analogue à celle déjà adoptée par eux pour la lettre de change.

S'inspirant des résolutions de La Haye en matière de chèque et, ici encore, sur quelques points, des résolutions de la Chambre de commerce internationale, ils ont d'abord élaboré un certain nombre de textes où sont formulées des règles relatives au chèque, susceptibles, semble-t-il, d'être acceptées en commun par les divers Etats appelés à participer à la future Conférence, les gouvernements de ces Etats étant également invités à prendre l'engagement de soumettre à leurs Parlements des projets de loi qui, pour chaque pays, consacreraient comme dispositions de la loi nationale les solutions ainsi acceptées en commun.

Ces textes, destinés à réaliser, dans la mesure du possible, l'assimilation législative en matière de chèques, ont une portée moins large que

ceux proposés pour les lettres de change. Les points sur lesquels la faculté est réservée aux Etats d'édicter les règles qu'ils estiment les meilleures sont plus nombreux, et, en raison de leur nombre et de leur importance, ces réserves figurent non pas comme pour la lettre de change sous forme de simple observation, mais dans le texte même des résolutions de principe proposées. Deux raisons principales expliquent la difficulté plus grande de l'assimilation en cette matière. La première tient à ce que le chèque est pratiqué depuis beaucoup moins longtemps que la lettre de change, que les lois sur le chèque sont pour la plupart de date assez récente (sans compter que, dans certains pays, les considérations d'ordre fiscal jouent ici un rôle particulièrement important). La seconde raison tient à ce que, dans le système continental, deux conceptions différentes du chèque paraissent se partager, sinon les hommes d'affaires, tout au moins les juristes.

Les uns n'y voient qu'une variété de la lettre de change pour laquelle, d'une manière générale, suffit la technique du droit de change; ils considèrent le chèque comme une traite non acceptable, de sorte que le tireur du chèque est seulement considéré comme garant du paiement et n'est soumis au recours de change que si le porteur a présenté le chèque au paiement et fait dresser le protêt dans les délais.

Au contraire, les autres, en vue de donner au chèque la plus grande sécurité possible, considèrent l'émission d'un chèque comme emportant transmission de la provision au porteur et donnent à celui-ci une action directe contre le tiré qui a reçu provision; ils demandent en outre l'irrévocabilité du chèque; enfin, dans ce système, le tireur qui émet un chèque sans provision est tenu cambiairement vis-à-vis du porteur, alors même que celui-ci aurait laissé expirer les délais de présentation sans faire présenter et protester le chèque. Pareille divergence fondamentale de conception est évidemment un obstacle sérieux à l'unification du droit de chèque entre les pays que sépare cette divergence. Aussi les experts n'ont-ils pu pousser leur tentative de rapprochement aussi loin en cette matière de chèques qu'en matière de lettre de change.

Il était d'autant plus utile de poser, pour la solution des conflits de lois relatifs aux chèques, des règles précises et quelque peu détaillées. C'est à quoi les experts se sont efforcés. Ils proposent donc, également, comme seconde partie de leur travail sur le chèque, un certain nombre de règles de conflits de lois que les Etats participants à la future Conférence pourraient en tous cas accepter.

IV. *Conflits de lois.*

Certaines de ces règles — et cette observation est juste aussi pour la lettre de change et le billet à ordre — concernent les conflits de lois appelés à subsister, même entre Etats adhérents à l'unification partielle proposée en premier lieu, et en constituent le complément nécessaire. D'autres, au contraire, visent des conflits de lois que l'adoption de cette unification partielle ferait disparaître entre Etats acceptant l'unification mais qui subsisteraient entre eux et les Etats non adhérents au projet d'unification, ou entre Etats dont aucun n'aurait adhéré à ce projet.

La meilleure solution en cette matière paraîtrait consister dans l'application aux effets des obligations résultant d'une lettre de change, d'un billet à ordre ou d'un chèque, d'une loi unique qui serait celle de l'Etat où l'effet est payable.

126

C'est la solution qui a été suivie à certains points de vue (délai de paiement du chèque, transmission de la provision, etc.), mais il n'a pas paru possible à la majorité des experts d'en faire une application absolument générale.. Le principe a donc été maintenu (1) que les effets des obligations résultant de la lettre de change, du billet à ordre ou du chèque, sont réglés par la loi du domicile du signataire de l'engagement.

V. *Procédure.*

Ainsi qu'il a été dit au début du présent rapport, les experts sont persuadés qu'il est indispensable de ne procéder à la convocation de la future conférence qu'après une soigneuse préparation des textes devant servir de base à ces travaux. Ils se permettent, en conséquence, de suggérer au Comité économique que les propositions résultant de leurs travaux soient communiqués aux différents gouvernements, afin de recueillir les observations qu'ils auraient à formuler sur ces propositions. Les textes proposés pourraient, sur le vu de ces observations, recevoir utilement telles modifications ou réadaptations qui paraîtraient nécessaires en vue d'assurer ou de faciliter le succès de l'œuvre entreprise.

Ils considèrent que c'est seulement lorsque ce stade des travaux aura été atteint qu'il pourra être expédient d'inviter les différents gouvernements à se réunir pour réaliser l'accord désiré.

Genève, le 13 avril 1928.

J. PERCEROU. Joseph SULKOWSKI. HERMANN OTAVSKY.
Xavier JANNE. v. FLOTOW. M. VISCHER.
Auguste WEILLER.

Projet de règlement (2) concernant la lettre de change et le billet à ordre (3)

CHAPITRE Ier.

De la création et de la forme de la lettre de change.

La lettre de change contient:

1. La dénomination de lettre de change insérée dans le texte même du titre et exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre;
2. Le mandat pur et simple de payer une somme déterminée;
3. Le nom de celui qui doit payer (tiré);
4. L'indication de l'échéance;
5. Celle du lieu où le paiement doit s'effectuer;

---

(1) Article 6 du projet de convention relatif aux conflits de lois en matière de lettres de change, de billets à ordre et article 11 sur le chèque.

(2) Ce Règlement ne comprend pas les règles relatives à la solution des conflits de lois qui font l'objet de dispositions distinctes.

(3) Les experts ont pris, comme base de discussion, le Règlement uniforme de La Haye, désigné ci-après par les lettres R. U. Les modifications apportées au texte de ce Règlement sont en italique.

6. Le nom de celui auquel où à l'ordre duquel le paiement doit être fait;
7. L'indication de la date et du lieu où la lettre est créée;
8. La signature de celui qui émet la lettre (tireur).

Art. 2. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut ne vaut pas comme lettre de change, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants :

La lettre de change dont l'échéance n'est pas indiquée est considérée comme payable à vue.

A défaut d'indication spéciale, le lieu désigné à côté du nom du tiré est réputé être le lieu du paiement et, en même temps, le lieu du domicile du tiré.

La lettre de change n'indiquant pas le lieu de sa création est considérée comme souscrite dans le lieu désigné à côté du nom du tireur.

Art. 3. — La lettre de change peut être à l'ordre du tireur lui-même.

Elle peut être tirée sur le tireur lui-même.

Elle peut être tirée pour le compte d'un tiers.

Art. 4. — Une lettre de change peut être payable au domicile d'un tiers, soit dans la *localité* où le tiré a son domicile, soit dans une autre *localité* (lettre de change domiciliée).

Observation. — La substitution du mot « localité » au mot « lieu » a pour but d'éviter toute erreur d'interprétation quant à la signification exacte du mot « lieu ».

Art. 5. — Dans une lettre de change, il peut être stipulé par le tireur que la somme sera productive d'intérêts.

Le taux des intérêts doit être indiqué dans la lettre; à défaut de cette indication, *la clause est réputée non écrite.*

Les intérêts courent à partir de la date de la lettre de change, si une autre date n'est pas indiquée.

Observation. — Il a paru peu pratique d'indiquer dans le Règlement général un taux d'intérêt fixe, alors que celui-ci peut varier considérablement dans les différents cas.

Art. 6. — La lettre de change dont le montant est écrit à la fois en toutes lettres et en chiffres vaut, en cas de différence, pour la somme écrite en toutes lettres.

La lettre de change dont le montant est écrit, plusieurs fois, soit en toutes lettres, soit en chiffres, ne vaut, en cas de différence, que pour la moindre somme.

Art. 7. — Si une lettre de change porte la signature de personnes incapables de s'obliger, les obligations des autres signataires n'en sont pas moins valables.

Art. 8. — Quiconque appose sa signature sur une lettre de change, comme représentant d'une personne pour laquelle il n'avait pas le pouvoir d'agir, est obligé lui-même en vertu de la lettre. Il en est ainsi du représentant qui a dépassé ses pouvoirs.

Art. 9. — Le tireur est garant de l'acceptation et du paiement.

Il peut s'exonérer de la garantie de l'acceptation : toute clause par laquelle il s'exonère de la garantie du paiement est réputé non écrite.

127

CHAPITRE II.

De l'endossement.

Art. 10. — Toute lettre de change, même non expressément tirée à ordre, est transmissible par la voie de l'endossement.

Lorsque le tireur a inséré dans la lettre de change les mots « non à ordre » ou une expression équivalente, le titre n'est transmissible que dans la forme et avec les effets d'une cession ordinaire.

L'endossement peut être fait même au profit du tiré, accepteur on non, du tireur ou de tout autre obligé. Ces personnes peuvent endosser la lettre à nouveau.

Art. 11. — L'endossement doit être pur et simple. Toute condition à laquelle il est subordonné est réputée non écrite.

L'endossement partiel est nul.

Est également nul l'endossement « au porteur ».

Art. 12. — *Tout* endossement doit être *inscrit au verso* de la lettre de change ou *d'une* feuille qui y est attachée (allonge). Il doit être signé par l'endosseur.

L'endossement est valable, alors même que le bénéficiaire n'y serait pas désigné ou que l'endosseur se serait borné à apposer sa signature (endossement en blanc).

Observation. — Les experts ont examiné tout particulièrement la proposition formulée par la Chambre de commerce internationale (1), consistant à insérer dans l'article 12 un premier alinéa ainsi libellé :

« La signature de tout endosseur doit être conforme au nom du bénéficiaire qui serait indiqué par le tireur ou par l'endosseur précédent, à moins qu'il ne puisse y avoir aucun doute sur l'identité du signataire. »

Les experts n'ont cependant pas cru devoir accepter ce texte, qui ne leur semblait pas susceptible de donner des résultats pratiques, étant donné que fréquemment des difficultés de vérification pourront se présenter.

Art. 13. — L'endossement transmet tous les droits résultant de la lettre de change.

Si l'endossement est en blanc, le porteur peut :

1° Remplir le blanc, soit de son nom, soit du nom d'une autre personne;

2° Endosser la lettre de nouveau en blanc ou à une autre personne;

3° Remettre la lettre à un tiers, sans remplir le blanc et sans l'endosser.

Art. 14. — L'endosseur est, sauf clause contraire, garant de l'acceptation et du paiement.

Il peut interdire un nouvel endossement; dans ce cas, il n'est pas tenu à la garantie envers les personnes auxquelles la lettre est ultérieurement endossée.

Art. 15. — Le détenteur d'une lettre de change est considéré comme

(1) Au cours du présent rapport et pour éviter des répétitions, lorsqu'il s'agira des résolutions adoptées par le Congrès de la Chambre de commerce internationale de Stockholm, en juin-juillet 1926, cette mention est remplacée par : « Propositions de la C. C. I. ».

porteur légitime, s'il justifie de son droit par une suite ininterrompue d'endossements, même si le dernier endossement est en blanc. Les endossements biffés sont à *cet égard* réputés non *écrits*. Quand un endossement en blanc est suivi d'un autre endossement, le signataire de celui-ci est réputé avoir acquis la lettre par l'endossement en blanc.

Si une personne a été dépossédée d'une lettre de change par quelque événement que ce soit, le porteur, justifiant de son droit de la manière indiquée à l'alinéa précédent, n'est tenu de se déssaisir de la lettre que s'il l'a acquise de mauvaise foi ou si, en l'acquérant, il a commis une faute lourde.

Observation. — Pour plus de clarté, la troisième phrase du premier alinéa de l'article 15, Règlement uniforme (1), est devenue la deuxième phrase du texte actuel, en même temps que dans le même but ont été ajoutés les mots « à cet égard ».

Art. 16. — Les personnes actionnées en vertu de la lettre de change ne peuvent pas opposer au porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec le tireur ou avec les porteurs antérieurs, *à moins que le porteur n'ait acquis la lettre de change de mauvaise foi.*

Observation. — Le changement de rédaction est motivé par le caractère trop étroit de la notion de l'entente frauduleuse et aussi dans le but d'unifier le texte avec la terminologie utilisée à l'article 15.

Art. 17. — Lorsque l'endossement contient la mention « valeur en recouvrement », « pour encaissement », « par procuration » ou toute autre mention impliquant un simple mandat, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais il ne peut endosser celle-ci qu'à titre de procuration.

Les obligés ne peuvent, dans ce cas, invoquer contre le porteur que les exceptions qui seraient opposables à l'endosseur.

Le mandat renfermé dans un endossement de procuration n'est pas révoqué par le décès du mandant ou la survenance de son incapacité.

Observation. — Certains pays, notamment la Belgique, attachent actuellement à l'endossement en blanc l'effet d'un endossement de procuration et le nouveau projet donnant à l'endossement en blanc l'effet d'un endossement translatif, il doit être entendu qu'un endossement n'est une procuration que si la volonté des parties a été clairement exprimée. Quant au dernier alinéa, cette disposition a été insérée par exception au droit commun, en vue d'augmenter le crédit et la facilité de circulation de la lettre de change.

Art. 18. — Lorsqu'un endossement contient la mention « valeur en garantie », « valeur en gage » ou toute autre mention impliquant un nantissement, le porteur peut exercer tous les droits dérivant de la lettre de change, mais un endossement fait par lui ne vaut que comme un endossement à titre de procuration, *sans préjudice du créancier gagiste de réaliser le gage à l'échéance de la créance.*

Les obligés ne peuvent invoquer contre le porteur les exceptions fondées sur leurs rapports personnels avec l'endosseur, à moins que *le porteur n'ait acquis la lettre de mauvaise foi.*

---

(1) La mention avant ou après les lettres R. U. (Règlement uniforme) d'un numéro, correspond au numéro de l'article du Règlement uniforme de la Haye.

128

Observation. — L'addition introduite à la fin du premier alinéa a pour but de préciser que le créancier auquel une lettre de change a été remise en gage peut, comme tout créancier gagiste et en se conformant au droit commun, réaliser son gage.

La modification introduite dans le deuxième alinéa est destinée à mettre le texte en conformité avec ceux des articles 15 et 16.

Art. 19. — L'endossement postérieur à l'échéance produit les mêmes effets qu'un endossement antérieur. Toutefois, l'endossement postérieur au protêt, faute de paiement ou fait après l'expiration du délai fixé pour le dresser, ne produit que les effets d'une cession ordinaire.

CHAPITRE III.

De l'acceptation.

Art. 20. — La lettre de change peut être, jusqu'à l'échéance, présentée à l'acceptation du tiré, ou au lieu de son domicile, par le porteur ou même par un simple détenteur.

Art. 21. — Dans toute lettre de change, le tireur peut stipuler qu'elle devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai.

Il peut interdire dans la lettre la présentation à l'acceptation, à moins qu'il ne s'agisse d'une lettre de change domiciliée ou tirée à un certain délai de vue.

Il peut aussi stipuler que la présentation à l'acceptation ne pourra avoir lieu avant une certaine date.

Tout endossement peut stipuler que la lettre devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai, à moins qu'elle n'ait été déclarée non recevable par le tireur.

Tout endosseur peut stipuler que la lettre devra être présentée à l'acceptation, avec ou sans fixation de délai, à moins qu'elle n'ait été déclarée non acceptable par le tireur.

Art. 22. — Les lettres de change à un certain délai de vue doivent être présentées à l'acceptation dans les six mois de leur date.

Le tireur peut abréger ce dernier délai ou en stipuler un plus long.

Ces délais peuvent être abrégés par les endosseurs.

Art. 23. — Le porteur n'est pas obligé de se déssaisir, entre les mains du tiré, de la lettre présentée à l'acceptation.

Le tiré peut demander qu'une seconde présentation lui soit faite le lendemain de la première. Les intéressés ne sont admis à prétendre qu'il n'a pas été fait droit à cette demande que si celle-ci est mentionnée dans le protêt.

Art. 24. — L'acceptation est écrite sur la lettre de change. Elle est exprimée par le mot « accepté » ou tout autre mot équivalent; elle est signée du tiré. La simple signature du tiré apposée au recto de la lettre vaut acceptation.

Quand la lettre est payable à un certain délai de vue ou lorsqu'elle doit être présentée à l'acceptation dans un délai déterminé en vertu d'une stipulation spéciale, l'acceptation doit être datée du jour où elle a été donnée, à moins que le porteur n'exige qu'elle soit datée du jour de la

présentation. A défaut de date, le porteur, pour conserver ses droits de recours contre les endosseurs et contre le tireur, fait constater cette omission par un protêt dressé en temps utile.

Art. 25. — L'acceptation est pure et simple, mais le *tiré peut la restreindre* à une partie de la somme.

Toute autre modification apportée par l'acceptation aux énonciations de la lettre de change équivaut à un refus d'acceptation. Toutefois, l'accepteur est tenu dans les termes de son acceptation.

Observation. — L'article 25 R. U., premier alinéa, porte : « l'acceptation est pure et simple, mais elle peut être restreinte », etc. Le changement de rédaction est destiné à éviter toute erreur d'interprétation quant à la portée de la disposition.

Art. 26. — Quand le tireur a indiqué dans la lettre de change un lieu de paiement autre que celui du domicile du tiré, sans désigner le domiciliaire, l'acceptation indique la personne qui doit effectuer le paiement. A défaut de cette indication, l'accepteur est réputé s'être obligé à payer lui-même au lieu du paiement.

Si la lettre est payable au domicile du tiré, celui-ci peut, dans l'acceptation, indiquer une adresse du même lieu où le paiement doit être effectué.

Art. 27. — Par l'acceptation, le tiré s'oblige à payer la lettre de change à l'échéance.

A défaut de paiement, le porteur, même s'il est le tireur, a contre l'accepteur une action directe résultant de la lettre de change pour tout ce qui peut être exigé en vertu des articles 47 et 48.

Art. 28. — Si le tiré, qui a revêtu la lettre de change de son acceptation a biffé celle-ci avant de s'être dessaisi du titre, l'acceptation est censée refusée; toutefois le tiré est tenu dans les termes de son acceptation, s'il l'a biffé après avoir fait connaître par écrit au porteur ou à un signataire quelconque qu'il avait accepté.

CHAPITRE IV.

De l'aval.

Art. 29. — Le paiement d'une lettre de change peut être garanti par un aval.

Cette garantie est fournie par un tiers ou même par un signataire de la lettre.

Art. 30. — L'aval est donné sur la lettre de change ou sur une allonge.

Il est exprimé par les mots « bon pour aval » ou par une autre formule équivalente; il est signé par le donneur d'aval.

Il est considéré comme résultant de la seule signature du donneur d'aval, apposée au recto de la lettre de change, sauf quand il s'agit de la signature du tiré ou de celle d'un tireur.

L'aval doit indiquer pour le compte de qui il est donné. A défaut de cette indication, il est réputé pour le tireur.

Art. 31. — Le donneur d'aval est tenu de la même manière que celui dont il s'est porté garant.

Son engagement est valable, alors même que l'obligation qu'il a garantie serait nulle pour toute cause autre qu'un vice de forme.

Il a, quand il paie la lettre de change, le droit de recourir contre le garanti et contre les garants de celui-ci.

Art. 31*bis* (nouveau). — *Les dispositions qui précèdent ne concernent pas l'opération dite « aval par acte séparé ».*

Observation. — Les experts ont fait ressortir que dans le cas d'un aval de ce genre, il ne s'agit pas d'un acte cambiaire, mais d'un acte ordinaire. En conséquence, la non-acceptation de la proposition faite par la C. C. I. à l'article 30 (1) n'implique pas que les experts soient opposés à la pratique de l'aval par acte séparé qui est en usage dans certains pays, mais ils pensent qu'il convient de laisser à chaque Etat le soin de régler comme il l'entend une opération qui, en réalité, constitue une caution d'une espèce spéciale et non un véritable aval cambiaire.

Telle semble, d'ailleurs, avoir été l'opinion des rédacteurs du R. U., qui ont pris soin d'insérer, dans la convention de La Haye, un article 5 d'après lequel chaque Etat contractant a la faculté de prescrire qu'un aval peut être donné par un acte séparé.

CHAPITRE V.

De l'échéance.

Art. 32. — Une lettre de change peut être tirée :
A jour fixe;
A un certain délai de date;
A vue;
A un certain délai de vue.
Les lettres de change, soit à d'autres échéances, soit à échéances successives sont nulles.

Observation. — Certains Etats paraissent vouloir maintenir la possibilité d'émettre des lettres de change payables en foire. Les experts considèrent cette pratique comme n'étant pas sans inconvénients en raison de l'incertitude qui peut en résulter pour la date exacte de l'échéance.

Art. 33. — La lettre de change à vue est payable à sa présentation. Elle doit être présentée au paiement dans les délais légaux ou conventionnels fixés pour la présentation à l'acceptation des lettres payables à un certain délai à vue.

Observation. — Il avait été suggéré de compléter cet article en ajoutant à la fin : « ou l'un des deux jours ouvrables qui suivent ». Le protêt pouvant être dressé (art. 37) les deux jours qui suivent la date à laquelle la présentation aurait dû avoir lieu, sans qu'il soit pratiquement possible de prouver que la présentation a effectivement eu lieu dans le délai légal, il semble aux auteurs de cette suggestion plus simple et conforme à la pratique de prolonger le délai de présentation du temps utile pour faire protêt (deux jours ouvrables). Cependant, une opposition théorique a

(1) La C. C. I. a proposé de rédiger l'article 30, premier alinéa, comme suit : « L'aval est donné sur la lettre de change, sur une allonge ou *sur un acte séparé.* »

été faite à cette solution pour le motif que la non présentation au paiement dans le délai légal doit être strictement sanctionnée par la perte des recours.

Dans ces conditions, le texte du R. U. a été maintenu.

Art. 34. — L'échéance d'une lettre de change à un certain délai de vue est déterminée, soit par la date de l'acceptation, soit par celle du protêt.

En l'absence de protêt, l'acceptation non datée est réputée, à l'égard de l'accepteur, avoir été donnée le dernier jour du délai de présentation, légal ou conventionnel.

Art. 35. — L'échéance d'une lettre de change tirée à un ou plusieurs mois de date ou de vue a lieu à la date correspondante du mois où le paiement doit être effectué. A défaut de date correspondante, l'échéance a lieu le dernier jour de ce mois.

Quand une lettre de change est tirée à un ou plusieurs mois et demi de date ou de vue, on compte d'abord les mois entiers.

Si l'échéance est fixée au commencement, au milieu (mi-janvier), mi-février, etc.) ou à la fin du mois, on entend par ces termes le premier, le quinze ou le dernier jour du mois.

Les expressions « huit jours » ou « quinze jours » s'entendent, non d'une ou deux semaines, mais d'un délai de huit ou de quinze jours effectifs.

L'expression « demi-mois » indique un délai de quinze jours.

Art. 36. — Quand une lettre de change est payable à jour fixe dans un lieu où le calandrier est différent de celui du lieu de l'émission, la date de l'échéance est considérée comme fixée d'après le calendrier du lieu de paiement.

Quand une lettre de change tirée entre deux places ayant des calendriers différents est payable à un certain délai de date, le jour de l'émission est ramené au jour correspondant du calendrier du lieu de paiement et l'échéance est fixée en conséquence.

Les délais de présentation des lettres de change sont calculés conformément aux règles de l'alinéa précédent.

Ces règles ne sont pas applicables si une clause de la lettre de change, ou même les simples énonciations du titre, indiquent que l'intention a été d'adopter des règles différentes.

CHAPITRE VI.

Du paiement.

Art. 37. — Le porteur doit présenter la lettre de change au paiement, soit le jour où elle est payable, soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent.

La présentation à une Chambre de compensation équivaut à une présentation au paiement.

Il appartiendra aux Etats contractants de désigner les institutions qui sont considérés comme Chambres de compensation.

Observations. — Les experts ont été d'avis qu'il n'était pas recommandable d'autoriser les différents pays à conserver ou à adopter des règles différentes pour le délai de présentation et de paiement, comme le pro-

130

posait la C. C. I. Quant aux conflits de loi qui pourraient résulter du refus de certains Etats d'adopter ce délai uniforme, leur solution est prévue par un article du projet de Convention renvoyant sur ce point à la loi du lieu de paiement.

Art. 38. — Le tiré peut exiger, en payant la lettre de change, qu'elle lui soit remise acquittée par le porteur.

Le porteur ne peut refuser un paiement partiel.

En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur la lettre et que quittance lui en soit donnée.

Observation. — L'addition proposée par la C. C. I. a été écartée (1). La répercussion des dispositions d'une législation nationale interdisant le paiement partiel est réglée par l'article 7 du projet de Convention sur les conflits de lois.

Art. 39. — Le porteur d'une lettre de change ne peut être contraint d'en recevoir le paiement avant l'échéance.

Le tiré qui paie à l'échéance le fait à ses risques et périls.

Celui qui paie à l'échéance est valablement libéré, à moins qu'il n'y ait de sa part *mauvaise foi* ou faute lourde. Il est obligé de vérifier la régularité de la suite des endossements, mais non la signature des endosseurs.

Observation. — Les experts tiennent à souligner que le fait de ne s'assurer en aucune mesure de l'identité de celui qui présente la lettre au paiement peut, selon les circonstances, constituer une faute lourde. Ce n'est d'ailleurs pas sans hésitation que les experts ont accepté le texte de cet article 39, car les règles qu'il énonce paraissent devoir donner lieu à certaines difficultés. C'est ainsi que la jurisprudence italienne exige une vérification qui implique une diligence ordinaire.

Une autre raison qui a fait hésiter les experts est l'incertitude dans laquelle peut se trouver le tiré, auquel la lettre de change est présentée au paiement par un porteur, lorsque la lettre porte une signature illisible sous un endossement et qu'il est par conséquent impossible de se rendre compte s'il y a réellement identité entre cette signature et le nom de l'endosseur précédent.

Les mots « mauvaise foi » ont été substitués, dans le dernier alinéa, au mot « fraude », afin de mettre le texte en harmonie avec l'article 5. Cette substitution n'a pas été admise à l'unanimité, quelques experts trouvant la notion de mauvaise foi trop large et moins précise que celle de fraude.

Art. 40. — Lorsqu'une lettre de change est stipulée payable en une monnaie n'ayant pas cours au lieu du paiement, le montant peut en être payé, d'après sa valeur, au jour où le paiement est exigible, dans la monnaie du pays, à moins que le tireur n'ait stipulé que le paiement devra être fait dans la monnaie indiquée (clause du paiement effectif en une monnaie étrangère). Les usages du lieu du paiement servent à déterminer la valeur de la monnaie étrangère. Toutefois, le tireur peut stipuler que la somme à payer sera calculée d'après un cours déterminé dans la lettre ou à déterminer par un endosseur; dans ce cas, cette somme doit être payée dans la monnaie du pays.

---

(1) La C. C. I. a proposé d'ajouter un dernier alinéa à l'article 38, conçu comme suit : « Toutefois, chaque Etat, sur son territoire, aura la faculté de limiter au paiement portable l'obligation de recevoir le paiement partiel. »

Si le montant de la lettre de change est indiqué dans une monnaie ayant la même dénomination, mais une valeur différente, dans le pays d'émission et dans celui du paiement, on est présumé s'être référé à la monnaie du lieu du paiement.

Observation. — Les règles établies par ce texte paraissent claires et équitables aux experts. Il ne se dissimulent pas cependant que des difficultés, dues à l'instabilité monétaire de certains pays, peuvent surgir, mais ils estiment qu'il s'agit là d'un problème de politique financière échappant à leur compétence.

Art. 41. — A défaut de présentation de la lettre de change au paiement dans le délai fixé par l'article 37, tout débiteur a la faculté d'en remettre le montant en dépôt à l'autorité compétente, aux frais, risques et périls du porteur.

CHAPITRE VII.

Des recours faute d'acceptation et faute de paiement.

Art. 42. — Le porteur peut exercer ses recours contre les endosseurs, le tireur et les autres obligés :

A l'échéance :

Si le paiement n'a pas eu lieu;

Même avant l'échéance :

1° S'il y a eu refus d'acceptation;

2° Dans les cas de faillite du tiré, accepteur ou non, de cessation de ses paiements, même non constatée par un jugement, ou de saisie de ses biens demeurée infructueuse;

3° Dans les cas de faillite du tireur d'une lettre non acceptable.

Observation. — La suppression de l'option pour les garants entre la dation d'une caution ou le paiement immédiat a soulevé des objections très sérieuses de la part des experts français, italien et belge, qui considèrent cette option comme une pratique courante et équitable.

Art. 43. — Le refus d'acceptation ou de paiement doit être constaté par un acte authentique (protêt faute d'acceptation ou faute de paiement).

Le protêt faute d'acceptation doit être fait dans les délais fixés pour la présentation à l'acceptation. Si, dans le cas prévu par l'article 23, deuxième alinéa, la première présentation a eu lieu le dernier jour du délai, le protêt peut encore être dressé le lendemain.

Le protêt faute de paiement doit être fait, soit le jour où la lettre de change est payable, soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent.

Le protêt faute d'acceptation dispense de la présentation au paiement et du protêt faute de paiement.

En cas de cessation de paiements du tiré, accepteur ou non, ou en cas de saisie de ses biens demeurée infructueuse, le porteur ne peut exercer ses recours qu'après présentation de la lettre au tiré pour le paiement et après confection du protêt.

En cas de faillite déclarée du tireur, accepteur ou non, ainsi qu'en cas de faillite déclarée du tireur d'une lettre non acceptable, la production du jugement déclaratif à la faillite suffit pour permettre au porteur d'exercer ses recours.

Observation. — *a*) Pour plus de méthode, le deuxième alinéa du texte du R. U. a été placé comme troisième alinéa.

b) Il a semblé logique d'adopter, en cas de faillite déclarée du tiré, la même solution que dans les cas de faillite déclarée du tireur.

Art. 44. — Le porteur doit donner avis du défaut d'acceptation ou de paiement à son endosseur et au tireur dans les quatre jours ouvrables qui suivent le jour du protêt ou celui de la présentation en cas de clause de retour sans frais.

Chaque endosseur doit, dans le délai de deux jours, faire connaître à son endosseur l'avis qu'il a reçu, en indiquant les noms et les adresses de ceux qui ont donné les avis précédents, et ainsi de suite, en remontant jusqu'au tireur. Le délai ci-dessus indiqué court de la réception de l'avis précédent.

Dans le cas où un endosseur n'a pas indiqué son adresse ou l'a indiquée d'une façon illisible, il suffit que l'avis soit donné à l'endosseur qui le précède.

Celui qui a un avis à donner peut le faire sous une forme quelconque, même par un simple renvoi de la lettre de change.

Il doit prouver qu'il *a donné l'avis* dans le délai *imparti*. Ce délai sera considéré comme observé, si une lettre missive donnant l'avis a été mise à la poste dans ledit délai.

Celui qui ne donne pas l'avis dans le délai ci-dessus indiqué n'encourt pas de déchéance; il est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé par sa négligence, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant de la lettre de change.

Observation. — Au sujet du premier alinéa, les experts, tenant compte de la proposition de la C. C. I., font remarquer qu'au point de vue juridique, il n'y aurait pas d'inconvénient à réduire le délai de quatre jours à deux, certains pays toutefois auraient des difficultés à accepter le délai de deux jours et c'est pourquoi le texte maintient quatre jours.

En ce qui concerne le quatrième alinéa, les experts font observer qu'il n'est pas nécessaire de donner les noms et adresses des endosseurs précédents quand le titre lui-même est retourné.

Il fait observer enfin que, conformément à la pratique suivie dans certains Etats, notamment en France, chaque Etat aura la faculté, outre les avis visés à l'article 44, de prescrire à l'officier public chargé de dresser le protêt, de donner avis de non-paiement au tireur de la lettre de change, lorsque l'effet indiquera les noms et domicile de celui-ci.

Satisfaction est ainsi donnée à la proposition de la C. C. I. reproduisant l'article 11 de la Convention de La Haye.

Art. 45. — Le tireur peut, par la clause de « retour sans frais », « sans protêt », ou toute autre clause équivalente, dispenser le porteur de faire dresser, pour exercer ses recours, un protêt faute d'acceptation ou faute de paiement.

Emanant d'un endosseur, la clause est réputée non écrite.

Cette clause ne dispense le porteur ni de la présentation de la lettre de change dans les délais prescrits, ni des avis à donner à un endosseur précédent ou au tireur. La preuve de l'inobservation des délais incombe à celui qui s'en prévaut comme porteur.

La clause produit ses effets à l'égard de tous les signataires. Si, malgré cette clause, le porteur fait dresser le protêt, les frais en restent à sa charge.

Observation. — Les experts estiment qu'il y a lieu d'admettre, pour un endosseur, la possibilité d'insérer la clause « retour sans frais », « retour sans protêt », parce qu'elle peut laisser un doute quant à l'opposabilité de cette clause à l'égard des endosseurs subséquents. C'est pourquoi les mots « ou un endosseur » qui figuraient dans l'article 45, R. U., premier alinéa, ont été supprimés dans le texte du premier alinéa.

Cette suppression a entraîné la suppression correspondante des mots « émanant du tireur » au quatrième alinéa, puisque le tireur est seul autorisé à l'inscrire.

C'est pour la même raison que la dernière phrase du dernier alinéa de l'article 45 R. U. a été supprimée.

Art. 46. — Tous ceux qui ont tiré, accepté, endossé ou avalisé une lettre de change sont tenus *solidairement* envers le porteur.

Le porteur a le droit d'agir contre toutes ces personnes, individuellement ou collectivement, sans être astreint à observer l'ordre dans lequel elles sont obligées.

Le même droit appartient à tout signataire d'une lettre de change qui a remboursé celle-ci.

L'action intentée contre un des obligés n'empêche pas d'agir contre les autres, même postérieurs à celui qui a été d'abord poursuivi.

Observation. — Modification en vue de rendre plus clair le texte correspondant du R. U.

Art. 47. — Le porteur peut réclamer à celui contre lequel il exerce son recours :

1° Le montant de la lettre de change non acceptée ou non payée avec les intérêts, s'il en a été stipulé;

2° Les intérêts au taux de *six* pour cent à partir de l'échéance;

3° Les frais du protêt, ceux des avis donnés par le porteur à l'endosseur précédent et au tireur, ainsi que les autres frais.

Si le recours est exercé avant l'échéance, déduction sera faite d'un escompte sur le montant de la lettre. Cet escompte sera calculé d'après le taux de l'escompte officiel (taux de la Banque), tel qu'il existe à la date du recours au lieu du domicile du porteur.

Observation. — Les experts ont été d'avis qu'il convenait de porter de 5 à 6 p. c. le taux de l'intérêt, ce taux paraissant mieux correspondre aux conditions économiques actuelles de la généralité des Etats. C'est d'ailleurs également l'avis de la C. C. I., qui propose un taux *minimum* de 5 p. c.

Les experts, à la majorité, ont supprimé le 4° du texte de l'article 47 R. U., traitant du droit de commission. Ils pensent, en effet, que ce droit de commission n'étant en usage que dans un nombre limité de pays et pouvant se cumuler éventuellement avec le droit de commission de même nature que prévoyait l'article 48, 4°, il est préférable de ne pas en faire mention comme étant d'application générale, mais de laisser aux législations nationales le soin de le maintenir éventuellement.

Les experts ont également pensé qu'il convenait de supprimer, dans le dernier alinéa de l'article 47, le choix laissé au porteur de calculer l'es-

compte, soit d'après le taux de l'escompte officiel, soit d'après celui du marché.. Ils observent, en effet, que le taux du marché est souvent difficile à déterminer dans beaucoup de pays et que cette détermination peut donner lieu à des contestations. Ils admettent que le taux du marché répond mieux à la réalité des conditions économiques, mais que le taux officiel est certain et, par conséquent, facile à déterminer. Le choix ne leur paraît donc pas justifié.

Art. 48. — Celui qui a remboursé la lettre de change peut réclamer à ses garants :

1° La somme intégrale qu'il a payée;

2° Les intérêts de ladite somme, calculés au taux de *six* pour cent, à partir du jour où il l'a déboursé;

3° Les frais qu'il a faits.

Observation. — En conformité avec les dispositions de l'article précédent, le taux de l'intérêt a été porté à 6 p. c. et, conformément à l'avis de la majorité, le droit de commission a été supprimé.

Art. 49. — Tout obligé contre lequel un recours est exercé ou qui est exposé à un recours peut exiger, contre remboursement, la remise de la lettre de change avec le protêt et un compte acquitté.

Tout endosseur qui a remboursé la lettre de change peut biffer son endossement et ceux des endosseurs subséquents.

Art. 50. — En cas d'exercice d'un recours après une acceptation partielle, celui qui rembourse la somme pour laquelle la lettre n'a pas été acceptée peut exiger que ce remboursement soit mentionné sur la lettre et qu'il lui en soit donné quittance. Le porteur doit, en outre, lui remettre une copie certifiée conforme de la lettre et le protêt pour permettre l'exercice des recours ultérieurs.

Art. 51. — Toute personne ayant le droit d'exercer un recours peut, sauf stipulation contraire, se rembourser au moyen d'une nouvelle lettre (retraite) non domiciliée et tirée à vue sur l'un de ses garants.

La retraite comprend, outre les sommes indiquées dans les articles 47 et 48, un droit de courtage et le droit de timbre de la retraite.

Si la retraite est tirée par le porteur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre de change à vue, tirée du lieu où la lettre primitive était payable sur le lieu du domicile du garant. Si la retraite est tirée par un endosseur, le montant en est fixé d'après le cours d'une lettre à vue tirée du lieu où le tireur de la retraite a son domicile sur le lieu du domicile du garant.

Art. 52. — Après l'expiration des délais fixés :

Pour la présentation d'une lettre de change à vue ou à un certain délai de vue;

Pour la confection du protêt faute d'acceptation ou faute de paiement;

Pour la présentation au paiement en cas de clause de retour sans frais;

le porteur est déchu de ses droits contre les endosseurs, contre le tireur et contre les autres obligés, à l'exception de l'accepteur.

A défaut de présentation à l'acceptation dans le délai stipulé par le tireur, le porteur est déchu de ses droits de recours, tant pour défaut de paiement que pour défaut d'acceptation, à moins qu'il ne résulte des termes de la stipulation que le tireur n'a entendu s'exonérer que de la garantie de l'acceptation.

Si la stipulation d'un délai pour la présentation est contenue dans un endossement, l'endosseur, seul, peut s'en prévaloir.

Observation. — La question de savoir si le tireur est obligé de fournir provision à l'échéance et si le porteur a des droits spéciaux sur cette provision est laissée en dehors des présentes propositions.

Les experts observent que dans les législations qui admettent la transmissibilité de la propriété de la provision ou qui attribuent au porteur un droit exclusif sur celle-ci, la déchéance visée par cet alinéa ne produit pas ses effets contre le tireur qui n'a pas fait provision. Il appartiendra donc aux Etats désireux de conserver cette solution de modifier en conséquence la phrase finale du premier alinéa : « le porteur est déchu de ses droits contre les endosseurs, contre le tireur *qui n'a pas fait provision*, etc... ». Les conceptions juridiques concernant la provision étant souvent différentes selon les pays, il n'a d'ailleurs pas semblé possible de régler les conséquences découlant de ces conceptions différentes dans un texte acceptable par tous, et c'est pourquoi les conflits de lois qui peuvent en résulter sont traités dans le projet de convention consacré à cette matière.

Art. 53. — *Si l'accomplissement en temps utile d'un acte nécessaire pour l'exercice ou la conservation des droits dérivant de la lettre de change est empêché par une prescription légale édictée dans un Etat étranger ou par un cas de force majeure, ces droits n'en subsistent pas moins malgré l'expiration du délai lorsque l'acte en question est accompli le plus tôt possible après la disparition de l'empêchement et en tout cas dans le délai de trente jours.*

Le porteur est tenu de donner, sans retard, avis du cas de force majeure à son endosseur et de mentionner cet avis, daté et signé par lui, sur la lettre de change ou sur une allonge; pour le surplus, les dispositions de l'article 44 sont applicables.

Ne sont point considérés comme constituant des cas de force majeure les faits purement personnels au porteur ou à celui qu'il a chargé de la présentation de la lettre ou de la confection du protêt.

Observations. — 1. La solution de l'article 53 comporte une réserve dans les pays où le porteur devient propriétaire de la provision; en l'absence de celle-ci, le porteur pourrait recourir immédiatement contre le tireur nonobstant l'obstacle de force majeure.

2. Cette solution, qui se rapproche de celle qu'avait proposée la C. C. I., s'écarte de celle qu'avait adoptée le projet de R. U. d'après lequel, lorsque le cas de force majeure persistait au delà de trente jours à partir de l'échéance, les recours pouvaient être exercés sans que la présentation ni la confection d'un protêt ne soient nécessaires. Le système admis à La Haye a paru trop compliqué et contraire, du reste, à celui qui est en vigueur dans la plupart des pays.

CHAPITRE VIII.

De l'intervention.

Art. 54. — Le tireur ou un endosseur peut indiquer une personne pour accepter ou payer au besoin.

La lettre de change peut être, sous les conditions déterminées ci-après, acceptée ou payée par une personne intervenant pour un signataire quelconque.

133

L'intervenant peut être un tiers, même le tiré, ou une personne déjà obligée en vertu de la lettre de change, sauf l'accepteur.

L'intervenant est tenu de donner, sans retard, avis de son intervention à celui pour qui il est intervenu.

1. — *Acceptation par intervention.*

Art. 55. — L'acceptation par l'intervention peut avoir lieu dans tous les cas où des recours sont ouverts, avant l'échéance, au porteur d'une lettre de change acceptable.

Le porteur peut refuser l'acceptation par intervention, alors même qu'elle est offerte par une personne désignée pour accepter ou payer au besoin.

S'il admet l'acceptation, il perd contre les garants les recours qui lui appartiennent avant l'échéance.

Observation. — Au sujet du deuxième alinéa, plusieurs experts seraient partisans d'exclure de la règle qui s'y trouve posée le cas où la désignation de la personne pour accepter ou payer au besoin a été faite par le tireur, surtout lorsque cette personne se trouve dans le même lieu que le tiré. Ils pensent qu'en pareil cas ce devrait être, non pas une faculté, mais une obligation pour le porteur de présenter la traite à l'acceptation de la personne désignée « au besoin », et que, si elle acceptait, tout recours pour défaut d'acceptation devrait être refusé au porteur.

Art. 56. — L'acceptation par intervention est mentionnée sur la lettre de change; elle est signée par l'intervenant. Elle indique pour le compte de qui elle a lieu; à défaut de cette indication, l'acceptation est réputée donnée pour le tireur.

Art. 57. — L'accepteur par intervention est obligé envers le porteur et envers les endosseurs postérieurs à celui pour le compte duquel il est intervenu, de la même manière que celui-ci.

Malgré l'acceptation par intervention, celui pour lequel elle a été faite et ses garants peuvent exiger du porteur, contre remboursement de la somme indiquée à l'article 47, la remise de la lettre de change et du protêt, s'il y a lieu.

2. — *Paiement par intervention.*

Art. 58. — Le paiement par intervention peut avoir lieu dans tous les cas où, soit à l'échéance, soit avant l'échéance, des recours sont ouverts au porteur.

Il doit être fait au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt faute de paiement.

Art. 59. — Si la lettre a été acceptée par intervention ou si des personnes ont été indiquées pour payer au besoin, le porteur doit, au lieu du paiement, présenter la lettre à toutes ces personnes et faire dresser s'il y a lieu, un protêt faute de paiement au plus tard le lendemain du dernier jour admis pour la confection du protêt.

A défaut de protêt dans ce délai, celui qui a désigné le besoin ou pour le compte de qui la lettre a été acceptée et les endosseurs postérieurs cessent d'être obligés.

Art. 60. — Le paiement par intervention doit comprendre toute la somme qu'aurait à acquitter celui pour lequel il a lieu.

Le porteur qui refuse ce paiement perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

Observation. — Les derniers mots du premier alinéa de l'article 60, R. U., relatifs au droit de commission ont été supprimés en conformité avec la modification apportée aux articles 47 et 48.

Art. 61. — Le paiement par intervention doit être constaté par un acquit donné sur la lettre de change avec indication de celui pour qui il est fait. A défaut de cette indication, le paiement est considéré comme fait pour le tireur.

La lettre de change et le protêt, s'il en a été dressé un, doivent être remis au payeur par l'intervention.

Art. 62. — Le payeur par intervention est subrogé aux droits du porteur contre celui pour lequel il a payé et contre les garants de celui-ci. Toutefois, il ne peut endosser la lettre de change à nouveau.

Les endosseurs postérieurs au signataire pour qui le paiement a eu lieu sont libérés.

En cas de concurrence pour le paiement par intervention, celui qui opère le plus de libération est préféré. *Celui qui intervient, en connaissance de cause, contrairement à cette règle,* perd ses recours contre ceux qui auraient été libérés.

Observation. — La modification du troisième alinéa a pour but de donner plus de clarté au texte correspondant du R. U.

CHAPITRE IX.

De la pluralité d'exemplaires et des copies.

1. — *Pluralité d'exemplaires.*

Art .63. — La lettre de change peut être tirée en plusieurs exemplaires identiques.

Ces exemplaires doivent être numérotés *et indiquer,* dans le texte même du titre, *le nombre d'exemplaires émis;* faute de quoi, chacun d'eux est considéré comme une lettre de change distincte.

Observation. — La majorité des experts ont pensé qu'il convenait d'exiger sur chaque exemplaire d'une lettre de change émise en plusieurs exemplaires la mention du nombre de ceux-ci, afin d'éviter toute incertitude de la part du tiré au paiement duquel elle est présentée.

Ils proposent de supprimer le troisième alinéa de l'article 63 du R. U. qui ne présente pas d'utilité pratique et dont les dispositions ont pour effet d'augmenter les risques des porteurs.

Art. 64. — Le paiement fait sur un des exemplaires est libératoire, alors même qu'il n'est pas stipulé que ce paiement annule l'effet des autres exemplaires. Toutefois, le tiré reste tenu à raison de chaque exemplaire accepté dont il n'a pas obtenu la restitution.

L'endosseur qui a transféré les exemplaires à différentes personnes, ainsi que les endosseurs subséquents, sont tenus à raison de tous les exemplaires portant leur signature et qui n'ont pas été restitués.

134

Art. 65. — Celui qui a envoyé un des exemplaires à l'acceptation doit indiquer sur les autres exemplaires le nom de la personne entre les mains de laquelle cet exemplaire se trouve. Celle-ci est tenue de le remettre au porteur légitime d'un autre exemplaire.

Si elle s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours qu'après avoir fait constater par un protêt :

1° Que l'exemplaire envoyé à l'acceptation ne lui a pas été remis sur sa demande;

2° Que l'acceptation ou le paiement n'a pu être obtenu sur un autre exemplaire.

2. — *Copies.*

Art. 66. — Tout porteur d'une lettre de change a le droit d'en faire des copies.

La copie doit reproduire exactement l'original avec les endossements et toutes les autres mentions qui y figurent. Elle doit indiquer où elle s'arrête.

Elle peut être endossée et avalisée de la même manière et avec les mêmes effets que l'original.

Art. 67. — La copie doit désigner le détenteur du titre original. Celui-ci est tenu de remettre ledit titre au porteur légitime de la copie.

S'il s'y refuse, le porteur ne peut exercer de recours contre les personnes qui ont endossé la copie qu'après avoir fait constater par un protêt que l'original ne lui a pas été remis sur sa demande.

CHAPITRE X.

Du faux et des altérations.

Art. 68. — La falsification d'une signature, même de celle du tireur ou de l'accepteur, ne porte en rien atteinte à la validité des autres signatures.

Art. 69. — En cas d'altération du texte d'une lettre de change, les signataires postérieurs à cette altération sont tenus dans les termes du texte altéré; les signataires antérieurs le sont dans les termes du texte originaire.

CHAPITRE XI.

De la prescription.

Art. 70. — Toutes actions résultant de la lettre de change contre l'accepteur se prescrivent par trois ans à compter de la date de l'échéance.

Les actions du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par un an à partir de la date du protêt dressé en temps utile ou de celle de l'échéance, en cas de clause de retour sans frais.

Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé la lettre ou du jour où il a été lui-même actionné.

Observation. — Il reste entendu que les prescriptions mentionnées à l'article 70 doivent, pour sortir leurs effets, être opposées par la partie qui veut s'en prévaloir, sans que le juge puisse les soulever d'office.

En ce qui concerne les recours du porteur contre le tireur qui n'a pas fait provision, l'application des lois nationales est réservée conformément à l'observation formulée sous l'article 52.

Art. 71. — L'interruption de la prescription n'a d'effet que contre celui à l'égard duquel l'acte interruptif a été fait.

Observation. — C'est à la législation de chaque Etat qu'il appartient de déterminer les causes d'interruption et de suspension de la prescription des actions résultant de la lettre de change, ainsi que le prévoyait l'article 16 de la Convention de La Haye.

CHAPITRE XII.

Dispositions générales.

Art. 72. — Le paiement d'une lettre de change dont l'échéance est à un jour férié légal ne peut être exigé que le premier jour ouvrable qui suit. De même, tous autres actes relatifs à la lettre de change, notamment la présentation à l'acceptation et le protêt, ne peuvent être faits qu'un jour ouvrable.

Lorsqu'un de ces actes doit être accompli dans un certain délai dont le dernier jour est un jour férié légal, ce délai est prorogé jusqu'au premier jour ouvrable qui en suit l'expiration. Les jours fériés intermédiaires sont compris dans la computation du délai.

Art. 73. — Les délais légaux ou conventionnels ne comprennent pas le jour qui leur sert de point de depart.

Observation. — Les experts estiment qu'il y a lieu de faire de l'alinéa 2 de cet article un article spécial sous le n° 73 *bis*.

Art. 73*bis*. — Aucun jour de grâce, ni légal, ni judiciaire n'est admis.

Du billet à ordre (1).

Art. 74. — Le billet à ordre contient :

1° La dénomination du titre insérée dans le texte même et exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre;

2° La promesse pure et simple de payer une somme déterminée;

3° L'indication de l'échéance;

4° Celle du lieu où le paiement doit s'effectuer;

5° Le nom de celui auquel ou à l'ordre duquel le paiement doit être fait;

6° L'indication de la date et du lieu où le billet est souscrit;

7° La signature de celui qui émet le titre (souscripteur).

Art. 75. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut ne vaut pas comme billet à ordre, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants.

Le billet à ordre dont l'échéance n'est pas indiquée est considéré comme payable à vue.

A défaut d'indication spéciale du lieu de paiement, le lieu de création du titre est réputé être le lieu du paiement et, en même temps, le lieu du domicile du souscripteur.

---

(1) Les articles 74 à 77 sont la reproduction des articles 77 à 80 du R. U.

135

Le billet à ordre dont l'échéance n'est pas indiquée est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du souscripteur.

Art. 76. — Sont applicables au billet à ordre, en tant qu'elles ne sont pas incompatibles avec la nature de ce titre, les dispositions relatives à la lettre de change et concernant :

L'endossement (articles 10-19);
L'aval (articles 29-31);
L'échéance (articles 32-36);
Le paiement (articles 37-41);
Les recours faute de paiement (articles 42-49, 51-53);
Le paiement par intervention (articles 54, 58-62);
Les copies (articles 66 et 67);
Les falsifications et altérations (articles 68 et 69);
La prescription (articles 70-71);
Les jours fériés, la computation des délais et
L'interdiction des jours de grâce (articles 72, 73 et 73*bis*).

Sont aussi applicables au billet à ordre les dispositions concernant la domiciliation (articles 4 à 26), la stipulation d'intérêts (article 5), les différences d'énonciations relatives à la somme à payer (article 6), les conséquences de la signature d'une personne incapable (article 7) ou d'une personne qui agit sans pouvoirs ou en dépassant ses pouvoirs (article 8).

Art. 77. — Le souscripteur d'un billet à ordre est obligé de la même manière que l'accepteur d'une lettre de change.

Les billets à ordre payables à un certain délai de vue doivent être présentées au visa du souscripteur dans les délais fixés à l'article 22. Le délai de vue court de la date du visa signé du souscripteur sur le billet. Le refus du souscripteur de donner son visa daté est constaté par un protêt (article 24) dont la date sert de point de départ au délai de vue.

Projet d'articles de convention.

Destinée à :

1° Rendre la validité et les effets des engagements, pris en matière de lettre de change et de billet à ordre, indépendants de l'observation des dispositions légales sur le timbre;

2° Etablir des règles de conflits de lois en matière de lettres de change et de billets à ordre.

Article premier. — *Sanction de l'inobservation des lois sur le timbre.* — Dans le cas où telle ne serait pas déjà leur législation, les Etats contractants s'engagent à modifier leurs lois de telle sorte que la validité des engagements pris en matière de lettres de change et de billets à ordre, ou l'exercice des droits qui en découlent, ne puissent être subordonnés à l'observation des dispositions sur le timbre.

Les Etats contractants peuvent toutefois suspendre l'exercice de ces droits jusqu'à l'acquittement des droits de timbre qu'ils ont prescrits. Ils peuvent également décider que la qualité et les effets de titre immédiatement exécutoire qui, d'après leurs législations, seraient attribués à la lettre de change, seront subordonnés à la condition que le droit de timbre ait été, dès la création du titre, dûment acquitté conformément aux dispositions de leurs lois.

Observation. — Ce texte reproduit les termes de l'article 19 de la Convention de La Haye. Les experts, à l'unanimité moins une voix, en recommandent l'adoption, en soulignant la très grande importance de la question; c'est ce qu'avait exprimé déjà le Comité d'experts réunis en décembre 1926, en déclarant « qu'il attachait le plus grand prix à voir adopter et mettre en vigueur par le plus grand nombre possible d'Etats les dispositions de l'article 19 de la Convention de La Haye ».

Art. 2. — *Conflits de lois. Disposition générale.* — Les Etats contractants s'engagent, les uns vis-à-vis des autres, à appliquer, pour la solution des conflits de lois ci-dessous énumérés, en matière de lettres de change et de billets à ordre, les règles indiquées dans les articles suivants.

Art. 3. — *Capacité.* — La capacité d'une personne pour s'engager par lettre de change est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée.

La personne qui serait incapable, d'après la loi indiquée par l'alinéa précédent, est, néanmoins, valablement tenue, si elle s'est obligée sur le territoire d'un Etat d'après la législation duquel elle aurait été capable.

Chaque Etat contractant a la faculté de ne pas reconnaître la validité de l'engagement pris en matière de lettres de change par l'un de ses ressortissants et qui ne serait tenu pour valable dans le territoire des autres Etats contractants que par application de l'alinéa précédent du présent article.

Observation. — Cette proposition n'est formulée qu'à la majorité.

Les experts se sont préoccupés de la nécessité de poser des principes directeurs pour la solution des conflits de lois en cette matière et ils estiment que la règle émise au premier alinéa de l'article 74 du R. U. doit évidemment être la base de la solution des conflits.

D'autre part, les experts considèrent qu'il faut accorder une importance toute spéciale au crédit du titre afin d'en assurer et d'en faciliter la circulation et, à ce point de vue, il leur semble que la *lex loci contractus* ne peut être négligée.

Ils seraient disposés à accepter la règle déjà formulée par le premier Comité d'experts, au mois de décembre 1926, suivant laquelle toute signature engage son auteur en tous lieux quand elle l'engage dans le pays où il l'a donnée. Ils estiment cependant que la rigueur doit en être tempérée afin d'éviter que par la signature, occasionnellement donnée sur territoire étranger, ne soient tournées les lois nationales sur la protection des incapables. De là l'insertion, comme troisième alinéa, dans l'article ci-dessus, du texte de l'article 18 de la Convention de La Haye.

Art. 4. — *Forme des engagements.* — La forme des engagements pris en matière de lettres de change et de billets à ordre est réglée par la loi de l'Etat sur le territoire duquel ces engagements ont été souscrits.

Cependant, si les engagements souscrits sur une lettre de change ne sont pas valables d'après les dispositions de l'alinéa précédent, mais qu'ils soient conformes à la législation de l'Etat où un engagement ultérieur a été souscrit, la circonstance que les premiers engagements sont irréguliers en la forme n'infirme pas la validité de l'engagement ultérieur.

Observation. — Les experts pensent qu'il est utile et nécessaire d'apporter ce complément à l'article 75 du R. U., afin d'éviter qu'un vice de forme ne porte atteinte à la sécurité de la circulation du titre.

Art. 5. — *Contenu et effets des obligations souscrits.* — Les effets des obligations souscrites sur une lettre de change ou un billet à ordre sont réglés, sans préjudice des articles suivants, par la législation du lieu du domicile du signataire, à moins qu'un autre lieu n'ait été indiqué dans le titre pour l'exécution de l'engagement du signataire.

Les effets de l'obligation de l'avaliseur et de l'accepteur par intervention sont régis par la législation applicable à l'obligation de la personne pour laquelle l'aval ou l'intervention par acceptation ont été fournis.

Art. 6. — *Transmission de la provision.* — La loi du pays où la lettre de change est payable détermine si le bénéficiaire et les porteurs successifs ont des droits spéciaux sur la provision et quelle est la nature de ceux-ci.

Observation. — En formulant cette règle, les experts se sont inspirés de la nécessité impérieuse, suivant eux, d'assurer à la lettre de change le crédit le plus sérieux. Ils estiment que ce but est atteint en choisissant la loi du pays où la lettre de change est payable. En effet, de cette manière, dès l'origine de sa création, tous les intéressés savent quelle est la loi qui sera applicable et ils peuvent, en conséquence, s'enquérir des effets qu'elle peut comporter quant à la transmission de la provision. D'autre part, le tiré n'a, pour savoir à quelle personne il peut payer valablement, qu'à consulter la loi de sa résidence.

Art. 7. — *Paiement et acceptation partiels.* — La loi du pays où la lettre de change est payable règle la question de savoir si l'acceptation peut être restreinte à une partie de la somme ou si le porteur est tenu ou non de recevoir un paiement partiel.

La même règle s'applique quant au paiement en matière de billets à ordre.

Observation. — Cet article n'a d'utilité qu'entre Etats non adhérents à l'unification ou entre Etats adhérents et non adhérents, car pour les Etats qui seraient tous adhérents, la question est résolue par l'article 25 du Règlement en ce qui concerne l'acceptation et par l'article 38 en ce qui concerne le paiement.

Art. 8. — *Forme et délais du protêt et autres actes.* — La forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits en matière de lettres de change et de billets à ordre, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

Observation. — Les experts ont accepté la formule de l'article 76 du projet de règlement, consacrant l'application de la *lex loci* dont l'acceptation ne semble pas discutable. Ils croient toutefois devoir compléter cette proposition en recommandant que les pays qui, contrairement au vœu unanime des experts, maintiendraient un délai assez court pour l'exercice des droits résultant du protêt (par exemple l'assignation dans la quinzaine) établissent des délais suffisants dans le cas où le recours doit être exercé contre une personne résidant à l'étranger.

Art. 9. — *Perte ou vol de la lettre de change ou du billet à ordre. Faillite du porteur.* — La loi du pays où la lettre de change ou le billet à ordre sont payables détermine les mesures à prendre en cas de perte ou de vol de la lettre de change ou du billet à ordre ou en cas de faillite du porteur.

Art. 10. — *Réserve générale.* — Les Etats contractants se réservent la faculté de ne pas appliquer les principes de droit international privé consacré par la présente Convention en tant qu'il s'agit :

1° D'un engagement pris hors des territoires des Etats contractants :

2° D'une loi qui serait applicable d'après ces principes et qui ne serait pas celle d'un des Etats contractants.

Observation. — Ce texte reproduit l'article 20 de la Convention de La Haye de 1912.

Projet de règlement (1) concernant le chèque (2).

De la création et de la forme du chèque.

Article premier. — Le chèque contient :

1° *La dénomination de chèque,* insérée dans le texte même du titre et *exprimée dans la langue employée pour la rédaction de ce titre*;

2° *L'ordre* pur et simple de payer une somme déterminée;

3° Le nom de celui qui doit payer (tiré);

4° L'indication du lieu où le paiement doit s'effectuer;

5° Celle du lieu et de la date où le chèque est créé;

6° La signature de celui qui émet le chèque (tireur).

Observation. — *a*) La modification du 1° de l'article 1er a été acceptée à la majorité.

b) Les mots « pur et simple », figurant sous le 2°, signifient « sans conditions », mais n'excluent pas la possibilité de payer au moyen d'autre monnaie que celle qui est stipulée dans le chèque.

c) A propos de la formule adoptée au 4° de l'article 1er, les experts se réfèrent à la remarque reproduite ci-après et empruntée à l'annexe au procès-verbal de la neuvième séance plénière de la Conférence de La Haye de 1912, p. 197, art 3 :

« Toutefois, le tireur pourra indiquer, en dehors du lieu de paiement, d'autres endroits où le chèque pourra être encaissé, sans frais, par le porteur. Il n'y a pas là un changement de tiré; l'endroit indiqué pour l'encaissement ne remplace pas le lieu de paiement pour tous les actes nécessaires à la conservation des droits découlant du chèque; il y a seulement, sur la base d'une entente avec le tiré et en faveur du porteur, indication de l'endroit où celui-ci pourra toucher le montant du chèque. »

d) Une simple erreur dans l'orthographe du mot « chèque » n'invalidera pas le titre comme tel.

Art. 2. — Le titre dans lequel une des énonciations indiquées à l'article précédent fait défaut ne vaut pas comme chèque, sauf dans les cas déterminés par les alinéas suivants.

A défaut d'indication spéciale, le lieu désigné à côté du nom du tiré est réputé être le lieu de paiement et, en même temps, le lieu du domicile du tiré.

---

(1) Le Règlement ne comprend pas les règles relatives à la solution des conflits de lois qui font l'objet de dispositions distinctes.

(2) Les experts ont pris comme base de discussion les résolutions de la Conférence de La Haye de 1912. Les modifications introduites à ces résolutions sont soulignées dans le texte.

Le chèque sans indication du lieu de paiement est considéré comme payable au lieu de sa création.

Le chèque sans indication du lieu de sa création est considéré comme souscrit dans le lieu désigné à côté du nom du tireur.

Observation. — Au sujet du troisième alinéa, les experts observent qu'il doit être entendu que si le tiré est domicilié au lieu de la création, c'est chez lui seulement que le chèque est payable. Si le tiré ne peut être découvert au lieu de la création du chèque, le protêt sera dressé suivant la procédure en usage en cas de fausse adresse.

Art. 3. — Le chèque ne doit être tiré que sur une personne ayant des fonds à la disposition du tireur et conformément à une convention, expresse ou tacite, d'après laquelle le tiré est obligé de payer le chèque.

Est réservée aux Etats contractants la faculté de régler les conséquences civiles, pénales et fiscales de l'émission d'un chèque en cas d'inobservation *des prescriptions* de l'alinéa précédent ou de l'émission d'un chèque postdaté, pourvu que la validité du titre comme chèque *soit maintenue malgré cette irrégularité.*

Observation. — Les modifications de forme ont été introduites pour plus de clarté.

Art. 4. — Le chèque peut être stipulé payable au profit d'une personne dénommée ou à l'ordre de celle-ci.

Il peut être stipulé payable au porteur.

Le chèque au profit d'une personne dénommée, avec la mention « ou au porteur » ou un terme équivalent, est réputé payable au porteur.

Le chèque peut être à l'ordre du tireur lui-même.

Toutefois les Etats contractants se réservent d'interdire l'émission de chèques au porteur tirés sur le tireur lui-même.

Observation. — La faculté d'interdire l'émission de chèques au porteur tirés sur le tireur lui-même a été introduite à cause de la concurrence que des chèques semblables pourraient faire aux billets de banque.

Art. 5. — Le chèque est tiré sur un banquier. *Le chèque tiré sur une autre personne qu'un banquier ne vaut pas comme chèque.*

Est réservée aux Etats contractants la faculté, quant aux chèques payables sur leurs territoires :

a) De déterminer quelles personnes sont à considérer comme banquiers *ou peuvent à cet égard être assimilées à des banquiers;*

b) De régler les conséquences *civiles,* fiscales et pénales de l'émission d'un chèque sur une personne sur laquelle un chèque ne doit pas être tiré.

Observations. — 1. Contrairement à la solution inscrite au premier alinéa de l'article 5 des résolutions de La Haye, les experts proposent de n'admettre en principe, comme chèque, que celui qui est tiré sur un banquier. C'est la règle admise dans la plupart des pays et qui s'explique par la nécessité d'une provision disponible à vue.

2. Toutefois — c'est le motif de l'addition faite sous la lettre *a*) — il convient de réserver aux Etats la faculté d'assimiler à ce point de vue aux banquiers des personnes exerçant des professions voisines, tels, par exemple en France, les agents de change ou les caisses publiques.

3. Quant à l'addition, sous la lettre *b*), du mot « civiles », elles est la

conséquence de l'exclusion de la possibilité de tirer un chèque sur un non banquier. Du moment que ce titre ne vaut pas comme chèque, il reste à savoir quels effets il produit. Ce point est abandonné à la législation de chaque Etat.

Art. 6. — Le tireur est garant du paiement. Toute clause par laquelle le tireur s'exonère de cette garantie est réputée non écrite.

Art. 7. — Sont applicables au chèque les dispositions des articles 4, 6, 7 et 8 du projet de règlement sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à la création et à la forme du titre.

Toutefois, la domiciliation prévue par l'article 4 du Règlement sur la lettre de change ne peut avoir lieu qu'auprès d'un banquier.

Observation. — Le renvoi à l'article 4 du Règlement sur la lettre de change et l'addition du dernier alinéa qui en est la conséquence ont été faits sur la demande de l'un des experts, qui a déclaré que les chèques domiciliés ailleurs que chez le tiré étaient fréquemment utilisés dans son pays et que cette pratique a paru pouvoir rendre des services.

De l'endossement.

Art. 8. — Sauf le chèque au porteur, tout chèque, même non expressément tiré à l'ordre, est transmissible par la voie de l'endossement.

Lorsque le tireur a inséré dans le chèque les mots « non à ordre » ou une expression équivalente, le titre n'est transmissible que dans la forme et avec les effets d'une cession ordinaire.

Art. 9. — L'endossement doit être pur et simple. Toute condition à laquelle il est subordonné est réputée non écrite.

L'endossement partiel est nul.

Sont également nuls l'endossement « au porteur » et l'endossement du tiré.

Quiconque, sauf le tiré, appose sa signature au dos d'un chèque au porteur est garant comme avaliseur du tireur.

L'endossement au tiré ne vaut que comme quittance, sauf dans le cas où le tiré a plusieurs établissements et où l'endossement est fait au bénéfice d'un établissement situé dans un autre lieu que celui sur lequel le chèque a été tiré.

Art. 10. — Sont applicables au chèque, sauf en ce qui concerne l'acceptation, les dispositions des articles 12 à 17 du projet de règlement, sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à l'endossement.

De la garantie et du paiement.

Art. 11. — Le chèque ne peut pas être accepté. Une mention d'acceptation sur le chèque est réputée non écrite.

Toutefois, est réservée aux Etats contractants la faculté d'admettre l'acceptation, *la certification* ou le visa d'un chèque et d'en régler les effets.

Observation. — Le mot « certification » a été substitué au mot « certificat » pour plus de précision dans la terminologie.

Art. 12. — Le paiement d'un chèque peut être garanti par un aval.

138

Cette garantie est fournie par un tiers, sauf le tiré, ou même par un signataire du chèque.

Sont applicables au chèque les dispositions des articles 30 et 31 du projet de règlement sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives à l'aval.

Art. 13. — Le chèque est payable à vue. *Toute mention contraire est réputée non écrite.*

Observation. — L'article 13 des résolutions de La Haye (deuxième alinéa) porte : « Un titre contenant une autre échéance est nul comme chèque. » Afin d'assurer au titre son maximum d'efficacité, il a paru préférable aux experts de dire : « Toute mention contraire est réputée non écrite. » Cette dernière formule est celle qu'a proposée la C. C. I.

Art. 14. — Le chèque doit être présenté au paiement dans un délai à fixer par la loi du lieu de paiement.

Ce délai sera de *huit* jours au moins.

Est réservée aux Etats contractants la faculté d'augmenter *ce délai ou de fixer plusieurs délais selon qu'il s'agit de chèques tirés d'un pays sur le même pays ou de chèques tirés d'un pays sur un autre.*

La présentation à une Chambre de compensation équivaut à la présentation au paiement.

Il appartient aux Etats contractants de désigner les institutions qui sont considérées comme chambres de compensation.

Observations. — Le délai minimum pour la présentation a été réduit de dix à huit jours.

Dans le troisième alinéa, il a paru utile de préciser que le délai de présentation pourrait être augmenté en tenant compte des distances.

Art. 15. — Quand un chèque est tiré entre deux places ayant des calendriers différents, le jour de l'émission sera ramené au jour correspondant du calendrier du lieu de paiement.

Art. 16. — Ni le décès du tireur ni son incapacité survenant après l'émission ne touchent aux effets du chèque.

RECOMMANDATION. — Les experts recommandent :

1° *Que les législations des différents pays édictent les mesures pénales ou civiles les plus propres à empêcher l'émission d'un chèque sans provision;*

2° *Que les Etats prennent des mesures d'ordre civil pour empêcher la révocation du chèque pendant le délai de présentation;*

3° *Que la possibilité de révoquer le chèque après l'expiration du délai de présentation reste réservée à la législation de chaque Etat.*

Observation. — Les deux dernières recommandations ci-dessus ont été substituées à l'article 17 des résolutions de La Haye, dont l'adoption n'a pas rencontré l'unanimité des experts en raison des divergences de législations sur la possibilité de révoquer le chèque et la détermination des cas où l'opposition au paiement du chèque est autorisée.

L'article 17 des résolutions de La Haye a donc disparu et se trouve remplacé par les recommandations ci-dessus.

Art. 17 (article 18 des résolutions de La Haye). — Le tiré peut exiger, en payant le chèque, qu'il lui soit remis acquitté par le porteur.

Le porteur *ne peut pas* refuser un paiement partiel.

En cas de paiement partiel, le tiré peut exiger que mention de ce paiement soit faite sur le chèque et qu'une quittance lui en soit donnée.

Observation. — Le second alinéa dénie au porteur la faculté de refuser un paiement partiel. C'est la solution contraire qui est inscrite dans l'article 18 des résolutions de La Haye. Pour obliger le porteur à recevoir un paiement partiel, les experts se sont basés à la fois sur l'intérêt des garants et la disposition de l'article 38 du projet de règlement sur la lettre de change, qui oblige le porteur à recevoir un paiement partiel. La solution adoptée par les experts est conforme à celle adoptée par la C. C. I.

Art. 18 (article 19 des résolutions de La Haye). — Le chèque traversé, au recto, de deux barres parallèles ne peut être payé qu'à un banquier.

Le barrement peut être effectué par le tireur ou par un porteur.

Le barrement peut être général ou spécial.

Le barrement est général s'il ne porte entre les deux barres aucune désignation ou la mention « banquier », un terme équivalent ou seulement « et Cie »; il est spécial, si le nom d'un banquier est inscrit entre les deux barres.

Le barrement général peut être transformé en barrement spécial. Mais le barrement spécial ne peut être transformé en barrement général.

Le chèque à barrement spécial ne peut être payé qu'au banquier désigné. Toutefois, si celui-ci n'opère pas l'encaissement lui-même, il peut se substituer un autre banquier.

Il est interdit d'effacer le barrement ainsi que le nom du banquier désigné. *L'effacement est réputé non avenu.*

Le tiré qui paie le chèque barré à une personne autre qu'un banquier, si le barrement est général, ou à une personne autre que le banquier désigné, si le barrement est spécial, est responsable, s'il y a lieu, du préjudice causé, sans que les dommages-intérêts puissent dépasser le montant du chèque.

Est réservée à chaque Etat la faculté d'assimiler à la profession de banquier, en ce qui concerne le chèque barré, d'autres professions voisines.

Observation. — Dans le septième alinéa, les mots ajoutés ont pour but de bien préciser que l'effacement du barrement n'affectait pas la validité du chèque et le laissait subsister comme chèque barré.

Le dernier alinéa a été ajouté pour donner satisfaction aux pays qui permettent de tirer un chèque barré, par exemple, sur un agent de change ou une caisse publique (voir supra art. 5).

RECOMMANDATION. — *Les experts recommandent que les pays connaissant seulement le chèque « à porter en compte » (« nur zur Verrechnung ») remplacent cette pratique par celle du chèque barré seulement.*

Observation. — Cette recommandation entraîne la suppression de l'article 20 des résolutions de La Haye qui édictait des prescriptions pour le chèque « à porter en compte ».

Art. 19 (article 21 des résolutions de La Haye). — La question de savoir si le porteur d'un chèque a des droits spéciaux sur la provision et le droit d'agir en justice contre le tiré reste en dehors du présent règlement.

139

Du recours faute de paiement.

Art. 20 (article 22 des résolutions de La Haye). — Le porteur peut exercer ses recours contre les endosseurs, le tireur et les autres obligés, si le chèque, présenté en temps utile, n'est pas payé.

La présentation et le non-paiement doivent être constatés :

1° Soit par un acte authentique (protêt faute de paiement);

2° Soit par une déclaration du tiré, datée et écrite sur le chèque, avec l'indication du jour de la présentation;

3° Soit par une déclaration datée d'une Chambre de compensation constatant que le chèque a été remis en temps utile et qu'il n'a pas été payé.

Est réservée à chaque Etat :

a) *La faculté de subordonner à la confection d'un protêt la conservation des recours contre les endosseurs, le tireur ou les autres obligés.*

b) *La faculté de décider quelle sera, à défaut du protêt ou actes équivalents dressés dans le délai de présentation, la nature des droits du porteur contre le tireur qui n'a pas fait provision ou qui a révoqué le chèque.*

Observation. — Pour la lettre de change, il a été admis qu'en cas de refus de paiement, un protêt dressé en temps utile était nécessaire pour conserver les recours. Au contraire, l'article ci-dessus prévoit que lorsqu'il s'agit d'un chèque, afin de simplifier les formalités du protêt et d'éviter les frais qui en résultent, celui-ci peut être remplacé par une déclaration du tiré, écrite sur le chèque, ou par une déclaration datée d'une Chambre de compensation.

Cette solution est contraire à celle actuellement en vigueur dans beaucoup de pays où, en matière de chèques comme de lettres de change, le protêt est exigé. C'est pourquoi les experts ont cru devoir, par l'addition d'un nouvel alinéa *a*) à l'article 20, réserver aux Etats la faculté de maintenir l'exigence d'un protêt.

D'autre part, ils ont réservé aussi aux Etats *b*) la faculté de décider quelle serait, à défaut de protêt ou actes équivalents dressés dans le délai de présentation, la nature des droits du porteur contre le tireur qui n'a pas fait provision ou qui a révoqué le chèque — cette question se rattachant à celle des droits du porteur sur la provision (voir article 19 ci-dessus).

Art. 21 (article 23 des résolutions de La Haye). — Le protêt faute de paiement *ou les constatations équivalentes visées à l'article 20* doivent être faits avant l'expiration du délai de présentation et, *soit le jour même de la présentation si celle-ci est faite le dernier jour du délai — soit l'un des deux jours ouvrables qui suivent, si ceux-ci se trouvent encore dans le délai de présentation.*

Observation. — Les modifications ainsi apportées à l'article 23 des résolutions de La Haye ont pour but : 1° de tenir compte de l'assimilation au protêt d'autres modes de constatation inscrits à l'article 20 ci-dessus; 2° de préciser que, pour le chèque comme pour la lettre de change, le porteur a, non plus un jour, mais deux jours ouvrables après le refus de paiement pour dresser le protêt; 3° que, cependant, celui-ci doit, dans tous les cas, être dressé dans le délai de présentation.

Art. 22. — *Le porteur peut réclamer à celui contre lequel il exerce son recours :*

1° *Le montant du chèque;*

2° *Les intérêts au taux de 6 p. c. à partir de la présentation;*

3° *Les frais du protêt ou déclaration équivalente, ceux des avis donnés par le porteur aux endosseurs précédents et au tireur, ainsi que les autres frais.*

Art. 23 (article 24 des résolutions de La Haye). — Sont applicables au chèque, sauf en ce qui concerne l'acceptation, les dispositions des articles 44 à 46, 48 et 49 du projet de règlement sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives aux recours.

De la pluralité d'exemplaires.

Art. 24 (article 26 des résolutions de La Haye). — Sauf les chèques au porteur, tout chèque émis dans un Etat et payable dans un autre Etat ou dans une partie d'outre-mer du même Etat, peut être tiré en plusieurs exemplaires identiques. *Lorsqu'un chèque est établi en plusieurs exemplaires, chacun d'eux doit être numéroté et indiquer, dans le texte même du titre, le nombre d'exemplaires émis; faute de quoi, chacun des titres émis est considéré comme un chèque distinct.*

Observation. — La modification apportée au texte de La Haye a pour but de mettre la disposition en concordance avec l'article 63 du projet de règlement sur la lettre de change.

Art. 25 (article 27 des résolutions de La Haye). — Le paiement fait sur un des exemplaires est libératoire, alors même qu'il n'est pas stipulé que ce paiement annule l'effet des autres exemplaires.

L'endosseur qui a transféré les exemplaires à différentes personnes, ainsi que les endosseurs subséquents, sont tenus à raison de tous les exemplaires portant leur signature et qui n'ont pas été restitués.

Du faux et des altérations.

Art. 26 (article 28 des résolutions de La Haye). — *Sauf en ce qui concerne l'acceptation,* sont applicables au chèque les dispositions des articles 68 et 69 du projet de règlement sur la lettre de change et le billet à ordre, relatives au faux et aux altérations.

Observation. — Les mots en italique ont été ajoutés parce que le chèque, en vertu de l'article 11 ci-dessus (premier alinéa), ne peut être accepté.

De la prescription.

Art. 27 (article 29 des résolutions de La Haye). — Les actions en recours du porteur contre les endosseurs et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir de l'expiration du délai de présentation.

Les actions en recours des endosseurs les uns contre les autres et contre le tireur se prescrivent par six mois à partir du jour où l'endosseur a remboursé le chèque ou du jour où il a été lui-même actionné.

Observation. — Lorsque le tireur n'a pas fait provision ou l'a retirée,

140

il appartient aux Etats, d'après l'article 20 *b*) ci-dessus, de décider quelle est la nature des droits du porteur contre le tireur; il en résulte qu'il leur appartient aussi de déterminer quelle est la durée de la prescription applicable à ces droits.

Art. 28. — Sont applicables au chèque les dispositions de l'article 71 du règlement sur la lettre de change.

Observation. — Ce texte reproduit — pour plus de clarté, comme article distinct — le dernier alinéa de l'article 29 des résolutions de La Haye.

DISPOSITIONS GENERALES.

Art. 29 (article 30 des résolutions de La Haye). — Sont applicables au chèque les dispositions générales des articles 72, 73 et 73*bis* du Règlement sur la lettre de change et le billet à ordre.

Observation. — L'article 31 des résolutions de La Haye est reporté dans le projet de convention pour la solution des conflits de lois (article 9).

Projet d'articles de convention.

Destinés à :

1° Rendre la validité et les effets des engagements, pris en matière de chèques, indépendants de l'observation des dispositions légales sur le timbre;

2° Etablir des règles de conflits de lois en matière de chèque.

Article premier. *Sanction de l'inobservation des lois sur le timbre.* Dans le cas où telle ne serait pas déjà leur législation, les Etats contractants s'engagent à modifier leurs lois de telle manière que la validité des engagements pris en matière de chèque ou l'exercice des droits qui en découlent ne puissent être subordonnés à l'observation des dispositions sur le timbre.

Les Etats contractants peuvent toutefois suspendre l'exercice de ces droits jusqu'à l'acquittement des droits de timbre qu'ils ont prescrits. Ils peuvent également décider que la qualité et les effets de titre immédiatement exécutoire qui, d'après leurs législations, seraient attribués au chèque, seront subordonnés à la condition que le droit de timbre ait été, dès la création du titre, dûment acquitté conformément aux dispositions de leurs lois.

Observation. — Bien qu'au point de vue pratique, la question présente moins d'importance en matière de chèques qu'en matière de lettres de change ou de billets à ordre, comme cependant quelques législations attachent, dans certains cas, à l'absence ou à l'insuffisance du timbre des chèques, des effets d'ordre civil, par exemple la privation des recours, il serait utile que les Etats prissent, en cette matière, les mêmes engagements qu'en matière de lettres de change; c'est à ce but que tend l'article 1er ci-dessus.

De même que la proposition correspondante, relative à la lettre de change, l'article 1er a été admis à l'unanimité des experts, moins une voix.

Art. 2. *Disposition générale.* — Les Etats contractants s'engagent, les uns vis-à-vis des autres, à appliquer, pour la solution des conflits de lois ci-dessous énumérés en matière de chèques, les règles indiquées dans les articles suivants.

Art. 3. *Capacité.* — La capacité d'une personne pour s'engager par chèque est déterminée par sa loi nationale. Si cette loi nationale déclare compétente la loi d'un autre Etat, cette dernière loi est appliquée.

La personne qui serait incapable, d'après la loi indiquée par l'alinéa précédent, est, néanmoins, valablement tenue, si elle s'est obligée sur le territoire d'un Etat d'après la législation duquel elle aurait été capable.

Chaque Etat contractant a la faculté de ne pas reconnaître la validité de l'engagement pris en matière de chèques par l'un de ses ressortissants et qui ne serait tenu pour valable dans le territoire des autres Etats contractants que par application de l'alinéa précédent du présent article.

Observation. — Cette proposition n'est formulée qu'à la majorité.

Les experts se sont préoccupés de la nécessité de poser des principes directeurs pour la solution des conflits de lois en cette matière et ils estiment que la règle émise au premier alinéa de l'article 74 du projet de règlement doit évidemment être la base de la solution des conflits.

D'autre part, les experts considèrent qu'il faut accorder une importance toute spéciale au crédit du titre, afin d'en assurer et d'en faciliter la circulation et, à ce point de vue, il leur semble que la *lex loci contractus* ne peut être négligée.

Ils seraient disposés à accepter la règle déjà formulée par le premier Comité d'experts, au mois de décembre 1926, suivant laquelle toute signature engage son auteur en tous lieux quand elle l'engage dans le pays où il l'a donnée. Ils estiment cependant que la rigueur doit en être tempérée, afin d'éviter que par la signature, occasionnellement donnée sur territoire étranger, ne soient tournées les lois nationales sur la protection des incapables. De là l'insertion comme troisième alinéa, dans l'article ci-dessus, du texte de l'article 18 de la Convention de La Haye.

Art. 4. *Forme des engagements.* — La forme des engagements pris en matière de chèques est réglée par la loi de l'Etat sur le territoire duquel ces engagements ont été souscrits. *Toutefois, l'observation des formes prescrites par la loi du lieu de paiement suffit.*

Cependant, si les engagements souscrits sur un chèque ne sont pas valables d'après les dispositions de l'alinéa précédent, mais qu'ils soient conformes à la législation de l'Etat où un engagement ultérieur a été souscrit, la circonstance que les premiers engagements sont irréguliers en la forme n'infirme pas la validité de l'engagement ultérieur.

Observation. — L'addition faite au premier alinéa de l'article ci-dessus est empruntée à l'article 54 de la loi polonaise du 14 novembre 1924 sur le chèque. Elle a pour but de fortifier le crédit du titre. Quant au second alinéa, voir l'observation présentée sous l'article 7 du projet de convention relative aux conflits de lois en matière de lettres de change.

Art. 5. *Personnes sur lesquelles le chèque peut être tiré.* — La détermination des personnes sur lesquelles un chèque peut être tiré doit se faire par application de la loi du pays où le chèque est payable.

141

Art. 6. *Contenu et effets des obligations souscrites en matière de chèques.* — La loi de l'Etat sur le territoire duquel les obligations résultant du chèque ont été souscrites règle les effets de ces obligations.

Observation. — Cette règle n'a été admise qu'à la majorité.

Art. 7. *Transmission de la provision.* — La loi du pays où le chèque est payable détermine si le bénéficiaire et les porteurs successifs ont des droits spéciaux sur la provision et quelle est la nature de ceux-ci.

Observation. — En formulant cette règle, les experts se sont inspirés de la nécessité impérieuse, suivant eux, d'assurer au chèque le crédit le plus sérieux. Ils estiment que ce but est atteint en choisissant la loi du pays où le chèque est payable. En effet, de cette manière, dès l'origine de sa création, tous les intéressés savent quelle est la loi qui sera applicable et ils peuvent en conséquence s'enquérir des effets qu'elle peut comporter quant à la transmission de la provision. D'autre part, le tiré n'a pour savoir à quelle personne il peut payer valablement, qu'à consulter la loi de sa résidence.

Art. 8. *Effets de l'acceptation du chèque.* — La loi du pays où le chèque est payable détermine si le chèque peut être accepté et quels sont les effets de cette acceptation.

Art. 9. *Certification.* — La loi du pays où le chèque est payable détermine si le chèque peut être certifié et quels sont les effets de certification.

Art. 10. *Echéance du chèque.* — La question de savoir si le chèque est nécessairement à vue ou s'il peut être tiré à un certain délai de vue est réglée par application de la loi du pays où le chèque est payable.

Art. 11. *Délai de présentation.* — Le délai de présentation est réglé par la loi du pays où le chèque est payable.

Art. 12. *Barrement.* — La loi du pays où le chèque est payable détermine si le chèque peut être barré et quels sont les effets de ce barrement.

Art. 13. *Paiement partiel.* — La loi du pays où le chèque est payable règle la question de savoir si le porteur est tenu ou non de recevoir un paiement partiel.

Observation. — Voir l'observation sous l'article 8 du projet de convention relative aux conflits de lois en matière de lettre de change.

Art. 14. *Forme et délais du protêt et autres actes.* — La forme et les délais du protêt, ainsi que la forme des autres actes nécessaires à l'exercice ou à la conservation des droits en matière de chèques, sont réglés par les lois de l'Etat sur le territoire duquel doit être dressé le protêt ou passé l'acte en question.

Observation. — Les experts ont accepté la formule 76 du R. U. sur la lettre de change, consacrant l'application de la *lex loci* dont l'acceptation ne semble pas discutable. Ils croient toutefois devoir compléter cette proposition en recommandant que les pays qui, contrairement au vœu unanime des experts, maintiendraient un délai assez court pour l'exercice des droits résultant du protêt, établissent des délais suffisants dans le cas où le recours doit être exercé contre une personne résidant à l'étranger.

Art. 15. *Perte ou vol du chèque. — Faillite du porteur.* — La loi du pays où le chèque est payable détermine les mesures à prendre en cas de perte ou de vol du chèque ou de faillite du porteur.

Art. 16. *Réserve générale.* — Les Etats contractants se réservent la faculté de ne pas appliquer les principes de droit international privé consacrés par la présente Convention ou par le règlement, en tant qu'il s'agit :

1° D'un engagement pris hors des territoires des Etats contractants;

2° D'une loi qui serait applicable d'après ces principes et qui ne serait pas celle d'un des Etats contractants.

Observation. — Ce texte reproduit l'article 20 de la Convention de La Haye de 1912 sur la lettre de change et le billet à ordre.

142

ANNEXE N° 4

Observations présentées sur le rapport du Comité des Juristes de la Société des Nations par l'Institut International de Rome pour l'unification du droit privé.

(Session Février 1929.)

OBSERVATIONS GENERALES.

Le document rédigé par les experts juristes nommés par le Comité économique contient une introduction générale dans laquelle sont exposés les principes suivis par la Commission et, en outre, quatre projets, savoir: *a)* un projet de règlement concernant la lettre de change et le billet à ordre, divisé en 12 chapitres comprenant, dans l'ensemble, 77 articles; *b)* un projet de convention destiné d'une part à rendre la validité et les effets des lettres de change et des billets à ordre indépendants de l'observation des dispositions légales sur le timbre, d'autre part à établir des règles de conflit de lois en matière de lettres de change et de billets à ordre; *c)* un projet de règlement concernant le chèque en 29 articles; *d)* un projet de convention destinée à rendre la validité et les effets des engagements pris en matière de chèques, indépendants de l'observation des dispositions légales sur le timbre et à rétablir des règles de conflit de lois en matière de chèque.

Il faut observer avant tout que les projets de règlements uniformes présentés, suivant une tendance apparue au Congrès de Stockholm de la Chambre de commerce internationale (1927), ont pris comme point de départ le règlement uniforme de la lettre de change et du billet à ordre élaboré à La Haye, et les résolutions de La Haye pour ce qui concerne le chèque.

Ce procédé était sans doute pratique et utile en raison de la largeur et de l'importance des travaux des Conférences de La Haye, de l'acceptation et de l'approbation du règlement uniforme de 1912 par 30 Etats qui avaient participé à la Conférence, également du fait que la réforme suisse des titres 24-33 du Code des obligations s'inspire de ce règlement, qu'il vient d'être accepté en bloc (par rapport à la lettre de change) par la Pologne et qu'il a eu un profond écho dans les Etats de l'Amérique du Sud.

Cependant, les experts eux-mêmes ont exprimé l'opinion que la solution idéale des différents problèmes naissant de la variété des législations en matière de lettres de change, de billets à ordre et de chèques ne pourrait actuellement se trouver que dans l'adoption d'un règlement uniforme à substituer aux différentes législations par les *Etats du groupe continental* (y compris aussi les Etats de l'Amérique du Sud).

Cette mention, répétée, des Etats du groupe continental, permet de penser que les experts ne croient pas possible de tenter — actuellement — un rapprochement des législations continentales aux législations de type anglais; et le procédé, dans le cas où les résultats répondraient aux

espoirs, pourrait amener à diviser dans cette matière le monde civil en deux grands groupes: celui du futur règlement uniforme et celui des législations à type anglo-saxon.

Sans doute, comme il a été relevé à plusieurs reprises, les obstacles qui s'opposent à une fusion entre les législations continentales et celles à type anglo-saxon, sont très graves. Les divergences qui apparaissent à quiconque veut comparer les deux systèmes, sont presque décourageantes puisque le système anglo-saxon, qui même dans la matière de change, suit les principes et l'esprit de la *common law*, néglige plusieurs formes qui sont imposées dans d'autres pays, et reconnaît une variété de contenu et une liberté d'action qui ne peuvent être admises sans danger par ces pays chez lesquels n'existe pas la tradition et la coutume dominant la vie juridique et économique des Anglo-Saxons.

Une telle différence de conceptions — que l'on pourrait facilement démontrer en faisant une liste des particularités du droit anglo-saxon en matière de change — explique l'attitude observée par les délégués anglais à la Conférence de La Haye et justifie aussi en partie la tendance suivie par le Comité d'experts qui, on l'a dit, a tenu compte, surtout, des législations continentales.

Or, tout en considérant les difficultés qui s'opposent à l'adaptation d'une législation uniforme en matière de change, il convient toujours de s'inspirer d'une tendance fermement décidée à parvenir, même lentement et au moyen de rapprochements successifs, à des règlements uniformes. Le Conseil de direction de l'Institut, dans sa séance du 31 mai 1928, traitant du thème de l'unification en général, a relevé que la création d'un système continental rigide, nettement opposé au système anglo-saxon, risque de rendre ensuite plus difficile la découverte de points de contact entre les deux systèmes.

Le système adopté par le Comité d'experts ne paraît pas éviter ce danger puisqu'il se réduit à un projet de règlement uniforme (dans lequel les tendances continentales ont une prévalence absolue) et à une convention destinée d'un côté à rendre la validité et les effets des obligations de la lettre de change, indépendante de l'observation des dispositions sur le timbre, et d'un autre côté à établir des principes uniformes de droit international privé. Or, en dehors du premier point (dispositions sur le timbre) sur lequel on reviendra ensuite, l'avis de l'Institut est le suivant:

1° Que le but du règlement uniforme doit être de fixer les règles pour un type de lettre de change commun aux divers Etats et spécialement destiné à la circulation internationale, sans vouloir rejeter d'autres types de titres à ordre qui pourront momentanément rester en usage dans les divers Etats;

2° Que, en tous cas, dans une convention adjointe au règlement uniforme, soient indiqués les points sur lesquels est réservée aux Etats contractants et acceptant le règlement uniforme, la faculté d'introduire des normes en dérogation des principes du dit règlement;

3° Que, pour éviter des incertitudes dans la pratique, les Etats contractants s'engagent dans la convention, pour le cas où ils feraient usage de ces réserves, à communiquer aux autres Etats contractants le texte des règles qui s'éloignent du règlement uniforme;

4° Que, dans le projet du règlement uniforme, on peut accepter certains principes du droit anglo-saxon qui, sans changer les lignes essentielles

du règlement, pourraient diminuer la divergence entre ce droit et le système continental.

L'Institut est d'avis que, si grâce aux réserves on peut surmonter les obstacles qui pourraient conduire certains Etats à ne pas adhérer au règlement uniforme, on pourrait aussi — avec la communication aux autres Etats des dérogations à ce règlement — réaliser rapidement une connaissance sûre et large surtout du côté des Instituts de crédit, des principes qui régissent la matière des lettres de change dans les différents Etats. Et il faut ajouter que les études qui seront nécessaires pour introduire des dérogations à la réglementation uniforme, pourront amener plusieurs Etats à renoncer à ces dérogations qui, sans une grande utilité pratique pour les lettres de change circulant à l'intérieur, pourraient créer des obstacles ou constituer une cause d'infériorité dans le commerce international.

Les observations qui suivent s'inspirent, en grande partie, à l'idée de réduire le plus possible et sans altérer les lignes fondamentales du projet présenté, la distance entre les systèmes dits continental et anglo-américain.

N. B. — Les lettres R. U. signifient le règlement de La Haye 1912.

Les lettres C. C. I. le règlement proposé par la Chambre de commerce internationale.

Les lettres C. E. le nouveau texte proposé par les experts du Comité économique.

REGLEMENT CONCERNANT LA LETTRE DE CHANGE ET LE BILLET A ORDRE.

CHAPITRE PREMIER

De la création et de la forme de la lettre de change.

C. E. 1 = R. U. 1 = C. C. I. 1.

Le premier alinéa de C. E. 1 impose la nécessité de la dénomination « lettre de change » insérée dans le texte même du titre. Cette exigence, qui se rattache à la qualité de l'obligation abstraite née de la lettre de change est requise par les législations continentales tandis qu'elle est ignorée par le monde anglo-américain. L'exigence du R. U. a été fortement critiquée par les Anglo-Américains. On a recherché alors une voie de conciliation par l'article 2 de la Convention en permettant de substituer à la dénomination « lettre de change » la clause « à ordre ». Même de cette façon, il n'y avait cependant aucune possibilité de conciliation avec le droit anglais qui n'exige pas davantage cette seconde condition de forme.

Il faut aussi rappeler que le C. E. 1 (N° 6) exige la mention du nom de la personne à laquelle, ou à l'ordre de laquelle la lettre de change doit être payée. On rejette ainsi la lettre de change au porteur, titre admis par le droit anglo-américain. Le projet de La Haye de 1910 admettait la lettre de change au porteur sauf la faculté accordée à chaque Etat par la Convention adjointe, de déclarer sans efficacité, selon le droit de change, ce titre s'il a été créé, accepté, avalisé ou rendu payable dans leur territoire. Cette règle a été supprimée par le R. U. 1, car elle donnait

lieu à des critiques. On faisait observer que la lettre de change au porteur n'a aucune raison d'être exclue, du moment que l'on admet, comme le R. U., et maintenant le C. E., l'endossement en blanc. Cette critique cependant, basée sur un point de vue pratique, n'écarte pas la différence existant, d'un point de vue rigoureusement juridique, entre la lettre de change à l'ordre d'une personne indiquée et celle au porteur.

Sur la question de la dénomination (N° 1 du C. E. 1) on estime avant tout nécessaire de ne pas insister sur l'usage exclusif de la dénomination *lettre de change* et d'admettre toute autre expression apte à distinguer le titre. On propose cependant qu'après la dénomination « lettre de change », on ajoute dans le texte les mots suivants:

« ou toute autre expression apte à distinguer le titre ».

A propos de la question de la lettre de change au porteur, on est d'avis de ne pas modifier le texte proposé, puisque l'introduction de la lettre de change au porteur provoquerait certainement une opposition très vive de la part des Etats continentaux.

Cependant, toutes les difficultés résultant des différences relatives à la forme de la lettre de change entre le droit continental et le droit anglo-américain pourraient être écartées si dans la convention adjointe au règlement uniforme on voulait réserver à chacun des Etats contractants, la faculté de ne pas imposer toutes ces conditions de forme ou de demander des conditions différentes pour les lettres de change créées dans leur territoire.

A propos du N° 2 du C. E. 1, il faut relever que l'expression *mandat pur et simple* employée dans le texte français, ne répond pas exactement à l'expression *unconditional order* employée dans le texte anglais; il sera donc utile de rédiger l'article de façon que les différentes expressions employées dans les traductions rendent l'idée avec la plus grande exactitude, sans se servir du mot *mandat* qui est employé improprement.

C. E. 2 = R. U. 2 = C. C. I. 2.

Cet article (alinéa 1er) peut aussi faire naître des difficultés dans le monde anglo-américain où la date n'est pas requise sous peine de nullité, et où l'on permet au possesseur d'une lettre de change payable à un certain délai de date, d'insérer la date exacte de l'émission du titre (Bill anglais de 1882 Sect. 3, sous-sect. 4 A et 12. Negotiable Instruments Law, Etat de New-York, par. 25 et 32). Il faut pourtant remarquer que, en tout cas, même dans les Etats anglo-saxons, pour que la lettre de change produise ses effets, elle doit toujours avoir une date, soit que celle-ci ait été insérée par le tireur, soit qu'elle l'ait été par le porteur. La formule du 1er alinéa de cet article 2 paraît ainsi pouvoir être accueillie même par les pays anglo-saxons.

C. E. 3 = R. U. 3 = C. C. I. 3. Aucune observation.

C. E. 4. L'article correspond à R. U. 4 et à C. C. I. 4 sauf la substitution de l'expression « *localité* » à celle de « lieu » dans le but d'éviter des erreurs d'interprétation sur la valeur exacte du mot « lieu ». On peut cependant douter que cette substitution ne parvienne pas à éliminer toute incertitude sur la portée exacte de la règle.

C. E. 5. Cet article reproduit seulement en partie le R. U. 5 et C. C. I. 5. Le premier alinéa établit que la stipulation des intérêts peut être introduite seulement dans le cas d'une lettre de change payable à vue ou à

144

un certain délai de vue et que dans toute autre lettre de change cette stipulation doit être considérée comme non écrite. Cette règle est en contradiction avec le droit anglais et américain qui admettent la stipulation des intérêts même pour la lettre de change à jour fixe ou à un certain délai de date, la stipulation d'intérêts ne trouve pas une justification complète car, l'échéance étant fixée, les intérêts peuvent être calculés à l'avance et s'ajouter au capital.

Cependant, il paraît opportun de suivre sur ce point le droit anglo-américain et d'éliminer toute diversité entre les différents types de lettre de change : on propose donc que le 1er alinéa de l'article 5 soit modifié de la manière suivante:

« Dans toute lettre de change il peut être stipulé par le tireur que la somme sera productive d'intérêts ».

A propos du 2e alinéa, l'expression employée: « la clause sera réputée non écrite » ne paraît pas tout à fait appropriée. Le but de la disposition est d'obtenir que le montant total (capital et intérêts) de l'obligation de la lettre de change ne soit pas incertain ou discutable par défaut d'indication du taux d'intérêt; le but n'est pas celui d'enlever toute efficacité à la volonté des parties. C'est pourquoi on propose de remplacer cette expression par la suivante:

« La clause n'aura pas efficacité selon le droit de change ».

Aucune observation par rapport au 3e alinéa.

C. E. 6 = R. U. 6 = C. C. I. 6. Aucune observation.

C. E. 7 = R. U. 7 = C. C. I. 7. Aucune observation.

C. E. 8 = R. U. 8 = C. C. I. 8. L'article ne donne pas lieu à observations. Il est vrai que la législation anglaise ne rend pas responsable en ce cas le représentant sur la base de l'obligation de la lettre de change, mais il l'expose à une action en dommages-intérêts pour représentation illégitime ou pour abus de mandat. Cependant, même les juristes anglais admettent qu'en tenant compte de la nature de la lettre de change, le principe sanctionné par le R. U. représente la règle la plus commode. Il est donc utile de conserver dans C. E. 8 le texte de R. U. 8.

C. E. 9 = R. U. 9 = C. C. I. 9. A propos de cet article on a observé que la législation anglaise admet aussi l'exonération de la garantie du paiement, hypothèse qui sera, du reste, peu fréquente dans la pratique, car cette clause enlève presque toute valeur à la lettre de change. Cependant, puisqu'il s'agit d'une règle sanctionnée par la loi anglaise Sect. 16 N° 1, ainsi que par la loi américaine § 111 Loi de New-York, il paraît que dans le cas où les défenseurs du système anglo-saxon voudraient maintenir l'exonération de la garantie du paiement, ce détail ne devrait pas être considéré comme un obstacle infranchissable, car de telles lettres de change réussiraient très difficilement à avoir une circulation internationale.

CHAPITRE II

De l'endossement.

C. E. 10 = R. U. 10 = C. C. I. 10. L'article ne donne pas lieu à observations.

C. E. 11 = R. U. 11 = C. C. I. 11. Les deux premiers alinéas ne donnent pas lieu à observations. Pour le troisième cas on remarque

que le droit anglais qui admet la lettre de change au porteur, reconnaît aussi la validité de l'endossement au porteur dont la nullité n'est pas facilement justifiable lorsque l'on admet l'endossement en blanc (C. E. 12). Il paraît cependant plus logique et pratique d'établir la règle que l'endossement au porteur équivaut à l'endossement en blanc. Cela produira la conséquence que, dans les pays où l'usage de l'endossement au porteur n'est pas établi, et c'est le cas des pays continentaux, l'endossement en blanc continuera à être préféré.

C. E. 12 correspond, dans le fond, à R. U. 12 sauf une modification de forme « tout endossement » et sauf l'obligation de l'inscription de l'endossement sur le verso de la lettre de change: aucune observation.

C. E. 13 = R. U. 13. L'article ne donne pas lieu à observations. On a maintenu le R. U. 13 et abandonné la proposition de C. C. I. 13 inutile ou peu pratique.

C. E. 14 = R. U. 14 = C. C. I. 14. Aucune observation.

C. E. 15 reproduit, avec une petite différence de forme, R. U. 15, qui était aussi reproduit par C. C. I. 15. Cet article présente une différence fondamentale entre le système continental et le système anglo-américain. Il établit que le porteur d'une lettre de change est considéré comme possesseur légitime s'il justifie de son droit par une série ininterrompue d'endossements. Ce même article, 2e alinéa, dispose ensuite que, lorsqu'une personne a été dépossédée d'une lettre de change, le porteur de celle-ci, qui justifie de son droit de la manière indiquée à l'alinéa précédent, ne peut pas être contraint de se dessaisir du titre que s'il l'a acquis de mauvaise foi ou si, en l'acquérant, il a commis une faute lourde. Ainsi, le possesseur de bonne foi d'une lettre de change, à cause d'un faux endossement, acquiert un plein droit sur la lettre de change tandis que, selon le droit anglais, le possesseur d'une telle lettre n'acquiert aucun droit sur la lettre de change et ne peut transférer son droit à une autre personne. M. Chalmers a observé, à propos de R. U. 15, que, lorsqu'une lettre de change vient d'être volée et que l'endossement est falsifié, et que successivement la lettre de change se trouve entre les mains d'un possesseur de bonne foi, on se trouve en présence de deux innocents dont l'un doit supporter les conséquences de l'acte frauduleur accompli par un tiers. R. U. 15, et maintenant C. E. 15, font supporter les conséquences par celui qui a perdu la lettre de change parce qu'il aurait dû en avoir un plus grand soin. Mais il arrive souvent que les lettres de change se perdent ou soient volées dans des circonstances telles qu'aucune précaution aurait pu en empêcher la perte, comme dans le cas de transmission par la poste. La législation anglo-américaine fait supporter les conséquences à celui qui reçoit une lettre de change à la suite d'un endossement faux, en supposant que toute personne qui reçoit une lettre de changê doit connaître son endosseur et que, si elle accepte une lettre de change de la part d'un inconnu, elle doit supporter les conséquences des irrégularités. M. Chalmers pensait que la règle R. U. 15, 2e alinéa, sert à encourager la négligence dans les opérations relatives à la lettre de change. Malgré cela, l'Institut est d'avis que C. E. 15 a bien fait de reproduire R. U. 15 car la règle anglaise obligerait à des recherches longues et parfois difficiles, et aboutirait à créer des difficultés dans la circulation du titre qu'on veut, au contraire, favoriser.

C. E. 16 offre une rédaction meilleure que R. U. 16, grâce à la substitution de l'expression « mauvaise foi » à celle « entente frauduleuse » qui était trop restreinte.

C. E. 17: cet article correspond, avec l'addition d'un alinéa, à R. U. 17 = C. C. I. 17. L'alinéa établit que le mandat contenu dans un endossement par procuration n'est pas révoqué par le décès du mandant ou la survenance de son incapacité. On a déjà observé que cette dernière règle représente une exception aux principes qui régissent le mandat dans les systèmes dérivant du droit romain; cependant C. E. justifie cette exception très opportune, par la nécessité d'assurer le crédit et la facilité de circulation de la lettre de change.

C. E. 18 correspond à R. U. 18 et à C. C. I. 18 sauf l'addition à la fin du 1er alinéa, qui tend à préciser le droit du créancier gagiste, et la substitution de l'expression « mauvaise foi » à « entente frauduleuse » dans le 2e alinéa.

La question la plus grave surgit cependant à propos du problème général de l'endossement avec mention « valeur en garantie » ou « valeur en gage ». Cette forme est ignorée en Angleterre; à la Conférence de La Haye plusieurs Etats étaient franchement disposés à l'admettre (ainsi la Belgique, les Pays-Bas, l'Italie, la Tchécoslovaquie); l'Allemagne, l'Autriche et les Etats de l'Amérique du Sud étaient au fond favorables à cette admission; la France hésitait, les Etats scandinaves y étaient opposés. Malgré ces différences on est d'avis que le projet C. E. a bien fait de conserver cette forme d'endossement qui sert à développer et à favoriser le crédit de la lettre de change.

Si cette disposition du règlement uniforme proposé rencontrait des oppositions irréductibles, on pourrait recourir dans la convention adjointe au même moyen auquel avait recours l'art. 4 de la Convention de La Haye où chaque Etat contractant se réservait la faculté de considérer comme non écrite la mention d'endossement en garantie lorsque tel endossement était fait sur son territoire.

C. E. 19 = R. U. 19 = C. C. I. 19. L'article ne donne lieu à aucune observation.

CHAPITRE III

De l'acceptation.

C. E. 20 = R. U. 20 = C. C. I. 20.
C. E. 21 = R. U. 21 = C. C. I. 21. } Aucune observation.

C. E. 22 = R. U. 22 = C. C. I. 22. Dans l'examen de cet article, on a remarqué que les législations anglaise et américaine ne fixent pas les termes pour la représentation d'une lettre de change à vue. Elles se bornent à établir que tout possesseur doit présenter ou mettre en circulation la lettre de change dans un délai raisonnable. Cette règle ne paraît cependant pas être d'application facile; en cas de différend, la question du terme raisonnable ne peut être résolue que par l'autorité judiciaire ou par des arbitres. Le fait que ces difficultés ne surgissent pas dans la pratique du monde anglo-américain ne peut pas être un argument contre les observations des Etats ignorant la coutume traditionnelle des Anglo-Saxons.

On a encore observé que si le possesseur et le tiré se trouvent dans la même localité, il est excessif d'admettre que le possesseur puisse être autorisé à attendre six mois avant de présenter la lettre de change à l'acceptation. Au contraire, lorsqu'une lettre de change circule à travers de nombreux pays, éloignés les uns des autres, le terme de six mois peut être trop court. Mais on a répondu que le second alinéa permet d'abréger ou d'allonger ces termes: et le remède est suffisant car, dans la plupart des cas, le tireur, au moment de la création, peut prévoir quelle sera la destinée du titre. En tout cas, il ne paraît pas qu'il y ait des raisons décisives pour s'opposer à une demande anglaise ou américaine de prolonger le terme contenu dans le 1er alinéa.

C. E. 23 = R. U. 23 = C. C. I. 23. Aucune observation.

C. E. 24 = R. U. 24 = C. C. I. 24. Le 1er alinéa de l'article ne donne lieu à aucune observation.

Ce même art. 24 établit que lorsqu'une lettre de change est payable à un certain délai de vue, l'acceptation doit porter la date du jour dans lequel l'acceptation a été donnée, à moins que le porteur n'exige qu'elle soit datée à partir du jour de la première présentation. Ce principe est conforme à la pratique anglaise qui exige de même que l'acceptation d'une lettre de change doit porter la date du jour où elle a été présentés par l'acceptation.

Dans sa dernière partie l'art. 24 prévoit le cas où une lettre de change à un certain délai de vue ne porte aucune date; dans ce cas, le porteur, pour conserver ses actions contre le tireur et les endosseurs, doit faire constater cette omission par un protêt dressé en temps utile. Selon la législation anglaise, au contraire, lorsqu'il n'est pas possible d'atteindre l'accepteur, le porteur est autorisé à insérer la date omise. Ce principe n'a pas été accueilli par la Conférence de La Haye pour la raison qu'il serait dangereux de permettre que le porteur intervienne dans le contrat d'une autre partie de la lettre de change. Mais, comme M. Klein a observé, ce qui importe, c'est d'établir la date exacte et un tel résultat pourrait être obtenu en faisant intervenir des témoins pour attester l'exactitude de la date. On ne voit cependant pas la nécessité de cette formalité de même qu'on ne s'explique pas celle du protêt. Il appartient au tiré d'insérer l'indication exacte de la date de l'acceptation; mais, si on pose comme principe que le porteur peut éventuellement dater la lettre à la place de l'acceptant, celui-ci a le choix. Si l'acceptant préfère de laisser au porteur le soin de dater la lettre, cela se fera à son risque, puisque par son abstention, il donne une sorte de mandat au porteur de dater la lettre à sa place. Ces observations faites par les délégués anglais à la Conférence de La Haye paraissent convaincantes et l'on est d'avis de modifier la dernière phrase de l'art. 24 de façon à reconnaître au porteur la faculté d'insérer la date omise par l'acceptant sans obliger le porteur à faire établir un protêt.

C. E. 25 présente une rédaction meilleure que R. U. 25 = C. C. I. 25. L'article admet non seulement l'acceptation partielle, mais il établit le principe que le porteur peut être obligé de se contenter de l'acceptation partielle tandis que, selon le droit anglais, le porteur peut la refuser. Le système anglais est soutenu par l'argument que si l'acceptation partielle est imposée au porteur, le montant de la lettre de change devient incertain et que l'on complique les moyens de recours qui seront de

146

portée différente suivant que l'on agit contre le tireur et contre les endosseurs ou contre celui qui a accepté partiellement.

En tout cas, en raison de l'opposition sur ce point entre le système anglais et le système continental, il paraît utile, pour cette question, d'introduire dans la convention une réserve pour les Etats qui ne croient pas devoir contraindre le porteur à admettre une acceptation partielle. Telle a été, en effet, l'idée accueillie par C. E. qui, dans la convention, a introduit l'art. 7 pour l'acceptation et le paiement partiel.

La deuxième partie de l'art. 25 a provoqué une longue discussion. Il est dit, en cet article, que « toute autre modification exceptée celle de l'alinéa 1er) apportée par l'acceptation aux énonciations de la lettre de change, équivaut à un refus d'acceptation. » Toutefois, l'accepteur est tenu dans les termes de son acceptation. Cela signifie évidemment que, malgré les modifications introduites par la formule d'acceptation, l'accepteur est tenu cambiairement envers le porteur : mais il paraît néanmoins convenable que la nature de l'obligation soit expressément déclarée afin d'éviter des équivoques. Or, si cette règle est acceptable lorsque les modifications se rapportent au terme ou bien au lieu du paiement, cela ne paraît pas admissible, par contre, lorsque la modification introduite consiste dans le fait de soumettre l'acceptation à une condition constituant une limitation de celle-ci et à laquelle on ne peut pas reconnaître d'efficacité selon le droit de change, mais seulement selon le droit commun.

On propose cependant de compléter la dernière phrase: « *Toutefois, l'accepteur est tenu dans les termes de son acceptation* » en ajoutant:

« *Selon le droit de change, à moins qu'il ne s'agisse d'acceptation sous condition.* »

C. E. 26 = R. U. 26 = C. C. I. 26.
C. E. 27 = R. U. 27 = C. C. I. 27.
C. E. 28 = R. U. 28 = C. C. I. 28.

} Ces articles ne donnent lieu à aucune observation.

CHAPITRE IV

De l'aval.

Cette forme de garantie n'est pas prévue par la loi anglaise; mais lors de la Conférence de La Haye, la délégation britannique reconnût l'opportunité de préciser les dispositions concernant l'aval étant donné que les lettres de change sur l'étranger contiennent souvent cette forme de garantie.

C. E. 29 = R. U. 29 = C. C. I. 29. Aucune observation.

C. E. 30 = R. U. 30. On a remarqué que C. C. I. était favorable à l'aval aussi par acte séparé. Dans les réponses au questionnaire envoyé par C. C. I., cinq Etats, c'est-à-dire l'Espagne, la Grande-Bretagne, l'Italie, la Pologne et la Tchécoslovaquie se déclarèrent contraires à cette forme, tandis que la Belgique, les Pays-Bas, les Etats Scandinaves, la France et le Luxembourg se déclaraient favorables.

A l'argument théorique des adversaires de cette séparation, qui observent que le titre séparé ne peut pas être réglé suivant les principes spéciaux de la loi de change, on a répondu qu'il est utile qu'en pratique

l'aval puisse être tenu caché de manière à fournir une garantie supplémentaire pour celui qui la considère nécessaire, mais de manière à ne pas ébranler le crédit de la lettre de change par une déclaration révélant la nécessité de recourir à une garantie supplémentaire.

Mais puisqu'il n'y a pas d'accord même entre les Etats continentaux sur ce point et qu'évidemment l'aval séparé ne peut pas être considéré comme un aval soumis au droit de change, il paraît convenable d'accepter l'observation contenue dans C. E. 31*bis*, où il est déclaré que l'aval par acte séparé ne tombe pas sous les dispositions du règlement uniforme proposé. Il faudra néanmoins examiner s'il ne conviendrait pas d'introduire dans la Convention-annexe un article semblable à l'art. 5 de la Convention de La Haye, dans laquelle la faculté d'admettre ce type spécial d'aval par acte séparé, était réservée aux Etats contractants.

C. E. 31 = R. U. 31 = C. C. I. 31. L'article ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 31*bis*. Voir les observations à C. E. 30.

CHAPITRE V

De l'échéance.

C. E. 32 = R. U. 32 = C. C. I. 32. On a remarqué que C. E., ainsi que les projets précédents, n'admet pas l'échéance en foire qui, selon le questionnaire de C. C. I., était, au contraire, demandée par l'Espagne, la France, la Tchécoslovaquie et la Pologne, qui, du reste, l'a introduite dans sa nouvelle loi de change. On a fait observer que ce mode d'échéance est désormais tombé en désuétude, qu'il a l'inconvénient de rendre incertaine la date du paiement, et que les foires sont d'habitude des lieux de négociation et de conclusion de contrats, mais non pas de paiement. Cependant, R. U. 32 était complété par l'art. 6 de la Convention de La Haye, permettant à tout Etat contractant d'admettre sur son propre territoire des lettres de change payables en foire. Si ce point soulevait des divergences insurmontables, on pourrait admettre une réserve analogue dans la Convention adjointe au projet C. E.

On a de même remarqué que cet art. 32 n'admet pas les lettres de change payables à échéances successives, c'est-à-dire par acomptes, faculté qui est, au contraire, reconnue par le droit anglais. Mais il ne paraît pas que le problème puisse susciter de graves divergences car ce système de paiement sera très rare pour des titres destinés à avoir une circulation internationale.

C. E. 33 = R. U. 33 = C. C. I. 33. On peut appliquer à cet article les observations faites à propos de C. E. 22, car il s'agit de l'application au paiement des lettres de change à vue des règles établies par l'acceptation des lettres de change à un certain délai de vue; par conséquent la portée de l'article dépend de la solution qu'on adoptera pour C. E. 22.

C. E. 34 = R. U. 34 = C. C. I. 34.
C. E. 35 = R. U. 35 = C. C. I. 35.
C. E. 36 = R. U. 36 = C. C. I. 36.

Ces articles ne donnent lieu à aucune observation.

CHAPITRE VI

Du paiement.

C. E. 37 = R. U. 37. L'article ne donne lieu à aucune observation. Les experts ont été d'avis qu'il n'était pas recommandable de laisser aux divers Etats la liberté de conserver ou d'adopter des règles différentes pour la date de présentation et de paiement, tel que le proposait, au contraire, C. C. I. 37. Les conflits qui pourraient surgir du refus de quelques Etats d'adopter des dates uniformes, seront résolus à l'aide d'un article spécial du projet de Convention, qui renvoie, sur ce point, à la loi du lieu de paiement. C'est bien à cause de ce renvoi qu'on ne doit plus considérer insurmontables les critiques faites au R. U. 37 par M. Chalmers, qui notait les différences qui existent entre le R. U. et la législation anglaise. Le dernier alinéa du même art. 37 autorise, précisément chaque Etat contractant à indiquer les institutions qui doivent être considérées comme Chambres de compensation.

C. E. 38 = R. U. 38. Pour ce qui concerne le paiement partiel C. C. I. 38 voudrait autoriser chaque Etat contractant à exclure les paiements partiels. Cette faculté était, du reste, admise par l'art. 8 de la Convention de La Haye.

Aujourd'hui C. E. a transféré, justement, cette faculté à l'art. 7 de la Convention proposée, soit pour ce qui concerne l'acceptation partielle, soit pour ce qui regarde le paiement partiel.

On pourra ainsi surmonter l'obstacle présenté sur ce point par la loi anglaise qui laisse au porteur la faculté d'accepter ou de refuser le paiement partiel.

C. E. 39. L'article correspond essentiellement à R. U. 39 = C. C. I. 39, sauf la substitution des mots « mauvaise foi » à « fraude », substitution évidemment nécessaire pour mettre cet article en harmonie avec l'art. 15.

A propos du dernier alinéa on s'est demandé si, au lieu de l'absence de *faute lourde,* on ne devait pas exiger l'absence de *faute ordinaire.* Mais on a répondu, après une longue discussion, qu'en exigeant une plus grande diligence de la part de celui qui paie et en lui imposant des recherches et des vérifications quelquefois difficiles, on finirait par entraver la commerciabilité du titre. On a ainsi conclu à l'acceptation de la rédaction actuelle de l'article, dont les principes correspondent, du reste, à ceux accueillis par C. E. 15.

C. E. 40 = R. U. 40 = C. C. I. 40.
C. E. 41 = R. U. 41 = C. C. I. 41. } Aucune observation.

CHAPITRE VII

Des recours faute d'acceptation et faute de paiement.

C. E. 42 = R. U. 42 = C. C. I. 42. On a remarqué que cet article ne contient aucune mention de l'acceptation partielle qui, d'après C. E. 50, donne lieu à un recours pour la partie non acceptée. Il est donc nécessaire d'introduire, après le n° 1, le cas de l'acceptation partielle par l'addition suivante:

2) *S'il y a eu acceptation partielle, pour la somme pour laquelle la lettre n'a pas été acceptée.*

C. E. 43 = R. U. 43, sauf l'extension au tiré des règles adoptées pour le cas de faillite du tireur. L'article ne donne lieu à aucune observation car l'art. 8 de la Convention pourvoit aux diversités existantes entre les différentes législations quant aux formes et aux termes du protêt et des autres actes, diversités qui pourront difficilement être éliminées actuellement par un règlement uniforme.

C. E. 44 = R. U. 44 sauf quelque modification de forme. L'article ne donne pas lieu à observations.

Les difficultés résultant des différences existant en cette matière entre le droit continental et le droit anglais pourront, ici aussi, être résolues grâce à l'art. 8 de la Convention.

C. E. 45. Tout en approuvant la rédaction actuelle de l'article, il est permis de douter qu'il soit accepté par les Etats où l'exclusion de la validité de la clause « sans protêt » s'inspire aussi de raisons fiscales.

C. E. 46 = C. E. 51. Ces articles ne donnent lieu à aucune observation.

C. E. 52. Les experts ont renoncé, très prudemment, à résoudre les questions relatives à l'obligation de fournir provision et aux droits spéciaux du porteur sur cette provision; par l'art. 6 du projet de convention, ils ont réservé la solution de ces problèmes à chaque législation.

C. E. 53. Cet article, né de la fusion de R. U. 53 et C. C. I. 53, a été l'objet d'une discussion très vive, tant sur les effets de la force majeure objective, que sur ceux des empêchements purement individuels. Mais on a fini par approuver l'article tel qu'il est formulé, tout en prévoyant que le principe qui dénie toute efficacité aux empêchements individuels, se heurtera aux principes de la loi anglaise qui exige, du porteur, seulement une « reasonable diligence ».

CHAPITRE VIII

De l'intervention.

C. E. 54 = R. U. 54 = C. C. I. 54. Ne donne pas lieu à observations.

C. E. 55 = R. U. 55 = C. C. I. 55. On a trouvé très raisonnable l'observation faite par quelques experts (mais non acceptée par C. E. 55) relative au cas où le tireur a désigné une personne pour accepter ou payer au besoin, surtout lorsque cette personne se trouve dans le même lieu que le tiré. En pareil cas, le possesseur devrait être obligé à présenter la traite à l'acceptation de la personne désignée au besoin et, si cette dernière acceptait, tout recours pour défaut d'acceptation devrait être refusé au porteur.

C. E. 56 = R. U. 56 = C. C. I. 56.
C. E. 57 = R. U. 57 = C. C. I. 57.
C. E. 58 = R. U. 58 = C. C. I. 58.
C. E. 59 = R. U. 59 = C. C. I. 59.
C. E. 60 = R. U. 60 = C. C. I. 60.
C. E. 61 = R. U. 61 = C. C. I. 61.
C. E. 62 = R. U. 62 = C. C. I. 62.

} Aucune observation.

CHAPITRE IX

De la pluralité d'exemplaires et des copies.

I. *Pluralité d'exemplaires.*

C. E. 63. La rédaction est meilleure que celle de R. U. 63. L'article ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 64 = R. U. 64 = C. C. I. 64.
C. E. 65 = R. U. 65 = C. C. I. 65. } Aucune observation.

II. *Copies.*

C. E. 66 = R. U. 66 = C. C. I. 66.
C. E. 67 = R. U. 67 = C. C. I. 67. } Aucune observation.

CHAPITRE X

Des faux et des altérations.

C. E. 68 = R. U. 68 = C. C. I. 68. L'article ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 69 = R. U. 69 = C. I. I. 69. On n'a pas manqué, à propos de cet article, de considérer l'opinion des juristes qui font observer que, suivant le principe adopté, l'altération du texte d'une lettre de change produit une espèce de dédoublement du titre qui a une portée différente selon qu'il s'agit des signataires ou des signataires postérieurs. On a aussi considéré les observations des experts qui soutiennent qu'il est contraire aux principes de la bonne foi d'assigner une valeur légale à un faux. On n'a pas oublié non plus de rappeler la règle anglaise, selon laquelle le possesseur peut faire valoir le titre selon son texte original dans le cas où l'altération n'est pas apparente.

Toutefois, le système adopté par C. E. 69 paraît être toujours le plus simple et répondre le mieux aux exigences de la pratique.

CAPITRE XI

De la prescription.

C. E. 70. L'article correspond à R. U. 70 déjà assez modifié par C. C. I. 70, mais il présente une meilleure rédaction. Aucune observation.

C. E. 71 = R. U. 71 = C. C. I. 71. Ainsi que les experts l'ont fait observer, il appartient à chaque Etat d'établir les causes d'interruption et de suspension de la prescription des actions résultants de la lettre de change. Il faudra pourtant examiner s'il ne conviendrait pas d'introduire dans ce but une réserve particulière dans la convention analogue, à ce qui a été prévu par l'art. 9 de la Convention pour le cas de perte ou de vol de la lettre de change.

C. E. 72 = R. U. 72 = C. C. I. 72. Aucune observation.

C. E. 73 = R. U. 73 1er alinéa = C. C. I. 73 1er alinéa. Aucune observation.

C. E. 73*bis* = R. U. 73 2e alinéa = C. C. I. 73 2e alinéa. Aucune observation.

Ces trois articles établissent des règles très précises, que, même les délégués anglais à La Haye, ont reconnues préférables aux règles en vigueur en Angleterre et qui correspondent aux dispositions adoptées par la plupart des Etats-Unis où, à la différence de l'Angleterre (Bill de 1882-Sect. 14), on a supprimé ce qu'on appelle les jours de grâce.

Du billet à ordre.

C. E. 74 = R. U. 77 = C. C. I. 76. Il est à prévoir que le no 1 de cet article soulèvera de nouveau la question de la dénomination déjà examinée au sujet de la lettre de change à l'art. 1er. Mais à ce sujet on propose encore d'adopter la solution, déjà suggérée, c'est-à-dire d'introduire une réserve dans la Convention.

C. E. 75 = R. U. 78. On propose de rendre plus claire la portée du 3e alinéa, où l'expression « indication spéciale » doit se rapporter à l'indication du lieu de paiement. En conséquence, la formule suivante est suggérée:

« A défaut d'indication du lieu de paiement... »

A propos de la date, on peut répéter ici les observations déjà faites au sujet de la faculté d'insérer dans le titre la date omise, faculté que le droit anglais accorde au porteur de la lettre de change. A cet égard, on propose de nouveau ici la solution indiquée pour le cas de la lettre de change.

C. E. 76 = R. U. 79 = C. C. I. 78. L'article ne donne lieu à aucune observation, mais il est évident que sa portée dépend des solutions qui seront adoptées pour la lettre de change.

C. E. 77 = R. U. 80 = C. C. I. 79. On remarque que si, comme on l'a proposé, on modifiait la dernière partie de l'art. 24 C. E., on pourrait retrancher la dernière phrase de l'art. 77 C. E. afin d'éviter également un protêt qui n'a d'autre but que celui de compléter un visa non daté.

PROJET DE CONVENTION (POUR LA LETTRE DE CHANGE).

Le but de cette convention, suivant le préambule, serait double: d'une part, rendre la validité et les effets des engagements pris en matière de lettre de change indépendants des dispositions légales sur le timbre, et d'autre part, établir des règles de conflit de lois en matière de lettres de change.

Toutefois, si l'on considère les articles 6-9 de la Convention, on voit clairement qu'ils renferment de véritables réserves, tandis que l'art. 10 à son tour, contient une réserve générale pour l'application des principes de conflits de lois formulés aux art. 3-5.

149

D'où il résulte que la Convention n'a pas seulement les buts indiqués dans le préambule, mais aussi celui de permettre des réserves sur certains points au profit des Etats qui accepteront le règlement uniforme.

Cependant, le rapport entre celui-ci et la Convention, étant donné le préambule et l'ordre des articles, ne paraît pas fixé très clairement.

Il paraîtrait donc convenable d'omettre ou de modifier le préambule et de disposer la matière de la Convention dans l'ordre suivant:

a) L'art. 1er actuel, sur lequel on reviendra;

b) Les articles qui contiennent les réserves au profit des Etats qui acceptent le règlement uniforme, réserves qui devront avoir pour objet, non seulement les matières considérées dans les articles 6-9 de la Convention, mais les autres points relevés dans les observations qui précèdent;

c) Un article par lequel les Etats contractants qui voudraient profiter des réserves et déroger aux règles uniformes, s'engagent à communiquer ces dérogations aux autres Etats contractants;

d) Les règles sur les conflits de lois que les Etats qui acceptent, avec ou sans réserve le R. U., s'engagent à appliquer (art. 3-5 de la Convention);

e) La réserve générale renfermée dans l'art. 10 de la Convention proposée.

Il est évident qu'on n'aurait pas besoin des dispositions sur les conflits de lois si tous les Etats acceptaient le R. U. sans réserves: hypothèse qui, actuellement, tout au moins, semble avoir peu de chance de se vérifier. Mais il est aussi évident que la portée de ces dispositions dépendra de la quantité et de l'usage des réserves fait par les Etats contractants. La réserve générale, à son tour, a pour but évident d'inciter le nombre le plus grand d'Etats à adhérer à la Convention.

Encore sera-t-il prudent de considérer s'il ne serait pas convenable de fixer une durée à la Convention, avec l'engagement pour les Etats contractants de reviser la Convention après un certain temps, nécessaire pour apprécier l'utilité, l'efficacité et les conséquences des principes adoptés.

Au sujet des articles de la Convention proposée par le C. E., on remarque:

Article premier. — Quoique cet article corresponde à l'art. 19 de la Convention de La Haye, il faut prévoir qu'il soulèvera plusieurs difficultés provoquées par les préoccupations fiscales de plusieurs Etats.

Art. 3-5. — Ces articles ne donnent lieu à aucune observation.

Art. 6-9. — Ces articles devront, ainsi qu'on l'a dit, être placés après l'art. 1er et, si l'on accepte les observations faites pendant l'examen des articles du R. U., ils devront être mis en rapport avec les réserves proposées aux différents points.

EXAMEN DU REGLEMENT CONCERNANT LE CHEQUE.

De la création et de la forme du chèque.

C. E. 1. Cet article se fonde sur les résolutions de la Conférence de La Haye du 1912 et correspond à l'art. 1er du C. C. I., sauf de légères modifications.

Au sujet du no 1, il faut encore observer que la loi anglaise et américaine n'exige pas nécessairement la dénomination de chèque, ni l'indication du lieu, ni celle de la date du chèque. Certes, un chèque sans date n'est pas régulier, mais si le tireur n'a pas inscrit la date, le porteur peut suppléer à ce défaut.

Sur ce point, il sera difficile d'arriver à un accord entre les systèmes continentaux et le système anglo-américain. Il conviendra donc d'introduire, dans la Convention adjointe au règlement uniforme pour le chèque, une réserve, soit pour ce qui concerne la dénomination, soit pour ce qui concerne la date.

A propos de la formule adoptée au no 4, en tenant compte des remarques faites pendant la 9e séance plénière de la Conférence de La Haye et de l'utilité qu'un chèque puisse être payable chez différentes succursales d'une banque, on propose d'ajouter, « *ou des lieux* » après le mot « *lieu* ».

C. E. 2. L'article ne donne lieu à aucune observation. Pour ce qui concerne la date, voir ce qu'on a dit pour l'article précédent.

C. E. 3. Cet article correspond à C. C. I. 2 sauf quelques modifications de forme sans importance. Pourtant, à propos du 1er alinéa de cet article, on a observé qu'une fois affirmé, le chèque peut être tiré sur une personne ayant des fonds à sa disposition, il n'est pas nécessaire et même dangereux d'ajouter « *et conformément à une convention, expresse ou tacite, d'après laquelle le tiré est obligé de payer le chèque* ». Il est évident que la disponibilité dépend d'une opération accomplie avec l'accord du tiré et qu'il est alors superflu de parler de convention expresse ou tacite. Et puisque le chèque, selon le règlement uniforme, ne peut être tiré que sur des banquiers, le danger qu'une personne quelconque soit continuellement sous la menace d'un chèque pour les sommes desquelles, par exemple, il est le débiteur envers une autre personne, n'existe pas.

Au contraire, la phrase « et conformément, etc. » pourrait faire penser que la disponibilité de la somme n'est pas une condition suffisante, mais qu'une convention spéciale est requise pour que le tireur puisse tirer le chèque; ce qui serait une source de difficultés et de différends dans les rapports entre les banques et leur clientèle.

Rien à observer à propos du 2e alinéa.

C. E. 4. Aucune observation. On relève seulement qu'au lieu de déclarer nul le chèque au porteur tiré sur le tireur même, le projet laisse à chaque Etat la faculté de le déclarer nul. Dès lors, les observations faites à ce propos par les experts anglais n'ont plus aucune raison d'être.

C. E. 5. L'article et les réserves ne donnent lieu à aucune observation.

C. E. 6. Il a été rappelé que le droit anglais permet aussi l'exonération de la garantie du paiement. Pour la lettre de change on a admis la possibilité d'introduire, sur ce point, dans la convention, une réserve

pour les Etats qui voudraient bien concéder cette exonération. Cependant, pour le chèque, et surtout pour un type de chèque destiné à la circulation internationale comme celui qui est réglé par le projet, on ne voit pas la valeur qu'il pourrait avoir et la fonction qu'il pourrait exercer si l'on admettait la clause d'exonération de la garantie de paiement. Du reste, comme on a déjà dit dans les observations générales, le règlement n'a pas pour but d'exclure à l'intérieur de chaque Etat la circulation de titres réglés par des principes différents de ceux du règlement uniforme proposé.

C. E. 7. Aucune observation.

C. E. 8 = C. C. I. 9. L'article ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 9 et C. E. 10 ne donnent lieu à aucune observation. Il faut néanmoins remarquer que la règle de l'alinéa 4 pourra difficilement être adoptée dans le droit anglo-américain, qui ne connaît pas l'aval.

De la garantie et du paiement.

C. E. Il correspond, sauf quelque variation formelle, à C. C. I. 16; il ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 12. Aucune observation, sauf la remarque que le droit anglo-américain ne connaît pas l'aval.

C. E. 13 = C. C. I. 18. C'est la rédaction améliorée de l'art. 13 des résolutions de La Haye. Il ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 14 = C. C. I. 19. Les critiques faites par les juristes anglais aux termes fixés par cet article, sont écartées par la réserve contenue dans l'alinéa 3 et par l'art. 11 de la Convention-annexe: pour le reste, l'article ne donne lieu à aucune observation.

C. E. 15 = C. C. I. 20, correspond à l'art. 15 des Résolutions de La Haye. Il sera utile que dans les différents textes, le participe « ramené » soit traduit par une expression qui ne produise pas d'équivoques.

C. E. 16 = C. C. I. 21 = art. 16 Résolutions de La Haye. L'article ne donne lieu à aucune observation.

Recommandations. — Même en prévoyant que la deuxième recommandation ne sera pas accueillie par le droit anglo-américain, on est d'avis que les principes contenus dans ces recommandations sont d'une grande utilité pour favoriser l'usage et la circulation du chèque dans les pays continentaux.

C. E. 17 = C. C. I. 23. Le 2e alinéa de cet article, qui adopte le principe opposé à celui de l'article 18 des Résolutions de La Haye, a soulevé une longue discussion. On a admis cependant l'opportunité de la solution adoptée en se basant surtout sur la considération de l'intérêt des garants. Toutefois, on a remarqué que la rédaction de cet alinéa est trop tranchante et que, pour éviter l'impression que l'on reconnaît à la Banque, presque pour tous les cas, le droit de ne pas payer le chèque, il est utile de rappeler à ce propos les sanctions prévues en cas de non paiement, que ce fait dépende ou non, du manque de provision. C'est pourquoi l'on propose d'ajouter « sauf les recours de l'art. 20 et les sanctions éventuelles édictées suivant les recommandations précédentes ».

C. E. 18 = C. C. I. 24 = art. 19. Résolutions de La Haye. L'article ne donne lieu à aucune observation, sauf la remarque d'une faute dans le texte français de l'alinéa 6, où l'on doit écrire « *substituer un autre banquier* ».

L'on a cependant observé que, même le chèque barré, ne réussit pas à éviter complètement le danger du vol et qu'il serait convenable de recommander l'introduction du chèque émis ou endossé comme « non négociable » (« Not negotiable »), payable seulement à la personne qui l'a reçu avec la dite clause ou à son représentant porteur d'un mandat écrit ou à une banque à laquelle celui qui l'a reçu l'a endossé pour encaissement. Les endossements successifs avec la clause « non négociable » seraient considérés comme non écrits.

Cette recommandation s'inspire évidemment d'une idée opposée à celle suivie dans la recommandation ajoutée à l'art. 18 dans le projet C. E., recommandation qu'il serait bon de supprimer.

C. E. 19 = art. 21. Résolutions de La Haye. Aucune observation. Il s'agit d'une réserve au profit des législations particulières.

Du recours faute de paiement.

C. E. 20 = C. C. I. 27 = art. 27. Résolutions de La Haye.

On remarque avant tout que le 1er alinéa ne s'occupe pas du cas de paiement partiel qui évidemment doit donner lieu à recours. L'oubli s'explique par le fait que l'art. 20 est tout simplement une reproduction de l'art. 42 des Résolutions de La Haye qui, contrairement au projet actuel, à l'art. 18 admet le refus du paiement partiel. Au 1er alinéa, après les mots: « n'est pas payé » il faut donc ajouter « *ou payé partiellement* ».

A propos du n° 2 on fait observer que la déclaration du tiré doit être inscrite dans un certain délai, qui pourrait être le délai requis pour dresser le protêt : à l'expression *datée* on propose en conséquence de substituer la phrase: « inscrite dans le délai fixé pour le protêt ». Aucune observation sur la réserve.

C. E. 21-C. E. 22-C. E. 23. Aucune observation.

De la pluralité d'exemplaires.

C. E. 24-C. E. 25. Aucune observation.

Du faux et des altérations.

C. E. 26. Aucune observation.

De la prescription.

C. E. 27-C. E. 28. Aucune observation.

Dispositions générales.

C. E. 29. Aucune observation.

151

PROJET D'ARTICLES DE CONVENTION.

Au sujet de la convention adjointe au projet sur le chèque, on peut répéter les observations concernant le projet de convention pour la lettre de change. Dans cette seconde convention il paraît également convenable d'omettre ou de modifier le préambule et de faire suivre à l'art. 1er les articles 5-15 qui contiennent seulement des réserves, ainsi que les autres réserves que l'on voudrait admettre à la suite de la discussion du règlement.

Ces réserves devraient être suivies d'un article par lequel les Etats contractants qui useront des réserves, s'engagent à donner communication aux autres Etats contractants des règles introduites par eux.

On pourra enfin formuler les règles pour les conflits de lois (art. 2-4 du projet de convention), avec la réserve générale de l'art. 16 du projet.

Encore faudra-t-il examiner l'opportunité de fixer un terme à la convention avec l'engagement pour les Etats contractants de la soumettre à une revision dans un certain délai.

Sur l'art. 1er du projet de convention, on remarque que même en matière de chèques, les préoccupations fiscales de plusieurs Etats pourront créer des difficultés, bien qu'on puisse prévoir que le problème ne présentera pas la même gravité qu'en matière de lettres de change.

Les autres articles du projet ne donnent lieu à aucune observation.

ANNEXE N° 5

DELIBERATIONS
DE L'INSTITUT INTERNATIONAL DE ROME POUR L'UNIFICATION DU DROIT PRIVE.

PREMIERE SEANCE

Le Président remarque que la discussion se portera maintenant sur un champ tout à fait différent, celui de l'activité de l'Institut.

Le Conseil est appelé à étudier le programme des travaux de l'Institut, tout d'abord en ce qui concerne la lettre de change et le chèque.

Il prie le Secrétaire Général d'exposer en peu de mots ce qui a été fait à ce sujet.

Le Secrétaire Général expose le travail fait par l'Institut sur la lettre de change et le chèque.

Il rappelle qu'en octobre l'Institut a été invité par la Société des Nations à donner son avis sur le projet préparé par les experts du Comité Economique. Après quelques travaux préparatoires, le projet a été examiné par un Comité composé sur place par le Président. Le résultat de ces travaux est recueilli dans un rapport qui est présenté aux membres du Conseil de l'Institut. Il ne sait pas si le Conseil désire examiner le projet article par article ou s'il désire exprimer un avis général.

S. Ex. M. Rocco (Italie) remarque que le rôle de l'Institut est celui de préparer des projets qui puissent être acceptés internationalement, il ne devrait pas se limiter à donner son avis sur des projets préparés par d'autres organismes.

Il demande des informations sur le procédé qui a été suivi pour le cas de la lettre de change.

Le Président remarque que cette matière à été étudiée depuis des années et que le projet du Comité Economique est antérieur à l'inauguration de l'Institut; il pense que, dans ces circonstances, il était nécessaire de répondre aux désirs de la Société des Nations de connaître l'avis de l'Institut.

M. Colin (France) déclare avoir éprouvé quelque surprise lorsqu'il a vu figurer la matière de la lettre de change, du billet à ordre et du chèque à l'ordre du jour de l'Institut. Au nombre des choses si judicieuses excellemment dites par M. le Président Scialoja dans son discours d'inauguration de cet Institut, on se rappelle sans doute cette déclaration que le nouvel organisme aurait à tenir compte de tous les travaux antérieurement consacrés par ailleurs à l'œuvre de l'unification. Or, est-il nécessaire de rappeler quels efforts ont été déjà dépensés en ce sens sur la matière du droit cambiaire? En dernier lieu, un comité d'experts-juristes, composé d'hommes de grande expérience technique, sous la présidence d'un spécialiste universellement estimé, M. le Professeur Percerou, a, sur l'invitation du Comité économique de la Société des Nations, élaboré un projet très étudié, très

prudent, que la Société des Nations a fait sien car elle l'a communiqué aux divers gouvernements en leur demandant de l'examiner pour lui faire connaître s'il leur était possible de participer à une conférence d'où sortirait un engagement mutuel de conformer leurs législations respectives aux solutions qui seraient adoptées sur les bases de ce projet. C'est ainsi que, notamment, le Gouvernement français fait en ce moment étudier le projet qui lui a été communiqué. Que vient donc faire maintenant l'Institut? Va-t-il proposer des rectifications au projet de la Société des Nations dont on verrait ainsi les différents organes se censurer et se contredire? En outre de ce qu'une paraille méthode offrirait de singulier, n'est-il pas à craindre que tel ou tel gouvernement, disposé, après étude des possibilités parlementaires et juridiques de sa Nation dont il est le meilleur juge, à acquiescer au principe de la Conférence projetée et, en conséquence, à souscrire éventuellement l'engagement qu'on sollicite de lui, ne croie plus possible de maintenir son engagement en présence des modifications apportées après coup aux idées directrices soumises à son étude et à son approbation?

Le Président désire répéter à M. Colin qu'il s'agit tout simplement d'un avis que la Société des Nations a demandé à l'Institut; que le projet ne sera pas modifié, mais qu'il y aura, avec le projet, les observations de l'Institut. Il ne s'agit que d'un travail préparatoire pour voir s'il est possible de réunir une Conférence internationale qui aura pour rôle de préparer le projet définitif. Il est donc d'avis qu'on envoie à la Société des Nations l'opinion de l'Institut et les observations que les experts, réunis par lui, ont fait au projet.

M. Buero (Société des Nations) rappelle que le 19 juillet la Société des Nations a demandé aux Gouvernements leur avis sur le projet qui a été formulé par son Comité Economique et, plus tard, elle a demandé aussi l'avis de l'Institut de droit privé. Dès que la Société des Nations aura reçu les réponses des Gouvernements et celle de l'Institut, elle pourra se remettre à sa tâche. Il lui semble donc qu'il y a, entre le travail de l'Institut, celui des Gouvernements et celui du Comité Economique, la possibilité d'une harmonieuse collaboration.

M. Rabel (Allemagne) remarque que le Comité nommé par le Président et qui a donné son opinion sur le projet, est arrivé à la conclusion qu'il peut servir de base pour la discussion d'une Conférence Internationale. Les Gouvernements doivent se prononcer sur la même question. S'ils arrivent à un résultat favorable, et la Conférence est convoquées, il sera précieux pour les Délégués des Puissances de savoir que le projet est également approuvé, en principe, par l'Institut.

M. Rundstein (Pologne) estime qu'il serait utile que l'Institut eût connaissance des observations des Gouvernements avant de donner son avis.

S. Ex. M. Paulucci di Calboli Barone (Société des Nations) donne lecture de la lettre envoyée par la Société des Nations à l'Institut pour demander son avis sur le projet et rappelle, en particulier, l'attention sur la dernière période où il est dit que les observations de l'Institut seront transmises aux Gouvernements avec les documents préparatoires au moment où la Conférence sera convoquée. Il s'agit donc, jusqu'à présent, de documents préparatoires et, par conséquent, il estime que l'Institut pourrait envoyer ses observations sans que ce fait puisse avoir aucune influence sur l'enga-

gement que les Gouvernements pourront prendre de participer à la Conférence.

M. Colin (France) exprime à nouveau la crainte que des amendements apportés au projet soient de nature à déterminer les Gouvernements à retirer leur adhésion à la Conférence vu qu'elle avait été donnée sur la base du premier projet.

S. Ex. M. Giannini (Pays-Bas) se permet de rappeler l'histoire de l'unification de la lettre de change. Actuellement, le Comité d'experts du Comité Economique a préparé un projet en reprenant celui de La Haye. Avant d'aborder une autre Conférence diplomatique, la Société des Nations s'est préoccupée de soumettre aux Gouvernements et à l'Institut le projet préparé afin de savoir s'il pouvait être pris comme base de discussion pour une Conférence; si la majorité des Gouvernements répondent favorablement, la Conférence aura lieu. Dans ces conditions le but de la Société des Nations en demandant l'avis de l'Institut, a été celui d'ajouter l'avis d'un organe qualifié et, par conséquent, il estime que l'Institut doit exprimer son avis sur le projet.

S. Ex. M. Poullet (Belgique) se rallie à l'opinion de M. Giannini. Il lui aurait paru étrange que la Société des Nations n'eut pas consulté l'Institut pour l'unification du droit privé. Le projet avait été préparé avant la constitution de cet Institut; l'après l'inauguration de celui-ci, est-il possible de penser que la Société des Nations n'aurait pas demandé l'avis d'un organe qualifié, créé sous ses auspices? Il pense donc que les membres du Conseil, après avoir pris connaissance du projet, pourront exprimer leur opinion générale, sans entrer dans les détails.

Le Président tient à dire que les observations préparées par l'Institut ont surtout le but de rendre possible un rapprochement au système anglo-américain et que le projet a été considéré comme un élément d'étude. Il estime que les observations sur le projet méritent d'être examinées par le Conseil de l'Institut, pour les envoyer, ensuite, à la Société des Nations comme une première contribution critique à l'étude du projet et il estime que l'Institut ne peut pas refuser la collaboration qui lui a été demandée.

M. Colin (France) remarque alors que, tandis que le projet présenté par le Comité Economique considère exclusivement l'unification entre législations du type continental, les observations qui ont été communiquées au Conseil, s'inspirent donc d'une conception différente.

S. Ex. M. Rocco (Italie) croit comprendre que M. Colin craint qu'on retarde la formation d'un projet définitif à cause des observations de l'Institut. Or, il n'est pas de cet avis, car on est encore dans une phase préparatoire. Il s'agit tout simplement d'un avant-projet par lequel on demande l'avis des Etats sur la possibilité de convoquer une Conférence diplomatique où serait discuté un projet définitif.

M. Smets (Société des Nations) donne quelques éclaircissements sur la procédure qui a été suivie et sur celle qu'on suivra dans la suite.

M. Colin (France) croit encore qu'il ne paraît pas possible, après la consultation des Gouvernements, de modifier le projet-base de la Conférence projetée.

S. Ex. M. Rocco (Italie) de son côté remarque que les observations de

153

l'Institut ne formeront qu'un document qui, avec les autres, sera soumis à la Conférence.

Le Président tient à répéter qu'il ne s'agit que d'un avis qu'on donne. L'idée de laquelle est parti le Comité, nommé par lui, a été de faire des retouches pour augmenter les chances d'acceptation du projet de la part de l'Angleterre également. Mais le fond du projet est resté le même. Il voudrait prier les membres du Conseil d'examiner le rapport; ils constateraient que le Comité n'a pas modifié le projet, il n'a proposé que quelques amendements. La discussion pourra être reprise à la séance de demain.

— Il en est ainsi décidé et la séance est levée à 18 h. 20.

DEUXIEME SEANCE (21 février 1929)

Présidence de S. E. VITTORIO SCIALOJA, président de l'Institut.

— La séance est ouverte à 16 heures.

Le Président rappelle qu'on doit terminer la discussion concernant le projet sur la lettre de change et le chèque.

Les membres du Conseil auront eu le temps de réfléchir sur le Rapport de l'Institut en ce qui concerne le projet du Comité Economique; il les prie donc d'exprimer leur avis.

Sir Barrington Hurst (Empire Britannique) déclare avoir lu avec beaucoup d'intérêt le Rapport; les remarques faites au projet de la Société des Nations lui semblent très sages surtout parce qu'elles montrent que les pays continentaux peuvent se rapprocher du droit anglais.

Il est donc favorable à l'acceptation de ce Rapport de la part de l'Institut.

M. Da Fonseca Hermes (Brésil) dit que les quelques heures d'étude ne lui ont pas permis de se former une opinion définitive. Il y a cependant, dans le fond du Rapport, et surtout dans la partie générale, des remarques de la plus haute valeur et signification de par ce fait qu'elles s'encadrent parfaitement dans le programme et tendent vers le but de l'Institut. Il a à signaler, entre autres, les accords et les souhaits que le Rapport expose pour un rapprochement entre le système continental et le système anglo-américain, idée qui a été presque entièrement abandonnée par les experts du Comité Economique.

Il se plait à relever la nécessité d'éviter les risques d'un système rigide qui doit être écarté des travaux de l'Institut. L'expérience américaine montre la nécessité d'un système qui ait le maximum de souplesse et qui permette le perfectionnement graduel et l'entente progressive. Prenant pour base ces deux points, il estime que le Conseil doit être à même, sans s'engager dans une critique proprement dite, ni du projet ni des observations, de répondre en termes généraux à la consultation de la Société des Nations.

S. Ex. M. Poullet (Belgique) trouve les conclusions du rapport infiniment sages, et elles lui semblent répondre d'abord à la mission même de

l'Institut. L'Institut doit chercher par tous les moyens qui sont en son pouvoir sinon de réaliser rapidement l'uniformité, — ce qui ne sera pas facile, — de faciliter tout au moins tout ce qui le rapproche de l'idéal qu'on lui a donné. En se plaçant à ce point de vue, il se rallie aux conclusions générales qui ont été soumises dans la partie générale du rapport aux pages 3 et 4 qui peuvent être adoptées comme avis à envoyer à la Société des Nations avec l'esprit de faciliter les suggestions et les indications qui permettront d'arriver plus tard à une entente complète entre le droit continental et le droit anglo-saxon.

M. Rundstein (Pologne) ne croit pas possible une étude particulière de tout le rapport de l'Institut de droit privé, mais il pense qu'on peut examiner la tendance générale du rapport même qui diffère des conclusions du Comité d'experts-juristes de la Société des Nations. Le Comité de juristes a envisagé l'unification ne se rapportant qu'à la législation des groupes continentaux; par contre le rapport veut éviter autant que possible les dangers qui pourraient se présenter avec ce système. Pour cela on pourrait accepter le rapport qui souligne l'opportunité d'adopter les principes de droit anglo-saxon qui, sans changer une ligne, pourraient diminuer la distance entre ce droit et le système continental. Il estime que ces points de vue sont acceptables d'autant plus qu'ils ont été adoptés par le premier Comité d'experts de 1926. Il y a dans le rapport de l'Institut un rapprochement ultérieur entre le système continental et le système anglo-saxon; il s'inspire de cette idée du rapprochement, qui peut-être ne sera pas réalisable dès maintenant mais qui sans doute est en marche. Pour ces raisons il se prononce en faveur de l'acceptation du rapport.

M. Colin (France) rend très volontiers hommage à la science et au talent des rédacteurs du rapport qui a été distribué au Conseil. Il désirerait seulement que, dans la formule de son approbation, le Conseil fît quelque réserve. Notre résolution exprimerait d'abord cette pensée, d'une part, que c'est le rapport du Comité économique qui lui paraît devoir continuer à servir de base aux études communes et à la Conférence projetée entre les Gouvernements, et, d'autre part, que l'adoption des idées directrices de ce rapport constituerait un pas important vers l'unification législative.

Notre résolution ajouterait que, dans le cas où, pour une raison quelconque, l'entente désirée ne pourrait se faire tout de suite, et où la période d'études devrait se prolonger encore, l'Institut recommande à l'attention de la Société des Nations le rapport émanant de la commission d'experts désignée, non par son Conseil de Direction, mais par son bureau, vu l'urgence de la consultation à lui demandée par la Société des Nations. Nous signalons que ce document qui envisage la possibilité de lier la législation continentale avec le système des législations du groupe anglo-saxon, semble s'inspirer d'une conception plus étendue de l'unification législative que le mémoire du Comité économique et, par là, se rapproche peut être davantage de l'idéal que nous devons poursuivre.

M. Rabel (Allemagne) pense que le Conseil sera unanime à constater que les observations soumises dans le rapport de l'Institut sont extrêmement remarquables et qu'elles représentent un grand progrès vers l'unification désirée.

Il a été frappé par le fait qu'il y a presque déjà une opinion commune, car en beaucoup de points les jurisconsultes auteurs du rapport se rallient

154

au projet. Dans ce sens il s'est permis de dire hier que l'Institut ne pourrait que s'associer à l'opinion qui est devenue désormais générale.

Maintenant il se demande s'il n'est pas possible d'aller plus loin.

Selon son opinion personnelle, l'Institut pourrait adhérer au fond même de ce rapport, après avoir retouché un nombre assez restreint de points qui pourraient soulever des objections et que, peut-être, les auteurs mêmes du rapport n'auraient pas de difficulté à supprimer.

Dans cet ordre d'idées, il tient à signaler deux points. Il s'agit, tout d'abord, de la grosse question de la dénomination de la lettre de change. A la page 6 du rapport on fait à ce sujet deux propositions : l'une est d'ajouter après la dénomination « *lettre de change* », la phrase suivante : « *ou toute autre expression apte à distinguer le titre* »; l'autre, plus générale, serait d'insérer une réserve dans la Convention. Or à la page 24 à propos du billet à ordre, on trouve un renvoi à ce passage-là où l'on dit « On propose encore d'adopter la solution qu'on a déjà suggérée, c'est-à-dire d'introduire une réserve dans la Convention », et où l'on ne renvoie donc qu'à la dite réserve seule. C'est cette dernière solution qui lui paraît en effet préférable en vue de rassembler tous ceux qui ont le vif désir de se rallier à un règlement universel.

Il peut se figurer que dans les divers pays on ait des raisons pour juger d'une manière différente sur la nécessité d'une dénomination formelle de la lettre de change. Si, d'une part, la loi anglaise croit devoir nier cette nécessité, d'autre part les raisons qu'à données M. Vivante (dans son traité) pour motiver l'interprétation la plus sévère de la loi italienne y relative, en tenant compte précisément des besoins du commerce international — et en citant d'ailleurs M. Rocco comme un des défenseurs de cette interprétation — semblent dominer toujours bien des esprits en Europe Continentale. Il serait donc plutôt utile de supprimer les alinéas 2 et 3 de la page 6.

Un autre point du rapport sur lequel il veut faire une remarque est celui où, à la page 20 et à la page 27, on fait allusion aux droits de timbre et où, tout en approuvant la rédaction du projet, on souligne la possibilité de difficultés créées par des préoccupations fiscales. Vu le progrès très considérable qui serait réalisé par une disposition rendant indépendante des prescriptions fiscales la validité de la lettre de change, il vaudrait mieux ne pas mettre en relief les obstacles éventuels d'ordre fiscal.

M. Garrigues (Espagne), en ce qui concerne l'article 9 du projet des experts-juristes, ne peut souscrire à l'opinion exprimée par le rapport du Comité italien d'experts.

En effet l'article 9 défend la clause de l'exonération de la garantie du payement qui est inhérent à la figure du tireur d'une lettre de change. Par contre, le rapport de l'Institut croit que dans le cas ou les partisans du système anglo-saxon tenaient à maintenir l'exonération de la garantie du payement, ce détail ne devrait pas être considéré comme un obstacle infranchissable vu que la lettre de change réussirait très difficilement à avoir une circulaire internationale. Il croit, pour sa part, que cet argument de nature purement pratique, n'est pas suffisant pour contredire le point de vue juridique.

Le tireur, si on veut être d'accord avec le sens même de la lettre de change et tenir compte surtout de son évolution historique, doit être un responsable subsidiaire en défaut de paiement de la lettre par le tiré et sur

ce point on ne saurait pas céder à l'influence du droit anglais ou américain dans lequel on admet la possibilité de l'exonération de cette responsabilité fondamentale du tireur. Il se demande quel serait alors le sort d'une lettre de change dans laquelle les endosseurs peuvent s'exonérer de toute responsabilité (art. 14 du rapport du Comité d'experts) et non seulement l'endosseur, mais le tireur aussi. Il se demande quelle serait alors la garantie du porteur d'une pareille lettre de change. S'agirait-il alors d'une véritable lettre de change? Si l'on répond que non (et ce serait la réponse la plus exacte) il faut penser qu'on est en présence d'un règlement pour des lettres de change, et non pour d'autres documents pas de change.

M. Sjöborg (Suède) est d'avis qu'en signe de principe l'Institut peut accepter le rapport des experts et l'envoyer à la Société des Nations. Il ne peut entrer dans les détails, car il aurait besoin de faire une étude ultérieure.

M. Antoniade (Roumanie) pense lui aussi que l'Institut peut répondre à l'invitation de la Société des Nations en envoyant ce rapport.

S. Ex. M. Giannini (Pays-Bas) est d'avis qu'il faut trouver une formule qui puisse satisfaire tout le monde. Il voit bien qu'il y a des collègues qui ne sont pas encore complètement convaincus de la bonté du rapport ou qui sont préoccupés de l'adopter tout court. Et alors on pourrait arranger toute chose en décidant d'envoyer à la Société des Nations le rapport tel quel et de dire en même temps qu'il s'agit d'un rapport qui a été préparé par un Comité d'études nommé par le Président, vu l'urgence. D'ailleurs il croit que, même dans l'avenir, le Conseil sera forcé de se remettre aux Comités d'études, et il est évident que les rapports engageront ces Comités et non pas le Conseil de Direction. La seule chose à faire, est donc de remettre à la Société des Nations le rapport tel qu'il est.

S. Ex. M. Matsuda (Japon) présente ses félicitations au rédacteur du rapport vraiment remarquable. Il n'a aucune difficulté à se rallier aux conclusions du rapport même, mais il pense lui aussi qu'il faut ménager un peu les divergences d'opinion et par conséquent il se rallie à la proposition de S. Ex. M. Giannini.

S. Ex. M. Rocco (Italie) pense que si une possibilité s'ouvre pour une législation vraiment internationale au sujet de la lettre de change et du chèque, dans le sens où elle pourrait être acceptée également par les pays anglo-saxons, les Etats continentaux pourraient évidemment faire quelque sacrifice plus grand. D'ailleurs la question même de la lettre de change, sauf garantie, etc., n'est pas excessivement grave : en effet, dans le cas de manque d'acceptation on n'a pas une lettre de change, mais seulement une invitation amiable à une personne d'accepter une lettre de change : celle-ci commence à exister au moment de l'acceptation du tiré, et alors si celui-ci ne paie pas, sa responsabilité est en jeu. En d'autres termes : si le tiré n'accepte pas il n'y a pas lettre de change; s'il accepte, c'est lui qui est obligé; seulement, il n'y aurait pas la responsabilité du tireur qui dans le droit continental existe à côté de la responsabilité du tiré.

En ce qui concerne la dénomination, il est très sévère dans la question. Evidemment la dénomination joue un rôle de grande importance parce que la lettre de change est comme une monnaie; et si la dénomination manque, des difficultés peuvent surgir. Mais comme dans le droit anglais, qui évidemment régit la plus grande partie de l'organisation mondiale de commerce, le manque de dénomination n'a pas donné lieu à des inconvé-

nients, il n'y aurait pas de difficultés à supprimer dans le rapport le passage y relatif. Evidemment cette dernière question est plus grave que celle du manque de garantie du tireur; mais il ne faudrait quand même pas sacrifier l'uniformité du droit à celà.

Le Président pense que le Conseil peut envoyer ce rapport à la Société des Nations qui n'a demandé qu'un avis, en indiquant que, étant donné l'urgence, l'Institut n'a pu que charger une commission d'experts recrutés sur place, d'examiner le projet; que cette Commission a présenté ce rapport; que le Conseil dans sa réunion n'a pu que l'examiner rapidement et l'a approuvé dans ses lignes fondamentales, sans pouvoir donner son avis sur chaque point spécial. Et on pourra aussi envoyer à la Société des Nations le procès-verbal de cette séance afin de montrer l'état d'esprit du Conseil sur la question. En général, les membres sont tous d'accord pour approuver le rapport; mais, avec quelques considérations spéciales qui ne sont pas agréées par tous; ainsi le procès-verbal de la séance montrera les différents points de vue.

M. Colin (France) n'a pas de difficultés à se rallier à la proposition du Président d'envoyer le procès-verbal.

Il est aussi favorable à la proposition d'envoyer le rapport tel quel, pourvu qu'on fasse ressortir le caractère strictement documentaire du travail envoyé. D'ailleurs, la Société des Nations n'a demandé qu'un avis, qu'une contribution documentaire et cette documentation l'Institut ne peut la refuser.

Le Président désire ajouter quelques mots sur la question de la dénomination de la lettre de change. Il a été un des membres du petit Comité, le plus favorable à élargir la formule. En effet, si l'on adopte une réglementation uniforme, la lettre de change sera créée également dans toutes les langues. Mais comment pourra-t-on contrôler la correspondance de la dénomination dans toutes les langues? Et cela d'autant plus que la dénomination « lettre de change » et « cambiale » en italien n'a pas du tout une correspondance réelle et elle est appliquée tout simplement par respect de la tradition. Par conséquent, il ne voit pas la raison pour laquelle toute autre expression ne pourrait être employée, quand c'est de l'ensemble du document que tout le monde peut connaître qu'il s'agit de ce qu'on appelle « lettre de change ».

Le Secrétaire général rappelle que M. Rabel a suggéré de supprimer le passage du rapport concernant la dénomination, vu qu'il y a la réserve dans la convention.

S. Ex. M. Poullet (Belgique) est d'avis qu'on doit ou bien examiner tout le rapport dans ses détails — et le Conseil se prononce sur chaque point — ou bien adopter la formule du Président, savoir envoyer le rapport tel quel en indiquant qu'il s'agit du travail d'un Comité d'experts, et en ajoutant que les tendances générales du rapport même ont l'approbation de l'Institut sans entrer dans les détails et sans faire aucune suppression qui impliquerait l'acceptation intégrale de tout le reste.

M. Colin (France) se demande comment on devra à l'avenir préparer les projets et si le rôle du Conseil de Direction ne doit pas essentiellement consister à en confier l'étude et l'élaboration à des Comités d'experts paraissant désignés par leur compétence technique et leur spécialité doctrinale.

M. Rabel (Allemagne) dit qu'il avait suggéré de supprimer quelques passages du rapport dans des questions particulières au cas où le Conseil aurait voulu faire une discussion de détail du rapport même.

S. Ex. M. Poullet (Belgique) à propos de l'observation faite par M. Colin voudrait demander à l'Assemblée ce qu'elle pense sur l'utilité de l'Institut, si son action doit se borner à la nomination d'experts. Il estime que l'Institut pour l'unification du droit privé doit avoir dans toutes les grosses questions un avis personnel, comme Institut : il peut bien s'éclairer en ayant recours à des experts sur des points déterminés; mais systématiquement nommer des Comités d'experts et puis envoyer à ceux qui le consultent l'œuvre de ces experts, cela ne répond pas au but même de l'Institution. Il serait donc utile d'avoir une opinion fixe sur ce point.

M. Colin (France) dit qu'il faudrait bien préciser le rôle du Conseil de Direction. Il pense que la nomination de Comités d'experts incombe au Conseil de Direction et pas au Comité permanent qui ne doit pourvoir qu'aux cas d'urgence, comme pour le cas de l'avis sur le projet de la lettre de change demandé par la Société des Nations dans un délai déterminé.

Le Président dit que ce qu'on fait en ce qui concerne le projet sur la réglementation de la lettre de change a été tout à fait exceptionnel en vue de l'urgence, étant donné que la Société des Nations a fixé le jour de la réponse. Mais cela n'est pas la règle du travail quotidien de l'Institut. Celui-ci se réserve de constituer des Commissions d'experts pour l'étude de thèmes choisis par lui et pour préparer des projets de réglementation uniforme. Naturellement, l'œuvre des experts doit être aussi un peu contrôlée par le Conseil de l'Institut car, quand on fait des lois, il ne s'agit pas seulement de bien connaître la matière; il y a aussi un côté politique sur lequel on ne peut pas fermer les yeux et, en premier lieu, il ne faut pas poser des questions dont on sait à l'avance qu'elles ne peuvent être acceptées. Et puis, le Conseil lui-même, vis-à-vis du travail des experts, pourra décider s'il veut entrer dans la discussion de fond de ce travail. On se règlera d'après la situation, il ne faut pas s'imposer un régime déterminé, ni se lier les mains.

M. Colin (France) approuve cette manière de voir du Président. Le rôle du Conseil de Direction ne peut pas être rigoureusement tracé d'avance; il résultera de la pratique et de ses nécessités. La méthode indiquée par le Président lui semble donc raisonnable et scientifique.

S. Ex. M. Poullet (Belgique) est du même avis. Il est impossible de décider à l'avance, en ordre principal, si l'Institut doit revendiquer sa responsabilité aux Comités d'experts ou la transférer : on décidera, cas par cas, suivant les exigences.

Le Président constate que tout le monde est d'accord pour prier le Secrétaire Général d'envoyer à la Société des Nations le rapport préparé par l'Institut comme contribution d'étude et le procès-verbal de la séance, et d'ajouter que le projet de la Société des Nations peut servir de base aux débats d'une Conférence.

— Il en est ainsi décidé.

6604. — Société anonyme M. Weissenbruch, Imprimeur du Roi, Bruxelles.



M. Weissenbruch
Imprimeur du Roi
société anonyme
Bruxelles.

158

Dr. Daniel Gross.

Rzeczowa ocena dekretu o pożyczce zagranicznej i planie Stabilizacyjnym.

Dekret jest dokumentem świadczącym w sposób jaskrawy o przemożnym jednak arcyzgubnym wpływie wielkokapitalistycznym sfer gospodarczych nawet na tzw. najmocniejszy Rząd. Wybujały egoizm tych sfer godzi w żywotne interesa całej reszty społeczeństwa i Państwa. Konieczność sasadniczej i gruntownej zmiany dekretu.

W ślad Dekretu Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13. października 1927 o „Planie stabilizacyjnym i zaciągnięciu pożyczki zagranicznej" zaciągnął Rząd pożyczkę we wysokości około 72 miljony dolarów, którą ma wykupić względnie umorzyć po kursie 103% wartości nominalnej co wyniesie około 74 miljony dolarów czyli około 660 miljonów złotych. Pożyczka zrealizowana dała około 61 i 1/2 miljona dolarów. Ta cała kwota pozostała w Banku Polskim, a mimo to oprocentowanie pożyczki brutto 72 miljonów dolarów i zwrot 74 miljony dolarów obciąża Skarb Państwa w całości, a Bank Polski nie ponosi w tej mierze żadnych wydatków. Rezultat ten podkreślam i rezultat ten jest bezsporny.

Korzyści, które będzie miał Skarb Państwa z tej pożyczki nie stoją w żadnym stosunku do ofiar, które Skarb Państwa ponosi.- Bank Polski co wyraźnie pokreślone jest we wspomnianym na wstępie Dekrecie Prezydenta, jest prywatną spółką akcyjną „całkowicie nie zależną od Rządu ".- Sprawa zaś pożyczki została między Rządem, a tym prywatnym przedsiębiorstwem w ten sposób załatwioną, że ciężary związane z pożyczką ponosi Skarb Państwa, a korzyści ciągną akcjonarjusze Banku Polskiego, czyli że koszta handlowe przedsiębiorstwa nie ponosi właściciel przedsiębiorstwa lecz osoba trzecia. Fakt drugi który podkreślam jest ten, że zaciągnięcie pożyczki potrzebnem było dla Banku Polskiego, a nie dla Skarbu Państwa. Prawdziwość tego faktu będę się starał niniejszem wykazać. Misja prof. Kemmerera, której Bank Polski przedłożył projekt zmiany statutu zawierający miedzy innemi postawienie podwyższenia kapitału zakładowego tylko o 50 miljonów złotych, oświadczyła że ta podwyżka jest za mała, albowiem

 a więc łącznie 200 mil. złotych. 159

powinna wynosić 150 miljonów złotych, a nadto jeszcze Bank winien zaciągnąć pożyczkę we wysokości 10 - 15 miljonów dolarów.- Konieczność powiększenia kapitału zakładowego o tak wysoką sumę uzadaniała misja prof. Kemmerera tą okolicznością, że Bank Polski w przeciwieństwie do innych banków emisyjnych ma za mało depozytów.- Bank Polski tej rady nie usłuchał i poszedł inną drogą. Zastosowanie się do Rady prof. Kemmerera byłoby połączone z uszczerbkiem zysków dla posiadaczy akcji Banku Polskiego, a temi posiadaczami są przeważnie wielko-kapitaliści tak przemysłowi jak i finansowi. Powiększenie kapitału akcyjnego o 150 miljonów i zaciągnięcie pożyczki przez Bank Polski wymagałoby wydzielenia z corocznego zysku dywidendy dla nowych akcji, ponoszenia kosztów pożyczki i oprocentowanie tej pożyczki. Przy zastosowaniu się do Rady prof. Kemmerera akcja nie przekroczyłaby, a prawdopodobnie spadła by poniżej parytetu. Jeżeli się nadto uwzględni, że wedle zaleceń prof. Kemmerera zysk wynikły z dewaluacji prawnej nie miał przejść do funduszu zapasowego tylko miał być użyty do powiększenia kapitału zakładowego we formie bezpłatnych dodatkowych akcji, z których przy zastosowaniu art.75. statutu 2/3 miały przypaść Skarbowi Państwa. Dla ochrony spekulacyjnego zysku na akcjach poszedł Bank Polski inną drogą przerzucając wszelkie koszta i ciężary związane z potrzebą powiększenie funduszów w Banku Polskim na Skarb Państwa.- na Skarb Państwa

Natomiast Skarbowi Państwa zaciągnięcie tej pożyczki było zupełnie z goła nie potrzebne. Jeżeli w planie stabilizacyjnym są wyszczególnione jakieś świadczenia na rzecz Skarbu ze sum osiągniętych po zrealizowaniu pożyczki, to przy bliższem zanalizowaniu każdej pozycji pokaże się, że jest to upozorowanie jako konieczność wynikła z faktu, że Bank Polski zatrzymał u siebie całą pożyczkę i to we walutach obcych, a mimo to obsługę pożyczki Skarb Państwa wziął na siebie. Przypominam, że misja prof. Kemmerera motywowała koniecz-

160

ność podwyższenia kapitału zakładowego ponad proponowaną przez bank sumę 15o miljonów złotych brakiem znaczniejszych depozytów. Bank Polski musiał tedy do tego dążyć by w miejsce większego kapitału zakładowego miał znaczniejsze depozyta, które go nic nie kosztują bo nie są oprocentowane.-

A teraz przejdźmy do rzekomych świadczeń na rzecz Skarbu Państwa. Świadczenia te objęte ~~xx~~ literami od a./ do f./ (Dekretu str. 1229) wynoszą sumę 6o miljonów dolarów, czyli 54o miljonów złotych.-

Pod lit. a./ pierwsza pozycja 75 miljonów złotych przeznaczona jest na powiększenie kapitału akcyjnego banku.-
Wedle ~~xxxx~~ postanowień Dekretu ~~Rządu~~ Rząd (za 75 mil.) kupuje nową emisję akcji nominalnie na 5o miljonów złotych opiewającą, jednakowoż z obowiązkiem odsprzedaży tej emisji, z tym ograniczeniem, że aż do chwili sprzedaży akcje będą zdeponowane u doradcy lub prezesa Banku i nie będą korzystały z prawa głosu i że ze zysku będzie przedewszystkiem wypłacona dywidenda we wysokości 8% na rzecz posiadaczy starych akcji. Wedle protokołu Walnego Zebrania akcjonarjuszów Banku Polskiego z dnia 5. listopada 1927 prezes p. Karpiński zawiadomił zebranie że Skarb Państwa będzie odsprzedawał te nowe akcje przedewszystkiem dotychczasowym ackjonarjuszom w drodze publicznych zapisów.-
W swoim sprawozdaniu za ostatni kwartał 1927 podaje p. Dewey, że ministerstwo Skarbu zamierza akcjonarjuszom przyznać prawo subskrypcji na ~~akcje~~ akcje nowej emisji po kursie 150.- złotych za k akcję.-
Zapytuję tedy, (to jest) co za interes dla skarbu (Państwa) zaciągnąć zagraniczną pożyczkę na to żeby zakupić akcje, które (Skarb) jest zobowiązany znowu odsprzedać.-
Rozumiemy dobrze, że Bank Polski chciał mieć powiększenie kapitału zakładowego w obcej walucie. Rozumiemy dobrze, że wielko kapitalistyczni akcjonarjusze woleli własną obcą walutę dla siebie zatrzymać, że (nie chcieli) zaciągnąć na ten cel dla siebie (do celowej) pożyczkę zagraniczną ~~nie chcieli bo ta jest połączona z wielkiemi kosztami~~. To stanowisko wielko-kapitalistycznych akcjonarjuszy rozumiemy, ale nie rozumiemy, że Rząd

dał się nakłonić do podobnego interesu, z którego wynika dla skarbu Państwa strata przez poniesienie kosztów pożyczki, które wynoszą około 20%, jeżeli porównamy wysokość pożyczki brutto i uzyskaną sumę netto tak, że tylko przy tej pozycji wydatkowanej na powiększenie kapitału zakładowego Skarb Państwa traci około 15 miljonów złotych.-

Pod literą b./ mamy sumę 140 miljonów złotych, jako ekwiwalent za wycofanie przez Skarb Państwa biletów skarbowych zdawkowych w tej samej wysokości, a pod literą c./ sumę 90 miljonów złotych na wycofanie drugiej połowy emisji biletów skarbowych zdawkowych we wysokości 140 miljonów złotych a zastąpić się mającychmonetami srebrnemi w tej samej wysokości. Otóż złożenie przez Skarb Państwa sumy ~~tej~~ w łącznej kwocie 230 miljonów złotych było zupełnie nie potrzebne, bo po

1./ istnienie tych biletów skarbowych w łącznej sumie 280 miljonów było dla gospodarstwa zwłaszcza przy przyjęciu mniejszej jednostki monetarnej potrzebne, a po

2./ dlatego, że sprawa wycofania biletów skarbowych na sumę 280miljonów została już załatwiona przez Rozporządzenie Prezydenta z dnia 22. października 1926 Dz.U.Nr. 106 poz.610. i umowę z Bankiem Polskim z 6. grudnia 1926.

Wedle treści tego rozporządzenia miało wycofanie biletów skarbowych co do połowy w zupełności, a co do drugiej przez zastąpienie monetami srebrnemi być uskutecznione w przeciągu 20-tu lat a to aż do lipca 1947. Skarb Państwa miał w tym celu co rok wydzielić z budżetu potrzebną kwotę i na ten cel były specjalnie przeznaczone wpływy z akcyzy cukrowej. Na tej zasadzie zawarł Bank Polski z Ministrem Skarbu umowę z dnia 6. grudnia 1926. Bank Polski był z tej umowy zupełnie zadowolony i powołał się na nią w swoim sprawozdaniu za rok 1926 strona 14., gdzie nazywa cytowane rozporządzenie i umowę zawartą z ministrem skarbu gwarancją poprawy obiegu pieniężnego. Jest tedy rzeczą wykazaną, że zupełnie nie potrzebnie

Rząd wbrew interesowi Skarbu Państwa obciążył tenże Skarb kosztami pożyczki i płaceniem procentów przez lat dwadzieścia dla załatwienia sprawy, która była już i to przed niespełna rokiem załatwiona definitywnie umową ważną, obie strony wiążącą.

Pod literą d./ jest suma 25 miljonów złotych na spłatę długu płynnego Skarbu w terminie płatności.-Wedle postanowienia dekretu te 25 miljonów miały być depozytem na zabezpieczenie, że Skarb Państwa wywiąże się ze swego zobowiązania wobec posiadaczy procentowych biletów skarbowych. Jakże się ma sprawa z temi biletami skarbowymi? Wedle Rozporządzenia Ministra Skarbu z dnia 10. października 1927 Dz.U.Nr. 89. poz. 801. miało się z dniem 15. października 1927 wypuścić serję 6% biletów skarbowych na sumę 25 miljonów złotych z terminem płatności 31. grudnia 1927. Wykupem tych biletów skarbowych od dnia płatności począwszy miały się zająć stosowhie do przepisów rozporządzenia jak zwykle centralna Kasa Państwowa, oddziały Banku ~~Rolnictwa~~ Gospodarstwa Krajowego oraz inne instytucje upoważnione przez Ministra Skarbu. To była już serja XVII. W ostatnich latach wychodziły co kwartał nowe serje z trzech miesięcznem terminem płatności. Nigdy nie było o tem mowy, ażeby skarb Państwa na zabiezpieczenie wykupu tych biletów miał składać taką samą kwotę do depozytu Banku Polskiego. Jeżeli skarb dotąd zawsze wykupywał z dochodów państwowych owe procentowe bilety skarbowe to czy naprawdę była jakakolwiek obawa, że Skarb nie uczyni tego właśnie w czwartym kwartale 1927 i że zachodzi potrzeba zaciągnięcia pożyczki zagranicznej, ażeby módz w Banku Polskim zdeponować tę sumę 25 miljonów na zabezpieczenie wykupu tych biletów skarbowych? Chyba, że co do tego nie ma dwóch zdań, że taki depozyt był zupełnie zbytuczny. Pod literą e./ znowu jest depozyt 75 miljonów jako rezerwa skarbowa celem antycypacji dochodów z podatków i opłat z obowiązkiem zwrotu w

przeciągu 6-ciu misięcy. Tej pozycji chyba nikt poważnie traktować nie może. Dla budżetu dochodzącego do 3-ech miljardów nie jest żadnym ratunkiem zarezerwowanie kwoty 75 miljonów złotych .Jeżeli taka rezerwa dla wydatków budżetowych jest potrzebna to taką kwotę należy do budżetu wstawić, albo z nadwyżek budżetowych kwotę taką zarezerwować. Przecież jest rzeczą niesłychaną, ażeby w czasie ,kiedy nadwyżki budżetowe za rok 1927/28 wynoszą 265 miljonów, kiedy ~~suma~~ te nadwyżki liczą tylko do końca grudnia 1927 wyniosły 214 miljonów,w czasie, kiedy Rząd w tym samym dekrecie dobrowolnie zmniejsza przysługujący mu wedle art. 53 statutu Banku Polskiego bezprocentowy kredyt otwarty o 25 miljonów, mówić o konieczności zaciągnięcia pożyczki zagranicznej, płacenia kosztów tej pożyczki i procentowania tej pożyczki na to by złożyć depozyt do Banku Polskiego jako bezprocentowa rezerwę skarbowa w wysokości 75 miljonów.-

Pozostaje jeszcze jedna ostatnia ~~pożyczka~~ pozycja pod literą f./ w sumie 135 miljonów złotych X "cele rozwoju ekonomicznego". Na pierwszy rzut oka zdawało by się,no przecież chyba ta suma nie ma nic wspólnego z interesem Banku Polskiego i to chyba już jest z korzyścią dla Skarbu Państwa. Wedle treści dekretu sumy z funduszu pod lit. f./ mają być użyte na cele kredytowe dla rolników i dla przedsiębiorstw państwowych Jeżeli to jest rzeczywisty cel tego funduszu,to powinien być przeniesiony do Banku Państwowego np. do Banku Gospodarstwa Krajowego, który by miał za zadanie fundusze te w drodze kredytu ~~za~~prowadzić do warsztatów pracy a w szczególności do przedsiębiorstw państwowych i rolniczych. Wówczas by też Skarb Państwa nie potrzebował z dochodów budżetowych opłacać ani kosztów pożyczki ani procentów i kapitału albowiem obsługę pożyczki odnośnie do funduszu f./ wziąłby na siebie Bank Gosp. Krajowego z dochodów tego funduszu. Tymczasem w dekrecie zarządzone jest inaczej.Fundusz ten zostaje również w Banku Polskim zdeponowany

i będzie administrowany przez Bank Polski jako fundusz obrotowy.
Z funduszu tego kupuje się listy zastawne przedsiębiorstw finansowych tak prywatnych jak państwowych, które znowu się publiczności odsprzedaje. W sprawozdaniu p. Deweya za ostatni kwartał 1927jest odnośnie do funduszu f./ dosłownie powiedziane:
" Papiery wartościowe złożone Rządowi w zamian za zaliczki uzyskane z funduszu f./ będą deponowane w Banku Polskim w specjalnym portfelu. Obowiązkiem Banku będzie sprzedawać te papiery w Polsce i zagranicą w miarę możności i uzupełniać funduszu F./ wpływami z tej sprzedaży "
Wynika z tego że rozchodziło się znowu o depozyt dla Banku Polskiego.
Należy bowiem mieć nauwadze, że przy takim obrocie listami tj. kupnie i sprzedaży suma 140 miljonów nie będzie nigdy wyczerpana i że wielka część tej sumy będzie na bezprocentowym rachunku Banku Polskiego.
Jeżeli rozchodziło się o to, ażeby dla listów zastawnych instytucji kredytowych stworzyć dogodny rynek pieniężny wewnątrz kraju i zagranicą, to chyba nie potrzebna była taka metoda. Chyba nigdzie w żadnym Państwie nie jest stosowaną metoda, ażeby Skarb Państwa zaciągał pożyczkę zagraniczną na swój własny rachunek i ciężar a otrzymaną po zrealizowaniu pożyczki kwotę składał w Banku Emisyjnym jako bezprocentowy depozyt.
Przecież nie kto inny tylko Rząd właśnie obecnie zajmuje się stworzeniem Centralnej instytucji z kapitałem akcyjnym w wysokości 25 miljonów złotych, która ma się zająć korzystnym ulokowaniem listów zastawnych Towarzystw Kredytowych.
Pocóż tedy jeszcze zbytuczne deponowanie kwoty 135 miljonów w Banku Polskim. Jeżeli Rząd chciał koniecznie kosztem Skarbu Państwa pomóc krajowym Towarzystwom kredytowym przez nabywanie listów zastawnych celem późniejszej dalszej odsprzedaży ,to mógł to łatwo zrobić z nadwyżki budżetowej z roku gospodarczego1927/28. Wedle sprawozdania p. Deweya za

pierwszy kwartał 1928 /część III-.Budżet / osiągnięto za ~~ten~~ nabyty rok gospodarczy nadwyżkę w wysokości 265 miljonów złotych z której 88 miljonów użyte będą na różne inwestycje, a reszta ~~xxx~~ 177 miljonów ~~użyta~~ może być użyta właśnie na zakupno listów zastawnych naszych Towarzystw kredytowych.Tak samo i rok gospodarczy 1928/9 daje nadwyżki budżetowe, które mogą być w ten sam sposób użyte.-
Czytając te pozycje od lit. a./ - f./ musi się przyjść do przekonania, że referentów z Banku Polskiego musiało kosztować dużo wysiłku ażeby wynaleść pozycje dla zasłonięcia tego faktu jaskrawego, że obsługę pożyczki wziął na siebie Skarb wstawiając do budżetu odpowiednie sumy, choć pożyczka cała była potrzebą tylko Banku Polskiego a korzyści z tej pożyczki ciągną akcjonarjusze tego Banku.
A strata efektowna dla Skarbu Państwa z interesu objętego tzw. planem stabilizacyjnym wyniesie setki miljonów. Rachunek można przeprowadzić na podstawie umówionego z Amerykanami planu umorzenie.-
Kwoty wstawione do budżetu przez lat dwadzieścia na obsługę pożyczki oraz kwota 8o miljonów należna Skarbowi z przerachowania złotego pokrycia uwzględniając stracony procent od tych sum przekroczy daleko miljard złotych, a wątpię czy koncie Skarbu Państwa w Banku Polskim po zlikwidowaniu całego interesu bezprocentowy depozyt wyniesie 5oo miljonów złotych. Plan stabilizacyjny daje na koszt Skarbu niesłychane korzyści Bankowi Polskiemu. Otrzymuje on (bowiem Bank) netto 61 1/2 miljona dolarów, które go nic nie kosztują. Bo nawet ta nowa emisja akcji (na 50 milionów nabyta przez rząd) znajduje więcej jak pokrycie w sumie 8o miljonów, które Bank po za 61 1/2 miljonów dolarów uzyskał również kosztem Skarbu. Nic dziwnego tedy że giełda oceniając ten nadzwyczajny zysk akcjonarjuszów z umowy zawartej ze Rządem dała kurs dla akcji, który dochodzi do loo% wyżej pari. To był niesłychany tryumf dla spekulacyjnych z Banku Polskiego nad Rządem. Inne Państwa mają również swoich kapitalistów. Nie mogę

sobie wyobrazić, żeby kapitaliści w innych państwach mając również Bank Emisyjny w swych rękach mogli mieć tą śmiałość i przyjść do Rządu z propozycją, by Skarb Państwa dostarczył Bankowi funduszów potrzebnych do prowadzenia przedsiębiorstwa i sam je opłacał. Kapitaliści nasi zdobyli się jeszcze na większą śmiałość. Bo oto skrępowali Sejm i Rządy obecny i przyszłe w dyzpozycji nadwyżkami budżetowemi a to w ~~kxiżxkx~~ kierunku tak negatywnym jak pozytywnym. W ustawie skarbowej z ~~roku~~ 22/3. 1927 Dz. U. R. P. poz. 208 Rząd /:Minister Skarbu:/ uzyskał prawo udzielania pożyczek ze zapasów Kasowych bankom państwowym z urzędu samorządu terytorialnego i gospodarczego oraz przedsiębiorstwom i monopolom państwowym.—

Tego prawa Rząd Minister Skarbu się zrzekł i przyrzekł, że i na przyszłość tego uprawnienia nie będzie się domagał./Kapitaliści łaskawie zgodzili się ~~xx~~ przymiarowo jedynie na pewien mało znaczący wyjątek./

Natomiast muszą wszystkie wolne fundusze skarbowe ~~xxx~~ iść do bezprocentowego depozytu w Banku ~~xxkxx~~ Polskim. Jest to dotkliwy cios wymierzony ze strony wielkokapitalistów znienawidzonemu przez siebie tzw. etatyzmowi państwowemu i samorządowemu. Ucierpią na tem zarządzeniu Banki Państwowe, a przedewszystkiem Bank Gospodarstwa, ucierpi życie gospodarcze, które korzystało z funduszów ulokowanych przez Skarb w Banku Gospodarstwa Krajowego. Upłynął rok od Dekretu stabilizacyjnego i przeglądając bilanse Banku Polskiego, możemy się przekonać że stale bezprocentowo leży kilka set miljonów wolnych funduszów skarbowych, które rozprowadzone przez Bank Gospodarstwa do warsztatów pracy mogły by się przyczynić do ożywienia przemysłu i handlu, ~~jk~~ jak wogóle do ożywienia całego gospodarstwa.-

Ta dyktatura sfer wielko kapitalistycznych za pośrednictwem Banku Polskiego nad Sejmem i Rządami tłumaczoną jest troską tych sfer o utrzymanie kursu banknotu.-

„Trudno nie pisać satyry". Przecież nie kto inny jak tylko te sfery wielkokapitalistyczne potrafiły tak ładnie uzgodnić spadek banknotu ze zwyżką własnych akcji, przecież to są te same sfery gospodarcze które błogosławiły spadek banknotu bo bogaciły się na tzw. premji eksportowej i wreszcie te sfery zawiniły spadek banknotu przez „ociąganie się" /jeżeli użyje delikatnego zwrotu p. Deweya/ z oddaniem walut obcych z eksportu, a właściciwie przez zupełne zatrzymanie wielkiej części tych walut.-

Niech tylko te sfery nie psują to nie będzie spadku banknotu.

Zabezpieczenie naszej waluty opiera się na zrównanym budżecie na przyroście znacznych funduszów dostarczanych Bankowi Polskiemu przez Skarb z pożyczki stabilizacyjnej na uzyskanym redyskoncie ze strony Banku Polskiego w sumie 2o miljonów dolarów, tak że nasza waluta jest murowana byle tylko Bank Polski znalazł się w dobrych rękach.-

Natomiast zupełnie niepotrzebnem dla zabezpieczenia naszej waluty jest krępowanie Sejmu i Rządu w sposób wyżej przedstawiony i to przez kogo. Przez osnowę Dekretu sfery wielkokapitalistyczne nie tylko naciągnęły Skarb Państwa w niemiłosierny sposób, nie tylko zadały cios Bankom Państwowym i gospodarstwu, ale nadto postawiły się ponad Sejmem i Rządem.-

Teraz osobista uwaga. Jeżeli sprawę Dekretu o tzw. planie stabilizacyjnym wyciągnąłem na światło dzienne, żeby go poddać krytyce publicznej to nie na to by dokuczyć Rządowi. Ci co mnie znają wiedzą że politycznie prawie nie występuję a zajmując się gospodarczemi problemami usiłuję do zarządzeń gospodarczych Rządu ustasunkować się rzeczowo.-

Tendencją mojego artykułu jest zwrócić już na podstawie tego Dekretu publiczną uwagę na to jak niesłychanie szkodliwem dla gospodarstwa

krajowego jest przemożny wpływ wielkokapitalistycznych sfer gospodarczych, oraz , że jest rzeczą konieczną zmienić ten dekret w drodze ustawodawczej.-

O tem jak wedle mojego zdania należy dekret zmienić napiszę w następnym artykule.-

W Belgji wydane były dekrety o stabilizacji waluty w październiku 1926. W Przeględzie Gospodarczym z 15. listopada 1926 zeszyt 2-gi umieszczony był artykuł pt. " Przebieg sanacji walutowej w Belgji ".- Z tego też artykułu mógł się p. N dowiedzieć że nadwyżkę o którą się rozchodzi zabrał Skarb Państwa, a nie akcjonarjusze. We Włoszech wydano dekret ustawę dnia 21/12.1927.- Ustawa ta ogłoszona jest w Przeglądzie Gospodarczym zeszyt Nr. 12. z dnia 15. czerwca 1928. Wedle ustępu ostatniego art. 3. cytow. ustawy " nadwyżki wynikające z przeliczenia rezerw Banku Włoskiego zostają zaliczone na dobro Państwa. Wreszcie we Francji przy legalizowaniu prawnej dewaluacji czyli nowej stabilizacji waluty w czerwcu 1928, nadwyżka ta o której mowa również zaliczona została na rachunek Skarbu Państwa.-

To zarządzenie we Francji mógł wyczytać p. N. we wszystkich prawie dziennikach polskich. Cytuję odnośny ustęp z "Il.Kurjera Codz." który opiewa: " Zawartą została nowa konwecja między Rządem, a Bankiem Francji w odniesieniu do długów skarbowych. Długi te zostają całkowicie umorzone, a to głównie przez walorazację bilansową rezerw złotych Banku Francuskiego.....

Zyskiem waloryzacyjnym stąd wynikającym zapłaci Rząd swe dotychczasowe długi w Banku Francji".- Z naprowadzonego wyż materjału wynika chyba niewatpliwie, że i u nas w Polsce należało tą nadwyżkę, która obliczoną została na okrągło 80 miljonów przyznać Skarbowi

Tymczasem tak się nie stało. Wedle dekretu Prezydenta z dnia 13/X 1928 o planie stabilizacyjnymNr. 88. poz. 789 załącznik część II. punkt 2-gi ust. ostatni opiewa: Przeszacowanie złota i zagranicznych rezerw na podstawie nowej wartości złotego spowoduje zysk który będzie zaliczony na rachunek kapitału Banku Polskiego.

W ten sposób Skarb Panstwa jest poszkodowany o 80 miljonów. Szkoda może być usunięta jeżeli ustęp ten będzie w drodze ustawy zmieniony, w ten sposób, że w miejsce słów ostatnich "kapitału rezerwowe

go Banku " wstawi się słowa "Skarbu Państwa".-
Do funduszu zapasowego B.P. wpłynęło jeszcze 25 miljonów z funduszów państwowych, ale o tem będę mówił w związku z nabyciem przez Rząd nowej emisji akcji B.P. w nominalnej sumie 5o miljonów. Zaznaczam przy tej sposobności, że Rząd mimo ustawicznego napierania ze strony pewnych sfer gospodarczych winien zgodnie z uchwałą Sejmową, w interesie dobra Państwa i szerokich sfer społeczeństwa wstrzymać się ze sprzedażą tych akcji przynajmniej aż do załatwienia dekretów przez ciała ustawodawcze.-

SOCIETE DES NATIONS

SECTION ECONOMIQUE ET FINANCIERE.

A la dernière session du Comité Consultatif Economique le Président de ce Comité, M. Theunis, dans un discours où il insistait sur la nécessité de faire dans les divers pays une propagande aussi active que possible en vue de faire prévaloir la politique préconisée par la Conférence Economique Internationale, a signalé la création en Belgique de l'Association Belge de Coopération Economique Internationale.

Cet organisme vient de faire parvenir au Secrétariat un certain nombre d'exemplaires d'une brochure qu'il édite et où se trouvent exposés les moyens employés par lui pour atteindre ses buts.

Croyant que vous pourriez être intéressé à connaître cette brochure, le Directeur de la Section Economique et Financière a l'honneur de vous faire parvenir ci-joint un exemplaire de cet opuscule.

Genève, le 13 juillet 1928.

172

M.L. 3. 1928. II.

SOCIÉTÉ DES NATIONS

LEAGUE OF NATIONS

ORGANISATION ECONOMIQUE.

Genève, le 29 février 1928.

Toutes communications destinées au Président du Comité Consultatif doivent lui être adressées auprès du Secrétariat de la Société des Nations - Section Economique et Financière - Genève.

Monsieur le Député,

Je m'adresse à vous comme membre de la Conférence économique internationale de 1927, pour vous envoyer certains documents lesquels, je crois, vous intéresseront et vous indiqueront quelques-unes des dispositions prises, l'an dernier, pour contribuer à l'adoption et à la mise en pratique des résolutions de la Conférence. Ces documents indiquent notamment les dispositions prises par le Conseil et l'Assemblée de la Société des Nations, en vue d'instituer un Comité économique consultatif spécial, chargé de suivre l'exécution des résolutions de la Conférence. Vous constaterez que le Conseil m'a confié la présidence de ce Comité et a nommé comme Vice-Présidents, Sir Atul Chatterjee, M. Colijn et M. Loucheur.

Nous avons l'intention de recommander au Conseil de convoquer la première réunion de ce Comité consultatif pour le 14 mai prochain. Je compte qu'à cette réunion, nous passerons en revue les progrès généraux réalisés l'an dernier et j'espère que nous pourrons établir un rapport et communiquer des renseignements qui donneront une idée aussi claire que possible de la situation actuelle et des effets que la Conférence a exercés sur la politique économique.

Je ne veux pas anticiper sur le verdict du Comité, mais si je puis exprimer mon expression personnelle, il me semble que les résultats obtenus l'an dernier sont pleins de promesses, sans toutefois présenter un caractère décisif; ils montrent que le succès est possible, mais qu'il n'est pas encore assuré. C'est pourquoi, je me permets de m'adresser à vous qui, en votre qualité de membre de la Conférence initiale, êtes intéressé à l'application pratique de ses propositions, et à qui incombe dans une certaine mesure le devoir d'en assurer la réalisation.

Il est clair que le succès final exigera les efforts collectifs non seulement de tous les membres de la Conférence, mais aussi de toutes les institutions et de toutes les influences sur lesquelles ils peuvent directement ou indirectement agir.

Monsieur Herman DIAMAND
Député,
V A R S O V I E

SOCIÉTÉ DES NATIONS LEAGUE OF NATIONS

Je suis sincèrement convaincu que les membres de la Conférence qui ne font pas partie du nouveau Comité consultatif ne croieront pas que leur propre responsabilité a pris fin avec la constitution de ce Comité et qu'ils ne cesseront pas de s'intéresser à l'oeuvre entreprise.

Le nouveau Comité est, naturellement, beaucoup plus restreint que la Conférence et, par suite, ne se trouve en contact direct qu'avec un plus petit nombre de milieux et d'institutions autorisés que la Conférence elle-même. C'est pourquoi, je vous demande de bien vouloir continuer à vous intéresser pratiquement à l'oeuvre que vous avez contribué à mettre sur pied en mai 1927.

Je serais de même extrêmement heureux de recevoir de vous les renseignements que vous pourriez fournir ou les observations que vous désireriez formuler au sujet des événements qui se sont produits l'an dernier, et notamment au sujet des initiatives que vous-mêmes, ou ceux avec qui vous entretenez des relations directes, ont prises ou envisagent de prendre, en vue de favoriser le développement de la politique Economique dans le sens recommandé par la Conférence.

Sur ma demande, le service compétent de la Société des Nations, vous envoie, sous pli séparé, pour votre information, les documents suivants:

C.E.I. 45(1) Déclarations des Gouvernements faites au Conseil et à l'Assemblée de la Société des Nations au sujet des résolutions de la Conférence Economique Internationale.

A.92.1927.II Rapport de la deuxième Commission à l'Assemblée de 1927 sur la Conférence Economique Inernationale.

A.117.1927.II. Résolutions adoptées par l'Assemblée de 1927 au sujet de la Conférence Economique Internationale.

C.C.E. 1. Résolutions de l'Assemblée et du Conseil de la Société des Nations relatives à la constitution du Comité Consultatif Economique.

C.361.1927.II. Rapport du Comité Economique sur sa 22e session.

C.666. M.224. 1927.II. Rapport du Comité Economique sur sa 23e session.

Veuillez agréer, Monsieur le Député, l'assurance de mes sentiments les meilleurs.

Président de la Conférence Economique Internationale (Mai 1927).

174

Koszty handlowe i składowe

1926	-	ℳ 113.107.68
1926	-	" 147.155.63
1927/8	-	" 112.554.62
	razem	ℳ 373.097.93
okres 1/I - 1/4.27		" 28.500.-
		- ℳ 401.317,93

Dochody w 1925, 1926, 1927/8

Prowizja

Polmin	ℳ 231.755.21
Limanowa	" 92.952.34
Nobel	" 8.036.93
Premier	" 30.-
Vacuum	" 117.61
Nova	" 342.80
Duncker	" 1.082.55
Van Ommeren	" 328.50
Różni	" 10.336.28
	ℳ 344.982.22

Przeładunek

Bapico	ℳ 102.998.11
Melas	" 81.889.55
Limanowa	" 4.249.52
Hak Polski	" 6.963.-
Nova	" 2.567.60
Nobel	" 1.468.40
Premier	" 174.72
Dąbrowa	" 392.91
Duncker	" 911.55
Różni	" 11.970.04
	ℳ 213.585.40

Handel obecnymi towarami

1925	6.697.46 ℳ
1926	49.163.40
1927	3.030.40
	ℳ 58.891.26

Zestawienie

Prowizja	344.982.22
Przeładunek	213.585.40
Handel obc.tow.	58.891.26
	ℳ 617.458.88

Матеріали XV ~~парл~~ Міжнародної парламентської торгової конференції

(Берлін, 1929)

Продовження – див. арк. 201-207

XVme Assemblée Plénière
de la
Conférence Parlementaire Internationale
du Commerce

Berlin le 23 septembre 1929.

Le groupe allemand a l'honneur d'inviter MM. les Délégués à la XVme Assemblée Plénière de la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce et leurs dames pour **Vendredi 27 septembre 1929** aux visites suivantes:

1. aux usines de Siemens à Siemensstadt,
   départ du palais du Reichstag (portail 2) à **9^30 heures juste,**
   ou
2. à l'établissement communal d'électricité Klingenberg à Lichtenberg,
   départ du palais du Reichstag (portail 2) à **10 heures juste,**
   ou
3. à la maison de l'imprimerie Ullstein à Tempelhof,
   départ du palais du Reichstag (portail 2) à **10 heures juste,**
   ou
4. aux usines d'Osram à Lichtenberg,
   départ du palais du Reichstag (portail 2) à **10 heures juste.**

(Le bureau de réception distribuera pour ces visites des cartes spéciales **jusqu'à 19 heures du mercredi 25 septembre.** Le transport dans ces quartiers éloignés des personnes non inscrites ne peut être garanti.)

5. Visite au Musée de Pergame,
   Rendez-vous: **11 heures** à l'**entrée du musée,** Museumsinsel.

(Le bureau de réception distribuera pour cette visite des cartes spéciales **jusqu'à 19 heures du Jeudi 26 septembre 1929.** MM. les Délégués sont priés de se servir de ces cartes afin de pouvoir garantir le nombre nécessaire des guides compétents.)

Oscar Meyer,
Membre du Reichstag,
Président du Comité d'Organisation du Groupe allemand.

XV. Internationale Parlamentarische
Handelskonferenz

Berlin, den 23. September 1929.

Die Deutsche Gruppe beehrt sich, die Teilnehmer an der XV. Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz mit ihren Damen zu folgenden Veranstaltungen **am Freitag, dem 27. September 1929,** vormittags, einzuladen:

1. Besichtigung der Siemenswerke in Siemensstadt
   Abfahrt vom Reichstag — Portal 2 — **um 9½ Uhr pünktlich,**
   oder
2. Besichtigung des Berliner Städtischen Großkraftwerkes Klingenberg in Lichtenberg,
   Abfahrt vom Reichstag — Portal 2 — **um 10 Uhr pünktlich,**
   oder
3. Besichtigung der Druckerei des Ullstein-Verlages in Berlin-Tempelhof,
   Abfahrt vom Reichstag — Portal 2 — **um 10 Uhr pünktlich,**
   oder
4. Besichtigung des Osram-Lichthauses in Lichtenberg,
   Abfahrt vom Reichstag — Portal 2 — **um 10 Uhr pünktlich.**

(Zu den Veranstaltungen unter 1 bis 4 werden besondere Karten vom Empfangsbureau der Konferenz bis zum Mittwoch, dem 25. September, nachmittags 7 Uhr ausgegeben. Ohne Anmeldung kann die Beförderung der Teilnehmer zu den in Berliner Vororten gelegenen Instituten nicht gewährleistet werden.)

5. Besichtigung des Pergamon-Museums,
   Rendez-vous: vormittags 11 Uhr, Eingang Museumsinsel.

(Zu dieser Veranstaltung werden besondere Karten vom Empfangsbureau der Konferenz bis zum Donnerstag, dem 26. September, nachmittags 7 Uhr ausgegeben. Wir bitten die geehrten Gäste, sich dieser Karten bedienen zu wollen, um die erforderliche Anzahl sachkundiger Führer durch die Museen rechtzeitig sicherstellen zu können.)

Oscar Meyer,
Mitglied des Reichstags,
Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Deutschen Gruppe.

Wenden.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung -.- Berlin 1929

Erklärung der italienischen Delegation über die von der Unter-Kommission für industrielle Rationalisierung in der Sitzung vom 24.September 1929 angenommenen Tagesordnung.

-.-

Die Vertreter der italienischen Delegation bei der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz in Berlin sind, in Hinsicht auf die Rationalisierung der Produktion, vollkommen überzeugt von der Notwendigkeit einer Einigung nicht nur zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch allen sozialen Klassen.

Es ist zu wünschen, daß die Einigung der Parlamentarischen und Sozialen Organisaionen positives Mittel in dieser Angelegenheit findet.

Was die italienische Delegation betrifft, so erklärt sie einstimmig, daß man in Italien diese Frage bereits vom finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet auf das der Moral und Politik verlegt hat, indem man die integrale und vollkommene Zusammenarbeit in der eigentlichen Staatsorganisation geschaffen hat.

-.-.-.-

Déclaration de la Délégation italienne sur l'ordre du jour approuvé par la Sous-Commission, de la Rationalization de l'Industrie dans la séance du 24 Septembre 1929

-.-

Les représentatives du parlament italien à la conférence Interparlementaire de Berlin sont bien convaincus, en vue de la rationalisation de la production, de la nécessity des accords pas seulement entre les patrons et les ouvriers, mais entre toutes les classes sociales.

Il est à souhaiter que l'accord des organisations parlementaires et sociales puisse trouver à ce sujet des moyens positifs.

Pour ce que la concerne la délégation italienne, elle déclare a l'unanimité que en Italie on a transféré déjà la question du plan des arrangements de caractère financier et économique, au plan du système morale et politique, en essayant la collaboration intégrale et totalitaire des classes dans l'organisation même de l'état.

-.-.-.-.-

Declaration of the Italian Delegation relating to the resolution accepted by the Sub-Committee of the International Parliamentary Commercial Conference in Berlin in the meeting held September 24, 1929.

-.-

The members of the Italian Delegation are, with regard to the rationalization of production, fully convinced of the necessity of an understanding not only between employers and employees but of all classes of society.

It is to be desired that the understanding of the parliamentary and social bodies will help to come to practical measures.

The Italian Delegation unanimously states that in Italy the problem is already treated no more as one of finance and economy but as one of moral and politics, an organic and perfect cooperation having been accomplished by the organization of the State itself.

-.-.-.-.-.-.-

Industrielle Zusammenlegung,
Rationalisierung usw.
-.-

Internationale Parlamentarische
Handelskonferenz
XV. Vollversammlung - Berlin
1929
-.-

Ausschuß für Industrie Reorganisation.

Entschließungsentwürfe.

Im Hinblick auf das wachsende Interesse, das alle industriell tätigen Nationen in den letzten Jahren für die unter der Bezeichnung "Rationalisierung" bekannten Formen des Zusammenschlusses und der Verschmelzung produktiver Industrien an den Tag gelegt haben; und

Unter Berücksichtigung, daß die Rationalisierung nur in Übereinstimmung mit den besonderen Bedingungen jeden Landes ausgedehnt werden kann, besonders unter dem Gesichtspunkt, auf der einen Seite die Lebenshaltungskosten zu senken, auf der anderen Seite die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden und zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion zu führen,

Beschließt die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz hierdurch:

1) daß die nationale sowohl wie die internationale Rationalisierung der Industrie durch industrielle, Handels- und soziale Organisationen in allen Ländern der Welt sorgfältig geprüft werden sollte;

2) daß die Delegationen aus den verschiedenen Parlamenten ersucht werden sollen, durch ihre heimischen Parlamentskomitees oder durch Sonderkomitees zur Erforschung des Anwachsens industrieller Zusammenschlüsse auf rationeller Grundlage und der Grenzen ihrer etwaigen weiteren Ausdehnung die Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Ländern erwägen zu lassen; und

3) daß die Delegationen für die Konferenz des Jahres 1930 Berichte über die Ergebnisse ihrer Erwägungen ausarbeiten sollen.

-.-.-.-.-.-

Commission pour la rationalisation industrielle.

Projets de résolution.

En égard à l'intérêt croissant que toutes les nations industrielles ont manifesté au cours des dernières années par rapport aux formes de combinaison et d'amalgamation d'industries productrices connues sous le nom de "rationalisation";

Et considerant que le développement de la rationalisation ne doit se poursuivant les conditions de chaque pays qu'en se préoccupant d'aboutir, d'une part à la diminution du coût de l'existence, et d'autre part à la hausse des salaires, en prenant les mesures nécessaires pour remédier au chomage et à la collaboration toujours plus étroite des divers facteurs de la production;

La Conférence Parlementaire Internationale de Commerce décide:

1) Que la rationalisation nationale et internationale de l'industrie devrait faire l'objet d'un examen approfondi de la part des organisations industrielles, commerciales et sociales du monde entier;

2) Que les Délégations des divers Parlements soient priées de faire considérer par leurs Comités parlementaires ou par des comitées spéciaux chargés de constater l'accroissement des combinaisons rationelles dans l'industrie ainsi que les limites de leur extension ultérieure - les développements possibles dans leurs pays respectifs -; et

3) Que les Délégations élaborant pour la Conférence de 1930 des rapports concernant les résultats de leur considérations.

Jednym z głównych powodów niemożności ustalania się cen mąki i chleba, ciągłego falowania tychże, niedających się przewidzieć zniżek i zwyżek nawet w czasie zupełnego spokoju targu zbożowego — **jest zupełnie błędne stosowanie podatku przemysłowego przy młynach.**

Dowody słuszności tegoż zapatrywania ilustrują rok rocznie stale powtarzające się gwałtowne wahania cen, mimo pozornie niedających się ujawnić przyczyn. —

Artykuł 5. ustawy o państwowym podatku przemysłowym w ustępach 7 i 8 stworzył tego rodzaju nierównomierność w opodatkowaniu, że różnica obciążenia takiego samego produktu na jednym i tym samym terenie gospodarczym, zależnie jedynie od względów formalnych, przeciwstawia się z jednej strony możliwości produkcji, a z drugiej stanowi moment wyzysku. —

Kiedy w myśl ustępu 7. — za obrót podlegający opodatkowaniu, uważa się: w przedsiębiorstwach przemysłowych, wydobywających lub przetwarzających surowce, albo produkujących wyroby z wydobytych lub zakupionych na własny rachunek materjałów — sumę przychodu brutto za surowce, pół fabrykaty i gotowe wyroby, tak sprzedane za gotówkę jak i wymienione i sprzedane na kredyt oraz użyte do wykonania umów na roboty, dostawy, łącznie z przychodem brutto, uzyskanym ze sprzedaży na jarmarkach względnie targach:

to wedle ustępu 8. — w przedsiębiorstwach przemysłowych wytwarzających wyroby z cudzych materjałów — zarobek brutto, tj. całkowitą sumę wynagrodzenia pobranego za przerób. —

W praktycznem zastosowaniu przedstawia się to na przykładzie jak następuje:

Przy życie wedle cen obecnych:

1. przykład.

Młyn handlowy zakupił

10000 kg. żyta za cenę . . . . . Zł. 5400.—

z tytułu przemiału kalkulował . . . . . „ 300.—

za worki zapłacił . . . . . Zł. 180.—
za pieniądze obrotowe zaliczył 2% . . . „ 117.60
za prowizję agenta 1% . . . . . „ 59.98
razem Zł. 6057.58

i tyle uzyskał ze sprzedaży przetworu

płaci podatek od uzyskanej końcowej wartości przetworu 2% 20
plus 50
razem 2.70% co wynosi
Zł. 163.55

2. przykład.

Młyn handlowy przemielający zboże nie swoje za wynagrodzeniem płaci za to samo tylko od stawki przemiałowej w wysokości n. p. Zł. 300.

a więc 2.20%
plus 50%
razem 2.70% co wynosi Zł. 8.10

Tem samem różnica obciążenia podatkowego takiego samego produktu, zależnie jedynie od względów formalnych, wynosi na jednym i tym samym terenie gospodarczym na 10000 kg. żyta przetwarzanego na mąkę **Zł. 155.45** na korzyść jednego produktu względnie na niekorzyść drugiego. —

Przy pszenicy wedle cen obecnych:

1. przykład.

Młyn handlowy zakupił 10000 kg. pszenicy za cenę . . . . . Zł. 6000.—
z tytułu przemiału kalkulował . . . . . „ 350.—
za worki zapłacił . . . . . „ 180.—
za pieniądze obrotowe zaliczył 2% . . . „ 130.60
za prowizję agenta 1% . . . . . „ 66.61
razem Zł. 6727.21

i tyle uzyskał ze sprzedaży przetworu

płaci podatek 2.20%
plus 50%
razem 2.70% od końcowej wartości, co wynosi . . Zł. 181.63

2. przykład.

Młyn handlowy przemielający nie swoje, za wynagrodzeniem płaci za to samo tylko od stawki przemiałowej w wysokości n. p. Zł. 350.—

2.20%
plus 50%
razem 2.70% co wynosi Zł. 9.45

Tem samem różnica obciążenia podatkowego takiego samego produktu zależnie jedynie od względów formalnych wynosi na 10000 kg. przetworzonej pszenicy na mąkę **Zł. 172.18** na korzyść jednego produktu względnie na niekorzyść drugiego. —

Jeżeli uwzględnimy, że przemysł młynarski jest przemysłem nie wytwórczym ale masowym przemysłem przetwórczym, którego możność dochododajności uzależnioną jest od pełnego wyzyskania posiadanej sprawności i że wartość surowca jest kilkanaście razy wyższą od stawki przemiałowej stanowiącej **cały zarobek brutto**, to monstrualność stosowania tego podatku do młynów sama z siebie wyłania się. —

Wedle przykładu 1. „żyta“ płaci młyn, którego **cały zarobek brutto stanowi kalkulacyjna stawka przemiałowa w wysokości Zł. 300.** — podatek od Zł. 6057.58 w wysokości Zł. 163.45 t. j. **54.52**o/o netto. —

Wedle przykładu 1. „pszenica“ płaci młyn, którego **cały zarobek brutto stanowi kalkulacyjna stawka przemiałowa w wysokości Zł. 350.** — podatek od Zł. 6727.21 w wysokości Zł. 181.63 tj. **51.89**o/o netto. —

Jeżeli ponadto uprzytomnimy sobie, że od takich samych kwot płacą podatek w tej samej wysokości przemysły wytwórcze jak n. p. jedwabniczy, cukierniczy, kapeluszniczy, maszynowy i. t. d., to wydaje nam się, że ten system stosowania tego podatku i przy młynach handlowych — o ile on z umysłu nie godzi w możność egzystencji tychże, — jest nietylko monstrualny ale i absurdalny. —

Podatek, który a priori przeciwstawia się możności produkcji zasadniczego artykułu pierwszej potrzeby i to w kraju rolniczym jest unikatem sui generis. —

Konsekwencje tego pomylenia podatkowego są dla ogółu ludności i dla Rządu jaknajfatalniejsze. —

Młyny zakupujące ziarno na własny rachunek są przeważnie młynami większymi rozporządzającymi pod względem technicznym takiemi urządzeniami, które umożliwiają im pełne wyzyskanie całej zawartości ziarna. W założeniu swem powołane do aprowizacji większych ośrodków ludności, stają się w razie możliwości zużywania posiadanej sprawności swych urządzeń — jako najoszczędniej pracujące — jedynym regulatorem cen, tak na targu mącznym jakoteż na targu zboża. —

Zmuszone dzień w dzień zakupywać zboże i dzień w dzień sprzedawać mąkę, — gdyż maszyna je pędzi i zmusza tem samem do ciągłego stałego szukania zbytu dla swej produkcji — utrzymują równowagę między podażą a popytem. —

Z natury rzeczy, stanowiąc masowy przemysł przetwórczy, zadowalać się muszą drobnym zyskiem, a możność osiągnięcia tegoż leży jedynie w stałem wyzyskiwaniu pełnej sprawności swych urządzeń. — Teorja i praktyka wykazują, że przy korzystnych warunkach **zarobek netto młyna wynosi przeciętnie 10%** stawki przemiałowej, gdy tymczasem wedle zapodanych przykładów **sam podatek obrotowy wynosi 54.52% względnie 51.89% netto.**

To znaczy, że młyn zakupujący ziarno na własny rachunek, chcąc pracować całą parą i posiadaną sprawność swych urządzeń w pełni zużytkować — **musi liczyć się z tem, że kwota uiścić się mającego podatku przemysłowego będzie zwyż pięć razy wyższą od kwoty mogącego być, przy korzystnych warunkach, osiągniętym zysku. —**

I w tem właśnie leży ta monstrualność i absurdalność stosowania w tej formie podatku przemysłowego do tego typu młynów, które w założeniu swojem są regulatorami cen i które przy pełnem wyzyskaniu posiadanej sprawności swych urządzeń, mogłyby prócz zaspokojenia potrzeb wewnętrznych rynku, jeszcze znaczną ilość mąki i otrąb wywieźć zagranicę, choćby z tego tylko zapasu ziarna, który obecnie w młynach powołanych do życia, jedynie z racji premji podatkowej, marnuje się. —

Pracując ze stawką kalkulacyjną co najwyżej Zł. 300. — do 350. — za 10000 kg. przetwarzanego ziarna, zmuszone są podatek obrotowy wliczać w końcową cenę przetworu, a tem samem przetwór o całą różnicę podatkowego obciążenia podrażać. —

Z tej konieczności spowodowanej tem pomyleniem podatkowem korzystają wszystkie młyny, przetwarzające ziarno za wynagrodzeniem, a tem samem nie ponoszące tego monstrualnego i absurdalnego obciążenia. —

Czyli że to obciążenie produktu, będące u jednych koniecznością, stanowi u drugich premję wyzysku. —

O ile natomiast młyny pracujące za wynagrodze-

niem tego wyzysku bądź w części bądź w całości nie uprawiają, to młyny zakupujące ziarno na własny rachunek siłą tego faktu zmuszone są ruch swój zastanowić, gdyż żaden kupujący nie będzie płacił za mąkę o tę różnicę podatkową wyższej ceny, mogąc zakupić ją o tę całą różnicę, względnie o część tejże, taniej.

Wskutek tego przymusowego zastanawiania ruchu wielkich młynów, targ mączny nieodpowiednio zasilany nie jest w stanie zadowolić popytu na skutek czego ceny mąki zwyżkują. Młyny, które przez kilka tygodni niczego sprzedać nie mogły, wyzbywają się w ciągu kilku dni całego zapasu mąki i podejmują ruch, by po pewnym czasie z wyż naprowadzonych powodów, ponownie unieruchomić się. —

I tak po kilka razy do roku, rok rocznie to samo powtarza się a w braku zrozumienia tegoż powodów, zarzuca się młynom uprawianie demonstracji bądź polityki drożyźnianej, nie zdając sobie z tego sprawy, że wobec ustalonej stawki przemiałowej w młynach handlowych przemielających ziarno na własny rachunek, właściwie jedynie Skarb Państwa z tych zwyżek cen mąki ciągnie zyski, gdyż progresja podatku jest ściśle związaną ze zwyżką cen mąki.

Z wyż przedstawionego wynika:

że na jednym i tym samym terenie gospodarczym nie mogą istnieć dwa systemy podatkowe, które zależnie jedynie od względów formalnych jedną i tą samą produkcję obciążają zwyż **dwadzieścia razy** wyższym podatkiem od drugiej, stwarzając dla jednych patent do wywoływania drożyzny, a dla drugich moment wyzyskiwania tejże;

że stosowanie podatku przemysłowego w wysokości 2% plus 10% dodatku i $^1/_2$% od końcowej wartości produktu jest przy przemyśle młynarskim **zasadniczą niemożliwością, gdyż cała podstawowa możność zarobku polega na stawce przemiałowej stanowiącej cały zarobek brutto młyna;** —

że przejście całego przemysłu młynarskiego na system „mielenia za wynagrodzeniem“ jest nietylko dla dużego młynarstwa ale dla ogółu wysoce niebezpieczne i szkodliwe, gdyż praca w młynach uzależnioną zostaje podówczas od spekulacji zbożowej, która ma moż-

ność wyboru czasu przemiału zależnie od konjunktur, co już dzisiaj po części przeżywamy, gdy w przeciwieństwie do tego młyny handlowe, przetwarzające ziarno na własny rachunek, zmuszone są siłą faktu swych urządzeń bez względu na konjunkturę, produkta mączne stale sprzedawać, a tem samem rynek mąką stale zasilać. —

Wobec tego uważam, że dla korzystnej stabilizacji cen mąki i chleba i dla uzdrowienia stosunków w przemyśle młynarskim i w handlu mąką, **jedynym skutecznym środkiem jest zmiana dotychczasowych systemów nierównomiernego stosowania podatku przemysłowego** przy przemyśle młynarskim **na jeden jedyny system podatku przemiałowego płaconego bezwzględnie przez wszystkie młyny na całym obszarze państwa od każdych 100 kg. zmielonego ziarna.** —

Taki podatek bez względu na ewentualną swoją wysokość równomiernie obciąży produkt mączny, ułatwi kontrolę skarbową, uzdrowi stosunki w handlu mąką, a tem samem umożliwi kalkulację ceny mąki na zdrowych podstawach osłabiając, względnie uniemożliwiając zakusy spekulacji.

Przemyśl w maju 1928.

Alfred Frenkel.

Материалы XV Межпар. парлам. сборн.
конференций (продолжение)

Industrielle Zusammenlegung,
Rationalisierung usw.
-.-

Internationale Parlamentarische
Handelskonferenz
XV.Vollversammlung - Berlin
1929
-.-

Ausschuß für Industrie Reorganisation.

Entschließungsentwürfe.

Im Hinblick auf das wachsende Interesse, das alle industriell tätigen Nationen in den letzten Jahren für die unter der Bezeichnung "Rationalisierung" bekannten Formen des Zusammenschlusses und der Verschmelzung produktiver Industrien an den Tag gelegt haben; und

Unter Berücksichtigung, daß die Rationalisierung nur in Übereinstimmung mit den besonderen Bedingungen jeden Landes ausgedehnt werden kann, besonders unter dem Gesichtspunkt, auf der einen Seite die Lebenshaltungskosten zu senken, auf der anderen Seite die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden und zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion zu führen,

Beschließt die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz hierdurch:

1) daß die nationale sowohl wie die internationale Rationalisierung der Industrie durch industrielle, Handels- und soziale Organisationen in allen Ländern der Welt sorgfältig geprüft werden sollte;

2) daß die Delegationen aus den verschiedenen Parlamenten ersucht werden sollen, durch ihre heimischen Parlamentskomitees oder durch Sonderkomitees zur Erforschung des Anwachsens industrieller Zusammenschlüsse auf rationeller Grundlage und der Grenzen ihrer etwaigen weiteren Ausdehnung die Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Ländern erwägen zu lassen; und

3) daß die Delegationen für die Konferenz des Jahres 1930 Berichte über die Ergebnisse ihrer Erwägungen ausarbeiten sollen.

-.-.-.-.-.-

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung Berlin 1929

Neue Grundlagen der Mitarbeit der Arbeitnehmer.

Entschließung Dr. B r ü n i n g .

-.-.-.-.-

Die vom 23. bis 26. September 1929 in Berlin-Reichstag tagende Interparlamentarische Handelskonferenz wünscht in anbetracht der Notwendigkeit, gerade unter dem System der Rationalisierung neue Wege zu besserer Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmerschaft zu finden, daß

1. Formen der Besitz- und Gewinnbeteiligung gefunden werden, die die gewerkschaftlichen Bedenken, die in vielen Ländern gegen die bisherigen Versuche bestehen, beseitigen;
2. daß in allen Ländern durch Schaffung von Kleinaktien die Möglichkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienbesitz des Unternehmens, in dem sie beschäftigt sind, gefördert wird;
3. daß die Versuche der Banken und Sparkassen der organisierten Arbeitnehmerschaft zur Beteiligung an den Unternehmungen Beachtung finden;
4. daß die Mitarbeit der Arbeitnehmer in Form der Betriebsräte durch Schulung der Arbeitnehmerschaft und verständnisvolle Behandlung seitens der Arbeitgeberschaft gefördert wird;
5. daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Arbeitnehmern für von ihnen gemachte Verbesserungsvorschläge und Erfindungen ein gerechtes Entgelt sichern.

Dr. Brüning.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung .-. Berlin 1929

Kodifikation des Obligationenrechts

Entwurf einer Entschließung

In der Erwägung, daß die internationale Vereinheitlichung des Rechts der Schuldverhältnisse von größter Bedeutung für den internationalen Handel ist und dessen Entwicklung fördern soll durch Vereinfachung und größere Sicherheit, welche beide die Folge der Anwendung einheitlicher und feststehender Regeln auf die aus den Geschäften entstandenen Beziehungen sein werden;

In der Erwägung ferner, daß diese Vereinheitlichung, die auf juristischem Gebiet der immer stärkeren Entwicklung der internationalen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete entspricht, gleichzeitig ihre logische Folge, die Krönung und der Ansporn wären, und daß diese Vereinheitlichung somit die Bande der Solidarität einer stets wachsenden Interessengemeinschaft zwischen den Völkern nur noch enger gestalten kann;

In der Erwägung jedoch, daß eine solche Frage schrittweise gelöst werden muß, wobei zunächst die Gesetzgebungen ins Auge zu fassen sind, die infolge einer verschiedenen Nationen gemeinsamen Überlieferung, sowie juristischen und geistigen Entwicklung an sich einen gemeinsamen Inhalt bieten;

In der Erwägung schließlich, daß man sich in einer solchen Sache von allen aufgewendeten Bemühungen und erzielten Ergebnissen auf Gebieten, die im allgemeinen beschränkt sind, leiten lassen muß, ebenso wie von gesetzgeberischen durchgeführten Arbeiten oder ausgearbeiteten Entwürfen einiger Staaten, welche durch besonders enge Bande miteinander verbunden sind;

spricht die internationale parlamentarische Handelskonferenz den Wunsch aus:

1.) daß die verschiedenen Staaten Landesausschüsse bilden, die die Aufgabe haben sollen, die Frage der Vereinheitlichung des Rechts der Schuldverhältnisse weiter zu studieren;

2.)

2.) daß diese Staaten sich entsprechend ihren juristischen und geistigen Beziehungen zusammenschließen sollen, damit sie gemeinsam an der geplanten Arbeit teilnehmen und zu diesem Zweck in kürzester Frist internationalen Konferenzen beitreten können;

3.) daß die Staaten, die schon einen Entwurf für gemeinsame Gesetzgebung ausgearbeitet haben, diese Bestimmungen in ihre tatsächliche Gesetzgebund aufnehmen.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz

XV. Vollversammlung .. Berlin 1929.

Codification of the law of obligations.

Draft of Resolution

Bearing in mind that the international unification of the law of obligations is of the utmost importance to international commerce, whose development it ought to encourage by virtue of simplification and the offer of the greatest security which will be the result of the application of uniform and fixed rules to relations arising out of business;

and that

this unification, corresponding in the juridical field to the development of international relations, always more intense in the economic domain, would be at the same time their logical sequence, sanction and encouragement, and thus could do nothing but strengthen the bonds of solidarity which a growing community of interests establishes between peoples;

and that

such a problem, however, must be solved gradually, there being first taken into account the laws which in themselves provide a common stock, as the result of a tradition and a juridical and moral evolution common to the various nations;

and that

in such matters, it is fitting to be guided by all the efforts put forth and results obtained in generally restricted spheres, as well as by legislative works realised or projects elaborated by some states united by particularly close ties,

the International Parliamentary Trade Conference adopts the following resolution:

1. That the various States should create national committees charged with pursuing the study of the problem of the unification of the law of obligations;

2.

2. That groups of States should be formed according to their juridical and moral affinities, for the purpose of common participation in the work in view, and the States thus be enabled to take part at short notice in international conferences;

3. That the States which have already elaborated a project of common legislation shall introduce these provisions into their actual legislation.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung -.- Berlin 1929

Erklärung der italienischen Delegation über die von der Unter-Kommission für industrielle Rationalisierung in der Sitzung vom 24.September 1929 angenommenen Tagesordnung.

-.-

Die Vertreter der italienischen Delegation bei der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz in Berlin sind, in Hinsicht auf die Rationalisierung der Produktion, vollkommen überzeugt von der Notwendigkeit einer Einigung nicht nur zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch allen sozialen Klassen.

Es ist zu wünschen, daß die Einigung der Parlamentarischen und Sozialem Organisaionen positives Mittel in dieser Angelegenheit findet.

Was die italienische Delegation betrifft, so erklärt sie einstimmig, daß man in Italien diese Frage bereits vom finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet auf das der Moral und Politik verlegt hat, indem man die integrale und vollkommene Zusammenarbeit in der eigentlichen Staatsorganisation geschaffen hat.

-.-.-.-

Déclaration de la Délégation italienne sur l'ordre du jour approuvé par la Sous-Commission, de la Rationalization de l'Industrie dans la séance du 24 Septembre 1929

-.-

Les représentatives du parlament italien à la conférence Interparlementaire de Berlin sont bien convaincus, en vue de la rationalisation de la production, de la nécessity des accords pas seulement entre les patrons et les ouvriers, mais entre toutes les classes sociales.

Il est à souhaiter que l'accord des organisations parlementaires et sociales puisse trouver à ce sujet des moyens positifs.

Pour ce que la concerne la délégation italienne, elle déclare a l'unanimité que en Italie on a transféré déjà la question du plan des arrangements de caractère financier et économique, au plan du système morale et politique, en essayant la collaboration intégrale et totalitaire des classes dans l'organisation même de l'état.

-.-.-.-.-

Declaration of the Italian Delegation relating to the resolution accepted by the Sub-Committee of the International Parliamentary Commercial Conference in Berlin in the meeting held September 24, 1929.

-.-

The members of the Italian Delegation are, with regard to the rationalization of production, fully convinced of the necessity of an understanding not only between employers and employees but of all classes of society.

It is to be desired that the understanding of the parliamentary and social bodies will help to come to practical measures.

The Italian Delegation unanimously states that in Italy the problem is already treated no more as one of finance and economy but as one of moral and politics, an organic and perfect cooperation having been accomplished by the organization of the State itself.

-.-.-.-.-.-.-

182

NEUE FORMEN DER MITARBEIT DER ARBEITNEHMERSCHAFT IN DER INDUSTRIE

EINIGE BETRACHTUNGEN
ÜBER DIE PROBLEME DER ZUSAMMENARBEIT
DES ARBEITNEHMERS MIT DEM UNTERNEHMER,
INSBESONDERE ÜBER DIE FRAGE
DER GEWINNBETEILIGUNG

1929

GEDRUCKT IN DER REICHSDRUCKEREI

Der ehrenvolle Auftrag, über die Mitarbeit des Arbeitnehmers mit dem Unternehmer oder, anders ausgedrückt, über die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit zu sprechen, hat seine besondere Bedeutung in einer Zeit, in der durch die Rationalisierung, die mein hochverehrter Herr Vorredner behandelt hat, zweifellos eine noch stärkere Entfremdung zwischen Kapital und Arbeit eingetreten ist als unter dem Einfluß früherer Wirtschaftsformen. Mit Ausnahme handwerkerlicher Betriebe macht der Zusammenschluß der Einzelunternehmungen unter einer Betriebsleitung und die enge Verflechtung des Kapitals verschiedener Unternehmungen eines Produktionszweiges untereinander dauernde Fortschritte. Diese Konzentration und Verflechtung macht nicht Halt an den politischen Grenzen eines Landes.

Gleichzeitig tritt die Trennung des einzelnen Arbeiters von der Fertigstellung eines Gesamtproduktes immer schärfer in die Erscheinung. Unter der Rationalisierung wird in vielen Industrien der Arbeiter in Zukunft eine Spezialarbeit an einem Teile des Produktes dauernd zur Aufgabe haben. Auch wenn das System der Rationalisierung eine Besserung des Reallohnes zur Folge haben kann, so nimmt doch das geistige und seelische Interesse an der Arbeit mehr oder minder ab. Diese Tatsache muß zu einer Unzufriedenheit in den Massen der Arbeitnehmer und auf die Dauer auch zu einer Verminderung der Betriebsergebnisse füh-

ren. Denn die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer führt zu Spannungen im Arbeitsverhältnis, die in ihrer Auswirkung auf die Arbeitslust und Arbeitsfreude auch die unmittelbare Arbeitsleistung ungünstig beeinflussen. Schon jetzt, noch ehe die Rationalisierung bis zu dem technisch Möglichen durchgeführt ist, können Beweise erbracht werden dafür, daß eine technisch und ökonomisch auf das Höchstmaß getriebene Rationalisierung nicht immer die besten Betriebsergebnisse aufweist.

Die Rationalisierung hat zudem leicht zur Folge, daß eine große Anzahl älterer Arbeiter und Angestellten überhaupt keine dauernde Beschäftigung mehr findet. Die Kosten für ihren Lebensunterhalt müssen zu einem großen Teile von der Gesamtheit aufgebracht werden. Dieser Umstand führt zur Belastung nicht nur der Arbeitnehmerschaft als Ganzes, sondern wenigstens mittelbar auch der Industrie, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Prozeß die Entfremdung zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Unternehmer und Mitunternehmer auf der einen Seite und dem Mitarbeiter auf der anderen Seite weiter verschärft. Die Rationalisierung hat sich in vielen Ländern nur deshalb so schnell und in so starkem Maße durchsetzen können, weil sie zunächst nur die Bedürfnisse des einzelnen Unternehmens oder der gleichen Kapitalgruppe ins Auge faßte. Die Entwicklung hat aber schon jetzt gezeigt, daß diese Betrachtungsweise unzulänglich ist. Die Rationalisierung hat Folgen, die die individuelle Wirtschaftsführung in Frage stellen, zumal diese auch unter dem Gesichtspunkt einer systematischen Konsumlenkung und Konsumbeeinflussung stark angegriffen wird.

Sollen die bedenklichen Folgen, die mit der Rationalisierung in seelischer und wirtschaftlicher Hinsicht verknüpft sind, vermieden werden, so muß mehr als bisher nach einem starken Gegengewicht gesucht werden. Ein solches bietet sich in der Steigerung der Arbeitsfreudigkeit des einzelnen Arbeitnehmers durch finanzielle Interessierung am Wohlergehen des Betriebs und gleichzeitig durch stärkeres Heranziehen seines Leistungswillens für die ergiebigere Gestaltung des Produktionsprozesses.

Die Formen der Gewinnbeteiligung, sei es in der Gestalt der Ausschüttung von Leistungsprämien oder des Erwerbes von Aktien seitens der Arbeitnehmer bzw. der Verteilung von Aktien seitens der Unternehmer an die Arbeitnehmer, sind außerordentlich mannigfaltig. Als grundlegende Formen können folgende betrachtet werden:

1. Der freie Erwerb von Kleinaktien seitens der Arbeitnehmer.
2. Verteilung von Kleinaktien seitens der Betriebsleitung an alle Arbeitnehmer des Betriebes als Zusatzprämien.
3. Der Erwerb von Aktien durch die Sparkassen und Banken der Arbeitnehmerorganisationen.
4. Prämien in Form von Gewinnanteilen für besondere Leistungen.
5. Einrichtung von Betriebssparkassen mit zusätzlicher Verzinsung bzw. Beteiligung der Sparkonten am Reingewinn nach einem bestimmten Schlüssel.
6. Verteilung von Kleinaktien oder Gewinnüberschüssen an Alters- und Wohlfahrtskassen.

Aktienbesitz und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, die in einer Reihe von Ländern, auch unter einem nicht rationalisierten System der Industrie, schon längere Zeit zu Erfolgen, wenn auch beschränkter Art geführt haben, bedürfen unter dem modernen Wirtschaftssystem einer vielfach geänderten Betrachtungsweise.

Die freie Beteiligung einzelner Arbeitnehmer an dem Aktienbesitz durch Erwerb von Kleinaktien kann nach der Lage der Lohnentwicklung in Ländern mit stark rationalisierter Industrie keine überragende Bedeutung mehr haben. Die Rationalisierung der Industrie droht eine Nivellierung der Löhne herbeizuführen. Infolgedessen ist für den einzelnen Arbeitnehmer nur noch in beschränktem Maße die Möglichkeit eines Überverdienstes gegeben, der den Erwerb von Aktien ermöglichen würde. Nur in solchen Betrieben, in denen die individuelle Leistung und die Steigerung des Gesamtproduktes durch diese Leistung deutlich erkannt werden kann, besteht die Möglichkeit eines Überverdienstes, ohne daß derselbe eine übermäßige Beanspruchung des Arbeitnehmers voraussetzt.

Aussichtsreicher erscheint der Weg, die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten eines Unternehmens allgemein durch Aktienbesitz an dem Unternehmen zu interessieren. Möglichkeiten dazu sind allerdings auf die Dauer nur in solchen Industrien vorhanden, die eine besondere Prosperität aufweisen. Zudem darf ein solcher Mitbesitz, wenn nicht die Arbeitnehmer eines solchen Betriebes rückwirkend in ihrem Gesamteinkommen geschädigt werden sollen, nur durchgeführt werden durch eine freiwillige Hergabe von Aktien in Form einer Prämie zum Tariflohn. Auch dann bleibt noch die Frage offen, ob die Entwicklung der Tariflöhne durch eine solche Hergabe von Aktien an die Arbeitnehmer als Lohnzusatz nicht gehemmt wird. Ich bin der Meinung, daß zunächst der Arbeitnehmerschaft ein für den üblichen Lebensstandard hinreichender Lohn gesichert sein muß, bevor daran gedacht werden kann, ihr durch die risikobelastete Gewinnbeteiligung eine Einkommenserhöhung zu verschaffen. Ist jene Sicherung gegeben, so kann allerdings durch eine finanzielle Interessierung am Betriebserfolg ein wesentlicher Grund zur Unzufriedenheit der Arbeitnehmer beseitigt werden.

Tarifverträge werden im allgemeinen abgeschlossen mit Rücksicht auf die Durchschnittsrendite eines bestimmten Industriezweiges. Diese Form gibt zwar dem Arbeitnehmer unter Umständen eine gewisse Garantie für die Aufrechterhaltung des Existenzminimums, sofern diese Garantie nicht durch Stillegungen und Entlassungen illusorisch gemacht wird. Sie trägt aber insofern nicht zur Beruhigung des Arbeitnehmers bei, als Jahre mit Konjunkturgewinnen des betreffenden Unternehmens für ihn häufig keine besonderen Vorteile mit sich bringen, es sei denn in Form von Überstundenbezahlung. Selbst wenn ein besonderer Konjunkturgewinn für die Industrie notwendig ist zum Ausgleich schlechterer Jahre, wird der Arbeiter doch wünschen, daß auch ihm, der doch zur Erarbeitung des besseren Ergebnisses wesentlich mitbeigetragen, ein gewisser Anteil am konjunkturbedingten Übergewinn als Zuschlag zum Lohneinkommen zuteil wird. Wenn außer der Risikoprämie die Verzinsung und Tilgung

des Aktienkapitals sowie der normale Unternehmergewinn gesichert sind, so wäre es wünschenswert, wenn ein darüber hinausgehender Übergewinn mindestens zum Teil den Arbeitnehmern des Betriebes zugute kommt. Eine solche Zurverfügungstellung des Gewinns, mag man nun die Form der Kleinaktie oder andere Möglichkeiten wählen, ist auch deshalb zu begrüßen, weil sie nicht nur das Interesse der Arbeitnehmer am Betriebe stärkt, sondern darüber hinaus auch bei ihnen das Verständnis für die Bedingtheiten und das Risiko allen wirtschaftlichen Erfolges weckt.

Der Gedanke gewinnt für Deutschland überdies ganz besondere Bedeutung deshalb, weil in den Kreisen der Arbeitnehmer starke Bedenken bestehen gegen das Ausmaß der Selbstfinanzierung einzelner Unternehmungen aus Übergewinnen. Sie fürchten, daß diese Selbstfinanzierung das Kapital nach wie vor in den gleichen Bahnen hält, obschon vielleicht inzwischen veränderte Konsumtendenzen eine veränderte Kapitalinvestierung erforderlich machen.

Gerade das Ausmaß, welches die Selbstfinanzierung in letzter Zeit in Deutschland angenommen hat, erweckt gegen alle Formen der Gewinnbeteiligung bei den Arbeitnehmern neue Bedenken. Es verstärkt das häufig vorhandene Mißtrauen, daß zwar theoretisch eine für sie vorteilhafte Regelung getroffen wird, daß sie aber nicht in der Lage sind, sich praktische Vorteile zu sichern. Der Streit um die Nachprüfung der Gewinne und damit auch der Quote der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, der bei allen Systemen der Gewinnbeteiligung leicht eintritt, ist dann besonders ausgeprägt, wenn die Besorgnis vor übermäßiger Selbstfinanzierung der großen Unternehmungen bei den Arbeitnehmern Platz greift.

Wieweit es möglich ist, die Arbeitnehmerschaft am Gewinn zu beteiligen, auch dann, wenn keine besonderen Übergewinne erzielt worden sind, bleibt zweifelhaft. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint festzustehen, daß eine nicht nur vorübergehende Gewinnbeteiligung im allgemeinen nur dort möglich ist,

wo Unternehmungen unter besonders günstigen Verhältnissen arbeiten, namentlich dann, wenn ein bestimmter Produktionszweig eines Landes eine monopolartige Stellung sich erworben hat.

Aus diesem Grunde sind denn auch bei den Arbeitnehmern gegen diese betriebsweise Besitz- und Gewinnbeteiligung starke Bedenken vorhanden. Die Arbeitnehmer begünstigter Industrien würden zu einem durch ihre Organisationen erkämpften, an sich schon verhältnismäßig günstigen Lohn noch einen Übergewinn erzielen, während in anderen Industrien, die der internationalen Konkurrenz solcher Länder unterworfen sind, in denen niedrige Löhne herrschen, die Arbeitnehmer umgekehrt in ihrer Lebenshaltung stark zurückbleiben müßten.

Deshalb ist in Deutschland der Gedanke stark verbreitet, die Arbeiterschaft als solche in kollektiver Form auf dem Wege über ihre Gewerkschaften durch Erwerb von Aktien am Kapitalbesitz und Gewinn der Industrie zu beteiligen. Einzelne deutsche Gewerkschaften haben dieses System sehr stark durchgeführt und haben eine Art von gewerkschaftlichen »Investment Trusts« geschaffen. Auf diese Weise wird das Risiko des einzelnen Arbeitnehmers aus der Lage seines Berufes und seines Betriebes gemindert und zugleich eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft in Höhe der durchschnittlichen Rendite wirtschaftlicher Unternehmen gesichert.

Dieses System hat zugleich den großen Vorteil, daß die Führer der Arbeitnehmerschaft sehr sorgfältig die Wirtschaftslage in den einzelnen Produktionszweigen nachprüfen müssen. Sie bekommen auf diese Weise ein starkes Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Lage, was auf ihre gesamte Gewerkschaftspolitik, auf ihre Tarifpolitik sowohl wie auch ganz besonders auf die berufliche und wirtschaftliche Weiterbildung ihrer eigenen Mitglieder nicht ohne Rückwirkungen bleiben kann. Überdies ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Arbeitnehmer der einzelnen Berufsgruppen ein gesteigertes Interesse am Sparen erhal-

ten, wenn sie ihre Spargelder bei Sparkassen und Banken ihrer eigenen Organisationen hinterlegen können. Die Kapitalbildung und das Interesse an der Prosperität eines ganzen Landes — auch bei den Arbeitnehmern — kann auf diese Weise stark gefördert werden. Auch bekommt die Arbeitnehmerschaft auf diese Weise einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung der Kapitalströme im Sinne einer auch von ihrem Standpunkt gesunden Konsumorientierung der ganzen Wirtschaft. Im Verein mit einer systematischen Konsumerziehung der Mitglieder kann auf diese Weise in starkem Maße die Konsumgestaltung der Wirtschaft und damit rückwirkend die Produktionspolitik und Kapitalverteilung nachhaltig beeinflußt werden.

Auf Grund einer Reihe von Erfahrungen hat sich gezeigt, daß, wenn Gewerkschaften kraft ihres Aktienbesitzes an großen Unternehmungen Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden und bestimmte, im Interese der Arbeitnehmer liegende Vorschläge machen, dieser Weg gegenüber den Arbeitgebern sehr viel wirksamer ist und von der Öffentlichkeit mit größerem Interesse verfolgt wird als die Geltendmachung der Interessen der Arbeitnehmerschaft durch die Entsendung von Betriebsratsgliedern in den Aufsichtsrat.

Dieser Weg hat außerdem den Vorzug, einen irgendwie gearteten staatlichen Zwang zur Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Gewinn überflüssig zu machen. Der Weg staatlichen Zwanges ist in dieser Frage im allgemeinen überhaupt nicht gangbar. Der Staat kann die Lage der Arbeitnehmer schlecht rentierender Industriezweige nicht durch einen Zwang zur Gewinnbeteiligung verbessern, da gerade die niedrigen Betriebsergebnisse solcher Industriezweige schon von den notwendigen Rückstellungen für die Kapitalbasis so weit aufgezehrt werden, daß nicht einmal ein auf die Dauer hinreichender Unternehmergewinn bleibt. Erzwingt der Staat in solchen Fällen eine Gewinnbeteiligung, so wird entweder am Jahresschluß doch nichts verteilt, weil kein Reingewinn da ist, oder der zu verteilende »Gewinn« wird vorher an den Löhnen eingespart. Besser als staat-

licher Zwang an dieser auf beiden Seiten ein hohes Maß von Vertrauen und gutem Willen voraussetzenden Frage ist die freie Vereinbarung oder die eigene Initiative, wozu das Beispiel der Gewerkschaften einen Weg weist.

Abgesehen von diesen mehr allgemeinen Möglichkeiten sind besondere Wege der Gewinnbeteiligung in einzelnen Industrien und unter bestimmten Umständen gangbar, die im Interesse der Zusammenarbeit von Arbeitnehmer und Unternehmer begrüßenswert erscheinen. Es handelt sich dabei vornehmlich um jene Fälle, in denen die individuelle Leistung sich noch erkennbar abhebt und das Arbeitsergebnis stark von der besonderen Initiative und Fähigkeit des einzelnen Arbeitnehmers beeinflußt wird. Solche Formen sind z. B. vielfach üblich im Einzelhandelsgeschäft oder in großen Kaufhäusern, wo durch geeignete Behandlung der Kunden oder durch Geschicklichkeit beim Einkauf individuelle Leistungen des einzelnen stark hervortreten und durch Beteiligung am Geschäftsergebnis belohnt werden können. Das finanzielle Interesse des Arbeitnehmers an dem Gesamtgeschäft ist dadurch in starkem Maße angestachelt. Diese Methode rückt freilich sehr nahe an das System der Akkordentlohnung heran; sie unterscheidet sich beispielsweise dort, wo die Umsatz- und Produktionssteigerung nicht nur vom einzelnen, sondern von der mehr oder weniger geschickten Zusammenarbeit mehrerer abhängt, kaum noch vom sogenannten »Gruppenakkord«. Damit aber haften dieser Art von Gewinnbeteiligung in erheblichem Umfange auch jene von der Arbeitnehmerschaft so gefürchteten Gefahren eines rücksichtslosen Akkordsystems an, bei dem der Arbeitnehmer zwecks Steigerung seines Gesamteinkommens einer schonungslosen Ausbeutung seiner eigenen Arbeitskraft verfällt. Dem kann wie beim reinen Akkordsystem so auch bei der beispielhaft herangezogenen Methode der Gewinnbeteiligung nur vorgebeugt werden, indem die Gewinnbeteiligung erst auf einem hinreichenden Lohniveau einsetzt und willkürliche Beschränkungen auch bei hohen Gewinnquoten des einzelnen oder einzelner Gruppen auf keinen Fall vorgenommen werden.

Eine ganz andere Art der Gewinnbeteiligung stellt das System der Betriebssparkassen dar, die außer der normalen Verzinsung, je nach der Höhe des Reingewinns des Unternehmens, noch eine besondere Zusatzverzinsung gewähren. Hierbei sind verschiedene Methoden üblich. So leisten z. B. die Betriebe häufig außer der zusätzlichen Verzinsung noch einen Zuschuß aus dem Reingewinn für jedes einzelne Konto, der sich nach der Höhe der vom Arbeitnehmer selbst ersparten Beträge richtet. Dadurch wird der Sparsinn der Belegschaft gehoben. Für den Unternehmer aber hat dieses System der Gewinnbeteiligung den Vorteil, daß die möglichen Ersparnisse seiner Arbeitnehmer wieder seinem Betriebe zufließen und ihm dadurch die Finanzierung seines Unternehmens wesentlich erleichtern. Dieses System dient denn auch tatsächlich der Selbstfinanzierung. Daneben hat der Unternehmer noch den Vorteil, daß bei den Arbeitnehmern die Tendenz besteht, möglichst dauernd in dem betreffenden Betrieb zu bleiben. Allerdings werden von Arbeitnehmerseite auch gegen diese Methode der Gewinnbeteiligung vielfach Bedenken geäußert. Die Möglichkeit des Arbeitnehmers, sich nach günstigeren Arbeitsverhältnissen umzusehen, wird durch dieses System, selbst wenn seine Ansprüche rechtlich gesichert sind, mindestens seelisch stark gehemmt. Vor allen Dingen aber fürchten die Arbeitnehmer, daß die Neigung des Unternehmers zu Lohnerhöhungen abnimmt, je höher die Ersparnisse der Arbeitnehmer in der Betriebssparkasse anwachsen, indem die Betriebsleitung aus der Höhe der Ersparnisse unzulässige Schlüsse zieht auf die Hinlänglichkeit des Lohnes. Außerdem ist gerade diese Form nach den bisherigen Erfahrungen nur in bestimmten Industriezweigen durchführbar und wünschenswert. Einmal müssen die betreffenden Betriebe über eine hinreichende Kapitalsicherheit verfügen, damit nicht die Ersparnisse der Arbeitnehmer durch Betriebsrückschläge gefährdet sind. Überdies wird man, von den Bedenken der Arbeitnehmer ganz abgesehen, im Hinblick auf die volkswirtschaftlich wünschenswerte Kapitalverteilung die Gewinnbeteiligung auf dem Wege über die Betriebs-

sparkassen nur in solchen Produktionszweigen begrüßen, die erfahrungsgemäß und offensichtlich das Kapital volkswirtschaftlich produktiv im besten Sinne des Wortes verwenden.

Eine sehr gebräuchliche Form der finanziellen Interessierung der Arbeitnehmerschaft am Betriebe ist die Überweisung eines bestimmten Gewinnanteiles an Alters- und Wohlfahrtskassen. Gerade die Industrie bevorzugt diese Methode deshalb, weil dadurch eine stärkere Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb eintritt. In Ländern, in denen die staatliche Sozialversicherung nicht stark ausgebaut ist, ist diese Form der Interessierung durch Gewinnbeteiligung vielfach gesetzlich vorgeschrieben. Dort, wo eine stark ausgebaute staatliche Sozialversicherung vorhanden ist, hat diese Form an Bedeutung verloren. Wünschenswert zur Erhaltung eines arbeitsfreudigen Arbeitnehmerstandes wäre es, wenn, namentlich in solchen Industrien, die durch die Rationalisierung ältere Arbeiter und Angestellte zur dauernden Arbeitslosigkeit bringen, dieses System als Zusatzleistung zur staatlichen Sozialversicherung in steigendem Maße eingeführt würde. Namentlich dort, wo es sich um ganze Produktionszweige handelt, sollte eine solche Regelung, die in der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung der Form nach einen Vorläufer hat, einmal ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Allgemein betrachtet haben die bisherigen Versuche, durch Besitz- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft bei derselben ein stärkeres Interesse am Betriebe zu erwecken, keine durchgreifenden Erfolge gebracht. Dagegen wird vermutlich die Rationalisierung in starkem Maße in einzelnen Ländern das Bestreben der Gewerkschaften fördern, durch ihre Sparkassen und Banken die kollektive und zugleich doch auch individuelle Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Kapitalbesitz und an den Gewinnen der Industrie herbeizuführen.

Eine nachhaltige finanzielle Interessierung des einzelnen Arbeitnehmers an seinem Betriebe kann von dem individuellen und freien Erwerb von Aktien nur dort erwartet werden, wo die

Höhe des Lohnes es gestattet, im Laufe der Jahre eine durch die Dividendensumme immerhin nennenswerte Erhöhung des Gesamteinkommens zu erzielen. Ein solcher Arbeitnehmer betrachtet im übrigen seinen Aktienerwerb in erster Linie unter dem Gesichtspunkt einer besseren Verzinsung seiner Ersparnisse. Darum ist dieser freie Aktienerwerb vornehmlich in solchen Ländern üblich, wo der Arbeitnehmer, wie in den Vereinigten Staaten, sehr gut entlohnt ist und durch die Ansammlung von Ersparnissen, die er zwar risikobehafteten, aber darum auch mit besonderen Gewinnchancen versehenen Anlagen zuführt, sich die Möglichkeit zu verschaffen hofft, mit Hilfe seines »Kapitals« sich in bessere Berufe, vielleicht in wirtschaftlich selbständige Stellungen, emporzuarbeiten.

Außer in der Form der Gewinn- und Besitzbeteiligung muß die Überbrückung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit noch auf anderem Wege in Angriff genommen werden. Im Betriebe selbst haben die verschiedenen Formen der kollektiven Vertretung der Arbeitnehmerschaft gegenüber der Betriebsleitung, wie sie vor dem Kriege in den Arbeiterausschüssen und während und nach dem Kriege in mannigfaltiger Form als Betriebsräte eingerichtet worden sind, die Möglichkeiten dazu gezeitigt.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem deutschen Betriebsrätegesetz sind an sich noch nicht hinreichend, um ein abschließendes Urteil zu gestatten. Aber die allgemeine Auffassung geht dahin, daß diese Einrichtung bei beiderseitigem guten Willen und einer systematischen Schulung der Arbeitnehmervertreter geeignet ist, das Spannungsverhältnis zwischen Belegschaft und Arbeitgeber nicht nur zu mildern, sondern darüber hinaus Wege für eine gute Zusammenarbeit zu erschließen. Das System der Betriebsräte hat den größten Erfolg in Großbetrieben erzielt. Hier stehen in großer Zahl geeignet geschulte und selbstbewußte Arbeitnehmer zur Verfügung, die in der Lage sind, Einzelheiten des Betriebes zu überblicken und Vorschläge zur besseren sozialen und wirtschaftlichen Ausgestaltung des Betriebes zu machen.

Wenn dieses System vielfach nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hat, so liegt ein nicht geringer Teil der Schuld bei der Unternehmerschaft. Überall da, wo ein Unternehmer darauf ausgeht, die Aufgaben der Betriebsräte auf nebensächliche Dinge zu beschränken, kann ein Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in diese Institution und damit ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Leitung und Arbeitnehmerschaft nicht entstehen. Das gilt auch für die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, die in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Zweck dieses Gesetzes ist teilweise gescheitert an der mangelnden Schulung der Betriebsratsmitglieder, zum Teil aber auch an dem dem Sinn des Gesetzes widersprechenden Verhalten der Leitung, die die wirklich entscheidenden Maßnahmen des Aufsichtsrates in Kommissionen verlegt, in denen die Betriebsratsmitglieder nicht vertreten sind.

Gerade wegen dieser Mängel dürfen bisherige Mißerfolge nicht verallgemeinert werden. Es bedarf einer langsamen Erziehung von Betriebsleitung, Betriebsrat und darüber hinaus der gesamten Belegschaft, um noch vorhandenes gegenseitiges Mißtrauen zu beheben, ohne dessen Beseitigung gesetzliche Eingriffe ihren vollen Zweck nie erreichen können.

Dieses Mißtrauen zu beheben und der Arbeitnehmerschaft Einblick in die Betriebszusammenhänge, die Gewinnmöglichkeiten und tatsächlichen Betriebserfolge zu geben, ist übrigens auch die Voraussetzung für den seelischen und wirtschaftlichen Erfolg einer Gewinnbeteiligung. Denn es ist selbstverständlich, daß der Arbeiterschaft ein gewisser Einblick in die möglichen und tatsächlich erzielten Gewinne gegeben werden muß, wenn sie zum System der Gewinnbeteiligung Vertrauen haben soll. Hier bedingen sich also Gewinnbeteiligung und Mitbestimmung gegenseitig.

Eine der wichtigsten praktischen Formen der Förderung der Zusammenarbeit der Arbeitnehmerschaft und der Leitung besteht dann weiterhin darin, Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern in bezug auf den

Produktionsprozeß, die Betriebsorganisation usw. ernst zu prüfen, ehrlich auszuwerten und gut zu entgelten. Nichts kann das Interesse am Betrieb so fördern, als ein solches Verhalten der Betriebsleitung gegenüber den Anregungen und Erfindungen, die der Arbeitnehmer auf Grund seiner täglichen Beobachtungen macht. Diese Lebendigerhaltung des einzelnen für seine Arbeit und die Weiterentwicklung des technischen und ökonomischen Wirtschaftsprozesses ist das beste und zugleich notwendige Gegengewicht gegen die zunehmende Bürokratisierung der rationalisierten Großbetriebe. Gewisse Sozialisierungstendenzen, über die die Industrie sich immer wieder beklagt, werden gerade dadurch gefördert, daß die rationalisierten Großbetriebe durch eine fortschreitende Bürokratisierung sich in ihrem Wesen und in ihrer Betätigung dem Typ des Staatsbetriebes innerlich immer mehr angleichen. Außerdem aber wird durch dieses System die Entdeckung des geeigneten Nachwuchses und sein Aufstieg in leitende Stellungen aus der Arbeitnehmerschaft heraus immer mehr gehemmt. Gerade das bedeutet erfahrungsgemäß wachsende Gleichgültigkeit des einzelnen Arbeitnehmers gegenüber dem Betrieb und stärkste Hemmung der Arbeitsfreude.

Das Ergebnis dieser kurzen Ausführungen gestatte ich mir im folgenden zusammenzufassen:

1. Das System der Rationalisierung macht es notwendiger als je, nach neuen Wegen besserer Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmerschaft zu suchen.
2. Alle Formen der Gewinn- und Besitzbeteiligung werden nur dann von den Arbeitnehmern allgemein begrüßt werden, wenn die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Besserung der Lebenshaltung selbst dadurch nicht gehemmt wird.
3. Die bisherigen Versuche einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn oder Aktienbesitz eines Unternehmens haben bislang nur vereinzelt zu befriedigenden Ergebnissen geführt.

4. Überall, wo das System des freien Erwerbes von Aktien an einem Unternehmen seitens der Arbeitnehmer erfolgversprechend ist, muß die Gesetzgebung durch die Verpflichtung zur Schaffung von Kleinaktien die Möglichkeit dazu eröffnen.
5. Die Form der betriebsweisen Gewinnbeteiligung der gesamten Belegschaft, auch durch Verteilung von Kleinaktien, wird nur in besonders günstig gelagerten Industrien möglich sein.
6. Stark verbreitet ist in Deutschland das System der kollektiven Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Aktienbesitz durch ihre gewerkschaftlichen Sparkassen und Banken. Auf diese Weise wird das Betriebs- und Branchenrisiko für die Spargelder der einzelnen Arbeitnehmer gemildert.
7. Die Versuche, Werkssparkassen mit Gewinnbeteiligung für die einzelnen Sparkonten einzurichten, haben in letzter Zeit an Verbreitung gewonnen, werden jedoch nicht restlos von den Arbeitnehmern begrüßt.
8. Sorgfältig zu prüfen ist, ob nicht ältere Arbeiter und Angestellte, die durch die Rationalisierung dauernd arbeitslos werden, eine gewisse zusätzliche Versorgung aus dem Gesamtgewinn eines rationalisierten Produktionszweiges erhalten sollen.
9. Die Mitarbeit der Arbeitnehmer am Betriebe durch die verschiedenen gesetzlichen Formen der Betriebsräte hat bislang keine allgemein befriedigenden Erfolge erzielt. Trotzdem liegen in diesem System für die Zukunft große Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, wenn beide Teile den Zweck dieser Einrichtungen ernsthaft freiwillig zu erfüllen suchen.
10. Von besonderer Wichtigkeit ist die volle Auswertung von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen, die die Arbeitnehmer im Betriebe machen. Hierfür ist besserer gesetzlicher Schutz in vielen Ländern erforderlich.

Dr. Brüning,
Mitglied des Reichstags.

190

NOUVELLES FORMES DE COOPÉRATION DES OUVRIERS DANS L'INDUSTRIE

QUELQUES CONSIDÉRATIONS SUR LES PROBLÈMES DE LA COOPÉRATION DE L'OUVRIER ET DU PATRON, NOTAMMENT SUR LA QUESTION DE LA PARTICIPATION AUX BÉNÉFICES

L'honorable tâche de parler de la coopération de l'ouvrier et du patron ou, en d'autres termes, de la coopération du capital et du travail, prend certes une importance toute spéciale à une époque où la rationalisation, que mon honorable préopinant a traitée, creuse entre le capital et le travail un fossé plus profond encore que sous le régime des autres formes économiques. A l'exception de l'artisanat, la fusion d'entreprises privées sous une seule et même direction et l'étroite union du capital de diverses entreprises d'une même branche de production ne cessent de faire des progrès. Cette concentration, cette fusion ne s'arrêtent pas aux frontières politiques d'un pays.

Parallèlement, l'ouvrier devient de plus en plus étranger au finissage du produit entier. Avec la rationalisation, l'ouvrier n'aura bientôt plus pour tâche, dans nombre d'industries, qu'une manipulation spéciale d'une partie du produit. Et même si le système de rationalisation amène une amélioration du salaire réel, il a pourtant pour conséquence une diminution plus ou moins forte de l'intérêt mental au travail. Ceci doit aboutir au mécontentement dans les masses ouvrières et, à la longue, à une diminution des résultats de l'entreprise. En effet, le mécontentement des ouvriers se manifeste en certaines tensions qui ont, évidemment, leur répercussion sur le goût et la joie au travail et, par conséquent, sur le rendement de ce travail. Dès maintenant et alors que la rationalisation n'a pas encore été poussée jusqu'à ses dernières conséquences techniques, on peut déjà apporter les preuves que, poussée à ses extrêmes techniques et économiques, elle n'offre pas toujours les meilleurs résultats.

La rationalisation a, en outre, souvent pour conséquence qu'un grand nombre d'ouvriers et d'employés déjà plus âgés n'arrivent plus à trouver d'occupation durable. Leurs frais d'entretien, c'est l'ensemble qui doit les supporter pour la plus grande part. Il s'ensuit non seulement un grèvement de la classe ouvrière dans son ensemble, mais aussi indirectement de l'industrie, et non en dernier lieu par suite de cet éloignement entre travail et capital, entre entrepreneur et co-entrepreneur d'une part et collaborateur d'autre part, éloignement qu'aggrave encore le développement indiqué. Si la rationalisation a pu s'imposer si vite et dans une telle mesure dans beaucoup de pays, c'est qu'elle ne visait d'abord que les besoins d'une seule entreprise ou d'un même groupe de capitaux. Mais le développement du système a déjà montré que cette façon de le considérer est insuffisante. La rationalisation a des effets qui mettent en question la direction économique individuelle d'autant plus que celle-ci se voit également battue en brèche quant à l'orientation systématique de la consommation et à l'influence à exercer sur cette consommation.

Si l'on veut éviter les fâcheux effets d'ordre moral et économique qu'entraîne la rationalisation, il faudra, plus que jamais, chercher un contrepoids assez fort. Ce sera, par exemple, d'augmenter l'entrain au travail de l'ouvrier en l'intéressant financièrement à la prospérité de l'entreprise et, par là, d'exciter sa volonté de rendement en vue d'une meilleure et plus abondante production.

Les formes de participation aux bénéfices sont extraordinairement variées, soit sous forme de prime au rendement, d'acquisition d'actions par l'ouvrier ou de répartition d'actions par le patron entre ses ouvriers. On peut envisager les formes-types suivantes :

1. Acquisition de petites actions par l'ouvrier.

2. Répartition de petites actions à tous les ouvriers par le patron comme prime au rendement.

3. Acquisition d'actions par les caisses d'épargne et banques des organisations ouvrières.
4. Primes sous forme de parts de bénéfices pour rendements spéciaux.
5. Création de caisses d'épargne de l'entreprise versant intérêts supplémentaires ou participation des comptes d'épargne au bénéfice net suivant une clef spéciale.
6. Répartition de petites actions ou de bénéfices aux caisses de vieillesse et de bienfaisance.

La possession d'actions, la participation aux bénéfices des ouvriers pratiquées déjà avec succès, bien que modeste, dans certains pays ne connaissant point le système de rationalisation, doivent, sous le régime économique moderne, être soumises sous plus d'un point à de nouvelles considérations.

La *libre* participation de l'ouvrier au capital-actions par l'acquisition de petites coupures, ne peut plus avoir une si grande importance, étant donné le développement des salaires dans les pays à industrie fortement rationalisée, car la rationalisation menace d'amener un nivellement des salaires. Par suite, l'ouvrier n'a plus que dans une mesure très restreinte la possibilité d'un surplus de gain lui permettant l'acquisition d'actions. C'est seulement dans les entreprises où l'on peut clairement reconnaître le rendement individuel et l'amélioration de l'ensemble de la production par ce rendement qu'il est possible à l'ouvrier d'arriver à un surplus de gain sans abuser de ses forces. Plus efficace semble un autre moyen, c'est d'intéresser *en général* l'ensemble des ouvriers et employés d'une entreprise à cette entreprise par la possession d'actions. Cette possibilité n'est ouverte, il est vrai, que dans les industries offrant une prospérité durable et toute spéciale. En outre, une telle co-propriété ne peut s'effectuer que par remise volontaire d'actions sous forme de prime au salaire tarifaire, si l'on veut éviter que les ouvriers d'une telle entreprise ne se trouvent lésés rétroactivement dans leur revenu global. Et encore reste ouverte la question de savoir si le développement des tarifs

de salaires ne se trouverait pas entravé par une telle remise d'actions aux ouvriers. Je suis d'avis qu'il faut d'abord assurer à la classe ouvrière un salaire suffisant au standard de vie avant de songer à lui procurer une augmentation de ses revenus par une participation aux bénéfices chargée de risques. Mais une fois assuré ce salaire, l'intérêt financier au succès de l'entreprise peut, certes, supprimer une des raisons essentielles du mécontentement des ouvriers.

Les tarifs sont généralement établis en tenant compte du rendement moyen d'une certaine branche de l'industrie, ce qui donne ou peut donner à l'ouvrier une certaine garantie d'un minimum d'existence à condition que l'arrêt de fabrication ou les renvois ne rendent pas illusoire cette garantie. Toutefois, ce point de vue d'établissement des tarifs ne contribue guère à tranquilliser l'ouvrier quand il voit des années de haute conjoncture ne lui apporter le plus souvent aucun avantage, à moins que ce ne soit sous forme de payement d'heures supplémentaires. Or, s'il est vrai que l'industrie a besoin de bénéfices spéciaux dans les années de haute conjoncture pour compenser les résultats des mauvaises années, l'ouvrier, de son côté, qui n'a pas contribué pour peu à l'obtention de ces meilleurs résultats pourrait aussi désirer se voir participer aux bénéfices de haute conjoncture sous forme d'appoint aux salaires. Lorsque sont assurés, outre la prime des risques, les intérêts, l'amortissement du capital-actions et le bénéfice normal de l'entrepreneur, on pourrait souhaiter qu'un bénéfice supplémentaire fût, en partie du moins, consacré à satisfaire les ouvriers. Une telle attribution du bénéfice, soit sous forme de petite action ou autrement, serait à recommander, non seulement parce qu'elle renforce l'intérêt de l'ouvrier à l'entreprise mais, en outre, parce qu'elle éveille chez lui la compréhension pour les nécessités et les risques de tout succès économique. Cette idée a d'autant plus d'importance pour l'Allemagne que, dans les milieux ouvriers, règne une forte défiance contre la manière exagérée dont certaines entreprises se financent elles-

mêmes avec leurs surprofits. On craint dans les milieux ouvriers que ce financement ne maintienne le capital dans les mêmes voies que jusqu'alors, bien que de nouvelles tendances de la consommation l'obligent à une modification des investissements.

Ce sont précisément les formes exagérées prises dans ces derniers temps en Allemagne par le système d'auto-financement qui suscitent la méfiance des milieux ouvriers contre toute sorte de participation aux bénéfices. Elles renforcent le soupçon qu'en théorie on trouve des réglementations avantageuses pour l'ouvrier, mais qu'en pratique il n'est pas en état de s'assurer ces avantages. Les différends qui naissent facilement dans tous les systèmes de participation aux bénéfices du contrôle de ces bénéfices et, par suite, de la quote-part des participations ouvrières, sont d'autant plus marqués lorsque les ouvriers peuvent craindre l'exagération de l'auto-financement de la part des grandes entreprises.

Dans quelle mesure il est possible de faire participer les ouvriers aux bénéfices même lorsqu'il n'a pas été obtenu de bénéfices extraordinaires, reste une question bien obscure. Il semble, d'après les expériences acquises, qu'une participation aux bénéfices qui ne soit pas éphémère n'est possible que là où l'entreprise travaille dans des conditions tout spécialement favorables, notamment lorsqu'une certaine branche de la production d'un pays jouit des avantages d'une situation de monopole.

Pour cette raison les ouvriers sont fortement contre toute participation aux bénéfices et à la propriété *par industrie isolée*. Ceux qui travaillent dans des industries favorisées verraient encore s'ajouter à des salaires relativement favorables que leur a valu l'effort de leurs organisations, un bénéfice supplémentaire, alors que, dans d'autres industries soumises à la concurrence de pays où les salaires sont maintenus assez bas, l'ouvrier verrait, par contre, baisser son standard de vie.

Voilà pourquoi se répand de plus en plus en Allemagne l'idée d'une participation au capital et aux bénéfices de l'industrie *sous*

forme collective et par l'entremise des syndicats acquérant des actions. Certains syndicats allemands ont déjà appliqué largement ce système et créé une sorte d'« Investment Trust » syndical. De cette façon les risques pour l'ouvrier, résultant de son genre de profession et de la sorte d'entreprise où il travaille, se trouvent diminués et, en même temps, se trouve assurée une participation aux bénéfices des ouvriers correspondant à la moyenne de rendement d'entreprises rentables.

Ce système a, en outre, le grand avantage que les chefs de la classe ouvrière sont dans l'obligation d'examiner très attentivement la situation économique des diverses branches de la production. De cette façon ils ont une intelligence plus profonde de la situation économique en général, ce qui ne peut rester sans influence sur toute leur politique syndicale, leur politique de tarifs et, tout particulièrement, sur le perfectionnement des connaissances professionnelles et économiques des divers membres. On a fait, de plus, l'observation que les ouvriers des divers groupements professionnels voient s'augmenter le goût d'épargner lorsqu'ils peuvent déposer leurs économies dans les caisses d'épargne et les banques de leurs propres organisations. Voilà donc un moyen de favoriser, chez l'ouvrier également, la formation du capital et l'intérêt à la prospérité de tout le pays. De cette façon également, la classe ouvrière obtient une influence directe sur le flux des capitaux dans le sens d'une saine orientation de la consommation, de son point de vue, et sur toute la vie économique influence qui, jointe à une éducation systématique de ses membres quant à la consommation, peut aussi modifier efficacement l'aspect de la consommation dans l'économie et, par répercussion, la politique de production et la répartition des capitaux. On a déjà fait l'expérience que lorsque les syndicats possesseurs d'actions de grandes entreprises peuvent envoyer *des représentants* au conseil d'administration et présentent alors leurs revendications en faveur des ouvriers, leur démarche a beaucoup plus d'effet sur les patrons et intéresse à un beaucoup plus haut point l'opinion publique que lorsque les revendications ouvrières sont présentées

au sein du conseil d'administration par une délégation de membres du conseil ouvrier d'exploitation.

Le moyen indiqué a, en outre, l'avantage de rendre superflu toute *contrainte* de la part de l'état, quelle qu'en soit la nature, pour forcer à une participation des ouvriers aux bénéfices. Une contrainte de l'état en la matière n'est du reste généralement pas faisable. En effet, l'état est incapable d'améliorer la situation des ouvriers dans les branches d'industrie qui vont mal en forçant à une participation aux bénéfices, puisque la marche défavorable des affaires a déjà contraint à prélever sur les réserves à un tel point qu'il ne reste même pas, à la longue, un bénéfice suffisant pour l'entrepreneur. Si l'état exigeait néanmoins dans des cas semblables une participation aux bénéfices, de deux choses l'une, ou bien il n'y aurait aucun versement en fin d'année par manque de bénéfices nets, ou le « bénéfice » à répartir aurait été au préalable économisé sur les salaires. Préférable à toute contrainte de la part de l'état dans une question qui exige un haut degré de confiance et de bonne volonté mutuelles, est la libre convention, est la propre initiative. L'exemple des syndicats montre un chemin à suivre.

En dehors de ces possibilités d'ordre général, il existe encore d'autres moyens spéciaux de participation aux bénéfices pour certaines industries et sous de certaines conditions, moyens qu'il serait souhaitable d'appliquer dans l'intérêt d'une collaboration des ouvriers et des patrons. Il s'agit surtout de ces cas spéciaux où le rendement individuel est encore parfaitement reconnaissable et où le résultat du travail dépend encore fortement de l'initiative et des qualités de l'individu. Ce serait le cas, par exemple, dans le commerce de détail, dans les grands bazars ou la *qualité individuelle* se manifeste soit dans le traitement mieux approprié du client soit, dans l'habileté de l'acheteur, qualités qui pourraient etre récompensées par une participation aux résultats de l'entreprise. De cette façon on éveillerait grandement l'intérêt de l'employé au succès financier de toute l'entreprise. Une telle méthode se rapproche, il est vrai, beaucoup du système de rétri-

bution du travail aux pièces, et c'est à peine si elle se distingue de ce qu'on nomme « travail aux pièces par groupe » dans les cas où une augmentation de la vente ou de la production ne dépend pas d'une seule personne, mais d'une plus ou moins habile collaboration de plusieurs individus. Ce genre de participation aux bénéfices implique aussi les risques, redoutés des ouvriers, du système de travail aux pièces appliqué à outrance dans lequel l'ouvrier doit se soumettre à une impitoyable exploitation de sa force de travail pour augmenter son revenu global. On ne peut remédier à de tels inconvénients, tant dans le système du travail aux pièces que dans celui de la participation aux bénéfices décrite ci-dessus, qu'en basant cette participation sur un niveau de salaires suffisants et en ne permettant en aucun cas des réductions arbitraires même en cas de quotes-parts élevées d'un seul individu ou de certains groupes.

Une toute autre forme de participation aux bénéfices est le système des *caisses d'épargne d'entreprises* qui, outre l'intérêt normal suivant les bénéfices nets de l'entreprise, accordent encore des intérêts supplémentaires. Différentes méthodes sont alors applicables. Par exemple, les entreprises versent souvent, outre l'intérêt supplémentaire, une somme additionnelle versée à chaque compte-courant, prélevée sur les bénéfices nets et proportionnelle au montant des sommes économisées par l'ouvrier lui-même. Le sens de l'épargne se trouve ainsi aiguisé chez l'ouvrier. Pour le patron, par contre, ce système de participation offre l'avantage que les économies de ses ouvriers restent dans l'entreprise et en facilitent le financement. Au fond, ce système sert aussi à l'autofinancement. Un autre avantage pour le patron est que l'intérêt des ouvriers à rester dans l'entreprise se trouve accru. Il faut dire, toutefois, que cette méthode n'a pas l'entière approbation du côté ouvrier, on lui reproche d'empêcher l'ouvrier de rechercher de meilleurs conditions de travail. Même lorsque ses droits sont juridiquement assurés, il n'en reste pas moins fortement influencé moralement. Et surtout ce que redoutent les ouvriers c'est que le

désir d'augmenter les salaires diminue chez le patron dans la mesure où croissent les sommes déposées par l'ouvrier dans la caisse d'épargne de l'entreprise, la direction déduisant à tort du montant des épargnes que les salaires sont suffisants. L'expérience a d'ailleurs démontré que ce genre de participation n'est possible et désirable que dans certaines branches de l'industrie. Il faut d'abord que lesdites entreprises aient leurs capitaux suffisamment assurés pour que les épargnes ouvrières soient à l'abri des retours de fortune. D'autre part, et toutes les remarques faites du côté ouvrier bien considérées, on ne pourra guère saluer ce système, du point de vue d'une saine répartition des capitaux pour l'économie nationale, que dans les branches de la production qui manifestement emploient leurs capitaux d'une manière productive, dans le meilleur sens du terme, pour l'économie nationale. Une forme très en usage pour intéresser financièrement l'ouvrier à l'entreprise est celle de *versements aux caisses de vieillesse et de bienfaisance d'une certaine participation aux bénéfices*. L'industrie préfère cette méthode parce qu'elle attache l'ouvrier à l'entreprise. Cette forme est souvent prescrite par la loi dans les pays où l'assurance sociale n'est pas encore fortement organisée par l'état, mais elle a perdu de son importance dans les pays où l'assurance sociale est bien organisée par l'état. Il serait à souhaiter, pour soutenir l'entrain au travail chez les ouvriers, que, notamment dans les industries qui par la rationalisation condamnent au chômage perpétuel les ouvriers et employés déjà plus âgés, ce système fût propagé de plus en plus comme appoint à l'assurance sociale d'état. Spécialement lorsqu'il s'agit de tout un ensemble de branches de production, on devrait sérieusement songer à appliquer une telle réglementation qui, pour la forme du moins, trouve déjà un modèle dans l'assurance coopérative professionnelle contre les accidents.

En général, les tentatives faites pour éveiller l'intérêt à l'entreprise chez les ouvriers en les faisant participer au capital et aux bénéfices n'ont pas eu de succès bien marqués. Par contre, il est

vraisemblable que la haute rationalisation dans certains pays favorisera les efforts des syndicats ouvriers pour amener par leurs banques et leurs caisses d'épargne une participation collective et partant individuelle de la classe ouvrière au capital et aux bénéfices de l'industrie.

On ne peut espérer que la libre acquisition d'actions par l'ouvrier éveille en lui un intérêt financier durable pour son entreprise que si le niveau des salaires permet au cours des années d'obtenir une augmentation appréciable du revenu global avec la somme des dividendes. L'ouvrier placé dans une telle situation considère du reste en première ligne l'achat d'actions comme un meilleur placement de ses économies. Aussi cette libre acquisition d'actions est-elle surtout courante dans les pays où, comme aux Etats-Unis, l'ouvrier est bien rétribué et accumule ses économies, qu'il place, il est vrai, avec risques, mais aussi avec de meilleures chances de bénéfices dans les entreprises, dans l'espoir de pouvoir un jour avec son « capital » passer à une meilleure profession et peut-être se rendre indépendant.

L'antagonisme entre le capital et le travail doit être surmonté par d'autres moyens encore que par ces formes de participation. Dans l'entreprise même, les diverses formes de représentation collective des ouvriers vis-à-vis de la direction telles qu'elles existaient déjà avant la guerre dans les Comités ouvriers et pendant et après la guerre sous les multiples formes de Conseils ouvriers d'exploitation, ont montré la voie et les possibilités ouvertes.

Les expériences faites jusqu'à présent *en Allemagne* avec la loi sur les conseils ouvriers ne sont pas encore suffisantes pour se former un jugement concluant. Toutefois, on pense en général que cette institution, pourvu qu'elle soit appuyée sur une bonne volonté mutuelle et une éducation systématique des délégués ouvriers, peut non seulement améliorer les relations tendues entre ouvriers et patrons mais, en outre, ouvrir les voies d'une bonne collaboration. Le système des conseils ouvriers s'est surtout développé dans les grandes entreprises. On y trouve en effet un grand

nombre d'ouvriers instruits et conscients qui sont en état de comprendre tous les détails de l'entreprise et de formuler des propositions susceptibles d'en améliorer le fonctionnement du point de vue social et économique.

Si ce système ne mène pas toujours au résultat voulu, cela tient pour une bonne part à l'attitude des patrons. Partout où le patron voudra restreindre la tâche des conseils ouvriers à des détails accessoires, la confiance des ouvriers dans cette institution ne saura exister et il ne pourra y avoir de sentiment de solidarité entre direction et ouvriers. Il en va de même en ce qui concerne la délégation de conseillers ouvriers au conseil d'administration, délégation prévue par la loi en Allemagne. Le but poursuivi par cette loi n'a pas été atteint, d'une part à cause du manque d'expérience des membres du conseil ouvrier, d'autre part, également, à cause de l'attitude de la direction qui, contrevenant à l'esprit de la loi, remet à des commissions, où n'ont pas accès les membres du conseil ouvrier, les mesures décisives que doit prendre le conseil d'administration.

Il ne faut donc pas généraliser les insuccès. Ce n'est qu'après une lente éducation, tant de la direction que du conseil ouvrier et même de tous les ouvriers de l'entreprise, que l'on pourra arriver à dissiper la méfiance réciproque qui règne encore et, tant qu'elle durera, aucune mesure, même légale, ne pourra atteindre son but.

Dissiper cette méfiance, offrir aux ouvriers une connaissance approfondie de l'entreprise, des possibilités de bénéfices, des succès réellement obtenus, telles sont les conditions nécessaires pour une réussite morale et économique de la participation aux bénéfices. Il est tout naturel, en effet, qu'il faille orienter l'ouvrier sur les bénéfices possibles et réellement obtenus si l'on veut qu'il ait confiance dans le système de participation. Participation aux bénéfices et droit de décision sont donc là en étroite dépendance.

Une des formes pratiques les plus importantes de favoriser la collaboration des ouvriers et de la direction consiste à examiner

sérieusement, à évaluer honnêtement et *à bien rémunérer les expériences, les propositions d'amélioration venant d'ouvriers et concernant la production ou l'organisation de l'entreprise etc.* Rien n'est plus apte à développer l'intérêt à l'entreprise qu'une telle attitude de la direction en ce qui concerne les suggestions, les inventions de l'ouvrier, résultats de ses expériences quotidiennes.

Cette façon de tenir en éveil l'individu, de maintenir son attention sur son travail et le développement technique et économique de la production, est le meilleur et le plus nécessaire contrepoids du bureaucratisme envahissant dans les grandes entreprises rationalisées. Certaines tendances à la nationalisation dont se plaint continuellement l'industrie sont renforcées précisément du fait que, par leur bureaucratisme croissant, les grandes entreprises rationalisées se rapprochent dans leur forme et leur fonctionnement du type de l'entreprise d'état. En outre, ce système rend de plus en plus problématique la découverte des talents parmi les jeunes et l'avancement de l'ouvrier aux places responsables. De là, on le sait, cette indifférence croissante de l'ouvrier pour l'entreprise et l'obstacle essentiel à sa joie au travail.

Je me permettrai de résumer en quelques traits ces considérations :

1. Le système de rationalisation rend plus nécessaire que jamais la recherche de nouveaux moyens pour parvenir à une meilleure collaboration du patron et de l'ouvrier.
2. Toutes les formes de participation au capital et aux bénéfices ne seront généralement saluées par l'ouvrier que si elles n'entravent pas l'activité syndicale pour amener une amélioration du standard de vie.
3. Les tentatives faites jusqu'à présent pour faire participer l'ouvrier aux bénéfices ou au capital-actions d'une entreprise n'ont encore donné que de rares résultats satisfaisants.
4. Partout où le système de libre acquisition d'actions d'une entreprise semble devoir être profitable pour l'ouvrier, la

législation doit en fournir les moyens en créant l'obligation d'émission de petites coupures.

5. La forme de participation collective aux bénéfices par industrie, y compris l'émission de petites actions, ne sera possible que dans les industries aux conditions spécialement favorables.
6. Très répandu en Allemagne est le système de la participation collective au capital-actions par l'entremise des banques et caisses d'épargne syndicales. De cette manière sont diminués pour l'épargne individuelle les risques de l'entreprise et de la branche.
7. Les tentatives faites pour créer des caisses d'épargne par entreprise avec participation aux bénéfices versés au compte-courant individuel, se sont multipliées dans ces derniers temps, mais cette forme n'est pas acceptée sans réserves par les ouvriers.
8. Il y aurait à examiner soigneusement si les ouvriers et employés déjà plus âgés, que la rationalisation condamne au chômage perpétuel, ne devraient pas recevoir un secours supplémentaire provenant du bénéfice global d'une branche de production rationalisée.
9. La collaboration à l'entreprise des ouvriers par l'entremise des diverses formes légales de conseils ouvriers n'a pas encore donné de résultats satisfaisants. Néanmoins, ce système offre pour l'avenir les meilleures possibilités de collaboration entre patrons et ouvriers, pourvu que, des deux côtés, on veuille sérieusement et librement remplir les buts proposés par cette institution.
10. D'importance toute spéciale est la pleine rétribution de propositions concernant l'amélioration de l'entreprise et d'inventions faites par les ouvriers. Protection légale à ce sujet est nécessaire dans beaucoup de pays.

Brüning,
Membre du Reichstag.

6280 29 IIa4

148

Rede des Vizepräsidenten des Reichstags Herrn v. Kardorff in der Eröffnungssitzung der 15. Vollversammlung der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz, Berlin, 23.—26. September 1929

Meine Damen und meine Herren!

Wenn ich die Ehre habe, als Führer der deutschen Gruppe diese Konferenz zu eröffnen und die Teilnehmer zu begrüßen, so liegt mir zunächst die Pflicht ob, meinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß der Mann, der berufen war, heute hier an meiner Stelle zu stehen, der Präsident des Deutschen Reichstags, Herr Löbe, durch Krankheit verhindert ist, dies zu tun. Ich bedaure aufrichtig und tief, daß auf diese Weise Herr Löbe nicht in der Lage ist, seine große Erfahrung und Geschicklichkeit in der Leitung parlamentarischer Körperschaften in den Dienst dieser Konferenz zu stellen.

In seiner Stellvertretung habe ich nun die Ehre, im Namen des Deutschen Reichstags und der deutschen Delegation Sie, meine Damen und Herren, hier willkommen zu heißen. Die deutsche Delegation und mit ihr der gesamte deutsche Reichstag begrüßen es mit aufrichtiger Freude, daß die Internationale parlamentarische Handelskonferenz ihre Einladung angenommen hat, und daß sie ihre diesjährige Tagung in der Hauptstadt des Deutschen Reichs abhält. Mit tiefer Dankbarkeit gedenken die deutschen Delegierten der Aufnahme, die sie in fremden Ländern gefunden haben, und sie hoffen, daß Sie, wenn Sie in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden, auf diese Berliner Tagung mit gleicher Befriedigung zurückblicken werden. Ich habe ferner die Ehre zu begrüßen: die Vertreter fremder Missionen, die Vertreter der deutschen Reichsregierung, der Regierungen Länder, des Reichswirtschaftsrats und die Vertreter von Handel und Industrie, die sich hier eingefunden haben, um unseren Beratungen beizuwohnen.

Meine Damen und Herren! Die außerordentliche Bedeutung dieser Konferenz geht schon daraus hervor, daß heute sich in diesem Raume die Vertreter von 43 Parlamenten versammelt haben. Eine Auslese der hervorragendsten Sachverständigen tritt hier zusammen, um die Fragen zu erörtern, die diese Konferenz zu beschäftigen haben.

Aber einen vermissen wir schmerzlich; das ist der Baron Descamps, der der Gründer und der erste Präsident Ihrer Konferenz gewesen ist. Ich rechne auf Ihre Zustimmung, wenn ich vorschlage, ihm ein herzliches Begrüßungstelegramm zu schicken, und ihm unsere Sympathie aussprechen und unserem allseitigen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß er heute nicht unter uns weilt.

Meine Damen und Herren! Das Arbeitsprogramm, das diese Konferenz für ihre Tagung sich aufgestellt hat, wie immer unter der aufopfernden Mitarbeit des Generalsekretärs Baie, spricht für die Wichtigkeit Ihrer Tagung, es spricht für sich selbst. Dieses Arbeitsprogramm zeigt uns, daß es in steigendem Maße zum Gemeingut aller denkenden Menschen geworden ist, daß es richtig ist, an die Stelle des Kampfes, der Wunden schlägt, auch dem Sieger Wunden schlägt, den Ausgleich und die gegenseitige Verständigung treten zu lassen. Nicht der Krieg, sondern der Friede, nicht der Kampf, sondern Ausgleich und Verständigung sind unsere Losung. Ich möchte sagen, es ist unsere Pflicht, stark zu sein in dem Glauben an das ungeschriebene Gesetz von der Harmonie der Interessen auch unter den Völkern.

Von diesem Geist getragen, steht auf Ihrem Programm zunächst die Erörterung neuer Schritte zur Angleichung des Rechts der Völker in den Fragen des Obligationsrechts und des Rechts der Rechtsverfolgung. Auch diese Rechte sollen in den Kreis internationaler Regelung einbezogen werden. Es ist klar, daß für die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker die Vereinheitlichung der Gesetze über das Vertragsrecht und die Rechtsverfolgung von hoher Bedeutung ist. Ihre Konferenz hat auf diesem Gebiete immer anregend gewirkt, und ich will hoffen, daß es Ihnen gelingt, in Ihren Beratungen einen energischen Schritt vorwärts zu tun.

Aber, meine Damen und Herren, die Gesetze der Staaten machen es allein nicht. Die Wirtschaft hat es selbst erkannt, daß sie die Pflicht hat, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Die Rationalisierung der Wirtschaft ist heute die Forderung des Tages, und die Rationalisierung der Wirtschaft auf nationaler Grundlage ist die Voraussetzung für die internationale Rationalisierung auf dem Wege des Ausgleichs, des Zusammenschlusses und der Verständigung.

Man hat nach dieser Richtung hin auf dem Gebiete der Stickstoffproduktion bereits Erhebliches geleistet, und für die Kohlenwirtschaft werden ähnliche Vereinbarungen gesucht und gefunden werden müssen. Diese große Schlüsselwirtschaft jür jeden wirtschaftlichen Produktionsprozeß liegt vielfach krank darnieder, und wenn wir die Pflicht fühlen, die Probleme derartiger internationaler Abkommen zu erörtern und zu fördern, so leisten wir damit auch zugleich eine soziale Arbeit; denn es ist doch ein eigenes Stück schwerer Tragik, das über demjenigen Arbeiter liegt, der die schwerste Arbeit zu verrichten hat, das über dem Kohlenarbeiter liegt, der das Leben einsetzt täglich, um es zu erhalten, daß er in seiner Arbeit nicht nur von den Gefahren seines Berufes, sondern in steigendem Maße von der Betriebsstillegung und der folgenden Arbeitslosigkeit bedroht ist. Das sind internationale Erscheinungen, die nur durch internatinale Abkommen sich werden beseitigen lassen.

Das soziale Gewissen regt sich in der ganzen Welt, und keine Nation kann sich ihm verschließen. So haben Sie denn mit Recht die Frage der Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeiterschaft auf Ihr Programm gesetzt. Sie wollen gleichsam die Synthese finden zwischen Kapital und Arbeit und damit dem Frieden zwischen beiden dienen.

Auch die Frage der Lage der Landwirtschaft, der Hebung der Lebenshaltung des Landwirts wollen Sie in den Kreis Ihrer Betrachtungen ziehen. Das ist eine nationale und internationale Frage zugleich; denn die Erhaltung einer blühenden Landwirtschaft ist zunächst eine nationale Forderung, und sie ist eine internationale zugleich insofern, als durch die Stärkung der Landwirtschaft ihre Bevölkerung in die Lage gesetzt wird, die Güter der Weltwirtschaft aufzunehmen. Das ist, wie ich schon eben sagte, ein nationales und ein internationales Problem zugleich.

Auch über die Radiophonie, diese aktuellste Erscheinungsform für den internationalen Verkehr, wollen Sie beraten, und das erinnert uns daran, daß die Entwickelung der modernen Technik vielfach doch der Grenzpfähle spottet, die aufgerichtet werden, um die Völker zu trennen. Durch die Entwickelung der modernen Technik sind wir näher aneinander gerückt. Die Nationen lernen sich besser kennen, begreifen und verstehen. Und das wollen wir mit Freuden begrüßen und nach Möglichkeit fördern.

Meine Damen und Herren! Sie sind Gäste eines Landes, hinter dem 10 Jahre schwerer wirtschaftlicher Not liegen, und wenn wir auch für die Zukunft in dem Glauben stark sind, daß wir unser Schicksal meistern werden, so sehen wir doch auch unserer deutschen wirtschaftlichen Entwickelung nicht ganz ohne Sorge entgegen.

Die Stadt, in der Sie tagen, die Reichshauptstadt Berlin — und wir lieben unser Berlin —, hat eine große Entwickelung genommen. Aber lassen Sie mich Ihnen eines sagen: das Berlin, das Sie voraussichtlich sehen werden, ist nicht das wahre Berlin. Dieser Glanz, dieser Reichtum, dieses Wohlleben ist nur Fassade. Wenn es Ihnen vergönnt sein sollte, tiefer zu sehen, so werden Sie sehen, daß diese Stadt eine Stadt der harten und der schweren Arbeit ist und daß sie mit dem übrigen Deutschland an dem schweren Schicksal trägt, das uns betroffen hat.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihren Arbeiten einen guten Erfolg. Möchte es Ihnen gelingen, durch das, was Sie beschließen, der Wohlfahrt der Völker, dem Fortschritt der Menschheit und dem Frieden der Welt zu dienen.

Allocution prononcée par M. v. Kardorff, Vice-président du Reichstag à la séance inaugurale de la 15me Assemblée Plénière de la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce, Berlin, 23—26 septembre 1929.

Mesdames et Messieurs,

En acceptant l'honneur, à titre de chef du groupe allemand, d'ouvrir cette Conférence et d'en saluer les membres, j'ai tout d'abord l'obligation d'exprimer mon profond regret que l'homme qualifié pour occuper aujourd'hui ma place, M. Löbe, Président du Reichstag, en soit empêché par la maladie. Je regrette sincèrement et profondément qu'en raison de cet obstacle M. Löbe ne soit pas en état de mettre au service de cette Conférence sa grande expérience et le talent dont il a fait preuve dans la direction des assemblées parlementaires.

C'est en qualité de représentant de cette haute personnalité que j'ai l'honneur de vous souhaiter, Mesdames et Messieurs, au nom du Reichstag et de la délégation allemande, la plus cordiale bienvenue. La délégation allemande et, avec elle, tout le Reichstag saluent avec une joie sincère la décision que la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce a prise d'accepter l'invitation qui lui a été adressée et de tenir dans la capitale du Reich sa session de cette année. C'est avec une profonde reconnaissance que les délégués allemands se rappellent l'accueil qu'ils ont reçu dans les pays étrangers et ils espèrent que lorsque vous serez rentrés dans vos patries respectives, vous vous rappellerez avec la même satisfaction les séances que vous aurez tenues à Berlin. J'ai en outre l'honneur de saluer ici les délégués des missions étrangères, les représentants du Gouvernement du Reich, des gouvernements des pays allemands, du Conseil Economique du Reich et les réprésentants du commerce et de l'industrie qui sont ici présents pour assister à nos délibérations.

Mesdames et Messieurs, l'extrême importance de cette Conférence ressort déjà du fait que les délégués de 43 parlements se sont rassemblés aujourd'hui dans cette enceinte. Une élite des spécialistes les plus éminents se trouve ici réunie pour d'scuter les questions qui doivent occuper cette Conférence.

Mais il est une personnalité dont nous déplorons vivement l'absence, je veux parler de M. le baron Descamps qui a été le fondateur et le premier président de votre Conférence. J'ai la conviction que vous vous rallierez avec empressement à ma proposition d'adresser à cette personnalité éminente un télégramme lui exprimant nos salutations cordiales, ainsi que nos vives sympathies et lui disant notre regret général de ne point le voir aujourd'hui parmi nous.

Mesdames et Messieurs, le programme de travail que cette Conférence s'est assigné pour sa session actuelle — et qui a été établi, comme c'est toujours le cas, avec la collaboration dévouée de M. le Secrétaire Général Baie, — témoigne de l'importance de votre session, il parle assez par lui-même. Ce programme de travail nous révèle déjà que les conceptions dont il s'inspire sont de plus en plus devenues comme le bien commun de tous les hommes qui pensent et il nous enseigne qu'à la lutte qui inflige des blessures même aux vainqueurs, il faut substituer l'équilibration et l'entente mutuelle. Notre devise, ce n'est pas la guerre, mais la paix, ce n'est pas la bataille, mais la conciliation et l'entente. Je voudrais pouvoir dire que notre devoir est de renforcer en nous la croyance à la loi non encore écrite de l'harmonie des intérêts, également entre les peuples.

C'est animés de cet esprit que vous avez inscrit d'abord à votre programme la discussion de nouvelles démarches ayant pour objet l'unification ou du moins l'assimilation des prescriptions juridiques qui, chez les différents peuples, règlent le Droit des obligations et le Droit relatif aux poursuites en justice. Il faut, en effet, faire rentrer également ces droits dans la sphère d'un règlement international. Il est clair que l'unification des lois concernant le Droit des contrats et les poursuites en justice est de la plus haute importance pour les relations économiques des peuples entre eux. Dans ce domaine,

votre Conférence a toujours joué, du reste, un rôle animateur et je veux espérer que vous réussirez également, dans vos délibérations de cette année, à imprimer à ce mouvement une impulsion énergique et efficace.

Mais, Mesdames et Messieurs, les lois des Etats ne peuvent, à elles seules, assurer ce progrès. L'économie elle-même a reconnu qu'elle avait le devoir de prendre en main la direction de ses destins. La rationalisation de l'économie est la revendication du jour, et la rationalisation de l'économie sur un fondement national est la condition préalable et nécessaire de la rationalisation internationale par la voie de la conciliation, de l'union harmonieuse et de l'entente.

En s'inspirant de cette idée, on a déjà abouti, dans le domaine de la production de l'azote, à des réalisations importantes et en ce qui concerne l'économie du charbon on cherche et on devra trouver le moyen de conclure des accords similaires. Cette économie charbonnière qui présente une importance primordiale et fondamentale pour tout processus économique de production, révèle fréquemment les symptomes d'une langueur chronique et si nous avons le sentiment du devoir qui nous incombe de discuter et de favoriser la solution des problèmes relatifs à des accords internationaux de cette espèce, nous nous acquittons ainsi en même temps d'un travail de portée sociale. C'est, en effet, une douloureuse tragédie que celle qui pèse sur la tête de l'ouvrier qui doit accomplir le plus dur travail, cette tragédie à laquelle est soumis l'ouvrier mineur qui expose quotidiennement sa vie pour la gagner, drame qui consiste pour lui dans le fait que son travail est menacé non seulement par les dangers inhérents à son métier, mais encore, et de plus en plus, par l'arrêt de la mine et par le chômage qui en résulte. Ce sont là des phénomènes internationaux qui ne peuvent être écartés que par des accords d'ordre international.

La conscience sociale se soulève dans le monde entier et aucune nation ne peut se soustraire à ce sentiment. C'est ainsi que vous avez avec raison inscrit à votre programme la question de la collaboration des chefs d'entreprises et des ouvriers. Vous voulez, pour ainsi dire, trouver la synthèse du capital et du travail et contribuer ainsi à établir la paix entre l'un et l'autre.

Vous voulez également comprendre dans le cercle de vos études le problème de la situation de l'agriculture et de l'élévation du niveau de vie de l'agriculteur. C'est là, en effet, une question à la fois nationale et internationale, car si le maintien d'une agriculture florissante est tout d'abord une exigence nationale, il est en même temps une exigence internationale en ce sens que le renforcement de l'agriculture rend la population agricole capable d'acheter les marchandises offertes sur le marché par l'économie mondiale. C'est donc là, comme je viens de le dire, un problème à la fois national et international.

Vous avec également décidé de délibérer au sujet de la radiophonie, qui est la forme la plus moderne et la plus actuelle des relations internationales et cela nous rappelle que le développement de la technique moderne se rit souvent des poteaux-frontière érigés pour séparer les peuples. Grâce à ce développement de la technique moderne, nous avons vu s'effacer de plus en plus les distances qui nous séparaient. Les nations apprennent à se mieux connaître, à se mieux apprécier et à se mieux comprendre. C'est là un résultat que nous saluons avec joie et une évolution que nous favorisons dans la plus large mesure possible.

Mesdames et Messieurs, vous êtes actuellement les hôtes d'un pays qui a eu pendant plus de dix ans à souffrir d'une cruelle détresse économique et, bien que nous ayons pour l'avenir la ferme conviction de pouvoir maîtriser notre destin, nous n'envisageons point d'un cœur tout à fait insoucieux l'évolution économique de l'Allemagne.

La ville où vous tenez votre session, à savoir cette capitale de Berlin — et nous aimons notre Berlin — a pris un grand développement, mais laissez-moi vous signaler un fait : c'est que le Berlin que vous visiterez sans doute n'est pas le vrai Berlin. Cet éclat, cette richesse, ce bien-être ne sont qu'une façade. S'il vous est donné de pénétrer plus profondément la surface des choses, vous reconnaîtrez que cette cité est une ville de dur et pénible travail et qu'elle partage avec tout le reste de l'Allemagne le douloureux destin qui nous a frappés.

Mesdames et Messieurs, je souhaite un bon succès à vos travaux. Puissiez-vous par vos décisions contribuer à la prospérité des peuples, au progrès de l'humanité et à la paix du monde.

200

Speech of M. v. Kardorff, Vice-president of the Reichstag, at the opening-session of the 15th Meeting of the International Parliamentary Conference of Commerce Berlin, September 23–26, 1929.

Ladies and Gentlemen,

while I have honour, as leader of the German group, to open the session of this Conference and welcome those taking part in it, it is yet my first duty to express my profound regret that the man most qualified to stand where I am standing today, the President of the German Reichstag, Herr Löbe, is prevented by illness from doing so. I sincerely and profoundly regret that for this reason Herr Löbe is not in a position to place his great experience and skill in the guidance of parliamentary corporations at the disposal of this Conference.

As his deputy I now have the honour to bid you welcome, ladies and gentlemen, in the name of the German Reichstag and the German delegation. The German delegation and, with them, the entire German Reichstag are sincerely gratified that the International Parliamentary Trade Conference has accepted their invitation and is holding its Session this year in the capital of the German Reich. It is with feelings of profound gratitude that the German delegates recall the reception accorded to them in foreign countries and the hope that, when you have returned to your homes, you will look back on this Berlin Session with the same satisfaction. I have also the honour to welcome the representatives of foreign diplomatic missions, of the German Government, of the governments of the German states, of the National Economic Council and of commerce and industry who have come here today in order to be present at our deliberations.

Ladies and Gentlemen. The extraordinary importance of this Conference may already be concluded from the fact that the representatives of forty-three parliaments have gathered in this hall today. The pick of the most prominent experts are meeting here to discuss the questions with which this Conference is concerned.

But there is one whose presence it is painful to miss; I refer to Baron Descamps, the founder and first President of your Conference. I feel assured of your approval when I propose to telegraph our hearty greetings to him, expressing our sympathy and our unanimous regret that he is not in our midst today.

Ladies and Gentlemen. The programme of work drawn up by this Conference for the present session, as usual with the self-sacrificing collaboration of the General Secretary, Mr Baie, speaks volumes for the importance of your session; it speaks for itself. This programme of work demonstrates to us that all thoughtful men are, to an increasing extent, accepting the fact that it is right to let settlement, by adjustment and mutual understanding take the place of the fight which causes wounds, even to the victor. Not war but peace, not the fight but settlement by adjustment and understanding are our solution. I will even say that it is our duty to be steadfast in our belief in the unwritten law of harmony of interests, even among the nations.

Based on this spirit, the first item on the agenda of your programme is the discussion of fresh steps for the assimilation of the laws of the nations in the questions of the law of obligation and the law of legal prosecution. These laws must also be brought within the sphere of international regulation. It is clear that the unification of the laws of contract and of prosecution is of importance for the economic relations of the nations. Your Conference has always taken the initiative in this sphere and I will express the hope that you may succeed in the course of your deliberations in advancing the matter with energy.

But, ladies and gentlemen, the laws of the states do not do it alone. Business has itself recognised that it is its duty to take its fate in its own hands. The rationalization of business is now the demand of the day and the rationalization of business

on a national basis is the first condition necessary for international rationalization by means of adjustment, combination, and understanding.

Considerable work in this direction has been done in the domain of nitrogen production and similar agreements must be sought and found for the coal trade. This great key industry for every economic process of production is in a bad way in many countries, and if we feel it our duty to discuss and further the problems of international agreements of this kind, we are performing a social service at the same time; for it is a really tragic circumstance that the workman who has to do the hardest work, the collier who risks his life daily in order to earn his daily bread, is not only threatened in his work by the dangers of his calling but also, to an increasing extent, by the dangers of the works being closed down and the consequent unemployment. These are international phenomena which can only be removed by international agreements.

The social conscience is stirred in the whole world and no nation can shut its eyes to this fact. You have therefore done right to place the question of the cooperation of employers and workpeople on your programme. You wish to find, as it were, the synthesis of capital and labour and thus serve the cause of peace between them.

You also wish to include in your sphere of observation the agricultural situation, the raising of the standard of life of the farmer. That is a national and, at the same time, an international question; for the maintenance of agriculture in a flourishing condition is a national demand but also international, in so far as the invigoration of agriculture will place the population in a position to purchase the products of international business. And that is, as I have just remarked, a national and an international problem at the same time.

You also propose to discuss broadcasting, the latest manifestation of international intercourse, and that reminds us that the development of modern technics often makes light of the frontier barriers erected to keep nations apart. The development of modern technics has brought us closer together. The nations learn to know each other better, to grasp each other's points of view and to understand each other. Let us greet this with pleasure and do all we can to further it.

Ladies and Gentlemen. You are the guests of a country that has experienced ten years of severe economic need and, even if for the future we cling fast to the belief that we will master our fate, we cannot regard our German economic development quite entirely without anxiety.

The city in which you have met, the capital of the Reich, Berlin, — and we love our Berlin —, has undergone great development. But permit me to tell you something: the Berlin which you will probably see is not the real Berlin. The glitter, the wealth and the good living are only a facade. If it were granted to you to look deeper, you would see that this city is a city of hard and laborious work and that it shares with the rest of Germany the burden of the hard fate which has overtaken us.

Ladies and Gentlemen. I wish your labours every success. May you succeed in your decisions in being of service to the welfare of all peoples, the progress of humanity and the peace of the world.

6303 29 IIa 4

Industrielle Zusammenlegung,
Rationalisierung usw.

Entschließung Hannon

Entschließungsentwürfe.

Im Hinblick auf das wachsende Interesse, das alle industriell tätigen Nationen in den letzten Jahren für die unter der Bezeichnung "Rationalisierung" bekannten Formen des Zusammenschlusses und der Verschmelzung produktiver Industrien an den Tag gelegt haben; und

Unter Berücksichtigung der Bedeutung der Fragen, die sich daraus ergeben, daß solche Zusammenschlüsse und Verschmelzungen die Wettbewerbsfähigkeit der großen Grundindustrien, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes und die Preishöhe der Erzeugnisse für den Verbraucher beeinflussen,

Beschließt die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz hierdurch:

1) daß die nationale sowohl wie die internationale Rationalisierung der Industrie durch industrielle, Handels- und soziale Organisationen in allen Ländern der Welt sorgfältig geprüft werden sollte;

2) daß die Delegationen aus den verschiedenen Parlamenten ersucht werden sollen, durch ihre heimischen Parlamentskomitees oder durch Sonderkomitees zur Erforschung des Anwachsens industrieller Zusammenschlüsse auf rationeller Grundlage und der Grenzen ihrer etwaigen weiteren Ausdehnung die Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Ländern erwägen zu lassen; und

3) daß die Delegationen für die Konferenz des Jahres 1930 Berichte über die Ergebnisse ihrer Erwägungen ausarbeiten sollen.

-.-.-.-.-.-

Projets de résolution.

En égard à l'intérêt croissant que toutes les nations industrielles ont manifesté au cours des dernières années par rapport aux formes de combinaison et d'amalgamation d'industries productrices connues sous le nom de "rationalisation";

En considération de l'importance des questions résultant du fait que ces combinaisons et amalgamations affectent la capacité de compétition des grandes industries fondamentales, ainsi que le niveau d'existence des classes ouvrières et les prix que doit le consommateur,

La Conférence Parlementaire Internationale de Commerce décide:

1) Que la rationalisation nationale et internationale de l'industrie devrait faire l'objet d'un examen approfondi de la part des organisations industrielles, commerciales et sociales du monde entier;

2) Que les Délégations des divers Parlements soient priées de faire considérer par leurs Comités parlementaires ou par des comitées spéciaux chargés de constater l'accroissement des combinaisons rationelles dans l'industrie ainsi que les limites de leur extension ultérieure - les développements possibles dans leurs pays respectifs -; et

3) Que les Délégations élaborent pour la Conférence de 1930 des rapports concernant les résultats de leur considérations.

-.-.-.-.-.-.-

Draft Resolutions.

Having regard to the increasing interest which has been evident in all industrial nations during recent years in those forms of combination and amalgamation of productive industries which have come to be known as "Rationalisation"; and

Taking into consideration the importance of the issues involved in such combinations and amalgamations as affecting the competitive power of the great basic industries, the standard of living of the workpeople and the price level of products to the consumer,

The International Parliamentary Commercial Conference hereby resolves:

1. That the Rationalisation of Industry both national and international should receive the careful examination of industrial, commercial and social organisations in all countries throughout the world;

2. That the Delegations from the various Parliaments be requested to consider possible developments in their respective countries through their local Parliamentary Committees or through special committees appointed to investigate the growth of industrial combination on a rational basis and the limits within which further extension may be contemplated; and

3. That reports shall be prepared by the Delegations for the Conference of 1930 on the results of their deliberations.

-.-.-.-.-.-.-

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung Berlin 1929

Neue Grundlagen der Mitarbeit der Arbeitnehmer.

Entschließung Dr. B r ü n i n g .

-.-.-.-.-

Die vom 23. bis 26. September 1929 in Berlin-Reichstag tagende Interparlamentarische Handelskonferenz wünscht in anbetracht der Notwendigkeit, gerade unter dem System der Rationalisierung neue Wege zu besserer Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmerschaft zu finden, daß

1. Formen der Besitz- und Gewinnbeteiligung gefunden werden, die die gewerkschaftlichen Bedenken, die in vielen Ländern gegen die bisherigen Versuche bestehen, beseitigen;
2. daß in allen Ländern durch Schaffung von Kleinaktien die Möglichkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienbesitz des Unternehmens, in dem sie beschäftigt sind, gefördert wird;
3. daß die Versuche der Banken und Sparkassen der organisierten Arbeitnehmerschaft zur Beteiligung an den Unternehmungen Beachtung finden;
4. daß die Mitarbeit der Arbeitnehmer in Form der Betriebsräte durch Schulung der Arbeitnehmerschaft und verständnisvolle Behandlung seitens der Arbeitgeberschaft gefördert wird;
5. daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Arbeitnehmern für von ihnen gemachte Verbesserungsvorschläge und Erfindungen ein gerechtes Entgelt sichern.

Dr. Brüning.

Rede des Vizepräsidenten des Reichstags Herrn v. Kardorff in der Eröffnungssitzung der 15. Vollversammlung der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz, Berlin, 23.—26. September 1929

Meine Damen und meine Herren!

Wenn ich die Ehre habe, als Führer der deutschen Gruppe diese Konferenz zu eröffnen und die Teilnehmer zu begrüßen, so liegt mir zunächst die Pflicht ob, meinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß der Mann, der berufen war, heute hier an meiner Stelle zu stehen, der Präsident des Deutschen Reichstags, Herr Löbe, durch Krankheit verhindert ist, dies zu tun. Ich bedaure aufrichtig und tief, daß auf diese Weise Herr Löbe nicht in der Lage ist, seine große Erfahrung und Geschicklichkeit in der Leitung parlamentarischer Körperschaften in den Dienst dieser Konferenz zu stellen.

In seiner Stellvertretung habe ich nun die Ehre, im Namen des Deutschen Reichstags und der deutschen Delegation Sie, meine Damen und Herren, hier willkommen zu heißen. Die deutsche Delegation und mit ihr der gesamte deutsche Reichstag begrüßen es mit aufrichtiger Freude, daß die Internationale parlamentarische Handelskonferenz ihre Einladung angenommen hat, und daß sie ihre diesjährige Tagung in der Hauptstadt des Deutschen Reichs abhält. Mit tiefer Dankbarkeit gedenken die deutschen Delegierten der Aufnahme, die sie in fremden Ländern gefunden haben, und sie hoffen, daß Sie, wenn Sie in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden, auf diese Berliner Tagung mit gleicher Befriedigung zurückblicken werden. Ich habe ferner die Ehre zu begrüßen: die Vertreter fremder Missionen, die Vertreter der deutschen Reichsregierung, der Regierungen Länder, des Reichswirtschaftsrats und die Vertreter von Handel und Industrie, die sich hier eingefunden haben, um unseren Beratungen beizuwohnen.

Meine Damen und Herren! Die außerordentliche Bedeutung dieser Konferenz geht schon daraus hervor, daß heute sich in diesem Raume die Vertreter von 43 Parlamenten versammelt haben. Eine Auslese der hervorragendsten Sachverständigen tritt hier zusammen, um die Fragen zu erörtern, die diese Konferenz zu beschäftigen haben.

Aber einen vermissen wir schmerzlich; das ist der Baron Descamps, der der Gründer und der erste Präsident Ihrer Konferenz gewesen ist. Ich rechne auf Ihre Zustimmung, wenn ich vorschlage, ihm ein herzliches Begrüßungstelegramm zu schicken, und ihm unsere Sympathie aussprechen und unserem allseitigen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß er heute nicht unter uns weilt.

Meine Damen und Herren! Das Arbeitsprogramm, das diese Konferenz für ihre Tagung sich aufgestellt hat, wie immer unter der aufopfernden Mitarbeit des Generalsekretärs Baie, spricht für die Wichtigkeit Ihrer Tagung, es spricht für sich selbst. Dieses Arbeitsprogramm zeigt uns, daß es in steigendem Maße zum Gemeingut aller denkenden Menschen geworden ist, daß es richtig ist, an die Stelle des Kampfes, der Wunden schlägt, auch dem Sieger Wunden schlägt, den Ausgleich und die gegenseitige Verständigung treten zu lassen. Nicht der Krieg, sondern der Friede, nicht der Kampf, sondern Ausgleich und Verständigung sind unsere Losung. Ich möchte sagen, es ist unsere Pflicht, stark zu sein in dem Glauben an das ungeschriebene Gesetz von der Harmonie der Interessen auch unter den Völkern.

Von diesem Geist getragen, steht auf Ihrem Programm zunächst die Erörterung neuer Schritte zur Angleichung des Rechts der Völker in den Fragen des Obligationsrechts und des Rechts der Rechtsverfolgung. Auch diese Rechte sollen in den Kreis internationaler Regelung einbezogen werden. Es ist klar, daß für die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker die Vereinheitlichung der Gesetze über das Vertragsrecht und die Rechtsverfolgung von hoher Bedeutung ist. Ihre Konferenz hat auf diesem Gebiete immer anregend gewirkt, und ich will hoffen, daß es Ihnen gelingt, in Ihren Beratungen einen energischen Schritt vorwärts zu tun.

Aber, meine Damen und Herren, die Gesetze der Staaten machen es allein nicht. Die Wirtschaft hat es selbst erkannt, daß sie die Pflicht hat, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Die Rationalisierung der Wirtschaft ist heute die Forderung des Tages, und die Rationalisierung der Wirtschaft auf nationaler Grundlage ist die Voraussetzung für die internationale Rationalisierung auf dem Wege des Ausgleichs, des Zusammenschlusses und der Verständigung.

Man hat nach dieser Richtung hin auf dem Gebiete der Stickstoffproduktion bereits Erhebliches geleistet, und für die Kohlenwirtschaft werden ähnliche Vereinbarungen gesucht und gefunden werden müssen. Diese große Schlüsselwirtschaft jür jeden wirtschaftlichen Produktionsprozeß liegt vielfach krank darnieder, und wenn wir die Pflicht fühlen, die Probleme derartiger internationaler Abkommen zu erörtern und zu fördern, so leisten wir damit auch zugleich eine soziale Arbeit; denn es ist doch ein eigenes Stück schwerer Tragik, das über demjenigen Arbeiter liegt, der die schwerste Arbeit zu verrichten hat, das über dem Kohlenarbeiter liegt, der das Leben einsetzt täglich, um es zu erhalten, daß er in seiner Arbeit nicht nur von den Gefahren seines Berufes, sondern in steigendem Maße von der Betriebsstillegung und der folgenden Arbeitslosigkeit bedroht ist. Das sind internationale Erscheinungen, die nur durch internatinale Abkommen sich werden beseitigen lassen.

Das soziale Gewissen regt sich in der ganzen Welt, und keine Nation kann sich ihm verschließen. So haben Sie denn mit Recht die Frage der Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeiterschaft auf Ihr Programm gesetzt. Sie wollen gleichsam die Synthese finden zwischen Kapital und Arbeit und damit dem Frieden zwischen beiden dienen.

Auch die Frage der Lage der Landwirtschaft, der Hebung der Lebenshaltung des Landwirts wollen Sie in den Kreis Ihrer Betrachtungen ziehen. Das ist eine nationale und internationale Frage zugleich; denn die Erhaltung einer blühenden Landwirtschaft ist zunächst eine nationale Forderung, und sie ist eine internationale zugleich insofern, als durch die Stärkung der Landwirtschaft ihre Bevölkerung in die Lage gesetzt wird, die Güter der Weltwirtschaft aufzunehmen. Das ist, wie ich schon eben sagte, ein nationales und ein internationales Problem zugleich.

Auch über die Radiophonie, diese aktuellste Erscheinungsform für den internationalen Verkehr, wollen Sie beraten, und das erinnert uns daran, daß die Entwickelung der modernen Technik vielfach doch der Grenzpfähle spottet, die aufgerichtet werden, um die Völker zu trennen. Durch die Entwickelung der modernen Technik sind wir näher aneinander gerückt. Die Nationen lernen sich besser kennen, begreifen und verstehen. Und das wollen wir mit Freuden begrüßen und nach Möglichkeit fördern.

Meine Damen und Herren! Sie sind Gäste eines Landes, hinter dem 10 Jahre schwerer wirtschaftlicher Not liegen, und wenn wir auch für die Zukunft in dem Glauben stark sind, daß wir unser Schicksal meistern werden, so sehen wir doch auch unserer deutschen wirtschaftlichen Entwickelung nicht ganz ohne Sorge entgegen.

Die Stadt, in der Sie tagen, die Reichshauptstadt Berlin — und wir lieben unser Berlin —, hat eine große Entwickelung genommen. Aber lassen Sie mich Ihnen eines sagen: das Berlin, das Sie voraussichtlich sehen werden, ist nicht das wahre Berlin. Dieser Glanz, dieser Reichtum, dieses Wohlleben ist nur Fassade. Wenn es Ihnen vergönnt sein sollte, tiefer zu sehen, so werden Sie sehen, daß diese Stadt eine Stadt der harten und der schweren Arbeit ist und daß sie mit dem übrigen Deutschland an dem schweren Schicksal trägt, das uns betroffen hat.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihren Arbeiten einen guten Erfolg. Möchte es Ihnen gelingen, durch das, was Sie beschließen, der Wohlfahrt der Völker, dem Fortschritt der Menschheit und dem Frieden der Welt zu dienen.

Allocution prononcée par M. v. Kardorff, Vice-président du Reichstag à la séance inaugurale de la 15me Assemblée Plénière de la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce, Berlin, 23—26 septembre 1929.

Mesdames et Messieurs,

En acceptant l'honneur, à titre de chef du groupe allemand, d'ouvrir cette Conférence et d'en saluer les membres, j'ai tout d'abord l'obligation d'exprimer mon profond regret que l'homme qualifié pour occuper aujourd'hui ma place, M. Löbe, Président du Reichstag, en soit empêché par la maladie. Je regrette sincèrement et profondément qu'en raison de cet obstacle M. Löbe ne soit pas en état de mettre au service de cette Conférence sa grande expérience et le talent dont il a fait preuve dans la direction des assemblées parlementaires.

C'est en qualité de représentant de cette haute personnalité que j'ai l'honneur de vous souhaiter, Mesdames et Messieurs, au nom du Reichstag et de la délégation allemande, la plus cordiale bienvenue. La délégation allemande et, avec elle, tout le Reichstag saluent avec une joie sincère la décision que la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce a prise d'accepter l'invitation qui lui a été adressée et de tenir dans la capitale du Reich sa session de cette année. C'est avec une profonde reconnaissance que les délégués allemands se rappellent l'accueil qu'ils ont reçu dans les pays étrangers et ils espèrent que lorsque vous serez rentrés dans vos patries respectives, vous vous rappellerez avec la même satisfaction les séances que vous aurez tenues à Berlin. J'ai en outre l'honneur de saluer ici les délégués des missions étrangères, les représentants du Gouvernement du Reich, des gouvernements des pays allemands, du Conseil Economique du Reich et les réprésentants du commerce et de l'industrie qui sont ici présents pour assister à nos délibérations.

Mesdames et Messieurs, l'extrême importance de cette Conférence ressort déjà du fait que les délégués de 43 parlements se sont rassemblés aujourd'hui dans cette enceinte. Une élite des spécialistes les plus éminents se trouve ici réunie pour discuter les questions qui doivent occuper cette Conférence.

Mais il est une personnalité dont nous déplorons vivement l'absence, je veux parler de M. le baron Descamps qui a été le fondateur et le premier président de votre Conférence. J'ai la conviction que vous vous rallierez avec empressement à ma proposition d'adresser à cette personnalité éminente un télégramme lui exprimant nos salutations cordiales, ainsi que nos vives sympathies et lui disant notre regret général de ne point le voir aujourd'hui parmi nous.

Mesdames et Messieurs, le programme de travail que cette Conférence s'est assigné pour sa session actuelle — et qui a été établi, comme c'est toujours le cas, avec la collaboration dévouée de M. le Secrétaire Général Baie, — témoigne de l'importance de votre session, il parle assez par lui-même. Ce programme de travail nous révèle déjà que les conceptions dont il s'inspire sont de plus en plus devenues comme le bien commun de tous les hommes qui pensent et il nous enseigne qu'à la lutte qui inflige des blessures même aux vainqueurs, il faut substituer l'équilibration et l'entente mutuelle. Notre devise, ce n'est pas la guerre, mais la paix, ce n'est pas la bataille, mais la conciliation et l'entente. Je voudrais pouvoir dire que notre devoir est de renforcer en nous la croyance à la loi non encore écrite de l'harmonie des intérêts, également entre les peuples.

C'est animés de cet esprit que vous avez inscrit d'abord à votre programme la discussion de nouvelles démarches ayant pour objet l'unification ou du moins l'assimilation des prescriptions juridiques qui, chez les différents peuples, règlent le Droit des obligations et le Droit relatif aux poursuites en justice. Il faut, en effet, faire rentrer également ces droits dans la sphère d'un règlement international. Il est clair que l'unification des lois concernant le Droit des contrats et les poursuites en justice est de la plus haute importance pour les relations économiques des peuples entre eux. Dans ce domaine,

votre Conférence a toujours joué, du reste, un rôle animateur et je veux espérer que vous réussirez également, dans vos délibérations de cette année, à imprimer à ce mouvement une impulsion énergique et efficace.

Mais, Mesdames et Messieurs, les lois des États ne peuvent, à elles seules, assurer ce progrès. L'économie elle-même a reconnu qu'elle avait le devoir de prendre en main la direction de ses destins. La rationalisation de l'économie est la revendication du jour, et la rationalisation de l'économie sur un fondement national est la condition préalable et nécessaire de la rationalisation internationale par la voie de la conciliation, de l'union harmonieuse et de l'entente.

En s'inspirant de cette idée, on a déjà abouti, dans le domaine de la production de l'azote, à des réalisations importantes et en ce qui concerne l'économie du charbon on cherche et on devra trouver le moyen de conclure des accords similaires. Cette économie charbonnière qui présente une importance primordiale et fondamentale pour tout processus économique de production, révèle fréquemment les symptomes d'une langueur chronique et si nous avons le sentiment du devoir qui nous incombe de discuter et de favoriser la solution des problèmes relatifs à des accords internationaux de cette espèce, nous nous acquittons ainsi en même temps d'un travail de portée sociale. C'est, en effet, une douloureuse tragédie que celle qui pèse sur la tête de l'ouvrier qui doit accomplir le plus dur travail, cette tragédie à laquelle est soumis l'ouvrier mineur qui expose quotidiennement sa vie pour la gagner, drame qui consiste pour lui dans le fait que son travail est menacé non seulement par les dangers inhérents à son métier, mais encore, et de plus en plus, par l'arrêt de la mine et par le chômage qui en résulte. Ce sont là des phénomènes internationaux qui ne peuvent être écartés que par des accords d'ordre international.

La conscience sociale se soulève dans le monde entier et aucune nation ne peut se soustraire à ce sentiment. C'est ainsi que vous avez avec raison inscrit à votre programme la question de la collaboration des chefs d'entreprises et des ouvriers. Vous voulez, pour ainsi dire, trouver la synthèse du capital et du travail et contribuer ainsi à établir la paix entre l'un et l'autre.

Vous voulez également comprendre dans le cercle de vos études le problème de la situation de l'agriculture et de l'élévation du niveau de vie de l'agriculteur. C'est là, en effet, une question à la fois nationale et internationale, car si le maintien d'une agriculture florissante est tout d'abord une exigence nationale, il est en même temps une exigence internationale en ce sens que le renforcement de l'agriculture rend la population agricole capable d'acheter les marchandises offertes sur le marché par l'économie mondiale. C'est donc là, comme je viens de le dire, un problème à la fois national et international.

Vous avec également décidé de délibérer au sujet de la radiophonie, qui est la forme la plus moderne et la plus actuelle des relations internationales et cela nous rappelle que le développement de la technique moderne se rit souvent des poteaux-frontière érigés pour séparer les peuples. Grâce à ce développement de la technique moderne, nous avons vu s'effacer de plus en plus les distances qui nous séparaient. Les nations apprennent à se mieux connaître, à se mieux apprécier et à se mieux comprendre. C'est là un résultat que nous saluons avec joie et une évolution que nous favorisons dans la plus large mesure possible.

Mesdames et Messieurs, vous êtes actuellement les hôtes d'un pays qui a eu pendant plus de dix ans à souffrir d'une cruelle détresse économique et, bien que nous ayons pour l'avenir la ferme conviction de pouvoir maîtriser notre destin, nous n'envisageons point d'un cœur tout à fait insoucieux l'évolution économique de l'Allemagne.

La ville où vous tenez votre session, à savoir cette capitale de Berlin — et nous aimons notre Berlin — a pris un grand développement, mais laissez-moi vous signaler un fait : c'est que le Berlin que vous visiterez sans doute n'est pas le vrai Berlin. Cet éclat, cette richesse, ce bien-être ne sont qu'une façade. S'il vous est donné de pénétrer plus profondément la surface des choses, vous reconnaîtrez que cette cité est une ville de dur et pénible travail et qu'elle partage avec tout le reste de l'Allemagne le douloureux destin qui nous a frappés.

Mesdames et Messieurs, je souhaite un bon succès à vos travaux. Puissiez-vous par vos décisions contribuer à la prospérité des peuples, au progrès de l'humanité et à la paix du monde.

Speech of M. v. Kardorff, Vice-president of the Reichstag, at the opening-session of the 15th Meeting of the International Parliamentary Conference of Commerce Berlin, September 23–26, 1929.

Ladies and Gentlemen,

while I have honour, as leader of the German group, to open the session of this Conference and welcome those taking part in it, it is yet my first duty to express my profound regret that the man most qualified to stand where I am standing today, the President of the German Reichstag, Herr Löbe, is prevented by illness from doing so. I sincerely and profoundly regret that for this reason Herr Löbe is not in a position to place his great experience and skill in the guidance of parliamentary corporations at the disposal of this Conference.

As his deputy I now have the honour to bid you welcome, ladies and gentlemen, in the name of the German Reichstag and the German delegation. The German delegation and, with them, the entire German Reichstag are sincerely gratified that the International Parliamentary Trade Conference has accepted their invitation and is holding its Session this year in the capital of the German Reich. It is with feelings of profound gratitude that the German delegates recall the reception accorded to them in foreign countries and the hope that, when you have returned to your homes, you will look back on this Berlin Session with the same satisfaction. I have also the honour to welcome the representatives of foreign diplomatic missions, of the German Government, of the governments of the German states, of the National Economic Council and of commerce and industry who have come here today in order to be present at our deliberations.

Ladies and Gentlemen. The extraordinary importance of this Conference may already be concluded from the fact that the representatives of forty-three parliaments have gathered in this hall today. The pick of the most prominent experts are meeting here to discuss the questions with which this Conference is concerned.

But there is one whose presence it is painful to miss; I refer to Baron Descamps, the founder and first President of your Conference. I feel assured of your approval when I propose to telegraph our hearty greetings to him, expressing our sympathy and our unanimous regret that he is not in our midst today.

Ladies and Gentlemen. The programme of work drawn up by this Conference for the present session, as usual with the self-sacrificing collaboration of the General Secretary, Mr Baie, speaks volumes for the importance of your session; it speaks for itself. This programme of work demonstrates to us that all thoughtful men are, to an increasing extent, accepting the fact that it is right to let settlement, by adjustment and mutual understanding take the place of the fight which causes wounds, even to the victor. Not war but peace, not the fight but settlement by adjustment and understanding are our solution. I will even say that it is our duty to be steadfast in our belief in the unwritten law of harmony of interests, even among the nations.

Based on this spirit, the first item on the agenda of your programme is the discussion of fresh steps for the assimilation of the laws of the nations in the questions of the law of obligation and the law of legal prosecution. These laws must also be brought within the sphere of international regulation. It is clear that the unification of the laws of contract and of prosecution is of importance for the economic relations of the nations. Your Conference has always taken the initiative in this sphere and I will express the hope that you may succeed in the course of your deliberations in advancing the matter with energy.

But, ladies and gentlemen, the laws of the states do not do it alone. Business has itself recognised that it is its duty to take its fate in its own hands. The rationalization of business is now the demand of the day and the rationalization of business

on a national basis is the first condition necessary for international rationalization by means of adjustment, combination, and understanding.

Considerable work in this direction has been done in the domain of nitrogen production and similar agreements must be sought and found for the coal trade. This great key industry for every economic process of production is in a bad way in many countries, and if we feel it our duty to discuss and further the problems of international agreements of this kind, we are performing a social service at the same time; for it is a really tragic circumstance that the workman who has to do the hardest work, the collier who risks his life daily in order to earn his daily bread, is not only threatened in his work by the dangers of his calling but also, to an increasing extent, by the dangers of the works being closed down and the consequent unemployment. These are international phenomena which can only be removed by international agreements.

The social conscience is stirred in the whole world and no nation can shut its eyes to this fact. You have therefore done right to place the question of the cooperation of employers and workpeople on your programme. You wish to find, as it were, the synthesis of capital and labour and thus serve the cause of peace between them.

You also wish to include in your sphere of observation the agricultural situation, the raising of the standard of life of the farmer. That is a national and, at the same time, an international question; for the maintenance of agriculture in a flourishing condition is a national demand but also international, in so far as the invigoration of agriculture will place the population in a position to purchase the products of international business. And that is, as I have just remarked, a national and an international problem at the same time.

You also propose to discuss broadcasting, the latest manifestation of international intercourse, and that reminds us that the development of modern technics often makes light of the frontier barriers erected to keep nations apart. The development of modern technics has brought us closer together. The nations learn to know each other better, to grasp each other's points of view and to understand each other. Let us greet this with pleasure and do all we can to further it.

Ladies and Gentlemen. You are the guests of a country that has experienced ten years of severe economic need and, even if for the future we cling fast to the belief that we will master our fate, we cannot regard our German economic development quite entirely without anxiety.

The city in which you have met, the capital of the Reich, Berlin, — and we love our Berlin —, has undergone great development. But permit me to tell you something: the Berlin which you will probably see is not the real Berlin. The glitter, the wealth and the good living are only a facade. If it were granted to you to look deeper, you would see that this city is a city of hard and laborious work and that it shares with the rest of Germany the burden of the hard fate which has overtaken us.

Ladies and Gentlemen. I wish your labours every success. May you succeed in your decisions in being of service to the welfare of all peoples, the progress of humanity and the peace of the world.

6303 29 Па 4

Rede des Reichsministers der Finanzen Dr. Hilferding in der Eröffnungssitzung der 15. Vollversammlung der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz, Berlin, 23.—26. September 1929

Im Namen der Reichsregierung habe ich die Ehre, die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz in Berlin zu ihrer 15. Zusammenkunft herzlichst willkommen zu heißen und ihren bedeutsamen Arbeiten besten Erfolg zu wünschen. Die Reichsregierung hat mit hoher Befriedigung Ihren Beschluß aufgenommen, diesmal die Hauptstadt Deutschlands zu Ihrem Tagungsort zu wählen, und dankt Ihnen für die Ehre dieser Wahl. Es ist eine stolze Versammlung, diese Zusammenkunft, zu der mehr als 40 Parlamente Vertreter entsandt haben, und Ihre Konferenz wird von immer stärkerer Bedeutung für die Bildung der Weltmeinung in wirtschaftlichen Fragen. Näher rückt damit das Ziel, das die leitende Idee bei Gründung der Interparlamentarischen Handelskonferenz gewesen ist, eine wahrhaft repräsentative Vertretung der wirtschaftlichen Anschauungen und Bestrebungen der Völker zu werden, des Willens der Welt, den Sie in die Richtung lenken wollen, die wirtschaftlichen Antagonismen zwischen den Staaten zu überwinden, diese Antagonismen, die so gefährlich werden können für die Erhaltung des Friedens.

Damit wird Ihre Arbeit zur Arbeit für die Fundamente, auf denen sich die Friedensorganisation der Welt aufbauen wird. Und in einem geschichtlich entscheidenden Augenblick treffen Sie sich in Berlin, um diese Arbeit fortzusetzen. Denn eine bedeutsame Zeit ist es für alle, die für den Frieden arbeiten, für den dauernden, auf Recht begründeten, durch Recht gesicherten, die Rüstungen verneinenden, den Krieg als Mittel der Politik ächtenden Frieden. Die Haager Konferenz hat den Young-Plan prinzipiell angenommen, und damit hat eine neue Phase der Reparationspolitik begonnen. Der Versailler Vertrag hat für die Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen einen unlösbaren Widerspruch zwischen den Ansprüchen und Illusionen der Politik auf der einen Seite und den Realitäten der ökonomischen Möglichkeiten auf der anderen Seite klaffen lassen. Der Dawes-Plan führte endlich die Probleme auf das Gebiet zurück, auf dem allein die Lösung möglich war, auf das Gebiet der Wirtschaft. Aber sein Versuch war provisorisch, die durch den Krieg so schwer und so dauernd gestörte Weltwirtschaft blieb den Gefahren der Unsicherheit ausgesetzt, und die Wirtschaft Deutschlands stand unter Kontrolle. Der Young-Plan versucht die definitive Lösung auf dem wirtschaftlichen Boden. Er räumt den politischen Rest des Dawes-Planes durch Beseitigung der ausländischen Kontrollen aus, und er hat die Liquidation des Krieges gefördert, indem er die Beseitigung der Besetzung erleichtert hat.

Dieses Ergebnis der Haager Konferenz hat sofort seine Rückwirkung auf die Friedensarbeit des Völkerbundes gehabt. Stärker als je hat sich dabei in Genf die Erkenntnis geltend gemacht, daß, so ungeheuer bedeutsam die politische Arbeit an der Organisation des Friedens und der internationalen Sicherheit durch Schiedsgericht und Abrüstung ist, sie nicht allein zum Ziel führen kann ohne die Arbeit an der Beseitigung der wirtschaftlichen Gegensätze, die die Nationen unter sich und die Klassen innerhalb der Nationen mit immer neuer Unruhe bedrängen. Deshalb das Bestreben des Kampfes gegen den Protektionismus und der bedeutsame Plan, zunächst durch einen Zollfrieden zum Stillstand des gefährlichen wirtschaftlichen Aufrüstens zu kommen, um dann den Abbau des Protektionismus beginnen zu können.

Und noch größere Pläne drängen ans Licht. Genügt für eine Welt, die durch das furchtbarste Ringen zerstört war, dessen Folgen länger dauern und schwerer sind als selbst die Furcht sie geahnt hat, nur das Negativum: keine neuen Handelshemmnisse? Oder ist nicht schon die Möglichkeit gegeben, mit der Verwirklichung des positiven Ideals: wirtschaftliche Kooperation der Völker zu beginnen? Kooperation zunächst vielleicht d e r Völker, die durch Schicksalsgemeinschaft und Nachbarschaft, aber auch durch ihre Leiden am ehesten dazu gedrängt werden, der Völker Europas. Ein

Europa der wirtschaftlichen Kooperation wäre durch die reichere und schnellere Entwicklung seiner Produktivkräfte zugleich der erweiterte Absatzmarkt und der kaufkräftigere Kunde für die übrige Welt.

Wenn ich diese Idee hier vor einer Versammlung erwähne, die weit über den europäischen Rahmen hinausgreift, so kann ich das deshalb tun, weil ich der festen Überzeugung bin, daß diese Idee eine Isolierung gegen andere Nationen oder gar Trennung aus der Völkergemeinschaft nicht bedeutet und nicht bedeuten darf. Denn gerade die Interparlamentarische Handelskonferenz geht ja von der grundlegenden Idee aus, daß die Wohlfahrt und das Gedeihen der einen Nation untrennbar verknüpft ist mit dem Gedeihen aller anderen Nationen. Und wenn diese alte, freilich durch Konkurrenz und imperialistische Tendenzen manchmal verdunkelte Wahrheit noch einer Bestätigung bedurft hätte, so hat ja gerade der Kriegsausgang gezeigt, daß es wenigstens auf dem wirtschaftlichen Felde nur Besiegte, keine Sieger gibt.

Gerade diesen wirtschaftlichen Problemen haben Sie seit langem Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Arbeit geschenkt. Sie haben erkannt, daß in der modernen Wirtschaft immer mehr erstarkende Tendenzen zur Organisation drängen. Dazu gehören die Probleme der Rationalisierung, mit denen Sie sich auf dieser Tagung beschäftigen wollen. In diese Richtung drängt das Streben der werktätigen Massen nach höherem Anteil an dem Ertrag der Arbeit. Dieses Streben muß zugleich auf Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft hinzielen und drängt so wiederum zur Verbesserung der Organisation. Und auch dieses Thema wird hier zur Verhandlung stehen.

All diese wirtschaftlichen Tendenzen führen über den Rahmen der einzelnen Staaten hinaus und haben schon seit langer Zeit internationale Form und Bedeutung gewonnen. Die Wirtschaft weist hier wieder einmal der Politik den Weg, und die Staatsmänner müssen Sorge tragen, daß die Politik und die Mission des Staatsgedankens nicht hinter dem Vorwärtsdrängen der Wirtschaftskräfte zurückbleibt. Als Parlamentarier u n d als Sachverständige der Wirtschaft sind gerade Sie berufen, bei Ihren Beratungen die Erfordernisse der Lösung unter beiden Gesichtspunkten zu betrachten. Deshalb erwarten wir, erwartet die Welt von Ihren Beratungen wertvolle Anregungen.

Indem aber so die Probleme der Wirtschaft zugleich zu Fragen der Organisation des Friedens und der Kooperation der Völker werden, gilt Ihre Arbeit der Beseitigung der Kriegsursachen, soweit sie aus den ökonomischen Antagonismen der Staaten hervorgehen, adelt dieser Geist eine Arbeit, die sonst als nur wirtschaftliche und materielle allzu leicht verkannt werden könnte. So stellt sich diese Konferenz in den Dienst der großen Aufgabe der Befriedung der Welt, der Steigerung der Wohlfahrt der Nationen und der Zusammenarbeit aller Völker. In diesem Sinne seien Sie nochmals der deutschen Reichsregierung und dem deutschen Volke herzlichst willkommen.

Allocution prononcée par M. le Dr. Hilferding, Ministre des Finances, à la séance inaugurale de la 15me Assemblée Plénière de la Conférence Parlementaire Internationale du Commerce, Berlin, 23–26 septembre 1929.

Au nom du Gouvernement du Reich, j'ai l'honneur d'adresser à la Conférence Internationale Parlementaire du Commerce, réunie à Berlin pour y tenir sa quinzième réunion, mes saluts de cordiale bienvenue et de souhaiter à ses importants travaux le meilleur succès. Le Gouvernement du Reich a accueilli avec la plus vive satisfaction la décision que vous avez prise de choisir cette fois la capitale de l'Allemagne comme siège de vos séances et vous remercie de l'honneur que vous lui avez fait par ce choix. C'est une grandiose assemblée que cette réunion à laquelle plus de quarante Parlements ont délégué des représentants et votre Conférence revêtira une importance toujours croissante en ce qui concerne la formation de l'opinion mondiale en matière économique. On se rapproche ainsi du but qui a été considéré comme l'idée dominante de votre œuvre lors de la fondation de la Conférence Interparlementaire du Commerce, à savoir de faire de cette Conférence un organe vraiment représentatif des idées et des efforts économiques des peuples, de la volonté du monde que vous voulez diriger de manière à ce qu'on arrive à surmonter les antagonismes économiques existant entre les Etats, ces antagonismes qui peuvent devenir si dangereux pour le maintien de la paix.

C'est ainsi que votre travail s'élève à la hauteur d'une activité destinée à poser les fondements sur lesquels l'organisation de la paix du monde pourra être érigée. Et c'est à une heure historique décisive que vous vous rencontrez à Berlin pour continuer cette œuvre. Car c'est là une date importante pour tous ceux qui travaillent en faveur de la paix, en faveur d'une paix durable, fondée sur le droit, garantie par le droit, une paix qui rejette les armements et qui proscrit la guerre comme instrument de politique. La Conférence de La Haye a, en principe, accepté le Plan Young et ouvert ainsi une nouvelle phase de la politique des Réparations. Le Traité de Versailles, en ce qui concerne le règlement des questions financières et économiques, a fait surgir une contradiction insoluble entre les prétentions et les illusions de la politique, d'une part, et les réalités des possibilitées économiques, d'autre part. Le plan Dawes a enfin ramené le problème sur le seul terrain où il fût possible de trouver la solution cherchée, sur le terrain de l'économie. Mais cette tentative était condamnée à rester provisoire : l'économie mondiale, dérangée si profondément et pour si longtemps par la guerre, restait exposée au danger de l'insécurité, et l'économie de l'Allemagne restait soumise au contrôle. Le plan Young tend à trouver la solution définitive sur le terrain économique. Il balaie les restes politiques du plan Dawes en supprimant les contrôles étrangers et il a dès à présent activé la liquidation de la guerre en facilitant le retrait des troupes occupantes.

Ce résultat de la Conférence de La Haye a eu sa répercussion immédiate sur l'activité que déploie la Société des Nations en faveur de la paix. Plus fortement que jamais s'est imposée, à cette occasion, aux grandes assises de Genève, la reconnaissance du fait que si extraordinairement importante que soit l'activité politique pour l'organisation de la paix et de la sécurité internationale par la voie de l'arbitrage et du désarmement, cette activité ne peut suffire à elle seule à conduire au but poursuivi, si elle ne s'accompagne d'une activité tendant à aplanir les oppositions économiques qui provoquent tant entre les nations qu'entre les classes sociales vivant à l'intérieur de ces nations, des troubles toujours nouveaux. De là l'effort poursuivi dans la lutte contre le protectionnisme et l'important projet d'aboutir d'abord par une paix douanière à la cessation du dangereux armement

économique, pour en arriver ensuite à pouvoir progressivement supprimer le protectionnisme lui-même.

Et des plans plus importants encore se préparent à voir le jour. Lorsqu'il s'agit de restaurer un monde détruit par le plus terrible des conflits dont les conséquences se font sentir avec une persistance plus grande et des effets plus douloureux que toutes craintes humaines n'avaient pu les prévoir, suffit-il d'appliquer la formule négative : « Aucune nouvelle entrave commerciale » ? Ou, bien au contraire, n'a-t-on pas déjà la possibilité d'inaugurer la réalisation de cet idéal positif : « Collaboration économique des peuples » ? Cette coopération devant unir peut-être tout d'abord *les* peuples qui y sont le plus directement poussés non seulement par la communauté de leurs destinées et leurs relations de voisinage, mais aussi par leurs souffrances communes, à savoir des peuples de l'Europe. Une Europe unie par une coopération économique serait pour le reste du monde, grâce au développement plus riche et plus rapide de ses forces de production, à la fois un débouché considérablement élargi et un client doué d'une capacité d'achat plus considérable.

Si je mentionne cette idée ici, devant une assemblée dont la composition dépasse considérablement les limites de l'Europe, je puis m'autoriser à le faire pour la raison que je suis profondément convaincu que cette idée ne comporte et ne peut comporter aucun isolement de l'Europe à l'égard d'autres nations ou, à plus forte raison, une séparation d'avec la communauté des peuples. En effet, la Conférence Interparlementaire du Commerce est précisément un organisme qui part de cette idée fondamentale que le bien-être et la prospérité d'une nation sont indissolublement liés à la prospérité de toutes les autres nations. Et si cette vieille vérité — qui a été assurément assombrie quelquefois par la concurrence et les tendances impérialistes — avait besoin d'une confirmation nouvelle, il suffirait de signaler que l'issue de la guerre a précisément démontré qu'au moins sur le terrain économique il n'y a point de vainqueurs, mais seulement des vaincus !

C'est justement à ces problèmes économiques que, depuis de longues années, vous avez consacré votre attention et votre travail. Vous avez reconnu que, dans l'économie moderne, des tendances toujours plus fortes poussent à une grande œuvre d'organisation. A cette œuvre se rattachent intimement les problèmes de la rationalisation, dont vous voulez vous occuper au cours de cette session. Dans cette direction s'affirme l'effort des masses laborieuses réclamant une part plus considérable dans le produit du travail. Cet effort doit viser simultanément à l'augmentation de productivité de l'économie sociale et il aboutit ainsi à préparer un perfectionnement de l'organisation. Et c'est là un sujet qui sera également discuté dans vos séances.

Toutes ces tendances économiques débordent les frontières des Etats particuliers et ont pris depuis longtemps déjà une forme et une importance internationales. Ici encore l'économie montre à la politique le chemin qu'il faut suivre et les hommes d'Etat doivent veiller à ce que la politique et la mission assignée à la conception de l'Etat ne se laissent point distancer par la poussée progressive des forces économiques. En votre qualité de parlementaires *et* de spécialistes des questions économiques, c'est précisément vous qui êtes appelés à considérer, à ces deux points de vue, dans vos délibérations, les exigences de la solution. C'est pourquoi nous attendons — et le monde entier attend avec nous —, les précieuses suggestions qui ne manqueront point de naître de vos discussions.

Mais par le fait que les problèmes de l'économie deviennent en même temps des questions relatives à l'organisation de la paix et de la coopération des peuples, votre activité peut être considérée comme destinée à écarter les causes de guerre pour autant qu'elles surgissent des antagonismes économiques entre les Etats. C'est là un idéal dont s'ennoblit un travail qui, considéré au seul point de vue économique et matériel, pourrait peut-être trop facilement être apprécié au dessous de sa valeur réelle. Ainsi cette Conférence assume la grande mission de collaborer à la pacification du monde, à l'accroissement du bien-être des nations et à la coopération de tous les peuples. C'est dans cet esprit que le Gouvernement du Reich et le peuple allemand vous souhaitent encore une fois la plus cordiale bienvenue.

Speech of Dr. Hilferding, Minister of the Finances, at the opening-session of the 15th Meeting of the International Parliamentary Trade Conference Berlin, September 23–26, 1929.

In the name of the Government of the Reich I have the honour to bid the International Parliamentary Trade Conference heartily welcome to Berlin for its fifteenth meeting and to wish the best results to its important labours. It was a matter of great satisfaction to the Government of the Reich to learn of your decision to select the capital of Germany as your meeting place on this occasion and the Government thanks you for the honour thus conferred. This meeting is a noble assemblage to which more than forty parliaments have sent representatives and your conference is becoming of ever increasing importance for the formation of international opinion regarding economic questions. This means a nearer approach to the goal that was the main idea when the Interparliamentary Trade Conference was founded, that of becoming a body really representative of the economic views and endeavours of the nations, of the will of the world which you wish to guide in the direction of overcoming the economic antagonisms between states, those antagonisms which can become such a danger to the preservation of peace.

Your work thus becomes work on the foundations upon which the peace organization of the world will build. You meet in Berlin at a historically decisive moment to continue this work. For it is an important time for all those who are working for peace, for that lasting peace based on right and secured by right, a peace which disavows armaments and outlaws war as a political means. The Conference at the Hague has accepted the Young Plan in principal and a new phase in the policy of Reparations has thus begun. The Treaty of Versailles caused an insoluble difference of opinion to arise between the claims and illusions of policies on the one hand and the realities of the economic possibilities on the other as regards the settlement of the financial and economic questions. The Dawes Plan finally brought the problems back to the only sphere in which a solution was possible, the sphere of economics. But that attempt was provisional, for international economy which had been so rudely and constantly shaken by the war remained exposed to the dangers of uncertainty and German economy was placed under control. The Young Plan is an attempt to find a definitive solution on economic grounds. It clears away the political remains of the Dawes Plan by removing foreign measures of control and has furthered the liquidation of the war by facilitating the withdrawal of the armies of occupation.

This result of the Hague Conference has immediately affected the labours of the League of Nations in the cause of peace. In Geneva it has been more clearly recognised than in the past that, although the political work on the organization of peace and international security by means of arbitration and disarmament may be of enormous importance, it alone cannot lead to the goal without the work on the removal of the economic antagonisms which threaten the nations among themselves and the different classes in the nations with constant fresh trouble. This is the reason of the efforts made in the fight against protection and of the important plan to first arrange an armistice for the dangerous economic armament by means of a customs peace, in order then to make a start on the abolition of protection.

But still larger plans are making their appearance. Is the negative result—no fresh trade restrictions—enough for a world that was ruined by the most terrible struggle of which the results last longer and are more severe than was even feared? Or is there

not already a possibility of making a start on the realization of the positive ideal: economic cooperation of the nations? Perhaps, at first, cooperation between those nations which are above all compelled to do so by community of fate and proximity but also by their sufferings: the nations of Europe. A Europe of economic cooperation with the fuller and speedier development of its powers of production would be at the same time an enlarged market and a better client for the rest of the world.

If I mention this idea before an assemblage representative of much more than Europe alone, I am able to do so because I am firmly convinced that this idea does not and must not mean isolation from other nations or even cleavage in international solidarity. For the Interparliamentary Trade Conference itself is based on the idea that the welfare and the prosperity of one nation is inseparably linked with the prosperity of all other nations. And if this ancient truth, which has admittedly often been obscured by competition and imperialistic tendencies, had required confirmation, the result of the war itself has shown that, at least in the economic field, there are only vanquished and no victors.

It is to these economic problems in particular that you have long devoted your attention and labours. You have recognised that in modern economics constantly growing tendencies provide the urge for organization. To this belong the problems of rationalization with which you propose to deal at this session. In this direction the efforts of the working classes are pressed at obtaining a larger share in the proceeds of the work. These efforts must be directed at the same time at increasing the productivity of national economics and are thus again an urge for the improvement of organization. And this theme will also be down for discussion here.

All these economic tendencies extend beyond the confines of the individual states and have already long gained international form and importance. Once more business has pointed out the way to politics and the statesmen must be mindful that policy and the mission of the idea of government do not lag behind the forward urge of economic forces. As parliamentarians *and* economic experts it is your particular vocation to consider the demands of the solution from both points of view in your deliberations. And for this reason we and the whole world await valuable stimuli from your deliberations.

But as the problems of economics thus become simultaneously questions of the organization of peace and international cooperation, your work comes to be that of removing the causes of war in so far as they are due to the economic antagonisms between states, and this spirit ennobles a task which might otherwise be only too easily mistaken for something merely economic and material. This conference thus places its services at the disposal of the great task of internationnal peace, the increased welfare and the cooperation of all nations, and in this sense I bid you once more heartily welcome in the name of the Government of the Reich and the German nation.

6303 29 II a 4

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung .-. Berlin 1929

Kodifikation des Obligationenrechts

Entwurf einer Entschließung

In der Erwägung, daß die internationale Vereinheitlichung des Rechts der Schuldverhältnisse von größter Bedeutung für den internationalen Handel ist und dessen Entwicklung fördern soll durch Vereinfachung und größere Sicherheit, welche beide die Folge der Anwendung einheitlicher und feststehender Regeln auf die aus den Geschäften entstandenen Beziehungen sein werden;

In der Erwägung ferner, daß diese Vereinheitlichung, die auf juristischem Gebiet der immer stärkeren Entwicklung der internationalen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete entspricht, gleichzeitig ihre logische Folge, die Krönung und der Ansporn wären, und daß diese Vereinheitlichung somit die Bande der Solidarität einer stets wachsenden Interessengemeinschaft zwischen den Völkern nur noch enger gestalten kann;

In der Erwägung jedoch, daß eine solche Frage schrittweise gelöst werden muß, wobei zunächst die Gesetzgebungen ins Auge zu fassen sind, die infolge einer verschiedenen Nationen gemeinsamen Überlieferung, sowie juristischen und geistigen Entwicklung an sich einen gemeinsamen Inhalt bieten;

In der Erwägung schließlich, daß man sich in einer solchen Sache von allen aufgewendeten Bemühungen und erzielten Ergebnissen auf Gebieten, die im allgemeinen beschränkt sind, leiten lassen muß, ebenso wie von gesetzgeberischen durchgeführten Arbeiten oder ausgearbeiteten Entwürfen einiger Staaten, welche durch besonders enge Bande miteinander verbunden sind;

spricht die internationale parlamentarische Handelskonferenz den Wunsch aus:

1.) daß die verschiedenen Staaten Landesausschüsse bilden, die die Aufgabe haben sollen, die Frage der Vereinheitlichung des Rechts der Schuldverhältnisse weiter zu studieren;

2.)

2.) daß diese Staaten sich entsprechend ihren juristischen und geistigen Beziehungen zusammenschließen sollen, damit sie gemeinsam an der geplanten Arbeit teilnehmen und zu diesem Zweck in kürzester Frist internationalen Konferenzen beitreten können;

3.) daß die Staaten, die schon einen Entwurf für gemeinsame Gesetzgebung ausgearbeitet haben, diese Bestimmungen in ihre tatsächliche Gesetzgebund aufnehmen.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz

XV. Vollversammlung .. Berlin 1929.

Codification of the law of obligations.

Draft of Resolution

Bearing in mind that the international unification of the law of obligations is of the utmost importance to international commerce, whose development it ought to encourage by virtue of simplification and the offer of the greatest security which will be the result of the application of uniform and fixed rules to relations arising out of business;

and that

this unification, corresponding in the juridical field to the development of international relations, always more intense in the economic domain, would be at the same time their logical sequence, sanction and encouragement, and thus could do nothing but strengthen the bonds of solidarity which a growing community of interests establishes between peoples;

and that

such a problem, however, must be solved gradually, there being first taken into account the laws which in themselves provide a common stock, as the result of a tradition and a juridical and moral evolution common to the various nations;

and that

in such matters, it is fitting to be guided by all the efforts put forth and results obtained in generally restricted spheres, as well as by legislative works realised or projects elaborated by some states united by particularly close ties,

the International Parliamentary Trade Conference adopts the following resolution :

1. That the various States should create national committees charged with pursuing the study of the problem of the unification of the law of obligations;

2.

2. That groups of States should be formed according to their juridical and moral affinities, for the purpose of common participation in the work in view, and the States thus be enabled to take part at short notice in international conferences;

3. That the States which have already elaborated a project of common legislation shall introduce these provisions into their actual legislation.

Industrielle Zusammenlegung,
Rationalisierung usw.
-.-

Internationale Parlamentarische
Handelskonferenz
XV. Vollversammlung - Berlin
1929
-.-

Ausschuß für Industrie Reorganisation.

Entschließungsentwürfe.

Im Hinblick auf das wachsende Interesse, das alle industriell tätigen Nationen in den letzten Jahren für die unter der Bezeichnung "Rationalisierung" bekannten Formen des Zusammenschlusses und der Verschmelzung produktiver Industrien an den Tag gelegt haben; und

Unter Berücksichtigung, daß die Rationalisierung nur in Übereinstimmung mit den besonderen Bedingungen jeden Landes ausgedehnt werden kann, besonders unter dem Gesichtspunkt, auf der einen Seite die Lebenshaltungskosten zu senken, auf der anderen Seite die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden und zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion zu führen,

Beschließt die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz hierdurch:

1) daß die nationale sowohl wie die internationale Rationalisierung der Industrie durch industrielle, Handels- und soziale Organisationen in allen Ländern der Welt sorgfältig geprüft werden sollte;

2) daß die Delegationen aus den verschiedenen Parlamenten ersucht werden sollen, durch ihre heimischen Parlamentskomitees oder durch Sonderkomitees zur Erforschung des Anwachsens industrieller Zusammenschlüsse auf rationeller Grundlage und der Grenzen ihrer etwaigen weiteren Ausdehnung die Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Ländern erwägen zu lassen; und

3) daß die Delegationen für die Konferenz des Jahres 1930 Berichte über die Ergebnisse ihrer Erwägungen ausarbeiten sollen.

-.-.-.-.-.-

Commission pour la rationalisation industrielle.

Projets de résolution.

En égard à l'intérêt croissant que toutes les nations industrielles ont manifesté au cours des dernières années par rapport aux formes de combinaison et d'amalgamation d'industries productrices connues sous le nom de "rationalisation";

Et considerant que le développement de la rationalisation ne doit se poursuivant les conditions de chaque pays qu'en se préoccupant d'aboutir, d'une part à la diminution du coût de l'existence, et d'autre part à la hausse des salaires, en prenant les mesures nécessaires pour remédier au chomage et à la collaboration toujours plus étroite des divers facteurs de la production;

La Conférence Parlementaire Internationale de Commerce décide:

1) Que la rationalisation nationale et internationale de l'industrie devrait faire l'objet d'un examen approfondi de la part des organisations industrielles, commerciales et sociales du monde entier;

2) Que les Délégations des divers Parlements soient priées de faire considérer par leurs Comités parlementaires ou par des comitées spéciaux chargés de constater l'accroissement des combinaisons rationelles dans l'industrie ainsi que les limites de leur extension ultérieure - les développements possibles dans leurs pays respectifs -; et

3) Que les Délégations élaborant pour la Conférence de 1930 des rapports concernant les résultats de leur considérations.

Commission for the rationalisation of the industry.

Draft Resolutions.

Having regard to the increasing interest which has been evident in all industrial nations during recent years in those forms of combination and amalgamation of productive industries which have come to be known as "Rationalisation"; and

Taking into consideration, that the development of rationalisation can only be extended in accordance with the special conditions of each country, and seeing that it is an essential task on the one hand to diminish the costs of living, on the other to raise the wages of the workers, to reduce unemployment and to lead to an ever closer cooperation between the different factors of production,

The International Parliamentary Commercial Conference hereby resolves:

1. That the Rationalisation of Industry both national and international should receive the careful Examination of industrial, commercial and social organisations in all countries throughout the world;
2. That the Delegation from the various Parliaments be requested to consider possible developments in their respective countries through their local Parliamentary Committees or through special committees appointed to investigate the growth of industrial combination on a rational basis and the limits within which further extension may be contemplated; and
3. That reports shall be prepared by the Delegations for the Conference of 1930 on the results of their deliberations.

-.-.-.-.-.-.-

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz

XV. Vollversammlung. Berlin 1929.

Entschließungsentwürfe

von der Landwirtschaftskommission der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz angenommen in ihrer Tagung in Algier am 19. Februar 1929.

In der Erwägung, daß die zunehmende Landflucht in mehreren Ländern unter dem Gesichtspunkt der Unterhaltung der gesamten Einwohnerschaft, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen eine schwere Gefahr bedeutet;

Hält die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz es für angezeigt, daß die maßgebenden Organisationen, wie das Institut international d'Agriculture (Internationale Landwirtschaftsinstitut) in Rom und die Commission internationale de l'Embellissement de la vie rurale (Internationale Kommission zur Verschönerung des Landlebens), ein für den Gebrauch der Regierungen, Parlamente und landwirtschaftlichen Verbände bestimmtes, eingehendes Programm der wirksamsten Maßnahmen aufstellen, die den Bedürfnissen der einzelnen Länder anzupassen wären, um der Landflucht Einhalt zu tun.

In den Ländern, wo keine unmittelbare Gefahr besteht, wolle man die nötigen Vorbeugungsmaßregeln treffen;

Die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz ist der Ansicht, daß es angesichts der Gutachten der auf diesem Gebiet maßgebenden Persönlichkeiten angezeigt ist, die Parlamente der betroffenen Nationen schon jetzt insbesondere auf folgende Mittel und Wege aufmerksam zu machen:

1) Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung in einer Weise, daß Kapital und Arbeit in der Landwirtschaft ebenso vergütet werden wie in Industrie und Handel;

2)

2) Organisation einer Werbetätigkeit für die Hebung der ländlichen Überlieferung, des Charakters und der geistigen Einstellung der Landbevölkerung durch die Familienerziehung, im Einvernehmen mit der Commission internationale des Cercles de fermières (Internationalen Kommission für Landfrauengruppen), mit der Commission internationale de l'Education familiale (Internationalen Kommission für Familienerziehung) und mit den übrigen, ähnlichen internationalen Bestrebungen;

3) Verbreitung ähnlicher Vorteile, wie öffentliche Dienststellen und private Initiative sie den Städten, der Industrie und dem Handel gewähren, auch auf dem Lande, unter anderem: ein möglichst zweckmäßiger allgemeiner und Berufs-Unterricht, um die Gewohnheiten des landwirtschaftlichen Berufs und des ländlichen Haushalts auszubilden und die ländliche Familie in den Stand zu setzen, den Kindern eine bessere Charakterausbildung zu geben; - Erleichterung der ländlichen Arbeit durch Anwendung der Rationalisierungsmethoden für landwirtschaftliche und Hausarbeit; - Förderung kleiner Hausindustrien und der Wasserleitung; - Verbesserung der Wege; - Förderung der elektrischen Kraft- und Lichtleitungen; - Ausdehnung des Fernwesens und der Radiographie [1]; - Förderung geselliger Zusammenkünfte usw. ...;

4) In allen Ländern Förderung der Bildung von Verbänden, die sich mit der Verschönerung des Landlebens beschäftigen; Ausbildung von Führern auf diesem Gebiet;

Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom wolle sein Büro für wirtschaftliche und soziale Einrichtungen beauftragen, sein Material und seine Studien auf diesem Gebiet zu verstärken, insbesondere dadurch, daß es so bald wie möglich Fachleute hinzuzieht, sodaß

das

---

1) So im französischen Text (Anm.d.Übers.)

das Institut in den Stand gesetzt wird, im Einvernehmen mit der Commission internationale de l'Embellissement de la vie rurale mit größter Tatkraft und Folgerichtigkeit die Werbetätigkeit auf diesem Gebiet auszuüben, insbesondere alle Parlamente zu wirksamen Schritten anzuregen, die in dieser Hinsicht zu tun sind.

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz
XV. Vollversammlung. Berlin 1929.

DRAFT RESOLUTIONS

ADOPTED BY THE AGRICULTURAL COMMISSION OF THE INTERNATIONAL PARLIAMENTARY CONFERENCE AT THE ALGIERS SESSION, FEBRUARY 19th 1929.

(TRADE

In view of the fact that the increasing exodus from the land in several countries constitutes a grave danger to the maintenance, of the whole population, and to their economic and social interests;

The International Parliamentary Conference of Commerce considers that the authorised organisations, such as the International Agricultural Institute in Rome and the International Commission for the Improvement of Rural Life, should elaborate for the use of governments, parliaments and agricultural associations a detailed programme of the most effective measures, to be adapted by the respective countries to thein needs, in order to check this rural exodus,

and that

in the countries in which the danger is not imminent, the necessary preventive measures should be taken.

The International Parliamentary Trade Conference believes that, in view of the opinions of persons who really understand the subject, the attention of the parliaments of the nations interested should at once be directed particularly to the following measures:

1. The encouragement of agricultural production so that capital and labour may be as remunerative in agriculture as in industry and commerce.
2. The organisation, in conjunction with the International Commission of the Groups of Women Farmers and the International Commission for Home, Education and other similar international bodies, of propaganda campaigns with the object of improving agricultural traditional methods, character and mentality by home education.

3. The extension to the country of advantages similar to those which the public services and private initiative provide for the towns, industry and commerce, e.g. a general and professional education as practical as possible, with a view to moulding the habits of the agricultural profession and of rural households, and enabling the rural family to improve the formation of the children's character; the easing of rural manual labour by the application of rationalised methods to agricultural and house work; the development of small home industries and water mains; the improvement of roads; development of the distribution of electric power and light; the extension of the telephone and broadcasting; the development of social recreations, etc.
4. The encouragement in all countries of the formation of associations which take upon themselves the improvement of rural life; the training of leaders in this sphere.

The International Agricultural Institute in Rome should issue instructions to its Bureau of Economic and Social Institutions to intensify its studies and increase its supply of literature in this sphere, and especially enrol the services of specialists as soon as possible, so as to enable the Institute, in conjunction with the International Commission for the Improvement of Rural Life, to conduct with the utmost energy and consistency propaganda campaigns in this direction, especially in suggesting to all parliaments what are the most effective first steps needful.

" hat, und dieser Weg (nämlich der Einheitsfront) notwendig ist, muss man ihn wandern ..... mit dem festen Zutrauen, dass dieser Weg nicht uns, sondern der Sozialdemokratie zum Schaden gereicht .... aus der Ueberzeugung heraus, dass wir sie in unserer Umarmung erdrücken würden" (S.103).

Vor vier Jahren, als die Sitzung der drei Exekutiven in Berlin zusammentrat, konnte man noch annehmen, dass die Exzesse des bolschewistischen Organisationsgedankens eine vorübergehende Erscheinung seien, geboren aus der Not und Gefahr der Zeit ihres noch nicht befestigten Regierungssystems. Heute steht es ausser jedem Zweifel, dass es nur eine taktische Wendung war, die die Berliner Konferenz möglich machte.

In den vier Jahren, die seit der Berliner Konferenz verflossen sind, wurde es immer deutlicher und klarer, dass nicht die Einheit, sondern das Manöver für die Kommunisten das Wesentliche ist, dass es sich ihnen nicht darum handelt, das Weltproletariat zu einigen, sondern auf Kosten der Sozialistischen Parteien die Kommunistische Internationale zu stärken.

Heute übersehen wir die Ereignisse im grossen Zusammenhange. Heute wissen wir, dass 1922 eine neue Periode der bolschewistischen Taktik begann; die Aera der Beschimpfung wurde abgelöst durch die Aera der "Entlarvung", die Aera des Frontalangriffes durch die Aera des Einheitsfrontmanövers. An die Stelle der Erkämpfung des Kommunismus ist die Erschwindelung des Kommunismus getreten.

Die Antwort der Bolschewiki auf den Vorschlag der I.L.P. ist wie zu erwarten war, dass sie sehr gerne zu gemeinsamen Aktionen bereit seien, dass man aber nicht deshalb eine gemeinsame Organisation haben müsse. Die Frage der Beziehung von gemeinsamer Organisation und gemeinsamer Aktion ist die entscheidende, die die wirkliche Einheit von dem Einheitsfrontmanöver trennt. Die I.L.P. hat in ihrem Antrag vollkommen recht, wenn sie das Problem der Einheit der Internationale als das in letzter Instanz entscheidende aufwirft.

Der sozialistische Weg zu gemeinsamer Aktion geht, wie alle sozialistische Arbeit aus von der organisatorischen Grundlage. Mit Ernst und Bedacht organisieren, um im Momente der Aktion gerüstet zu sein. Der bolschewistische Gedanke des Manövers gründet sich auf die Desorganisation. Aktionen desorganisierter Massen sind die geeignete Voraussetzung für Fischzüge im bolschewistischen Parteiinteresse und daher ist es für jeden, der die Zusammenhänge durchschaut, vollkommen klar, dass die Einheit, wenn sie nicht nur ein Manöver, sondern Wirklichkeit werden soll, ausgehen muss von dem ehrlichen Willen, das Organisationsproblem auf dem Boden der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse zu lösen. Diese Voraussetzung fehlt. Die Bolschewiki waren sich von jeher darüber klar, dass die Taktik des Einheitsfrontmanövers nur Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn nicht die gemeinsame Organisation in Frage kommt. Mit aller Klarheit hat ihr vierter Internationaler Kongress (Dezember 1922) erklärt:

" Die Versuche der II. Internationale die Einheitsfront als organisatorische Verschmelzung aller ""Arbeiterparteien"" hinzustellen, sind selbstverständlich auf das entschiedenste zurückzuweisen" (Seite 1014)

Wenige Zeilen später heisst es in der gleichen Resolution: "Ueber die Taktik der Komintern".

"Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Resultate"

Das ist scheinbar ein Widerspruch, aber es handelt sich natürlich nur um "organisatorische Resultate", die den bolschewistischen Parteiinteressen dienstbar gemacht werden können.

Wenn die Bolschewiki vor den Kern des Problems gestellt werden, antworten sie heute mit derselben Konsequenz, wie vor vier Jahren: "Nein, und tausendmal nein!"

x x

x

Das kategorische "Nein" der Bolschewiki gegenüber der organisatorischen Einheit der politischen Internationale gibt auch die entscheidende Aufklärung über ihre Taktik auf dem Gebiet der internationalen Einheit der Gewerkschaften. Ursprünglich war die rote Gewerkschaftsinternationale dazu bestimmt - ganz analog der "Marschroute" der politischen kommunistischen Internationale - im Frontalangriff den Amsterdamer Gewerkschaftsbund niederzuringen. In ihren Aufnahmsbedingungen war statuiert: "Der Abbruch aller Beziehungen mit der gelben Amsterdamer Internationale". Als diese "frontale Attacke" sich als undurchführbar erwies, entschlossen sich die Bolschewiki den Kampf "auf Umwegen" zu führen. Sie übertrugen die "Taktik der Einheitsfront" auf die Gewerkschaften. Aber noch am 5. Kongress der Kommunistischen Internationale im Juli 1924 wies Sinowjew den Gedanken einer organisatorischen Verbindung von Amsterdam mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale weit von sich. Er übergoss mit Hohn und Spott den Gedanken einer "Heirat mit den Amsterdamern" und erklärte, dass jedem, der "eine Heirat mit den Amsterdamern wünschte, die Türe gewiesen werden müsse".

1½ Jahre später hat sich das Bild wieder verwandelt. Die Moskauer sehen nun, dass das Einheitsfrontmanöver allzu durchsichtig ist, wenn sie die organisatorische Einheit offen ablehnen. Und so hat Losowski in seinem Referat über "Die nächsten Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung" auf der Tagung des erweiterten Exekutivkomités der Kommunistischen Internationale am 1. März 1926 sich zu folgender Erklärung veranlasst gesehen:

> " Wir schlagen einen sehr einfachen Weg vor: Auf Grund eines Uebereinkommens zwischen Amsterdam und der RGI. ist ein Weltgewerkschaftskongress einzuberufen, auf dem sämtliche der RGI. und der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Organisationen sowie diejenigen, die ausserhalb der beiden Internationalen stehen, vertreten sein müssen. Um der Arbeiterbewegung grosser Länder einen entsprechenden Einfluss zu sichern, schlagen wir eine Organisation der Vertretungen auf Grund des Verhältnissystems vor. Wir erklären im voraus, dass die RGI. als solche aufhören und sich in der neuen Internationale auflösen wird. Wir erklären ferner, dass, wenn wir in der Minderheit bleiben, wir uns der Disziplin unterordnen und ihm Rahmen der einheitlichen Organisation bleiben werden. Wir machen der Sozialdemokratie den Vorschlag, ihrerseits die gleichen Verpflichtungen zu übernehmen. Beiden Seiten wird freies Agitations- und Propagandarecht innerhalb der einheitlichen Organisation vorbehalten".

Nachdem die rote Gewerkschaftsinternationale gegründet worden war, um die Amsterdamer zu zerstören, nachdem trotz alles Geredes von der Einheit die organisatorische Einheit noch vor kurzem abgelehnt worden war, kommt nun diese neue taktische Wendung Losowskis, der in Worten sich zur Einheit der Organisation und scheinbar sogar zu den Prinzipien der Mehrheitsentscheidung, die die Sozialisten stets vertreten haben, zu bekennen scheint. Aber wer die Geschichte der roten Gewerkschaftsinternationale kennt, der weiss, was von diesem Bekenntnis zur einheitlichen Organisation zu halten ist. Und der Pferdefuss dieses Bekenntnisses ist keineswegs verborgen. Er liegt in dem Satz: "Beiden Seiten wird freies Agitations- und Propagandarecht innerhalb der einheitlichen Organisation vorbehalten". Das scheint so selbstverständlich, aber die Bolschewiki haben die Interpretation, was darunter zu verstehen ist, mit aller Klarheit selbst gegeben und zwar schon in den "Leitsätzen über die Einheitsfront" vom 18.Dezember 1921. Dort heisst es in § 17:

> " Während die Kommunisten sich den Prinzipien der Aktion fügen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig auch während der Aktion ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äussern. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig ".

(Protokoll d. 4. Kongresses der K.I. Seite 1025)

Der alte Grundsatz, in dessen Behauptung alle Erfolge der Arbeiterklasse erstritten wurden, ist: Volle Freiheit der Meinung, Diskussion und Kritik vor und nach der Aktion, aber ebenso volle Konzentrierung auf die Aktion, während sie durchgeführt wird, d.h. bewusster Verzicht auf die Diskussion, die die Aktion nur stören kann.

Dem bolschewistischen Einheitsfrontmanöver dient die Aktion nur als geeignete Gelegenheit für Agitation und Propaganda, um "ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äussern".

Solange die Bolschewiki sich nicht zu der grundlegenden Methode der gemeinsamen Aktion durchzuringen vermögen, wirken sie als Zerstörer der Aktion, als Zerstörer der Organisation, soviel sie auch von "Aktion" und "Einheit" deklamieren mögen. Innerhalb ihrer eigenen Kommunistischen Internationale, innerhalb jeder ihrer kommunistischen Parteien suchen sie mit grösster Strenge den Grundsatz, dass im Moment der Aktion die Diskussion zu ruhen hat, zu verwirklichen. Nur wenn sie sich auf das Manöverfeld der Einheitsfront begeben, verlassen sie den Grundsatz, weil ihnen ihre bolschewistische Agitation wichtiger ist, als alle Aktionen der Gewerkschaften.

Das Bekenntnis Losowskis zur einheitlichen gewerkschaftlichen Internationale entspringt der Tatsache, dass wieder einmal das Einheitsfrontmanöver in einer Sackgasse gelandet ist. Durch zwei Jahre hat man den englischen Gewerkschaften einzureden versucht, dass es sich um die Aufnahme der russischen Gewerkschaften in den Amsterdamer Gewerkschaftsbund handle. Nun ist die Zeit des Manövrierens in dieser Frage vorbei und die Bolschewiki mussten Farbe bekennen. Dies ist schon in dem "Informationsbrief", den das Zentralkomité der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Mitte Januar 1926 "an alle Bruderparteien" sendete, geschehen. Damals wurde "der angeblich beabsichtigte Anschluss der Gewerkschaften der Sowjetunion an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale" als "Konterrevolutionäre Klatscherei bezeichnet. In der Rede, die Sinowjew am 20. Februar 1926 im Erweiterten Exekutivkomité der Kommunistischen Internationale hielt, trat jedoch zutage, dass hinter der "Konterrevolutionären Klatscherei" die drückende Sorge steckte, wie man aus der Sackgasse, in die man durch den Betrug an den englischen Gewerkschaften hineingeraten, einen Ausweg finden solle. Sinowjew erklärte:

- - 18 -

" In diesem Zusammenhange möchte ich noch mit wenigen Worten auf die Frage eingehen, ob ein selbstständiger Beitritt der russischen Gewerkschaften zur Amsterdamer Internationale zulässig ist. Ich warne davor, die Frage der Möglichkeit eines solchen Beitrittes im blossen Landesmasstab zu behandeln. Es liegt hier eine ausgesprochen internationale Frage vor, die nicht allein vom französischen, deutschen, englischen, amerikanischen oder russischen Standpunkt betrachtet werden kann. Gibt es überhaupt ein ausgesprochenes internationales Problem, so ist es dieses. Für das eine oder das andere Land - vielleicht sogar für ein wichtiges Land - mag es bequemer sein, dass die russischen Gewerkschaften sich Amsterdam anschliessen. Stellt man aber die Frage im internationalen Masstab, also für die ganze Kommunistische Internationale, so kann von einem separaten Anschluss der russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale überhaupt nicht die Rede sein. Das, was darüber vom Zentralkomité der KP. der Sowjetunion gesagt worden und was in unseren Thesen aufgenommen worden ist, muss von uns erneut hier bekräftigt werden "

10 Tage nachdem Sinowjew seine "Warnung" ausgesprochen, kam Losowskis Bekenntnis zur "organisatorischen Einheit der Internationale" Es ist also endgültig entschieden, dass das Einheitsfrontmanöver unter der Flagge der Einberufung des Weltkongresses weitergeführt wird und die Idee, die russischen Gewerkschaften als trojanisches Pferd im Dienste der bolschewistischen Gewerkschaftsinternationale zu verwenden, endgültig aufgegeben ist. Damit werden sich nun auch die Bolschewiki in England, das Sinowjew verschämt als das "wichtige Land, dem es bequemer sein mag, dass die russischen Gewerkschaften sich Amsterdam anschliessen" bezeichnet, abfinden müssen.

Genau zur gleichen Zeit, in der gleichen Tagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale wurde die Forderung nach der organisatorischen Einheit der gewerkschaftlichen Internationale erhoben und der Gedanke der organisatorischen Einheit der politischen Internationale mit Vehemenz abgelehnt.

Dieser Widerspruch erklaert sich sehr einfach. Offen warnt die " Prawda " die kommunistischen Parteien davor, " die gewerkschaftliche Frage allzu sehr vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu betrachten " und erklärt, der Zweck der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften müsse " die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse " für den Bolschewismus sein. (Nummer vom 2.März 1926).

Sozialisten und Bolschewisten sind darin einig, dass die Gewerkschaften nicht nur ihre Aufgaben im täglichen Kampf zu erfüllen haben, sondern auch ein wichtiges Instrument für die grossen Zukunftsaufgaben der Arbeiterklasse, bei der Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Aber bei der praktischen Anwendung dieses allgemeinen Grundsatzes scheiden sich sofort die Wege.

Die Sozialisten sind der Ueberzeugung, dass die Gewerkschaften ihre grosse Zukunftsaufgabe ebenso wie die Arbeit im täglichen Kampf am besten erfüllen, wenn sie in vollständiger Selbständigkeit und Autonomie an den Aufgaben arbeiten, die sie sich selbst setzen. Die Bolschewiki dagegen wollen die Gewerkschaften im täglichen Kampf ebenso wie in den grossen Perspektiven ihren politischen Parteiinteressen unterordnen. Die Sozialisten glauben ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie den gewerkschaftlichen Kampf als gute Gewerkschafter dienen, die Bolschewiki setzen alles daran, um sich die Gewerkschaften dienstbar zu machen, um auf Kosten der Gewerkschaften ihre politischen Parteiinteressen zu fördern.

Und so zeigt sich klarer als jemals früher in der Arbeiterbewegung die entscheidende Rolle der politischen Orientierung der Arbeiter für das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung. Der Arbeiter jeder politischen Richtung kann in der Gewerkschaft wirken, wenn er bereit ist, sich bei Erfüllung dieser Aufgabe in erster Linie von den Interessen der Gewerkschaft und nicht von seinen politischen Parteiinteressen leiten zu lassen.

Konfessionelle und bolschewistische Gewerkschaften bestehen als Sondergebilde und vermögen sich nicht der allgemeinen freien Gewerkschaftsbewegung anzugliedern, weil sie immer von dem Gedanken durchdrungen sind, die Gewerkschaften für ihre Sonderzwecke zu benützen, sie ihnen unterzuordnen. Die neue Phase des Manövers der Bolschewiki gründet sich auf die Hoffnung, dass manche Arbeiter nicht durchschauen werden, welche Bedeutung die politische Orientierung auch für das Schicksal der Gewerkschaften selbst hat. Aber sie werden nicht verdunkeln koennen, dass die politische Spaltung das Primäre ist. Die Spaltung der Gewerkschaften erfolgte nur, weil die Kommunisten hofften, die " Rote Gewerkschaftsinternationale " als Hilfsmittel für ihre politischen Zwecke benützen zu koennen. Jetzt, wo sie an Erfolg dieser Methode verzweifeln, suchen sie die Einheit der Gewerkschaftsinternationale als neues Hilfsmittel für ihre politischen Zwecke herzustellen.

So bedeutet die Spaltung der politischen Internationale den ständigen Quell für die Desorganisation der Gewerkschaften. Die Einheit der Gewerkschaften im Land und in der Internationale wird täglich neu in Gefahr kommen, solange die Bolschewiki die Gewerkschaften bloss als eine Schachfigur im Kampfe ihrer politischen Partei ansehen, solange ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, für ihre politische Partei auf Kosten der Gewerkschaften Eroberungen zu machen.

Die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wäre sofort verwirklicht, wenn sich die Bolschewiki in ehrliche Gewerkschafter verwandeln wollten, wenn sie bekennen würden, dass die Grundsätze der gemeinsamen Aktion, die sie innerhalb ihrer eigenen Partei anwenden, auch im gewerkschaftlichen Kampf gelten müssen. Wenn sie darauf verzichten wollten, von ihrer Partei kommandierte organisierte Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften zu bilden und sie für rein parteipolitische Zwecke zu benutzen.

Aber leider ist von ihnen nicht einmal ein Lippenbekenntnis in dieser Richtung zu erwarten. Die Bolschewiki wollen die Parole der gewerkschaftlichen Einheit auch weiter bloss als einen Hebel der Desorganisation benützen; die Einheit der internationalen Spitzenorganisation nur benützen, um den Bruderkampf in jede einzelne Gewerkschaft, in jeden einzelnen Betrieb zu tragen.

Die Antwort aus Moskau auf den Vorschlag der I.L.P. zeigt, dass die Bolschewiki den Bruderkampf in der Arbeiterschaft fortführen wollen. Sie zeigt damit, dass die Bolschewiki auch die Einheit der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation nicht als Mittel der Einigung der Arbeiterklasse wollen, sondern als Mittel zur Fortführung des Imfon-Kampfes.

x x

x

In den Gründen, die die I.L.P. für ihren Vorschlag, eine gemeinsame Konferenz der sozialistischen Arbeiterinternationale und der Kommunistischen Internationale zu veranstalten, anführt, heisst es :

" Die Kommunistische Partei Russlands hat wiederholt ihre Bereitwilligkeit gezeigt, ihre Politik gemäss den geänderten Umständen zu ändern, z.B. NEP.... Tomskis letzte Rede über gewerkschaftliche Einheit zeigt, dass eine Aenderung in der Haltung im wirtschaftlichen Zweig der Internationale eingetreten ist. Sinowjew und der extreme Flügel der Führer der III. Internationale haben in letzter Zeit in Russland an Einfluss verloren. "

In diesen Sätzen ist tatsächlich der springende Punkt für das Problem der organisatorischen Einheit der Internationale berührt. Es kommt wirklich auf die Wandlung in Moskau an. Die ist möglich in zweierlei Richtung. Entweder als Wandlung der Auffassung der herrschenden Klique in Moskau oder indem an Stelle der Sinowjews ein anderer Teil der bolschewistischen Partei in der Kommunistischen Internationale die Führung erlangt. Die entscheidende Frage ist, dass die bolschewistische Organisationsidee, die unter den gegenwärtigen Umständen nur Schaden bringt, aufgehoben wird.

Die Bekehrung Loswskis zur organisatorischen Einheit der Gewerkschaftsinternationale kann für uns, wie wir oben gezeigt haben, nicht als Beweis einer wirklichen Sinnesänderung angesehen werden. Tomski ist etwas geschickter als Lusowski, aber es ist kein Zweifel, dass Moskau jetzt sich zu der Taktik entschlossen, die schon in den Thesen des 5. Kongresses (1924) zur Debatte gestellt wurden und nun in Losowskis Rede offen proklamiert wurden. Bei Tomski ebenso wie bei Losowski handelt es sich immer nur um Arbeit im höheren Dienste der politischen Interessen der Kommunistischen Internationale. Auf die Frage der Einheit der politischen Internationale werden sie mit derselben Entschiedenheit mit " nein " antworten, wie Sinowjew selbst.

Richtig ist, dass Sinowjew in der letzten Zeit in Russland an Einfluss verloren hat. Er ist der wirkliche Vertreter der bolschewistischen Ideologie, der sich klar ist, dass das ganze russische Experiment nur im Zusammenhang mit der Weltrevolution Sinn haben konnte. Er klammert sich an die Lebenslüge der unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution, weil er weiss, dass nur durch sie seine Politik überhaupt in den Bereich des für ihn selbst Rechtfertigbaren treten könnte. Den Vertretern der bolschewistischen Ideologie treten immer schärfer entgegen die Vertreter der russischen Wirklichkeit. Sie, die um Stalin geschart sind, haben das Bedürfnis, dieser russischen Wirklichkeit etwas Sozialistisches anzuschminken und wo dies nicht gelingt, die traurige Wirklichkeit als Sozialismus auszugeben. Der Kampf zwischen den beiden Richtungen ist unzweifelhaft und jede der beiden Richtungen hat recht in der Kritik der ihr gegenüberstehenden. Sinowjew hat recht, dass Stalin den Boden der Leninschen Ideologie verlassen hat und Stalin hat recht, dass Sinowjew den Boden der wirklichen Tatsachen und der historischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Epoche verloren hat.

Wir sind mit der I.L.P. einer Meinung, dass die Entwicklung der Gegensätze in der russischen kommunistischen Partei und in der kommunistischen Internationale von der höchsten Bedeutung ist und genauester Beobachtung bedarf. Aber die Schlussfolgerung der I.L.P., dass sich aus diesen Gegensätzen schon heute irgendwelche praktische Folgerungen für eine Annäherung der kommunistischen und der sozialistischen Internationale ergeben könnten, ist durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigt. Je mehr die Vertreter der russischen Wirklichkeit gegenüber Sinowjew recht behalten, umso weniger werden sie heute bereit sein, sich den Kampf zu erschweren durch die Herausforderung des Widerstandes der Träger der echten Leninschen Ideologie. In deren Geist wird die kommunistische Internationale zunächst weiter geführt und damit haben wir zu rechnen.

Wir sind überzeugt, dass der tatsächliche Gang der Entwicklung die der kommunistischen Internationale folgenden Arbeiter immer mehr zur Erkenntnis führen wird, dass die Beendigung des die Kräfte der Arbeiterklasse zersplitternden Kampfes, den die kommunistische Internationale gegen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften aller Länder führt, ein Lebensinteresse der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Wir sind überzeugt, dass auch in Russland der Tag kommen wird, wo der Wahnsinn des Systems, dass eine einzige Partei das ausschliessliche Monopol auf politische Betätigung in Händen hält und mit diktatorischen Mitteln sozialistische Parteien unterdrückt, ein Ende finden wird.

Erst wenn sozialistische Parteien auf Grund des freien Bekenntnisses der Ueberzeugung der klassenbewussten Arbeiter legal, ohne Terrorakten ausgesetzt zu sein, sich in der Sowjetunion politisch betätigen können, erst dann wird der Moment gekommen sein, wo die Diskussion der Probleme der grossen Gegensätze der Prinzipien und der Taktik des Proletariats mit irgend einer Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann.

Die sicherste Bürgschaft aber, dass dem entsetzlichen Kräfteverbrauch der Arbeiterklasse, der in den Spaltungen begründet ist, Einhalt getan wird, liegt in dem stetigen und unbeirrbaren Fortschritt des Aufbaues der Sozialistischen Arbeiter- Internationale. Je kräftiger sie wird, umso näher ist der Tag, wo das Weltproletariat wieder vereinigt sein wird in einer allumfassenden Internationale.

Кабінет Міністерства

Закордонних (Польща)

1922

11. Ministerstwo Kolei Żelaznych.

WYKAZ SUMARYCZNY PRACOWNIKÓW STAŁYCH (ETATOWYCH I NIEETATOWYCH), ORAZ NIESTAŁYCH (SEZONOWYCH, P

DYREKCJA	PRACOWNICY STALI																																			P		
	ETATOWI											NIEETATOWI											RAZEM											SEZO		
Rozdział	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A
Warszawa	2176	2019	9063	2928	3639	446	1236	284	86	151	22028	2	3036	400	—	1794	6157	262	1075	—	—	12726	2178	5055	9463	2928	5433	6603	1498	1359	86	151	34754	11	3231	179
Radom	1278	2306	3228	1385	2218	281	629	194	—	35	11554	38	1045	589	309	319	4234	209	260	—	60	7063	1316	3351	3817	1694	2537	4515	838	454	—	95	18617	5	1907	150
Wilno	1663	2076	4104	1677	4720	399	1209	451	31	131	16461	—	3290	115	—	218	5187	—	854	7	34	9705	1663	5366	4219	1677	4938	5586	1209	1305	38	165	26166	46	2761	300
Poznań	488	716	2948	1033	1106	208	92	23	—	—	6614	167	3885	2821	600	1432	3968	144	215	—	—	13232	655	4601	5769	1633	2538	4176	236	238	—	—	19846	—	619	—
Gdańsk	265	427	1909	571	753	76	89	24	—	3	4117	159	3435	3185	716	1845	2959	144	239	—	32	12714	424	3862	5094	1287	2598	3035	233	263	—	35	16831	30	666	20
Kraków	602	1148	3302	1877	1605	940	64	30	—	35	9603	253	2680	3094	561	2314	2245	76	67	—	28	11318	855	3828	6396	2438	3919	3185	140	97	—	63	20921	—	576	—
Lwów	568	1089	2786	1277	1075	1269	80	63	—	—	8207	153	3200	2683	716	1447	2241	104	126	—	—	10670	721	4289	5469	1993	2522	3510	184	189	—	—	18877	—	324	27
Stanisławów	369	623	885	601	552	798	81	33	—	—	3942	102	1928	1136	233	605	651	44	43	—	—	4742	471	2551	2021	834	1157	1449	125	76	—	—	8684	5	198	50
Razem . .	7409	10404	28225	11349	15668	4417	3480	1102	117	355	82526	874	22499	14023	3135	9974	27642	983	2879	7	154	82170	8283	32903	42248	14484	25642	32059	4463	3981	124	509	164696	97	10282	726

11. Ministerstwo Kolei Żelaznych.

TABELA E.

CH), ORAZ NIESTAŁYCH (SEZONOWYCH, PRZEJŚCIOWYCH I KONTRAKTOWYCH) LINJI NORMALNO- I WĄSKOTOROWYCH.

A Z E M							PRACOWNICY NIESTALI																		OGÓLNA ILOŚĆ PRACOWNIKÓW STAŁYCH I NIESTAŁYCH										
							SEZONOWI I PRZEJŚCIOWI										KONTRAKTOWI																		
4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem
5433	6603	1498	1359	86	151	34754	11	3231	179	40	160	250	183	155	40	80	4329	51	—	—	—	—	—	—	—	—	100	151	2240	8286	9642	2968	5593	6853	1681	1514	126	331	39234
2537	4515	838	454	—	95	18617	5	1907	150	25	54	90	283	120	—	—	2634	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	1364	5258	3967	1719	2591	4605	1121	574	—	95	21294
4938	5586	1209	1305	38	165	26166	46	2761	300	14	50	—	375	500	—	—	4046	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	1728	8127	4519	1691	4988	5586	1584	1805	38	165	30231
2538	4176	236	238	—	—	19846	—	619	—	—	530	200	—	—	—	—	1349	31	—	15	—	—	232	—	—	—	—	278	686	5220	5784	1633	3068	4608	236	238	—	—	21473
2598	3035	233	263	—	35	16831	30	666	20	—	30	209	—	84	—	—	1039	8	—	5	—	—	—	—	—	—	—	13	462	4528	5119	1287	2628	3244	233	347	—	35	17883
3919	3185	140	97	—	63	20921	—	576	—	—	—	691	—	1	—	—	1268	—	—	—	—	1	5	—	—	—	—	6	855	4404	6396	2438	3920	3881	140	98	—	63	22195
2522	3510	184	189	—	—	18877	—	324	27	—	60	250	10	120	—	—	791	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	721	4613	5496	1993	2582	3760	194	309	—	—	19668
1157	1449	125	76	—	—	8684	5	198	50	—	120	100	16	12	—	—	501	7	—	1	—	—	—	—	—	—	—	8	483	2749	2072	834	1277	1549	141	88	—	—	9193
25642	32059	4463	3981	124	509	164696	97	10282	726	79	1004	1790	867	992	40	80	15957	159	—	21	—	1	237	—	—	—	100	518	8539	43185	42995	14563	26647	34086	5330	4973	164	689	181171

WYKAZ ILOŚCI PRACOWNIKÓW NIEETATOWYCH (STAŁYCH) WE WSZYSTKICH DYREKCJAC

KOLEJE NORMALNOTO

ILOŚĆ PRACOWNIKÓW WE

Stopień płacy	WARSZAWA											RADOM											WILNO										
Rozdział	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	—	50	—	—	7	625	25	—	—	—	707	—	—	—	—	—	149	—	—	—	—	149	—	—	—	—	—	158	—	—	—	—	158
9	—	58	—	—	22	1544	67	—	—	—	1691	—	45	—	—	—	697	85	—	—	—	827	—	—	—	—	—	668	—	—	—	—	668
10	—	152	—	—	43	1918	70	—	—	—	2183	—	105	—	—	—	916	35	—	—	—	1056	—	121	—	—	—	844	—	3	—	—	968
11	—	437	9	—	99	685	20	—	—	—	1250	—	150	—	—	—	686	17	11	—	—	864	—	323	—	—	—	733	—	4	—	—	1060
12	—	2051	3	—	286	116	21	3	—	—	2480	—	15	—	—	35	127	14	49	—	—	240	—	124	—	—	—	625	—	6	—	—	755
13	—	—	20	—	309	472	33	258	—	—	1092	7	180	366	100	120	498	21	150	—	—	1442	—	1677	—	—	64	885	—	122	—	—	2748
14	—	—	87	—	569	461	2	713	—	—	1832	28	369	—	100	151	411	15	40	—	—	1114	—	905	115	—	105	414	—	540	—	—	2079
15	—	—	160	—	185	72	7	73	—	—	497	—	—	198	109	—	416	22	10	—	60	815	—	—	—	—	49	460	—	179	7	34	729
Suma	—	2748	279	—	1520	5893	245	1047	—	—	11732	35	864	564	309	306	3900	209	260	—	60	6507	—	3150	115	—	218	4787	—	854	7	34	9165

Stopień płacy	POZNAŃ											GDAŃSK											
Rozdział	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	15	—	—	—	—	2	—	—	—	—	18	—
9	—	10	—	—	20	580	3	—	—	—	614	31	54	83	—	36	282	—	4	—	3	493	—
10	5	50	—	13	271	1650	26	1	—	—	2016	14	34	183	—	528	994	24	6	—	7	1790	87
11	7	289	338	15	54	483	10	13	—	—	1209	10	356	367	2	176	704	28	—	—	3	1646	119
12	75	381	1712	544	798	734	13	103	—	—	4360	39	385	1475	525	625	424	25	77	—	10	3685	—
13	74	1363	556	28	243	467	89	90	—	—	2910	47	1205	538	43	292	414	49	101	—	8	2697	9
14	5	1622	172	—	33	49	3	6	—	—	1890	1	824	268	23	77	51	11	6	—	—	1261	15
15	—	169	43	—	13	5	—	2	—	—	232	2	577	271	23	111	88	7	45	—	—	1124	23
Suma	167	3885	2821	600	1432	3968	144	215	—	—	13232	159	3435	3185	716	1845	2959	144	239	—	32	12714	253

KOLEJE WĄSKOTOR

1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9	—	—	—	—	19	42	—	—	—	—	61	—	1	—	—	—	40	—	—	—	—	41	—	—	—	—	—	68	—	—	—	—	68
10	—	18	19	—	83	101	2	—	—	—	223	—	8	20	—	—	76	—	—	—	—	104	—	10	—	—	—	129	—	—	—	—	139
11	—	6	30	—	71	75	4	—	—	—	186	—	11	—	—	—	63	—	—	—	—	74	—	20	—	—	—	118	—	—	—	—	138
12	—	6	16	—	6	2	1	—	—	—	31	—	6	5	—	—	25	—	—	—	—	36	—	50	—	—	—	50	—	—	—	—	100
13	1	258	40	—	68	29	3	—	—	—	399	—	36	—	—	—	29	—	—	—	—	65	—	30	—	—	—	8	—	—	—	—	38
14	1	—	16	—	—	—	—	12	—	—	29	3	77	—	—	13	58	—	—	—	—	151	—	15	—	—	—	27	—	—	—	—	42
15	—	—	—	—	27	15	7	16	—	—	65	—	42	—	—	—	43	—	—	—	—	85	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	15
Suma	2	288	121	—	274	264	17	28	—	—	994	3	181	25	—	13	334	—	—	—	—	556	—	140	—	—	—	400	—	—	—	—	540

OGÓLNE ZESTAWIE

Razem	2	3036	400	—	1794	6157	262	1075	—	—	12726	38	1045	589	309	319	4234	209	260	—	60	7063	—	3290	115	—	218	5187	—	854	7	34	9705

Razem	167	3885	2821	600	1432	3968	144	215	—	—	13232	159	3435	3185	716	1845	2959	144	239	—	32	12714	253

ROZDZIAŁY OZNACZAJĄ : 1 Służba centralna, 2 Służba drogowa, 3A Służba ruchu stacyjna, 3B Służba ruchu konduktorska, 4 Służba trakcji, 5 Służba warsztatowa, 6 Służba elektrotechniczna, 7 Służba zasobów, 8A

11. Ministerstwo Kolei Żelaznych.

TABELA D.

H) WE WSZYSTKICH DYREKCJACH KOLEI PAŃSTWOWYCH NA ROK OBRACHUNKOWY 1922.

E NORMALNOTOROWE.

N I K Ó W		GDAŃSK.											KRAKÓW										
B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem	1	2	3A	3B	4	5	6	7	8A	8B	Razem
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

11. Ministerstwo Kolei Żelaznych.

TABELA G.

WYKAZ

ilości węgla na potrzeby eksploatacji kolei państwowych według preliminarza na rok 1922.

Dział	Rozdział	Paragraf	Pozycja	TREŚĆ	Razem ilość węgla tonn	Koszt węgla, licząc po 12.000 mk. za 1 tonnę	Uwagi
1	1	3	2	Opał w biurach . . .	327·0	3,924.000	
2	1	10	4	„ „ „ . . .	3.912·6	46,951.200	
	2	10	4	„ „ „ . . .	3.395·4	40,744.800	
	3A	10	4	„ „ „ . . .	28.920·0	347,040.000	
		17		„ „ „ . . .	4·8	57.600	
	3B	12		„ „ „ . . .	2.000·0	24,000.000	
	4	10	4	„ „ „ . . .	872·4	10,468.800	
		11		Opał w parowozowniach i domach noclegowych	4.966·5	59,598.000	
		13		Paliwo dla parowozów .	3,074.168·0	36.890,016.000	
		16	1	Paliwo dla wodociągów	61.886·1	742,633.200	
		17		Paliwo dla wagonów .	9.058·8	108,705.600	
		21	1	Opał w gazowniach . .	14·4	172.800	
		21	3	Węgiel dla gazowni . .	1.875·0	22,500.000	
	5	10	4	Opał w biurach . . .	459·6	5,515.200	
		11		Opał w warsztatach . .	3.881·3	46,575.600	
		13		Opał dla ruchu silni warsztatowych . . .	13.071·5	156,858.000	
	6	10	4	Opał w biurach . . .	474·0	5,688.000	
		18	1	Opał w elektrowniach .	100·8	1,209.600	
		18	3	Paliwo dla eksploatacji elektrowni	39.547·1	474,565.200	
		22	1	Opał w warsztatach elektrotechnicznych .	174.8	2,097.600	
		22	3	Paliwo dla eksploatacji warsztatów elektrotechnicznych. . . .	168·0	2,520.000	Węgiel kowalski liczono po 15000 mk. za 1 tonnę.
	7	10	4	Opał w biurach . . .	893·5	10,722.000	
	8A	10	4	„ „ „ . . .	28·8	345.600	
	8B	10	4	„ „ „ . . .	122·4	1,468.800	
				Razem . . .	3,250.322·8	39.004,377.600	

Wykaz preliminowanej ilości pracowników kolejowych w stosunku do eksploatacyjnej długości linji kolejowych i preliminowanego przebiegu taboru na rok 1922.

DYREKCJE	Długość eksploatacyjna linji w kilometrach	Pracownicy stali						Pracownicy niestali				Ogółem (7+11)	Na 100 kilometrów długości linji	Z ogólnej liczby pracowników (rubryka 13) przypada:					
		etatowi		nieetatowi		razem		przejściowi, sezonowi i t. p.	kontraktowi	razem (9+10)	na 100 klm.			według przebiegu parowozów	na 100 parowozo-kilometrów	według przebiegu pociągów	na 100 pociągo-kilometr.	według przebiegu osi wagonów	na 10.000 osio-kilometrów wagonów
		ilość	na 100 klm.	ilość	na 100 klm.	ilość	na 100 klm.	ilość	ilość										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
K O L E J E N O R M A L N O T O R O W E:																			
Warszawska . . .	1.203·67	20.691	1.718·99	11.732	974·69	32.423	2.693·68	3.296	125	3.421	284·21	35.844	2.977·89	20,389.000	0·18	14,511.000	0·25	944,183.000	0·38
Radomska . . .	2.109·10	10.880	515·86	6.507	308·52	17.387	824·38	2.010	43	2.053	97·34	19.440	921·72	11,509.000	0·17	8,224.000	0·24	387,683.000	0·50
Wileńska . . . ,	3.906·23	15.647	400·56	9.165	234·63	24.812	635·19	3.696	19	3.715	95·10	28.527	730·29	12,337.000	0·23	9,836.000	0·29	516,946.000	0·55
Poznańska . . .	2.312·13	6.614	286·05	13.232	572·29	19.846	858·34	1.349	278	1.627	70·37	21.473	928·71	12,792.000	0·17	9,000.000	0·24	415,000.000	0·52
Gdańska	1.819 93	4.117	226·22	12.714	698·60	16.831	924·82	1.039	13	1.052	57·80	17.883	982·62	11,330.000	0·16	7,823.000	0·23	323,779.000	0·55
Krakowska . . .	1.458·13	9.603	667·74	11.318	786·99	20.921	1.454·73	1.268	6	1.274	88·59	22.195	1.543·32	15,145.000	0·15	10,306.000	0·21	483,810.000	0·46
Lwowska	1.979·22	8.207	414·66	10.670	539·10	18.877	953·76	791	—	791	39·96	19.668	993·72	13,984.000	0·14	9,379.000	0·21	394,172.000	0·50
Stanisławowska .	1.124·17	3.942	350·66	4.742	421·82	8.684	772·48	501	8	509	45·28	9.193	817·76	5,990.000	0·15	4,226.000	0·22	133,588.000	0·69
Razem . .	15.892·58	79.701	501·50	80.080	503·88	159.781	1.005·38	13.950	492	14.442	90·87	174.223	1.096·25	103,476.000	0·17	73,305.000	0 24	3.599,161.000	0·48
K O L E J E W Ą S K O T O R O W E:																			
Warszawska . .	1.013·00	1.337	131·98	994	98·12	2.331	230·10	1.033	26	1.059	104·54	3.390	334·65	1,850.000	0·18	1,700.000	0·20	40,800.000	0·83
Radomska . . .	779·00	674	86·52	556	71·37	1.230	157·89	624	—	624	80·11	1.854	238·00	920.000	0·20	800.000	0·23	19,200.000	0·96
Wileńska	988·00	814	82·39	540	54·66	1.354	137·05	350	—	350	35·42	1.704	172·00	1,630.000	0·10	1,500.000	0·11	36,000.000	0·47
Razem . .	2.780·00	2.825	101·62	2.090	75·18	4.915	176·80	2.007	26	2.033	73·13	6.948	249·93	4,400.000	0·16	4,000.000	0·17	96,000.000	0·72
Ogółem .	18.672·58	82.526	441·96	82.170	440 06	164.696	882·02	15.957	518	16.475	88·23	181.171	970·25	107,876.000	0·17	77,305.000	0·23	3.695,161.000	0·49

SPROSTOWANIA.

Strona	Wiersz	Rubr.	Wydrukowano:	Winno być:
4,6	w odsyłaczu		patrz „Przegląd Ogólny" — str. 1.	patrz „Przegląd Ogólny"—str. 3.
12	w tytule		(c. d.).	(dok.).
12	19 od dołu	3	3431	3434
12	„ „ „	6	288	285
12	18 „ „	3	904	906
12	„ „ „	6	227	225
12	14 „ „	3	97	98
12	„ „ „	6	1	—
12	9 „ „	3	2916	2906
12	„ „ „	6	61	71
12	8 „ „	3	152	149
12	„ „ „	6	14	17
12	7 „ „	3	667	663
12	„ „ „	6	24	28
12	6 „ „	3	1038	1036
12	„ „ „	6	10	12
12	5 „ „	3	661	660
12	„ „ „	6	9	10
12	4 „ „	3	282	281
12	„ „ „	6	1	2
12	1 „ „	3	4	5
12	„ „ „	6	2	1
19	w tytule		—	(c. d.).
21	w tytule		—	(c. d.).
23	„		„	„
25	„		„	„
27	„		„	„
29	„		„	„
31	„		„	„
33	„		„	„
35	„		„	„
37	„		„	(dok.).
38—39	„		Woj. Poleskie	Tablica VII. Ludność według wyznania religijnego, wykształcenia i wieku (c. d.). Woj. Poleskie.
40—41	„		„	„
42—43	„		„	„
44—45	„		„	„
46—47	„		„	„
50	„		(c. d.).	—
64	2 od góry	1	—	I. Wiek
65	w tytule		(c. d.).	—
71	„		—	(dok.).
72	„		„	„
93	18 od góry	9	743	748
250	37 „		42. Bez bliższego okleślenia zawodu	42. Bez bliższego określenia zawodu

Tablica XXII.

WYDRUKOWANO:

Strona	Znak zawodu subjektywnego	Płeć	Ogółem	Rolnictwo, hodowla, ogrodnictwo i rybactwo	Leśnictwo i łowiectwo	Gaz, woda i elektryczność	Handel towarowy	Spółdzielnie, związki, hurtownie spółdzielcze (z wyjątkiem spółdz. kredyt.)	Poczta, telegraf, telefony	Koleje żelazne i kolejki oraz tramwaje miejskie	Bezrobotni oraz osoby przebywające w więzieniach, szpitalach, zakładach nauk. prócz utrzymywanych członków rodzin
		r	451540	451472							
210	010	m	225468	225411							
		k	226072	226061							
		r	307	305							
210	011	m	214	212							
		k	93	93							
		r	953						1		
210	046	m	951						1		
		k									
		r	126				1		5		
212	053	m	126				1		5		
		k									
		r	140			20					
212	054	m	140			20					
		k									
		r	73			13					
218	161	m	73			13					
		k									
		r	5483			10					
218	180	m	3698			10					
		k									
		r	9306				8751				
218	200	m	6855				6502				
		k	2451				2249				
		r	289				176	30			
218	202	m	187				135	25			
		k	102				41				
		r	1310							1307	
218	220	m	1184							1181	
		k									

WINNO BYĆ:

Ogółem	Rolnictwo, hodowla, ogrodnictwo i rybactwo	Leśnictwo i łowiectwo	Gaz, woda i elektryczność	Handel towarowy	Spółdzielnie, związki, hurtownie spółdzielcze (z wyjątkiem spółdz. kredyt.)	Poczta, telegraf, telefony	Koleje żelazne i kolejki oraz tramwaje miejskie	Bezrobotni oraz osoby przebywające w więzieniach, szpitalach, zakładach nauk. prócz utrzymywanych członków rodzin
451531	451463							
225460	225403							
226071	226060							
316	314							
222	220							
94	94							
952						—		
950						—		
129				3		6		
129				3		6		
148			28					
148			28					
62			2					
62			2					
5486			13					
3701			13					
9276				8721				
6832				6479				
2444				2242				
320				204	33			
211				156	28			
109				48				
1256							1253	
1130							1127	

Tablica XXII (c. d.).

WYDRUKOWANO:

Strona	Znak zawodu subjektywnego	Płeć	Ogółem	Rolnictwo, hodowla, ogrodnictwo i rybactwo	Leśnictwo i łowiectwo	Gaz, woda i elektryczność	Handel towarowy	Spółdzielnie, związki, hurtownie spółdzielcze (z wyjątkiem spółdz. kredyt.)	Poczta, telegraf, telefony	Koleje żelazne i kolejki oraz tramwaje miejskie	Bezrobotni oraz osoby przebywające w więzieniach, szpitalach, zakładach nauk. prócz utrzymywanych członków rodzin
		r	237							237	
220	228	m	237							237	
		k									
		r	682	87	41						
220	310	m	527	77	36						
		k	155	10	5						
		r	402	188	13						
220	311	m	375	184	13						
		k									
		r	121	14	24						
222	320	m									
		k	35	7	—						
		r	717					12			
228	512	m	693					12			
		k									
		r	2048								2048
228	600	m	849								849
		k	1199								1199
		r	746								746
228	601	m	312								312
		k	434								434
		r	50								50
228	602	m	33								33
		k	17								17
		r	671								671
228	604	m									
		k	394								394
		r	487								487
228	610	m	207								207
		k	280								280

WINNO BYĆ:

Ogółem	Rolnictwo, hodowla, ogrodnictwo i rybactwo	Leśnictwo i łowiectwo	Gaz, woda i elektryczność	Handel towarowy	Spółdzielnie związki, hurtownie spółdzielcze (z wyjątkiem spółdz. kredyt.)	Poczta, telegraf, telefony	Koleje żelazne i kolejki oraz tramwaje miejskie	Bezrobotni oraz osoby przebywające w więzieniach, szpitalach, zakładach nauk. prócz utrzymywanych członków rodzin
291							291	
291							291	
633	47	32						
482	40	28						
151	7	4						
447	225	21						
420	221	21						
125	17	25						
39	10	1						
714					9			
690					9			
1987								1987
823								823
1164								1164
787								787
330								330
457								457
53								53
34								34
19								19
672								672
395								395
503								503
214								214
289								289

Tablica XXIII.

WYDRUKOWANO:

Strona	Nr. gałęzi zawodu objektywnego	Znak zawodu subjektywnego	Ogółem			Personel pracowniczy i nadzorczy			Robotnicy			Niewiadome stanowisko społeczne		
			r	m	k	r	m	k	r	m	k	r	m	k
230	1	010	451472	225411	226061				16139	9327	6812			
„		011	305	212	93				79	74	5			
„		310	87	77	10	86	76	10						
„		311	188	184		188	184							
„		320	14		7	14		7						
231	2	310	41	36	5	41	36	5						
„		311	13	13		13	13							
„		320	24		—	24		—						
237	18	054	20	20					20	20				
„		161	13	13					13	13				
„		180	10	10					10	10				
239	20	053	1	1					1	1				
„		200	8751	6502	2249				57	48	9			
„		202	225	150	75				176	135	41			
„	21	202	30	25					30	25				
240		512	12	12					12	12				
241	26	046	1	1					1	1				
„		053	5	5					4	4				
242	27	220	1307	1181					740	740				
„		228	237	237					237	237				
250	41	600	2048	849	1199							2048	849	1199
„		601	746	312	434							746	312	434
„		602	50	33	17							50	33	17
„		604	671		394							671		394
„		610	487	207	280							487	207	280

WINNO BYĆ:

Ogółem			Personel pracowniczy i nadzorczy			Robotnicy			Niewiadome stanowisko społeczne		
r	m	k	r	m	k	r	m	k	r	m	k
451463	225403	226060				16130	9319	6811			
314	220	94				88	82	6			
47	40	7	46	39	7						
225	221		225	221							
17		10	17		10						
32	28	4	32	28	4						
21	21		21	21							
25		1	25		1						
28	28					28	28				
2	2					2	2				
13	13					13	13				
3	3					3	3				
8721	6479	2242				27	25	2			
253	171	82				204	156	48			
33	28					33	28				
9	9					9	9				
—	—					—	—				
6	6					5	5				
1253	1127					686	686				
291	291					291	291				
1987	823	1164							1987	823	1164
787	330	457							787	330	457
53	34	19							53	34	19
672		395							672		395
503	214	289							503	214	289

Związek Celowy Powiatów Śląskich dla eksploatacji kamieniołomów

Zarząd: Katowice, ul. Marsz. Piłsudskiego 45, telefon 305-76

Zakłady: Kamieniołomy granitu „Puhacz" i „Kamienne" w Klesowie, woj. Wołyńskie

Dostarcza

z własnych eksploatacji materiały kamienne granitowe

a) **Dla celów drogowych:** krawężniki, kostkę brukową regularną i nieregularną, tłuczeń drogowy i kolejowy, szlachetne grysy granulowane do betonów, asfaltowań i smołowań, grysy niegranulowane oraz gotową masę bitumiczną dla wykonania dywaników i makadamów smołowych i asfaltowych; b) **Dla celów budowlanych:** bloki, płyty, stopnie, krawężniki itp.

Roczna produkcja 500.000 ton

46p

POLSKIE BIURO PODRÓŻY ORBIS

ZARZĄD: WARSZAWA, OSSOLIŃSKICH 8. TEL. 547-55
ODDZIAŁ GŁÓWNY: MARSZAŁKOWSKA 98, TEL. 999-49

PONAD 100 PLACÓWEK
W KRAJU I ZAGRANICĄ

PODRÓŻNI I TURYŚCI KORZYSTAJĄCY Z USŁUG ORBISU

OTRZYMUJĄ INFORMACJE BEZPŁATNIE
PODRÓŻUJĄ NAJTANIEJ i BEZ KŁOPOTÓW
ODBYWAJĄ NAJPIĘKNIEJSZE WYCIECZKI
LĄDOWE, MORSKIE i POWIETRZNE

40

ARKADY

WYTWORNY MIESIĘCZNIK
POŚWIĘCONY SZTUCE
W ŻYCIU I PRZEMYŚLE

CENA ZŁ 3.–

Redakcja: Warszawa, ul. Krak. Przedm. 5, telef. 279-18
Administracja: Warszawa, ul. Miodowa 22, tel. 11-80-15

24c

TISCHORDNUNG ZUM ABENDESSEN

AUS ANLASS DER TAGUNG DER INTERNATIONALEN PARLAMENTARISCHEN HANDELSKONFERENZ

AM 24. SEPTEMBER 1929

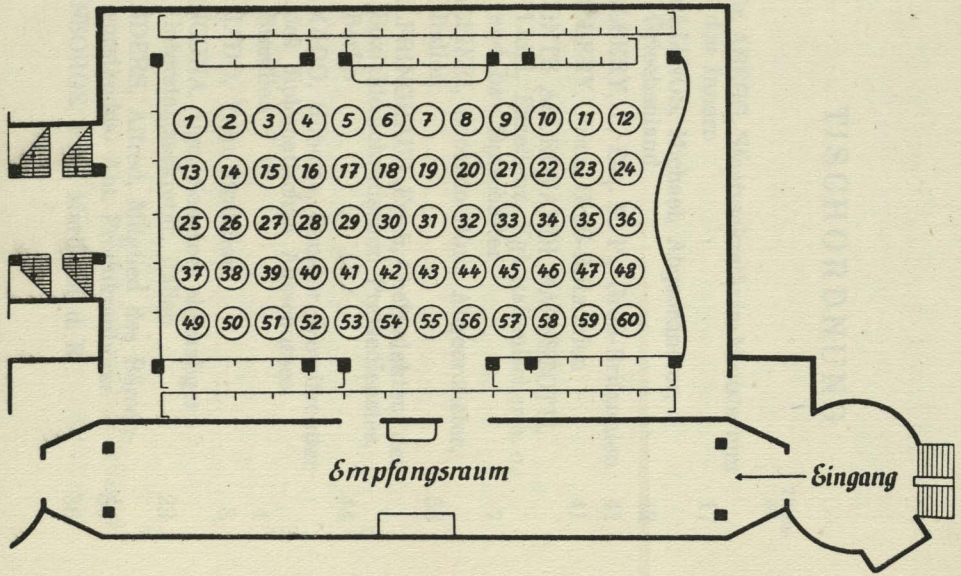
INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU BERLIN

243

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU BERLIN

TISCHORDNUNG

INTERNATIONALE
PARLAMENTARISCHE HANDELSKONFERENZ
24. SEPTEMBER 1929


1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24
25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48
49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60
Empfangsraum
Eingang

TISCHORDNUNG

	Tisch-Nr.
Dr. ABEGG, Staatssekretär im Ministerium des Innern	17
AILIANOS, Michael, Abgeordneter, Griechenland	42
ALBERY, I., Esq. M. P., Groß-Britannien	41
ALBERY, Frau, Groß-Britannien	41
CONTE ALDROVANDI MARESCOTTI, Luigi, Exzellenz, Kgl. Italienischer a. o. und bev. Botschafter	7
ALFIERI, Edoardo Dino, Abgeordneter, Italien	56
ALFRINGHAUS, Erich, Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, Berlin	44
AMADO, Gilberto, Senator, Vorsitzender des diplomatischen Ausschusses, Brasilien	4
AMADO, Frau, Brasilien	8
ANCONA, Ugo, Senator, ehemaliger Unterstaatssekretär, Italien	23
ANDERS, Alfred, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	55
ANSORGE, Frau Marie, M. d. R.	36

	Tisch-Nr.
Dr. ANZE SORIA, Exzellenz, Carlos, Bolivianischer a. o. Gesandter und bev. Minister	9
Baron ARIJI, Tôsaburô, Mitglied des Herrenhauses, Japan	38
ARONS, Georg	59
ARTICUS, Präsident der Reichsschuldenverwaltung	4
BACH, Gerson, Direktor	50
BADEMÜHLEN	50
Dr. BAENSCH	60
BAIE, Eugène, Generalsekretär der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz, Präsident des Internationalen Handelsinstituts, Belgien	8
BALUGDZIC, Zivojin, Exzellenz, a. o. Gesandter und bev. Minister des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen	20
BALZER, Wilhelm, stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für das Kraftfahrzeuggewerbe	23
BARBOSA DE MAGALHAES, José, Legationssekretär, Portugal	24
BARBOSA, Julio, Senator, Sekretär der Brasilianischen Gruppe, Brasilien	27
BARBOSA, Frau, Brasilien	27
BARBOSA, Frl., Brasilien	60
BARBOSA, Frl., Brasilien	60

	Tisch-Nr.
Sir BARNETT, Richard, Major, Großbritannien	17
Dr. BAUMGARTEN, „Berliner Börsencourier"	55
von BECK, Ludwig, Abgeordneter, ehem. Staatssekr., Ungarn	10
von BECK, Frau, Ungarn	47
Dr. BECKER, Wilhelm, Hofrat, Handelskammersekretär, Oesterreich	26
BEETS, N., Mitglied des Volksraad, Niederländisch-Indien	14
Dr. BEHM, Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Handelsvertreter-Vereine, Berlin	58
BEIXOTO, Afranio, Brasilien	28
Dr. BELIAN, Chefredakteur der Telegraphen Union	12
BELLO, José Maria, Abgeordneter, Brasilien	53
BELLO, Frau, Brasilien	53
BENNETT, T. Westropp, Präsident des Senats, Irland	39
BERG, Theodor, Generaldirektor, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Metallbörse	22
BERGMANN, Rudolf, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	4
BERLINER, Fritz, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	35

	Tisch-Nr.
BERLINER, Ludwig, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	15
BERMANN, Assessor	59
Prof. BERNHARD, Georg, M. d. R.	8
BERNSTEIN, Otto, Rechtsanwalt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes	17
BESELER, Max, Regierungsrat a. D., Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	39
BEUTHNER	13
BICKES, Theodor, M. d. R.	36
BIEBER, Siegfried, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	55
BIERMANN, Carl, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Verkehr und Spedition	58
Sir BIRD, Robert, Bart., M. P., Groß-Britannien	12
Dr. BIRNHOLZ	44
BJÖRNER, Heinrich, Direktor bei der Industrie- und Handelskammer	
BLACKWELL, Leslie, Abgeordneter, Süd-Afrika	35
BLEIBTREU, Willy, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	40

	Tisch-Nr.
Dr. BÖHMER, Gerhard, Diplom-Landwirt, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	49
BOOTHBY, R. I. G., Esq., M. P., Groß-Britannien	21
Marquis BORSARELLI DI RIFREDDO, Luigi, Senator, Botschafter, ehemaliger Unterstaatssekretär, Italien	27
Dr. Ing. e. h. v. BORSIG, Conrad, Geh. Kommerzienrat, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer	6
Frl. Dr. BOUSTEDT	60
Sir BOWATER, Vansittart, Bart. M. P., Groß-Britannien	31
Freiherr v. BRACKEL, Reichsverband der Deutschen Industrie	31
Dr. BRANDSCH, Rudolf, Abgeordneter, Rumänien	47
BRATMAN-BRODOWSKI, Stefan, Botschaftsrat, Geschäftsträger der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken	42
BRATU, Trajan, Präsident des Senats, Rumänien	16
BRATU, Frau Gertrude, Rumänien	24
BRENNEKE, Wilhelm, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	52
BREZZI, Giuseppe, Senator, Italien	45
BRÜCKER, Werner	60
Dr. BRÜNING, Heinrich, M. d. R.	9

	Tisch-Nr.
Dr. BRYLA, Stefan, Abgeordneter, Polen	14
Dr. BUCHHOLZ	59
BUCHHOLZ, Siegfried, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Wäschefabrikation und verwandte Gewerbe	42
BÜLL, Johannes, M. d. R.	28
BUGGISCH, Max, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	55
BULLOCK, M., Captain, M. P., Groß-Britannien	33
CAILLER, Alexandre, Nationalrat, Schweiz	32
CAILLER, Frau Alexandre, Schweiz	35
DE CAMPOS, Raul A., Exzellenz, Generaldirektor, Brasilien	53
CARDAS, Agricola, Senator, Rumänien	33
van CAUWELAERT, Frans, Abgeordneter, Bürgermeister von Antwerpen, Präsident der Belgischen Delegation, Belgien	6
CHAVEZ, Castulo, Abgeordneter, Bolivien	24
Dr. CHVALKOVSKY, Frantisek, Exzellenz, Tschechoslowakischer a. o. Gesandter und bev. Minister	18
COHEN, Max, M. d. RWR.	12
COLLART, Auguste, Abgeordneter, Bürgermeister von Bettemburg, Luxemburg	1
COLLART, Frau, Luxemburg	1

COLOSSER, Otto, M. d. R. 38

COMNEN, Nicolas P., Exzellenz, Kgl. Rumänischer a. o. Gesandter und bev. Minister 9

COMYN, Michael, K. C., Senator, Irland 40

Dr. COSIO, Pedro, Exzellenz, a. o. Gesandter und bev. Minister von Uruguay 5

COSTAMAGNA, Carlo, Abgeordneter, Italien 57

Dr. CRISAN, Georges, Abgeordneter, Rumänien 40

CROOKSHANK, C., Colonel, M. P., Großbritannien 38

Dr. CRUZ HURTADO, Antonio, Abgeordneter, Nicaragua 24

CUADRA, J. Demetrio, Senator, Nicaragua 24

Dr. DAGNINO PENNY, Eduardo, Exzellenz, a. o. Gesandter und bev. Minister von Venezuela 8

DAUCH, Walter, M. d. R. 3

DAUSSET, Louis, ehem. Senator und ehem. Präsident des Stadtrats und des Generalrats der Seine, Frankreich 37

DAVIDSOHN, Carl, 3. Vorsitzender des Einzelhandels-Ausschusses 49

Sir DAWSON, Philip, M. P., Großbritannien 33

	Tisch-Nr.
Dr. DEMUTH, Fritz, Geh. Regierungsrat, M. d. RWR., Syndikus der Industrie- und Handelskammer	31
Dr. DERNBURG, Bernhard, Exzellenz, Reichsminister a. D., M. d. R.	18
DEUTSCH, Dr., Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	33
DEVÈZE, Albert, Abgeordneter, Minister a. D., Belgien	11
Dr. DIAMAND, Herman, Abgeordneter, Vorsitzender der Polnischen Gruppe	16
Dr. DIDERICH, Gaston, Abgeordneter und Bürgermeister von Luxemburg	16
DIEZ, Carl, M. d. R.	54
Dr. DIEZ, Hermann, Direktor, Wolff's Telegraphisches Büro, Berlin	16
DINGELDEY, Eduard, M. d. R.	54
DJAJADININGRAT, R. A. A. A., Mitglied des Volksraad, Niederländisch-Indien	48
DONDELINGER, Eugène, Abgeordneter, Luxemburg	29
DRAGOMIRESCU, Pierre, Rumänien	32
DRANSFELD, Präsident des Amtsgerichts Berlin-Mitte	35
Prof. Dr.-Ing. DRAWE, Magnifizenz, Rektor der Technischen Hochschule	4
DREWITZ, Hermann, M. d. R.	40

	Tisch-Nr.
Prof. Dr. DREWS, Exzellenz, Staatsminister, Präsident des Oberverwaltungsgerichts	6
Dr. DREXEL, Karl, Abgeordneter, Österreich	4
DREYSE, Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums	10
DUARTE, Deodetio, Abgeordneter, Brasilien	2
DUARTE, Frau, Brasilien	34
DURAND, Julien, Abgeordneter, Frankreich	31
ECKSTEIN, Gustav, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	58
EDDÉ, Emile, Abgeordneter von Beirut, Libanon	39
von EGRY, Aurel, Hofrat, Mitglied des Oberhauses, Ungarn	36
Sir d'EGVILLE, Howard, K. B. E., Sekretär der parlamentarischen Vereinigung des Britischen Reichs	20
EHLERMANN, Gustav, M. d. R.	51
EHRHARDT, Franz, M. d. R.	51
EISENFÜHR, Bruno, Stadtrat, Mitglied der Industrie und Handelskammer	28
Dr. ELSNER, Georg, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Papier, graphische Gewerbe und Verlagswesen	51

	Tisch-Nr.
Dr. ENGEL, Leo, Geschäftsführer des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels	14
Dr. ERNST, Ministerialrat, I. Staatskommissar bei der Berliner Börse	3
ERRAZURIZ, Maximiano, Abgeordneter, Chile	45
ESKELES, Otto, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	12
ESPAGNAC, Fräulein, Sekretärin der Französischen Gruppe, Frankreich	59
Dr. jur. ESPINOSA DE LOS MONTEROS, Fernando, Exzellenz, Kgl. Spanischer a. o. und bev. Botschafter	6
ESPINOZA Y SARAVIA, Luis, Abgeordneter, Bolivien	3
Dr. EVERSMANN, Alexander, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	35
EYLAU, Präsident des Reichspatentamts	10
Dr. FACEK, Wladimir, Senator, Tschechoslowakei	1
FACEK, Frau, Tschechoslowakei	1
FAVRE, Louis, Sekretär der Schweizerischen Gruppe, Schweiz	53
FAVRE, Frau Louis, Schweiz	53
FEHR, Selmar, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	16

250

	Tisch-Nr.
Dr. FEILCHENFELD, Werner, Syndikus der Industrie- und Handelskammer	12
Dr. FEITELBERG, David, Syndikus der Industrie- und Handelskammer	42
FELICIONI, Felice, Abgeordneter, Italien	1
FERRACINI, Silvio, Abgeordneter, Italien	11
Dr. FERREIRA, Antonio Maria Bartholomeu, Exzellenz, Portugiesischer a. o. Gesandter und bev. Minister	21
Dr.-Ing. FEYERABEND, Staatssekretär im Reichspostministerium	18
FISCHER, Adalbert, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	13
FLANDIN, Pierre-Etienne, Minister a. D., Abgeordneter, Vize-Präsident der Deputiertenkammer, Frankreich	21
FLANDIN, Frau Pierre-Etienne, Frankreich	18
FOUGÈRE, Etienne, Abgeordneter, Frankreich	37
Dr. FRAENKEL, Centralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes	27
FRANCKE, Arthur, Kommerzienrat, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Holzhandel und Säge-Industrie	39
FRANÇOIS, Albert, Senator, Belgien	40
FRANÇOIS, Frau, Belgien	21
FRANÇOIS, Frl., Belgien	59

	Tisch-Nr.
Dr. FRANKE, Emil, Abgeordneter, Tschechoslowakei	37
FREUDENHEIM, Ludwig, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	39
Dr. FRIELINGHAUS, Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe	15
FROWEIN, Abr., M. d. RWR., 1. stellv. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie	6
Dr. FÜRSTENHEIM, Franz, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	29
FUNKE, Rudolf, General-Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	15
Dr. GAEDICKE	59
GALLE, Geheimrat, Direktor beim Reichstag	35
GALLE, Frau (Deutsches Damenkomitee)	5
GALLÉ, Jacques, Abgeordneter, Vizepräsident der Abgeordnetenkammer, Luxemburg	57
Graf GALLENGA, Romeo, Senator, ehemaliger Unterstaatssekretär, Italien	15
GAY FORNER, Don Vicente, Mitglied der Nationalversammlung, Spanien	5
GAY FORNER, Frau Vicente, Spanien	4
GEORGE, Jean, Generalkonsul, Mitglied der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	48

	Tisch-Nr.
GERLOCZY, Ludwig, Redakteur, Ungarn	44
GERLOCZY, Frau Ludwig, Ungarn	51
GERVASIO, Vittorino, Abgeordneter, Italien	16
GESELL, Heinrich, Chefredakteur der „Telegraphischen Union“	11
Dr. GESTRICH, Hans, Chefredakteur der „Industrie- und Handelszeitung“	14
GLIWIC, Hipolit, Vizepräsident des Senats, stellvertretender Vorsitzender der Polnischen Gruppe	58
von GOERTZKE, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	29
Dr. GOLDMANN	60
Dr. GOLDSCHMIDT, Kurt, Mitglied der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	34
GOSLAR, Ministerialrat, Leiter der Pressestelle des Preuß. Staatsministeriums	13
von GRATZ, Gustav, Exzellenz, Abgeordneter, ehem. Minister, Ungarn	42
GRÜNFELD, Heinrich, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer	20
GRÜNFELD, Max, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	57
GRZESINSKI, Staatsminister, Minister des Innern, M. d. L.	4
GUERLET, Pierre, Botschaftsrat, Französischer Geschäftsträger	30

	Tisch-Nr.
Dr. GUERRA-DUVAL, Ad., Exzellenz, Brasilianischer a. o. Gesandter und bev. Minister	19
GUGENHEIM, Fritz, Kommerzienrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	30
GUINNES, H. S., Senator, Irland	57
GUTBROD, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium	5
GUTTMANN, Leopold, 2. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für die Film-Industrie	56
HAAG, Heinrich, M. d. R.	22
HABEL, Heinrich, Kommerzienrat, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für den Weinhandel	54
HABERLAND, Georg, Kommerzienrat, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	23
Dr. HAERECKE, Referent der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer	37
HALBERSTAM, Wilhelm	51
HAMEL, Paul, Bankier, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	38
HAMILTON, Baillie, Esq. M. P., Groß-Britannien	55
HAMKENS, Ernst, M. d. R.	1

	Tisch-Nr.
Dr. HAMM, Eduard, Reichswirtschaftsminister a. D., 1. geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages	7
HAMMERSLEY, S. S., Esq., M. P., Groß-Britannien	22
HAMMERSLEY, Frau S., Groß-Britannien	22
HANNON, P. I., Esq. M. P., Groß-Britannien	34
HARTOG, Paul, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	47
HATTA, Sôkichi, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	43
Dr. HAUSCHILD, Bürodirektor beim Vorl. Reichswirtschaftsrat	52
Dr. Ing. HAVESTADT, Christian, Regierungsbaumeister a. D., Mitglied der Industrie- und Handelskammer	34
Graf HAYASHI, Hirotaró, Mitglied des Herrenhauses, Präsident der Japanischen Delegation, Japan	21
Gräfin, HAYASHI, Japan	7
HAYASHI, Frl. Hisako, Japan	12
HAYCOCK, A. W., Esq., M. P., Groß-Britannien	29
HEERKENS - THYSSEN, Präsident der Ersten Kammer, Holland	19
Dr. HEGEMANN, Chefredakteur des Deutschen Handelsdienstes	2

	Tisch-Nr.
HEIMANN, Hugo, M. d. R., Vorsitzender des Haushalts-Ausschusses des Reichstags	3
HEIMANN, Frau Hugo, (Deutsches Damenkomitee)	20
HEINL, M. Eduard, Exzellenz, Abgeordneter, Minister a. D., Vorsitzender der Gruppe, Oesterreich	9
HENKE, Alfred, M. d. R.	26
HENSEL, Max, Kommerzienrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	11
Dr. HERMES, Andreas, M. d. R., Reichsminister a. D.	19
HERRMANN, Wilhelm, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	24
HERTZER, Franz, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	26
HERZBERG, Eugen, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	36
HERZBERG, Karl, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	27
HEUER, Otto, Baumeister, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	32
Dr. HEUKAMP, Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	5

	Tisch-Nr.
v. HEYDEKAMPF	52
Dr. HEYMANN, Hans, Rechtsanwalt und Notar, Mitglied der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	31
Dr. HILFERDING, Reichsminister der Finanzen, M. d. R.	7
Dr. HILFERDING, Frau, (Deutsches Damen-Komitee)	6
HINNENTHAL, Hans, Generaldirektor	31
HINTZMANN, Ernst, M. d. R.	44
HIRSCHFELD, Arthur, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	52
Dr. HNIDCK, Franz, Abgeordneter, Tschechoslowakei	23
HOELSCHER, Staatssekretär im Justizministerium	10
Prof. Dr. HOETZSCH, Otto, M. d. R.	20
HOLYNSKI, Johann, Abgeordneter, Polen	36
HOLYNSKA, Frau, Polen	36
HOLZAMER, Franz, M. d. R.	50
Dr. HOLZINGER	58
Prof. Dr. HOPPE, Willy, Bibliotheksdirektor der Industrie- und Handelskammer	53
Dr. HUBER, Geh. Oberregierungsrat, 2. geschäftsführendes Präsidial-Mitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages	20

	Tisch-Nr.
Dr. HÜBNER, Direktor bei der Verwaltung der Staatl. Schlösser und Gärten	13
HÜCKEL, Kurt, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	37
HUMBERT, Geh. Oberjustizrat, Präsident des Landgerichts II	15
von HUSZAR, Karl, Exzellenz, Mitglied des Oberhauses, ehem. Chef des Kabinetts, Ungarn	49
Sir HUTCHISON, Robert, M. P., Großbritannien	22
Lady HUTCHISON, Großbritannien	9
IRIAS, Ulises, Abgeordneter, Nicaragua	24
Dr. JACOBY, Ewald, Volkswirtschaftlicher Sekretär der Industrie- und Handelskammer	23
JANY, Wilhelm, Direktor, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	29
JAPHET, Jacob	54
Dr. JASIUKOWICZ, Stanislas, Polen	51
Sir JOHNSON, Stanley, Großbritannien	58
KADISCH, S.	52
KAFANDARIS, Georges, Abgeordneter, Griechenland	47
KAFANDARIS, Frau	47

	Tisch-Nr.
KAHN, Alfred, stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für die Textil-Industrie	42
Prof. KALITSOUNAKIS, Griechenland	39
von KALLAY, Nicolaus, Stellvertretendes Mitglied des Oberhauses, Statthalter, Ungarn	11
von KALLAY, Frau Nicolaus, Ungarn	11
von KALLAY, Tibor, Exzellenz, Abgeordneter, Vorsitzender der Ungarischen Gruppe	4
KAMPFFMEYER, Kurt, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	25
KANDA, Masao, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	29
von KARAFIATH, Eugen, Abgeordneter, Ungarn	55
v. KARDORFF, Siegfried, Vizepräsident des Reichstags	7
KAUSLER, Frau, Stadträtin von Berlin	3
KEINATH, Otto, M. d. RWR., geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels	29
KÉMALEDDIN, Sami Pascha, Exzellenz, General, türkischer a. o. und bev. Botschafter	7

	Tisch-Nr.
Dr. KEMPNER, Paul, Generalkonsul	17
Dr. KEOGH, Myles, Abgeordneter, Irland	57
Baron de KERCHOVE d'Exaerde, Robert, Abgeordneter, Belgien	25
KERCIU, Virgil, Abgeordneter, Rumänien	37
Marquis KIDO, Kôichi, Mitglied des Herrenhauses, Japan	41
KIMURA, Seiji, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	58
KIRSCH-PURICELLI, Nicolas, Großherzoglich Luxemburgischer Geschäftsträger	15
Dr. KIRSCHSTEIN, Präsident des Landgerichts III	16
KLAPPER, Johannes, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Ziegel, Steine und verwandte Geschäftszweige	32
KLECZEWER, Siegmund, stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für das Kraftfahrzeuggewerbe	41
Dr. KLEIN, Fritz, Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“	25
KLEY, Erich, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	54
KLIMANN, Thomas, Abgeordneter, Österreich	32
KLIMITZ, Friedrich, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	35

	Tisch-Nr.
Frau MATTEUCCI zwischen Cailler und Berliner	32
BERLINER zwischen Frau Matteucci und Serrano	32
FACKOVÁ, Tsch.	32
Frau CAILLER zwischen Eversmann und Rodrigues	35
Redakteur STEINBORN, Berliner Tageblatt	35
MANTU zwischen Haerecke und Towarnicki	37
GOLDMANN zwischen Liang und Tan Bao Tuan	45
HELLER zwischen Voß und Roghé	51
Frl. de CAMPOS, Bras.	59
BRÜCKER zwischen Frl. Boustedt und Nagata	60
Frl. de CAMPOS, Bras.	60

Nachtrag zur Tischordnung.

ANCONA
BERLINER
BRÜCKER
Frau GAILLER
FOUGÈRE
GOLDMANN
HELLER
Sir LATHLAIN
MANTU
Frau MATTEUCCI
NAGAI
TUMEDEI

	Tisch-Nr.
Sir LATHLAIN zwischen Wassermann, Oscar und Kempner	17
FOUGÈRE zwischen Frau Lejeune-Jung und Staatsmin. Dr. Schmidt	19
TUMEDEI zwischen Haberland und Massena	23
ANCONA zwischen Herrmann und Frau Bratu	24
NAGAI zwischen Hinnenthal und Robert v. Mendelssohn	31

Dr.-Ing. e. h. KLÖNNE, Moritz, M. d. R., Königlich Bulgarischer Generalkonsul 18

Dr. KNIPPER, Christoph, Syndikus der Industrie- und Handelskammer 54

KNOLL, Roman, Exzellenz, Polnischer a. o. Gesandter und bev. Minister 21

KNOLLER, Simon C., Mitglied der Industrie- und Handelskammer 43

KNÜTTEL, Max, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für das Hoch- und Tiefbaugewerbe 52

KOBAYASHI, Jirô, Sekretär des Herrenhauses, Japan 43

Dr. rer. pol. h. c. KOCH, Wilhelm, M. d. R., Reichsminister a. D. 19

KÖRNER, Louis, 2. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für Nahrungs- und Genußmittel 56

von KONKOLY-THEGE, Coloman, Abgeordneter, Ungarn 14

von KONKOLY-THEGE, Ungarn 34

von KONKOLY-THEGE, Ungarn 51

Dr. KOPPEL, August, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller 44

KORN, Paul, Regierungsbaumeister a. D., Generaldirektor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 22

	Tisch-Nr.
KOSEL, Otto, 1. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für Häute, Felle und Leder	50
KRAUSS, J. B., Chefredakteur der Parlaments-Korrespondenz	49
KRÖGER, Wilhelm, M. d. R.	49
von KÜGELGEN, Vorsitzender des Verbandes ausländischer Pressevertreter	48
KÜLLISCH v. HORN, Arnold, Chefredakteur der „Berliner Börsenzeitung“	32
KUHN, Präsident des Landesfinanzamts Brandenburg	29
KUHN, Wilhelm, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	55
von KURNATOWSKI, Erich, Polen	56
Dr. KUSE, Präsident des Landesfinanzamts Berlin	3
Dr. KUSNIERZ, Bronislas, Abgeordneter, Polen	56
LABARTHE, Emile, Generalsekretär des Parlamentarischen Handels-Comités, Frankreich	10
LACOUR-GAYET, Jacques, Frankreich	37
LAFARGE, René, Vize-Präsident des Parlamentarischen Handels-Comités, Frankreich	40

	Tisch-Nr.
LAGO, Pedro, Senator, Brasilien	25
LAGO, Frau, Brasilien	25
LAGO, Frl., Brasilien	34
LAMM, Paul, 1. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für die Oberbekleidungs-Industrie	38
LANG, Max, 2. stellv. Vorsitzender des Ausschusses für das kaufmännische Werbewesen	2
Dr. LANGE, Syndikus der Handwerkskammer zu Berlin	28
LANGE, A., Chefredakteur des „Berliner Lokalanzeiger“	15
MAC LAREN, A., Esq. M. P., Groß-Britannien	34
Sir LATHLAIN, William, M. L. C., Australien	17
Lady LATHLAIN, Australien	6
LATHLAIN, Frl., Australien	59
LAURENZE, Adolf, Mitglied der Industrie- und Handelskammer, Vorsitzender des Centralverbandes Deutscher Handelsvertreter-Vereine, Berlin	53
Dr. LEBER, Julius, M. d. R.	36
LEBRAM, Richard, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Edelmetalle, einschließlich Edelsteine, Perlen und Uhren	26

	Tisch-Nr.
LEBRUN, Albert, Senator, Minister a. D., Vize-Präsident des Senats, Frankreich	30
LEHMANN, Arthur, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	50
LEHMANN, Richard, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	2
Dr. LEJEUNE-JUNG, Paul, M. d. R., Vorsitzender des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags	5
LEJEUNE-JUNG, Frau (Deutsches Damenkomitee)	19
LEMMER, Ernst, M. d. R.	40
LEREDU, Georges, Senator, Minister a. D., Präsident der Französischen Gruppe	8
LESS, Leo, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	56
Dr. LEUTHEUSSER, M. d. R., Staatsminister a. D.	2
LEVY, Arthur Z., Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Metallbörse	51
Dr. LEVY, Max, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	3
Hon. LEY, T. J., ehemaliger Justizminister, Neu-Südwales	41
LIANG, Ingwen, Direktor der Handelsabteilung der Chinesischen Gesandtschaft, China	45

	Tisch-Nr.
Dr. LIANG, Lone, Legationsrat, China	2
LICHTENSTERN, Siegfried, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	54
v. LINDEINER-WILDAU, M. d. R.	9
LINNEMANN, Julius, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	46
LOCHNER, Louis P., Vorsitzender des Vereins der Ausländischen Presse E.V., Berlin	5
LÖBE, Frau, (Deutsches Damenkomitee)	7
Dr. LÖWENSTEIN, Erich, Syndikus der Industrie- und Handelskammer	46
LOMNITZ, Theodor, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	34
Dr. LOUTSCH, Hubert, Abgeordneter, Luxemburg	25
LOUTSCH, Frau, Luxemburg	25
Dr. LOVINCK, H. J., Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten, Niederlande	14
LOVRICH, Joseph, Universitätsprofessor, Mitglied des Oberhauses, Ungarn	23
LOZORAITIS, Stasys, Legationsrat, Litauischer Geschäftsträger	33
Graf LUBIENSKI, Leo, Senator, Stellvertretender Vorsitzender der Polnischen Gruppe, Polen	16

	Tisch-Nr.
LUDWIG, Präsident der Handwerkskammer zu Berlin	30
LÜCKE, Gustav, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für das Gastwirtsgewerbe	50
Dr. LÜDERS, Frau Marie Elisabeth, M. d. R.	9
MAENHAUT, Jules, Abgeordneter, Präsident des Agrikulturrats, Belgien	14
Dr. MAIER, Exzellenz, Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin	18
MAITLAND, A., Esq., M. P., Groß-Britannien	43
MAKARCZYK, Janusz, Sekretär der Polnischen Gruppe, Polen	38
MAKINS, E., Brig.-General, M. P., Groß-Britannien	43
MANES, Philipp, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Rauchwarenhandel und Pelzwaren-Industrie	54
MANION, Robert, Right Hon., Abgeordneter, Minister a. D., Kanada	15
MANION, Frau, Kanada	5
MANNHEIM, Arthur, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	49
MARCHI, Corrado, Abgeordneter, Italien	13
Dr. MARON, Rudolf	44
von MARSCHALL, Francois, Abgeordneter, Ungarn	44

	Tisch-Nr.
Dr. MARTIN, Alfred, Bergassessor a. D., 2. stellvertretender Vorsitzender der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	15
MASSENA, Nestor, Sekretär der Brasilianischen Gruppe, Brasilien	23
MASSENA, Frau, Brasilien	23
MATTEUCCI, Mario, Präsident des Instituts zur Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom, Italien	36
MATUSZEWSKI, Thadäus, Abgeordneter, Polen	50
Dr. MEINDL, Legationsrat bei der Österreichischen Gesandschaft	10
Dr. Ing. MEINHARDT, William, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	10
MELLER, R. J., Esq. M. P., Großbritannien	38
Dr. MENDELSON, Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin	26
v. MENDELSSOHN, Franz, Präsident der Industrie- und Handelskammer	7
v. MENDELSSOHN, Robert	31
MENNING, Karl, Exzellenz, Estnischer a. o. Gesandter und bev. Minister	18
MERTEN, Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe, M. d. L.	31

MERTZ, K., Amtsrat, Verwaltung der Staatl. Schlösser und Gärten 52

MEYER, Oscar, Staatssekretär a. D., M. d. R., Syndikus der Industrie- und Handelskammer 16

MEYER, Frau Oscar, (Deutsches Damenkomitee) 8

Dr. MEYER, Viktor, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 21

MEYERSTEIN, Eduard, Rechtsanwalt und Notar, Syndikus der Industrie- und Handelskammer 47

Dr. MICHALKIEWICZ, Miecislas, Abgeordneter, Polen 13

MICHALSKI, Martin, Kommerzienrat, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer 19

MICHAYKOFF, Dimitri, Abgeordneter, Präsident der Handelspolitischen Kommission, Bulgarien 4

di MICHELIS 53

Dr. MIKYSKA, Zdenek, Stellvertretender Schriftführer des Abgeordnetenhauses, Sekretär der Tschechoslowakischen Gruppe 54

Dr. MITTELMANN, Fritz, M. d. R. 43

MLCOCH, Rudolf, Abgeordneter, Tschechoslowakei 49

	Tisch-Nr.
Dr. MOLINIE, Jean, Abgeordneter, Frankreich	2
MOLLATH, Jacob Ludwig, M. d. R.	32
Dr. MOMM, Regierungspräsident von Potsdam	30
Dr. MONTERO, Armando, Legationssekretär, Cubanischer Geschäftsträger	15
Dr. MORA, Carlos Federico, Exzellenz, a. o. Gesandter und bev. Minister von Guatemala	17
MORGENSTERN, Theodor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	46
MORIMOTO, Senkichi, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	48
Baron MORPURGO, Elio, Senator, Italien	53
Dr. MOSES, Julius, M. d. R.	42
Dr. MOSLER, Eduard, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	9
Dr. von MURALT, Jean, Nationalrat, Schweiz	11
NAGAOKA, Harukazu, Exzellenz, Kaiserl. Japanischer a. o. und bev. Botschafter	6
NAGATA, Hidejirô, Mitglied des Herrenhauses, Japan	28
NAGATA, M. H., Japan	60

	Tisch-Nr.
NAGATA, Zenzaburô, Mitglied der Abgeordetenkammer, Japan	16
NAGATA, Riôichi, Japan	60
NAKAMURA, M. K., Japan	60
NAKAMURA, Tobêi, Sekretär der Abgeordnetenkammer, Japan	22
Dr. NASHAAT PASCHA, Hassan, Exzellenz, Kgl. Egyptischer a. o. Gesandter und bev. Minister	17
NEUBERGER, Adolf, 2. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für die Oberbekleidungs-Industrie	13
NEUKIRCHER, Albert, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	46
NEUMANN, Leonhard, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	41
NEUSS, Rudolf, 1. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für Nahrungs- und Genußmittel	55
Sir NEWTON, Douglas, M. P., Groß-Britannien	44
NEYTZEL, A., Mitglied und ehemaliger Präsident des Volksraad, Niederländisch-Indien	48
Prof. Dr. NICKLISCH, Prorektor der Handels-Hochschule Berlin	22
NIELSEN-REYES, Frederico, Sekretär der Bolivianischen Delegation, Bolivien	45

	Tisch-Nr.
NIENTIMP, Hans, M. d. R.	57
NISHIMOTO, Kenjirô, Mitglied des Herrenhauses, Japan	27
NISHIMOTO, Yôzô, Japan	60
NUGENT, Walter, Bart., Senator, Irland	51
NUVOLONI, LUIGI, Generalsekretär der Italienischen Delegation, Italien	24
Sir OBE, Phiroze Sethna, Mitglied des Staatsrats, Britisch-Indien	31
OETTEL, Georg, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Seifen und Parfümerien	46
Vicomte OKOCHI, Kikò, Mitglied des Herrenhauses, Japan	43
OLIVEROS, Don Wenceslao Gonzalez, Mitglied der Nationalversammlung, Spanien	24
v. OPPEN, Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin	19
ORREGO, Jorje, Abgeordneter, Chile	45
OSHIMA, Kenichi, Mitglied des Herrenhauses, Japan	12
OTOIU, Adrian, Senator, Rumänien	23
OTOIU, Frau Adrian, Rumänien	24
Graf PADULLI, Guilio, Senator, Italien	21
PAITEL, Gaston, Frankreich	43

	Tisch-Nr.
Dr. PANIAGUA PRADO, Francisco, Senator, Präsident des Nationalen Kongresses, Nicaragua	30
Baron PAP, Géza, Mitglied des Oberhauses, Ungarn	2
Baron PAP, Géza, Schwester, Ungarn	2
PAPANASTASSIOU, Alexandre, Abgeordneter, Griechenland	39
PARTIK, Matthias, Abgeordneter, Oesterreich	40
Dr. PASTOR, Celso G., Exzellenz, Peruanischer a. o. Gesandter und bev. Minister	4
Dr. rer. pol. h. c., PEIERLS, Heinrich, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Metalle	11
PEISER, Heinrich, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Spirituosen, Fruchtsaft und Essig	39
PEISER, Herbert, Mitglied der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	12
PEKEREK, Tschechoslowakei	1
PERL, Leo, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	58
PESENTI, Antonio, Abgeordneter, Italien	58
PFEIFFER, Ministerialrat im Preußischen Staatsministerium	26

	Tisch-Nr.
Sir PILDITCH, Philip, M. P., Großbritannien	12
PINCUS, Theodor, Mitglied der Zulassungsstelle bei der Berliner Börse	2
POHL, Richard, Präsident des Börsenvorstandes, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	8
Dr. von POKA-PIVNY, Adalbert, Ungarn	49
POLE, Graham, Major, M. P., Großbritannien	12
POLE, Frau Graham, Großbritannien	12
Dr. POLYAK, Stefan, Abgeordneter, Tschechoslowakei	51
PORUTIU, Valentin, Senator, Rumänien	23
Sir POWNALL, Assheton, M. P., Großbritannien	7
RADUCANU, Jean, Arbeitsminister, Rumänien	9
RADUCANU, Frau Marie, Rumänien	19
RALLEA, Michel, Abgeordneter, Rumänien	37
RAMIREZ, Tomás, Abgeordneter, Chile	45
RAMMOSER, Leopold, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	56
RASNER, Chaim, Abgeordneter, Polen	58
RAUCH, HANS, M. d. R.	25
v. RAUMER, Hans, Reichswirtschaftsminister a. D., M. d. R.	6

	Tisch-Nr.
v. RAUMER, Frau (Deutsches Damenkomitee)	18
RAWACK, Max, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	58
REBELLO, Pires, Schriftführer des Senats, Brasilien	25
RÉCHID BEY, Basri, Botschaftsrat	11
Dr. REICHE, Berthold, Bibliotheksdirektor der Industrie- und Handelskammer	34
Dr. REICHERT, Jacob, M. d. R.	30
Dr. Frl. REIMPELL	59
Dr. REINHOLD, Peter, Reichsminister a. D., M. d. R.	
RENDA, Salvatore, Senator, Italien	54
REUTER, Direktor beim Deutschen Industrie- und Handelstag	52
RICHTER, G., Direktor, Reichsverband der deutschen Presse E. V.	34
RIESE, Hans, Geheimrat, 2. Vorsitzender des Versicherungsausschusses	53
Prof. Dr. RIESSER, Geh. Justizrat, Präsident des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes E. V., Berlin	7
Dr. VAN RIJCKEVORSEL, Jonkheer, Leopold, Bevollmächtigter f. d. Provinz von Nord-Brabant, Niederlande	48
ROCHAIX, John, Nationalrat, Schweiz	40

263

	Tisch-Nr.
de ROCHE, Eugène, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Rauhfutter und Fourage	52
RODRIGUES, Paula, Senator, Brasilien	35
Dr. Roghé, Eduard, Syndikus der Industrie- und Handelskammer	51
ROSENTHAL, Richard	49
Dr. ROSMARIN, Heinrich, Abgeordneter, Polen	56
Graf ROTA, Francesco, Senator, Italien	54
Dr. ROTH, Hans Otto, Abgeordneter, Rumänien	37
ROTHENBÜCHER, Carl, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	42
RÜFENACHT, Minister, Schweizerischer Gesandter	20
Sir RUMBOLD, Horace, Exzellenz, Kgl. Großbritannischer a. o. und bev. Botschafter	8
RUSCA, Francesco, Nationalrat, Schweiz	35
RUSSELL, A. West, Esq., M. P., Großbritannien	43
RUSSEL, Frau A. West., Großbritannien	43
SACHSE, Hermann, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	36
SACHSENBERG, Gothard, M. d. R.	37
SAKURAI, Hyogoró, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Japan	31

	Tisch-Nr.
SALMON, J., Major, M.P., Großbritannien	41
SAMANIEGO, Don José Illana, Mitglied der Nationalversammlung, Spanien	45
SAMII, Mostafa Khan, Gesandschaftsrat, Kaiserl. Persischer Geschäftsträger	27
Graf SAN MARTINO VALPERGA, Enrico, Senator, Präsident der Italienischen Delegation, Italien	6
SARDI, Alessandro, Baron de RIVISINDOLI, Abgeordneter, ehemaliger Unterstaatssekretär, Italien	32
SATO, Shingo, Attaché bei der Abgeordnetenkammer, Japan	57
Dr.-Ing. SAUTTER, Staatssekretär im Reichspostministerium	20
SEDLACEK, Vaclav, Abgeordneter, Tschechoslowakei	56
SELBIGER, Georg, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	50
Dr. SELIGSOHN-NETTER, Julius	31
SEMERGIEFF, Georges. Abgeordneter, Präsident der Finanz-Kommission, Bulgarien	46
SEMERGIEFF, Frau, Bulgarien	46
Dr. von SERBAN, Michel, Abgeordneter, Rumänien	28
von SERBAN, Frau Marie, Rumänien	39
Dr. SERRANO, Hector, Escobar	32
SEVKET, Bey Suleyman, Abgeordneter von Antalya, Türkei	42

	Tisch-Nr.
SEVKET, Frau Suleyman, Türkei	20
SHIMIZU, Tomesaburo, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	38
SILBERSTEIN, Eugen, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	33
SILVA-YOACHAM, Jorge, Legationssekretär, Chilenischer Geschäftsträger	28
SIMON, Gerson, Kommerzienrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	27
SIMOS, P., Gesandtschaftssekretär, Griechenland	39
SKOPNIK, Otto, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	49
SOBOLEWSKA, Frau, Polen	53
Dr. SOBOLEWSKI, Marjan, Abgeordneter, Polen	53
SOEPKEZ, Richard, Senator, Rumänien	27
SOEPKEZ, Frau, Marguerita, Rumänien	27
Dr. SOLANSKI, Maximilian, Abgeordneter, Polen	44
SOLER GUARDIOLA, Don Pablo, Exzellenz, Mitglied der Nationalversammlung, Präsident der Deputiertengruppe, Spanien	6
SOMMERFELD, Ludwig, Mitglied, der Industrie- und Handelskammer	44
Dr. SOMOZA, Manuel Rubio, Mitglied der gesetzgebenden Versammlung, San Salvador	45

	Tisch-Nr.
Dr. SOUKUP, Franz, Senator, Vizepräsident, des Senats, Tschechoslowakei	42
SPERL, Staatskommissar bei der Berliner Börse	30
Dr. SPIECKER, Ministerialdirektor z. D., Chefredakteur des Reichsdienstes der deutschen Presse	10
SPYCHIGER, Arnold, Nationalrat, Schweiz	44
Sir SQUIRES, Richard, K.C.M.G., K.C., M.H.A., Ministerpräsident, Neufundland	17
SQUIRES, Frl. Neufundland	58
Dr. SÜDHOFF, Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe	28
SUGAHARA, Eigo, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	15
SUKRU, Bey, Abgeordneter von Canakkale, Türkei	46
Dr. SULZER, Carl, Nationalrat, Schweiz	26
SULZER, Frau Charles, Schweiz	26
SULZER, Fräulein, Schweiz	59
SULZER, Fräulein, Schweiz	60
SUNDHEIMER, Willy, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	13
v. SYBEL, Heinrich, M. d. R.	21
v. SZABO, Alexander, Abgeordneter, ehem. Statthalter, Ungarn	52
v. SZÉKACS, Anton, Mitglied des Oberhauses, Ungarn	36

	Tisch-Nr.
SCHÄFFER, Präsident des Reichsversicherungsamts	30
SCHANDL, Karl, Abgeordneter, ehem. Staatssekretär, Ungarn	52
SCHINDLER, Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe	27
SCHLESINGER, Hans, Kommerzienrat, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	29
SCHLESINGER, Philipp	37
SCHMID, Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete	20
Dr. SCHMIDT, Staatsminister, Justizminister, M. d. L.	19
SCHMIDT, Anton Eduard, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	25
Dr. SCHNEE, Heinrich, Exellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Gouverneur z. D., M. d. R.	6
Dr. SCHNEIDER, Rudolf, M. d. R.	14
SCHÖNFELD, Hermann, Stadtrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	40
SCHOLTZ, Bürgermeister von Berlin	9
Dr. SCHOLZ	59
SCHREBER, Edmund, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	50
Dr. SCHROEDER, Präsident der Preußischen Staatsbank (Seehandlung)	4

	Tisch-Nr.
SCHRÖTER, Paul, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Schuhfabrikation und Schuhhandel	56
Dr. SCHÜCK	28
SCHULDT, Otto Carl Cäsar, M. d. R.	46
SCHULTZE, Max, 2. stellv. Vorsitzender des Fachausschusses für Molkereiprodukte, Fettwaren und Milch	49
SCHULZE, Hans, Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe	29
Dr. SCHUMANN, W. M. G., Mitglied und ehemaliger Präsident des Volksraad, Niederländisch-Indien	26
SCHURIG, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	26
SCHWARZ, Julius, 2. stellvertretender Vorsitzender des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	17
SCHWEITZER, Fedor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	14
SCHWIEN, Oskar	50
Graf STADNICKI, Adam	30
STAN, Scarlat, Generalrekretär der Kommission, Direktor bei der Abgeordetenkammer, Rumänien	52
STANCIU, Basile, Abgeordneter, Rumänien	1
STEFANESCU, Gica, Senator, Rumänien	47

	Tisch-Nr.
STEIN, Fritz, Chefredakteur, Vorsitzender des Verbandes der Auswärtigen Presse, Berlin	1
STERNBERG, Martin, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	56
Dr. STIEBER	59
STIVIN, Joseph, Abgeordneter, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Tschechoslowakei	55
STODOLA, Cornelius, Senator, Präsident der Börse, Präsident der Handelskammer von Preßburg, Tschechoslowakei	8
Dr. STOLPER, Chefredakteur, Herausgeber des „Deutschen Volkswirt“	3
Dr. STUMPER, Armand, Generalsekretär der Abgeordnetenkammer, Luxemburg	57
TAINAKA, Nan-émon, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	38
TAN, Pao Tuan, Legationssekretär, China	45
TANTZEN, Theodor, M. d. R., Ministerpräsident a. D.	48
TARDY, Louis, Generaldirektor, Frankreich	11
TEMPLE, Rudolf, Abgeordneter, Ungarn	1
TEVFIK, Bey Sureyya, Abgeordneter von Tokat, Türkei	46
THIEL, Otto, M. d. R.	40

	Tisch-Nr.
Dr, jur. THORBECKE, W. I. R., Legationsrat, Kgl. Niederländischer Geschäftsträger	3
Prof. Dr. TIESSEN, Magnifizenz, Rektor der Handels-Hochschule, Berlin	18
Dr. TIGGES, Präsident des Kammergerichts	10
Baron TOGO, Jasushi, Mitglied des Herrenhauses, Japan	33
Baronin TOGO, Japan	33
Vicomte TOKI, Akira, Mitglied des Herrenhauses, Japan	43
Marquis TOKUGAWA, Jorisada, Mitglied des Herrenhauses, Japan	15
Marquise TOKUGAWA, Japan	41
TOOLE, Joseph, Esq., M. P., Groß-Britannien	38
TOWARNICKI, Heinrich, Abgeordneter, Polen	37
TRECCANI, Giovanni, Senator, Italien	54
TREITEL, Martin, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse	38
Dr. TRENDELENBURG, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium	8
Prof. TREPKA, Edmund, Polen	38
TREVIRANUS, Gottfried, M. d. R., Direktor	29
Dr. TRIGUEROS, Patricinio Guzman, Mitglied der gesetzgebenden Versammlung, San Salvador	45

	Tisch-Nr.
Hon. TRIGGS, W. H., M. L. C., Mitglied des Gesundheitsamts, Neu-Seeland	41
TSURUOKA, Kazubumi, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	33
TUMEDEI, Cesare, Abgeordneter, Italien	24
TUROT, Frau	40
Dr. UHLMANN, Franz, 2. Vorsitzender des Ausschusses zur Wahrung der besonderen Interessen des Aussenbezirks der Industrie- und Handelskammer zu Berlin	41
UMBREIT, Paul, Redakteur, M. d. RWR.	13
UMINO, Kazuma, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	22
VASIF, Bey, Abgeordneter von Izmir, Türkei	46
VIANNA, Godofredo, Senator, Brasilien	2
VIANNA, Frau, Brasilien	24
VIANNA, Frl., Brasilien	59
VICUNA, Pedro Felix, Abgeordneter, Chile	28
VIDAL, Joseph, Abgeordneter, Frankreich	47
Dr. Ing. e. h. VIELMETTER, Joh. Philipp, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer	18
VINCK, Emile, Senator, Direktor des Internationalen Städtebundes, Belgien	27

VINZL, Josef, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer zu Wien, Österreich 3
VOIGT, Paul, Stadtrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 34
VOLKER, Otto, Abgeordneter, Österreich 26
Dr. VOS, H., Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten, Niederlande 48
VOSS, Otto, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 51

WALTER, Otto, Nationalrat, Schweiz 44
WARTALSKI, Stanislas, Polen 49
WASSERMANN, Oskar, Direktor, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 17
Dr. WASSERMANN, Sigmund, Mitglied des Börsenvorstandes, Abt. Wertpapierbörse 30
WAUWERMANS, Paul, Abgeordneter, Belgien 47
WAWRZYNOWSKI, Michel, Abgeordneter, Polen 50
Sir WAYLAND, William, M. P., Großbritannien 28
Dr. WEBER, August, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 41
WEIGT, Karl Hermann, Mitglied der Industrie- und Handelskammer 3
Dr. WEISS, Polizei-Vizepräsident von Berlin 14

	Tisch-Nr.
Dr. WESTERMANN, W., Vorsitzender des Handelsausschusses der gesetzgebenden Versammlung, Lettland	42
Dr. WETTSTEIN VON WESTERSHEIMB, Johann, Legationsrat, Königl. Ungarischer Geschäftsträger	29
WIEHL, Geheimrat, Vortr. Legationsrat im Auswärtigen Amt	22
Dr. WIENS, Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung	47
WIESENTHAL, Felix, 2. stellvertretender Vorsitzender des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	57
WILKE, Hugo, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	48
WINDIRSCH, Franz, Abgeordneter, Tschechoslowakei	55
WINDIRSCH, Frau, Tschechoslowakei	55
WINDLER, Max, 2. Vorsitzender des Fachausschusses für Chirurgie-Mechanik, Optik und Krankenpflegeartikel	57
WISLICKI, Wenceslas, Abgeordneter, Polen	50
Dr. WOIT, Oskar, Exzellenz, Lettischer a. o. Gesandter und bev. Minister	19
Dr. WOTAWA, August, Abgeordneter, Oesterreich	25
WRESCHNER, Leo, 1. stellvertretender Vorsitzender des Börsenvorstandes, Abt. Produktenbörse	36

	Tisch-Nr.
WUOLIJOKI, H. R. W., Exzellenz, Finnischer a. o. Gesandter und bev. Minister	5
WYSOCZANSKI, Victor, Abgeordneter, Polen	46
YAMANOTO, Shimpéi, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Japan	12
de YUYST, Paul, Generaldirektor beim Landwirtschaftsministerium, Technischer Beirat der Agrarkommission der Konferenz	47
YUZAWA, Tokuji, Attaché bei der Abgeordnetenkammer, Japan	57
ZANE, Georges, Abgeordneter, Rumänien	35
ZANE, Frau, Rumänien	35
Dr. ZECHLIN, Walter, Ministerialdirektor, Reichspressechef	21
Dr. ZEITLIN, Leon, Syndikus, M. d. L.	33
ZIEHL, Emil, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	1
ZIELENZIGER, Alfred, Kommerzienrat, Mitglied der Industrie- und Handelskammer	5
ZIMOLO, Michel-Angelo, Generalkonsul, Italien	23
ZIMOLO, Frau, Italien	23
von ZLINSKY, Etienne, Abgeordneter, Ungarn	1

269

Tisch 1

ZIEHL
FACEK
FELICIONI
STANCIU
HAMKENS
PEKÉREK
Frau COLLART
STEIN
v. ZLINSZKY
Frau FACEK
COLLART
TEMPLE

Tisch 2

LEHMANN, Richard
LIANG
MOLINIE
Baron PAP, Schwester
LEUTHEUSSER
HEGEMANN
VIANNA
LANG
DUARTE
PINCUS
Baron PAP

Tisch 3

LEVY, Max
THORBECKE
ERNST
STOLPER
ESPINOZA Y SARAVIA
DAUCH
VINZL
WEIGT
Frau KAUSLER
KUSE

Tisch 4

BERGMANN
PASTOR
AMADO
Frau GAY FORNER
DE KALLAY, Tibor
ARTICUS
HEIMANN, Hugo
GRZESINSKI
MICHAYKOFF
SCHROEDER
DREXEL
DRAWE

Tisch 5

ZIELENZIGER
COSIO
GAY FORNER
GUTBROD
Frau GALLE
LOCHNER
WUOLIJOKI
LEJEUNE-JUNG
Frau MANION
HEUKAMP

Tisch 6

C. v. BORSIG
NAGAOKA
Lady LATHLAIN
SCHNEE
DREWS
van CAUWELAERT
ESPINOSA DE LOS MONTEROS
Frau HILFERDING
FROWEIN
SAN MARTINO VALPERGA
v RAUMER
SOLER GUARDIOLA

Tisch 7

Franz v. MENDELSSOHN
KÉMALEDDIN SAMI PASCHA
Gräfin HAYASHI
RIESSER
Graf ALDROVANDI MARESCOTTI
v. KARDORFF
HAMM
Frau LÖBE
Sir POWNALL
HILFERDING

Tisch 8

POHL
Sir RUMBOLD
Frau OSKAR MEYER
BAIE
TRENDELENBURG
DAGNINO PENNY
STODOLA
BERNHARD
Frau AMADO
LEREDU

Tisch 9

MOSLER
COMNEN
v. LINDEINER-WILDAU
Lady HUTCHISON
BRÜNING
ANZE SORIA
RADUCANU
LÜDERS
SCHOLTZ
HEINL

Tisch 10

MEINHARDT
TIGGES
DREYSE
MEINDL
EYLAU
HOELSCHER
LABARTHE
SPIECKER
de BECK

Tisch 11

HENSEL
v. KALLAY
FERRACINI
v. MURALT
TARDY
Réchid BEY
PEIERLS
DEVÈZE
Frau v. KALLAY
GESELL

Tisch 12

PEISER
Sir BIRD
OSHIMA
COHEN-REUSS
POLE
FEILCHENFELD
Frl. HAYASHI
BELIAN
Sir PILDITCH
ESKELES
YAMANOTO
Frau POLE

Tisch 13

FISCHER, Adalbert
MICHALKIEWICZ
SUNDHEIMER
UMBREIT
NEUBERGER
GOSLAR
MARCHI
HÜBNER
BEUTNER
FRANCK

Tisch 14

SCHWEITZER
LOVINCK
MAENHAUT
GESTRICH
v. KONKOLY-THEGE
WEISS
ENGEL
BEETS
SCHNEIDER
BRYLA

Tisch 15

FUNKE
MONTERO
Graf GALLENGA
Marquise TOKUGAWA
MARTIN
MANION
BERLINER, Ludwig
SUGAHARA
FRIELINGHAUS
LANGE, A.
HUMBERT
KIRSCH-PURICELLI

Tisch 16

MEYER, Oscar
DIAMAND
FEHR
DIDERICH
NAGATA, Zenzaburô
Graf LUBIENSKI
GERVASIO
DIEZ
KIRSCHSTEIN
BRATU

Tisch 17

WASSERMANN, Oscar
MORA
KEMPNER
Sir SQUIRES
SCHWARZ
NASHAAT PASCHA
ABEGG
BERNSTEIN
Sir BARNETT
Sir LATHLAIN

Tisch 18

VIELMETTER
MENNING
Frau v. RAUMER
MAIER
DERNBURG
CHVALKOVSKY
TIESSEN
KLÖNNE
Frau FLANDIN
FEYERABEND

Tisch 19

MICHALSKI
GUERRA-DUVAL
HEERKENS-THYSSEN
Frau RADUCANU
HERMES
WOIT
KOCH
Frau LEJEUNE-JUNG
v. OPPEN
Dr. SCHMIDT, Staatsminister

Tisch 20

GRÜNFELD, Heinrich
RÜFENACHT
HOETZSCH
Frau SEVKET
SCHMID
BALUGDZIC
HUBER
SAUTTER
Frau Hugo HEIMANN
SIR D'EGVILLE

Tisch 21

MEYER, Viktor
KNOLL
BOOTHBY
Frau FRANÇOIS
FLANDIN
FERREIRA
Graf HAYASHI
v. SYBEL
ZECHLIN
Graf PADULLI

Tisch 22

KORN
Sir HUTCHISON
WIEHL
Frau HAMMERSLEY
BERG
HAAG
NICKLISCH
NAKAMURA
HAMMERSLEY
UMINO

Tisch 23

HABERLAND
ANCONA
MASSENA
JACOBY
Frau ZIMOLO
PORUTIU
HNIDEK
BALZER
LOVRICH
ZIMOLO
OTOIU
Frau MASSENA

Tisch 24

HERRMANN
TUMEDEI
Frau BRATU
CHAVEZ
Cruz HURTADO
Frau OTOIU
NUVOLONI
IRIAS
Frau VIANNA
DE MAGALHAES
OLIVEROS
CUADRA

Tisch 25

SCHMIDT, Anton Eduard
LOUTSCH
LAGO
KAMPFFMEYER
KLEIN, Fr.
Frau LAGO
Baron DE KERCHOVE D'EXAERDE
Frau LOUTSCH
REBELLO
RAUCH
WOTAWA

Tisch 26

HERTZER
VOLKER
LEBRAM
HENKE
BECKER
Frau SULZER
MENDELSON
SCHUMANN
PFEIFER
SULZER
SCHURIG

Tisch 27

SIMON, Gerson
SAMII
Marquis BORSARELLI DI RIFREDDO
Frau BARBOSA
NISHIMOTO
HERZBERG, Karl
SOEPKÉZ
BARBOSA
VINCK
FRAENKEL
Frau SOEPKÉZ
SCHINDLER

Tisch 28

EISENFÜHR
SILVA-YOACHAM
SCHÜCK
BEIXOTO
VICUNA
SÜDHOFF
DE SERBAN
BÜLL
LANGE, Dr.
NAGATA
Sir WAYLAND

Tisch 29

FÜRSTENHEIM
WETTSTEIN
v. WESTERSHEIMB
JANY
SCHLESINGER
KANDA
SCHULZE, Hans
KUHN
v. GOERTZKE
KEINATH
HAYCOCK
TREVIRANUS
DONDELINGER

Tisch 30

GUGENHEIM
GUERLET
PANIAGUA PRADO
SPERL
SCHÄFFER
LUDWIG
MOMM
REICHERT
LEBRUN
WASSERMANN, Siegmund
Graf STADNIKI

272

Tisch 31

DEMUTH
DURAND
HEYMANN, Hans
Hon Sir OBE
v. BRACKEL
HINNENTHAL
SAKURAI
v. MENDELSSOHN, Robert
Sir BOWATER
SELIGSOHN-NETTER
MERTEN

Tisch 32

HEUER
SERRANO
Sardi Baron di RIVISINDOLI
DRAGOMIRESCU
KLAPPER
MOLLATH
KLIMANN
KÜLLISCH v. HORN
CAILLER

Tisch 33

SILBERSTEIN
LOZORAITIS
BULLOCK
Frau Baronin TOGO
DEUTSCH
Baron TOGO
CARDAS
ZEITLIN
Sir DAWSON
TSURUOKA

Tisch 34

HAVESTADT
Mac LAREN
LOMNITZ
Frl. LAGO
REICHE
HANNON
VOIGT
KONKOLY-THEGE
GOLDSCHMIDT, Kurt
Frau DUARTE
RICHTER

Tisch 35

EVERSMANN
RODRIGUES
Frau ZANE
GALLE
KLIMITZ
ZANE
RUSCA
BLACKWELL
BERLINER
Frau CAILLER
DRANSFELD

Tisch 36

HERZBERG, Eugen
LEBER
HOLINSKI
Frau ANSORGE
WRESCHNER
v. SZÉKÀCS
BICKES
SACHSE
Frau HOLYNSKA
MATTEUCCI
v. EGRY

Tisch 37

HÜCKEL
DAUSSET
HAERECKE
FOUGÈRE
RALLEA
TOWARNICKI
KERCIU
SCHLESINGER, Philipp
FRANKE, Emil
LACOUR-GAYET
ROTH
SACHSENBERG

Tisch 38

HAMEL
Baron ARIJI
MELLER
LAMM
TREPKA
TREITEL
TOOLE
TAINAKA
COLOSSER
MAKARCZYK
SHIMIZU
CROOKSHANK

Tisch 39

PEISER
KALITSOUNAKIS
FREUDENHEIM
FRANCKE, Arthur
PAPANASTASSIOU
Frau DE SERBAC
EDDÉ
SIMOS
BESELER
BENNET

Tisch 40

SCHÖNFELD
DREWITZ
COMYN
LEMMER
Frau TUROT
BLEIBTREU
FRANÇOIS
PARTIK
THIEL
CRISAN
LAFARGE
ROCHAIX

Tisch 41

WEBER, August
TOKUGAWA
Frau ALBERY
TRIGGS
NEUMANN, Leonhard
UHLMANN
LEY
KIDO
ALBERY
KLECZEWER
SALMON

Tisch 42

ROTHENBÜCHER
BRATMAN-BRODOWSKI
FEITELBERG
WESTERMANN
MOSES
SOUKUP
BUCHHOLZ
v. GRATZ
AILIANOS
KAHN
SEVKET BEY

Tisch 43

KNOLLER
RUSSELL
KOBAYASHI
MITTELMANN
PAITEL
OKOCHI
MAITLAND
TOKI
MAKINS
Frau RUSSELL
HATTA

Tisch 44

SOMMERFELD
SPYCHIGER
v. MARSCHALL
HINTZMANN
BIRNHOLZ
Sir NEWTON
KOPPEL
WALTER
ALFRINGHAUS
SOLANSKI
MARON
GERLOCZY

Tisch 45

WAURICK
LIANG, Ingwen
BREZZI
ORREGO
ERRAZURITZ
NIELSEN-REYES
SOMOZA
SAMANIEGO
RAMIREZ
TRIGUEROS
TAN PAO TUAN

Tisch 46

NEUKIRCHER
SEMERGIEFF
SCHULDT
WYSOCZANSKI
MORGENSTERN
LINNEMANN
TEVFIK BEY
LÖWENSTEIN
Frau SEMERGIEFF
SUKRU BEY
OETTEL
VASIF BEY

Tisch 47

MEYERSTEIN
Frau BECK
de YUYST
KAFANDARIS
VIDAL
HARTOG
Frau KAFANDARIS
STEFANESCU
WAUWERMANS
WIENS
BRANDSCH

Tisch 48

WILKE
SIMON, Willy
MORIMOTO
VOS
v. KÜGELGEN
DJAJADININGRAT
GEORGE
VAN RIJCKEVORSEL
NEYTZELL
TANTZEN

Tisch 49

SKOPNIK
BÖHMER
v. HUSZÀR
MANHEIM
WARTALSKI
KRÖGER
DAVIDSOHN
ROSENTHAL
MLCOCH
KRAUSS
v. POKA-PIVNY
SCHULTZE, Max

Tisch 50

SCHREBER
HOLZAMER
LEHMANN, Arthur
WISLICKI
LÜCKE
KOSEL
SCHWIEN
MATUSZEWSKI
BACH
BADEMÜHLEN
SELBIGER
WAWRZYNOWSKI

Tisch 51

VOSS
JASIUKOWICZ
ROGHÉ
Frau GERLOCZY
EHLERMANN
LEVY, Arthur Z.
HALBERSTAM
NUGENT
KONKOLY-THEGE
ELSNER
POLYAK
EHRHARDT

Tisch 52

BRENNEKE
HAUSCHILD
REUTER
v. HEYDEKAMPF
v. SZABB
MERTZ
KNÜTTEL
KADISCH
DE ROCHE
STAN
HIRSCHFELD
SCHANDL

Tisch 53

LAURENZE
de A. CAMPOS
FAVRE
Frau BELLO
SOBOLEWSKI
Baron MORPURGO
RIESE
BELLO
HOPPE
Frau SOBOLEWSKA
di MICHELIS
Frau FAVRE

Tisch 54

KLEY
TRECCANI
KNIPPER
DINGELDEY
HABEL
Graf ROTA
LICHTENSTERN
DIEZ, Carl
RENDA
MANES
MIKYSKA
JAPHET

Tisch 55

KUHN
ANDERS
v. KARAFÁITH
BIEBER
HAMILTON
BAUMGARTEN
Frau WINDIRSCH
BUGGISCH
STIVIN
NEUSS
WINDIRSCH

Tisch 56

RAMMOSER
v. KURNATOWSKI
KÖRNER
PERL
SEDLACEK
ALFIERI
KUSNIERZ
SCHRÖTER, Paul
GUTTMANN
ROSMARIN
STERNBERG

Tisch 57

GRÜNFELD, Max
GUINNESS
STUMPER
WINDLER
KEOGH
NIENTIMP
YUZAWA
WIESENTHAL
COSTAMAGNA
SATO
GALLÉ

Tisch 58

HOLZINGER
Frl. SQUIRES
KIMURA
RASNER
ECKSTEIN
BIERMANN
GLIWIC
RAWACK
BEHM
PESENTI
PERL
Sir JOHNSON

Tisch 59

BERMANN
Frl. VIANNA
SCHOLZ
Frl. FRANÇOIS
STIEBER
Frl. SULZER
GAEDICKE
Frl. REIMPELL
ARONS
Frl. LATHLAIN
BUCHHOLZ
Frl. ESPAGNAC

Tisch 60

GOLDMANN
Frl. BOUSTEDT
NAGATA, M. RIOICHI
Frl. BARBOSA
NISHIMOTO
M. BRÜCKER
Frl. SULZER
NAKAMURA, M. K.
BAENSCH
Frl. BARBOSA
NAGATA, M. H.

Liebheit & Thiesen
BERLIN SW 19



Fig.2.

Przesuwny transporter buraków, ziemniaków, węgla, cementu, piasku, ziemi, szutru, i t.d.



Fig. 5.

Taśma bez końca do przesyłki kryształików cukru do pras, i innej materji sypanej, n.p. węgla, cementu, piasku, szutru, ziemi, i innej materji sypanej, jakotez małych przedmiotów, n.p. cygar do opakowania, i t.d.



Fig. 6.

Przesyłka automatyczna skrzyń z piętra na piętro, ze sali do sali, ze stołu do stoła, przez wszystkie skręty kurytarza.



Fig. 7.

Automatyczna przesyłka flaszek do mycia, do napełniania, i do wysyłki. przy równoczesnem przysuwaniu skrzyń do opakowania.

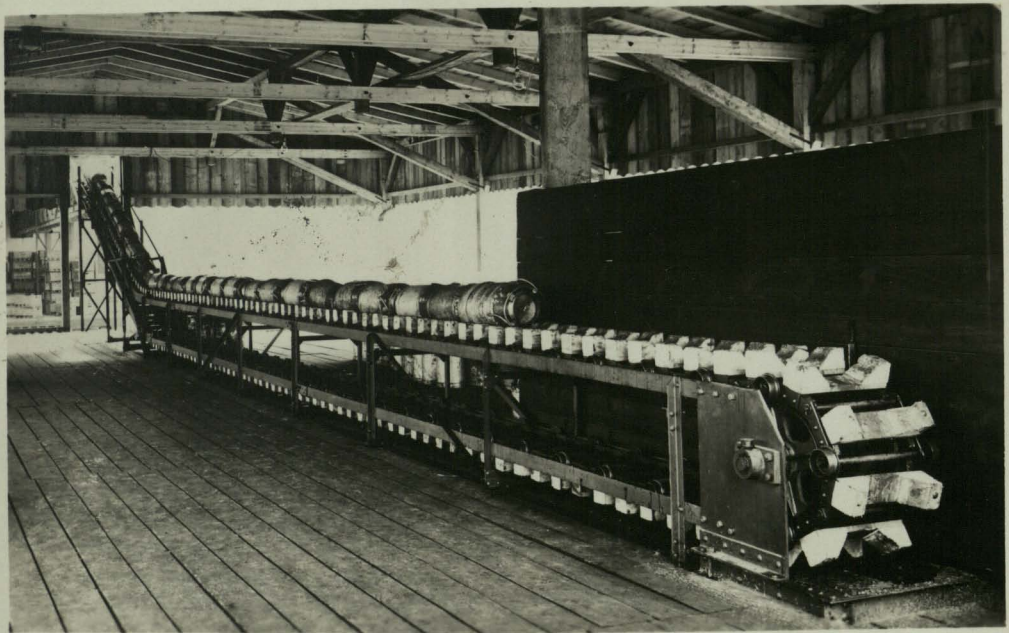


Fig. 8.

Automatyczna przesyłka baniek do mleka, do mycia, do napełniania, i do wysyłki.

282

CENTRE INTERNATIONAL D'ÉTUDES SUR LE FASCISME

(CINEF)

LAUSANNE

TÉLÉPHONE 24.552 Adr. Télégr. : CINEF

Le CINEF, groupement entièrement indépendant, fondé à Lausanne en 1927, a pour but l'étude objective et scientifique du fascisme et des mouvements analogues, sur lesquels il offre une documentation impartiale et aussi complète que possible.

FICHES - ANNUAIRE - RENSEIGNEMENTS

Sociétaires

MM. **H. de Vries de Heekelingen,** ancien professeur à l'Université de Nimègue. Président du Conseil d'Administration.

Marcel Boulenger, homme de lettres à Paris. Vice-Président du Conseil d'Administration.

Giovanni Gentile, ancien ministre de l'Instruction publique, professeur à l'Université de Rome. Membre du Conseil d'Administration.

A. Andréadès, professeur à l'Université d'Athènes.

Antonio Aunós, directeur des publications de la Commission mixte des organismes paritaires de Catalogne à Bercelone.

le Comte **Thadée Dzieduszycki,** sociologue à Varsovie.

Etienne Ereky, professeur à l'Université de Szeged.

C. Fougner, capitaine de cavalerie à Oslo.

Edmund Gardner, professeur à l'Université de Londres.

A. Geouffre de Lapradelle, professeur à la faculté de droit de Paris.

John L. Gerig, professeur à l'Université Columbia à New-York.

le Jonkheer **J. W. Godin de Beaufort,** ancien capitaine de cavalerie à Maarsbergen.

Nae Ionescu, professeur à l'Université de Bucarest.

Ladislas Jablonoswki, sénateur à Varsovie.

J. W. Mannhardt, professeur à l'Université de Marbourg.

J. Renkin, ministre d'Etat à Bruxelles.

le Baron **Rolin Jacquemyns,** ancien ministre de l'Intérieur à Bruxelles.

Walter Starkie, professeur à l Université de Dublin.

Lord **Sydenham of Combe,** ancien gouverneur de Bombay, membre de la Royal Society à Londres.

le Comte **Paul Teleki,** ancien ministre des Affaires étrangères, professeur à l'Université de Budapest.

M. W. F. Treub, ancien ministre des Finances, ancien professeur à l'Université d'Amsterdam.

L'Annuaire de 1929

vient de paraître

Il contient des études relatives aux réalisations pratiques du régime fasciste en Italie dans le domaine social, intellectuel, moral et économique, ainsi que quelques appréciations sur des mouvements analogues dans d'autres pays.

Tous les articles ont été rédigés par les personnalités les plus compétentes et les plus autorisées.

PRIX : **25 francs français.**

Les commandes peuvent être adressées à tous les libraires ou à **Social Editions,** 120, Avenue des Champs-Elysées, Paris.

284

Table des matières de l'Annuaire de 1929

H. de Vries de Heekelingen. Avant-Propos.

S. Cacciola. L'organisation italienne des loisirs ouvriers.

G. A. Blanc. La protection de la maternité et de l'enfance.

Giovanni Indri. Les assurances sociales.

Patronato Nazionale per l'Assistenza sociale.

Alberto De'Stefani. La bonificaiton du sol en Italie.

J. C. Baak. La politique économique du fascisme opposée à celle du libéralisme et du socialisme.

Renato Ricci. Buts et activité de l'Œuvre des Balilla.

Antonio Maraini. Le fascisme et les beaux-arts.

Piero Parini. Les *fasci* italiens à l'étranger.

Th. Dzieduszycki. La Pologne et l'idéologie fasciste.

Herman Finer. Les objections de l'Angleterre au fascisme.

Harold Goad. L'avenir fasciste en Angleterre.

Nos collaborateurs.

Classification méthodique des fiches publiées par le Cinef.

Quelques nouveaux livres sur le fascisme.

L'Annuaire de 1928

contient une série d'études sur les origines du fascisme en Italie. sur l'histoire de son développement et sur les réformes juridiques et sociales qu'il a accomplies depuis son avènement au pouvoir.

Il a été très apprécié

et constitue une introduction indispensable à l'annuaire de 1929.

PRIX : **25 francs français.**

285

Table des matières de l'Annuaire de 1928

Avant-Propos.

H. de Vries de Heekelingen. Introduction à l'étude du fascisme.

Gioacchino Volpe. Comment le fascisme naquit et s'imposa en Italie.

Luigi Villari. La guerre civile en Italie de 1919 à 1922.

J. S. Barnes. La réforme de l'Etat sous le régime fasciste.

A. O. Olivetti. La réforme du Parlement et le problème de la représentation.

Augusto Turati. La Charte du Travail.

Edmondo Rossoni. La portée du syndicalisme fasciste.

Odon Por. La coopération dans le système corporatif.

Ermanno Amicucci. La liberté de la presse.

Homem Christo. L'esprit fasciste en France.

M. von Binzer. Les courants d'opinion fascistes en Allemagne.

Walter Starkie. L'Irlande s'oriente-t-elle vers le fascisme ?

Nos collaborateurs.

Classification méthodique des fiches publiées par le Cinef.

Quelques nouveaux livres sur le fascisme.

Diagramme de l'organisation corporative de l'Etat fasciste italien.

Quelques Opinions de la Presse

LA RÉFORME SOCIALE, Paris.

« Il vient de paraître une remarquable publication que nous croyons devoir signaler à nos lecteurs... On le voit, tous les aspects du mouvement sont successivement envisagés par des écrivains qui joignent à une connaissance approfondie du sujet, un talent d'exposition vraiment remarquable... D'autres fascicules sont annoncés. L'excellente présentation du premier nous fait pressentir ce que seront les autres. »

HAMBURGER NACHRICHTEN.

« Ich bekenne, dass ich, auf Grund immerhin einiger Erfharung auf dem Gebiete der faschistischen Propaganda, in dieser Hinsicht das Lausanner Institut von seinem ersten Lebenszeichen an (im Herbst 1927) lange Zeit mit starker Skepsis betrachtet habe, dass ich aber heute nicht den geringsten Zweifel mehr an seiner völligen Unabhängigkeit habe und es für eine Einrichtung halte, deren grosse Bedeutung für die in allen Ländern gleich aktuelle Idee vom neuen Staat und der neuen Gesellschaft sich immer mehr Bahn brechen wird. »

MORNING POST, London.

« This invaluable book of studies not only tells us what has been, and is being done in Italy, but also traces the growth of the fascist idea in France, Germany and the Irish Free State. »

MAASBODE, Rotterdam.

« Een zeer interessant boek... Een verzameling van monografieën welke een uitstekend inzicht in voorgeschiedenis, wording en uitbouw van het fascisme geven. Verscheidene vooraanstaande mannen hebben hun krachten aan dit werk gewijd. »

L'AVVENIRE DES LAVORATORE, Zurich (publication antifasciste).

« Esempi di questo fenomeno di penetrazione fascista non mancano. Non c'è che da scegliere. La creazione di quel tale Comitato di studi sul fascismo... al quale hanno aderito eminenti personalità della scienza e della cultura di tutto il mondo, ne

è uno. E non si tratta di personalità reazionarie innamorate del fascismo... ma di uomini insigni della democrazia che si propongono di studiare il fascismo sulla scorta dei documenti che il fascismo stesso fornisce. »

LE FIGARO, Paris.

« Il existe une œuvre admirable en Europe, consacrée à l'étude du fascisme. Elle n'est pas assez connue en France... Son annuaire est un recueil extrêmement intéressant, composé d'articles originaux et variés sur diverses manifestations et aussi sur les principes généraux du fascisme. Lecture très attachante, et bien utile pour tant d'étourdis qui condamnent ce régime politique sans le connaître. »

DER ARBEITGEBER, Berlin.

« Man darf dem Präsidenten des Instituts, dem Schweizer, Professor de Vries de Heekelingen, die Anerkennung nicht vorenthalten, dass er den Inhalt logisch vortrefflich aufgebaut, die Themen gut gestellt hat und sie durch Mitarbeiter von Rang hat behandeln lassen... Für Politiker, Volkswirtschaftler. Sozialwissenschaftler, für alle, welche sich mit den hochaktuellen Fragen der Verfassungs-, Wahl- und Parlamentsreform, mit der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit beschäftigen, ist das Jahrbuch eine ausgezeichnete Quelle. »

THE TRIBUNE, London.

« We have long sought some book to which we might turn and find all that an authority could tell us on Fascism's many subjects. For that reason alone we welcome Cinef's Year-Book. It is invaluable to the serious student of Fascism. »

HOLLANDSCHE REVUE, 's Gravenhage.

« Dit jaarboek is een ideale inleiding tot de studie van het fascisme als wereldverschijnsel... Het buitengewoon belang van dit jaarboek in het bijzonder en van den Cinef in het algemeen... »

IL DOVERE, Bellinzona (Suisse).

« ... Ma tendenza, per non dire tesi, a parte, interessante compendio di studi. »

LA LIBERTÉ, Fribourg.

« Il constitue un guide précieux pour tous ceux qu'intéressent toutes les manifestations de la vie politique. »

DAILY HERALD, London.

« This book is to be welcomed for the wide variety of facts which it sets forth in regard to the Fascist movement in Italy... A fairly complete description of the present Italian constitution... We may be grateful for the issue of this book. »

DE CHRISTELIJKE WERKGEVER, Antwerpen.

« Dit jaarboek heeft voorzeker zijn belang; het schenkt ons de noodige documentatie nopens het wezen, de leerstelsels en de verwezenlijkingen van het fascisme... Zeer interessante vraagstukken worden er aangeroerd, die ons aller nauwlettende aandacht overwaardig zijn. »

LA SUISSE LIBÉRALE, Neuchâtel.

« On doit saluer la naissance de ce centre international d'études qui comblera une lacune et ouvrira des horizons à ceux qui cherchent un remède au malaise général. »

DER BUND, Berne.

« Das Jahrbuch ist aufschlussreich. Auch wer der Sache innerlich und räumlich fern steht, kann nicht an ihr vorbeigehen, will er seine Zeit verstehen. »

NEW STATESMAN, London.

« It contains a good deal of useful and interesting matter. »

TRIBUNE DE GENÈVE.

« Le caractère international du groupe est très marqué. »

UNIVERSE, London.

« A large amount of detailed information is given about the working of the system. »